HANDBOUND
AT THE
UNIVERSITY OF
TORONTO PRESS

I

DD
390
U75
Ed. 21

894145

olgende Band sollen
rsten in der letzten
dem Abschluß des
n Frankreich und
bis zu seinem Tode
eser 21. Band seine
(den Niederlanden,
ine Stellung gegen-
rch sein Verhalten
en ist, zum Gegen-
r Weise sein Ver-
ichten (Dänemark,
eden. Die beiden
vorher auch noch
Österreich in der
sonst diesem
hatten be-
te urkund-
atsarchiv
dieser
nter-
re.

URKUNDEN UND ACTENSTÜCKE

ZUR GESCHICHTE

DES

KURFÜRSTEN FRIEDRICH WILHELM VON BRANDENBURG.

AUF VERANLASSUNG SEINER HOCHSELIGEN MAJESTÄT DES KAISERS FRIEDRICH ALS KRONPRINZ VON PREUSSEN.

EINUNDZWANZIGSTER BAND.

BERLIN.
DRUCK UND VERLAG VON GEORG REIMER.
1915.

URKUNDEN UND ACTENSTÜCKE

ZUR GESCHICHTE DES

KURFÜRSTEN FRIEDRICH WILHELM

VON BRANDENBURG.

POLITISCHE VERHANDLUNGEN.

DREIZEHNTER BAND.

HERAUSGEGEBEN

VON

DR. FERDINAND HIRSCH,
PROFESSOR.

BERLIN.
DRUCK UND VERLAG VON GEORG REIMER.
1915.

LIBRARY
UNIVERSITY OF TORONTO
894145

Vorwort.

Der vorliegende und der demselben folgende Band sollen die auswärtige Politik des Großen Kurfürsten in der letzten Periode seiner Regierung, der Zeit von dem Abschluß des zwanzigjährigen Waffenstillstandes zwischen Frankreich und dem Deutschen Reiche (15. August 1684) bis zu seinem Tode (9. Mai 1688) vorführen, und zwar soll dieser 21. Band seine Beziehungen zu den westlichen Mächten (den Niederlanden, Österreich, Frankreich, England), sowie seine Stellung gegenüber dem Deutschen Reiche, wie sie durch sein Verhalten auf dem Reichstage zum Ausdruck gekommen ist, zum Gegenstande haben, in dem 22. aber in ähnlicher Weise sein Verhältnis zu den nordischen und östlichen Mächten (Dänemark, Schweden und Polen) veranschaulicht werden. Die beiden ersten Abschnitte dieses Bandes behandeln vorher auch noch seine Beziehungen zu den Niederlanden und Österreich in der vorhergehenden Periode (1679—1684), die in dem sonst diesem Gegenstande gewidmeten 19. Bande nicht mehr hatten berücksichtigt werden können. Das hier veröffentlichte urkundliche Material ist durchweg dem Berliner Geheimen Staatsarchiv entnommen, dessen Vorstehern und Beamten auch an dieser Stelle für die dem Herausgeber bereitwilligst gewährte Unterstützung der verbindlichste Dank ausgesprochen werden möge. Nicht minderer Dank aber gebührt den Bemühungen der mit

der Leitung der Herausgabe dieses Urkundenwerkes betrauten Kommission und dem freundlichen Entgegenkommen der Verlagsbuchhandlung, wodurch es erreicht worden ist, daß der schon vor dem Kriege begonnene Druck trotz aller Schwierigkeiten auch während desselben fortgesetzt und zu Ende geführt worden ist und so die Veröffentlichung dieses Bandes schon jetzt hat erfolgen können.

Berlin-Lichterfelde, im Februar 1915.

Der Herausgeber.

Inhalt.

Seite

Vorwort V
Inhalt VII

I. Brandenburg und die Niederlande (1679—1688).
Einleitung 3
Akten 7

II. Brandenburg und Österreich (1683—1688).
Einleitung 137
Akten 143

III. Brandenburg und Frankreich (1684—1688).
Einleitung 241
Akten 244

IV. Brandenburg und England (1684—1688).
Einleitung 333
Akten 345

V. Reichstag (1684—1688).
Einleitung 375
Akten 384

Personenverzeichnis 452

1

I.

Brandenburg und die Niederlande.

(1679—1688.)

Einleitung.

Die in diesem Abschnitt veröffentlichten Akten des Berliner Geheimen Staatsarchivs aus den Jahren 1679—1688 sollen zur Ergänzung derjenigen dienen, welche Peter in den drei letzten Abschnitten des dritten Bandes aus den niederländischen Archiven herausgegeben hat. Auch sie lassen sich in drei Teile sondern. Der erste umfaßt die von dem Kurfürsten mit der niederländischen Regierung in den Jahren 1679 und 1680 über die von ihm infolge des einseitigen Friedensschlusses der letzteren mit Frankreich erhobenen Beschwerden und Forderungen geführten Verhandlungen. Dieselben werden im Haag von seiten des Kurfürsten durch dessen ständigen Vertreter Romswinckel und die zeitweise dort anwesenden Blaspeil und v. Spaen, in Berlin durch den seit Mitte Dezember 1679 dort befindlichen niederländischen Gesandten Amerongen geführt. Sie zeigen den Kurfürsten anfangs von dem heftigsten Zorn gegen die niederländische Regierung erfüllt, er stellt an diese sehr weitgehende Forderungen, Bezahlung der 1674 zugesagten Subsidien bis zu seinem Friedensschlusse mit Frankreich und Ersatz des seinen Landen in dem Kriege zugefügten Schadens, und hätte, als diese Beschwerden und Forderungen zurückgewiesen werden, am liebsten [1]), wenn er nicht von Frankreich zurückgehalten worden wäre, dieselben mit Waffengewalt durchzusetzen versucht. Allmählich aber wird seine Haltung ruhiger, seine Forderungen gemäßigter, er läßt schließlich, als Amerongen im Juli 1680 heimkehrt, durch diesen erklären, daß er vorläufig sich mit der Zahlung der bis Ende 1676 rückständigen und der Zusage späterer allmählicher Abzahlung der weiteren bis Ende 1678 schuldigen Subsidien begnügen, die Frage des Schadenersatzes einstweilen aussetzen und seinerseits die in dem Allianzvertrage von 1678 eingegangenen Verpflichtungen (gütliche Erledigung der geldrischen Kompromißsache und Abtretung der Festung Schenkenschanz) erfüllen wolle. Aber die niederländische Regierung zögert mit der Antwort darauf und

[1]) S. das Schreiben des Kf. an Meinders vom 15. Juni 1679 (Urk. u. Akt. XIX, S. 341).

erzürnt ihn noch mehr durch die Hindernisse, welche sie und die westindische Kompagnie seinen Kolonialunternehmungen entgegensetzen.

Den zweiten Teil bilden die Akten aus der Zeit von Anfang 1681 bis zum Sommer 1684. Der Kurfürst erneuert seine Forderungen sowohl in der Subsidien- als auch in der Kolonialangelegenheit und sucht die niederländische Regierung abzuhalten, ihn an den damals gegen Spanien unternommenen Gewaltmaßregeln zu hindern. Dieses letztere gelingt ihm auch, die Generalstaaten bemühen sich sogar, seinen Streit mit Spanien gütlich beizulegen, aber in den anderen Punkten kommt es um so weniger zu einer Verständigung, da beide Teile in den damals durch die Reunionen Ludwigs XIV. herbeigeführten Verwickelungen eine ganz entgegengesetzte Stellung einnehmen. Während der Kurfürst trotz derselben an der Allianz mit dem französischen König festhält, ja sogar durch den neuen Vertrag vom 11. Januar 1681 in ein noch engeres Bundes- und Abhängigkeitsverhältnis zu demselben tritt, stellt [1]) sich die jetzt ganz unter dem Einfluß des Prinzen von Oranien stehende niederländische Regierung diesem entgegen, verbindet sich mit Schweden, bald auch mit dem Kaiser und Spanien, sucht auch die deutschen protestantischen Fürsten auf diese Seite herüberzuziehen und macht dem Kurfürsten gegenüber die Erfüllung wenigstens eines Teiles seiner Forderungen von seiner Willfährigkeit in dieser Frage abhängig, erbittert ihn aber zugleich durch weitere Störung seiner Kolonialunternehmungen und durch Einmischung in die ostfriesischen Händel. Der Kurfürst aber, der, zumal nach dem Auftauchen der Türkengefahr, ein feindliches Vorgehen gegen Frankreich für aussichtslos und verderblich erachtet, bleibt seiner bisherigen Politik treu, weiß auch Dänemark (durch den Itzehoer Vertrag vom 18. Juni 1682) zu erneutem Zusammengehen mit ihm zu bewegen und tritt nun, um die Bestrebungen des Prinzen von Oranien und seiner Anhänger zu vereiteln, in Verbindung mit den Gegnern derselben in den Niederlanden selbst, welche durch den französischen Gesandten, den Grafen d'Avaux, mehr und mehr in das französische Interesse gezogen werden, den Provinzen Gröningen und Friesland und der Stadt Amsterdam. Allerdings lenkt er eine Zeitlang, im Sommer 1683, angesichts der Bedrängnis des Kaisers durch die Türken und des Scheiterns seiner Bemühungen, Frankreich zur Unterstützung des von ihm und dem König von Dänemark geplanten feindlichen Unternehmens gegen Schweden zu bewegen, ein, er läßt der niederländischen Regierung ankündigen, daß er bereit sei, dem Kaiser mit aller Macht gegen die Türken zu helfen, wenn derselbe sich zum Friedensschluß mit Frankreich verstehen werde, und fordert sie auf, ihm

[1]) S. darüber jetzt Blok, Geschichte der Niederlande, übers. v. Houtrouw, V S. 428 ff.

solche tatkräftige Hilfeleistung an den Kaiser durch Zahlung der ihm schuldigen Subsidien und Unterstützung seiner Forderungen an Spanien zu ermöglichen. Aber diese Eröffnungen wurden dort sehr kühl aufgenommen, die Antwort darauf verzögert und, als dann die Kunde von dem Entsatz von Wien und der Niederlage der Türken eintraf, wurden seine Anträge abgelehnt. Seitdem hat er dann wieder die in den Niederlanden selbst zunehmende Abneigung gegen die kriegerischen Absichten des Prinzen von Oranien für seine Zwecke benutzt; er hat besonders die leitenden Persönlichkeiten in Amsterdam in ihrer Opposition gegen dieselben bestärkt und hat somit dazu beigetragen, daß endlich im Juni 1684 auch die Generalstaaten ebenso wie das Deutsche Reich den von Ludwig XIV. angebotenen zwanzigjährigen Waffenstillstand angenommen haben.

Die Verhandlungen in diesen Jahren sind in Berlin wieder durch den im November 1681 dorthin zurückgekehrten Amerongen geführt worden. Der Kurfürst dagegen hat neue Persönlichkeiten dazu verwendet. Blaspeil, der ursprünglich dazu ausersehen war, sich wieder nach dem Haag zu begeben, war inzwischen gestorben, Romswinckel, der schon seit 1648 neben seinem Amt als clevischer Vizekanzler zu Gesandtschaften nach den Niederlanden verwendet worden war und zuletzt fast ständig sich daselbst aufgehalten hatte, war auf seine Bitte aus Alters- und Gesundheitsrücksichten von dort abberufen worden. Zu seinem Nachfolger ernannte der Kurfürst wieder einen seiner clevischen Beamten, den dortigen Regierungsrat und Oberrezeptor Friedrich Wilhelm v. Diest, der namentlich in der vorhergehenden Kriegszeit ihm selbst und dem Lande wichtige Dienste geleistet hatte. Derselbe sollte nur zeitweise, wenn es die Umstände erforderten, sich in Holland aufhalten, sonst im Clevischen seine dortigen Amtsgeschäfte verrichten, und er hat während der ganzen folgenden Zeit, bis zum Tode des Kurfürsten, diese Doppelstellung eingenommen. Zu besonders wichtigen Sendungen nach den Niederlanden aber hat der Kurfürst andere Personen verwendet, zuerst 1683 den Hof- und Legationsrat Melchior v. Ruck, der vorher während der Jahre 1676—1680 als sein Gesandter in Spanien gewesen und dann 1682 [1]) zu den rheinischen Kurfürsten geschickt worden war, um diese zu bewegen, seine Bemühungen um das Zustandekommen des Waffenstillstandes zu unterstützen. Zu der Sendung 1684 und dann wieder 1685 aber ersah er seinen damaligen vertrautesten Minister, den Geheimen Rat Paul v. Fuchs, dessen Geschicklichkeit auch wesentlich der günstige Erfolg derselben zu verdanken ist. Seine auch für die Kenntnis der damaligen Zustände in den Niederlanden höchst lehrreichen Berichte sind daher hier ausführlicher wiedergegeben worden.

[1]) S. Urk. u. Akt. XIX, S. 791 ff.

Der dritte Teil umfaßt die Akten aus der Zeit vom Herbst 1684 bis zum Ende der Regierung des Kurfürsten. Bald nach dem Zustandekommen des Waffenstillstandes beginnt der Umschwung in der Politik des Kurfürsten, seine Abwendung von Frankreich, welcher sich auch in seinem Verhalten den Niederlanden gegenüber bemerkbar macht. Er sucht eine Annäherung an dieselben, eine Verständigung mit dem Prinzen von Oranien, daher beauftragt er Ende Oktober v. Diest, sich um Beilegung der dortigen inneren Zwistigkeiten zu bemühen und ein Bündnis mit ihm und mit den jetzt mit ihm eng verbündeten lüneburgischen Herzogen vorzuschlagen. Die Besorgnisse, welche dann die wachsende Bedrängnis seiner Glaubensgenossen in Frankreich und der Thronwechsel in England bei ihm erregen, veranlassen ihn im Frühjahr 1685 zu der neuen Sendung Fuchs', welche eine vollständige Beilegung seiner Streitigkeiten mit den Niederlanden und ein Bündnis mit denselben zum Schutz des Protestantismus bezweckt. Beide Ziele werden erreicht, der am 23. August 1685 unterzeichnete Vertrag, anscheinend nur eine Erneuerung des früheren Bündnisses von 1678, ist das Fundament einer Ludwig XIV. entgegengesetzten engen Verbindung beider Staaten geworden, welcher bald auch andere beigetreten sind. Die Besorgnis des Kurfürsten, daß der Argwohn, den Ludwig XIV. über diesen Vertrag bekundete, zu einer Bedrohung seiner rheinischen Lande führen werde, hat ihn darauf zu weiteren Verhandlungen über die in solchem Falle von den Niederlanden zu leistende Hilfe und über Geldbeiträge zu dem von ihm eifrig betriebenen Festungsbau in Wesel veranlaßt, welche von günstigem Erfolge waren, während die Verhandlungen, welche gleichzeitig (1685—1687) Diest und Raule im Haag über die Beilegung der Streitigkeiten zwischen der holländisch-westindischen und der brandenburgisch-afrikanischen Kompagnie zu führen hatten, zu keinem Abschluß gekommen sind. Die von dem Kurfürsten angebotene Vermittelung in den Handelsstreitigkeiten zwischen den Niederlanden und Dänemark hat dann 1687 Veranlassung zu der Sendung eines neuen niederländischen Gesandten, Jakob Hoop, an den Hof des Kurfürsten gegeben, der ohne Zweifel auch mit anderen Aufträgen, gewiß auch in betreff der beabsichtigten Expedition des Prinzen von Oranien nach England, versehen war, doch haben sich darüber ebensowenig im Berliner wie in den niederländischen Archiven Aufzeichnungen gefunden.

Prinz Wilhelm von Oranien an den Kurfürsten. D. à la Haye 3. August 1679.

[Bedauern über das Schreiben des Kf. an die Generalstaaten und über die Verweigerung der Überlieferung von Schenkenschanz, Bitte, dieselbe vollziehen zu lassen.]

Dank für ein Schreiben vom 12./22. Juli[1]). 3. Aug.

Cependant je me trouve obligé de dire à V. A. E. que je me trouve dans la derniere inquiétude apres avoir consideré attentivement le contenu de la lettre qu'en mesme date de la mienne V. A. E. a escrit à l'Etat[2]), non pas pour y avoir rien trouvé qui ne fust conforme à la verité, mais de crainte qu'elle ne vienne a prendre les choses qui y sont contenues d'un sens et d'une maniere qui luy fassent prendre des mesures differentes de celles qu'elle a tenues jusques à present avec tant de generosité ensemble avec cet Estat et pour son avantage. Je prieray V. A. E. de vouloir considerer dans sa haute sagesse et selon sa longue experience aux affaires du monde, avec combien de chagrin et de deplaisir moy et plusieurs honnestes personnes dans la Republique avons regardé les procedés de ces derniers temps, dont il nous estoit aussi impossible d'arrester le coup que celuy du foudre, et combien il m'a fallu souffrir a cette occasion. V. A. E. jugera bien, que je ne parle pas comme si V. A. E. estoit sujette à recevoir des deplaisirs de mesme que je l'ay esté, chose dont je scay tres bien le contraire, mais pour luy faire comprendre combien je le juge important pour moy et pour ma maison de demeurer toujours dans les mesmes interests avec celle de V. A. E. ainsi que nous le sommes depuis tant années, et qu'un changement dans les sentiments de V. A. E. tel que celuy que je viens de dire, me seroit une deuxiesme affliction apres celle que j'ay desja souferte et laquelle j'esperois que le temps pourroit adoucir. Pour conclusion je ne puis que supplier V. A. E. de vouloir regarder ces affaires avec un peu de patience et de vous asseurer que je ne cesseray pas d'avoir le mesme soin de vos interests que

[1]) Nicht bei den Akten.

[2]) S. das Schreiben des Kf. an die Gen.-Staaten vom 1./11. Juli 1679. Actes et mémoires de la paix de Nimègue IV, S. 500 ff.

j'ay des miens propres. Cependant je dirigeray les choses de telle maniere qu'il sera fait une reponse en termes civils à la lettre que V. A. E. escrit à l'Estat.

Au reste j'ay esté bien faché d'apprendre du Sr Romswinckel, que V. A. E. n'a pas esté bien satisfaite au sujet de l'evacuation du Fort de Schenck[1]) et de la convention faite en absence du L^t^. general Spaen pour le reglement des limites, et ce tant à l'egard des formalités que de la chose mesme. Mon intention n'est pas d'entrer en aucun debat la dessus avec V. A. E., mais la prieray seulement de considerer que dans les articles separés du dernier traitté il est dit simplement que le Fort de Schenck susdit sera restitué à l'Estat, sans qu'il y soit parlé d'aucune convention qui doive se faire prealablement pour le réglement des limites, qu'encore depuis peu V. A. E. ayant ordonné au Sr Blaespyl de faire l'evacuation susdite de la maniere que je trouverois la plus convenable, j'ay creu de ne pouvoir mieux satisfaire à ses intentions qu'en faisant premierement regler les limites, car pour ce qui est du L^t^. general Spaen V. A. E. conviendra bien que ce n'estoit pas alors le temps de le vouloir faire sortir de son poste de Minden. L'affaire donc ayant esté conduite si avant et le tout ayant esté ratifié par l'estat apres le rapport que j'en ay fait moy mesme, et la dessus l'obligation de la Hoefysersche schult ayant esté consignée entre les mains de M^r^ van der Tocht, V. A. E. pourra juger quel embarras ce seroit et comment la chose seroit goustée, si je me trouvois obligé de faire connoistre dans un deuxiesme rapport que le tout auroit esté desapprouvé de V. A. E.; au moins,

[1]) In dem Separatartikel der Allianz vom 26. Febr./8. März 1678 (s. v. Mörner, S. 403 f.) war festgesetzt worden, daß Kf. die Schenkenschanze an die Gen.-Staaten abtreten und auf die rückständigen Subsidien verzichten, dagegen die Gen.-Staaten sich der auf Grund der Hoefeyserschen Schuld erhobenen Ansprüche begeben und sich um Beilegung der Streitigkeiten des Kf. mit der Provinz Geldern bemühen sollten. Dementsprechend waren, nachdem im Januar 1679 die Auswechslung der Ratifikationen dieser Allianz stattgefunden hatte, in Nimwegen von beiderseits bestellten Kommissaren Verhandlungen geführt, und es war zwischen diesen am 20./30. Juni ein Vergleich über die Abtretung von Schenkenschanz und eine damit zusammenhängende Grenzregulierung abgeschlossen worden. Kf. aber hatte inzwischen, erbittert über den einseitigen Friedensschluß Hollands, beschlossen, vorläufig Schenkenschanz nicht abzutreten, hatte dementsprechend schon Anfang Juni Blaspeil beauftragt, dem Prinzen von Oranien seine Bedenken deswegen mitzuteilen, und am 18./28. Juni sowohl diesem den Befehl gegeben, die Verhandlungen darüber nicht fortzusetzen, als auch durch v. Spaen dem dortigen Kommandanten die Order erteilen lassen, die Festung nicht zu räumen, und er hatte sich geweigert, den ihm inzwischen zugegangenen Vergleich zu ratifizieren. Er hatte 9./19. Juli Romswinckel angewiesen, dieses anzuzeigen und als Gründe dafür anzugeben, daß der Vergleich in Abwesenheit des von ihm zum Mitglied der Kommission bestellten v. Spaen abgeschlossen, daß der Inhalt desselben bedenklich und daß wegen der Beilegung der Geldrischen Kompromißsache nichts Beständiges abgehandelt worden sei.

quoy qu'il en doive estre, je n'ay pû m'y resoudre sans luy en avoir icy dit mon sentiment et sans l'avoir prié encore, de ne point vouloir s'arrester aux dites formalites, mais de permettre qu'il soit fait une fin de cette affaire. Pour ce qui est des differents avec la Gueldre, dont il a esté fait un compromis, touchant lesquels le Sr Romswinckel m'a aussi parlé, V. A. E. aura appris ce que j'ay fait en cela, et on luy doit avoir rapporté qu'il y auroit moyen d'en avoir une fin, si V. A. E. pouvoit estre disposée à embrasser le projet qu'a fait M^r^ le Raedtspensionnaire Fagel, en tout cas elle peut juger assez, que cette affaire ne devroit point retarder l'accomplissement de l'evacuation susdite. —

Der Kurfürst an den Prinzen von Oranien. D. Potsdam 12./22. August 1679. (Conc. O. v. Schwerin.)

[Auf das Schreiben vom 3. August. Rechtfertigung seines Schreibens an die Generalstaaten. Sendung v. Spaens.]

— Ob ich nun zwar Ew. Ld. in dem Zustande, darinnen Sie seind, nicht 22. Aug.
verdenken kann, daß Sie mir einige Vorstellung wegen meines an die Herren General Staaten abgelassenen Schreibens thun wollen, so halte ich mich doch von Ew. Ld. Aequanimität versichert, daß Sie in Ihrem Gemüth mir Beifall geben und im geringsten dasjenige, was ich geschrieben, nicht improbieren werden können, wie Sie denn selbst in dero Schreiben gestehen, daß Sie nichts darin gefunden, so nicht der Wahrheit gemäß wäre. Wenn nun dem also, wie ich denn noch woll ein viel mehrers, worüber ich mich mit höchstem Fug beschweren könnte, anzuziehen hätte, so lasse ich Ew. Ld. — urtheilen, ob einige Ursach in der Welt sein kann, die mich verobligiren soll, mich, mein Haus und meinen ganzen Estat darümb in dem äußersten Verderb stecken und gerathen zu lassen, daß alda einige frembde Proceduren zu Ew. Ld. eigenem höchsten déplaisir und der ganzen Welt Verwunderung vorgegangen, und ob Sie selbst es nicht frembd finden würden, daß ich mich einer rechtmäßigen Prätension gegen einen florissanten, hochvermögenden und mächtigen Staat, durch dessen Schuld ich allein, ohn einige Noth, in die höchste Noth und unwiederbringlichen Schaden gerathen bin, verzeihen soll? —

Wenn der Staat aus einigem überkommenen Unglück in solche Beängstigung gerathen, daß sie wären forciret worden mich zu verlassen und aus ihrer Friedenshandlung auszuschließen, so hätte ichs der Verhängnus Gottes zuschreiben und alles umb deren mit ihnen allezeit gepflogenen Freundschaft geduldig ertragen wollen. Nun aber ist Ew. Ld. bekannt, daß der Staat durch Gottes Gnade und getreuer Freunde Assistenz, worunter ich hoffe sie die meinige nicht vor die geringste achten werden, dergestalt von ihrem

vorigen Unglück errettet worden, daß sie alles bis auf das einzige Mastricht wiederümb erobert und ihren Feinde ferne von ihren Grenzen mit stattlichen armées begegnen können, demnach aber diejenige, welche, da ihre damalige mächtige, sieghafte Feinde vor den Pforten der Stadt Amsterdam schon gewesen, aus löblichem standhaften Gemüthe keinen schändlichen Frieden eingehen wollen, jetzt mit Zurücksetzung alles dessen, was zur Erkenntlichkeit verbinden kann, wieder alle hohe Betheuerungen und Versicherungen, ohne mir die geringste Anzeige davon zu thun, einen particular Frieden, ungeachtet ich mich schrift- und mündlich erkläret, zugleich mit ihnen zu tractiren, mit meiner gänzlichen Abandonirung, und, was noch mehr ist, mich umb soviel desto sicherer zu machen, kurz vorher von meinem ministro im Haag, wie auch von der andern Alliirten ministris geschehen, begehret, daß ich 6000 Mann am Rheinstrom zur bevorstehenden Campagne gestellen sollte, da doch der Friede schon bei ihnen, wie man dessen nunmehr gnugsame Nachricht hat, fest gestellet gewesen. Ew. Ld. vermögen ein großes bei diesem Werk zu thun, ich will auch das feste Vertrauen zu Ihr setzen, Sie werden alles aufs beste redressiren und Ihr angelegen sein lassen, daß die Herren Staaten dieses alles reiflich erwägen und mir wegen des ihrenthalben erlittenen unverwindlichen Schadens billige Vergnügung thun, ohne welche, wie Ew. Ld. leicht urtheilen können, ich allemal ein beschwertes Gemüthe haben müßte. Ew. Ld. werden hiemit dem Staat selbst einen nützlichen Dienst thun, denn dieses wird das einzige Mittel sein, wodurch der Staat die große bläme, daß sie ihren getreuesten Freund ohn einige Noth und Ursach in solch Unglück gestürzet, wieder abthun und diejenige, deren Freundschaft sie inskünftige in dergleichen Nöthen bedürfen möchten, animiren würden sich ihrer anzunehmen und die Hand nicht von ihnen abzuziehen. Ich will demnach Ew. Ld. dieses Werk so woll meines als des Staats besten halber aufs höchste recommendiret haben und mögen Ew. Ld. sich woll versichert halten, daß meine Freundschaft gegen mehrbemeldten Staat nicht erloschen, besonderen vielmehr, wenn mir nur die höchstbillige Vergnügung geschiehet, verstärket und verdoppelt werden soll. Was Ew. Ld. wegen Schenkenschantz verlangen, desfals will ich deroselben durch meinen Gen. Lieut. Spaen, welcher ehester Tagen bei mir sein und eilig wieder zurückgefertiget werden wird, meine Resolution hinterbringen lassen [1]). —

[1]) Die Antwort des Prinzen von Oranien auf dieses Schreiben (d. à la Haye 29. Sept. 1679), s. Urk. u. Akt. III, S. 553 f. Kf. erwidert darauf (d. Schönbeck 29. Sept./9. Okt. 1679), auch er halte die Freundschaft mit dem Staat für beide Teile für sehr nützlich, er müsse aber verlangen, daß man ihm mit derselben Aufrichtigkeit begegne und seine gerechten desideria nicht verächtlich außer Acht schlage.

O. v. Schwerin an den Kurfürsten. D. Alt-Landsberg 19./29. August 1679.

[Die Antwort auf das Schreiben der Generalstaaten[1].]

Er übersendet das Projekt der Antwort[2] an den Staat, bittet aber, den Räten zu Berlin zu befehlen, ihre Meinung hinzuzusetzen. 29. Aug.

Ich bekenne, daß ich etwas furchtsamb in dergleichen Dingen bin, insonderheit, da ich vernehme, was vor Urteil von dem vorigen Schreiben gefallen sein, hoffe aber E. Chf. D. werden nicht zugeben, daß mir, wie wol hiebevorn geschehen, von Frembden Schimpf wiederfahre. Gott ist es bekannt, daß ich die geringste passion nicht wieder den Staat habe, aber wol kegen einige, welche E. Chf. D. nichts gutes gönnen. Ich wünsche vielmehr von Herzen, daß E. Chf. D. mit dem Staat in vollkommener Freundschaft verbleiben mögen, und wann E. Chf. D. sich ihrer praetension begeben, werde ich gewiß derjenige nicht sein, der E. Chf. D. solches wiederraten wird. Morgen früe geliebts Gott gehe ich nach Berlin, umb die ratificationes zu befodern[3]. —

Der Kurfürst an Blaspeil und Romswinckel. D. Cöln 3./13. Januar 1680.

[Anfrage, welche Forderungen er an die Generalstaaten zu stellen habe.]

Nachdem er bereits verschiedene Konferenzen mit dem staatischen Envoyé Amerongen[4]) hat abhalten lassen, wünscht er über folgende Punkte ausführlich unterrichtet zu werden: 13. Jan.

1. was er noch an Subsidien zu fordern hat,

2. sein Interesse und was er wegen des vom Staat getroffenen einseitigen Friedens zu prätendieren,

3. was für Schaden er dadurch im Clevischen erlitten,

4. was wegen Exekution des letzten mit v. d. Tocht getroffenen Traktats vorgekommen und zu beobachten fällt.

Sie sollen ihm darüber die nötige Nachricht, besonders eine ausführliche Liquidation wegen der bereits assignierten und noch restierenden Subsidien einschicken[5]).

[1]) Das Schreiben der Gen.-Staaten, d. Haye 18. August 1679 (Actes et mém. IV, S. 507 ff.).

[2]) d. Potsdam 24. August/[3. Sept.] 1679 (Actes et mém. IV, S. 514 ff.).

[3]) Kf. sendet 20./30. August das Projekt den Geh. Räten zu mit dem Befehl, wenn sie etwas dabei zu erinnern fänden, es zu berichten, die Geh. Räte aber erwidern, 22. August/1. September, sie fänden dabei nichts zu erinnern, und Kf. sendet darauf am folgenden Tage das Schreiben an Romswinckel.

[4]) S. über dessen damalige Gesandtschaft zu Kf. Urk. u. Akt. III, S. 555 ff.

[5]) R. verweist in seiner Antwort (d. Grafenshage 10./20. Januar 1680) auf einen am 13./23. März 1679 eingesandten „generalen Staat" wegen der bereits assignierten und noch restierenden Subsidien (s. Urk. u. Akt. III, S. 554 f. Anm.) und auf die Auskunft, die er Meinders bei dessen letzter Anwesenheit erteilt habe.

Protocollum. Jovis d. 8./18. Januarii 1680[1]).

[Die Beschwerden und Forderungen des Kf.]

18. Jan. Jena[2]) eröffnet die Konferenz, erklärt, Kf. hätte ihnen aufgetragen, nicht nur von Amerongen zu vernehmen, was er vorzubringen hätte, sondern demselben auch seine Forderungen mitzuteilen.

Amerongen erwidert, er sei hergesandt wegen der drei Briefe[3]), welche Kf. an seine Prinzipalen geschrieben, und aus denen sie mit Betrübnis sein Mißvergnügen gegen sie ersehen hätten, und wegen des aparten Briefes an den Prinzen von Oranien[4]). Er hätte die Ursachen, weswegen der Staat aus Not den Frieden gemacht, schon angeführt, wollte sie nicht noch einmal wiederholen. Aus den Briefen habe der Staat ersehen:

1. daß Kf. dem Staat alles imputierte, was ihm aus dem Kriege zugestoßen;

2. daß dieses nicht das erstemal wäre, daß ihm von seinen Prinzipalen so begegnet worden.

Der dritte Brief wäre etwas gelinder und darin enthalten, daß die Sache von beiderseitigen Kommissaren traktiert werden könnte. Dadurch seien seine Prinzipalen veranlaßt worden, ihn herzusenden. Wenn die Churf. Geh. Räte, die Contenta dieser Briefe vornehmen und zugleich den Traktat examinieren wollten, so wollte er anweisen, worin seine Prinzipalen fundiert wären.

Jena erwidert, sie hätten Befehl, ihm des Kf. Desideria anzuzeigen. Es wären:

1. Zahlung der rückständigen Subsidien bis zu der Ratifikation des zwischen Kf. und dem König von Frankreich geschlossenen Friedens und noch einen Monat weiter.

2. Ersetzung des Interesse und Schadens, der ihm durch den Separatfrieden des Staats mit Frankreich zugewachsen sei.

3. Der Staat hätte versprochen, seinen äußersten Fleiß anzuwenden, daß der Schade, welcher des Kf. Clevischen, Westfälischen und anderen Landen zustieße, repariert würde.

4. Kf. hätte sich besonders zu beschweren, daß die Gen.-Staaten in dem aparten Frieden ihm nicht nur alle Assistenz abgeschnitten, sondern ihm auch keine Satisfaktion verschafft hätten, welche er wegen des schwedischen Einfalls in seine Lande zu prätendieren hätte. Kf. begehre, daß ihm wegen dieser vier Punkte Satisfaktion und Reparation geleistet würde. Seine Forderungen hätten ihren Grund

1. in dem 11., 14. u. 24. Punkt der Hauptallianz von 1674;

2. in der anderen Allianz von 1678;

---

[1]) Vgl. den Bericht Amerongens an den Griffier vom 10./20. Januar 1680 (Urk. u. Akt. III, S. 562 f.).

[2]) Kf. hatte Fr. v. Jena und Fuchs mit den Verhandlungen mit A. beauftragt.

[3]) Die drei Briefe des Kf. an die Gen.-Staaten vom 26. März/7. April, 1./11. Juli und 24. August/3. September 1679 (Actes et mém. IV, S. 374 ff., 507 ff. u. 514 ff.).

[4]) vom 2./12. Juli 1679 s. oben S. 7.

3. in der zu Nimwegen getanen Protestation vom 10. August 1678 [1]) vor der Unterzeichnung des Friedens;

4. in dem Schreiben des Kf. vom 15. August 1678 [2]) vor der Ratifikation desselben;

5. in der von seinen Ministern im Haag übergebenen Protestation [3]) vom 3. und 18. August 1678;

6. in anderen Schreiben desselben.

Am. erklärte, den 1. Punkt betreffend, wenn ein gutes Verständnis zwischen dem Kf. und den Gen.-Staaten bliebe und man sich diesseits geneigt erklärte, die Traktaten von 1678 zu halten, so hätte Kf. nicht zu zweifeln, daß die Subsidien nach Billigkeit würden bezahlt werden; die Forderung aber, daß dieselben bis zur Ratifikation des Friedens mit Frankreich und noch einen Monat weiter bezahlt würden, wäre außer der Obligation des Staats, weil 1. die Gen.-Staaten durch den Ratspensionar in einer vollen Konferenz aller anwesenden Minister der Alliierten 1676 expresse erklärt hätten [4]), daß sie den Krieg nicht weiter zu kontinuieren, noch die Subsidien länger als das laufende Jahr zu bezahlen vermöchten, mit Anweisung invincibler Argumente, womit damals alle anwesenden Minister akquiëszierten und sich damit vergnügt hätten, daß der Staat über sein Vermögen, ihnen zu gefallen, den Krieg kontinuierte. Sollte dieses postulatum eingegangen werden, so würde solches auch bei allen anderen Alliierten eine große Konsequenz verursachen. Er offerierte Zahlung bis 1677 exklusive und sagte, deswegen an seine Prinzipalen geschrieben zu haben.

Darauf wurde ihm weiter remonstriert:

1. man hätte sich dieserseits erboten [5]), zugleich mit dem Staat zu traktieren und sub honestis et aequis conditionibus zu schließen,

2. den Alliierten wäre vom Staat nie die geringste Kommunikation von den materialibus geschehen;

3. man hätte seitens des Staats viele Kontestationen von Festhaltung der Allianz gemacht, auch mit den Alliierten über die Kriegsoperationen konzertiert und doch ohne Wissen oder Kommunikation der Alliierten unter der Hand und in der Stille den Traktat avanciert;

4. man hätte den Ministern der Alliierten keine Kommunikation von den Artikeln geben, noch ihnen nur soviel Zeit gönnen wollen, davon an ihre Prinzipalen Bericht abzustatten.

Am. ad 2. Der separate Frieden wäre mehr den Alliierten zu imputieren als dem Staat, der aus indispensabler Not, die aus dem Komportement der Alliierten entstanden, denselben gemacht. Narrat seriem rei von a. 1672, will es auch schriftlich übergeben, die spanischen Provinzen würden revoltiert

[1]) S. Actes et mém. II, S. 506 ff., Urk. u. Akt. XVIII, S. 598.
[2]) S. Actes et mém. II, S. 564 ff., Urk. u. Akt. XVIII, S. 224.
[3]) S. Actes et mém. II, S. 583 ff. u. 623 ff.
[4]) S. Urk. u. Akt. XVIII, S. 153.
[5]) S. ebendas. S. 591.

haben, wenn der Frieden nicht erfolgt wäre, erklärt schließlich, da es zu weitläufig werden würde, wollte er seine Antwort schriftlich eingeben.

Die kurf. Räte waren damit zufrieden, versprachen ihm Abschrift der Dokumente, auf die sie sich bezogen.

Memorial Amerongens. D. Berlin 20. 30. Januarii 1680 [1]).

[Erwiderung auf die Beschwerden und Forderungen des Kf.]

30. Jan. Kf. hat sich bereit erklärt, die vertraute Freundschaft mit den Gen.-Staaten zu unterhalten, wenn in vier Punkten seine Forderungen erfüllt würden. Er erinnert an die Vorgänge während des Krieges, von dem Einfall der Franzosen in die Niederlande an. Die Gen.-Staaten haben, als der Traktat von 1674 geschlossen wurde, die Hoffnung gehegt, daß der Krieg in kurzem durch einen ehrlichen Frieden werde beendet werden, und haben in dieser Hoffnung den Alliierten so konsiderable Subsidien fast über ihr Vermögen versprochen. Als aber der Krieg fortgesetzt wurde, ohne daß die Alliierten den Frieden auf die von Frankreich gestellten Bedingungen schließen wollten, haben sie ihnen rund heraus erklärt, daß es ihnen unmöglich sein würde, den Krieg länger fortzusetzen, wenn sie mit diesen Subsidien chargiert blieben, und haben dieselben mit dem Anfang des Jahres 1677 aufgekündigt. Auf deren Zustimmung, weil es nicht direkt widersprochen worden, ist der Krieg 1677 und 1678 fortgesetzt worden, allezeit unter wiederholter Protestation, es nicht länger aushalten zu können, wenn man nicht andere mesures nehme und das gemeine Beste dem partikulieren vorzöge. Das ist aber nicht geschehen, während die Armeen der Alliierten oben in Deutschland in den Quartieren standen, haben die Franzosen ihre Konquesten in den spanischen Niederlanden fortgesetzt, wodurch diese in solche Extremität gesetzt worden, daß, wenn der Krieg länger fortgesetzt worden wäre, wahrscheinlich alles durch den Feind oder eine Revolte der eigenen Untertanen wäre verloren worden. Aus diesen und anderen Motiven und wegen des großen Abgangs, in den ihre Finanzen geraten, haben sie, nicht absonderlich und ohne Vorwissen ihrer Alliierten, wie ihnen mit Unrecht nachgeredet wird, die ihnen von Frankreich angebotenen Friedensbedingungen annehmen müssen, wobei noch bedungen worden, daß diese Bedingungen auch ihren Alliierten vergönnt werden sollten, es ist auch deren ministris in Nimwegen Zeit genug gegeben worden, um das Sentiment ihrer Prinzipalen darüber einzuholen, es hat aber niemand außer Spanien diese Bedingungen angenommen, sondern jeder hat seine Konquesten behalten wollen. Daher wird Kf. leicht ermessen können, daß nicht sie die Ursache zu allem dem Unheil sind, welches ihn und seine Lande seit dem Friedensschluß überkommen, denn in dem Traktat von 1674 hat man sich reciproquement verpflichtet, daß, im Fall man einen Frieden eingehen wollte, einer für den andern eben die Rechte, Immunitäten, Exemptionen, Prärogativen und Sicherheit bedingen sollte, welche er für sich selbst bekommen würde, und daß überall dahin sollte gesehen werden, daß die Hostilitäten gegen beide Kontrahenten

[1]) Von A. in einer an demselben Tage abgehaltenen neuen Konferenz übergeben.

zugleich aufgehoben würden. Kf. hat die französischen Friedensvorschläge nicht angenommen, sondern erklären lassen, daß er die gegen Schweden gemachten Eroberungen behalten wollte, die Gen.-Staaten haben sich aber nicht zur Garantie derselben verpflichtet. Daß Kf., nachdem sie Frieden geschlossen, im Kriege verblieben ist, ist nicht dadurch verursacht worden, daß sie ihn nicht in den Frieden eingeschlossen hätten, sondern weil er sich auf solche Bedingungen nicht hat einschließen lassen wollen. Überdies sind den Gesandten des Kf. die Instruktionen vom 4. Mai 1678 für die an den König von England und den Herzog von Villa Hermosa abgeschickten Deputierten mitgeteilt, in denen die absolute Unmöglichkeit, den Krieg länger fortzusetzen, auseinandergesetzt war.

Von den Gen.-Staaten kann auch nicht, wie Kf. prätendiert, Ersetzung des Schadens verlangt werden, da in Art. 24 des Traktats von 1674 nur enthalten ist, daß bei der Friedenshandlung mit allem Ernst dahin gearbeitet werden solle, daß Kf. vor allen Dingen Erstattung des Schadens, der seinen Clevischen und anderen Landen dieses Traktats wegen zustoßen sollte, bekommen möchte. Denn diese Lande haben, solange die Gen.-Staaten im Kriege gewesen sind, keinen sonderlichen Schaden erlitten, sondern erst nachher, bei Fortsetzung desselben durch Kf., wodurch es ihnen unmöglich gemacht wurde, auf die Erstattung einigen Schadens zu bestehen. Sie aber hätten sich wohl darüber zu beschweren, daß die clevischen Stände 1676 und 1677[1]) die Neutralität von der Garnison von Mastricht erkauft und dadurch den Feinden den Weg geöffnet haben, durch das Clevische bis in Maesswael zu kommen und das Land ganz zu ruinieren. Aus welchem allen klärlich erhellt, daß die Gen.-Staaten den Frieden haben eingehen müssen, ohne dadurch den mit Kf. aufgerichteten Traktaten zu kontravenieren, und daß sie daher zu keinem Schadenersatz verpflichtet sind.

Churbrandenburgische Antwort und Gegenanzeige auf das — von Amerongen zu Cölln an der Spree d. 20. 30. Januarii 1680 in der Conferenz eingereichte schriftliche apologetische Memorial. Sign. Cöln an der Spree d. 14. [24.] Februarii 1680[2]).

[Widerlegung der Einwendungen Amerongens. Festhalten an den Forderungen.]

Sie wollen sich nicht auf Amerongens weitläufige Erzählung, sondern nur 24. Feb.
auf die von ihm ihren vier Punkten entgegengesetzten Erwiderungen auslassen. Dieselben können auf zwei membra reduziert werden:

1. Die Not, welche die Gen.-Staaten zu dem separaten Friedensschluß gezwungen habe. Diese aber ist nicht zu finden. Der Staat war zur Zeit des Friedensschlusses von dem Feinde befreit, alle Alliierten waren in gutem Stande und siegreich, es waren nicht Mutmaßungen sondern Realitäten, daß man noch dazu in

[1]) S. Urk. u. Akt. XVIII, S. 8 f.; Hötzsch, Stände u. Verwaltung von Cleve und Mark in der Zeit von 1666—1697, S. 576 ff.

[2]) S. Urk. u. Akt. III, S. 563.

kurzem mit mehrer Macht an den Rhein kommen würde, selbst das am meisten bedrängte Spanien versprach, Treue und Glauben gegen die Alliierten zu halten, und wollte sich wegen Zahlung der Subsidien an seine Alliierten nicht die Hände binden lassen, alle Alliierten mahnten den Staat von solchem einseitigen Frieden ab und erboten sich zu beständiger Assistenz und vigoureusen Aktionen; der Staat hatte damals gegen den Feind bei Mons eine große avantage, und die meisten Provinzen und viele treue Patrioten erkannten keine Not, sondern widerrieten solchen einseitigen Frieden. Kf. und dessen Ministri haben bei Aufrichtung des Traktats von 1674 sich gar nicht bekümmert, was an seiten des Staats für Hoffnungen und Gedanken gewesen, sondern, was fide publica versprochen worden. Einseitige declarationes heben keine pacta publica auf, ebensowenig kann das angebliche Stillschweigen ministrorum (die es in Wirklichkeit an Remonstrationen nicht haben ermangeln lassen) den Prinzipalen in dergleichen terminis irgendwie präjudizieren. Die Aufkündigung der Subsidien tut wenig zur Sache, da foedera und darin paziszierte subsidia nicht einseitig ohne Konsens der Mitpaziszenten aufgekündigt werden dürfen. Der Staat hat sehr wohl den Krieg fortsetzen können, da er ja auch die Subsidien von 1676 und die übrigen alle bis jetzt nicht gezahlt hat. Kf. hat auch damals erklärt, daß er auf die Zahlung nicht drängen, sondern damit bis zu bequemerer Zeit warten wolle. Im kurfürstl. Archiv findet sich übrigens keine Nachricht, daß von den Gen.-Staaten eine solche Aufkündigung der Subsidien, wie in der Schrift behauptet wird, den Alliierten geschehen, noch weniger, daß diese dabei akquiesziert, vielmehr ist aus den Relationen der kurfürstl. ministrorum im Haag zu entnehmen, daß diese fortgesetzt an Zahlung der Subsidien erinnert haben, und daß ihnen öfter dazu gute, aber meist vergebliche Hoffnung gemacht worden ist. Einem Teil der Alliierten, als in specie dem Bischof von Osnabrück, ist auch die Zahlung völlig bis 1678 widerfahren. Spanien, mit dem und den Gen.-Staaten zugleich Kf. 1674 den Traktat gemacht hat, hat, trotzdem es das meiste bei diesem Kriege gelitten, nimmermehr prätendiert, von der Obligation wegen der Subsidien sich frei zu machen, sondern hat immer diese Schuld anerkannt und versprochen, sie zu bezahlen. Der Zustand der spanischen Niederlande, daß die Franzosen dort den Winter über Konquesten gemacht, tut wider Kf. nichts. Warum hat man diese Konquesten nicht verhindert? Kf. ist auch bis in den späten oder wohl den ganzen Winter über in Aktion geblieben. Wenn die Spanier den Zustand der Niederlande nicht für solche Not gehalten, daß sie sich dadurch zur Annahme solcher Konditionen hätten zwingen lassen, wie kann seitens des Staats derselbe pro casu summae et inevitabilis necessitatis angezogen werden? Man hat auch nie gehört, daß Spanien zu einseitigen Traktaten den Anfang zu machen begehrt habe.

Auf das, was in dem 2. membro des Memorials angeführt wird, wird angezeigt:

Der Staat hat freilich einen absonderlichen Frieden gemacht, aber man ist in Nimwegen zusammengekommen, um einen allgemeinen Frieden mit aller Interessenten Willen zu schließen, der Staat hat dem Kf. nicht zu rechter Zeit von seiner einseitigen Handlung Mitteilung gemacht, ihn nicht dazugezogen, hat über keinen Artikul sein Sentiment gefordert, hat ganz allein und zum Teil

heimlich mit Frankreich traktiert. Obgleich die Gesandten des Kf. sich zu Annehmung eines redlichen und allgemeinen Friedens erboten, hat man sie nicht hören und auf ihre Bitte ihnen weder eine Konferenz noch soviel Zeit, um an Kf. zu berichten, gestattet, sie haben die conditiones nie von den Gesandten des Staats kommuniziert bekommen können, worüber sich auch der spanische Gesandte beschwert hat. Die von dem Staate einseitig gebrauchte Methode ist dem foederi e diametro entgegen, nach welchem Friedens- und Waffenstillstandsverhandlungen nur mit allgemeinem Gutbefinden stattfinden sollten.

2. Es ist nicht genug zu bedingen, daß die eingegangenen conditiones den übrigen Alliierten auch vergönnt werden sollten, sondern diese hätten über die conditiones handeln und die conditiones so eingerichtet werden müssen, daß sie mit Ehren und gutem Gewissen angenommen werden konnten, was nicht der Fall war. Daß Kf. und andere Alliierte ihre Konquesten nicht auf eines anderen bloße Befragung haben abstehen wollen, ist ihnen nicht zu verdenken, er hat aber nie praecise darauf bestanden. Daß er bei den ins Mittel gebrachten conditionibus auch Ersatz des im Clevischen und durch den Einbruch der Schweden in diesen Landen erlittenen Schadens gefordert, dazu ist er durch das foedus befugt.

3. Der Traktat von 1674 redet von einem allgemeinen und nicht von einem einseitigen Frieden, ein solcher allgemeiner Frieden war auch in Nimwegen unter englischer Vermittlung vorgenommen worden, die einseitige Handlung aber ist absque mediatore und mit dessen Vorbeigehung durch geheime und separate Traktaten befördert worden.

4. Es ist keine gehörige Kommunikation mit den ministris des Kf. gepflogen worden. Kf. hat öfters sich zum Frieden bereit erklärt, aber die conditiones waren ihm nicht annehmlich, und er hat sich extra tractatus der Konquesten und Satisfaktion halber nicht herauslassen wollen.

5. Kf. hat von dem Staat nie Garantie aller seiner Konquesten begehrt, und der Staat war durch das foedus verpflichtet, ihm Satisfaktion zu verschaffen.

6. Kf. war nicht verpflichtet, sich mit den französischen conditionibus zu vergnügen. Die Prozedur des Staates ist daher mit den foederibus und pactis nicht zu konziliieren.

7. Warum Kf. in den einseitigen, wider die foedera aufgerichteten Vertrag nicht hat eingeschlossen sein wollen, noch können, ist schon vorgestellt. Es ist dieses auch nicht eine Einschließung, sondern eine Ausschließung zu nennen, denn er ist in demselben vollständig den Feinden abandonniert worden. Der Staat war überdies verpflichtet, Kf. gegen Schweden zu assistieren, das ist nicht geschehen, trotzdem hat Kf. dem Staat soviel als ihm möglich war, Hilfe zugeschickt (vor Grafe, vor Mastricht und zuletzt bei Mons).

8. Die Mitteilung der Instruktion vom 4. Mai 1678 an die kurfürstl. ministri justifiziert keine vertragswidrige Aktion, viel weniger ist dadurch eine absolute Unmöglichkeit, den Krieg länger zu kontinuieren, behauptet. Was nachher in des Kf. clevischen und westfälischen Landen vorgegangen, hätte leicht in dem mit Frankreich gemachten einseitigen Frieden vermittelst Neutralität dieser Lande oder durch Prästierung der ex pactis schuldigen Hilfe verhütet werden können.

Man hat dieses aber so wenig konsideriert, daß in der Antwort vom 19. September es mit keinem Worte berührt ist, obwohl dem Kf. deswegen zum öfteren gute Vertröstung geschehen ist.

Kf. erwartet daher eine völlige den pactis und foederibus gemäße Adimpletion der dem Gesandten proponierten vier Punkte.

M. Romswinckel an den Kurfürsten. D. Hage 3. 13. Februar 1680.

[Mitteilungen des Prinzen v. Oranien, Fagels und Sidneys. Ankunft Stratmans.]

13. Feb. Der Prinz von Oranien hat ihm, als er vorigen Sonnabend Abend bei ihm Audienz hatte, mitgeteilt, der König von England habe ihm eigenhändig geschrieben, er werde [1]) mit dem ehesten jemand an Kf. schicken, um demselben Propositionen wegen einer neuen Allianz zu machen, der Prinz meinte, der König werde auch an die Fürsten von Braunschweig-Lüneburg schicken und ihnen ebensolche Propositionen machen lassen.

Auf seine Anfrage, wie es mit dem Traktat mit Frankreich [2]) stände, erwiderte der Prinz, es hätten noch nicht alle Provinzen ihre Sentimente deswegen eingeschickt, und daher wäre noch kein Schluß gemacht worden. Als er bei dieser Gelegenheit dem Prinzen auch die Zahlung der rückständigen Subsidien und daß Amerongen bessere Order gegeben werde, anempfahl, erwiderte dieser, er wollte die Zahlung der rückständigen Subsidien des Jahres 1676 nach seinem Vermögen befördern, mehr aufzubringen aber sei der Staat außerstande. Er hat auch Fagel und andere Regenten darüber angesprochen und alle ersinnlichen Motive vorgehalten, warum der Staat dem Kf. billigmäßige Satisfaktion kraft der Traktaten geben sollte, aber sie haben [3]) nicht nur ebensolche Entschuldigung vorgebracht, sondern auch behauptet, daß die prätendierte Satisfaktion wie auch Vergütung des im Clevischen und anderen kurfürstlichen Landen erlittenen Schadens von dem Staat nicht mit Recht gefordert werde und, was aus dem Traktat desfalls vorgebracht werden möchte, mit gnugsamen Gründen abgelehnt werden könne, und trotz aller seiner Gegenremonstrationen sind sie doch auf ihren Sentimenten bestanden.

Der hiesige englische Minister Sydney hat ihm auch angezeigt, daß sein König beschlossen hätte, jemand an Kf. zu schicken.

Der kaiserliche Minister Stratman ist [4]) vorigen Sonnabend hier angelangt und hat ihm gesagt, er sei hergekommen, um sich von dem eigentlichen Zustande

---

[1]) S. über die Sendung Southwells, der Anfang Mai 1680 bei Kf. erschien, v. Raumer, Beiträge zur neueren Geschichte III, S. 431 ff. und unten Abschn. IV.

[2]) S. über die wegen eines solchen Bündnisses geführten Verhandlungen Négotiations de M. le Comte d'Avaux en Hollande depuis 1679 jusqu'en 1684 I, S. 10 ff.

[3]) S. das Schreiben Fagels an Amerongen vom 2. April 1680 (Urk. u. Akt. III, S. 564 ff.).

[4]) S. O. Klopp, Der Fall des Hauses Stuart und die Sukzession des Hauses Hannover III, S. 237, 242 und Österreichische Staatsverträge. Niederlande I, bearb. v. Srbik, S. 200.

des gemeinen Wesens zu informieren, er scheint sich aber unter der Hand informieren zu wollen, auf welchen Fuß eine nähere Verbindung zwischen dem Kaiser und diesem Staat aufzurichten sein möchte.

A. v. Spaen und M. Romswinckel an den Kurfürsten. D. s'Grafenhage 13. 23. März 1680.

[Ihre Bemühungen bei dem Prinzen v. Oranien, v. d. Tocht und Fagel um Unterstützung der Forderungen des Kf.]

Sie haben Dienstag Abend bei dem Prinzen von Oranien Audienz gehabt, 23. März
Sp. hat dabei seiner Instruktion gemäß den Prinzen im Namen des Kf. ersucht, da dieser mit dem Staat verschiedene Punkte zu debattieren hätte: 1. wegen Exekution der unlängst getroffenen Allianz, 2. der geldrischen Kompromißsache, 3. Zahlung der restierenden Subsidien und 4. wegen der ihm ex foedere gebührenden Satisfaktion, welche Punkte er jetzt durch Kommissare mit Amerongen traktieren ließe, seine rechtmäßigen desideria aufs beste zu sekundieren und die Sache zum guten Ende bringen zu helfen, besonders die wirkliche Zahlung der restierenden Subsidien gehörigen Orts nachdrücklich zu rekommendieren. Der Prinz erwiderte, es sei sein höchster Wunsch, dem Kf. seine Dankbarkeit für die ihm erwiesenen Dienste zu beweisen, in betreff jener Punkte wollte er mit den betreffenden Deputierten des Staates sprechen und möglichst befördern, daß Amerongen eine nähere Instruktion gegeben werde, auch die Zahlung der Subsidien rekommendieren und, wenn er mit jenen Deputierten kommuniziert haben würde, ihnen näheren Bescheid erteilen.

Gestern hat v. d. Tocht Spaen zugesprochen, und als er ihm von seinem Auftrage Mitteilung gemacht, ihm den schlechten Zustand und Geldmangel der Provinzen geschildert, aber sich doch erboten, nach Möglichkeit zur Satisfaktion des Kf. zu kontribuieren. Gestern Abend sind sie auch bei dem Ratspensionarius Fagel gewesen und haben ihm auch jene Punkte vorgetragen. Auch dieser hat sich erboten, mit einigen Gliedern des Staats darüber zu konferieren und nachher weiter mit ihnen zu sprechen.

F. v. Jena und F. Meinders an den Kurfürsten. D. Cöln an der Spree 7./[17.] April 1680.

[Neue Verhandlungen mit Amerongen.]

Des Kf. Befehl gemäß sind sie diesen Morgen bei Amerongen gewesen 17. April
und haben ihn um Wiederholung dessen, was er bei seiner jüngsten Anwesenheit zu Potsdam dem Kf. gesagt, ersucht. Er hat darauf proponiert, der Prinz von Oranien und der Ratspensionar hätten [1]) ihm in partikulier Briefen aufgetragen, sich nochmals zu bemühen, die Sachen zwischen Kf. und dem Staat zu völliger

[1]) S. das Schreiben Fagels an Am. vom 2. April 1680 (s. Urk. u. Akt. III, S. 564 ff.).

Richtigkeit zu befördern. Es käme alles vornehmlich auf drei Punkte an: 1. die Erfüllung des Traktats von 1678. Nachdem jetzt der Friede zustande gekommen sei, erwarte man, daß Kf. die wirkliche Exekution desselben nicht länger verzögern, sondern 1. die geldrische Kompromißsache durch einen gütlichen Vergleich zur Endschaft befördern werde, wobei der Prinz und auch der Staat ihre guten Dienste anwenden würden. Kf. wird jemanden zu kommittieren und instruieren haben, um auf die ins Mittel gekommenen Vorschläge den gütlichen Vergleich für die Hand zu nehmen, ferner müßte Schenkenschanz evakuiert und dem Staat tradiert werden. Wegen der Huffeyserschen Schuldsache prätendierte man noch einige Briefe und Dokumente, welche sich beim Staat nicht fänden, doch wolle man desfalls dem Kf. völlige Satisfaktion geben.

2. Wegen der restierenden Subsidien erböte sich der Prinz, es dahin zu befördern, daß, wenn man Gewißheit von des Kf. Intention ratione executionis tractatus hätte, man die Restanten bis 1676 inkl. berichtigte. Die Subsidien von 1677 und weiter bis zum Schluß des Friedens betreffend hielte man seitens des Staats noch beständig davor, daß derselbe zu deren Bezahlung nicht verbunden wäre. Er führte dafür allerhand rationes an, die aber nichts anderes enthielten, als er ihnen schon vorher gesagt, weshalb sie sich auf ihre ihm bereits mündlich und schriftlich mitgeteilten Gegenrationes bezogen haben.

3. Die Satisfaktion des erlittenen Schadens und sonst betreffend, meinte er, dieser Punkt wäre etwas generaliter vorgestellt, und schlug vor, derselbe möchte bis zu einer persönlichen Konferenz zwischen Kf. und dem Prinzen suspendiert, inzwischen aber die vorher spezifizierten Punkte abgetan werden.

Sie haben gesagt, daß, wenn sich nur der Staat zu einiger Satisfaktion erklärte, Kf. sich dabei raisonnabel erweisen und keine unbilligen, noch unmöglichen Dinge begehren würde, nahmen es im übrigen ad referendum.

Sie erwarten des Kf. ferneren Befehl, machen nur auf zwei Dinge aufmerksam, 1. daß alles, was A. gesagt, nicht auf Befehl des Staats, sondern nur auf Zuschreiben des Prinzen und des Ratspensionars geschehen, 2. daß A. sehr auf die Evakuation von Schenkenschanz dringt. Fuchs hat ihnen zwar gesagt, Kf. meine, der Staat würde darauf nicht so eifrig dringen, A. aber hat auf ihre Anfrage deswegen die Evakuation aufs allerbeweglichste rekommendiert, als eine Sache, welche gar nicht verzögert werden müßte.

Der Kurfürst an v. Jena und Meinders. D. Potsdam 8. 18. April 1680.

[Auf ihre Relation vom 7. April. Die Übergabe von Schenkenschanz. Bevollmächtigung zu weiteren Verhandlungen.]

18. April Ihn befremdet nicht wenig, daß Amerongen den Punkt wegen Evakuation von Schenkenschanz ihnen ganz anders vorgestellt hat als ihm. Er findet auch, daß Am. statt dem Zweck näher zu kommen, vielmehr rekuliert, indem er die Bezahlung der Subsidien bis 1676, welche sie doch allemal für liquide erkannt, einiger-

maßen in Ungewißheit zieht und an die Übergabe von Schenkenschanz konditionieren will. Er will aber dieselbe nicht eher erfolgen lassen, als bis er mit dem Staat wegen seiner Prätensionen vollkommene Richtigkeit getroffen hat, und sie haben sich danach zu richten.

Sollten sie für nötig halten, das, was Am. proponiert hat, in einer anderweitigen Konferenz zu beantworten, so sollen sie ihm ihre Gedanken darüber und wie er sich zu erklären hätte, eröffnen.

F. v. Jena und u. F. Meinders an den Kurfürsten. D. Cöln a. d. Spree 10. [20.] April 1680.

[Die Amerongen zu machenden Vorstellungen.]

Dem Befehl des Kf. zufolge haben sie das, was bei der mit Amerongen vor- 20. April
gestern abgehaltenen Konferenz vorgefallen, näher erwogen und stellen dem Kf. anheim, ob er ihnen befehlen wolle, demselben folgende Anzeige und Vorstellung zu tun:

1. Es hätte Kf. befremdet, daß er, der bisher zur Zahlung der Subsidien so gute Hoffnung gemacht und gegen ihn ausdrücklich erwähnt hätte, daß die Übergabe der Schenkenschanze noch wohl einigen Verzug erleiden könnte, jetzt auf unverzüglicher Abtretung derselben bestehe und daraus gleichsam conditionem seine qua non der Zahlung der rückständigen Subsidien, selbst der ganz liquiden, machen wolle. Kf. sei erbötig, den Vertrag von 1678 vollständig zu erfüllen, erwarte aber, daß auch der Staat an wirklicher Prästierung dessen, was Kf. zu fordern berechtigt sei, es nicht werde ermangeln lassen. Dem Kf. gebührten aus dem älteren Traktat noch verschiedene Subsidien und Satisfaktion, und er verlangte, daß man diese dermaleins wirklich leiste. Sollte er darauf, wie bereits geschehen, regerieren: 1. die Subsidien wären noch zum Teil illiquid, die von 1677 an glaubte der Staat nicht schuldig zu sein zu zahlen, 2. die geforderte Satisfaktion bestände in generalibus terminis, der Staat wisse nicht, was Kf. deswegen eigentlich fordere, 3. er achte sich zu keiner Satisfaktion schuldig, 4. nach Inhalt des letzten Traktats müßte jetzt die Geldrische Kompromißsache erledigt und Schenkenschanz tradiert werden, so könnte darauf geantwortet werden:

1. der Staat sei wenigstens die liquiden Subsidien zu zahlen schuldig,

2. sollte diese Zahlung ferner verzögert werden, so müsse Kf. daraus abnehmen, daß man zu Erfüllung des Traktats und Kultivierung vertraulicher Freundschaft schlechte Lust habe,

3. die Befugnis des Kf., auch die Subsidien nach 1676 zu fordern, sei ihm klar und deutlich vorgestellt worden,

4. was er jetzt dagegen angeführt, sei nichts Neues, sondern nur das, was er vorher vorgestellt hätte und in der letzten Schrift schon widerlegt worden sei.

Wegen der Satisfaktion könnte ihm abermal angezeigt werden, daß Kf. dazu durch die Pakten befugt sei, und daß sie in Ersatz des Schadens, den er und seine Lande von den Feinden erlitten, zu bestehen habe, daß er aber, wenn er wegen der Subsidien billigmäßige Satisfaktion erlangte, sich so raisonnabel erklären

werde, daß der Staat daraus seine Begierde, mit ihm in unverbrüchlicher Freundschaft zu leben, erkennen werde.

Den Traktat von 1678 sei Kf. erbötig zu erfüllen, da aber in diesem gleich zu Anfang der vorige Allianztraktat konfirmiert würde, so wäre es billig, daß ihm der vorgemeldeten Punkte halber Satisfaktion gegeben werde.

Sie sind der Meinung, daß Kf. in seinen postulatis klar und völlig fundiert ist, daß der beste cuneus in der Schenkenschanze besteht, und daß Kf. daher diesen Punkt mit desto mehrerer Behutsamkeit zu beobachten hat.

Es wäre Am. auch anzuzeigen, daß Kf. wünsche, er möge eine authentische Resolution des Staats auf die letzte Schrift und die darin enthaltenen postulata befördern [1]).

Blaspeil und Romswinckel an den Kurfürsten. D. Cleve 23. April st. n. 1680.

[Beantwortung der Anfragen des Kf. wegen seiner an die Staaten zu stellenden Forderungen.]

23. April Kf. hat ihnen schon vor einiger Zeit befohlen [2]) zu berichten:

1. was er noch an Subsidien von dem Staat der Vereinigten Provinzen zu fordern,

2. was er wegen des einseitigen Friedens von diesen zu prätendieren,

3. was er deswegen für Schaden in seinen clevischen und angehörigen Landen erlitten,

4. was wegen Exekution des letzten mit v. d. Tocht getroffenen Traktats noch zu beobachten sei.

Sie können erst jetzt, nachdem gestern Romswinckel aus dem Haag hieher gekommen, darauf antworten.

ad 1 hoffen sie, Kf. werde wegen der von ihm noch zu fordernden Subsidien mit dem, was Romsw. desfalls von Zeit zu Zeit referiert hat, zufrieden sein.

ad 2. Solche arbiträre Prätensionen können nicht determiniert werden, Kf. wird je nach Gelegenheit der Konjunkturen seine darauf bezügliche Prätension moderieren oder extendieren können.

ad 3. Über die Höhe des Schadens, welchen Kf. wegen des einseitigen Friedens in seinen clevischen Landen erlitten hat, wird ohne Zweifel die clevische Regierung ihm schon Bericht erstattet haben, oder, wenn es noch nicht geschehen sein sollte, wird es leicht geschehen können, da alle Nachrichten darüber vorhanden sind.

ad 4. Da der 1. Artikel des Traktats von 1678 ausdrücklich mitbringt, daß der vorige Traktat von 1674 in seinem Wesen und Würden verbleiben solle, so hat sich der Staat dadurch von neuem zur Zahlung der Subsidien an Kf. verpflichtet. Kf. kann daher die Frage, ob der Staat befugt gewesen sei, die nach demselben

[1]) Kf. erklärt sich (d. Potsdam 11./21. April 1680) damit einverstanden, nur sollten sie von dem, was Am. wegen Schenkenschanz gesagt habe, abstrahieren, weil er dieses im Auftrage des Prinzen von Oranien en confidence gesagt habe. Dem entsprechen die Mitteilungen, die Meinders am 12./22. April Am. macht.

[2]) S. oben S. 19.

schuldigen Subsidien nach 1676 einseitig aufzukündigen, und ob er dieses ihm und seinen Ministern gegenüber nach Gebühr getan habe, ganz auf sich beruhen lassen und seine Forderung der weiteren Subsidienzahlung nur auf den Traktat von 1678 begründen. Was es mit Schenkenschanz und der geldrischen Kompromißsache für eine Bewandtnis hat, darüber verweisen sie auf die Berichte der dazu gebrauchten Personen.

Der Kurfürst an die Generalstaaten. D. Cöln 9./19. Mai 1680. (Conc. Meinders.)

[Beschwerde über Nichtbezahlung der Subsidien durch die Provinz Seeland. Drohung mit Gewaltmaßregeln.]

19. Mai

Seine Erinnerungen bei der Provinz Seeland [1]) wegen Bezahlung ihrer Quote der Subsidien und der darauf gegebenen Assignationen haben so wenig Erfolg gehabt, daß man nicht einmal seine Armateurs, die er darauf assigniert hat, zur Kompensation wegen ihren Schulden zugelassen, sondern gegen sie gar hart mit Emprisonnements, Arresten und Exekutionen verfahren hat. Obgleich ihr Gesandter v. Amerongen ihm die Hoffnung gemacht hatte, daß bei der jüngsten Versammlung der Staaten von Seeland eine zureichende Resolution wegen der Zahlung würde genommen werden, so hat man ihm doch kaum die Hälfte der geforderten Summe, fünfzig pro centum, und zwar in Landesobligationen offeriert, worauf er nicht nur des Abganges, sondern auch der Konsequenz halber nicht hat eingehen können. Er hat daher an die Staaten von Seeland noch einmal, und zwar zum letzten Male geschrieben [2]) und erwartet bei der nächsten Versammlung den Erfolg. Sollte derselbe nicht so sein, wie Recht und Billigkeit erfordern, so hat er beschlossen, zur Erlangung der ihm gebührenden Satisfaktion die Mittel zu ergreifen, welche Gott und die Rechte an Hand geben. Er ersucht sie, welche durch das Bündnis principaliter obligiert sind, und an welche er sich auch seinen Regreß ausdrücklich vorbehält, den Staaten von Seeland nachdrückliche Weisung zu tun, damit alle Extremitäten verhütet bleiben, und falls er solche zu ergreifen genötigt würde, ihm darunter alle faveur und Förderung zu erweisen, wie er beabsichtigt, trotz solcher Verdrießlichkeiten mit ihnen die freundnachbarliche und bundespflichtige Freundschaft sorgfältig zu unterhalten [2]).

Aufzeichnungen Meinders' über Vorschläge Amerongens, die ihm darauf mitgeteilte Resolution des Kf. und seine Erwiderung darauf [3]).

Anfang Juli

Den 20. Junii 1680 hat Amerongen zu Potsdam zu Endigung der Sache oder um zum wenigsten etwas näher zu kommen, folgende Vorschläge gemacht:

[1]) S. Sylvius II B, S. 21, Urk. u. Akt. III, S. 574.

[2]) In ähnlicher Weise schreibt Kf. unter demselben Datum auch an den Prinzen von Oranien.

[3]) S. Amerongens Bericht vom 3. Juli 1680 (Urk. u. Akt. III, S. 583 f.).

1. daß der Staat alle restierende subsidia usque ad finem anni 1676 richtig auszahlte,

2. daß die wegen der folgenden Jahre vom Kf. prätendierten subsidia bis zu fernerer gütlicher Handlung und Transaktion ausgesetzt würden,

3. ebenso die Prätension wegen des Schadens und der Satisfaktion,

4. daß indessen der Traktat von 1678 exequiert würde, soviel Schenkenschanz, die Hufeyersche Schuldsache und die geldrische Kompromissache betrifft.

Nachdem dieses dem Kf. von Amerongen und von Meinders, welcher mit demselben darüber auf des Kf. Befehl geredet, referiert worden, hat er nach Erwägung der Umstände sich endlich folgendergestalt resolviert:

1. daß er die offerierte Zahlung der Subsidien bis Ende 1676 akzeptiere,

2. daß er wegen der restierenden Subsidien, die er bis zur Ratifikation des französischen Friedens und noch einen Monat nachher zu fordern habe, nicht sogleich auf bare Zahlung dringen, sondern desfalls gewisse und leidliche Termine setzen, auch anstatt Geldes etwas an Pulver, Blei, Salpeter und anderen Waren annehmen wolle,

3. ja, daß er ratione termini ad quem nicht so präzise auf dem vorigen postulato bestehen, sondern sich mit der Zahlung usque ad annum 1678 incl. kontentieren wolle, nur daß der Staat die Schuld agnosziere.

4. daß Kf. ratione satisfactionis et reparationis damni sich hiernächst mit dem Staat in der Güte vergleichen wolle, und daß dieser Punkt für jetzt die Exekution des Traktats von 1678 nicht aufhalten, sondern daß

5. dieser sofort zur Ausführung gebracht, Schenkenschanz tradiert und, was wegen der Hoefeyerschen Schuld und geldrischen Kompromißsache verglichen, ins Werk gerichtet werden solle.

6. Falls aber diese Vorschläge von des Staats wegen nicht akzeptiert werden sollten, wolle man auch dieserseits nicht gebunden sein, sondern behalte sich Kf. seine jura vor.

Als Meinders dieses Am. hinterbringt, hat derselbe zwar gegen die conditiones selbst nichts Sonderliches einzuwenden gewußt, hat aber, weil er keine Instruktion hätte, es anzunehmen, es nur ad referendum genommen, machte gleichsam für sich den Vorschlag, ob Kf. nicht diese streitige Sache einem Justizcollegio oder arbitris untergeben wollte. M. erwidert, er sei nicht befehligt, sich darauf einzulassen, des Kf. Prätension wäre so klar und mit so deutlichen Worten in pactis fundiert, daß er sie solchem zweifelhaften Ausschlag nicht unterwerfen könnte. Der Staat hätte kein anderes Argument, die Zahlung der Subsidien zu verweigern, als die Aufkündigung, diese sei aber bisher nicht erwiesen, und wenn sie auch zu erweisen wäre, so hätte dieses keinen Effekt, weil sie nicht akzeptiert und kein pactum durch einseitige Aufkündigung gehoben werden könnte.

Der Kurfürst an Blaspeil und Romswinckel. D. Cöln 3. [13.] August 1680. (Conc. Meinders.)

[Unwille über das Ausbleiben der Erklärung der Generalstaaten auf seine Vorschläge.]

Er vernimmt mit Befremdung, daß, obwohl er[1]) sich neulich gegen Amerongen wegen der zwischen ihm und dem Staat noch obschwebenden Irrungen so erklärt und solche Temperamente vorgeschlagen hat, daraus man seine Freundschaft und Begierde, mit dem Staat darin zu kontinuieren, ersehen könne, er dennoch bisher nach Verfließung verschiedener Wochen nicht die geringste Nachricht von der Erklärung des Staats erhalten, und daß man gar Amerongen unter dem Prätext avozieren wolle, daß demselben bedeutet worden wäre, diese ganze Angelegenheit sei Blaspeil überwiesen worden, und dieser solle sie dort im Haag negoziëren. Sie sollen dem Prinzen von Oranien, Fagel und anderen von dem Staat diese Opinion zu benehmen suchen und erklären, daß Kf. die schließliche Erklärung des Staats mit Verlangen erwarte, in deren Entstehung aber sich an die von ihm projektierten Temperamente nicht verbunden achte. Er habe weder Amerongen noch jemand anders etwas mehres wissen lassen, als daß er beabsichtige, Blaspeil eine Zeitlang nach dem Haag zu senden, weil er Romswinckels Person und Dienstes bei seiner clevischen Regierung benötigt wäre. 13. Aug.

M. Romswinckel an den Kurfürsten. D. Hage 14. 24. September 1680.

[Beschwerde des spanischen Gesandten über die Wegnahme eines spanischen Schiffes durch brandenburgische Schiffe.]

Nachdem der hiesige spanische Gesandte Fuen-Major am verwichenen Freitag Abend [20. September] sehr spät durch einen expressen Kurier von Brüssel die Nachricht erhalten, daß[2]) am 8./18. dieses mit dem einfallenden Abend acht Kriegsschiffe ein Kriegsschiff, Carolus Secundus genannt, ungefähr 40 Kanonen führend, von der Reede von Ostende, wo dasselbe auf Anker gelegen, um mit dem ersten guten Winde des Duc de Villa Hermosa Bagage nach Spanien zu konvojieren, nach einiger Resistenz mit Gewalt weggenommen, ohne daß diejenigen, die auf den acht Schiffen gewesen, nachdem ihnen von einigen Spanischen mit Schaluppen nachgesetzt und sie gefragt worden, von wannen sie wären, und was sie begehrten, solches hätten sagen wollen, und der Gesandte von dem Herzog Order erhalten, sich darüber hier zu informieren und bei dem Staat desfalls anzugeben, hat er vorigen Samstag in dem Collegio der Gen.-Staaten beifolgendes Memorial[3]) übergeben und auch seine Klage einigen Herren der Gen.-Staaten und 24. Sept.

[1]) S. die vorhergehende Resolution.

[2]) S. Urk. u. Akt. III, S. 585 f., Peter, Die Anfänge der brandenb. Marine, S. 18 f., Schück, Brandenburg-Preußens Kolonialpolitik I, S. 114.

[3]) S. Sylvius II B, S. 62.

der Staaten von Holland mündlich vorgebracht. Gestern vormittag ist darüber bei der Generalität konferiert, seines Wissens nach aber noch kein Beschluß gefaßt worden [1]). Es sollen aus Brüssel verschiedene Expresse nach England, Frankreich und Spanien geschickt sein, um die spanischen Schiffe, besonders den neuen Statthalter, den Herzog von Parma, der mit fünf Kriegsschiffen unterwegs sein soll, zu warnen.

Obgleich jedermann glaubt, daß die Schiffe, welche das spanische Schiff weggenommen, dem Kf. gehören, hat er doch, da der spanische Gesandte es in seinem Memorial nicht deutlich angegeben, er auch niemanden es positive, sondern nur präsumptive hat behaupten hören und er gar keine Wissenschaft von dieser Sache hat, sich dessen weder annehmen wollen noch können, sondern erwartet vom Kf. Order.

M. Romswinckel an den Kurfürsten. D. Hage 25. September/5. October 1680.

[Versprechen Fagels, die Zahlung der Assignationen auf die Subsidiengelder zu befördern. Bemühungen des spanischen Gesandten.]

5. Okt. Er hat Fagel ersucht, bei den kommittierten Räten von Holland es dahin zu bringen, daß zufolge der Resolution der Staaten von Holland einige Ordonnanzen über die vom Jahr 1676 rückständigen Subsidiengelder ausgefertigt und die von Kf. darauf erteilten Assignationen darauf entrichtet würden. Fagel versprach, wenn diese kommittierten Räte wieder zusammenkommen würden, sein desfalls übergebenes Memorial vorzutragen und sein Bestes zu tun, daß zuerst auf die dem Kurprinzen assignierten 10 000 fl. und dann auf die 44 000 für die Miliz im Clevischen assignierten Gulden Ordonnanzen erteilt und dann auch die übrigen Assignationen sukzessive bezahlt würden.

Obwohl [2]) der spanische Gesandte es dahin gebracht, daß an die respektiven Admiralitäten geschrieben worden, acht Kriegsschiffe zu Befreiung der Kommerzien in See zu schicken, haben diese es doch dekliniert, der König von England aber soll einige Galiots ausgeschickt haben, um den Herzog von Parma vor den Kriegsschiffen des Kf., die sich nach dem Mittelländischen Meer begeben haben sollen, zu advertieren und in einen englischen Hafen zu konduisieren.

---

[1]) Die darauf bezüglichen Beschlüsse der Gen.-Staaten vom 24. und 26. September 1680 s. Urk. u. Akt. III, S. 585 f.

[2]) R. hatte schon 21. Sept./[1. Oktober] 1680 berichtet, die spanischen Minister setzten zwar noch immer ihre Klagen über die Wegnahme des Schiffes bei Ostende fort und verlangten, daß der Staat sich ihrer annehme, er vernehme aber unter der Hand, daß man versuchen werde, die Sache auf gütlichem Wege beizulegen.

Der Kurfürst an Romswinckel. D. Cöllen 26. September [6. October] 1680.

[Auf die Relation vom 14./24. September. Sein Schreiben an den König v. Spanien. Verhandlungen mit Amerongen. Den Gen.-Staaten und dem englischen Gesandten zu machende Mitteilungen.]

Er übersendet ihm das Schreiben [1]) an den König von Spanien, in welchem 6. Okt.
er die Rechtmäßigkeit seines Verfahrens auseinandergesetzt hat, mit dem Befehl, das Original durch sichere Gelegenheit nach Spanien zu schicken und, wenn dieses geschehen, die Kopie überall zu kommunizieren und aus dem Inhalt seine Gerechtsame denjenigen, die mit ihm über die Sache sprechen werden, bekanntzumachen. Amerongen hat deswegen gestern ein Memorial im Namen des Staats übergeben, welches er ehestens beantworten wird [2]).

Indessen habet Ihr bei Gelegenheit dem Staat anzuzeigen, daß die Ombrage, so der Spanischer Ministre wieder uns zu erwecken gedacht, ohne Grund wäre, daß wir die Tractaten mit Ihren Hochmög. wollten fortsetzen lassen und an einem guten Ausschlag nicht zweifelten, ja daß es an Ihrer Seite, wie Ihr wisset, bis dato gemangelt, daß man nicht weiter in der Sache verfahren, weil man uns auf unsere letztere Erklärung bis dato keine Antwort wissen lassen, daß wir auch garnicht gemeinet wären, die Commercien zu turbieren, und daß es unnöthig wäre, daß der Staat mit Ausrüstung einiger Convoy-Schiffe vergebliche Kosten machete, daß wir schließlich I. Hochm. ersucheten, Sie möchten bei der Krone Spanien es dahin richten helfen, daß dieselbe uns in andere Wege annembliche Satisfaction gebe, so würden wir die genommene Schiffe und Güter vollkommlich restituiern lassen.

Dem dortigen englischen Minister soll er ebenso seine Befugnis repräsentieren und ihn ersuchen, seinem König die Sache dahin zu rekommendieren, daß derselbe kräftige officia bei der Krone Spanien zu obigem Effekt anwende.

M. Romswinckel an den Kurfürsten. D. Hage 5. 15. October 1680.

[Gespräch mit Fagel über das gekaperte spanische Schiff und die Verzögerung der Verhandlungen.]

Er hat vergangenen Sonnabend Fagel das, was ihm Kf. wegen des vor 15. Okt.
Ostende weggenommenen spanischen Schiffes befohlen, mitgeteilt. Diese Insinuation ist insoweit noch zu rechter Zeit geschehen, da morgen einige Deputierte

[1]) D. Coloniae ad Spream 22. September/[1. Oktober] 1680 (v. Salpius, Paul von Fuchs, S. 185 ff., Diarium Europaeum XLII, S. 222 ff., Sylvius II B, S. 64 f.)

[2]) Kf. übersendet ihm 29. Sept./9. Okt. das Memorial Amerongens und seine darauf erteilte Antwort (s. beide bei Sylvius II, S. 63).

zusammenkommen werden, um über diese Sache zu deliberieren. F. hat versprochen, das, was er ihm deshalb insinuiert hat, bestermaßen vorzutragen und sich zu bemühen, alle Mißverständnisse gütlich zu akkommodieren, auch dem nach England abgehenden Gesandten Leuwen die Sache zu rekommendieren, damit er den König von England zu disponieren trachte, auch alle guten officia anzuwenden.

Fagel erklärte, von einer endlichen Erklärung des Kf. sei ihm nichts bewußt, und ihnen könne kein Aufenthalt imputiert werden, da Amerongen ihnen geschrieben hätte, Blaspeil werde mit nötiger Order hinkommen und die Sache mit den Staaten abzutun sich angelegen sein lassen, worauf man hier bisher gewartet hätte. Da Blaspeils Rekonvaleszenz nur langsam fortschreiten soll, so gedenkt er nach Cleve zu reisen und mit demselben dieser und anderer Angelegenheiten des Kf. wegen zu kommunizieren.

Antwort des Kurfürsten auf das Anbringen des Prinzen von Oranien wegen des vor Ostende weggenommenen spanischen Schiffes. D. Potsdam 13. [23.] October 1680 [1]). (Conc. F. v. Jena.)

[Annahme der Vermittlung Hollands und Englands in dem Streit mit Spanien.]

23. Okt. Kf. ist sehr vergnügt über des Prinzen Anwesenheit [2]), wünscht womöglich auch in den publicis zu erweisen, daß er ihn gern in aller Zufriedenheit von sich lassen wollte, hat daher auch die Sache wegen des Schiffes vor Ostende, welche von dem König von England, dem Staat und von dem Prinzen selbst erinnert worden ist, und worin sie ihre Mediation angeboten haben, reiflich erwogen und sich entschlossen, diese anzunehmen und, sobald der König von England und der Staat dieselbe wirklich werden angetreten haben, seine Schiffe zurückzurufen, doch mit diesem Reservat, daß, wenn Spanien keine raison und was Recht annehmen wollte, die Mediatoren sodann Kf. gebahren ließen, auf alle Wege seine Satisfaktion zu suchen, und ihm darin nicht hinderlich, sondern beförderlich sein sollten. Er

[1]) Kurzer Auszug schon Urk. u. Akt. III, S. 590.

[2]) Romswinckel hatte schon Ende August gemeldet, daß der Prinz von Oranien ihm mitgeteilt hätte, er sei von dem Herzog von Celle schon längst zu einem Besuche daselbst eingeladen worden, und er habe, nachdem er vernommen, daß Kf. im Oktober nach Halle zur Huldigung kommen wolle, beschlossen, am 6./16. September nach Celle zu reisen in der Hoffnung, dem Kf., sobald er im Magdeburgischen angelangt sein werde, seine Schuldigkeit abzulegen. Am 7./17. September meldet er, der Prinz gedenke morgen die Reise nach Celle anzutreten, er habe ihm, als er sich von ihm verabschiedet, gesagt, er hätte schon an Kf. wegen seiner Reise geschrieben und er werde von Celle aus jemand an denselben schicken, er verlange sehr, Kf. zu sehen. Über den darauf wirklich erfolgenden Besuch des Prinzen in Potsdam s. den Bericht des kaiserlichen Gesandten Lamberg vom 25. Oktober (Urk. u. Akt. XIV 2, S. 967 f.) und Rébenacs vom 26. Oktober (Urk. u. Akt. XX, 1, S. 498 ff.) S. auch d'Avaux Négotiations s. S. 50 f.

versichert, daß er nicht darauf bestehen wolle, die schuldigen Subsidien nebst der anderen Satisfaktion von Spanien sofort auf einmal zu begehren, sondern er wolle zufrieden sein, wenn er zu Anfang die Hälfte der Subsidien bekäme und ihm wegen des anderen unter der Garantie der Mediatoren annehmliche Versicherung und Termine gemacht würden. Sein Vizekanzler Romswinckel solle mit einer solchen Instruktion versehen werden, daß daraus sein zu aller Billigkeit geneigtes Gemüt wirklich zu verspüren sein sollte. Er müßte aber versichert sein, daß unterdessen seine Schiffe in den englischen und niederländischen Häfen sicher einlaufen und sich aufhalten könnten. Er versichere, daß, wenn von dato seine Schiffe spanische Güter oder Schiffe bekommen haben sollten, er dieselben sofort wieder freigeben und, sobald er wegen der Mediation und was er dabei bedungen versichert sein würde, sofort seine Schiffe zurückrufen und die Order dazu mit der nächsten Post an Romswinckel schicken wolle. Auch die Spanier aber sollten schuldig und gehalten sein, wenn sie etwas von Schiffen oder Gütern des Kf. oder seiner Untertanen in ihre Gewalt bekommen sollten, es sofort ohne Abgang und Schaden zu restituieren. Von dieser Resolution ist auch dem englischen Gesandten Mitteilung gemacht worden.

M. Romswinckel an den Kurfürsten. D. Hage 9./19. November 1680.

[Mitteilungen des Prinzen v. Oranien. Aufträge an Amerongen. Ankunft eines neuen englischen Gesandten.]

Der Prinz von Oranien, bei dem er vorgestern Audienz hatte, erwies sich 19. Nov.
über die Maßen kontent und obligiert wegen der Ehre und Freundschaft, welche er von Kf. in den sieben Tagen, die er bei ihm zu Potsdam und derends gewesen, empfangen gehabt. Aus einem Schreiben des staatischen Gesandten in Madrid [1]), das er soeben erhalten, teilte er ihm mit, daß der König von Spanien sich über die vorgeschlagene Mediation Englands und des Staates trotz aller angewandten Mühe noch nicht habe erklären wollen, sondern darauf bestehe, daß zuerst das Schiff und die Güter restituieret werden müßten, ehe er des Kf. Proposition anhören könnte. Der Prinz wünschte, daß diese Sache wegen vieler zu besorgenden Ungelegenheiten und Weiterungen je eher je lieber gütlich beigelegt werde, war aber bekümmert, wie dazu beiderseits annehmliche Mittel auszufinden sein würden, zumal die hohen Interessenten so weit voneinander seien. Gestern haben einige Deputierte des Staats beraten, was nicht allein deswegen dem Gesandten in Spanien, sondern auch Amerongen, und diesem besonders wegen der Plakate [2]), welche Kf. zu publizieren beabsichtigt, rescribiert werden solle.

---

[1]) Heemskerck. S. Urk. u. Akt. III, S. 591.

[2]) S. darüber die Berichte Amerongens vom 20. und 30. Oktober und vom 3. und 19. November 1680 (Urk. u. Akt. III, S. 589 ff.), Rébenacs vom 26. Oktober (S. 590). Schück, Brandenburg-Preußens Kolonialpolitik I, S. 144 f.

Der englische Envoyé extraordinaire, Lord Bertu, den der König an Southwells Stelle zu Kf. abgeschickt hat, ist vor einigen Tagen in Rotterdam angelangt und von dort recta nach Cöln, um die Kur- und Fürsten am Rhein zu begrüßen, weiter gereist.

Memorial für Amerongen.

[Verlangen einer näheren Erklärung über einige Punkte in der Antwort der Gen.-Staaten in betreff der Plakate.]

Nov. 1680 Da in der von den Gen.-Staaten durch ihn wegen des guineischen Handels erteilten Antwort [1]) einige Punkte enthalten sind, worüber Kf. nähere Erklärung wünscht, so wird er um solche auf folgende Punkte gebeten:

1. Da von den Gen.-Staaten das commercium für die Kompagnie allein prätendiert wird an den Orten, die entweder konquestiert oder von den Naturellen erkauft oder wo man mit diesen akkordiert hat, keinen anderen als die Kompagnie zum Trafik zuzulassen, so wird gebeten, die Örter, die unter diese drei Sorten gehören, namhaft zu machen.

2. Wenn die kurfürstl. Schiffe durch Zufall und Notwendigkeit nach solchen Orten getrieben werden sollten, wird gefragt, ob man nicht dort ebenso, wie es den Untertanen des Königs von Dänemark durch Resolution vom 15. Dezember 1660 zugesagt ist, Wasser und Lebensmittel erhalten könnte.

3. Ob die Forteressen, Kastelle oder Komptore, wo die Kompagnie das commercium allein prätendiert, einige Jurisdiktion in den umgelegenen Orten unter dem Prätext, daß es Dependentien wären, nach sich ziehen sollen, und wie weit man diese extendieren wolle.

Resolution des Kurfürsten [2]). Sign. Potsdam 30. November [10. Dezember] 1680.

[Beanspruchung des Rechts der Schiffahrt und des Handels nach Afrika. Rechtfertigung des Verfahrens gegen Spanien.]

10. Dez. Betreffend das von der Schiffahrt nach den guineischen und anderen afrikanischen Küsten handelnde Plakat, so läßt Kf. dahingestellt sein, was die Gen.-Staaten dieser Schiffahrt und Handlung halber der Westindischen Kompagnie zum Besten verordnet haben, solche Verordnungen aber können ebensowenig ihm wie anderen, die der Botmäßigkeit derselben nicht unterworfen sind, präjudizieren, es steht ihm vielmehr ebenso frei, solche Oktroys seinen Untertanen zum Besten zu erteilen, wie dieses der Gesandte in seinem Memorial selbst zugestanden hat.

[1]) S. Urk. u. Akt. III, S. 594 ff.

[2]) Antwort auf ein Memorial Amerongens vom 23. November 1680, in welchem dieser den Inhalt der ihm zugegangenen Resolution der Gen.-Staaten vom 16. November 1680 (Urk. u. Akt. III, S. 596 ff.) mitgeteilt hatte.

Daß die Westindische Kompagnie schon seit 1621 besteht und zu deren Fortsetzung und Maintenierung große Kosten mit Equipierung verschiedener Schiffe und Erbauung einiger Forteressen aufgewendet sind, kann ihm ebensowenig die freie Schiffahrt und Handlung nach den afrikanischen Küsten benehmen wie anderen souveränen Herren. Frankreich, England, Dänemark, Schweden, ja der Herzog von Kurland und die Stadt Hamburg achten sich deswegen nicht verbunden, auf solchen Küsten keine Handlung zu treiben, und die Generalstaaten haben nicht einmal verhindern können, daß ihre eigenen Eingesessenen trotz der angedrohten Strafen dahin fahren. Die Freiheit der Schiffahrt und Handlung in der offenbaren See und mit deren accolis ist in der Natur und aller Völker Recht fundiert und von den Gen.-Staaten selbst und ihren verständigsten und gelehrtesten Bedienten in Schriften und Büchern behauptet und in der Tat selbst glücklich exerziert worden. Die Kontinuation solches Segens und glücklicher Sukzesse wird von Gott am meisten zu hoffen sein, wenn man seinem Nächsten auch ein Stücklein und Teil davon gönnt und sich nicht unterfängt, alles, was Gott und die Natur gemein gemacht, an sich allein zu ziehen. Kf. prätendiert nicht, an den Orten und Küsten, welche die Kompagnie wirklich okkupiert und wo sie durch Anlage von Festungen oder sonst festen Fuß gefaßt, derselben durch seine Untertanen einen Eingriff zu tun, hat dieses vielmehr denselben verboten, wiewohl er sich versieht, daß man auch dort denselben der jüngst, 1678, aufgerichteten Allianz gemäß die officia humanitatis et utilitatis, als Wasser zu schöpfen usw., nicht verweigern wird, erwartet aber, daß man denselben das commercium in der offenbaren See an den Küsten, wo die Generalstaaten und die Kompagnie keinen festen Fuß haben und wo freie Könige, Prinzen und Völker wohnen, die allen Nationen die Handlung verstatten, diese nicht zu verbieten noch zu verhindern gemeint sein werde.

Was die von dem Gesandten erwähnten Disputen und Inkonvenientien anbetrifft, welche diese vorgenommene Schiffahrt verursachen werde, so muß man dieses der göttlichen Schickung und dem Ausschlag der Sache heimstellen. Es will nicht allemal gleicher Sukzeß allen Handlungen folgen, es muß aber auch zuweilen etwas versucht und gewagt werden, wie es die Untertanen und Trafikanten der Gen.-Staaten am besten wissen. Dieselbe Freiheit, mit welcher diese und auch andere Potentaten dieses tun, nimmt auch Kf. für sich in Anspruch.

Die Wegnahme des spanischen Schiffes anbetreffend, ist der ganzen Welt bekannt, aus welchen und wie triftigen Gründen Kf. dazu veranlaßt worden ist. Er hofft, daß die Gen.-Staaten weder direkt noch indirekt ihn in Persekution des Seinigen behindern oder beeinträchtigen werden, ist auch mit der getanenen Erklärung der ausgelassenen Plakate [1]) zufrieden und hätte gewünscht, daß solche eher geschehen und dadurch allerhand ungleiche impressiones und Gedanken verhütet worden wären. Im übrigen würde es ihm lieb gewesen sein, wenn man sich spanischerseits wegen der von ihm prätendierten Zahlung und Satisfaktion näher und zureichender erklärt hätte. Da man sich aber bisher zu nichts verstehen und von keinen Expedientien und gütlichen Mitteln hören will, so muß er es dahin-

[1]) S.. Amerongens Bericht vom 1. Dezember 1680 (Urk. u. Akt. III, S. 599 f.) und das Plakat des Kf. vom 15./25. Dezember 1680.

gestellt sein lassen und seine gerechte Sache Gott und der Zeit befehlen, alle Verantwortung und Ungelegenheiten aber, welche aus diesem Handel entstehen könnten, auf die werfen, welche ihm wider alle Billigkeit das, was er aus klaren pactis zu fordern hat, verweigern. Er erwartet auch von der Äquanimität und Affektion der Gen.-Staaten, daß sie seine Konduite approbieren und ihm zur Erlangung dessen, was man ihm schuldig ist, behilflich sein werden.

M. Romswinckel an den Kurfürsten. D. Hage 14./24. Dezember 1680.

[Forderung des spanischen Gesandten. Verhalten der Generalstaaten.]

24. Dez. Der spanische Gesandte hat vor einigen Tagen den zu den sekreten Affären deputierten Staaten schrift- und nachher mündlich angezeigt, daß, nachdem die in dem Bündnis stipulierte Zeit von drei Monaten verflossen, der Staat durch diesen verpflichtet wäre, wider Kf. wegen des bei Ostende weggenommenen Schiffes wirklich in Ruptur zu treten und Spanien Satisfaktion prokurieren zu helfen. Die Staaten haben darauf beschlossen, durch ihren Gesandten in England den dortigen König zu ersuchen, seinen Gesandten in Spanien anzuweisen, seine Mediation zu gütlicher Beilegung dieses Streites anzubieten, und diese Order ist wirklich abgegangen. Er hat von Anfang an hier remonstriert, daß die Wegnahme des Schiffes keineswegs für eine Ruptur angesehen werden könne, sondern Kf. durch die Nachlässigkeit der Krone Spanien, um zu dem Seinigen zu gelangen, endlich dazu genötigt worden sei, und er hat auch jetzt Gelegenheit genommen, dieses Vorgeben und Suchen des spanischen Gesandten zu widerlegen und nachzuweisen, daß der Staat vielmehr verpflichtet sei, dem Kf. seine Satisfaktion von Spanien zuwege bringen zu helfen. Er glaubt, daß der Staat alle Mühe anwenden wird, diese Sache in der Güte zu akkommodieren und Kf. zu seiner rechtmäßigen Prätension zu verhelfen [1]).

Instruction, wornach sich unser — Friedrich Wilhelm von Diest [2]) als unser Envoyé Extraordinaire an die HH. General Staaten der Vereinigten Niederlande bei der nach dem Haag ihm aufgetragenen Reise und Negotiation unterthänigst zu achten. D. Potsdam 3./13. Dezember 1680. (Conc. F. Meinders.)

[1]) R. übersendet 28. Dezember 1680/7. Januar 1681 eine dort unter der Hand zum Vorschein gekommene Politura literarum Brandenburgicarum und meldet wieder, der spanische Gesandte lasse nicht nach zu fordern, daß der Staat sich gegen Kf. deklariere, man meine aber zunächst nur verpflichtet zu sein, diese Mißhelligkeiten gütlich zu akkommodieren.

[2]) Friedrich Wilhelm v. Diest, clevischer Geheimer Regierungs- und Kriegsrat, Oberrezeptor für Cleve und Mark. S. über ihn Hötzsch, Stände und Verwaltung von Cleve und Mark, S. 148 ff. Kf. zeigt (d. Potsdam 2./12. Dezember 1680) den Generalstaaten

[Den Generalstaaten zu machende Eröffnungen. Rechtfertigung der Wegnahme des spanischen Schiffes. Verhalten gegen die anderen Gesandten. Nur zeitweiliger Aufenthalt in Holland, zu empfangende Geldmittel.]

Er hat sich nach seiner Rückkehr nach Cleve und nachdem er dort seine 13. Dez.
Verrichtung abgetan, nach dem Haag zu begeben, dort von Romswinckel alle an diesen ergangenen Instruktionen und Reskripte zu empfangen und sich daraus, ferner aus dem, was R. ihm mitteilen wird, und aus den hinterlassenen Papieren Blaspeils[1]) zu informieren. Bei seiner Ankunft im Haag hat er sich zuförderst bei dem Prinzen von Oranien, dem Ratspensionarius Fagel, v. d. Tocht und v. Beverning in particulari anzugeben, bei ihnen die behörigen curialia abzulegen und sich ihrer Assistenz und ihres Kredits bei seiner Negotiation zu bedienen. Wenn er bei den Generalstaaten zum erstenmal Audienz haben wird, soll er sie der Freundschaft des Kf. versichern und die sonst üblichen Komplimente und Kurialien ablegen. Sollte v. Spaen zu der Zeit Order empfangen haben, die Schenkenschanz zu restituieren, so hat er diesen Punkt in der Audienz ausdrücklich zu berühren und dem Staat vorzustellen, was für eine besondere preuve seiner Aufrichtigkeit und Freundschaft Kf. ihm dadurch, obwohl alles dasjenige, was ihm aus dem Allianztraktat restierte, bei weitem noch nicht prästiert sei, erwiesen hätte, zugleich die Zuversicht aussprechen, daß die Generalstaaten es an wirklicher Erfüllung ihrer Verpflichtungen nicht würden ermangeln lassen, und er soll begehren, daß zu Verhandlungen darüber Kommissare von dem Staat bestellt würden.

Hauptsächlich hat er die Zahlung der noch restierenden Subsidien und Prästierung dessen, was dem Kf. aus den foederibus mit den Generalstaaten zukommt, auf das eifrigste zu betreiben.

Da auch wegen des vor Ostende weggenommenen spanischen Schiffes allerhand Urteile gefällt werden, so hat er sich fleißig zu informieren, was desfalls vorgegangen, die Befugnisse des Kf. gebührend vorzustellen und allerlei ungleiche impressiones von dessen Dessein und Konduite zu benehmen.

In seinem Komportement mit den im Haag befindlichen fremden Gesandten hat er alles, was einem kurfürstlichen Gesandten in Zerimonien[3]) und sonst zu

---

an, daß er Romswinckel auf dessen Wunsch abberufen habe und an dessen Stelle D. als seinen Envoyé extraordinaire zu ihnen schicken werde. Die Kreditive für D. sind 3./13. Dezember 1680 ausgestellt.

[1]) Blaspeil war kurz vorher gestorben.

[2]) Kf. weist D. an (d. Cölln 4./14. Januar 1681), damit er seine Person und Negotiation bei dem Staat annehmlicher mache, gleich in der ersten Audienz demselben Schenkenschanz zu offerieren. Er habe v. Spaen befohlen, das deswegen an den Prinzen von Oranien gerichtete Schreiben nicht eher zu übergeben, als bis D. dem Staate diese Offerte gemacht habe, auch D. selbst solle vorher niemand etwas davon entdecken.

[3]) Kf. weist D. in Erwiderung einer Anfrage aus Cleve vom 22. Januar an (d. Potsdam 26. Januar/5. Februar 1681), bei der Audienz dieselbe Ehre, welche neulich dem schwedischen Gesandten Güldenstolp erwiesen worden, zu prätendieren, falls dieses unter der Begründung, daß das, was mit dem Schwedischen vorgefallen, nur aus Versehen geschehen sei, verweigert werden sollte, eine schriftliche Deklaration, der die Versicherung beizufügen sei, daß künftig keinem Königlichen mehr gegeben werden solle, zu

beobachten obliegt, sorgfältig in acht zu nehmen. Besonders mit dem französischen Gesandten hat er in vertraulicher Korrespondenz zu leben, mit demselben fleißig zu kommunizieren und, da der König von Frankreich versprochen hat, seine praetensiones bei dem Staat und Spanien zu befördern, sich dessen Assistenz und guter officiorum bei Gelegenheit zu bedienen. Auch mit dem kaiserlichen, englischen, dänischen und anderen ministris hat er in guter Korrespondenz zu leben, mit dem schwedischen und spanischen ebenfalls, wofern diese es an gebührender Gegenbezeigung nicht ermangeln lassen.

Er braucht sich nicht immer in den Niederlanden aufzuhalten [1]), sondern nur dann, wenn seine Gegenwart dort erfordert wird, besonders wenn die Staaten von Holland versammelt sind, sonst kann er in Cleve seinen Geschäften obliegen und währenddessen des Kf. Rechenmeister Gex die Korrespondenz kontinuieren.

Mit den Ministern des Kf. in Frankreich, England, Dänemark, Hamburg und anderen Orten hat er fleißig zu korrespondieren.

Seine Subsistenz betreffend soll er, so oft er in die Niederlande reist, an Reise- und Zehrungskosten täglich 7 Rtlr. ausgezahlt erhalten, auch die Hausmiete, das Briefporto und andere extraordinäre Depensen ihm à part erstattet werden.

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 1. Febr. st. n. 1681.

[Zerimonialangelegenheit. Gespräch mit dem Prinzen von Oranien.]

1. Feb. Er ist am 29. Januar hier angekommen und hat sich sogleich von Romswinckel informieren lassen. Er hat dabei auch erfahren, was mit dem schwedischen und dem dänischen Gesandten Lente vorgegangen ist, hat daher vorgestern den Greffier Fagel besucht, ihm angezeigt, daß er bei den Generalstaaten publique Audienz zu nehmen gedächte, und die Erwartung ausgesprochen, daß ihm ebensolche Ehrenbezeugungen wie dem schwedischen Gesandten würden erwiesen werden F. erzählte darauf, was vorgefallen, daß dieses nur infolge eines Mißverständnisses geschehen sei, daß selbst den extraordinären Ambassadeuren solche Ehre hier nicht widerführe, sondern 1679 vom König von Frankreich als eine reciproque prätendiert worden, und daß davon in den Protokollen des Staats Anzeigung vorhanden sei. Er bat um einen Extrakt solcher notula, hat einen solchen auch heute erhalten. Er hat darauf erklärt, davon mit anderen ministris reden zu wollen, er hofft auch von Kf. [2]) Order deswegen zu erhalten.

Bei dem Prinzen von Oranien ist er gestern von Romswinckel introduziert worden. Derselbe empfing ihn sehr gnädig, versicherte seine gute Intention

---

verlangen, wenn dieses geschehe, sich mit den gewöhnlichen Zerimonien zu begnügen, wenn eine solche Deklaration aber verweigert werde, sich zu keinem Temperament zu verstehen, sondern fernere Order einzuholen.

[1]) Kf. teilt der clevischen Regierung 9./19. Dezember 1680 mit, daß er D. zum Gesandten im Haag ernannt und ihm seinen Bruder Jakob v. Diest adjungiert habe, der in seiner Abwesenheit das Steuerwesen respizieren solle.

[2]) S. dessen inzwischen ergangenes Reskript vom 26. Januar/6. Febr. oben S. 33.

und Zuneigung für des Kf. Interesse, erklärte aber, daß er nicht immer, besonders in Geldsachen, worein er sich gar nicht mischte, dieselben zur Wirklichkeit bringen könnte, zumal hier allerhand Gerüchte von des Kf. anderweitigen Sentimenten liefen, denen er aber nicht Glauben beimessen wollte. Er hat darauf erwidert, der Prinz könnte sich eines andern festiglich versichern, wenn nur auch auf seiten des Staats die Begegnungen in mehrern Effekten beständen, Kf. gedächte von seiner sinzeren Intention noch eklatante Preuven zu geben. Der Prinz redete dann von der spanischen Sache, der englische Minister hätte dort dieselbe Antwort wie der staatische erhalten, und diskurrierte weitläufig über die daraus zu befahrenden Suiten. Er hat darauf des Kf. Befugnis vorgestellt und darauf hingewiesen, daß die Alliierten um so mehr dahin zu arbeiten hätten, Spanien zu näheren consiliis zu bringen. Der Prinz sagte, das eigene Interesse hätte bei dem Staate hierin mehr Gewicht als die Affektion für Spanien, und er hoffte, alle teutschen Höfe möchten es ebenso konsiderieren.

Der Kurfürst an v. Diest. D. Cöllen 8. 18. März 1681.

[Die Resolution der Generalstaaten. Befehl, unter bestimmten Bedingungen die Audienz anzunehmen.]

Er soll dem Ratspensionar Fagel und dem Präsidenten, welcher ihm die 18. März
Resolution der Generalstaaten [1]) angezeigt hat, mitteilen, daß Kf. diese Resolution wegen einiger darin enthaltenen harten Expressionen nicht wenig surpreniert und daß er daher große Ursache hätte, sich darüber zu beschweren, daß er aber doch ihm Befehl erteilt hätte, auf die Weise, wie man sich jetzt erklärt, Audienz zu nehmen, doch unter der ausdrücklichen Bedingung, daß, wenn künftig der Staat bei einigen königlichen Envoyés extraordinaires eine Änderung machen und denselben ein mehreres als ihm zugestehen würde, er alsdann von neuem Audienz nehmen und ebendieselben Solennitäten prätendieren würde; indessen würde Kf. es mit den Ministern des Staats hier im Zerimonial und in den Konferenzen ebenso halten, wie es der Staat mit den seinigen dort machte [2]).

Protokoll einer mit Amerongen abgehaltenen Konferenz.

Den 10. Martii 1681 befiehlt Kf. v. Jena und Meinders, mit Amerongen 20. März
in Konferenz zu treten und ihm vorzustellen:

1. Kf. befremde es, daß er nun in so geraumer Zeit auf die vor neun Monaten

[1]) S. Urk. u. Akt. III, S. 602.

[2]) D. berichtet dem Kf. 2./12. April 1681, daß er dem Präsidenten Mitteilung von dem Inhalt des Reskripts gemacht und daß dieser erwidert habe, es seien Mißverständnisse vorgefallen, dem Staat werde es aber lieb sein, daß man jetzt die Audienz nehmen wollte. Darauf hätten er und der inzwischen dort angekommene Romswinckel dieselbe für nächsten Montag erbeten.

gemachten Vorschläge [1]) wegen der ihm ex pactis zustehenden Satisfaktion keine Antwort bekäme. Man hätte ihn von einer Zeit auf die andere vertröstet, der Prinz von Oranien hätte bei seiner letzten Anwesenheit auch versprochen, eine Erklärung zu befördern, aber es sei noch nichts erfolgt, und die auf die Subsidien erteilten Ordonnanzen würden nicht bezahlt, er verlangte gleichwohl endlich zu wissen, was er hierin zu erwarten und wonach er seine mesures zu nehmen hätte.

Am. erwidert, er erinnere sich der ihm am 1. Juli 1680 schriftlich zugestellten Vorschläge wohl, man hätte aber gemeint, daß Blaspeil darüber traktieren sollte; nachdem dieser gestorben, werde durch dessen Nachfolger Diest die Sache am besten im Haag abgetan werden. Von den erteilten Ordinantien wegen Zahlung einiger Subsidien wäre ihm nichts wissend. Er übernahm, über alles zu referieren.

2. Beschweren sie sich über die in der v. Diest im Haag kommunizierten Resolution [2]) enthaltenen harten expressiones, Am. sucht sie zu entschuldigen, sie remonstrieren ihm aber, daß Diests Memorial in höflichen und geziemenden terminis abgefaßt sei und er dadurch keine Ursache zu solchen harten Expressionen gegeben habe, teilen ihm auch das Memorial und einen Extrakt aus dem Reskript des Kf. an Diest vom 8./18. März mit.

3. Rekommendieren sie ihm nochmals das im vorigen November zugestellte, in drei Punkten bestehende, die Schiffahrt nach Guinea betreffende Memorial [3]), damit endlich Antwort und Resolution darauf erfolge und allerhand zu befürchtende collisiones verhütet würden, was er auch ad referendum annahm und dagegen die von ihm bereits übergebenen gravamina einiger an der Ladung des Schiffes Carolus II. interessierter Kaufleute rekommendierte. Sie haben es ad referendum angenommen und ihm am folgenden Tage angezeigt [4]), daß Kf. solche Reklamanten an sein Marinekollegium in Preußen verwiesen habe.

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Leyden 8. April 1681.

[Gespräch mit dem Prinzen v. Oranien, dessen Äußerungen über den Streit des Kf. mit Spanien, die französischen Gewalttätigkeiten im Luxemburgischen und eine spanische Gesandtschaft an den Kurfürsten.]

8. April Nachdem von Rotterdam die Nachricht eingelaufen [5]), daß die Fregatten des Kf. zwei mit Kontanten reich beladene spanische Gallionen an der amerikanischen Küste erobert hätten, ist er nach Dieren zu dem Prinzen von Oranien gereist, hat diesem die Resolution des Kf. wegen seiner öffentlichen Audienz mitgeteilt und angefragt, ob Amerongen wegen der dem Kf. nach 1676 zuständigen

[1]) S. oben S. 23 f.

[2]) S. oben S. 35.

[3]) S. oben S. 30.

[4]) S. Amerongens Bericht vom 26. März 1681 (Urk. u. Akt. III, S. 603).

[5]) Dieselbe war irrig, die brandenburgischen Schiffe hatten während ihres viermonatlichen Kreuzens in den westindischen Gewässern nur ein mit Kanariensekt und Branntwein beladenes spanisches Schiff aufgebracht. S. Peter, S. 24, Schück I, S. 116.

Subsidien und schuldigen Satisfaktion und auch wegen des Handels auf Guinea und des darüber nötigen Reglements näher instruiert wäre. Der Prinz sprach sein Bedauern darüber aus, daß die expressiones so hart wären, sagte, daß Amerongen wegen der Subsidien noch nichts Näheres zugesandt wäre, da der Staat in dieser Sache wegen der consequence in betreff anderer Alliierten schwierig wäre, und daß er in betreff des Handels von Guinea gar keine Information hätte, sondern daß diese in den Händen von Kommissaren wäre, welche solche Sachen eigentlich verständen. Er bestätigte die Nachricht von den eroberten Gallionen und sagte im Vertrauen, er würde froh sein, wenn der Inhalt so reich wäre, daß Kf. dadurch auf einmal bezahlt und so mit Spanien quitt sein würde, damit dadurch die gemeine Sache von Europa nicht troubliert und die Gemüter länger distrahiert würden. Die Spanier würden wieder hierüber unbeschreibliche Doleanzen tun, doch würde der Staat sich darein nicht mischen, wenn nur Kf. nichts zu Lande im Oberquartier von Geldern unternehme, denn solchenfalls würden sie ihnen assistieren müssen[1]). Er erzählte, der Prinz von Parma[1]) hätte an alle Kurfürsten jemand abgeordnet, um über die französischen Prozeduren im Luxemburgischen[2]) zu dolieren, der Staat würde ihnen, wenn Frankreich weitergehen sollte, Truppen zu Hilfe schicken, da sie nicht zugeben könnten, daß Luxemburg so verloren gehen sollte. Bei Kf. werde der Baron d'Hostel erscheinen, welcher nicht von den genommenen Schiffen, sondern nur von jener Invasion zu proponieren haben würde. Er gab dabei zu verstehen, Spanien zeige durch diese Schickung, daß es des Kf. Armatur nur als Repressalien und nicht mehr als Feindlichkeit ansehe.

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 9./19. April 1681.

[Audienz bei den Generalstaaten.]

Vergangenen Mittwoch [16. April] haben Romswinckel und er Audienz 19. April
bei den Generalstaaten gehabt. Sie wurden von zwei Deputierten derselben in einer Kutsche mit vier Pferden, der noch eine zweispännige folgte, durch die Pforte bei der Cingel, durch welche auch der französische Gesandte seine letzte entrée getan, hingebracht. Dort teilte erst Romswinckel seine Dimission mit und machte sein Abschiedskompliment, dann hat er dem Staat die Nützlichkeit einer vertraulichen Korrespondenz zwischen Nachbaren vorgestellt, versichert, daß Kf. zu Unterhaltung einer solchen geneigt sei, auch nicht zweifele, daß die Generalstaaten der gleichen Intention seien und dazu ihrem Gesandten bei Kf. die nötige Instruktion zufertigen und auch ihm Kommissare zufügen würden, denen er nähere Ouverture von der Intention des Kf. geben werde, und er hat mit dem Kompliment geendigt, er werde alles zu Erhaltung einer solchen guten Vertraulichkeit beizutragen suchen. Der Präsident Pels aus Gröningen hat ihm sehr höflich geantwortet, versichert, daß der Staat solche nachbarliche Freundschaft

[1]) Statthalter der spanischen Niederlande.
[2]) S. Immich S. 106.

mit einem so konsiderablen Potentaten, der der reformierten Religion zugetan wäre, sehr hoch ästimierte, daß er Amerongen weitere Instruktion erteilen und auch ihm Kommissare zufügen wollte, und fügte ein Kompliment an Romswinckel und auch an ihn hinzu. Darauf brachten die beiden Kommissare sie wieder nach Hause zurück, wo er sie nebst dem Präsidenten und anderen mittags der Gewohnheit nach traktiert hat. Am folgenden Donnerstag hat er dem französischen Gesandten die Visite gegeben und allen übrigen Gesandten die Notifikation tun lassen, worauf noch an demselben Tage der lüneburgische und gestern der kaiserliche, der schwedische und der münstersche ihm die Visite und der französische die Revisite gegeben haben. Der spanische hat ihn durch seinen Sekretär komplimentieren und anzeigen lassen, daß er seine Schuldigkeit ablegen würde.

Instruction, wornach sich unser — Friederich Wilhelm von Diest bei seiner ihm daselbst aufgetragenen Commission unterthänigst zu achten. D. Lüde 2. 12. Juli 1681.

[Befehl, die Verhandlungen in Holland wegen der Forderungen des Kf. fortzusetzen. Die spanische und die ostfriesische Angelegenheit.]

12. Juli Nachdem Kf. sich von ihm von dem Stand der Affären und seiner Negotiation hat mündlich referieren lassen, hat er gut gefunden, daß er seine Rückreise nach dem Haag beschleunige und dort auch weiter sein Interesse respiziere. Er hat dem Prinzen von Oranien zu referieren, was hier bei der Zusammenkunft mit dem Herzog von Lüneburg[1]) vorgegangen, hat ihm das Interesse des Kf. zu rekommendieren und sich seiner Assistenz bei seiner Negotiation zu bedienen, ihm auch mitzuteilen, daß Kf. resolviert habe, seinen Sohn, Prinz Ludwig, nach Utrecht zu senden, und ihn dem Prinzen zu rekommendieren.

Bei dem Staat hat er weiter auf eine Erklärung auf die von Kf. schon vor mehr als einem Jahr Amerongen erteilte und von ihm selbst bei der jüngsten Konferenz übergebene Resolution zu dringen; besonders bei den Gliedern der Provinz Holland, zuförderst bei der Stadt Amsterdam, sein Interesse zu rekommendieren und ihnen die Inkonvenientien, wenn Kf. endlich andere mesures zu Erlangung des Seinigen zu ergreifen genötigt sein würde, vorzustellen. Die Auszahlung der von der Provinz Holland gegebenen Ordonnantien hat er zu befördern und sich zu bemühen, ob nicht die Stadt Amsterdam sie vorausbezahlen möchte, er kann dazu 100 Dukaten oder etwas nach Proportion der Summen employieren.

Die Differentien mit Spanien betreffend, hat er bei Gelegenheit die Befugnisse des Kf. vorzustellen und besonders dem Prinzen von Oranien und Fagel zu bedeuten, daß er, bevor die Mediation Englands und des Staats ihm angetragen und

[1]) Über die Anfang Juli zu Pyrmont erfolgte Zusammenkunft des Kf. mit den braunschweigischen Herzogen und anderen Fürsten s. Rébenacs Berichte aus Lügde vom 4. und 13. Juli (Urk. u. Akt. XX 1, S. 560 ff.) und Lambergs vom 11. Juli 1681 (XIV 2, S. 1000).

von Spanien angenommen wäre, sich wegen der Fregatten und wegen Fortsetzung oder Einstellung der Seeequipage nicht erklären könne.

Wegen Schenkenschanz wird er hiernächst fernere Order erhalten. In der ostfriesischen Sache [1]) hat er sich zu bemühen, daß keine fremden Völker in dem Lande einquartiert werden. Da der Kaiser dem Kf. in dieser Sache Kommission erteilt hat, wird er ihm von Zeit zu Zeit, was darin vorgeht, mitteilen.

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. s'Grafenhage 23. Juli/2. August 1681.

[Verhandlungen mit dem Prinzen von Oranien und den Deputierten der Generalstaaten. Aufregung über die französischen Gewalttätigkeiten gegen Spanien und die Reformierten.]

Er hat bei allen Gliedern der versammelten Staaten von Holland die Ange- 2. Aug.
legenheiten des Kf. rekommendiert und eine ziemlich gute Disposition, demselben Kontentement zu geben, bei ihnen verspürt. Mittwoch war er bei dem Prinzen von Oranien, teilte ihm mit, was zu Lüde [2]) in cerimonialibus vorgelaufen, versicherte ihn der Affektion des Kf. für ihn und den Staat und zeigte ihm an, daß Kf. ihm in einem besonderen Schreiben befohlen habe, dem Staat die Schenkenschanze zu offerieren und diese gegen Überlieferung der Hufeiserschen Obligation und der sonst darauf bezüglichen Dokumente auf Grund des Separatartikels von 1678 und der darauf zwischen den beiderseitigen Kommissaren gemachten Limitscheidung zu überliefern, und daß Kf. dagegen hoffe, daß der Prinz sein Interesse beherzigen und noch bei dieser Versammlung der Staaten von Holland seine Sachen bestens rekommendieren werde. Der Prinz zeigte sich darüber sehr erfreut, sprach die Hoffnung aus, daß diese Resolution des Kf. bei dem Staat gute Effekten tun werde, riet ihm, sie je eher je lieber dem Staat bekanntzumachen, und versprach, noch vor seiner Abreise nach England die Interessen des Kf. einigen Gliedern des Staats nachdrücklich zu rekommendieren, auch Anstalten zu treffen, daß die Einräumung der Schenkenschanze in seiner Abwesenheit erfolgen könnte.

Er ist [3]) darauf gestern mit den Deputierten des Staats in Konferenz gewesen, hat ihnen die Resolution des Kf. bekanntgemacht und sie aufgefordert, auch ihrerseits den Traktat vollständig zu erfüllen. Darauf nahmen sie den Separatartikel von 1678 vor, um festzustellen, was demselben gemäß zu extradieren wäre, und fanden, daß es sich hauptsächlich um drei Stücke handle, die Hufeisersche Originalobligation, ein Annullatorium aller anderen Briefschaften und Dokumente, welche vorher in dem Prozeß zu Mecheln gebraucht worden, und das Reglement wegen der Limitscheidung von 1679. Die beiden letzteren produzierten sie

---

[1]) S. Hirsch, Der Große Kurfürst und Ostfriesland (1681—1688) S. 4f.

[2]) S. oben S. 38.

[3]) S. die Resolution der Staaten von Holland vom 16. Juli 1681 (Urk. u. Akt. III, S. 606).

sofort, die Hufeisersche Originalobligation soll sich unter dem Nachlaß v. d. Toehts befinden und soll von dorther verschrieben werden; so bald sie angelangt, wollen sie wieder zusammentreten und die Sache finaliter adjustieren.

Der spanische Minister tut große Instanzen um Sukkurs gegen die französischen Übergriffe, darüber sind [1]) schwere deliberationes gehalten worden, und wird sich dieses nach dem Erfolge der englischen Reise [2]) des Prinzen viel richten; doch herrscht hier große Erregung infolge der harten Prozeduren in Frankreich gegen die Reformierten [3]), selbst die Friesen und Gröninger werden dadurch sehr gegen Frankreich animiert, so daß die Sache sich hier allmählich wieder zu einem Kriege schicken dürfte, wenn nur die englischen Sachen dazu einigermaßen Luft geben, wiewohl er sonst den Staat noch nicht in Positur sieht, eine solche vigoureuse Resolution zu nehmen.

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 12. 22. August 1681.

[Bericht des Prinzen von Oranien über die Vorgänge in England. Erfolg desselben, kriegerische Stimmung. Amerongens Reise nach Holland, Rat, die günstige Konjunktur zu benutzen.]

22. Aug. Dienstag hat [4]) der Prinz von Oranien den Deputierten zu den ausländischen Sachen insgeheim von dem, was in England vorgelaufen, besonders von der Konferenz zwischen den spanischen, englischen und staatischen ministris Bericht erstattet, damit das conclusum hier approbiert und der Minister des Staats am französischen Hofe beauftragt werde, dort nebst den anderen ministris beim Könige instance zu tun, von der bisher zur Erweiterung der Grenzen gebrauchten Methode abzustehen und Versicherung zu geben, daß er hinfort nicht mehr via facti gegen die, welche in den Nimwegischen Friedenstraktaten begriffen, verfahren werde. Der Prinz hat dabei alles, was die Gemüter hier wider Frankreich zu bewegen kapabel ist, umständlich angeführt, mit solchem Erfolg, daß die Proposition nicht allein gebilligt ist, sondern verschiedene von den Deputierten kontestiert haben, ihr halbes Gut hingeben zu wollen, um sich aus der augenscheinlichen Gefahr der französischen Obermacht zu retten und ihre teuer erworbene Freiheit und Religion zu konservieren. Mittwoch ist dieses der Versammlung der Staaten von Holland proponiert, daselbst von allen Gliedern außer der Stadt Amsterdam, die es ad referendum genommen, approbiert worden, und es soll demnächst zur Generalität gebracht werden. Daneben ist resolviert worden, sich in Verfassung zu setzen, um allenfalls dieser Proposition Nachdruck geben zu können, und man vermutet, daß in kurzem darauf etwas Importantes erfolgen werde, doch meint man, daß es

---

[1]) S. d'Avanx, Négotiations I, S. 75 ff.
[2]) S. Sylvius II B, S. 129. d'Avaux, Négotiations I, S. 80.
[3]) S. d'Avaux, Négotiations I, S. 77.
[4]) S. d'Avaux, Négotiations I, S. 83 ff.

zu keinem Kriege kommen, sondern der König von Frankreich, wenn er Englands und dieses Staates Ernst ersieht, andere mesures nehmen werde.

Der König von England soll in seinem Herzen gegen Frankreich sehr animiert sein und davon dem Prinzen überflüssige Versicherung gegeben haben, dennoch aber vorläufig nicht haben weitergehen wollen, bis die Sachen im Reich eingerichtet wären. Der Prinz wird selbst an Kf. über seine englische Reise schreiben.

Amerongen[1]) wird Permission erhalten, eine Reise hierher zu tun, er hat vor einiger Zeit dem Staat geschrieben, daß er demselben etwas Sonderliches anzubringen hätte, die Resolution auf des Kf. Forderungen wird daher darauf verschoben.

Er besteht dem Prinzen und allen Regenten gegenüber darauf, daß des Kf. gute intentiones gegen diesen Staat nicht anders beizubehalten sein würden, als daß man ihm dermaleins Satisfaktion gebe und wegen der Subsidien Richtigkeit mache. Er stellt dem Kf. anheim, ob er nicht Amerongen bei seinem Abschiede in etwas serieusen und nachdrücklichen terminis seine Intention hierunter möchte bedeuten lassen, damit bei dieser Konjunktur, wo man hier den Krieg mit Frankreich fürchtet und dem Staat des Kf. Freundschaft höchst nötig ist, des Kf. Intention erreicht werden möge.

Der Kurfürst an v. Diest. D. Cöln 17./27. August 1681.

[Auf eine Relation vom 9./19. Aug.[2]). Wegnahme eines Schiffes, dafür zu fordernde Satisfaktion.]

Er hat Amerongen Anzeige von der Wegnahme des Schiffes machen lassen 27. Aug.
und von ihm begehrt, daß er dem Staat davon Mitteilung machen und dabei anzeigen solle, daß Kf. nicht allein die Restitution des weggenommenen Schiffes cum omni causa et damno, sondern auch ernste Bestrafung der Täter wegen des ihm zugefügten Affronts verlange; sollte man ihm diese Satisfaktion nicht sofort geben, so werde er andere Mittel, dieselbe zu erlangen, ergreifen. Ebendasselbe hat D. dem Staat zu proponieren und um sofortige kategorische Resolution anzuhalten[3]).

---

[1]) Am. hatte selbst darum gebeten. S. sein Schreiben vom 27. Juni 1681 (Urk. u. Akt. III, S. 605 f.).

[2]) In derselben hatte D. gemeldet, die von der westindischen Kompagnie hätten ein mit des Kf. Kommission nach Guinea fahrendes Schiff weggenommen. S. darüber Urk. u. Akt. III, S. 608, Peter S. 30, Schück I, S. 146.

[3]) D. führt in einem Memorial vom 3./13. September bei den Generalstaaten Klage darüber und diese fordern darauf die Bewindhebber der westindischen Kompagnie zur Berichterstattung darüber auf. Auf den Bericht Diests darüber befiehlt ihm Kf., eine kurze und kategorische Antwort zu dringen, nähere Nachrichten über dieses unverantwortliche Attentat werde ihm Raule zukommen lassen.

Der Kurfürst an die Generalstaaten. D. Potsdam 27. August/[6. September] 1681.

[Aufforderung, sich nicht in die ostfriesischen Streitigkeiten einzumischen.]

6. Sept. Der Streit zwischen der Fürstin von Ostfriesland und den dortigen Landständen [1]) ist eine Reichssache und gehört nicht in den Haag, würde jedenfalls wenn dort darüber verhandelt werden sollte, mehr Schwierigkeiten verursachen. Er ersucht sie daher, sich dieses Handels zu entschlagen und ihn an den Kaiser und das Reich zu verweisen.

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 17. 27. September 1681.

[Mitteilungen Beuningens über die Assoziation, Gespräche darüber mit d'Avaux und Petteeum.]

27. Sept. Der Bürgermeister von Amsterdam, v. Beuningen, hat neulich mit ihm von der Assoziation [2]) geredet, die man hier zu Maintenierung des Nimwegischen und Münsterschen Friedens traktiere, Schweden habe dieselbe mit dem Staat konzertiert, Englands sei man auch versichert und man hoffe auch, daß Kf. und alle anderen deutschen Fürsten eintreten würden. Er hat erwidert, ihm sei von dieser Konvention nur bewußt, was man äußerlich davon diskurriere, er ersehe daraus ein ziemliches Mißtrauen gegen Kf., da man mit anderen Ministern darüber kommuniziert, mit ihm aber weder direct noch indirect gesprochen hätte. B. sagte darauf, da die Sache noch nicht zur Perfektion gekommen, indem es noch an der Provinz Gröningen mangelte, hätte man davon nichts kommunizieren können, der Prinz von Oranien aber machte sonderlichen Staat auf Kf., und er ersuchte ihn, dahin zu arbeiten, daß Kf. diese Assoziation mit anzutreten sich entschlösse, dadurch würde man nicht nur die Spanischen Niederlande und das Deutsche Reich, sondern alle Prinzen von Europa in Sicherheit setzen, man würde auch alle Prinzen von Italien dazu einladen. Er hat erwidert, er könnte dem Kf. davon nichts mit Bestande referieren, bis ihm von dem Staat deswegen förmliche Ouverture geschehen und das Projekt communiziert sei. Er hat auch mit d'Avaux darüber gesprochen, derselbe [3]) war sehr unzufrieden mit der Konduite dieses Staates, wußte aber noch nicht bestimmt, ob der schwedische Minister diese Kugel mitgegossen, er sagte, er hätte demselben bedeutet, daß sein König dieses als eine gegen ihn gerichtete Ligue und den, welcher zuerst eintreten würde, als seinen ärgsten Feind ansehen würde. Er hat d'Avaux versichert, daß ihm von dem Staat gar keine Ouverture von dieser Sache gegeben, er auch nicht glauben könnte, daß

[1]) S. Hirsch, Der Große Kurfürst und Ostfriesland S. 6.

[2]) S. Erdmannsdörffer, Deutsche Geschichte I, S. 664. Immich, Geschichte des europäischen Staatensystems von 1660—1789, S. 108. Blok, Geschichte der Niederlande, übers. v. Houtrouw V, S. 438. v. Srbik, Österreichs Staatsverträge. Niederland I, S. 205 ff.

[3]) S. d'Avaux, Négotiations I, S. 87 ff.

dem Kf. solches vorgekommen sei. Auch mit dem dänischen Gesandten Pettecum hat er davon gesprochen, derselbe wollte nicht gestehen, daß ihm von dem Staat dieser Ligue halber Eröffnungen gemacht seien, und äußerte, wenn diese Allianz von Schweden, England und dem Staat perfektiert würde und der Kaiser, Spanien, das Haus Lüneburg und andere einträten, so würden sie bereits eine genügende balance gegen Frankreich machen. Sie beide meinen, wenn Dänemark und Kf. auf gewisse conditiones neutral und in einer ansehnlichen Positur armiert blieben, so könnten sie die allermeiste avantage von dieser Assoziation ziehen und beiden Teilen immer formidabler werden. Er hat von guter Hand, daß man seitens dieses Staats sich sehr bemühe, Dänemark mit in diese Ligue zu ziehen, und daß man sich davon gute Hoffnung mache.

PS. Er hat das Projekt der Assoziation zu sehen bekommen, aber keine Kopie davon erlangen können. Pettecum hat dem französischen Gesandten von den erwähnten Diskursen Mitteilung gemacht und ihn versichert, er könnte nicht glauben, daß sein König sich in so weitläufige associationes einlassen sollte. Der französische Gesandte hat ihm dieses mitgeteilt und dabei mit sehr signifikanten Expressionen kontestiert, wie sehr seinen König diese menées von Schweden schmerzen würden, Schweden suche sich nur einige Jahre zu erholen, um nachher allen seinen Nachbaren wiederum zum Schrecken zu sein. Sein König werde nun um so mehr Gelegenheit haben, dem Kf. seine Affektion zu bezeigen. Er glaube, derselbe werde mit Dänemark und Kf. zu traktieren und auf gewisse Maße zu schließen suchen, damit sie neutral bleiben und in diese Assoziation nicht treten möchten. Sein König werde versprechen, das Reich von der Schweiz an bis zur Nordsee, auch die Spanischen und die Vereinigten Niederlande nicht zu attackieren, dagegen gewärtige er, wenn er seine Waffen anderswohin wenden und inzwischen von dieser Seite zwischen der Schweiz und der Nordsee attackiert werden sollte, von Dänemark und Kf. Assistenz und werde ihnen dafür ansehnliche Subsidien darreichen. Er hat erwidert, daß er darüber gar nicht instruiert wäre und des Kf. Intention nicht wissen könnte, daß sein König aber gut tun würde, dem Kf. seine Propositionen je eher je lieber zu machen, da man auf der anderen Seite ohne Zweifel alle officia anwenden würde, um Kf. in die Assoziation zu ziehen. Der Gesandte bat ihn, dem Kf. hiervon zu berichten, damit er, wenn er nähere Orders von seinem Hof bekäme, darüber weiter mit ihm konferieren könnte.

Der Kurfürst an v. Diest. D. Cöllen 23. September/3. Oktober 1681.

[Auf die Relation und das PS. vom 17./27. Sept. Verhaltungsbefehle in der Assoziationsangelegenheit.]

Er soll weiter alles aufs genaueste zu penetrieren suchen und ihm davon 3. Okt.
Bericht erstatten. Wenn wegen der Assoziation ferner an ihn von des Staats wegen etwas gebracht werden sollte, hat er solches mit behörigen Kontestationen der Freundschaft des Kf. gegen den Staat zu beantworten und um Kommunikation

dessen, was zwischen Schweden, dem Staat und anderen projektiert sein sollte, zu bitten. Dem Comte d'Avaux hat er für die vertrauliche Ouverture und die guten Sentimente gegen Kf. zu danken und ihn zu ersuchen, dabei zu kontinuieren. Wenn Rébenac von dem König dieser Sachen halber etwas zu bringen aufgetragen werden sollte, werde Kf. sich so darauf erklären, daß man damit werde zufrieden sein können, Kf. werde nichts lieber sein, als des Königs estime und Freundschaft zu konservieren.

Die Generalstaaten an den Kurfürsten. D. Haag 3. Oktober 1681 [1]).

[Auf das Schreiben vom 27. August. Ihre Berechtigung, den Streit in Ostfriesland zu entscheiden.]

3. Okt. Sie beabsichtigen nicht, sich in alle Streitigkeiten zwischen der Fürstin von Ostfriesland und den dortigen Ständen zu mischen, sondern nur in die, welche vermöge der mutuellen Akkorde und Verträge bei ihnen verblieben sind, und über welche sie 1620 die Garantie übernommen haben. Sie tun dadurch gar nicht der kaiserlichen Jurisdiktion Eintrag, sondern sie halten sich für berechtigt, diese an sie kompromittierten Differenzen, wenn sie nicht sollten in der Güte gehoben werden können, zu entscheiden. Dieses ist keine neue Sache, sondern sie ist schon vor mehr als 80 Jahren an sie gebracht worden, ohne daß der Kaiser dagegen Widerspruch erhoben hätte. Sie erwarten daher, daß der Kaiser sie nicht von dem Gebrauch eines ihnen vor vielen Jahren aufgetragenen und von ihnen ausgeübten Rechtes entsetzen wird. Es kommt ihnen befremdlich vor, daß die ostfriesischen Stände jetzt, in so gefährlichen Zeiten, von den solennen Verträgen, die ihre Vorfahren geschlossen und denen nachzukommen sie noch vor wenigen Jahren versprochen haben, abzuweichen trachten, und sie können nicht glauben, daß der Kaiser, mit dem sie in enger Allianz und Freundschaft stehen, etwas von ihnen begehren sollte, das zur Zerstörung eines einem jeden zustehenden Rechtes Anlaß geben könnte, und sie ersuchen Kf., dahin zu wirken, daß derselbe ihnen in ihrem alten akquirierten Recht keinen Eintrag geschehen lasse, sondern die conservatoria und inhibitoria kassiere.

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 8./18. Oktober 1681.

[Mitteilungen Amerongens über den Stand der Dinge.]

18. Okt. Er ist gestern abend hier angelangt [2]) und hat sich sofort zu Amerongen verfügt, um zu vernehmen, was dieser ausgerichtet hat. A. hat ihm weitläufig über

[1]) S. Wiarda, Ostfriesische Geschichte VI, S. 157, Hirsch, Der Große Kurfürst und Ostfriesland S. 6.

[2]) D. war inzwischen nach Wesel gereist, um dort dem Landtage beizuwohnen.

seine Verhandlungen mit dem Prinzen von Oranien, Fagel und in Amsterdam berichtet, alles zielt seines Ermessens dahin, daß man dem Kf. wegen der Subsidien bis 1676 Satisfaktion durch effektive Zahlung geben, wegen dessen aber, was nach diesem Jahre wegfallen möchte, je nach den Konjunkturen der Zeiten handeln solle, besonders je nachdem es mit der Assoziation bei Kf. eingerichtet werde. A. sagte, daß er wegen dieser Assoziation beordert wäre, seine Reise zu beschleunigen, damit er nicht des Kf. Gemüt von einem oder andern möchte präokkupiert finden, und daß man hier vor dem 15. November, wann die Staaten von Holland zusammenkommen, nichts wegen der Subsidien des Kf. positive beschließen, alsdann aber ihm etwas Näheres nachfertigen könnte.

Wegen des in Guinea genommenen Schiffes, sodann der Fortuin [1]), welche man in Seeland angehalten, und des Schiffes, der Churprinz, das vor Rotterdam liegt, hat A. ihm vorgeschlagen, mit dem Staat in Konferenz zu treten, er wird dieses tun.

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 27. Dezember 1681/6. Januar 1682.

[Unterredung mit dem Prinzen von Oranien. Das Vorgehen in Ostfriesland. Kriegerische Stimmung.]

Er hat gestern dem Prinzen von Oranien das Neujahrskompliment abgestattet und ihm vorgestellt, wie man hier unter allerhand Vorwänden, zuletzt unter Berufung auf ein Schreiben Amerongens [2]), die Zahlung der Ordonnantien aufgehalten habe, und er hat die Hoffnung ausgesprochen, daß, nachdem dieser sich darüber anders expliziert habe, der Prinz es dahin dirigieren werde, daß die Subsidien endlich abgetragen würden. Der Prinz antwortete, das wäre auch die Intention des Staates, die Ordonnantien würden in wenigen Tagen abgetragen werden. Auf seine Vorstellungen wegen des in Guinea genommenen Schiffes blieb der Prinz 6. Jan.

[1]) S. über diese Schiffe Peter, S. 30, Schück I, S. 147 ff. D. berichtet 15./25. Oktober 1681, in einer darüber mit den Deputierten der Generalstaaten abgehaltenen Konferenz hätten diese ihm vorgestellt, das vor Rotterdam liegende Schiff suchte Leute, die früher der westindischen Kompagnie gedient und sich verpflichtet hätten, in keines anderen Herrn Dienst nach solchen Küsten zu fahren, an sich zu ziehen, die Kompagnie hätte Ursache, darüber zu klagen und solche Leute zu reklamieren. Wegen des anderen Schiffes wollten sie, wenn die Angaben in den Attesten richtig wären, dem Kf. Satisfaktion leisten, wegen der weiten Entfernung aber könnte das erst nach einiger Zeit geschehen. Er habe aber erklärt, er habe Befehl, positive Resolution zu verlangen, und wieder versichert, daß der „Churprinz" ein Schiff des Kf. sei.

[2]) v. Diest hatte schon am 2. Dezember 1681 gemeldet, Fagel habe ihm mitgeteilt, daß Amerongen geschrieben habe, die Gelder sollten nicht hier sondern in Berlin erlegt werden, er habe vergeblich dagegen protestiert und wisse nicht, wie er die Kaufleute, welche Wechsel auf die erwartete Zahlung erhalten hätten, länger vertrösten solle. S. Amerongens Berichte vom 22. November und 28. Dezember 1681 (Urk. u. Akt. III, S. 629 u. 639).

dabei, die Kompagnie hätte noch keine Nachricht aus Guinea erhalten und man könnte daher noch nichts gegen sie statuieren. Man hat jetzt große Hoffnungen von England [1]), das Memorial, welches in Paris von England und diesem Staat zusammen übergeben werden soll, ist ziemlich hart abgefaßt, so daß man zweifelt, ob der König von Frankreich eine gelinde Antwort darauf wird geben können.

In Ostfriesland scheint man hier nicht durch fremde Völker, sondern unter dem Vorwand der Exekution einer Schuldforderung mit eigenen Völkern das Land belegen zu wollen, Friesland und Gröningen werden dazu nicht resolvieren, man geht aber nichtsdestoweniger damit fort.

Die Ratifikation [2]) des Traktats mit Schweden ist mit Konnivenz dieser beiden Provinzen ausgefertigt und schon nach Schweden geschickt worden.

Man hält hier den Krieg für fast unvermeidlich, deshalb sind nicht allein 12 000 Rekruten festgestellt, sondern selbst die Stadt Amsterdam redet von mehrerer Werbung, es ist zu verwundern, wie diese Stadt sich jetzt in allem den Sentimenten des Prinzen von Oranien fügt.

Der Kurfürst an v. Diest. D. Potsdam 29. Oktober [8. November] 1681.

[In der ostfriesischen Sache zu machende Erklärungen.]

8. Nov. Die Generalstaaten haben in der ostfriesischen Sache ein sehr impertinentes Schreiben [3]) an ihn erlassen, er will zu Vermeidung unnötigen Wortstreites dasselbe nicht beantworten, D. soll aber erklären, er hätte dergleichen von dem Staat nicht vermutet und begehrte damit hinfort verschont zu werden. Er lasse dahingestellt sein, was für pacta der Staat mit den ostfriesischen Ständen hätte, Ostfriesland aber sei ein Stand des Reichs und Glied des westfälischen Kreises, und er werde daher sich nicht entbrechen mit den anderen ausschreibenden Fürsten das, was ihm vom Kaiser aufgetragen worden, zu exequieren. Sollte man sich dann staatischerseits ferner in Reichs- und Kreishändel mischen, so werde das Kreisdirektorium genötigt werden, nach Ostfriesland Völker zu schicken und ihr wohlhergebrachtes Recht zu behaupten, was er aber bei jetzigen Zeiten gern verhütet sehen möchte.

A. v. Spaen und F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 31. Dezember 1681/10. Januar 1682.

[Äußerungen des Prinzen von Oranien und Fagels über die von Frankreich drohende Gefahr und die Pflicht des Kf., derselben entgegenzutreten.]

10. Jan. Sie haben vorigen Mittwoch bei dem Prinzen von Oranien Audienz gehabt, derselbe sprach seine Freude darüber aus, Spaen noch vor seiner Abreise zu sehen,

---

[1]) S. d'Avaux, Négotiations I, S. 100 f.

[2]) S. Urk. u. Akt. III, S. 636 f.; d'Avaux, Négotiations I, S. 99 f.

[3]) S. oben S. 44.

damit dieser dem Kf. von dem gemeinen gefährlichen Zustande von Europa Ouvertüre tun möchte. Er sprach dann weitläufig von den Deutschland und den Niederlanden von Frankreich drohenden Gefahren; wenn den Desseins des französischen Königs nicht rechtzeitig vorgebeugt würde, so würde es mit der gemeinen Freiheit und mit der Religion getan sein. Er sprach die Hoffnung aus, Kf. werde alle anderen Konsiderationen beiseitesetzen, um sich gesamter Hand gegen einen so mächtigen und gefährlichen König zu präkautionieren, er redete dann noch speziell von der Gefahr, welche dem ganzen westfälischen Kreise und folglich auch dem Kf. drohte, wenn Cöln okkupiert oder nach Ördingen eine französische Besatzung gelegt würde. Sie haben sich darauf darüber beklagt, daß man von seiten des Staats sich zu keiner Sache resolvierte und die billigen desideria des Kf. nicht erfüllte. Der Prinz aber erwiderte, jetzt wären sie nicht im Staat, um geben zu können, des Kf. eigenes Interesse müßte ihn bewegen, sonst wüßte er wohl, daß bei der Gegenseite größere Offerten und Wirklichkeiten de praesenti geschehen könnten, welche von seiten des Staats nur künftig angewiesen werden könnten. Ein Gleichmäßiges ist auch bei dem Ratspensionar vorgelaufen, beide geben guten Mut von den englischen Sachen. Beiderseits sind ihnen Versprechungen wegen Zahlung der Ordonnantien gemacht worden.

Man spürt hier in Holland eine große Resolution, sich zu defendieren, und es wird bereits Anstalt gemacht, um diese Provinz, wenn wieder die extrema zustoßen sollten, ohne so große Inkommodität unter Wasser zu setzen [1]).

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 11. 21. Februar 1682.

[Die Erklärung des englischen Gesandten. Seine Unterredung mit dem englischen Agenten und mit dem Prinzen von Oranien, dessen Festhalten an seinen Plänen.]

Der hier angelangte englische außerordentliche Gesandte Chudley hat dem 21. Febr.
Prinzen von Oranien mitgeteilt, sein König halte die ihm von Barillon gemachte Proposition [2]) für equitabel und sei der Meinung, man müßte zusammen Spanien zur Annehmung derselben zu bestimmen und so die Ruhe in den Niederlanden zu erhalten suchen. Der Prinz hat dieses dem Staat vorgetragen und ihm darauf mitteilen lassen, der Staat könne nicht über das Eigentum eines anderen disponieren, man hoffe, der König von England werde seine feierliche Erklärung

[1]) D. meldet in einem Schreiben von demselben Tage, der Prinz und Fagel hätten sie vielfältig von der Notwendigkeit des baldigen Eintritts des Kf. in die Assoziation zu persuadieren gesucht, man hätte ihnen auch indirekt Aussichten auf die künftige Sukzession des Prinzen Ludwig eröffnet. Man sei hier sonst fest überzeugt, daß Kf. dem König von Frankreich wenigstens die Neutralität zugesagt habe, er aber bestreite das und suche sich mehr als je zu insinuieren, damit alles in der balance von Furcht und Hoffnung bleibe.

[2]) S. Immich, S. 109.

vom 7. November Nachdruck geben und sie Effekt erlangen lassen. Nachdem er dieses erfahren, hat er den englischen Gesandten am dritten Orte, da er noch keine öffentlichen Besuche empfangen will, zu sprechen gesucht, das ist nicht geglückt, der hiesige englische Agent aber ist zu ihm gekommen und hat ihm im Vertrauen die Intention seines Königs und die hier empfangene Antwort offenbart. Er hat darauf erwidert, es wäre ihm sehr lieb, zu vernehmen, daß der König die Absicht habe, die gemeine Ruhe zu erhalten, des Kf. intentiones zielten auch dahin, und er werde ohne Zweifel Order erhalten, mit dem Gesandten darüber zu korrespondieren. Der Agent versicherte, das werde am englischen Hofe sehr angenehm sein, und der Gesandte werde demselben davon Nachricht geben. Er stellt nun dem Kf. anheim, ob er ihm befehlen wolle, mit dem englischen Gesandten allein darin zu konkurrieren, den Prinzen von Oranien durch Vorstellung der Gefahr, in die er sich durch den Krieg setzen würde, von seinen vorhabenden consiliis zu dehortieren, oder ob Kf. selbst bei dem Staate gleiche officia mit England anwenden lassen wolle, er glaubt, daß dieses die mesures, welche man hier genommen, um die Glieder zur Assoziation zu disponieren, ziemlich brechen werde.

Er hat sich zu dem Prinzen von Oranien begeben und indirekt Gelegenheit genommen, mit ihm über den jetzigen Zustand von Europa zu sprechen und zu sondieren, ob er nicht zu disponieren wäre, sich aus diesen Konjunkturen zu ziehen und der Zeit etwas zu fügen. Der Prinz wollte sich aber dazu gar nicht lenken lassen, sondern sagte, er meinte den großen Weg zu gehen, er hätte ein gutes Vornehmen, das müßte er fortsetzen, er desperierte noch nicht, Gott und die Zeit würden Kf. und andere Potentaten, welche jetzt noch zurückhielten, endlich doch in sein Interesse bringen; er fände in allen französischen Offerten keine Sicherheit, er müßte auch das Tempo jetzt für besser und bequemer halten als jemals, denn, wenn Frankreich nicht seine Schwachheit zu bemerken begönne, würde es nicht so sehr den Frieden poussieren. Kf. täte durch sein Zurückhalten im Reich dem gemeinen Wesen soviel Nachteil, daß er es niemals, auch nicht in 20 Jahren, würde ersetzen können. Er hat dieses alles faiblement debattiert, da seine Absicht nicht war, die Sentimente des Prinzen zu ändern, sondern sie nur bei diesen Konjunkturen zu erfahren.

Der Kurfürst an v. Diest. D. Cöllen 18. [28.] Februar 1682.

[Auf die Relation vom 11./21. Febr. Billigung der englischen Vorschläge. Befehl, mit dem englischen Gesandten zusammenzuwirken.]

28. Febr. Er soll dem englischen Agenten für die konfidente Ouverture danken und ihm nochmals anzeigen, daß Kf. nebst seinem König der Meinung wäre, man hätte den Frieden und die Ruhe in der Christenheit bei jetzigen gefährlichen Konjunkturen viel mehr durch gütliche Traktaten als durch einen gefährlichen Krieg zu befestigen und dazu die von Frankreich in Frankfurt a. M. [1]) und London getanenen Vor-

[1]) S. Urk. u. Akt. XIX, S. 791.

schläge nicht zu verwerfen, sondern darüber zu traktieren, wie denn auch die meisten Chur- und Fürsten im Reiche ebensolche Sentimente führten. D. soll die Intention und den Vorschlag des Königs von England auch seinetwegen bei dem Staat und dem Prinzen von Oranien auf solche Weise, wie man englischerseits verlangen wird, sekundieren und Gelegenheit suchen, darüber mit dem englischen Gesandten selbst ausführlich zu reden. Er soll davon auch dem Grafen d'Avaux vertrauliche Mitteilung machen und auch mit Spanheim darüber korrespondieren.

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 28. Februar/10. März 1682.

[Vorschlag eines Schiedsgerichts. Beratungen der Staaten von Holland über die Spanien zu leistende Hilfe. Beitritt des Kaisers zur Assoziation.]

Das von ihm übergebene Memorial [1]) ist den Deputierten zu den Seesachen 10. März
zugestellt worden, um darüber mit dem Prinzen von Oranien zu konferieren. Er hat diesem gestern die Billigkeit der vorgeschlagenen Arbitrage vorgestellt, der Prinz sagte aber, es werde große Diffikultät bei der Provinz Holland geben, sie würden schwerlich jemand finden, dem sie diese Sache anvertrauen dürften, da fast alle Potentaten ihnen suspekt wären. Der Prinz wollte von ihm indirekt vernehmen, wen Kf. dazu benennen würde, er hat aber gesagt, man wollte erst ihre Resolution, ob sie sich dazu verstehen wollten, und ihren Vorschlag vernehmen, dann werde Kf. sich auch erklären.

Die Staaten von Holland sind bis auf nächsten Donnerstag geschieden, dann werden sie mit ihrer Prinzipalen Resolution wegen des Sukkurses an Spanien einkommen. Darüber sind [2]) bei diesen Staaten und ihren Deputierten in verwichener Woche drei Konferenzen gehalten worden, in denen der Prinz von Oranien sich auf das äußerste bemüht hat, sie zu dem Sukkurs zu disponieren, doch hat er keinen anderen Effekt erreicht, als daß die Glieder von Holland diese Sache ad referendum genommen.

Instruction, wornach sich unser — F. W. von Diest untertänigst zu achten. D. Hamburg 10./[20.] Juni 1682[3]). (Conc. Meinders.)

[Dem Fürsten von Nassau sowie den Generalstaaten und dem Prinzen von Oranien u. a. wegen Erhaltung des Friedens zu machende Eröffnungen.]

Auf seiner Rückreise hat er sich zu dem Fürsten von Nassau nach Friesland 20. Juni
zu begeben und demselben mitzuteilen, Kf. sei nach den üblen Erfahrungen, die

[1]) D. hatte von Cleve aus, wohin er sich inzwischen begeben hatte, den Generalstaaten ein Memorial zugeschickt, in dem er Schlichtung der Angelegenheit wegen des in Guinea weggenommenen brandenburgischen Schiffes durch ein Schiedsgericht vorgeschlagen hatte.

[2]) S. d'Avaux, Négotiations I, S. 102 ff.

[3]) Über den damaligen Aufenthalt des Kf. in Hamburg nach der Zusammenkunft mit dem König von Dänemarck in Itzehoe s. Urk. u. Akt. XIX, S. 591.

er in dem letzten Kriege und bei dem Friedensschlusse gemaeht, der Meinung, daß dem publico für jetzt nicht besser als durch Kontinuation des Friedens geraten werden könne. Er wolle zwar dahingestellt sein lassen, ob Frankreich bei den nach dem Friedensschluß unter dem Vorwand der Dependentien und Pertinentien gegen die Spanischen Niederlande und das Römische Reich vorgenommenen Maßregeln immer nach der höchsten Justiz verfahren sei, und ob die französischen Prätensionen am besten fundiert gewesen seien. Nachdem aber der König erklärt und angeboten habe, sowohl wegen des Römischen Reichs beständige und richtige Grenze zu machen und allen sonst etwa habenden Prätensionen in perpetuum zu renunziieren und auch die noch übrigen Streitigkeiten mit Spanien dem arbitrio des Königs von Großbritannien zu unterwerfen, indessen aber mit ferneren Reunionen und Tätlichkeiten einzuhalten, meine er, daß es weit besser sei, den Frieden auf diese Weise und auf so gute conditiones, als man dabei immer bedingen könnte, zu erhalten, als die ganze Christenheit in einen neuen Krieg zu stürzen, bei dem auch die commercia aufs neue einen gefährlichen Stoß bekommen könnten. Kf. ließe den Prinzen ersuchen, die Friedenskonsilia bei den Provinzen, bei denen er als Statthalter den besten Kredit hätte, zu befördern. Auch bei den Räten und ministris des Prinzen und bei den Staatsgliedern beider Provinzen hat er ebensolche Vorstellungen zu machen; er soll sich auch unter der Hand erkundigen, wie es mit der angeblich beabsichtigten Heirat des Prinzen mit der Tochter des Herzogs von Celle[1]) steht.

Im Haag soll er nach vorhergehender Überlegung mit dem dänischen Minister v. Pettecum, mit dem er vor allem vertraulich zu kommunizieren hat, dem Staat die Beförderung des Friedens und Verhütung neuer Kriegsunruhe entweder in einer öffentlichen Audienz oder in einer Konferenz mit Deputierten oder durch ein Memorial im Namen des Kf. auf das beweglichste rekommendieren, sie können über die Art und Weise, wie das zu geschehen hat, auch mit dem französischen Gesandten d'Avaux überlegen. Bei dem Prinzen von Oranien haben sie beiderseits ebensolche officia und remonstrationes zu tun, ebenso bei den Gliedern des Staats und besonders bei der Stadt Amsterdam, der sie besonders die dem Handel im Fall eines neuen Krieges zu befürchtenden Nachteile vorzustellen haben.

Betreffend die Sollizitierung der rückständigen Subsidien und das weggenommene Schiff läßt es Kf. bei der früheren Instruktion und seinen an ihn ergangenen Reskripten bewenden.

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 20./30. Juni 1682.

[Verhandlungen mit Pettecum, d'Avaux und dem Fürsten von Nassau. Machtstellung des Prinzen von Oranien.]

30. Juni Er ist vorigen Sonntag [27. Juni] hier angelangt und hat gestern mit Pettecum und mit d'Avaux beraten, wie man die Sache bei den Generalstaaten und dem Prinzen von Oranien vorbringen solle. Der französische Gesandte

[1]) S. d'Avaux, Négotiations I, S. 119.

zeigte sich sehr befriedigt über die von Dänemark und Kf. genommene Resolution, war von den beiderseits in Regensburg geführten votis vollkommen unterrichtet und hielt dafür, man sollte nach Anleitung derselben hier die Proposition in einer Audienz tun, diese könnte von einem Memorial d'Avaux' an den Staat begleitet werden. Pettecum meinte, das letztere wäre genug, eine mündliche Proposition könnte wenig fruchten; doch glaubt er, daß es ratsamer sein wird, dem Vorschlage d'Avaux' zu folgen. Über die materialia haben sie, da der dänische Gesandte seine Instruktion noch nicht bekommen hat, nur en gros Abrede nehmen können. Es wäre [1]) aber sehr wünschenswert, daß derselbe die Instruktion bald erhielte, damit die Ratifikation über das foedus mit dem Kaiser und Schweden bei den Staaten von Friesland und Gröningen desto leichter möge verhindert werden können, ebenso die Bewilligung neuer Rekruten.

Dem Prinzen von Nassau hat er gestern abend die anbefohlenen Mitteilungen gemacht, derselbe bedankte sich dafür, sagte, die Sache erschiene ihm so wichtig, daß er vor seiner Abreise mit ihm darüber noch einmal zu konferieren wünschte, versicherte aber, daß er mit des Kf. Sentimenten vollkommen einig wäre.

Aus England hat man sichere Nachricht, daß Beuningen [2]) mit dem dortigen Hofe darin einig ist, daß man auf ein Äquivalent wegen der französischen Prätensionen gegen Spanien bedacht sein müsse. Graf d'Avaux meint, man müßte besonders durch Friesland, Gröningen und Amsterdam dahin arbeiten, daß die Staaten bei Spanien die Resolution, die Arbitrage anzunehmen, poussierten und eine oder andere Deklaration hinzufügten, doch steht dahin, ob es zu obtinieren sein wird, denn [3]) obwohl mehr als jemals die Gemüter der Staaten von Holland gegen den Prinzen von Oranien eingenommen sind, so macht sich dieses doch nicht bemerkbar, und zeigt der eventus, daß er noch alles nach seinem Wohlgefallen dirigiert.

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 24. Juni 4. Juli 1682.

[Verhandlungen mit dem Prinzen von Oranien, Pettecum und d'Avaux.]

Seit seiner letzten Relation hat er mehr und mehr Gelegenheit bekommen, seine 4. Juli
Negotiation bei dem Prinzen von Nassau zu poussieren. Derselbe hat ihm vorgestern erklärt, er wollte, wenn D. seine Proposition in künftiger Woche tun könnte, seine Reise so lange aussetzen und durch die Deputierten von Friesland und Gröningen dahin wirken lassen, daß diese zunächst in den Provinzen bekanntgemacht und deren Resolution darüber erwartet werde. Er wollte dann befördern, daß die Versammlungen der Staaten von Friesland und Gröningen deswegen gehalten würden, und wollte selbst dabei anwesend sein. Ferner wollte er verhindern, daß die Staaten von Friesland sich zu ferneren Engagements mit Schweden verständen,

[1]) S. Urk. u. Akt. XIX, S. 593.
[2]) S. d'Avaux, Négotiations I, S. 129.
[3]) S. Blok, Geschichte der Niederlande V, S. 430 ff.

auch die Ratifikation des vorigen Vertrages und die vorgeschlagene Schickung Harens hintertreiben. Er hat dieses alles d'Avaux mitgeteilt, gegen den sich der Prinz von Nassau fast in derselben Weise erklärt hatte, und sie haben um so mehr für gut gefunden, daß diese Proposition bei den Generalstaaten geschehe und durch ein Memorial akkompagniert werde. Pettecum ist bei ihm gewesen und hat gesagt[1]), seine Instruktion sei gar general und ginge nur dahin, er sollte den Prinzen von Oranien, Fagel und andere Staaten general in betreff der Itzehöischen Konvention desabusieren und erklären, daß seines Königs wie des Kf. Intention nur auf den Frieden zielte, weiteres könnte er ohne nähere Instruktion nicht tun. Graf d'Avaux hat ihm gesagt, daß er von den Niederlanden den Krieg mutmaßen und seinem Könige schreiben müßte, daß er darauf absoluten Staat zu machen hätte. Er hat Pettecum aufgefordert, auch seinem Könige diese Nachrichten mitzuteilen, aber P. meinte, man müßte dieses evitieren, damit ihre beiden Herren nicht weiter in diese Sache eingewickelt würden, sondern allezeit eine Tür, um zurückzukommen, offenhielten, was ihn nicht weiter verwundert, da er immer Mißtrauen gegen Pettecum gehegt hat und weiß, daß er noch immer dahin arbeitet, seinen König zu anderen consiliis zu permovieren. Er hat aber um so mehr alle von d'Avaux vorgestellten raisons untersucht und ihre Richtigkeit erkannt.

Bei dem Prinzen von Oranien hat er nach dessen Rückkehr Dienstag Audienz gehabt, er hat ihm aber nur im allgemeinen gesagt, des Königs von Dänemark und des Kf. Intentionen seien beständig auf Erhaltung des Friedens und der Ruhe gerichtet, sie würden gerne sehen, wenn auch der Staat dazu konkurrierte und Spanien dazu disponierte, seine Streitigkeiten mit Frankreich gütlich zu beendigen. Der Prinz sprach wieder weitläufig und ähnlich wie früher über das gemeine Wesen von Europa. Er äußerte, jetzt wäre die Frage, ob man sich Frankreichs Befehlen ohne Kontradiktion unterwerfen sollte; wenn Kf. diesmal gewollt hätte, so wäre jetzt das favorabelste Tempo zu Erlangung eines beständigen Friedens auf billige Bedingungen gewesen, Kf. hätte ja kein Interesse bei den Spanischen Niederlanden, um ein solches Akkommodement zu poussieren. Er hat darauf erwidert, Kf. hätte aus dem letzten Kriege mit seinem höchsten Nachteil erfahren, wie gefährlich es sei, mit vielen Alliierten, die verschiedene Interessen verfolgten, gegen einen mächtigen Feind zu Felde zu ziehen; zu Nimwegen hätte man sich von Frankreich die Bedingungen vorschreiben lassen, die Aussichten für einen Krieg seien jetzt ungünstiger als damals, und es wunderte ihn, weil der Prinz meinte, daß der Sukzeß aller projektierter Sachen von des Kf. Zustimmung oder Separation von den alten Alliierten abhinge, warum diese ihn nicht mehr gesucht und ihm auf seine billigen Forderungen Satisfaktion gegeben hätten.

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 1./11. Juli 1682.

[Seine Proposition an die Generalstaaten, Gegenbemühungen des Prinzen v. Oranien.]

11. Juli Vorigen Mittwoch hat er Audienz bei den Generalstaaten gehabt und die

[1]) S. Urk. u. Akt. XIX, S. 592.

beifolgende Proposition[1]) vorgetragen. Der Präsident, Herr von Oudyck, dankte ihm und bat, ihnen die Proposition schriftlich zu lassen, dann sollte darüber beraten werden. Er hat dem französischen und dem dänischen, auch auf ihren Wunsch dem englischen und dem münsterschen Gesandten Abschriften der Proposition zugestellt. Hier, beim Staat, sucht man sie zu sekretieren, damit sie keinen Eindruck auf die Gemüter der Mitglieder mache, von den friesischen und gröningschen Deputierten aber ist sie nach ihren Provinzen abgesandt worden. Gestern früh ist beim Prinzen von Oranien sekrete Konferenz gehalten und dort sehr poussiert worden, eine geschwinde Resolution auf seine Vorstellung abzufassen und das Einholen der Sentimente der Provinzen zu vermeiden, die Deputierten jener beiden Provinzen aber haben erklärt, sie müßten ihrer Prinzipalen Order abwarten.

Donnerstag nachmittag hat er bei dem Prinzen von Oranien Audienz gehabt, ihm fast dieselbe Vorstellung wie dem Staat gemacht und ihn gebeten, eine gute Resolution zu befördern, der Prinz zeigte sich aber sehr kaltsinnig.

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 4./14. Juli 1682.

[Verhandlung über seine Proposition in den Staaten von Holland.]

Verwichenen Sambstag vernahm ich weiter, daß meine Proposition 14. Juli
noch vor des Prinzen von Orange Abreise in der Versammlung der Staaten von Holland gelesen war, S. Hoheit hatte dabei stille gesessen und nicht das geringste darüber geraisonniret, der Rath Pensionarius aber nach Verlesung mit einem höhnischen Lachen anfangen zu sagen: Was soll dieses sein, daß der Churf. von Brand. uns hier lässet proponiren? Wir kennen ja seine Intention hier wohl und wissen, wo dieses herrühret, man wird da leichtlich auf antworten können, und haben sie also gewußt, die Deliberation darüber zu evitiren. Die Resolution inmittelst ist vor des Prinzen d'Orange Abreise fertig und hoffe ich, die Copie noch heute zu bekommen, und dennoch ist dieses noch nicht in der Versammlung gewesen und ist den Deputirten Staaten von Friesland und Gröningen zugestanden, ihrer Provinzen Resolution darüber einzuholen. Daraus man augenscheinlich sehen kann, wie sehr der Status des Gouvernements alhier von einer Republic decliniret. Wann solches bei den Staaten von Friesland und Gröningen penetriret werden sollte, wie ohne Zweifel geschehen wird, daß man sie also nur prostituirt, möchte es wohl noch mehrere Bewegung geben, sonderlich wann auch in-

[1]) In derselben (d. 8. Juli 1682) setzt D. ausführlich auseinander, daß die gegenwärtigen Konjunkturen sehr wenig günstig zur Wiedereröffnung eines Krieges gegen Frankreich seien, und daß wenig Hoffnung sei, Straßburg und die anderen neuerdings von Frankreich besetzten Gebiete wiederzugewinnen, und er ermahnt die Generalstaaten, sich Dänemark und dem Kf. anzuschließen und ebenfalls für eine gütliche Beendigung der Streitigkeiten mit Frankreich zu wirken.

mittelst Mr. Petteeum mit einer solchen Proposition einkäme und daß der König von England durch Mr. Chudley im geringsten bezeigen wollte, daß er zu dergleichen Intention concurriren wollte.

D'Avaux hat deswegen beweglich nach London und Paris geschrieben, und auch er hat Spanheim davon informiert.

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 8./18. Juli 1682.

[Günstiger Verlauf der Verhandlungen über die auf seine Proposition zu erteilende Antwort.]

18. Juli Nachdem er vernommen, daß man die Resolution abgefaßt und beabsichtigt hat, sie ihm, ohne sie ad Collegium Statuum Generalium zu bringen, zugehen zu lassen, hat er gegen verschiedene Glieder des Staats geäußert, daß er dann diese Unförmlichkeit sofort durch ein Memorial remonstrieren werde. Dieses und die Mitteilungen über die guten Absichten des Kf., welche er nicht nur den Staaten von Friesland und Gröningen, sondern auch einigen Aufrichtigen in Amsterdam und bei den Staaten von Holland gemacht hat, haben bewirkt, daß die Resolution, wie sie gestern im Kollegium der Generalstaaten vorgelesen worden, verschiedene gute Perioden enthält, so daß man daraus wird Ursache nehmen können, weitere Instanz bei den Generalstaaten zu tun und die Dispositionen zum Frieden, welche zwar im Grunde in allen Gemütern sind, aber durch bekannte Intriguen zurückgehalten werden, zu promovieren. Bei der Deliberation ist es zu heftigen Debatten zwischen den friesischen und gröningschen Deputierten und Fagel, auch einigen Deputierten der übrigen Provinzen gekommen, dadurch hat man Zeit gewonnen, so daß die Resolution erst künftigen Donnerstag zur Resumption gebracht werden soll, bis wohin die Resolution der Staaten von Friesland wird einkommen können.

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 15./25. Juli 1682.

[Die Resolution der Generalstaaten. Äußerungen Fagels. Der geheime Vertrag mit Spanien.]

25. Juli Petteeum hat Order erhalten, ebensolche Instantien wie er bei dem Staat in einer Audienz anzuwenden, hat aber trotz seines und d'Avaux' Zuredens diese Audienz nicht so bald begehrt, daß sie früher erfolgt wäre, ehe die Resolution auf seine Proposition reassumiert worden ist, sondern erst auf Freitag, worauf man bei den Generalstaaten sofort die Resolution auf sein Memorial vorgenommen und trotz des Widerspruchs des Präsidenten dieser Woche, eines Deputierten aus Friesland, auf eine neue Manier, unter Antizipation des Datums vom 7./17., angenommen und ihm an demselben Tage, den 13./23., zustellen lassen. Er und d'Avaux haben für nötig erachtet, den Prinzen von Nassau von allem diesem sofort durch einen Kurier zu benachrichtigen, damit die noch versammelten Staaten von Friesland und Gröningen danach ihre Resolution nehmen mögen.

Aus dieser ihm zugestellten Resolution [1]) ist zu ersehen, daß sie hier öffentlich den Frieden vorgeben, aber in der Tat den Krieg machinieren. Auch in einer Konferenz mit Fagel hat er erkannt, daß die Gedanken dahin zielen, der Krieg möge in Deutschland allumiert werden und sie hier in Kraft der Assoziation mit dazukommen. F. hat ihm zu verstehen gegeben, wenn auch [2]) das Kurfürstenkollegium für den Frieden gestimmt hätte und ein Teil im Fürstenkolleg sich ebenso anließe, so würde man doch darin bald, wenn die kaiserliche Armee sich dem Rhein näherte, eine Änderung sehen, derselbe hat ihm auch gesagt, daß der Herzog von Hannover mit in der Haagischen Allianz wäre. Auch aus England sollen sehr günstige Nachrichten an den Prinzen von Oranien gekommen sein.

Aus einem Schreiben Amerongens, das sehr geheim gehalten wird, und aus dem der ganze Stand seiner Negotiation in Sachsen [3]) zu ersehen ist, hat er erkannt, daß ein sekreter Traktat zwischen Schweden und den Generalstaaten besteht, der aber weder bei den Generalstaaten noch in den Provinzen, auch nicht in den Staaten von Holland vorgebracht worden ist, sondern von dem nur gewisse Kommissarien zu den sekreten Sachen Kenntnis erhalten haben. Er soll in drei Punkten bestehen, nämlich, daß die Vereinigten Niederlande Schweden mit einer Eskadron Schiffe gegen Dänemark assistieren, daß sie an Schweden von Spanien Subsidien zuwege bringen sollen, und endlich ein gewisser Periodus gegen diejenigen, welche jetzt nicht haben in die Assoziation treten wollen.

Chudley versichert ihn, daß sein König in denselben Sentimenten für den Frieden bliebe, und daß in England keine Änderung wäre [4]).

Der Kurfürst an die Stadt Amsterdam. D. Cöln 16./[26.] Juli 1682.

[Widerlegung der gegen ihn verbreiteten Verleumdungen.]

Seit dem Friedensschluß hat er sich nichts Höheres angelegen sein lassen, als den allgemeinen Ruhestand in der Christenheit zu erhalten, er hat auch v. Diest Befehl gegeben, dort von dieser seiner Intention nochmalige Versicherung zu geben. Er zweifelt nicht, daß auch die Stadt Amsterdam darin mit ihm einig und geneigt sein wird, ein so heilsames Werk zu befördern, zumal da sie sich erinnern wird, was für Anstöße bei den letzten Kriegstroublen des gemeinen Wesens Wohlfahrt, 26. Juli

---

[1]) S. Urk. u. Akt. III, S. 648.

[2]) S. Urk. u. Akt. XIX, S. 745 ff.

[3]) S. Urk. u. Akt. III, S. 645.

[4]) Kf. erwidert darauf (d. Potsdam 26. Juli/[5. August] 1682), die Resolution des Staats sei mit so scharfen, pikanten, unbegründeten und nicht zur Sache gehörigen Expressionen angefüllt, daß er sich darüber sehr verwundert habe, er werde aber erst darüber mit Frankreich und Dänemark kommunizieren und ihm dann fernere Instruktion zugehen lassen. Auch das Verfahren bei der Erteilung der Resolution sei ein so unerhörtes und verfassungswidriges, daß er zu erfahren wünsche, wie es in Friesland und Gröningen werde aufgenommen werden.

besonders die von dem Staat so teuer erkaufte Freiheit und das commercium gelitten hat. Er vernimmt aber, daß zu derselben Zeit, wo er den Staat dieser seiner Intention versichert und sich zu Kultivierung guter Nachbarschaft erboten hat, dort von seinen Mißgünstigen lügnerische Nachrichten verbreitet worden sind, als ob er mit Frankreich und Dänemark einen dem Staat höchst präjudizierlichen Traktat geschlossen und sie sich verglichen hätten, die Handelsschiffe und Untertanen des Staats zu Wasser anzugreifen und sich so wegen ihrer Prätensionen bezahlt zu machen. Er hofft zwar, daß sie solchen falschen Spargementen keinen Glauben schenken werden, zumal darunter allerhand weitaussehende Dinge verborgen sein dürften, hat aber doch für nötig gehalten, ihnen diese wohlgemeinte Vorstellung desfalls zu tun, welche v. Diest weitläufiger ausführen wird [1]), so daß sie hoffentlich von seiner Affektion gegen den Staat und ihre Stadt überzeugt sein und die Bosheit der Kalumnianten erkennen werden [2]).

Instruction, wornach unser — Friederich Wilhelm von Diest sich unterthänigst zu richten. D. Potsdam 25. April/[5. Mai] 1683. (Conc. F. Meinders.)

[Aufträge an den Bischof von Münster in der ostfriesischen Angelegenheit, an den Prinzen v. Oranien, die Generalstaaten u. den Prinzen v. Nassau wegen Befriedigung seiner Ansprüche, Erhaltung des Friedens und Vollziehung des Vertrages mit Ostfriesland.]

5. Mai Er soll sich nach dem Haag zurückbegeben, unterwegs aber sich bei dem Bischof von Paderborn und Münster angeben, demselben mitteilen, was hier mit dem Freiherrn v. Kniephausen wegen der Angelegenheit der ostfriesischen Stände konzertiert worden ist [3]), und sich bemühen, den Bischof zum Miteintreten besonders in den im November 1682 [4]) mit den ostfriesischen Ständen gemachten Traktat [4]) zu überreden und ihn zu bewegen, wegen der zwischen ihnen und den

[1]) Kf. weist (d. 15./[25.] Juli 1682) v. Diest an, dieses Schreiben mit gehöriger Rekommendation in Amsterdam abzugeben, auch Pettecum aufzufordern, im Namen seines Königs dort ähnliche Vorstellungen zu machen, und auch solchen, die im Haag oder anderswo solche Lügen verbreiteten, entgegenzutreten. Sollte der Prinz von Oranien auch ferner das, was er ihm rekommendieren lasse, mit solcher froideur aufnehmen, so solle er damit anstehen und statt dessen seine Angelegenheiten bei den Wohlgesinnten und Friedliebenden zu poussieren suchen. Diest berichtet darauf, 18. August, er sei nach Amsterdam gereist und habe mit dem Bürgermeister Marseven gesprochen, dieser habe versichert, daß auch die Stadt Amsterdam die Erhaltung des Friedens nach Möglichkeit befördere, und daß er sowie die anderen Bürgermeister den Gerüchten von feindseligen Absichten des Kf. niemals Glauben geschenkt hätten.

[2]) Bürgermeister und Regenten von Amsterdam erwidern dem Kf. (d. 21. August 1683), daß sie solchen Gerüchten keinen Glauben geschenkt hätten und von seinen guten Absichten überzeugt seien.

[3]) S. den Vertrag vom 22. April/2. Mai 1683 (v. Mörner, S. 443 ff.). Vgl. auch Schück 1, S. 169 f., Hirsch S. 36 f.

[4]) S. den Vertrag vom 8./18. November 1682 (v. Mörner, S. 436 ff.). Vgl. Hirsch S. 20 f.

Holländern in puncto liquidationis streitigen Punkte seine Mediation neben Kf. anzubieten, auch alle Exekution des Staats gegen diese Stände zu verhindern. Er soll auch sondieren, was der Bischof meine, das zu tun sei, wenn der Kaiser das ostfriesische conservatorium gänzlich oder in regard des Kf. aufheben wollte [1]).

Bei dem Prinzen von Oranien und dem Staat hat er seine officia pro pace zu kontinuieren und dabei alles in höchstem Vertrauen mit dem französischen und dem dänischen Minister zu konzertieren. Den Prinzen von Oranien hat er der beständigen Affektion des Kf. zu versichern, ihm vorzustellen, daß er sich seiner besonders wegen Oranges [2]) angenommen habe und damit auch fortfahren wollte, dabei aber hoffte, der Prinz werde auch sein und seines Kurhauses Interesse in allen billigen Dingen zu befördern geneigt sein, besonders auch sich bemühen, daß er vom Staat seiner rechtmäßigen Prätensionen halber kontentiert werde. Sonst zweifelte Kf. nicht, der Prinz werde endlich in der Tat verspüren, daß seine Konduite bei dem deutschen und niederländischen Friedenswerke die sicherste und beste sei, und daß der Prinz sich bei dem Staat bemühen werde, daß dieser den Kaiser und Spanien dahin bringe, die Friedensbedingungen, welche man jetzt noch erlangen könnte, zu akzeptieren, besonders in Konsideration des herannahenden inevitablen Türkenkrieges. Ebensolche Vorstellungen hat er auch bei dem Staat entweder in einer Konferenz oder durch ein Memorial zu machen, dahin mit dem französischen und dem dänischen Minister gesamter Hand zu arbeiten, auch zu verhüten, daß eine staatische Flotte [3]) nach Gotenburg oder sonst nach der Ostsee ausgeschickt werde, deswegen auch alle möglichen officia bei der Stadt Amsterdam anzuwenden.

Bei dem Fürsten von Nassau hat er auch seine frühere Negotiation zu kontinuieren und bei ihm wie auch sonst in Friesland und Gröningen unter der Hand sich zu bemühen, daß die Assoziation von diesen Provinzen nicht ratifiziert und alles nähere Engagement mit Schweden verhütet werde.

Im übrigen hat er wegen des in Guinea der afrikanischen Kompagnie genommenen Schiffes und des konfiszierten mindischen Garns [4]) des Staats endliche

---

[1]) D. meldet aus Hamm, 16. Mai, er sei in Neuhaus gewesen, habe aber den Bischof schwer krank und daher dort alles in großer Konsternation gefunden, und man habe ihn an die münsterschen Räte verwiesen. Darauf berichtet er 19. Mai ans Cleve von einer Konferenz, die er und Knyphausen mit den münsterschen Räten Schmising und zur Mühlen in Haltern abgehalten, dieselben hätten ziemliche Dispositiou zum gemeinen Wesen gezeigt, bei der gefährlichen Krankheit des Bischofs aber seien alle consilia schwach und in suspenso, und es sei auf sie wenig Staat zu machen.

[2]) S. Sylvius II, S. 243, d'Avaux, Négotiations I, S. 120 ff., Urk. u. Akt. XIX, S. 455.

[3]) S. d'Avaux, Négotiations I, S. 133.

[4]) Es handelt sich um Garn, das einem mind'schen Kaufmann Rhode gehörte und wegen angeblicher Zolldefraudation in Holland konfisziert worden war. D. berichtet 8. September 1683, er habe die Rückgabe desselben gefordert, darauf hingewiesen, wie ungereimt ein solches Verfahren bei der Geringfügigkeit des präsupponierten Verbrechens sei, und scherzend bemerkt, wenn Kf. ebenfalls Schikanen gegen Untertanen des Staats wollte praktizieren lassen, so würde man bald dreimal soviel konfiszieren, als nötig wäre,

Resolution zu poussieren, sich der ostfriesischen Sachen beim Staat anzunehmen, fleißig mit jener Provinz zu korrespondieren und, sobald seine Geschäfte es zulassen, sich dorthin oder in die benachbarten Provinzen zu verfügen, um das Projekt des Traktats nebst den separaten Articuln zur Perfektion zu bringen [1]).

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 5. Juni st. n. 1683.

[Verhandlungen mit den Bürgermeistern von Amsterdam.]

5. Juni Er ist in Amsterdam mit d'Avaux[2]) und dem dänischen Gesandten Burchardt zusammengetroffen, und sie haben zusammen die Vorstellungen konzertiert, welche letzterer und er den Regenten von Amsterdam machen sollten. Er hat den dortigen Bürgermeistern vorgestellt, wie sich Kf. um die Erhaltung des Friedens bemüht und durch seine Remonstrationen fast allein Frankreich von weiteren Reunionen abgehalten habe, wie aber die spanische Partei am kaiserlichen Hofe und sonst dagegen arbeite und trotz ihrer faiblesse alles zum Kriege zu treiben suche. Kf. hoffe, daß die Stadt Amsterdam helfen werde, es beim Staat dahin zu bringen, daß die Ruhe hier erhalten werde und dadurch die commercia in Aufnehmen kommen könnten. Die über Kf. und über den König von Dänemark verbreiteten Gerüchte, daß ersterer fremde Völker über den Rhein führen, seine Festungen denselben einräumen und in dieser Nachbarschaft die Flamme des Krieges entzünden, letzterer die ostindischen Schiffe wegnehmen lassen wollte, seien ebenso lügenhaft wie töricht, man suchte dadurch nur zwischen ihnen und dem Staat Zwietracht zu säen, ebendahin zielte auch das ausgesprengte Gerücht, der Staat lasse Schiffe equipieren und wolle dieselben nach dem Norden, ja gar nach der Ostsee schicken. Wenn dieses geschehe, so würden auch andere Staaten ihre Schiffe in See bringen, was leicht zu Kollisionen und einem Kriege führen könnte.

Die Bürgermeister haben Kf. für seine Intention zum Frieden gedankt, darauf die officia vorgestellt, die sie zu gleichem Zwecke bei den Staaten von Holland angewendet. In betreff der Ausrüstung der Flotte sagten sie, da alle Mächte rüsteten, so müßten auch sie sich in Positur bringen, es wäre aber noch keine Resolution genommen, sie nach dem Norden oder nach der Ostsee zu schicken, und sie gaben zu verstehen, daß sie darein nicht konsentieren würden. Auf ihre Frage, wie es im Norden stände, hat er darauf hingewiesen, daß dem Bündnis des Kaisers mit Schweden gegenüber Kf. und Dänemark auf ihre Sicherheit bedacht sein

um diesen Kaufmann dedommagieren zu können. Kf. befiehlt ihm darauf 9./19. September, nochmals auf Satisfaktion für Rhode zu dringen und sonst Repressalien in Aussicht zu stellen, und erteilt zugleich an Heydekampf in Preußen und Rickart in Cleve Order, bei den geringsten von Holländern begangenen Defraudationen nach aller rigueur zu verfahren.

[1]) Die Kreditive für v. D. an den Prinzen von Oranien, den Fürsten von Nassau, den Bischof von Paderborn und Münster und die Stadt Amsterdam sind Potsdam 22. April/[2. Mai] 1683 ausgestellt.

[2]) S. über dessen damaligen Aufenthalt in Amsterdam d'Avaux, Négotiations I, S. 152 f.

müßten, und daß man den Transport schwedischer Völker nicht dulden würde, sie wüßten am besten, von welcher Seite her derselbe fazilitiert und poussiert würde, doch wäre die Sache wohl noch nicht so weit, wie man hier vorgäbe. Sie sagten darauf nur, sie würden ihre Alliierten nicht opprimieren lassen können.

Er hofft, dieses werde soviel Effekt tun, daß man sich in dieser Sache nicht präzipitieren, wenigstens Amsterdam zurückhalten werde.

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 29. Mai 8. Juni 1683.

[Verhandlungen mit dem Prinzen von Oranien und mit einigen Regenten.]

Er ist gestern bei dem Prinzen von Oranien in Honslaerdyck gewesen. Der- 8. Juni
selbe sagte, er zweifelte nicht an des Kf. aufrichtiger Intention zum Frieden, es wäre aber zu beklagen, daß man darunter nicht einerlei Methode amplektierte, wenn Kf. dieselbe mit ihnen annehmen wollte, würde man gewiß längst den Frieden haben. Er hat erwidert, Kf. hätte sich darüber so oft expektoriert, daß er hoffte, der Prinz würde endlich, sonderlich bei der jetzt drohenden Gefahr des Türkenkrieges, begreifen, daß es dienlicher sei, die Bedingungen, welche noch zu erhalten ständen, anzunehmen, als das ganze Reich und die Niederlande in einen schweren Krieg zu stürzen. Der Prinz redete dann sehr weitläufig über die nordischen Angelegenheiten, besonders, daß er dem Kf. angeboten hätte, die Versicherung zu geben, daß keine schwedischen Truppen transportiert werden sollten, falls Kf. mit dem Staat in die Konvention eintreten wollte.

Er hat nachher mit einigen von den Regenten gesprochen. Sie sagten, sie hätten 700—800 Schiffe in der Ostsee, sähen dort eine extraordinäre Armatur vor Augen, müßten ihre Schiffe sichern und würden daher je eher desto lieber ihre Flotte nach der Ostsee senden, sie hofften, sie in zehn Tagen in See zu bringen. Er hat ihnen alle Inkonvenientien davon vorgestellt und bemerkt, man sage dieses à dessein, um die Sache im Norden zu alterieren, denn er könne nicht glauben, daß die Schiffe vor Ende dieses Monats mit Mannschaft versehen sein könnten [1]).

Der Kurfürst an v. Diest. D. Potsdam 1.[11.] Juni 1683 [2]).

[Anzeige, daß der Traktat mit Frankreich und Dänemark sich zerschlagen hat und er zu einer Verständigung mit Holland geneigt ist.]

Wir geben Euch hiemit in Gnaden zu vernehmen, wasgestalt [3]) das- 11. Juni
jenige, so zwischen Franckreich, Dennemarck und uns zue Berlin gehandelt

---

[1]) Vgl. den Bericht Fagels an Amerongen vom 12. Juni 1683 (Urk. u. Akt. III, S. 714 ff.).

[2]) In Ziffern, von Fuchs' Hand.

[3]) S. Urk. u. Akt. XIX, S. 471, 618 ff.

worden, ganz zerschlagen, so daß wir anjetzo freiere Hände als jemalen haben. Ihr habet demnach Eure Negotiation also anzustellen, daß Ihr zwar in dem guten Vernehmen und Correspondenz mit dem Comte d'Avaux verharret, aber auch zugleich gegen die Keyserlichen und andere Ministros Euch also betraget, daß sie nicht die geringste ombrage davon schöpfen. So habet Ihr auch gegen den Princen von Oranien, den Rats-Pensionar und andere, da Ihr es nötig achtet, en confidence zu bezeugen, daß wir, wie bishero, also noch ferner keine andere mesures nehmen würden, als welche zue Unterhaltunge des Friedens gereichen möchten, und daß es uns lieb sein würde, wann wir uns darunter mit dem Staat vernehmen und in ein concert treten könnten, in Hoffnunge, es werde der Staat dadurch umb so viele mehr permoviret werden, unseren rechtmäßigen desideriis ihre abhelfliche Maße zu geben, auch uns vergnügliche Satisfaction bei der Crone Spanien zu verschaffen. Ihr habet jedoch dieses dergestalt zu menagiren, damit der Comte d'Avaux nichtes davon erfahre. —

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 12./22. Juni 1683.

[Auf das Reskript vom 1./11. Juni. Mitteilungen an den Prinzen von Oranien, dessen Bereitwilligkeit zu einer Verständigung mit Kf.]

22. Juni Er ist gestern zu dem Prinzen von Oranien nach Honslaerdyck gefahren, hat ihm versichert, daß Kf. in seiner Intention, den Frieden zu erhalten, beständig kontinuiere, daß er nicht zweifele, der Prinz und auch der Staat würden darüber erfreut sein, er wünsche auch mit dem Staat hierüber in ein Konzert zu treten. Er hätte den Auftrag, dieses dem Prinzen en confidence zu eröffnen, und er zweifelte nicht, daß Amerongen dieses konfirmieren würde. Der Prinz bezeigte sich sehr froh und sagte, Amerongen[1]) hätte allerdings von des Kf. guten Sentimenten berichtet, es wäre ihm aber lieb, das gleiche auch von ihm zu vernehmen, es würde ihm angenehm sein, in ein solches Konzert zu treten, er möchte mit Fagel darüber sprechen, er seinerseits würde alles, was möglich wäre, zu des Kf. Satisfaktion tun. Er setzte auch bei dem König von Spanien seine officia fort und hätte neulich Amerongen neue Instruktion[2]) zukommen lassen, um, falls Graf Lamberg retenu wäre, sich wegen des Königs von Spanien zu explizieren und positive zu sagen, die 200—300 000 Rtlr. wären parat, und man würde sich wegen noch weiterer 200—300 000 auf gewisse Termine und sichere Assignationen finden können, welche man vielleicht in Amsterdam würde negotiieren können,

---

[1]) S. Amerongens Bericht vom 5. Juni 1683 (Urk. u. Akt. III, S. 711 ff.).

[2]) S. die Schreiben Fagels an Amerongen vom 12. und 19. Juni 1686 (ebendas. S. 714 ff.).

Spanien würde zufrieden sein, wenn es nur vor weiteren Attacken garantiert würde [1]).

Der Kurfürst an v. Diest. D. Potsdam 21.[31.] Juli 1683.

[Befehl, zu Kf. zu kommen. Sendung v. Rucks.]

Er soll sich sofort aufmachen und zu ihm kommen. v. Ruck hat den Auf- 31. Juli
trag erhalten [2]), nach dem Haag zu reisen und wegen der jetzt bevorstehenden Türkengefahr und der sonstigen Konjunkturen, wobei periculum in mora, die nötigen Vorstellungen zu machen. Sollte er ihn unterwegs treffen, soll er ihm alle nötige Information geben.

Instruction, wornach unser — der von Ruck bei der ihm angetragenen Schickung nach dem Haag sich gehorsamst zu achten. D. Potsdam 19./[29.] Juli 1683. (Conc. Fuchs.)

[Notwendigkeit, um dem Kaiser gegen die Türken Hilfe leisten zu können. Frieden zwischen dem Reich und Frankreich herzustellen. Befriedigung der Ansprüche des Kf.]

Er hat sich schleunigst nach dem Haag zu begeben, dort sich bei dem Prinzen 29. Juli
von Oranien anzugeben, ihn der beständigen Affektion des Kf. zu versichern, ihm von der Ursache seiner Schickung Mitteilung zu machen und ihm die Erledigung der Angelegenheiten des Kf. bei dem Staat zu rekommendieren. Gleiches hat er bei dem Ratspensionar zu tun, dann bei dem Staat um Audienz anzuhalten und demselben vorzutragen, Kf. wolle ebenso wie früher nichts unterlassen, was zu Befestigung eines aufrichtigen nachbarlichen Vertrauens und beiderseitiger Konservation, Sicherheit und Bestem gereichen könnte. Er hätte daher für notwendig erachtet, mit dem Staat sich über die unverhoffte und bedauerliche Revolution, welche Gott dem Kaiser in seinen Erblanden zugeschickt, zu vernehmen. Schon stehe Wien in Gefahr, man müsse dem Kaiser Hilfe leisten, Kf. sei dazu bereit, aber die Hilfe müsse der Gefahr und der Macht des Feindes proportioniert sein, daher sei nötig, daß man alle noch in Deutschland vorhandene Macht wider den Erbfeind führe und daraus eine starke Armee formiere. Weil aber dieses nicht geschehen könnte, wenn nicht die Furcht, die man bisher in Deutschland vor dem

[1]) D. berichtet 16./26. Juni über eine Unterredung mit Fagel, in welcher er diesem dieselben Eröffnungen gemacht und F. sich in ähnlicher Weise wie der Prinz geäußert habe. Er fügt hinzu, die Nachricht von dem Aufbruch der kaiserlichen Armee von Neuhäusel und von der französischen Flotte verursache hier viel Alteration und befördere sehr das Verlangen nach dem Frieden. Kf. erwidert (d. Potsdam 22. Juni/2. Juli 1683), er hoffe, daß die drohende Türkengefahr den Prinzen von Oranien und Fagel in der Absicht, den Frieden zu erhalten, noch bestärken werde, er teilt die Vorschläge mit, die er dem Kaiser durch Lamberg deswegen habe machen lassen, und spricht den Wunsch aus, daß diese auch von holländischer Seite möchten in Wien rekommendiert werden.

[2]) S. Amerongens Bericht vom 3. August 1683 (Urk. u. Akt. III, S. 740 f.).

Bruch und Kriege mit Frankreich gehabt, aus dem Wege geräumt werde, so halte Kf. für nötig, daß man die Irrungen, welche bisher zwischen Frankreich und dem Reich gewesen, je eher je lieber abtäte und sich so den Rücken frei machte. Wenn jetzt Frankreich und dessen Adhärenten losbrechen sollten, so wäre ein gänzlicher Untergang und bouleversement des Reichs zu befürchten. Kf. ersuche daher die Staaten, auch ihrerseits an diensamen Orten kräftige officia dazu anzuwenden, daß der Friede zwischen Frankreich und dem Reich befestigt werde. Daneben hätte er das Vertrauen, daß der Staat ihm nunmehr auf seine hochgerechten und bereits sehr moderierten desideria Satisfaktion widerfahren lassen und ihn dadurch in Stand setzen werde, dem Kaiser zu Hilfe zu kommen.

Wenn er mit dem Prinzen von Oranien, dem Ratspensionar und anderen, welche diesen Vorschlag impugnieren wollten, zu reden käme, hat er ihnen anzuzeigen, daß Kf. denselben gar nicht Frankreich zuliebe, noch auf dessen Begehren, sondern nur, um das Reich und die Christenheit zu retten, täte, da er nicht ersinnen könnte, wie man, wenn Frankreich jetzt losbrechen sollte, demselben sollte Widerstand leisten können. Dem Prinzen und dem Ratspensionar hat er im Vertrauen zu hinterbringen, Kf. hätte sichere Nachricht, daß bei nicht erfolgendem Frieden nicht Frankreich allein, sondern auch zugleich Dänemark mit dem Hause Lüneburg in Aktion geraten und also das Feuer an zwei Orten zugleich angezündet werden möchte, was alles aber durch den Frieden verhindert werden könnte. Sollte man von dem Universalfrieden Regung tun, so hat er dagegen zu repräsentieren, daß man auch hier einen solchen wünsche, daß aber keine Aussicht dazu sei, zudem sei ja noch keine Ruptur oder Krieg, und könne man also von dieser Materie abstrahieren oder wegen der spanischen Niederlande die Arbitrage von England annehmen und dadurch wenigstens dort fernere Weiterung und Tätlichkeiten verhüten. Die gesunde Vernunft gebe es, daß man jetzt alles vermeiden müßte, wodurch Frankreich irritiert werden könnte.

Wenn er im Haag seinen Vortrag getan, hat er sich nach Amsterdam zu begeben, dort Audienz zu suchen und ebendasselbe vorzustellen.

Nebeninstruktion. D. Potsdam 19./[29.] Juli 1683.

[Geldforderung von Spanien.]

29. Juli Er hat dem Staat und dem Prinzen von Oranien deutlich zu verstehen zu geben, daß, wofern des Kf. Armee gegen den Erbfeind unverzüglich anmarschieren solle, sie ihre kräftigsten officia dahin anwenden möchten, daß ihm von Spanien die angebotenen 200 000 Rtlr. förderlichst erlegt würden. Wegen der übrigen 300 000 Rtlr., welche Spanien durch gewisse assignationes und Salzumschläge zu geben sich anheischig gemacht, wolle er hiernächst handeln lassen [1]).

[1]) Die Kreditive für v. Ruck an die Generalstaaten, den Prinzen von Oranien und Amsterdam sind Potsdam 20./[30.] Juli ausgestellt.

M. v. Ruck an den Kurfürsten. D. Haag 3. August 1683.

[Audienz bei dem Prinzen von Oranien.]

Er hat am 1. August bei dem Prinzen von Oranien Audienz gehabt. Der 3. Aug.
Prinz erwiderte auf seinen Vortrag, die türkischen Progressen und die Bedrängnis des Kaisers hätten allerdings die Affären auf einen anderen Fuß gesetzt, alle christlichen Potentaten müßten darauf Rücksicht nehmen und die übrigen mesures davon dependieren. So viel ihm die Intention des Staats bekannt wäre, glaubte er, daß sie sich dem Frieden nicht opponieren, vielmehr wünschen würden, mit Kf. vermittels einer genauen und vertrauten Korrespondenz gewisse mesures zu konzertieren, wie man nicht nur den Frieden an sich, sondern auch die aus demselben zu hoffende Sicherheit erhalten möchte, da sonst der Friede wenig gesichert sein und es Frankreich an neuen Prätexten nicht fehlen würde. Doch seien das nur seine Gedanken in generalibus, eine so wichtige Sache müßte reiflicher überlegt werden, er werde sie den Generalstaaten zu sorgfältiger Deliberation rekommendieren, er könnte nicht absehen, wie ohne ein gemeines concert zwischen Kf. und dem Staat ihre beiderseits gute Intention, den Frieden zu erhalten, erreicht und Sicherheit erhalten werden könnte. Wie sehr dem Staat und allen Benachbarten an der Konservation der spanischen Niederlande gelegen sei, würde Kf. selbst ermessen. Als er aber antwortete, es wäre periculum in mora, und wegen der spanischen Niederlande Annahme der englischen Arbitrage vorschlug, antwortete der Prinz zwar darauf nicht, es schien aber so, als ob es nicht eben approbiert würde.

Wegen der Prätensionen des Kf. an den Staat und der Zahlung der 200 000 Rtlr. von Spanien versprach er sich zu bemühen, die Resolution der Spanier sei bisher gewesen, daß die Prätensionen des Kf. an den Staat und an sie zusammen gehoben werden sollten, und er riet ihm, sich mit dem hiesigen spanischen Gesandten deswegen zu vernehmen. Er aber hat erwidert, die Türkengefahr sei ein novum emergens, er sei nicht instruiert, sich mit den spanischen ministris deswegen einzulassen, so viel er wüßte, hätte Kf. wegen der spanischen Satisfaktion nur auf den Prinzen und den Staat Reflektion gemacht, mit Spanien selbst aber nichts traktieren lassen, was der Prinz sich auch gefallen ließ.

M. v. Ruck an den Kurfürsten. D. Haag 7./17. August 1683.

[Unterredung mit Fagel. Dessen Einwürfe gegen einen Separatfrieden.]

Er hat[1]) gestern dem Ratspensionar eine Visite gemacht und sich fast 17. Aug.
zwei Stunden lang mit ihm unterredet, „da sich dann unser discours gegeneinander bisweilen ziemlich erhitzet".

Fagel behauptete, Sicherheit würde nur ein generaler Frieden gewähren, ein partikulierer würde die Alliierten separieren, und das sei auch die Absicht Frank-

[1]) S. das Schreiben Fagels an Amerongen vom 17. August 1683 (Urk. u. Akt. III, S. 743 f.).

reichs, dasselbe werde gewiß, sobald es einen partikulieren Frieden mit dem Reich gemacht, die spanischen Niederlande angreifen. Auf seinen Einwurf, man könnte nicht absehen, wie Frankreich jetzt zu einem generalen Frieden sollte gebracht werden können, nachdem es vorher, als es auf den Kaiser und dessen Macht reflektieren mußte, nicht dazu zu bringen gewesen sei, das Reich sei jetzt außerstande, Frankreich Widerstand zu leisten, wenn dasselbe infolge des doppelten Angriffs der Franzosen und Türken bezwungen werden sollte, würde es auch mit diesen Provinzen bald geschehen sein, während, wenn man sich jetzt mit Frankreich, so gut es ginge, vergliche und dem Kaiser mit aller Macht gegen die Türken zu Hilfe zöge, man bessere Zeiten abwarten könnte, erwiderte er, dem Reich sei an den spanischen Niederlanden soviel gelegen, daß es ohne deren Konservation sich gegen Frankreich nicht maintenieren könnte. Wenn ein partikulierer Frieden hätte sein sollen, so wäre diesem Staat ein solcher zwischen Spanien und Frankreich konvenabler gewesen, das wäre es auch noch jetzt, und man könnte ihn mit großer avantage erhalten. Er behauptete, nach den letzten Nachrichten hätte man sehr gute Hoffnung, daß Wien sich konservieren würde, die Kreise hätten nur die Hälfte ihrer Truppen dem Kaiser geschickt und versichert, daß die Macht, zu der sie sich durch die Allianz verbunden, doch da sein sollte, wenn Frankreich das Reich attackierte, dann müßte auch Holland sofort mit Frankreich brechen, auch Spanien dürfte man nicht so für nichts achten. Kf. könnte ein Großes zu dieser Sache tun und die übrigen Reichsstände in eine völlige Union bringen, auch Dänemark im Zaum halten. Endlich sagte er, wenn der Kaiser und das Reich für sich konvenabel fänden, sich von Holland und ihren Alliierten zu separieren und mit Frankreich einen partikulieren Frieden zu schließen, so müßten sie es geschehen lassen, aber dazu raten könnten sie nicht, ebensowenig, wie dazu, daß Spanien die englische Arbitrage annehme.

Die Satisfaktion des Kf. anbetreffend, sagte er, es hätte die prinzipalsten Stände sehr befremdet, daß jetzt, wo sie so erschöpft wären, so heftig in sie gedrungen würde, doch versprach er schließlich, bei der demnächstigen Zusammenkunft der Staaten die Sache aufs beste zu sekondieren, auch mit dem spanischen Gesandten wegen Zahlung der 200 000 Rtlr. zu reden.

M. v. Ruck an den Kurfürsten. D. Haag 11. 21. August 1683.

[Audienz bei den Generalstaaten.]

21. Aug. Am 8./18. hat er[1]) öffentliche Audienz bei den Generalstaaten unter den üblichen Zerimonien gehabt, seine Proposition hat er in generalibus hochdeutsch gehalten und auch schriftlich dem Präsidenten übergeben, und er hat Deputierte begehrt, mit denen er sich über das, was ihm aufgetragen wäre, ausführlicher vernehmen könnte. Zu solchen sind Herr van Heckern und andere Deputierte zu den ausländischen Affären benannt worden, heute soll die erste Konferenz stattfinden.

[1]) S. Urk. u. Akt. III, S. 744 f.

M. v. Ruck an den Kurfürsten. D. Haag 14./24. August 1683.

[Konferenz mit den Deputierten der Generalstaaten. Abwarten des Ausganges der Belagerung von Wien.]

Die Konferenz hat am 11./21. stattgefunden [1]). Nachdem er seine Propo- 24. Aug.
sition betreffend den Frieden zwischen dem Reich und Frankreich, die dem Kf. von den Staaten gebührende Satisfaktion und die von Spanien versproehenen Gelder ausführlich getan, und darauf die Deputierten sich unter sich unterredet, antwortete ihm Herr van Heekern, der Staat verlangte allezeit den Frieden, nur müßte er general sein und die gemeine Sicherheit dabei beobachtet werden, die Generalstaaten wünschten des Kf. Gedanken darüber zu vernehmen, worauf er ihnen auseinandergesetzt hat, daß nicht die geringste apparence wäre, zu einem Generalfrieden zu gelangen, daß die Annahme der englischen Arbitrage die besorgte Weiterung in den spanischen Niederlanden abwenden könnte und daß, wenn ein Partikularfrieden zwischen dem Reich und Frankreich geschlossen und das Reich in seiner Konsistenz erhalten würde, diejenigen, welche Defensivallianzen mit anderen hätten, dennoch freie Hand behielten, ihren Alliierten zu assistieren. Er hat ihnen auf ihren Wunsch seine Proposition auch schriftlich übergeben. Betreffend die Satisfaktion von diesem Staat und Spanien sagten sie, sie erwarteten nur Briefe von Amerongen, wie weit er in seiner Negotiation avanciert wäre, dann würden die Staaten unverzüglich zusammenkommen und darüber beschließen, die Zahlung der Gelder aber wäre sowohl von Spanien als dem Staat, weil es eine gemeine Sache wäre, bei Ratifikation des Traktats versprochen. Als er ihnen aber vorgestellt, daß die Affären sich seitdem sehr verändert hätten, und daß, wenn die Antizipation von Spanien nicht erfolgte, die Truppen des Kf. unmöglich in gehörigen Stand gesetzt werden könnten, übernahmen sie, von allem dem Staat zu referieren.

Man scheint hier den Ausschlag der Belagerung von Wien abwarten zu wollen, die Vornehmsten vom Staat geben das, wenn er mit ihnen en particulier spricht, deutlich zu vernehmen, H. von Dieckfeld hat ihm gesagt, wenn man jetzt auch en plein galopp zum Frieden ginge, wäre es doch unmöglich, so bald, als Frankreich in Regensburg habe proponieren lassen, damit fertig zu werden, die Resolution, die man jetzt nehmen würde, würde doch Wien nicht salvieren, dort würde in 14 Tagen das Spiel gewonnen oder verloren sein, nach dem, wie es da abliefe, werde es sich von selbst weisen, was man tun müßte [2]).

M. v. Ruck an den Kurfürsten. D. Haag 4./14. September 1683.

[Verzögerung seiner Abfertigung. Beschuldigungen gegen ihn. Hilfeleistung an Spanien.]

Er hat noehmals bei dem Prinzen von Oranien und bei Fagel um seine 14. Sept.
Dimission angehalten, wogegen man ihm viele raisons allegiert, die zum Teil das

[1]) S. ebendas. S. 745 f.

[2]) v. R. meldet am 17./27. August, er sei in Amsterdam gewesen und habe den Bürgermeistern die beiden Punkte wegen des Friedens und der Satisfaktion des Kf. vorgetragen. In bezug auf den ersten hätten sie erwidert, darauf könnten sie als eine parti-

gemeine Interesse, zum Teil seine eigene Person konzernieren, besonders wird er einer gar zu großen Korrespondenz mit dem hiesigen kaiserlichen und spanischen Minister beschuldigt, während er doch dem einen nur eine und dem andern drei Visiten in den fünf Wochen seines Hierseins gegeben hat. Er muß es aber dahingestellt sein lassen und des Kf. Order folgen, so empfindlich und schmerzlich es auch einem treuen Diener ist, wenn seine Redlichkeit in Zweifel gezogen wird. Daß seine Abreise so lange traisniert, ist nicht seine Schuld [1]).

Gestern haben [2]) die Generalstaaten beschlossen, die 8000 Mann an Spanien zu schicken, auch sonst für die Verteidigung der Niederlande alles aufzusetzen. Die Truppen marschieren bereits wirklich nach Antwerpen und Mecheln, der Prinz von Oranien reist heute nach Breda und wird sich dort mit dem Marquis de Grana besprechen. Man sagt auch, daß in wenig Tagen eine Werbung von 25 000 Mann resolviert werden wird.

Die Prinzipalsten diskurrieren hier von dem Werk mit großer vigueur und wollen es auf alle Extremitäten hazardieren, in der Hoffnung, daß England sich unmöglich werde aus dem Spiel halten können.

M. v. Ruck an den Kurfürsten. D. Grafen Haag 22./12. Oktober 1683.

[Resolution der Generalstaaten. Seine bevorstehende Abreise.]

12. Okt. Gestern hat er beigehende schriftliche Resolution [3]) der Generalstaaten auf seine Proposition vom 11./21. August erhalten; er hat darauf heute schriftlich seinen Abschied genommen, hofft noch heute sein Rekreditiv [4]) zu erhalten und morgen oder übermorgen abzureisen.

In der gestrigen Versammlung der Staaten ist die neue Werbung noch nicht festgestellt worden, man zweifelt aber nicht, daß es dazu kommen werde.

---

kuliere Stadt keine Antwort geben, das ginge den Staat und die Regierung an, wegen der Satisfaktion des Kf. wäre man jetzt im Haag versammelt und sie zweifelten nicht, daß Kf. mit der von ihnen gefaßten Resolution zufrieden sein werde.

[1]) R. meldet 18./28. September, er habe dem Präsidenten der Generalstaaten ein Memorial, in dem er um seine Abfertigung gebeten, übergeben, dieser habe erklärt, es vortragen zu wollen, aber seine Verwunderung über solche Eile ausgesprochen. Er habe sich auf des Kf. Order, abzureisen, wenn er die ihm aufgetragene Kommission verrichtet haben würde, berufen. Kf. erneuert darauf (d. Potsdam 3./13. Oktober 1683) diese Order und weist ihn an, wenn er zu der Abschiedsaudienz nicht sollte gelangen können, sich durch ein Memorial bei dem Staat zu verabschieden und darauf sofort abzureisen.

[2]) S. Sylvius II C, S. 89,; d'Avaux, Négotiations I, S. 160ff.; Urk. u. Akt. III, S. 752.

[3]) S. Urk. u. Akt. III, S. 760 f.

[4]) Die Rekreditive der Generalstaaten und des Prinzen von Oranien für v. Ruck sind am 22. und 24. Oktober 1683 ausgestellt.

P. Fuchs an den Kurfürsten. D. Cleve 25. Februar [7. März] st. v. 1684.

[Einrichtung seiner Reise, Schwierigkeit der Geheimhaltung.]

Dem Reskript des Kf. vom 10./20. Februar zufolge wird er[1]) seine Reise 7. März
ändern und zuerst nach Amsterdam gehen, den Rechenmeister Gex aber nach dem Haag schicken, um die etwa dort für ihn angekommenen Briefe abzuholen und ihm nach Amsterdam zu bringen. Da schon im Haag bekannt geworden ist, daß er dahinkommen wird, so beauftragt er Gex, denen, die nach ihm fragen werden, zu sagen, daß er der ostfriesischen Sachen halber zuerst nach Amsterdam, wohin er einige aus Ostfriesland verschrieben habe, gehen werde, denn daß seine Reise dorthin unvermerkt geschehen könnte, ist ganz unmöglich. Er wird dort weiteren Befehl abwarten, ob er weiter nach dem Haag reisen solle[2]).

Gewiß ist es, gnädigster Herr, daß ich wohl bei dem Prinz von Oranien und dem Rathpensionar Fagel daselbst schlecht werde angesehen sein, denn ob ich gleich aufs äußerste bemüht sein werde, daß sie von meinen Commissionen in Amsterdam nichts erfahren, so ist doch bekannt, wie wenig das Secretum in den Republiquen beobachtet wird, und wird ihnen meine Reise allein, wenn sie sonst nichts erfahren, viel Ombrage geben. —

P. Fuchs an den Kurfürsten. D. Amsterdam 5./15. März 1684.

[Verhandlungen mit Beuningen. Uneinigkeit in den Niederlanden.]

Er ist Sonntag [12. März] hier angekommen, hat am folgenden Tage Beu- 15. März
ningen[3]) besucht und ihm das, was Kf. ihm aufgetragen, mitgeteilt, sowie die Schreiben des Kf. an ihn und an den Magistrat übergeben. B. versprach ihm, am nächsten Tage die Antwort desselben zu überbringen, war sehr einverstanden damit, daß er keine öffentliche Audienz gesucht habe, und erklärte, wegen der ihnen angedrohten Extremitäten hätten sie keine Besorgnis, da sie in der Stadt einig wären, alle detestierten den Krieg und würden dazu noch mehr animiert werden, wenn sie vernehmen würden, daß Kf. so beständig ebendieselben sentiments führte. Wenn sie, die Stadt Amsterdam, nicht auf die Erhaltung des Staates Rücksicht nähmen, wollten sie schon Mittel finden, sich zu rächen, aber sie wüßten wohl, daß eine innerliche Kollision zumal jetzt dem Staat und folglich

[1]) S. über diese Sendung Fuchs' Pufendorf XVIII, § 116–119 (S. 1492 ff.); Urk. u. Akt. XIX, S. 866 ff.; v. Salpius, Paul von Fuchs, S. 49 ff.; d'Avaux, Négotiations I, S. 125 ff.

[2]) Kf. (d. Cölln 4./14. März 1684) überläßt es Fuchs' Gutfinden, nach dem Haag zu gehen oder nicht. S. d'Avaux, Négotiations I, S. 125 ff.

[3]) Über das damalige Verhalten Beuningens und der Stadt Amsterdam s. Sylvius II D, S. 9 ff.; Fruin, Prins Willem III. in zijn verhouding tot Engeland (Verspreide Geschriften V), S. 115 ff.; Müller, Wilhelm III. v. Oranien u. G. F. von Waldeck I, S. 246 f.; Blok, Gesch. der Niederlande V, S. 438 f.

auch ihnen den Garaus machen könnte, und sie müßten daher viel verschmerzen. Der Prinz von Oranien hätte zu der Animosität gegen sie gar keine Ursache, denn sie hätten nur danach getrachtet, als sie gesehen, daß er durch die démarches zum Kriege sich und den Staat ins Verderben stürzen wollte, ihn auch wider seinen Willen zu retten. Der Prinz ließe sich von den Spaniern betrügen und von Schmeichlern, die ihm vorstellten, daß sein Genie allein kapabel wäre, des mächtigsten Königs Desseins zu hintertreiben, er hätte mehr Ambition, Eigensinn und Selbstbewußtsein, als gut wäre. Früher hätte er großes Vertrauen zu ihm (B.) gehabt, als er aber gemerkt, daß er (B.) von den Sentimenten des Friedens nicht abzubringen sei, habe er auf eine rüde Art mit ihm gebrochen und ihn gar indigne traktiert. Der Prinz habe sehr übel getan, daß er wegen dieser Werbung seine Autorität engagiert habe, denn nebst Amsterdam werde auch Friesland, wie auch Stadt- und Omlanden Gröningen nie in dieselbe willigen, selbst Middelburg, wo er doch früher als souverain gewesen, habe er nicht dazu bewegen können. Die Querelle, die man jetzt der Stadt Amsterdam mache[1]), sei ganz unbillig, denn ihre Deputierten hätten nicht heimlich, sondern mit Vorwissen des Pensionarius mit dem französischen Gesandten gesprochen und hätten das gleiche Recht, mit demselben in Friedenszeit umzugehen, wie die Gegenpartei, die Tag und Nacht mit den kaiserlichen und spanischen Ministern konferierte. Man suchte sie nur einzuschüchtern, aber es wären hier Leute, die Herz und Courage hätten und sich durch keinen blauen Dunst schrecken ließen. Nichts wäre konträrer als die Maximen Frankreichs und dieser Stadt, aber es wäre nun nichts gemeiner als alle die für französisch gesinnt und corrumpiert auszuschreien, die sich nicht in einen unzeitigen verderblichen Krieg einlassen wollten. Der Prinz mache sich durch seine unüberwindliche opiniatreté überall, auch bei seinen nächsten Blutsverwandten, die es allein mit ihm wohl meinten, verhaßt. Von dem jetzigen Kongreß im Haag[2]) meinte B., man müsse staunen, daß einige wenige Reichsstände sich dort herausnähmen, de fatis imperii zu disponieren, das dort aufgestellte Projekt sei, soweit es sich auf den Frieden zwischen Frankreich und Spanien beziehe, nicht unbillig, die Bedingungen aber, die es für den Frieden mit dem Reich enthielte, seien ridicül und für Frankreich unannehmbar.

Ich habe aus allem genug gemerket, daß die Uneinigkeit und das Mißtrauen im Staat sowohl bei der Generalität als der Provinz Holland aufs höchste kommen und leichtlich viel böse und gefährliche Dinge nach sich ziehen dürfte. Zwar hält ein Schwert das andere in der Scheide und dürfte es nicht leicht zur öffentlichen Ruptur und Collision kommen, aber ein jedes Teil suchet sich zu fortificieren und ist gewiß keine innerliche Einigkeit zu hoffen, es sei denn durch die Befestigung eines Friedens oder Stillestands. —

[1]) S. d'Avaux, Négotiations I, S. 123 f.
[2]) S. Urk. u. Akt. XIX, S. 778, 828.

P. Fuchs an den Kurfürsten. D. Haag 8./18. März 1684.

[Die Zustände in den Niederlanden. Das neue Friedensprojekt.]

Er ist hier vor drei Tagen angekommen und hat mit dem Prinzen von Oranien, 18. März
Fagel, dem französischen Gesandten, dem englischen Envoyé Chudley, dem Fürsten von Waldeck, dem kaiserlichen Residenten Crampricht und dem lüneburgischen Envoyé Witzendorff ausführlich geredet. Obwohl von einem starken Katarrh befallen, berichtet er doch vorläufig von allem, wie es hier steht:

1. Der gegenwärtige Zustand der vereinigten Provinzen ist höchst verwirrt und gefährlich.

2. Zwei Hauptparteien stehen einander gegenüber, auf der einen Seite der Prinz von Oranien, die Provinz Holland außer Amsterdam und die Provinzen Geldern, Overyssel, Utrecht und Seeland außer Middelburg.

3. Der Prätext dieser Dissension ist von der Werbung der 16 000 Mann genommen, indem die ersten dieselbe konsentiert, die anderen dagegen protestiert haben, in effectu aber laufen sehr viel passiones mit unter, die Jalousien der übrigen Städte in Holland wider Amsterdam, die Feindschaft zwischen dem Prinzen von Oranien und dem Rathspensionarius Fagel einer- und Beuningen andererseits, welche irremediabel zu sein scheint, ferner die Jalousie und Feindschaft zwischen dem Prinzen von Oranien und dem Fürsten von Nassau. Waldeck führte unter anderen Ursachen, weshalb Kf. sich mit dem Staat zu setzen hätte, an, Kf. hätte besonderes Interesse, mit dem Staat vereinigt zu sein, weil seine Kinder héritiers présomptifs des Prinzen seien und es nur bei diesem stände, daß einer derselben in der Statthalterschaft dieser Provinzen sukzedierte.

Hierbei hat er, Fuchs, Gelegenheit genommen zu gedenken, daß einige Zeit her und insonderheit bei seiner Abreise von Berlin die Rede gegangen, als wenn der Prinz von Oranien dem altväterlichen Testament zuwider ein ander Testament gemacht hätte oder machen und darin den Prinzen von Nassau zum Erben instituieren wolle, was W. aber auf das entschiedenste bestritt.

4. Zwischen der Stadt Gröningen und den Omlanden ist ein neuer Streit ausgebrochen, wodurch die Stimme dieser Provinz inutil gemacht wird.

5. Der Ratspensionar Fagel hat vor einigen Tagen bei der Provinz Holland und Westfriesland proponiert [1]), man möchte noch einige Völker zur Defendierung der spanischen Niederlande senden, wozu aber sechs Städte dieser Provinz, welche sonst die Werbung der 16 000 Mann konsentiert, nicht stimmen wollen, weshalb Beuningen gemeint hätte, es würde nicht sukzedieren, aber am Tage seiner Ankunft im Haag ist auch dieser Punkt von der Provinz Holland, ausgenommen Amsterdam, und vorgestern auch von den Generalstaaten angenommen worden.

6. Diese Resolution hat die Verwirrung im Staat noch mehr vergrößert.

7. Der Prinz von Oranien ist in der letzten Nacht nach Seeland gereist, um auch Middelburg zur Werbung und anderen Resolutionen, welche von den übrigen Provinzen genommen sind, zu bestimmen.

[1]) S. d'Avaux, Negotiations I, S. 120.

8. Bei diesem üblen Zustande und der Gefahr von außen sind die guten Patrioten in großer Bekümmernis und fürchten gar den Untergang der Republik, da es nur bei Frankreich stehe, sich dieser Okkasion zu prävalieren und sich nicht allein der spanischen Niederlande zu bemächtigen, sondern auch gar ins Herz dieses Staats einzudringen.

9. Jedermann erwartet mit Verlangen, was für Sukzeß beigehendes nach England geschicktes Projekt[1]) haben wird. Graf d'Avaux meint, wenn man auch wirklich zur Handlung wegen der zwischen Frankreich und Spanien gezogenen Linie kommen sollte, würde der König doch darum Difficultäten finden, weil der Vorschlag von den sogenannten Assoziierten herkomme, die immer neue Schwierigkeiten machen würden. Er hat jedoch gemerkt, daß d'Avaux selbst bei diesem jetzigen Zustand embarassiert ist, und daß Frankreich nicht alles tun wird, was es wohl könnte, um nicht den König von England zu verlieren und durch weitere Progressen sich noch mehr Feinde zu machen.

Er hat denen, welche das Projekt hier verfaßt, im Namen des Kf. ihren Unfug, betreffend das, was von den Konditionen wegen des Reichs darin enthalten, vorgestellt, daß zwei oder drei Reichsstände sich anmaßten, ohne Vollmacht vom Reich dergleichen das ganze Reich angehende Propositionen zu tun. Sie antworteten, der Kaiser hätte eine solche Proposition zu Regensburg tun lassen, und es hätte nicht die Meinung, hier darauf zu schließen, sondern es wieder nach Regensburg zurückzuschicken.

P. Fuchs an den Kurfürsten. D. Haag 9./19. März 1684.

[Seine Gespräche mit dem Prinzen von Oranien, d'Avaux, Fagel, Waldeck, Crampricht, Witzendorf und Chudley.]

19 März Er ist vorgestern abend hier angekommen und hat gestern bei dem Prinzen von Oranien Audienz gehabt. Da er von dem Sekretar Gechs erfahren hatte, daß seine Reise nach Amsterdam den Prinzen und den Ratspensionar sehr alarmiert habe, so hat er seinem Vortrag hinzugefügt, Kf. hätte das jetzige Mißverständnis zwischen einigen Gliedern des Staates sehr ungern vernommen und ihm daher befohlen, sich in Amsterdam nach dem Zustand der Dinge zu erkundigen und zu sehen, ob Kf. nicht durch gute officia zur Rekonziliation beitragen könnte. Er hätte Benningen gesprochen, dieser hätte die Notwendigkeit einer solchen Rekonziliation wohl begriffen und versichert, daß die Stadt sich zu einer solchen gern verstehen werde, wenn man sie nur nicht in ihren Rechten und Privilegien kränkte und Dinge von ihr begehrte, die zum Kriege führen könnten, ihm selbst fiele es sehr schwer, bei dem Prinzen in Ungnade zu stehen, und (das hat er wirklich gesagt) er wollte sich lieber aller seiner publiken Funktionen abtun. Der Prinz antwortete, er sei dem Kf. sehr dankbar dafür, daß er ihm über den jetzigen Zustand der Dinge so beweglich zugeschrieben und habe zusprechen lassen. Er verlangte keineswegs den Krieg, aber der Staat könnte die spanischen Niederlande,

[1]) S. ebendas. S. 116 ff.; Urk. u. Akt. III, S. 768 f., XIX, S. 502.

seine Vormauer, nicht verlassen, die von Frankreich geforderten conditiones seien so beschaffen, daß es sich derselben, wenn es nur wollte, bemächtigen könnte. Spanien und dessen Alliierte könnten nicht dulden, daß Frankreich das, was es nach dem Nimwegischen Frieden im Luxemburgischen okkupiert hätte, behielte, denn so könnte es die Festung Luxemburg durch Abschneiden der Kommunikation und der Lebensmittel ohne Schwertschlag zur Übergabe zwingen. Luxemburg aber wäre der Ort, durch den sowohl die spanischen als die Vereinigten Niederlande mit dem Reich von oben her kommunizieren und Hilfe haben könnten. Das hier gemachte Projekt zum Stillstand sei so raisonnabel und billig wie nur möglich, in ihm würde nur die Restituierung eines Stückes platten Landes gefordert. Wenn es Frankreich mit dem Frieden ernst wäre, dann würde es diese Bedingungen nicht ausschlagen. Bei Kf. allein stehe es, dem Werk einen glücklichen Ausschlag zu geben, denn Frankreich fundiere sich jetzt bei seiner Härtigkeit mehr auf das appuy von Dänemark und Kf. als auf seine große Macht. Dänemark könnte ohne Kf. nichts vornehmen, wenn Kf. aber die ihm von Gott gegebene große Macht recht anwenden wollte, so würde man den Frieden sofort haben können. Wenn die Niederlande zugrunde gingen, werde Kf. ebensowenig seine Rechnung finden wie Schweden, Bayern und Hannover, die früher mit Frankreich enger, als Kf. es sein könnte, verbunden gewesen wären. Zu allen seinen Remonen hätte Frankreich nicht das geringste Recht, dessen Maximen zu einer Universalmonarchie oder wenigstens einem souveränen arbitrio lägen klar am Tage. Er wüßte wohl, daß die Macht, die man Frankreich entgegenstellen könnte, mit der französischen nicht zu vergleichen sei, und daß der Staat und dessen Alliierten nur Unglück und Schaden zu erwarten hätten, aber sie könnten auf ihre gerechte Sache vertrauen, und jedenfalls sei es besser, mit Ehren zu sterben, als mit Schande zu leben. Eins schmerzte ihn besonders, daß Kf. jetzt mehr der Stadt Amsterdam, die sich einen Ruhm daraus machte, ihm in allem zu opponieren, als ihm geneigt zu sein scheine. Es stände dahin, was für ein Ende diese innerlichen Wirren haben würden, aber wenn man auch mit Amsterdam wieder auf den rechten Weg kommen sollte, so wollte er doch nie mit Beuningen, der ihn zum höchsten beleidigt hätte, etwas zu schaffen haben.

Er hat geantwortet, auch Kf. erkenne sehr wohl, wie gefährlich es sein würde, wenn die Macht Frankreichs noch größer werden sollte, und alles, was er täte, ginge dahin, dieses zu verhindern, aber er sei überzeugt, daß die gewaltsamen Mittel, welche die Assoziierten zu präferieren schienen, der ganzen Christenheit fatal sein würden und kein anderes Fundament hätten, als die Desperation, wodurch man alle heilsame raisonnements ausschlösse. Das einzige praktikable Mittel sei ein Traktat entweder zum Frieden oder zum Stillstand, die Hoffnungen, die man sich hier auf Hilfe aus Deutschland machte, seien chimärisch. Man möchte nicht etwa denken, daß Kf. seine Ansicht ändern werde. Das nach England übersandte Projekt anbetreffend, so schmerzte es Kf. sehr, daß zwei oder drei seiner Mitstände sich herausnehmen wollten, in Dingen, die das Wohl oder Wehe des Reiches anginge, eigenmächtig zu prozedieren, das könnte nur zu noch größeren Kollusionen ausschlagen. Bei seiner Reise nach Amsterdam habe Kf. nur die gute Absicht gehabt, zu versuchen, ob er nicht durch gute officia zur Einigkeit beitragen könnte.

Es wurde zwar noch weiter von einem und andern in publicis diskurriert, doch blieb der Prinz bei seiner Meinung und suchte sie, so gut er konnte, zu begründen. Zuletzt erkundigte er sich sehr genau nach der Gesundheit des Kf. und seiner Familie und bezeugte große Affektion gegen denselben.

An demselben Abend hat er noch d'Avaux[1]) besucht und ihm alles vertraulich kommuniziert, auch am folgenden Tage haben sie sich gegenseitig besucht, er hat ihm von allem, was Fagel, Waldeck und andere ministri mit ihm geredet, Mitteilung gemacht und er hofft, daß er mit ihm zufrieden sein wird. Mit seiner Meinung, daß der König von Frankreich besser tun werde, keine weitere Progressen mit den Waffen zu machen, sondern in den Niederlanden noch ferner stillzustehen und die Traktaten fortzusetzen, da sonst Amsterdam, Friesland und Gröningen gezwungen werden würden, sich wieder mit den anderen zu vereinigen und am Kriege teilzunehmen, war d'Avaux ganz einverstanden, er sagte, er hätte es in vier Relationen seinem König beweglich vorgestellt und wollte es auch noch in einer fünften tun. In der Tat ist sehr zu wünschen, daß dieses geschehe, da sonst nicht nur die spanischen, sondern auch die Vereinigten Niederlande in höchster Gefahr stehen. Er stellt es dem Kf. anheim, ob er deswegen an Spanheim schreiben und mit Rébenac reden lassen will, bei d'Avaux hat er gemerkt, daß solche Instanzen des Kf. nicht eben unangenehm sein würden.

Was er mit Fagel, dem Fürsten von Waldeck, Crampricht und dem lüneburgischen Gesandten v. Witzendorf geredet, kam in der Hauptsache auf dasselbe heraus, was der Prinz von Oranien geredet hatte, nur daß Witzendorf etwas glimpflicher sich ausdrückte.

Fagel war bei der ersten Visite ziemlich heftig, er sagte, sie hätten früher ihre beste Hoffnung auf Kf. propter commune interesse religionis et libertatis gesetzt, jetzt aber wüßten sie gar nicht, woran sie wären, nachdem der französische Gesandte öffentlich gesagt hätte, zwischen Dänemark, K. Cöln und Kf. sei ein Traktat geschlossen, denjenigen anzugreifen, der ihnen Hilfe schicken würde. Die Spanier gingen wieder mit desperaten Gedanken um, sich der Niederlande quovis modo zu entschlagen, die Landseite gegen ein Äquivalent in Catalonien an Frankreich zu übergeben, mit der Wasserseite aber sich unter englische Protektion zu begeben. Er könnte auch nicht begreifen, daß Kf. Amsterdam, das den Nimwegischen Frieden gemacht und immer dem Interesse des Kf. entgegen gewesen, karessierte. Er hat ihm in ähnlicher Weise wie dem Prinzen geantwortet, bei zwei weiteren Besuchen hat er ihn sanftmütiger gefunden.

Auch der Fürst von Waldeck ließ das Il faut mourir avec gloire sehr hoch klingen und führte besonders an, daß Kf. besonderes Interesse hätte, sich des Projekts anzunehmen, da das, was Frankreich im Luxemburgischen restituieren sollte, die Grafschaften Vianden und Diest, dem Prinzen von Oranien gehörte und also einst ihm oder seinen Nachkommen zufallen müßte. Zuletzt sagte er, er hätte vernommen, daß Kf. auf ihn einige Reflexion wegen der Statthalterschaft in Preußen gemacht hätte, er wäre Kf. dafür sehr verbunden und nach seinem génie

[1]) S. d'Avaux, Négotiations II, S. 127 f.

hätte für ihn nichts erwünschter sein können, aber er gebe zu bedenken, was man von ihm sagen würde, wenn er jetzt sein hiesiges employ quittierte.

Crampricht und Witzendorf kamen einer kurz nach dem anderen zu ihm. Nachdem er ihnen die Gefahr, in die sie das Reich durch ihre Konduite verwickelten, geschildert hatte, antwortete Crampricht ebenso wie die vorigen, brach aber daneben in die Worte aus, man könne sich nicht genug verwundern, daß Kf., der bisher die Schutzsäule von Deutschland gewesen wäre, jetzt mehr für das französische als das Interesse des Reichs sprechen und handeln ließe, es müsse dieses eine sonderliche von Gott verhängte Verblendung sein. Er hat ihm erwidert, man könnte sich nicht genug verwundern, daß die, welche die Erhaltung des Reichs beschworen hätten, sich nicht entblödeten, um auswärtiger Interessen willen das Reich der äußersten Gefahr, ja seinem gänzlichen Untergange zu exponieren, jeder Unpassionierte werde urteilen können, wer ein besserer Patriot sei, Kf., der das Reich in seiner jetzigen Konsistenz erhalten und sichern, oder diejenigen, welche durch chimärische Anschläge und desperate Mittel es über den Haufen zu werfen und, was noch übrig, zu verlieren suchten. Als Cr. merkte, daß er kommoviert war, begann er gemächlicher zu sprechen und sich zu exkusieren, daß er es so nicht gemeint hätte, und bei seiner Revisite sprach er mit überaus großem Respekt von Kf.

Den Baron v. Görtz, der hier wegen der Sachsen-Weimar- und Gothaschen Häuser ist, hat er nicht zu sprechen gesucht, da ihm lächerlich gedeucht, daß dessen Prinzipalen sich in solche weitausgehende Sachen, wobei sie doch so wenig interessiert sind, mischten. Der englische Gesandte Chudley hat ihm im Haag viel Höflichkeit und Konfidenz erwiesen, er hat demselben auch alles kommuniziert und von ihm gemerkt, daß es in England angenehm sein würde, wenn Kf. jemand dorthin abschicken wollte, denn er exkusierte das, was mit Falaiseau[1]) vorgegangen, sorgfältig. Auch hier hat man ihm viel Ehre und Zivilität erwiesen. Er hofft, daß, wenn er auch des Kf. Intention nicht völlig erreicht hat, doch seine kurze Anwesenheit hier nicht fruchtlos sein wird. Er gedenkt heute noch nach Amsterdam zu gehen und Beuningen die nötigen Mitteilungen zu machen, dann aber sogleich seine Reise fortzusetzen.

P. Fuchs an den Kurfürsten. D. Amsterdam 10./20. März 1684.

[Günstige Erklärungen des Prinzen von Oranien und Fagels.]

Der Prinz von Oranien hat, als er von ihm Abschied nahm, hoch beteuert, 20. März
daß er nichts mehr verlangte, als dem Kf. zu Dienst zu leben. Fagel hat er die Prätensionen des Kf. an den Staat eifrigst rekommendiert. Derselbe sagte, wegen des Wappens von Brandenburg, er wollte sich bemühen, es auf 30 000 Rtlr. zu bringen, wenn man sicher sein könnte, daß die Brandenburger hinfort nicht auf

[1]) S. unten Abschn. IV.

die holländische Küste kämen, und er schlug vor, daß zu Verhütung künftigen Streites gewisse Grenzen festgestellt würden. Er versprach schließlich, mit der Kompagnie zu reden, alles specifice designieren zu lassen und es Amerongen zuzuschicken.

P. Fuchs an den Kurfürsten. D. Cöln a. Rhein 18./28. März 1684.

[Widerlegung der von d'Avaux über sein Verhalten erstatteten ungünstigen Berichte.]

28. März Er hat sich eifrig bemüht, die französischen Minister überall durch seine Konduite zufriedenzustellen, man ist auch, wie beiliegende Briefe Spanheims zeigen, am französischen Hofe mit derselben sehr zufrieden. Besonders hat er dieses d'Avaux gegenüber getan. Es hat ihn daher sehr verwundert, daß dieser viele ungleiche Dinge von ihm überschrieben hat [1]), er habe zu Amsterdam bei dem Kommissar Romswinckel, der für gut spanisch gehalten wird, gewohnt, der ihn präokkupiert und seine secreta ausgeforscht haben werde, während er doch dort im Herrenlogement logiert hat. Ferner hat d'Avaux von ihm berichtet, er habe beim Prinzen von Oranien und dem Ratspensionar und nicht beim Staat ein schriftliches Memorial übergeben, woher jene von seinem Anbringen solchen Rapport an den Staat hätten tun können, wie sie wollten. Er hätte auch nicht ausdrücklich gesagt, daß Kf., wenn der Staat mit Frankreich in Krieg geraten sollte, gezwungen sein werde, nebst den Alliierten auch mit dem Staat Krieg anzufangen. Ferner hätte Fagel in der Versammlung rapportiert, er hätte das Projekt approbiert und übernommen, es dem Kf. zu rekommendieren. Das erste braucht er nicht zu justifizieren, da er an den Staat kein Kreditiv und keinen Befehl gehabt hat, bei diesem Audienz zu nehmen und ein schriftliches Memorial zu übergeben. Zu dem zweiten hat er ebenfalls keine Order gehabt, und als Tambonneau von ihm begehrte, es bei Kf. dahin zu bringen, daß Diest auf solche Weise zu sprechen instruiert werde, hat er erklärt, daß dabei großes Bedenken wäre und er auch sehr zweifelte, ob es im französischen Interesse sein würde, da dann Amsterdam, Friesland und Gröningen sich mit den anderen würden setzen müssen, um der gemeinen Gefahr entgegenzugehen. Er hat nicht nur dem Prinzen, Fagel und den übrigen ministris der Gegenpartei alles, was Kf. ihm in instructione gegeben, gesagt, sondern noch hinzugefügt, daß sie sich nicht ferner mit der Hoffnung, als ob Kf. seine Meinung ändern würde, flattieren möchten. Sollte ferner Fagel wirklich einen solchen Rapport getan haben, so hat er es getan, um seine Partei zu animieren und ihnen einen blauen Dunst zu machen, denn ihm ist solches zu reden nicht in den Sinn gekommen. Er hat eine Abschrift dieses Schreibens an Spanheim geschickt.

Der Kurfürst an Fuchs. D. Cölln 18./28. März 1684. (Conc. Meinders.)

[Vorläufiger Aufschub der beabsichtigten Repressalien.]

Er hatte eigentlich, da er wegen des ihm von der westindischen Kompagnie weggenommenen Schiffes von dem Staat keine Satisfaktion hat erlangen können, beschlossen, sich diese selbst zu verschaffen. Da er aber aus seiner Relation vom 10./20. März erfahren hat, wie der Prinz von Oranien sich deswegen erklärt und was für Offerten derselbe wegen einer Grenzscheidung auf der afrikanischen Küste gemacht hat und er so Hoffnung hat, ohne solche Verdrießlichkeit aus der Sache zu kommen, so hat er die schon gestellte Order wegen der Repressalien wieder suspendiert. Er wird erwarten, was Amerongen bei seiner Rückkehr von dort ihm deshalb überbringen wird, und hat auch Diest instruiert, bei seiner Rückkehr nach dem Haag diese Sache vollends zu ajustieren. 28. März

---

P. Fuchs an den Kurfürsten. D. Cleve 27. März/6. April 1684.

[Weitere Verhandlungen in Amsterdam. Günstige Stimmung in den Niederlanden.]

Er hat sich nach seiner Ankunft in Amsterdam sogleich zu Benningen begeben, wo er auch Sevenaer und den Pensionarius Hopp fand. Sie sagten ihm, sie wüßten wohl, daß man sich bemüht, bei d'Avaux und auch bei ihnen Diffidenz gegen ihn zu erregen, daß sie aber vollkommenes Vertrauen zu ihm hätten. B. erzählte darauf, daß der Prinz und der Ratspensionar mit vollem Lauf zum Kriege eilten, und daß, um dieses zu erreichen, die leges fundamentales der Provinzen und die Grundsäule des Staates, die Union, über den Haufen geworfen würden, daß dieses aber die Provinzen schwierig machte, und daß dieselben gewiß ihre bisherigen resolutiones ändern würden, wie dieses Overyssel schon getan hätte, und daß Amsterdam sich nicht länger so wie bisher traktieren lassen, sondern ehestens eine vigoureuse Resolution fassen werde. Ihre einzige Sorge sei, daß Frankreich bei diesen Troubles etwas Hauptsächliches in den Niederlanden unternehmen möchte, sie setzten aber ihr Vertrauen auf Kf., der sich so rühmlich um Erhaltung des Friedens bemühte. Seine eigene Angelegenheit betreffend, sagte B., es wären klare Beweise da, daß man[1]) ihn habe ermorden oder enlevieren wollen, weshalb er sich auch noch zu Hause hielte und eine Wache vor der Tür hätte. Er hat sie noehmals versichert, daß Kf. die Konservation des Staats und besonders der Stadt Amsterdam sich ebenso wie seine eigene angelegen sein ließe, sie möchten nur in der Konformität der sentiments mit ihm und der Inklination zum Frieden verbleiben und nicht fürchten, was deshalb über sie kommen könnte, Kf. würde sie schon schützen, er bemühte sich auch auf das äußerste, Frankreich von Extremitäten abzuhalten. 6. April

[1]) F. hatte schon in einem PS. zu der Relation vom 10./20. März berichtet, was ihm Benningen über ein gegen ihn versuchtes Attentat erzählt hatte. S. darüber Sylvius III D, S. 118.

Sevenaer hat ihm anvertraut, daß sowohl der Fürst von Nassau als auch die Provinzen Friesland und Gröningen über seine Mitteilungen sehr erfreut wären, daß nur aus Rücksicht auf Kf. die Stadt Gröningen sich mit den Ommelanden verglichen hätte, daß sie fest bei ihrer Meinung verbleiben würden und, um ein wirkliches Ressentiment wegen des üblen Traktaments, das sie im Haag erlitten, zu bezeigen, ihre in den Diensten des Staats stehenden Truppen zurückrufen und erklären würden, daß sie, wenn man nicht den Frieden oder Stillstand mit Frankreich auf die von dieser Krone proponierte Alternative schließen wollte, zusammen mit Amsterdam mit Frankreich traktieren wollten, womit Amsterdam ohne Zweifel einig ist, daß man ferner beschlossen habe, die alten Kompagnien mit 16 Mann zu rekrutieren, diese Rekruten aber im Lande zu behalten, damit man keine surprise zu befürchten hätte.

Sevenaer hat ihn am Abend noch besucht, ihm berichtet, daß auch die anderen Bürgermeister mit dem, was bei Beuningen geredet worden, sehr zufrieden wären, und mitgeteilt, daß auch Overyssel sich zu ihnen schlagen wolle, und daß Amsterdam beschlossen habe, morgen die vroetschap zu versammeln und vigoureuse Resolutionen zu fassen.

Er hat aus allem gemerkt, daß Kf. in großer Konsideration bei den meisten Provinzen steht, daß eine Provinz nach der anderen auf andere Gedanken kommt, besonders Geldern und Utrecht, und daß der Prinz von Oranien und ebenso Fagel alle Tage mehr verhaßt werden, besonders bei der populace. Er kann nicht alles schreiben, hofft aber, bald dem Kf. Näheres mündlich berichten zu können.

Instruction, wornach sich unser — Friederich Wilhelm von Diest bei denen ihm aufgetragenen Verrichtungen in Holland ferner zu achten. D. Lehnin 24. April/[4. Mai] 1684. (Conc. v. Fuchs' Hand.)

[Mahnung zur Annahme der französischen Vorschläge, Anerbieten zur Vermittlung in den inneren Streitigkeiten, Fortsetzung der Verhandlungen mit Amsterdam und dem Fürsten von Nassau.]

4. Mai Er soll sich nach dem Haag begeben und, wenn er bei den Generalstaaten Audienz erhalten sollte, oder in einer Konferenz mitteilen, Kf. ersuchte sie nochmals, durch schleunige Annahme der von Frankreich getanen Propositionen das Vaterland vom gänzlichen Untergang zu erretten, und biete auch zur Uebung der innerlichen Division und Wiederbringung eines guten Vernehmens und der Einigkeit seine wohlgemeinten officia an.

Bei dem Prinzen von Oranien hat er nicht nur obiges, besonders wegen der innerlichen Dissension, sondern auch das vorzustellen, was Fuchs[1]) in commissis gehabt hat. Ähnliche Vorstellungen hat er auch Fagel und anderen Gliedern des Staats zu machen, er hat sich auch nach Amsterdam zu begeben, mit Beu-

[1]) S. oben S. 70 ff.

ningen die zwischen Fuchs und demselben begonnene Vertraulichkeit fortzusetzen und die Stadt zu versichern, daß Kf. bei den durch Fuchs gemachten Anerbietungen beständig verbleiben und sich ihrer Wohlfahrt annehmen wollte. Auch mit Sevenaer hat er zu sprechen und, wenn dieser und Beuningen es gutfinden sollten, sich nach Friesland zu dem Prinzen von Nassau zu begeben [1]). Im übrigen hat er weiter auf Satisfaktion wegen der Prätentionen des Kf. zu dringen [2]).

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 25. 15. Mai 1684.

[Verzögerung der Beschlußfassung über die Vorschläge d'Avaux'. Vergebliche Bemühungen bei dem Prinzen von Oranien und Fagel. Mitteilungen Hopps.]

Er ist gestern hier angekommen, hat sich sofort nach dem Stande der Dinge erkundigt und erfahren, daß [3]) zwar bei der Abreise des Prinzen nach Vilvorden man nicht gezweifelt hätte, daß die von Frankreich durch d'Avaux gestellten Bedingungen angenommen werden würden, zumal da K. Cöln gar starke und fast drohende instances getan und die Friesen und Gröninger auf Revokation ihrer Truppen bestanden und ihre Neigung zum Frieden sehr deutlich kundgegeben hatten. Gegen diese gute Disposition der Staaten von Holland aber ist von den spanischen Ministern und denen ihrer Alliierten kräftig gearbeitet worden, auch Fagel hat den Staaten von Holland vorgestellt, daß es viel rühmlicher und avantageuser sein würde, auf das französische Memorial keine Resolution zu erteilen, und auf diese Weise ist es dahin gebracht worden, daß von elf Städten, welche schon zu Annahme der Proposition d'Avaux' sich entschlossen hatten, einige die Sache näher ad referendum genommen haben und so die ganze Resolution ins Stocken geraten ist. 25. Mai

Er hat gestern bei dem Prinzen von Oranien Audienz und heute mit Fagel eine lange Konferenz gehabt, glaubt aber nicht, daß mit allen Remonstrationen etwas auszurichten sein wird, sie bezeugen vielmehr öffentlich, daß sie zu solchen consiliis nimmer konkurrieren wollen.

PS. 17./27. Mai. Der Pensionarius Hopp von Amsterdam ist bei ihm gewesen und hat ihm sehr vertrauliche Mitteilungen gemacht, nach denen er sich bei der gestrigen Konferenz mit dem Staat hat regulieren können. Auch der Sohn Sevenaers ist bei ihm gewesen und hat ihm mitgeteilt, daß sein Vater ihn vor seiner Abreise nach Friesland in Amsterdam erwarte, er wird sich daher noch diese Nacht dorthin verfügen. 27. Mai

[1]) Kf. weist D. (d. Potsdam 2./12. Mai 1684) an, da die Provinzen Friesland und Gröningen vergeblich sich um Erhaltung des Friedens bemüht hätten und zu befürchten stehe, daß die Sache zur Weitläufigkeit ausbrechen und diese Provinzen zu der Resolution, sich mit Kf. zu iher Konservation näher zu setzen, veranlaßt werden könnten, so solle er dieses unter der Hand menagieren, zu dem Zwecke sich dorthin unter dem Vorwand von Privatangelegenheiten begeben und das Interesse des Kf. wahrnehmen.

[2]) Die Kreditive für D. sind Potsdam 5./15. Mai 1684 ausgestellt.

[3]) S. Sylvius III D, S. 22 ff., 35 ff.

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 27./17. Mai 1684.

[Konferenz mit den Deputierten der Generalstaaten. Die Beweggründe zu dem Widerstreben des Prinzen von Oranien und Fagels gegen den Frieden.]

27. Mai In der Konferenz mit dem Staat hat er ausgeführt, in was für einem desperaten Zustande die Sachen stehen würden, wenn Luxemburg, ehe man deswegen mit Frankreich eine Konvention gemacht, zur Übergabe gezwungen werden würde, er hat ihnen auch par détail auseinandergesetzt, daß sie aus Deutschland keinen Sukkurs zu erwarten hätten, er hat dann das interesse religionis angeführt und ihnen vorgestellt, daß sie nicht nur die Religion und Freiheit ihrer Provinzen, sondern die von ganz Europa hazardierten, doch hat man ihm nur generalia geantwortet und alles ad referendum genommen, er hat darauf ein schriftliches Memorial übergeben.

Die innerliche dissensiones und Animositäten, auch die von beiden Seiten herausgekommene Schriften haben zwar viele Regenten und die ganze populace (welche dadurch zum Richter über der Regenten Conduite gemachet worden) zum Frieden disponiret und einen großen Effect getan, es ist aber auch wahrhaftig, daß eben dieselbe Animosität und die dabei vorgekommene Sachen itzo den Frieden dergestalt hindern, daß S. Hoheit und der Rath Pensionarius alles, was möglich, dawider tun werden. Es hat die spanische Partei sich dieser Occasion bedienet und dem H. Pr. von Oranien so kräftig insinuirt, daß bei erfolgendem Frieden drei Sachen indispensablement geschehen würden, nämlich die Reduction der Milice und zwarn solcher Regimenter, welche am meisten an S. Hoheit attachirt wären, 2. so würde man Rechnung fordern von denen währender voriger Regierung unter Direction S. Hoheit erhobenen Contributionen, 3. so würde man Relation pretendiren wegen Bestellung und eingeführten Reglements in Gelderland, Utrecht und Overyssel und durch eine Resolution alsdann alles auf den vorigen Fuß stellen. Gleichwie nun solche Sachen S. Hoheit viel nachteiliger seind als alles Unglück, das deroselben der Krieg zubringen kann, so ist es eine Unmöglichkeit, daß einige Vorstellung gegen diese so kräftige Ursache auf des H. Pr. von Oranien Gemüt Nachtruck haben könne. Gleichmäßig ist es mit dem H. Rath Pensionario beschaffen, welcher sambt allen seinen Freunden sich durch einen Frieden und obige puncta ohne einige Hoffnung verloren und ruiniret sieht, und also lieber den Krieg als eine Sache praeferiren muß, wobei wenigstens noch einig hazard ist, umb sich und die Seinigen zu conserviren, als den Frieden, welcher seine totale ruine beibringen wird.

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 6./16. Juni 1684. Abends um 8 Uhr.

[Verhandlungen über den Waffenstillstand in den Staaten von Holland und den Generalstaaten.]

Heute ist[1]) die generale Sache mit der größten Vehemenz bei den Staaten 16. Juni
von Holland verhandelt worden, der Rathspensionarius zur einen und die Stadt Amsterdam zur andern Seite. Endlich ist eine Umbfrage geschehen und concludiert, daß man in dieser Sache per majora sollte resolvieren mögen, und ist weiter eine Umbfrage geschehen und mit 16 Stimmen concludiert worden, die von Frankreich offerierten conditiones zu acceptieren, drei vota sein in contrarium gewesen, nemblich die Ritterschaft von Holland, die Stadt Rotterdam und die Stadt Nedenblijk. Darauf hat man ordoniert dem Rhat Pensionario, zu concludieren in forma, selbiger hat es geweigert und sich auf seine Instruction berufen. Es hat ihm darauf die erste Stadt Dordrecht gesaget, es wären seine Souverains, die es ihm befehlen thäten und welche die Instruktion ihm gegeben hätten, wie er aber persistiert, hat man es durch eine neue Resolution vor geconcludiert gedeclariert und ihm befohlen, die Resolution in forma zu extendieren, dem hat er gehorsamen müssen. Darauf sein die Staaten von Holland umb zwei Uhr zum Essen gegangen umb des Nachmittags en corps zu den Staaten general zu gehen und ihre Resolution alda durchzudringen. Bei solcher Versamblung sein weder obged. drei Glieder weder der Rhat Pensionarius compariert, die Übrige sein zu den Generalstaaten eingetreten und hat der Burgermeister Suys von Dordrecht alda die vices des Pensionarii vertreten. Diese Versamblung ist noch nicht von einander, man kann aber an dem Succeß nicht zweifeln[2]).

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 1. Juli/21. Juni 1684.

[Abschluß des Vertrages mit Frankreich, Anzeige davon an die verschiedenen Gesandten.]

Verwichenen Donnerstag abend ist[3]) endlich die Konvention zwischen dem 1. Juli

[1]) D. hatte schon am 6. Juni gemeldet, daß die Nachricht vom Falle Luxemburgs eingetroffen sei, und die Hoffnung ausgesprochen, daß man jetzt die neuen sehr gemäßigten Offerten d'Avaux' annehmen werde. S. Sylvius III D, S. 110 ff.

[2]) D. berichtet 7./17. Juni 1684, bei den Generalstaaten hätten nach längerem Debattieren die drei Provinzen Holland, Friesland und Gröningen sich für Annahme der französischen Bedingungen erklärt, Utrecht nur dann, wenn dieses einstimmig beschlossen würde, Geldern, Seeland und Overyssel hätten erst noch Expresse an ihre Prinzipalen abgefertigt. Man habe darauf beschlossen, noch einmal mit den Alliierten zu konferieren und deren endliche Erklärung zu vernehmen.

[3]) S. Sylvius II, D., S. 115 f.; d'Avaux, Négotiations; Müller I, S. 239 f.; Immich, S. 116; Blok I, S. 445.

französischen Gesandten und den Deputierten dieses Staats gezeichnet worden. Gestern nachmittag haben dann die Generalstaaten die Alliierten zur Konferenz gebeten, doch erschienen nur der schwedische, der lüneburgische Gesandte und der des fränkischen Kreises, denen die Deputierten des Staats diese Konvention mitgeteilt haben. Au demselben Nachmittag wurden auch der englische Gesandte und er zur Konferenz geladen, ihnen ebenfalls die Konvention mitgeteilt und angekündigt, daß, sobald der Traktat beiderseits ratifiziert sein würde, der Staat den König von England und Kf. um Garantierung desselben ersuchen würde. Der Englische erklärte darauf, daß er Order hätte, mitzuteilen, daß sein König dieselbe prästieren würde, er hat gesagt, er zweifelte nicht daran, daß Kf. dieses ebenfalls tun würde, müßte aber des Kf. Befehl abwarten.

Kf. hat bei dieser Konvention seine Intention vollkommen erreicht, indem ihm die Hände im Norden keineswegs gebunden, vielmehr der Staat sich in Art. 9 verpflichtet hat, solange die jetzt entstandenen Differentien nicht terminiert wären, weder gegen Frankreich noch seine Alliierten Sukkurs zu senden.

Die Wohlintentionierten haben ihm besonders für des Kf. Konduite gedankt und die Hoffnung ausgesprochen, daß derselbe auch im Reich die Sache zur Akzeptation befördern und im Norden einen Vergleich herbeizuführen trachten werde [1]).

Der Kurfürst an v. Diest. D. Potsdam 14./24. Oktober 1684. (Conc. P. Fuchs.)

[Den Amsterdamer Regenten zu machende Eröffnungen.]

24. Okt. Er soll versuchen, noch einmal mit den Regenten von Amsterdam vertraulich zu reden, ihnen die Freude des Kf. über ihr Vertrauen zu ihm aussprechen, sie versichern, daß Kf. sehr bekümmert sei über die Fortdauer der innerlichen Division in den Niederlanden und über die Härtigkeit derer, welche billig alle Privatpassionen der Liebe zum Vaterlande nachsetzen sollten, er habe sie selbst genugsam erfahren, man müßte aber darum das Ruder nicht abandonnieren, sondern für die Freiheit und Erhaltung des Vaterlandes unnachlässig sorgen und vor allem verhüten, daß es zu einer öffentlichen Kollision ausschlage.

Mit den auswärtigen Allianzen [2]) möchte man sich nicht übereilen, denn die Gefahr sei noch nicht vorbei. Könnte man sich aber nicht entbrechen, eine Allianz zu machen, so müßte sie so eingerichtet werden, daß man freie Hände behielte, auf den Notfall alle weit aussehenden Desseins zu hintertreiben und sich und seine Alliierten zu retten. Kf. hoffte, daß die jetzt zwischen ihm und dem Hause Lüne-

[1]) Kf. weist (d. Potsdam 29. Juni/9. Juli 1684) D. an, den Generalstaaten zum Abschluß des Vertrages zu gratulieren und mitzuteilen, daß er wegen der Garantie, wenn er darum in geziemender Weise ersucht würde, sich zu ihrer Zufriedenheit erklären werde. D. erhält auch Befehl (d. Potsdam 8./18. Juli 1684) der Stadt Amsterdam und den Provinzen Friesland und Gröningen, doch ohne besonderes bruit, deswegen zu gratulieren.

[2]) D. hatte am 2. September berichtet, daß Fagel geäußert habe, die Staaten täten am besten, sich so gut wie möglich mit Frankreich zu setzen.

burg aufgerichtete Allianz[1]) auch dem Staat zum besten kommen würde, man werde so leicht keine Gefahr zu besorgen haben, wenn zwischen ihm, dem Staat und dem Hause Lüneburg ein gutes festes Einvernehmen begründet würde, daneben müßte man auch Dänemark menagieren und dazuzuziehen suchen. Schließlich soll er die Regenten ersuchen, in der vertraulichen Korrespondenz mit Kf. zu verbleiben.

Beuningen hat er vorzustellen, daß Kf. ebenso wie er begriffe, wie wichtig für die Ruhe in Europa es sein würde, wenn England mit dem Staat einerlei consilia führte, da er aber gemerkt, daß der englische Hof seit einiger Zeit ganz widrige Maximen geführt habe, und zu vermuten stehe, daß, wenn der König sterben und der Herzog von York zur Regierung kommen sollte, es noch viel ärger laufen dürfte, da dieser sich ohne Assistenz von Frankreich nicht maintenieren können und daher genötigt sein würde, sich in die Arme von Frankreich zu werfen, so sehe er nicht, wie vorläufig solch heilsamer Zweck zu erreichen sein würde.

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Amsterdam 4. November st. n. 1684.

[Auf das Reskript vom 14./24. Oktober. Mitteilungen der Amsterdamer Regenten.]

Er hat den hiesigen Regenten des Kf. Intention expliziert, und sie haben 4. Nov.
sich damit durchaus einverstanden erklärt. Sie sagten, sie seien zu einem Einverständnis mit Kf. und dem Hause Lüneburg sehr geneigt, es würde aber schwierig sein, ein solches zustande zu bringen, da der Prinz von Oranien und der Ratspensionar, wenn sie merkten, daß man seitens dieser Stadt dahin zielte, das gute Werk auf alle Weise zu hintertreiben suchen, andererseits Frankreich, wenn dieses davon erfahren sollte, es hindern würde, man müßte also auf expedientia ratione modi und secreti denken. Sie haben Sevenaer ersucht, nach Friesland zu reisen und die Sache dem Prinzen von Nassau vorzustellen. Die Besorgnis einiger, daß zwischen dem Hause Lüneburg und dem Prinzen von Oranien eine enge Verbindung bestehe, und daß man fürchte, dieselbe könne zum Nachteil der Freiheit dieses Staats gereichen, hat er zu beseitigen gesucht. Um die Sache geheimzuhalten, hat er vorgeschlagen, Amerongen[2]) möchte noch einige Zeit am Hofe des Kf. gelassen werden, sie meinten aber, das würde gerade bei Frankreich Verdacht erregen. Sie meinten, das Wohl und Wehe der Republik und selbst eines guten Teils von Europa hinge von der bevorstehenden Versammlung der Staaten von Holland ab, eine solche Krisis wie jetzt sei nicht in 30, ja nicht in 60 Jahren gewesen, es müßte entweder zum Akkommodement oder zu Extremitäten mit dem Prinzen von Oranien kommen, und sie klagten sehr über dessen Hartnäckigkeit und Unversöhnlichkeit; ein Aussöhnungsversuch, den auf Ersuchen dieser Stadt die Fürstin von Anhalt gemacht, sei ganz erfolglos gewesen.

[1]) S. v. Mörner, S. 460 ff.

[2]) Auch Kf. hatte gegen Amerongen, als dieser ihm seine Abberufung anzeigte, denselben Wunsch geäußert. S. Urk. u. Akt. III, S. 771.

PS. Er hat mit Beuningen auch über die englischen Angelegenheiten gesprochen, derselbe meint, allerdings werde der Herzog von York, wenn er zur Regierung käme, eine Stütze suchen müssen, es wäre daher besser, daß man ihn suchte und sein Vertrauen zu gewinnen sich bemühte, damit er dieselbe hier statt bei Frankreich zu finden suchte. Er sprach auch von der großen Gefahr, welche ganz Europa im Fall des Todes des Königs von Spanien bedrohte; wenn man England und Dänemark gewinnen könnte, wäre man Meister zur See, und auch in jenem Falle sicher, man müßte auch suchen, Schweden an der Hand zu halten.

B. klagte auch sehr über die inneren Zwistigkeiten und bat ihn, den Ratspensionar und auch den Prinzen von Oranien bei anstehender Versammlung zu sprechen und zu helfen, die collisiones zu verhüten.

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 8./18. November 1684.

[Mitteilungen des Prinzen von Oranien, Fagels und Jurieux'.]

18. Nov. Mittwoch abend ist er bei dem Prinzen von Oranien gewesen, hat ihm zu seinem Geburtstage gratuliert, ihm mitgeteilt, daß er Erlaubnis zur Reise an den Hof erhalten habe, und was Kf. ihm wegen Amerongens und der bedrängten Kirchen in Frankreich in secretissimis aufgetragen hat. Der Prinz antwortete auf das erste sehr gnädig, sagte dann, Amerongen sei auf des Kf. Begehren verstattet worden, noch eine Zeitlang zu bleiben, bis die Zusammenkunft vorbei wäre, und äußerte sich darauf de publicis Europae und de privatis oder domesticis mit mehr Offenherzigkeit als seit langer Zeit, worüber er Kf. mündlich berichten wird.

Auch den Ratspensionar hat er gestern weitläufig gesprochen und bei ihm mehr cordialité als früher gefunden. Er approbierte sehr die Zusammensetzung zwischen Kf. und dem Hause Lüneburg und meinte, eine vertraute aufrichtige Freundschaft zwischen beiden und dem Staat würde von großem Gewicht sein [1]). Er kontestierte, er wäre durchaus nicht der Meinung, daß man Frankreich chokieren, sondern vielmehr ihm an die Hand kommen sollte, so viel es mit Sicherheit geschehen könnte; diese könnte auch Frankreich niemand mißgönnen, da es selbst allerorten die Garantie des neulich gemachten Waffenstillstandes suchte. Er meinte, der Staat sollte dieselbe zugestehen, dadurch würde von Frankreich selbst Spanien und dem Reich der Weg gewiesen. Über die domestiken Sachen fand er ihn ohne Hoffnung und nicht zu einer Verständigung geneigt, obwohl er das Unglück, welches durch diese Streitigkeiten über den Staat gebracht würde, sehr beklagte.

---

[1]) Schon 7. November hatte D. berichtet, aus einem Gespräch mit Dyckfeldt habe er ersehen, daß man seitens des Prinzen von Oranien und seiner Anhänger sehr nach einer näheren Zusammensetzung mit Kf. und dem Hause Lüneburg verlange. Man meine, dieses Haus könnte in den Traktat zwischen Kf. und diesem Staat eintreten, es müßte aber ganz geheim, möglichst schnell und ohne esclat oder façon geschehen. Vgl. d'Avaux, Négotiations IV, S. 120.

Auch der Pensionarius von Amsterdam ist bei ihm gewesen und hat mit ihm weitläufig von dieser Angelegenheit gesprochen. Er wird seine Reise über Amsterdam machen, um dort noch weiteres zu erfahren.

PS. Der französische Prediger Jurieux[1]) ist abermals bei ihm gewesen und hat ihm ein Schreiben aus der Schweiz gezeigt, daß wohl alle Kantons zu der verlangten Interzession resolvieren würden, und daß man hier in secretis resolviert hätte, zwei Personen, die eine den Rhein hinauf bis nach der Schweiz, die andere zu Kf. und nach dem Norden zu schicken, um die Sache zu befördern. Den Prinzen von Oranien und den Ratspensionar hat er in solchen Sentimenten gefunden, wie Jurieux ihm neulich gesagt hatte.

Mitteilung an Amerongen s. l. et d. (Anfang Februar 1685.)

Nachdem Kf. die Nachricht erhalten, daß[2]) die Generalstaaten jüngsthin an die ostfriesischen Stände wegen einer Schuldforderung an dieselben in so harten terminis geschrieben, daß es bei einigen das Ansehen gewonnen, man gedenke seitens des Staats zu Tätlichkeiten zu schreiten, so will er zwar nicht glauben, daß es so gemeint sei, und daß die Generalstaaten etwas vornehmen werden, wodurch der Ruhestand in Ostfriesland von neuem turbiert und zu Weiterungen Anlaß gegeben werden könnte, hofft vielmehr, daß dieselben lieber bei seinem Zweck, das Land in Ruhe zu erhalten, konkurrieren als dieser Schuldforderung halber oder sonst etwas tentieren werden, wodurch derselbe gehindert und gute Freund- und Nachbarschaft gestört werden könnte, und schlägt ihnen vor, sie möchten, da er noch an den Staat ein Ansehnliches zu fordern hat, diese Forderung an die ostfriesischen Stände, wenn vorher mit ihnen ordentliche Liquidation deswegen gemacht sein wird, ihm in Abschlag seiner Forderung zedieren, wodurch die Materie zu ferneren Irrungen zwischen dem Staat und Ostfriesland wenigstens vermindert und ein völliger gütlicher Vergleich desto besser befördert werden könnte. Febr. 1685

Kf. rekommendiert Amerongen diese beiden Punkte und bittet ihn, sie so vorzustellen, daß eine gewierige Resolution darauf bald erfolgen und das gute Vernehmen mehr und mehr befestigt werden möge[3]).

---

[1]) S. über denselben Erman et Reclam, Mémoires pour servir à l'histoire des refugiés français dans les états du roi V, S. 358 ff. und ebendaselbst die Instruktion für den Anfang 1685 von dem Prinzen von Oranien an Kf. abgeschickten hugenottischen Prediger Gaultier und dessen Bericht an den Prinzen.

[2]) S. Hirsch, Der Große Kurfürst und Ostfriesland, S. 35.

[3]) Kf. schreibt (d. Potsdam 23. Januar/[2. Februar] 1685) an den Major Du Moulin, den Befehlshaber der brandenburgischen Truppen in Ostfriesland, und seinen dortigen Kommissar Freytag, falls, trotz seiner an die Generalstaaten, den Prinzen von Oranien und Amerongen ergangenen Abmahnungsschreiben doch holländische Deputierte sich dort einfinden und Tätlichkeiten oder Exekutionen vornehmen sollten, so sollten sie sich zu ihnen verfügen und ihnen zu verstehen geben, daß Kf. solche Tätlichkeiten nicht dulden sondern sich der Stände annehmen und daß ohne Zweifel auch seine Kondirektoren das

Instruction[1]), wornach sich unser — Würcklicher Geheimer Rath und Envoyé extraordinaire an die General Staaten der Vereinigten Niederlande — Paul von Fuchs bei der nach dem Haag ihme gnädigst aufgetragenen Schickunge unterthänigst zu achten.

D. Lehnin 28. April/[8. Mai] 1685[2]).

[Den Generalstaaten zu machende Mitteilung, Unterstützung der Reformierten, Beilegung der Streitigkeiten mit Kf., Mitteilungen an den Prinzen von Oranien, Verhalten gegen Amsterdam und dessen Parteigenossen. Erkundigung nach dem Verhältnis zu England. Die Cölnische und die Bentheimsche Angelegenheit. Die Satisfaktion von Spanien. Die spanische Sukzessionsangelegenheit. Verhalten gegen d'Avaux und Waldeck.]

8. Mai Demnach durch das französische armistitium und den Tod des Königs von England die Konjunkturen sich sehr geändert haben und er daher für nötig erachtet hat, mit den Generalstaaten und dem Prinzen von Oranien, welche bei diesen Veränderungen nicht weniger als er interessiert sind, sich im Vertrauen zu vernehmen und zugleich einen Versuch zu machen, ob nicht wegen der zwischen ihm und dem Staat noch übrigen Irrungen dermaleinst zur Richtigkeit zu kommen sei, und er diese ihm und seinem Hause höchst importierende Sache Fuchs aus besonderer zu ihm tragender Konfidenz aufzugeben gut befunden hat, so soll sich derselbe sobald als möglich nach dem Haag verfügen und sich zunächst dort bei v. Diest erkundigen, wie weit dieser es in den ihm aufgetragenen Materien[3]) gebracht und seine Negotiation präpariert hat.

---

gleiche tun würden. Sie sollten sich erkundigen, was darauf passieren und was für Nachrichten man deswegen aus dem Haag erhalten werde, auch mit den Ständen alles überlegen und, was ihnen von denselben an die Hand gegeben werde, tun, auch auf allen Fall, wenn Du Moulin auf das Konservatorium gegen unternommene oder angedrohte Tätlichkeiten requiriert werden sollte, ihnen seiner Instruktion gemäß assistieren. Zugleich schreibt Kf. an K. Cöln und Pfalz-Neuburg und fordert sie auf, in einem Gesamtschreiben an die Generalstaaten dieselben von Ausführung der Exekution abzumahnen, womit jene sich auch einverstanden erklären.

[1]) Ganz kurze Inhaltsangabe bei Pufendorf XIX. § 5 (S. 1522). Vgl. über diese Sendung Fuchs' Müller, Een Brandenborgsche Zendung in Neerdland 1685 (Bijdragen voor vaderlandche geschiedenis N. R. VI. u. Wilhelm III, v. Oranien u. G. F. v. Waldeck II, S. 9.; Blok V, S. 484 f.; Droysen III$_3$, S. 324 ff.; v. Salpius, Paul von Fuchs S. 54 ff.; Pagès S. 540 ff.

[2]) Konzept von Schreiberhand mit Korrekturen und Zusätzen von Fuchs und Meinders.

[3]) Kf. hatte in einer Potsdam 30. März/[9. April] 1685 ausgestellten Instruktion v. Diest beauftragt, sich sogleich nach dem Haag zu begeben und dort sowohl dem Prinzen von Oranien als auch den Generalstaaten mitzuteilen, daß er zu einer Verständigung mit ihnen über seine Prätentionen und über die zur Erhaltung der evangelischen Religion und ihrer beiderseitigen Sicherheit zu ergreifenden Maßregeln bereit sei und dazu demnächst einen seiner vertrautesten Minister dorthin schicken werde, sich in die inneren Streitigkeiten nicht einzumischen und in der ostfriesischen Sache darauf zu dringen, daß die von Kf. wegen eines gütlichen Vergleichs gemachten Vorschläge angenommen würden. D. war auch wirklich von Cleve aus Ende April bei dem Prinzen von Oranien in Dieren ge-

Er soll den Generalstaaten entweder in einer öffentlichen Audienz oder durch ein Memorial und in einer Konferenz mit Deputierten von der Ursache seiner Schickung und den ihm erteilten Aufträgen in generalibus Ouverture tun und sie versichern, daß Kf. zu allem, was zum Wohl der Republik gereichen könnte, nach Kräften beitragen und in alle dem gemeinen Wesen und ihrem beiderseitigen Interesse ersprießlichen mesures mit dem Staat gern treten werde, und daß er eben deshalb ihn dorthin geschickt habe.

Das vornehmste Band, welches ihn und den Staat unauflöslich verbindet, wäre die Konformität in der Religion. Da diese jetzt mehr als jemals seit der Reformation überall bedrückt und verfolgt würde, ihr auch an vielen Orten gänzliche Ausrottung bevorstände, so müßte man miteinander überlegen, wie den armen Bedrängten zu helfen sei. Kf. sei bereit, das Seinige dazu beizutragen, zweifle auch nicht, daß der Staat desgleichen tun werde. Doch hat er über diesen Punkt zunächst im Vertrauen mit dem Prinzen von Oranien und dem Ratspensionar zu sprechen, ob er denselben auch in der Konferenz den Kommissaren proponieren solle, und er soll darin so, wie es Diest aufgetragen ist, verfahren und mit dem Prediger Jurieux[1]) darüber insgeheim kommunizieren. Was Kf. ihm mündlich von der Vereinigung Dänemarks mit dem Hause Lüneburg gesagt, soll er bei Gelegenheit dem Prinzen eröffnen.

Ferner hat er in der Konferenz der verschiedenen Prätensionen des Kf. an den Staat zu gedenken und sich dabei auf das Amerongen bei seiner Abreise zugestellte Memorial[2]) zu beziehen. Er hat darauf hinzuweisen, daß eine wirkliche Freundschaft zwischen ihm und dem Staat nur dann bestehen könne, wenn dieser Stein des Anstoßes weggeräumt wäre, die Gelegenheit dazu schiene jetzt gerade besonders günstig zu sein, die Forderungen des Kf. seien billig und in dem klaren Buchstaben der Allianzen gegründet, er wolle aber nicht auf dem äußersten bestehen, sondern sei geneigt, deswegen in Handlung zu treten; wenn seitens des Staats nur mit Ernst zu dem Werk geschritten werde, werde von ihm schon solche Fazilität beigetragen werden, daß jedermann seine redliche Intention werde erkennen können, F. solle die Erklärung des Staats auf diese Forderungen abwarten und sich dann weiter darüber vernehmen lassen. Was für gradus er bei dieser Handlung gebrauchen soll, und worauf Kf. endlich pro ultimo zu bestehen gemeint ist, ist absonderlich abgefaßt und hier beigefügt. Besonders hat er auch der Satisfaktion für Wegnahme des Schiffes „Das Wappen von Brandenburg" zu gedenken.

Da diese Schickung vornehmlich auch dahin angesehen ist, damit Kf. sich und sein Haus, soviel immer möglich, der Affektion und Zuneigung des Prinzen von Oranien zu versichern habe, so hat er seine Konduite gegen diesen danach

---

wesen und hatte diesen zu einer solchen Verständigung sehr geneigt gefunden, hatte sich dann Anfang Mai nach dem Haag begeben und hatte dort dem Präsidenten der Generalstaaten die befohlenen Mitteilungen gemacht, er scheint dann aber wieder nach dem Clevischen zurückgekehrt zu sein, denn am 26. Mai meldet er aus dem Haag, daß er dort mit Fuchs zusammen angekommen sei.

[1]) S. oben S. 83.

[2]) S. Urk. u. Akt. III, S. 708.

einzurichten und nichts zu unterlassen, wodurch die vorher verspürte froideur gehoben werden könnte. Er hat sofort Audienz bei ihm zu suchen, ihm zu versichern, daß Kf. ein besonderes Verlangen trage, nach Abschluß des Waffenstillstandes in einer durchgehenden Konformität und Harmonie der consilia und actiones mit ihm zu beharren und die zwischen ihren beiden Häusern bestehende nahe Allianz durch eine vollkommene Union des Interesses und der Freundschaft noch weiter zu verknüpfen. Kf. gratuliere ihm zu der zwischen ihm und dem jetzigen König von England retablierten guten Intelligenz und wünsche, daß dieselbe noch ferner zunehmen möge. Er soll dem Prinzen mitteilen, daß er beauftragt sei, die noch vorhandenen Streitigkeiten zwischen Kf. und dem Staat aus dem Wege zu räumen, dem Prinzen dafür danken, daß derselbe sich gegen Diest zur Beförderung der Interessen des Kf. bereit erklärt hat, und versichern, daß derselbe bei dieser Verhandlung seine Prätensionen aufs äußerste moderieren werde.

Die Stadt Amsterdam und die übrigen Adhärenten der bekannten Partei anbetreffend, so ist zwar durch den Abschluß des Waffenstillstandes gleichsam der vornehmste Stein des Anstoßes und die Okkasion, wodurch Kf. am meisten bei den innerlichen Divisionen bei dem Staat sich engagiert befindet, aus dem Wege geräumt worden, Kf. wird aber auch ferner nicht gern sehen, daß die Libertät der Republik und ihrer Mitglieder unterdrückt werde. Da aber diese Schickung hauptsächlich den Zweck hat, den Prinzen von Oranien zu gewinnen und in des Kf. und seines Hauses Interesse zu bringen, so wird Fuchs' Kommunikation mit jener Partei so moderiert werden müssen, daß der Prinz und dessen Adhärenten davon keine Ombrage nehmen, doch soll er, nachdem er zuvor mit dem Prinzen und dem Staat seine Negotiation angefangen, auch mit den Regenten sich über eines und das andere besprechen, sie der Affektion des Kf. versichern, die Erledigung seiner Forderungen ihnen rekommendieren, im übrigen aber die Hebung der Mißverstände und Irrungen im Staat und die Herstellung des Vertrauens unter dessen Gliedern zu befördern sich angelegen sein lassen.

Wie an die Stadt Amsterdam erhält er auch an Amerongen und den Ratspensionar Fagel Kreditive, er soll auch sie des wohlgeneigten Willens des Kf. versichern und ihnen sein Interesse rekommendieren.

Er hat sich auch zu bemühen zu penetrieren [1]), was für vues man in Holland bei der herannahenden Krönung und dem Parlament in England hat, und wie von Zeit zu Zeit die Traktaten zwischen England und Holland laufen, da auch Kf. in seinen Prätentionen mehr oder weniger Satisfaktion von dem Staat zu hoffen hat, je nachdem derselbe mit England gut oder übel stehen wird. Sollte man ihn sondieren, wie Kf. gegen den jetzigen König von England intentioniert ist, so hat er zu antworten, daß Kf. zwar wegen der Religion etwas besorgt sei, daß er aber doch bisher aus des Königs Konduite mit Vergnügen verspürt habe, daß derselbe auf den statum publicum und die negotia Europae wie auch auf die in der Christenheit so nötige balance in publicis wohl etwas mehr Reflexion als sein Vorgänger nehme, und daß daher zu hoffen stände, er werde künftig zu der allgemeinen Tranquillität nicht wenig beitragen. Damit F. von dem, was in England

[1]) S. d'Avaux, Négotiations V, S. 5, 17, 27.

vorgeht, immer gründliche Nachricht erhalte, haben Spanheim und dessen Neffe Bonnet de Germain Order erhalten, mit ihm fleißig zu korrespondieren.

Sollte jemand von der Stadt Cöln sich bei ihm wegen der Streitigkeiten derselben mit Kurcöln[1]) angeben, so hat er ihm zu versichern, daß Kf. sich die Konservation der Stadt sehr angelegen sein lasse, sich weiter derselben bei K. Cöln mit guten officiis annehmen und im Notfall ihr mit einiger in die Stadt zu verlegender Mannschaft assistieren wolle. Er hat auch in Holland bei Gelegenheit dieser Sache zu gedenken und die Hoffnung auszusprechen, daß man auch dort auf dieselbe gehörige Reflexion nehmen und nicht gestatten werde, daß die Stadt in Ungelegenheit gerate oder gar über den Haufen geworfen werde.

Über den weiteren Verlauf der Bentheimschen Angelegenheit[2]) hat Danckelmann Befehl, ihn zu unterrichten. Er hat bei Gelegenheit vorzustellen, daß Kf. zwar wegen Beibehaltung der evangelischen Religion in den Bentheimschen Landen sich mit dem Staat zusammen bemühen wolle, daß aber die Dezision wegen der künftigen Sukzession dem Reich zustehe, und daß er daher hoffe, der Staat werde sich darein nicht misehen.

Kf. hat durch Spanheim bei dem Gouverneur der spanischen Niederlande, dem Marquis de Grana, wegen der ihm noch schuldigen spanischen Subsidien Erinnerung tun lassen und dieser hat versprochen, deswegen an den König zu schreiben. Er soll mit dem Prinzen von Oranien, Fagel und anderen, die von dem Zustand in Spanien Nachricht haben, darüber reden und, wenn sie es für diensam halten, nach Brüssel reisen und die Sache daselbst weiter poussieren, sollte aber kein guter Effekt zu hoffen sein, sich nur durch ein Schreiben bei de Grana nach dem Stande der Sache erkundigen.

Weil aus den von Fenquières in Spanien und von d'Avaux im Haag übergebenen Memorialien[3]) klärlich erscheint, daß der König in Frankreich für den Dauphin die Universalsukzession in allen spanischen Landen, falls der König von Spanien ohne Erben sterben sollte, prätendiert, welches ein Werk von der höchsten Konsequenz und ohne Zweifel hernächst einen universalen Krieg erregen dürfte, so soll er diese Sache in besondere Obacht ziehen und sowohl bei dem Staat und dessen Regenten als auch bei dem Prinzen von Oranien, doch behutsam, sondieren, was man dort für reflexiones darüber mache, und was für effect und impressiones d'Avaux' Memorialien verursacht haben. Er soll auch von den kaiserlichen, spanischen, englischen und anderen im Haag anwesenden Ministris die Sentimente ihrer Prinzipalen darüber zu decouvrieren suchen. Doch hat er sich so zu betragen, daß niemand, besonders nicht dem französischen Gesandten, Ombrage deswegen gegeben werde. Sollte man ihn zu sondieren suchen, so hat er damit an sich zu halten und vorzuwenden, daß Kf. bei seiner Abreise davon

---

[1]) S. unten Abschn. V.

[2]) S. Müller, Geschichte der ehemaligen Grafschaft Bentheim (Lingen 1879), S. 337 ff., über das Verhalten des Kf. dazu S. 367 ff. und die darauf bezügliche Aktenpublikation bei Sylvius II, Anhang.

[3]) S. unten Abschn. III.

noch keine Nachricht gehabt habe. Mit Spanheim hat er darüber fleißig zu korrespondieren.

Mit dem Comte d'Avaux hat er so umzugehen, wie es sich mit einem vornehmen Ministro eines hohen Alliierten gebührt, und ihm zu versichern, daß Kf. die mit seinem Könige aufgerichteten foedera sorgsam unterhalten werde.

Mit dem Fürsten von Waldeck, an den er auch ein Kreditiv erhält, soll er wegen der ostfriesischen Sache[1]) kommunizieren und ein Projekt eines Vergleichs mit demselben machen oder nach Befinden gar einen solchen schließen.

Secret- und Neben-Instruction. Ut in Instructione Lehnin den 28. April [8. Mai] 1685. (Concept von Meinders' Hand.)

8. Mai Über die conditiones, mit denen Kf. sich seiner Prätensionen an den Staat wegen pro extremo und ultimo vergnügen möchte, kann er sich zwar jetzt sofort nicht erklären, es wird ihm aber lieb sein, daß diese conditiones und die Summe der ihm zu zahlenden Gelder aufs höchste, beste und so vorteilhaft als immer möglich determiniert werde, weshalb man sich zum Teil nach den Läuften der Zeit richten und nachdem die Konjunkturen mehr oder weniger favorabel sein möchten, die Handlung zu dirigieren haben wird.

In der Korrespondenz mit dem Bürgermeister von Amsterdam, v. Benningen, hat er fortzufahren, doch so behutsam, daß der Prinz und andere Feinde desselben dadurch nicht chokiert werden.

Neben-Instruction. D. ut in instructione Lehnin 28. April 1685.

[Die oranische Sukzession.]

8. Mai Da für den Fall des Todes des Prinzen von Oranien seine Prinzen erster Ehe zu dessen Sukzession vor allen anderen berechtigt sind, es seit einiger Zeit aber verlautet, als ob man ihnen diese Befugnis zu entziehen beabsichtige, so soll F. allen möglichen Effort tun, den Prinzen in gute und favorable sentiments gegen seine Kinder zu bringen und dieselben ihres juris succedendi mehr und mehr zu versichern. Es wird vermutlich nicht wenig dazu helfen, wenn er bei allen Gelegenheiten den Prinzen der sinzeren Freundschaft des Kf. und seines festen Vorsatzes, mit demselben künftig in genauer Verständnis und unzertrennter Zusammensetzung zu leben, versichern wird. Besonders hat er nachzufragen, in welchem Stand die Sachen wegen des Fürstentums Orange und anderer dem Prinzen gehöriger mit französischem Territorium enklavierter Lande sich befinden, und dem Prinzen zur Wiedererlangung derselben die Hilfe des Kf. zu offerieren. Sooft sich Gelegenheit dazu darbietet, hat er die Prinzen der Affektion desselben zu empfehlen und ihm anzuzeigen, welche sonderbare Konfidenz diese zu ihm und

[1]) S. Hirsch a. a. O. S. 61.

seiner Zuneigung gegen sie gesetzt hätten, jedoch wird er die Sache so zu traktieren haben, damit kein unzeitiges votum captandae haereditatis oder eine andere ungleiche Intention dem Kf. imputiert werden möge.

Da ungewiß ist, ob der Prinz selbst ihm Gelegenheit geben wird, darüber mit ihm direkt zu sprechen, so soll er suchen, von Vertrauten desselben, etwa dem Ratspensionar, zu penetrieren, wie der Prinz gegen Kf. und die Seinigen eigentlich gesinnt ist, und was sie von demselben zu erwarten haben. Bei seiner letzten Anwesenheit im Haag hat der Fürst von Waldeck mit ihm davon gesprochen [1]) und ihm allerhand gute Versicherungen gegeben, er soll zusehen, ob auch jetzt durch diesen die Sache unterbaut und einige Leute, die bei dem Prinzen in Kredit sind, auf des Kf. Seite gebracht werden können. Da er bei seiner vorigen Schickung auch erfahren hat, daß dem Prinzen von Nassau angeboten worden, der Prinz von Oranien wolle ihn in seinem Testament ex asse zum Erben machen, und jetzt eine vollkommene Aussöhnung beider Prinzen erfolgt sein soll, so hat er sich zu erkundigen, ob unter den conditionibus reconciliationis auch in dieser Sache Verabredungen getroffen worden sind.

P. v. Fuchs an den Kurfürsten. D. Haag 16./26. Mai 1685.

[Seine Ankunft. Von der Gegenpartei verbreitete Verleumdungen. Ungünstiger Stand der Verhandlungen zwischen dem Prinzen von Oranien und Amsterdam.]

Er ist gestern abend hier angekommen, seine Ankunft aber ist gleich bekannt 26. Mai
geworden, und es haben ihn verschiedene Leute bewillkommnen lassen. Amerongen, den er auf seinem Gut nicht angetroffen, kam selbst, teilte ihm mit, daß der Prinz heute nach der Stadt kommen werde, daß diesem sowie dem Staat seine Ankunft sehr angenehm wäre, daß aber diejenigen, welche eine gute Zusammensetzung zwischen dem Kf. und dem Staat nicht gern sehen, sich eifrig bemühten, gegen Kf. Ombrage zu erregen und seine Sendung suspekt zu machen. So würde behauptet, er sei auch beauftragt, mit dem Prinzen etwas zu Präjudiz der Stadt Amsterdam zu traktieren, aus Schweden habe Rumpf berichtet, Kf. habe mit Frankreich und England eine Allianz getroffen, um den Staat über den Haufen zu werfen, Valckenier aus Regensburg habe den Protest des Kf.[2]) gegen die erneuerte Laxenburger Allianz und dessen Dringen auf einen Kollegialtag, um dem Kaiser einen Koadjutor zu geben, sehr odiös vorgestellt. Er hat das alles leicht widerlegt, hat auch schon an Beuningen in Amsterdam geschrieben und hofft, das Lügenwerk dort ohne Schwierigkeit dissipieren zu können. A. sagte ihm, daß die Verhandlungen über einen Vergleich zwischen dem Prinzen und Amsterdam, worum er sich etzliche Wochen sehr bemüht hätte, fast mehr zurückgingen als avancierten, und forderte ihn (F.) auf, sich auch darum zu bemühen, da beide Teile zu ihm Vertrauen hätten, was er auch im Interesse des Kf. tun wird.

[1]) S. oben S. 69.
[2]) S. unten Abschn. V.

P. v. Fuchs an den Kurfürsten. D. Haag 18./28. Mai 1685 [1]).

[Audienz bei dem Prinzen von Oranien. Gespräch mit Fagel.]

28. Mai Auf die Aufforderung des Prinzen von Oranien ist er gestern bei demselben in Honslardyck gewesen und hat sein Anbringen bei ihm nach seiner Instruktion getan. Der Prinz empfing ihn sehr gnädig und bezeugte gegen Kf. und dessen Haus eine so aufrichtige und kordiale Affektion, daß er es nicht genug exprimieren könne, er versicherte, daß ihm seine Ankunft lieb wäre, es wäre aber zu verwundern, was für Lügen man über seine Kommission aussprengte, er sollte instruiert sein, eine Religionsallianz wider die Papisten zu proponieren u. a. Er hat erwidert, er hätte auch schon davon gehört, da diese artifices aber gar zu grob wären, so würde es ihn keine Mühe kosten, sie zu eludieren, und ohnedem würde sie die Zeit und die Erfahrung zernichten. Der Prinz versicherte darauf, daß er des Kf. Angelegenheit mehr als die seinige befördern wolle, er fürchte nur, daß Amsterdam Hindernisse bereiten würde, die Hoffnung, daß die Differenzen mit dieser Stadt würden gehoben werden, sei fast ganz geschwunden, und sie suchte eine Ehre darin, das, was er und die meisten Glieder im Staat gerne sähen, zu contrequarrieren. Er hat ihm darauf gesagt, Kf. wünsche sehr, daß diese Differenz bald möge beigelegt werden, und habe ihn, der noch einige Freunde unter den dortigen Regenten hätte, beauftragt, sich dorthin zu begeben und die Angelegenheit des Kf. der Stadt zu rekommendieren, womit der Prinz einverstanden war. Er sprach dann von den Angelegenheiten in England, und als er (F.) erwähnte, die dortigen Freunde des Prinzen wünschten, daß er sich wegen Frankreichs den Konjunkturen etwas akkommodieren möchte, antwortete er, ihm wäre dergleichen auch aus England zugeschrieben worden, das käme aber von den französischen ministris her, welche ihm nicht einmal gönnten, sich zu beklagen, und ihn zugleich dadurch bei dem König von England und Kf. schwarz zu machen suchten. Frankreich hätte auf ihn seit dem Nimweger Frieden einen Haß geworfen, und obwohl er die gerechteste Ursache hätte, sich über Frankreich, das fast die Hälfte seines patrimonii eingezogen hätte, zu beklagen, wollte man dennoch, daß er für solches Traktament Dank und Abbitte tun sollte, zudem hätten sie ihn niemals wissen lassen, was sie von ihm desiderierten, und wäre es für ihn eine sehr perplexe und gefährliche Sache, wenn er sich ohne den Staat in eine partikuliere Handlung und Vergleich einlassen sollte, wodurch er sich nur beim Staat außer Kredit setzen und auch noch das, was er übrig hätte, verlieren würde. Er hätte dieses auch dem König von England vorstellen lassen, und er bat ihn, es auch dem Kf. zu referieren. Er schien sehr perplex über diese Sache zu sein, denn so, wie er sie vorstellt, scheint er von allen Ecken eine precipice vor sich zu haben.

Der Prinz hielt ihn zwei Stunden auf, obwohl er verschiedene Male weggehen wollte, und als er Abschied nahm, fing er aus freien Stücken an, er hätte vernommen, dem Kf. sei berichtet worden, daß in dem Vergleich mit dem Fürsten von Nassau etwas zum Nachteil der Kinder des Kf. enthalten sei. Er versichere auf Ehre und Gewissen, daß das nicht im geringsten der Fall sei, noch weniger sei

[1]) S. Pufendorf XIX, § 5 (S. 1523).

er bedacht gewesen, ein Testament wider des Kf. und dessen Hauses Interesse zu machen, er würde dem Kurfürstlichen Hause nimmermehr unrecht tun. Er hat darauf mit gebührendem Dank geantwortet und versichert, daß Kf. nichts mehr wünsche, als daß Gott den Prinzen mit Erben segnen möchte.

Heute morgen ist er bei dem Ratspensionar gewesen, auch dieser hat ihm auf das höchste seine Devotion gegen Kf. und dessen Haus versichert und erklärt, dieses auch mit der Tat bekräftigen zu wollen. Sie haben beiderseits gut gefunden, daß, weil man bereits von einer Religionsallianz geschwatzt hat, er den Punkt wegen der Religion weder bei der Audienz noch in den Konferenzen proponieren solle, er erbot sich aber, mit ihm darüber ausführlich zu sprechen. Er hat darauf sein Kreditiv nebst einem Memorial, in dem er um eine Audienz ersucht, dem Präsidenten Scheltinga zugeschickt, und er vermutet, daß er übermorgen Audienz erhalten wird [1]).

P. v. Fuchs an den Kurfürsten. D. Haag 23. Mai st. v./[2. Juni] 1685.

[Die inneren Zustände in den Niederlanden und das Verhältnis zu den auswärtigen Mächten. Intriguen d'Avaux'.]

Die innerliche Konstitution des Staates anbetreffend, ist derselbe noch voller Diffidenzen und Divisionen. Es sind zwei Hauptparteien, die sich fast in allen Dingen contrequarrieren, die des Prinzen von Oranien, zu der die Ritterschaft von Holland, die meisten holländischen Städte und die Provinzen Gelderland, Seeland, Utrecht und Overyssel gehören, und die Gegenpartei, die jetzt vornehmlich aus den Städten Amsterdam, Leiden, Delft, Harlem und Biezier besteht. Früher haben auch die Provinzen Friesland und Gröningen dazu gehört, die aber jetzt, seitdem der Prinz von Oranien mit dem von Nassau einen Akkord getroffen, indifferent sind, da dieser Akkord nicht allen von ihnen gehofften Effekt gehabt hat und daher der Kredit des Prinzen von Nassau etwas geschwächt worden ist. 2. Juni

Wer von beiden am meisten recht oder unrecht hat, ist schwer zu urteilen, da es hier wie bei allen innerlichen Divisionen vornehmlich auf heimliche Intriguen und privat passiones ankommt. Ohne Zweifel ist bei beiden Teilen etwas, was zu bessern wäre, auch bei dem Prinzen mag einige Opiniatrität und hauteur mit unterlaufen, und auch der Ratspensionar ist dieser Qualitäten halber berufen. Daß der Prinz aber im Sinn haben sollte, sich im Staat souverän zu machen, ist unrichtig, doch alarmiert gerade diese Beisorge Amsterdam und deren Adhärenten am meisten, und der französische Gesandte, der jetzt bei den Regenten von Amster-

[1]) F. meldet am 23. Mai [2. Juni], die Audienz habe gestern mit den gebührenden Ehrenbezeugungen stattgefunden, und es seien Kommissare ernannt worden, die mit ihm verhandeln sollten. Er meldet dann den Tod des Kurfürsten von der Pfalz und fügt hinzu, das seien zwei schwere Fälle, womit Gott in diesem Jahr seine Kirche heimgesucht habe, auf Kf. setze man auch in diesen Landen die größte, ja einzige Hoffnung.

dam großen Kredit hat, weiß dieselbe meisterlich zu unterhalten. Daher hat Beuningen, der gar nicht gut französisch ist und immer zum Vergleich zwischen der Stadt und dem Prinzen geraten hat, viel von dem gehabten Kredit verloren, die meisten Regenten in Amsterdam haben sich einreden lassen, die spanischen Niederlande seien doch nicht zu retten, darum wäre es am besten, in Zeiten mit Frankreich darüber zu handeln. Der Hauptstreitpunkt betrifft jetzt die Reduzierung des Militäretats [1]), welche Amsterdam, Leiden und Delft beständig heftig urgieren, während die übrigen alle es noch zurzeit bei dem jetzigen zu lassen stimmen. Solange diese Uneinigkeit währt, kann der Staat sich selbst nicht helfen, und haben Auswärtige von ihm nichts zu hoffen.

Die Sentimente des Staats gegen Auswärtige betreffend, so macht man jetzt hier auf den Kaiser, insonderheit solange der Türkenkrieg währt, wenig Reflexion. Die Macht von Frankreich wird überall, auch von denen, welche sich von den süßen Persuasionen des französischen Gesandten einschläfern lassen, gefürchtet, aber statt dagegen cordata und mascula consilia zu fassen, wird durch die innerliche Uneinigkeit alles gehindert. Dieses und alles übrige Unheil rührt von der listigen conduite des französischen Gesandten her, welcher das foible und fort der Republik, die Intriguen und diversen Passionen der Gemüter vollkommen kennt und hier ebenso gefährlich ist wie ein anderer an einem anderen Orte.

Von dem König von England meint man hier, daß niemand mehr als er dem Staat helfen oder schaden könne. Man fürchtet sich vor ihm wegen der katholischen Religion und der Banthamischen Sache, doch glaubt man, daß er gar nicht gut französisch ist und nicht leiden will, daß Frankreich seine Herrschaft über die Nachbarn weiter ausdehne. Die katholische Religion, meint man, dürfte er par maxime d'estat, und sofern er sein Königreich ruhig besitzen will, nicht auszubreiten noch die Reformierten zu ruinieren suchen. Diese Furcht könnte auch nicht länger währen als des Königs Leben, welches sich schon an die 60 Jahre erstreckt, seine successores wären unstreitig gut reformiert. Alle Reflexion, die man jetzt hier auf die englischen Sachen macht, beruht auf dem Sukzeß des eben angefangenen Parlaments und dem Ausgang der schottischen Händel.

Spaniens Unvermögen erkennt man hier sehr wohl und es wird fast gar keine Reflexion darauf gemacht, man fürchtet sehr den Tod des Königs und die Absichten Frankreichs, alle Wohlgesinnten begreifen gar wohl, daß es ein gewisser Untergang dieser Republik sein würde, wenn Frankreich die spanischen Niederlande überkommen sollte.

Schwedens Unvermögen erkennt man auch sehr wohl, mehr reflektiert man auf Dänemark, hält aber dafür, daß es gar zu weit mit Frankreich eingestiegen wäre, sonst würde man sich gern mit ihm einlassen. Auf keinen von den Kurfürsten, Fürsten oder Ständen des Reichs macht man hier Reflexion als auf Kf. und das Haus Lüneburg, vornehmlich aber auf Kf., dessen Macht und Gleichheit von Religion und Interesse man hier gar wohl kennt. Alle wohlgesinnten Patrioten von beiden Parteien stimmen darin überein, daß der Staat vor allem sich mit Kf. unauflöslich zu verbinden habe. Das weiß der französische Gesandte

[1]) S. d'Avaux, Négotiations IV, S. 125 ff.

sehr gut, und daher werden alle erdenkliche artifices gebraucht, um es zu hintertreiben. Der Kommissar Hamm wird dem Kf. von dem Gespräch berichtet haben, das Rébenac dort mit ihm gehabt, hier ist d'Avaux[1]) anfangs heimlich in Amsterdam gewesen, wie man meint, um unter der Hand zu unterbauen, daß er nichts ausrichte. Er hofft trotzdem, daß er nicht ganz unverrichteter Sache von hinnen gehen wird. Vor allem hat man hier und auch an des Kf. Hofe zu dissimulieren und sich zu stellen, als wüßte man um nichts, das raten auch der Prinz von Oranien, Fagel und alle anderen Wohlgesinnten.

P. v. Fuchs an den Kurfürsten. D. Haag 25. Mai/[4. Juni] 1685. st. vet.

[Verabredungen in betreff seiner Proposition. Sein Besuch bei d'Avaux. Äußerungen Cramprichts und Skeltons.]

Er hat mit Amerongen und Fagel die contenta der Proposition, die er in der Konferenz abzulegen haben wird, überlegt, und sie sind übereingekommen, daß er anfangs in generalibus terminis bleiben soll, da doch unmöglich dergleichen sekretiert bleiben kann, und daß von den übrigen in seiner Instruktion enthaltenen Punkten, der Stadt Cöln, der Bentheimschen und ostfriesischen Sache vorläufig abstrahiert werden soll. Der Ratspensionar zeigt sich überaus kordial und eifrig für Kf., er ist überzeugt, daß derselbe und ebenso der Prinz von Oranien einen point d'honneur daraus machen, dem Kf. zu willfahren, welches die Übelgesinnten wohl merken und daher seine Verrichtung hier auf alle mögliche Art zu traversieren suchen. 4. Juni

PS. Haag 26. Mai st. vet. 1685.

Er hat bereits dem französischen Ambassadeur die Visite gegeben und dieselbe von den hier anwesenden Envoyés extraordinaires empfangen. Die Konversation mit d'Avaux war[2]) seitens desselben zu Anfang etwas froide und nicht so wie im verwichenen Jahr. Nachdem er ihm aber versichert, daß die Meinung, er hätte etwas Mehres in commissis als die noch restierenden Subsidien zu sollizitieren, nicht richtig wäre, und daß er nicht das geringste in seiner Instruktion hätte, wodurch die Allianz und Freundschaft zwischen seinem König und Kf. geschwächt werden könnte, und daß Kf. noch jüngst bei Errichtung des armistitii gar zu große und reelle Proben seiner Affektion gegen den König gegeben hätte, als daß man ihn darüber auch nur soupçonnieren könnte, bezeugte derselbe, darüber sehr vergnügt zu sein, und er hofft, auch ihm keinen Anlaß zu geben, sich über seine Konduite zu beschweren. 5. Juni

---

[1]) S. d'Avaux, Négotiations V, S. 30 f.
[2]) S. d'Avaux, Négotiations V, S. 21.

Mit dem kaiserlichen Gesandten kam er auf den Tod von K. Pfalz zu sprechen, derselbe zeigte ihm ein Schreiben aus Koblenz vom 22. Mai, nach welchem die Franzosen unter Montgelas gegen die Pfalz marschieren und beabsichtigen sollen, sich des westlich vom Rhein liegenden Teils derselben zu bemächtigen, wovon er von d'Avaux noch nichts gehört hat. Crampricht äußerte auch, es wäre zu wünschen, daß der König von England keinen Apostel oder Bekehrer agieren möchte, und daß dieses der spanische Gesandte zu dem König selbst gesagt hätte. Der englische Minister Skelton, der sich bei der ersten Visite sehr kordial gegen ihn bezeigte, behauptete, sein König verlangte nichts mehr, als daß überall Friede und Ruhe bleibe, auch er behauptete, die Religion betreffend hätte derselbe nicht die geringsten Gedanken zu reformieren, er begehrte nur, bei seinem Glauben zu bleiben, und abhorrierte von allem Gewissenszwang. Er bezeugte, mit dem Prinzen von Oranien und den Generalstaaten sehr zufrieden zu sein, aber nicht mit der Stadt Amsterdam, die er beschuldigte, das Auslaufen der Schiffe nach Schottland begünstigt zu haben.

P. v. Fuchs an den Kurfürsten. D. Amsterdam 30. Mai st. v./ [9. Juni] 1685.

[Konferenz mit den Kommissaren. Reise nach Amsterdam. Gespräch mit Beuningen.]

9. Juni Er hat am 27. eine Konferenz mit den Kommissaren gehabt, dort seine Proposition abgelegt, darauf zur Antwort erhalten, daß sie den Generalstaaten Rapport tun und nach ihrem Vermögen befördern wollten, daß er mit einer befriedigenden Resolution versehen werde, und er hat auf ihren Wunsch ihnen seine Proposition schriftlich übergeben. Auf sein Ersuchen hat dann der Ratspensionar bewirkt, daß ihm schon am 6. Juni eine vorläufige Resolution erteilt und hierhin nachgeschickt worden ist. Es ist sehr gut, daß dieselbe, noch bevor die Staaten von Holland geschieden, gefaßt ist, weil jetzt die Sache in den Händen der Kommissare steht, bei denen er sie fleißig treiben wird. Am Nachmittag hat er den Prinzen von Oranien besucht und demselben berichtet, was in der Konferenz vorgefallen. Der Prinz sagte darauf, das vornehmste würde auf die Provinz Holland und in derselben am meisten auf Amsterdam ankommen, bei den übrigen hoffte er, etwas Fruchtbarliches für Kf. auszurichten. Auf seine Frage, ob der Prinz noch gut fände, daß er eine kleine Reise nach Amsterdam machte, forderte ihn derselbe auf, dieses je eher je lieber zu tun. Er ist darauf, nachdem er vorher auch noch mit dem Ratspensionar gesprochen, am 28. nach Amsterdam gereist [1]), hat hier in demselben Logement den Markgrafen von Anspach und dessen Gemahlin getroffen und hat heute mit Beuningen eine anderthalbstündige vertrauliche Unterredung gehabt, die falschen, über den Zweck seiner Sendung verbreiteten Gerüchte zu entkräften gesucht und dann auch über den gegenwärtigen Zustand der publiken Affären mit ihm gesprochen. B. stellte [2]) die Macht Frankreichs,

[1]) S. d'Avaux, Négotiations V, S. 30.
[2]) S. Müller II, S. 8.

die Ohnmacht Spaniens und des Kaisers, die Division im Reich und in diesem Staat und den zweifelhaften Zustand in England höchst gefährlich und desperat vor und meinte, es gebe kein Mittel mehr, eine universale Revolution in der Welt zu verhüten. Er hat ihm Mut zugesprochen, darauf hingewiesen, daß es noch Mittel genug zur Rettung gebe, man müßte nur sie ergreifen wollen, und sie sind so auf die hiesigen inneren Zwistigkeiten zu sprechen gekommen. B. sagte, man wäre zwar versichert, daß der Prinz nicht die Form der Republik ändern wolle, weil dieses nicht in seinen Kräften wäre, aber die Art, womit die Sachen getan würden, käme gar nicht mit den Fundamenten der Republik überein. Er behauptete, man beabsichtige hier gar nicht, den Prinzen herniederzubringen, im Gegenteil, die größere Macht, welche derselbe zur Zeit des Krieges erhalten, könne nicht ohne Untergang des Staats verändert werden. Die Sache scheint jetzt wieder etwas adoucieret zu sein und sich neue Hoffnung zum Akkommodement hervorzutun, er fürchtet aber, daß dieselbe wieder niederfallen wird, weil gar zu große artifices gebraucht werden, diese Division zu unterhalten.

Auf B.s Rat hat er sich bei dem präsidierenden Bürgermeister Cörver anmelden lassen, hat ihn aber noch nicht sprechen können [1]).

P. v. Fuchs an den Kurfürsten. D. Haag 9./19. Juni 1685.

[Anfrage wegen der zu fordernden Geldsumme. Vertrauliche Mitteilungen des Prinzen von Oranien.]

Wegen der Prätensionen des Kf. wird er nicht eher eine schließliche Resolution 19. Juni
erhalten können, bis sich die Staaten von Holland wieder versammeln werden, was erst nach drei Wochen geschehen wird. Er glaubt sicher, daß man ihm eine Summe anbieten wird, wie hoch dieselbe aber sein werde, ist ungewiß. In seiner Instruktion ist eine solche nicht benannt, sondern er wird darin angewiesen, fernere Order zu erwarten, mündlich hat ihm Kf. gesagt, daß er 500 000 Rtlr. nicht ausschlagen wollte. Der Prinz, der Ratspensionar und Amerongen aber versichern, bei jetzigem Zustande der Republik werde es nicht höher als auf 400 000 zu bringen sein, und in der Tat, so reich auch viele Partikulierleute in Amsterdam sind, das aerarium publicum ist ganz arm und verschuldet. Sie erklären, wenn der Staat sich zu einer Summe resolvierte, so geschehe es nur aus besonderer Konsi-

[1]) F. meldet 2./12. Juni, daß er Cörver zweimal gesprochen, ihm seine im Haag abgelegte Proposition mitgeteilt und gebeten habe, Amsterdam möchte die Prätensionen des Kf. sekundieren. C. hätte es ad referendum genommen, aber gleich erklärt, ihre Deputierten im Haag seien schon beauftragt, mit ihm vertraulich zu sprechen und dahin zu votieren, daß man sich mit Kf. wegen seiner Prätensionen womöglich vergleichen und die frühere Allianz mit ihm erneuern möchte. Er berichtet dann 5./15. Juni, alle Bürgermeister von Amsterdam seien bei ihm gewesen und hätten sich überaus favorabel auf seinen Vortrag erklärt, so daß Kf. von der Stadt nichts Widriges zu befürchten habe. Am 13./23. Juni meldet er, er sei mit v. Diest auch in Rotterdam gewesen, sie seien dort sehr ehrenvoll aufgenommen worden, und man hätte ihm versprochen, seine Negotiation zu sekundieren.

deration gegen Kf., der Kaiser, Dänemark, Lüneburg, Neuburg und Münster hätten auch viel zu prätendieren, würden aber nichts erhalten. Er bittet nun um Resolution, ob er, wenn man ihm trotz aller seiner Bemühungen nicht mehr als 400 000 offerieren sollte, diese akzeptieren und sowohl wegen der Summe als auch wegen der Konditionen und Termine so gut, als zu erhalten möglich, schließen oder erst berichten und fernere Order abwarten soll, welches letztere zur Folge haben würde, daß er wenigstens noch drei Wochen länger hier würde subsistieren müssen. Er hält für das beste, daß Kf. diese Sache jetzt ohne ferneren Verzug, so gut man immer kann, abtue.

PS. Der Prinz hat wieder vertraulich mit ihm über die Stadt Amsterdam geredet. Er behauptete zwar, die Schuld an dem Streit liege bei dieser, sie affektierte ein arbitrium in den Staatssachen, worüber alle Glieder des Staats im höchsten skandalisiert wären. Doch sprach er mit großer Moderation, und es war zu merken, daß er die Sache gerne geändert sehen möchte. Er spricht nach beiden Seiten zum Besten, und dadurch hat er bei beiden Kredit und Vertrauen erhalten. Ob er jetzt gleich auch die Erneuerung der Allianz erreichen wird, weiß er nicht, es wird allein auf Amsterdam ankommen, die übrigen alle wünschen und verlangen es. Zweitens sprach der Prinz über sein Akkommodement mit Frankreich, er setzte ihm überzeugend auseinander, daß er deswegen à part nicht handeln noch traktieren könnte, und sagte, daß er auch den König von England davon überzeugt habe, derselbe habe versprochen, sobald er nur seine Sachen in Richtigkeit gebracht habe, den König von Frankreich zu ersuchen, ihm sein Patrimonium zurückzugeben [1]).

P. v. Fuchs an den Kurfürsten. D. Haag 27. Juni/7. Juli 1685.

[Gründe, aus denen Kf. eine Verständigung mit den Niederlanden zu suchen hat.]

7. Juli — Wann es Ew. Chf. D. Interesse wäre, bei begebender Occasion von des Staats Ungelegenheiten zu profitiren, so wollte ich Ew. Chf. D. nimmermehr raten, ihre rechtmäßige praetensiones umb 400 000 Rthlr., ja nicht umb dreimal so viele hinzugeben. Aber ich begreife es in meinem christlichen Gewissen und nach meinem geringen Verstande nicht anders, als daß Ew. Chf. D. höchstes und Haupt-Interesse ist, mit dem Staat allezeit wohl und vor einem Mann zu stehen, und daß nichtes in der Welt kann erdacht werden Ew. Chf. D. davon abzubringen. Ich könnte dieses zu behaupten mehr denn hundert raisons anführen, will aber nur zwei davon berühren: 1. Es ist kein Potentat in der Welt, insonderheit von Ew. Chf. D. Benachbarten, der nicht von des Chur-Hauses Brandenburgk Macht und Waehsthumb jaloux ist und viele lieber dessen Ab- und Zunehmen sehen sollte; bloß alleine der

[1]) Kf. beauftragt F. (d. Potsdam 16./[26.] Juni 1685), dem Prinzen für seine vertraulichen Mitteilungen zu danken, ihm anzuzeigen, daß er die Motive, die ihn bisher von einem Akkommodement mit Frankreich abgehalten, erheblich finde, und daß er sich sein Interesse auch ferner angelegen sein lassen wolle.

Staat hat davon keine jalousie, besondern ist vielemehr propter commune interesse religionis, libertatis et securitatis gehalten, desselben Prosperität und Erhaltunge zu wunsehen und zu beforderen. Dann man alhier gar wohl begreifet, daß dieser Staat mit Ew. Chf. D. und dero Churfürstlichen Hause notwendig stehen oder fallen müsse, wie dann soleches ein reciprocum ist.

2. So ist bekannt, daß S. Hoheit nicht beerbet und auch sonst nicht der stärkeste von Complexion sein, sollte Gott über dieselbe als über einen sterblichen Menschen gebieten, so wurde es ein umbegreiflich großes momentum haben, ob Ew. Chf. D. alsdann mit dem Staat wohl oder übel stehen. Daferne das erste, so ist kein Zweifel, Ew. Chf. D. und dero Churfürstl. Kinder werden eine so überaus importante Succession in allen denen Stucken, so unter des Staats Gebiete gelegen, welche von der äußersten Wichtigkeit, ohne einzige Mühe einbekommen und besitzen, ja es ist die größeste apparence, daß auch die Succession auf die Statthalterschaft selber mit gutem Willen fallen werde, da hergegen, wann Ew. Chf. D. zue selbiger Zeit mit dem Staat übel oder in Mißtrauen stünden, der erste Punct wahrhaftig alsdann sehr schwer halten, der andere aber ganz desperat sein wurde. Und diese Consideration halte ich weit höher als die 400 000 Rthlr. und mehr, so Ew. Chf. D. bekommen möchten, dann ich die Abhandlunge der praetensiones nicht wegen der Summe, sondern darumb Ew. Chf. D. nötig achte, weil dadurch alle Diffidenz von beiden Seiten gehoben und ein vollenkommenes Vertrauen restabiliret wird. —

P. v. Fuchs an den Kurfürsten. D. Haag 10./20. Juli 1685.

[Günstiger Stand der Verhandlungen.]

20. Juli Die Staaten von Holland und Westfriesland hatten die Deputierten aus den größten Städten beauftragt, die Sachen des Kf. zu examinieren und davon ihren Bericht und Gutachten in der Versammlung zu geben, was man hier le grand committé nennt. Dieses ist vorigen Mittwoch geschehen, die Kommittierten haben rapportiert und avisiert, und darauf hat die ganze Versammlung einhellig den Beschluß gefaßt, man sollte vor allen anderen dem Kf. auf seine Prätensionen Satisfaktion geben und die Sache mit ihm auf dem Fuße, wie vorher Amerongen darüber instruiert gewesen, abhandeln und zugleich die letzthin mit Kf. gemachte Allianz erneuern und verlängern. Dieser Schluß ist am folgenden Tag, wie gebräuchlich, reassumiert, und darauf sind die Deputierten bis auf künftigen Dienstag dimittiert worden, um in ihre Städte zu reisen und ihrer Oberen Approbation desfalls einzuholen. Durch diesen Schluß ist vorerst festgestellt [1]), daß Kf. Satisfaktion haben solle; worin sie bestehen soll, wird erst in der auf künftigen Mittwoch angesetzten Konferenz mit ihm sich äußern. Zwar ist in der Resolution enthalten, daß

[1]) S. d'Avaux, Négotiations V, S. 46 f.

man mit ihm auf Grund der Instruktion für Amerongen handeln solle, danach würde Kf. nicht weniger als 400 000 Rtlr. erhalten, er will sich aber in der Konferenz bemühen, es noch höher zu bringen und noch bessere conditiones zu erhalten.

Alle Welt gratuliert ihm schon, und man bekennt allgemein, daß man nicht geglaubt hätte, daß es bei jetzigem Zustande so weit hätte gebracht werden können. Kf. hat diesen Erfolg allein der sonderbaren Konsideration, worin er bei dem Staat ist, zuzuschreiben, welche durch die in England und der Pfalz vorgegangene Veränderung sehr vergrößert ist, so daß auch die Prediger den Namen des Kf. auf die Kanzel bringen, ein Prediger in Rotterdam hat gesagt, Kf. allein spräche noch für die Religion, was zu tun man hier im Staat aus fleischlichen Rücksichten Bedenken trage. Das über ihn ausgesprengte Gerücht, er komme hierher, um ein Religionsbündnis zu proponieren, hat einen wunderbar guten Effekt bei den Predigern und dem gemeinen Mann getan. Dazu kommt, daß die unerhörte Verfolgung in Frankreich die Gemüter über die Maßen erbittert.

P. v. Fuchs an den Kurfürsten. D. in höchster Eil Haag 21./31. Juli 1685.

[Die Anerbietungen der Generalstaaten. Geringe Aussicht, mehr zu erreichen.]

31. Juli Soeben kommt er aus der mit den Deputierten gehaltenen Konferenz, deren Resultat ist: 400 000 Rtlr., davon 100 000 kontant und die übrigen 300 000 in gleichen Terminen in zehn aufeinanderfolgenden Jahren, die Prätension wegen des Wappens von Brandenburg soll mit einbegriffen sein. Diese Offerte ist seitens der Generalstaaten und also aller Provinzen geschehen, woraus erscheint, daß das Werk in allen Provinzen resolviert ist. Er hat alles nur irgend Mögliche vorgebracht, um die Summe größer und die Termine besser zu machen, es hat auch an dem guten Willen der Deputierten nicht gelegen, aber sie erklärten es für unmöglich und pressierten ihn sehr, er hat aber, da er sich zu Akzeptierung einer solchen Offerte nicht instruiert befunden, nur erklärt, er wollte es dem Kf. berichten.

Die Prätension wegen des Wappens von Brandenburg will er wohl aus der Summe der 400 000 Rtlr. halten, aber sonst mehr zu erreichen, daran verzweifelt er.

Der Kurfürst an v. Fuchs. D. Potstam 28. Juli/7. August 1685. (Conc. Meinders.)

[Forderung, daß die Anerbietungen der Generalstaaten verbessert würden. Anderweitige Vorschläge.]

7. Aug. Er hofft, daß der Staat, wenn es demselben nur einigermaßen um seine Freundschaft zu tun ist, seine Offerte insoweit verbessern wird, daß, wenn nicht eine größere Summe als die 400 000 Rtlr. zu erhalten sein sollte, (womit er sich endlich vergnügen will) wenigstens der erste Termin mit 150 000 bezahlt werde, wegen der übrigen Termine will er sich dem Staat akkommodieren. Sollte diese Kondition

nicht angenommen werden, so soll er seinen Abschied nehmen und zurückkehren. Die Prätension wegen des Wappens von Brandenburg kann unter die verwilligte Summe nicht begriffen werden, da sie ex alia causa herrührt. Es ist dieses seine letzte Resolution und hat F. auf keine andere zu warten.

PS. Sollte er die obige Kondition (150 000 Rtlr. am ersten Termine) nicht durchsetzen können, so soll er versuchen, es dahin zu bringen, daß der Staat jetzt 300 000 Rtlr. bar zahle, wogegen Kf. auf seine weiteren Prätensionen, ausgenommen wegen des Wappens von Brandenburg, verzichten will. Sollte auch diese Proposition nicht angenommen werden, so soll er bei dem Prinzen von Oranien einen Versuch machen, ob dieser dem Kf. 200 000 Rtlr. auszahlen wolle, wogegen er ihm bei dem Staat die 300 000 zedieren will [1]).

P. v. Fuchs an den Kurfürsten. D. Haage 31. Juli/10. August 1685.

[Sein neuer Vorschlag. Bemühungen in Rotterdam und Amsterdam. Rat, wenn nicht mehr zu erreichen sein sollte, auf die holländischen Anerbietungen einzugehen.]

Er hat das Werk auf einen anderen Fuß genommen und statt einer Erhöhung 10. Aug.
des ersten Termines um 50 000 eine solche der ganzen Summe auf 450 000 Rtlr. (150 000 kontant und 300 000 in Terminen) gefordert, wogegen die Prätension wegen des Wappens von Brandenburg und alle sonstigen Prätensionen des Kf. mit abgetan sein sollten. Dem Prinzen und dem Ratspensionar hat dieses Expediens überaus wohlgefallen, und auf ihr Gutfinden hat er sich nach Rotterdam und Amsterdam begeben. An dem ersten Orte [2]) hat er völlige Vergnügung erhalten, in Amsterdam haben ihm die Regenten wieder alle Ehre und Höflichkeit erwiesen, aber erklärt, über 400 000 Rtlr. könnte der Staat nicht hinausgehen, und er hat es durch alle seine Bemühungen nicht weiter gebracht, als daß sie versprachen, wenn die übrigen Städte und Provinzen dazu zu bringen sein sollten, nicht zuwider zu sein. Er ist jetzt wieder hier, um bei gegenwärtiger Versammlung zu vigilieren und sein Äußerstes zu tun, aber er hat wenig Hoffnung, es weiter zu bringen. Sich aufs Betteln zu legen, hält er unter des Kf. Würde, er hat vielmehr immer die Sache so vorgestellt, als wenn dem Staat mehr an der Abtuung der Differenzen gelegen sei als dem Kf., und daß dieser bloß aus Liebe für den Staat soviel von seinen Prätensionen nachließe. Er bittet daher um Resolution, ob er, wenn er es nicht weiter als auf 400 000 Rtlr. sollte bringen können, darauf abschließen soll.

[1]) In einem PS. vom 4./14. August wird er angewiesen, falls der Prinz von Oranien auf diesen Vorschlag nicht eingehen sollte, den Versuch zu machen, ob nicht die Stadt Amsterdam dem Kf. diese Summe unter derselben Bedingung zahlen wollte.

[2]) F. hatte schon 13./23. Juni berichtet, die Stimmung in Rotterdam sei vortrefflich, die beiden Bürgermeister Rosemahl und Bastiansen hätten ihm im geheimen gesagt, wenn der Prinz ohne männliche Erben sterben sollte, so würde Rotterdam auf niemand anders als auf einen Prinzen aus des Kf. Hause stimmen; 16./26. Juni berichtet er, daß Verbold ihm das gleiche wegen Gelderlands versichert habe.

Sein Rat ist, wenn nicht mehr zu erhalten sein sollte, sich damit zufriedenzugeben, denn hier urteilt jedermann, daß der Staat bereits über sein Vermögen offeriert habe, und jedermann rät ihm, zuzuschlagen, sonst würde man Gefahr laufen, daß alles zurückginge. Auch wegen des Wappens von Brandenburg kann er nicht raten, daran das Werk akkrochieren zu lassen, vielmehr lieber Raule wegen dieser Prätension anderweitig zu befriedigen [1]).

P. v. Fuchs an den Kurfürsten. D. Haag 7./17. August 1685.

[Vertrauliche Mitteilung über Äußerungen d'Avaux'. Die gefährlichen Absichten Frankreichs, Rat, vorläufig zu dissimulieren.]

17. Aug. Der Ratspensionar hat ihm heute im höchsten Vertrauen und gegen das Versprechen, nichts davon weder dem Kf. noch sonst jemand merken zu lassen, mitgeteilt, der kaiserliche Resident Crampricht hätte ihm, nachdem er fast mit einem Eide von ihm das secretum stipuliert hätte, erzählt, d'Avaux hätte zu seinem Konfidenten, dem K. Cölnischen Residenten Norff [2]), den Crampricht bestochen hat, gesagt, es wunderte ihn, daß der Staat dem Kf. eine Million Gulden gebe, da doch Kf. Straßburg, Lützburg, ja den Staat selber verkauft hätte. Er bittet, um sich das Vertrauen des Ratspensionars erhalten zu können, Kf., dieses bei sich zu behalten und weder gegen Rébenac noch sonst jemand, von dem dieser es erfahren könnte, etwas davon merken zu lassen. Man muß jetzt gegen Frankreich die nötige Kunst großer Herren, das Dissimulieren, gebrauchen, Kf. kann aber daraus abnehmen, wie man gegen ihn gesinnt ist, und wie man in Franreich die großen von ihm dem König geleisteten Dienste zu rekompensieren gedenkt, zugleich was man getan hat, um seine Negotiation hier zu hintertreiben. Er ist gestern selbst bei Crampricht gewesen, um zu sehen, ob er es auch ihm sagen würde, aber er hat von ihm nur herausbringen können, es sollten nachdenkliche Reden davon geführt werden. Er zeigte ihm aber einen Brief aus Trier, nach dem man dort wieder in der äußersten Furcht stände, indem sie Nachricht hätten, daß in Luxemburg überaus große Kriegsvorbereitungen getroffen würden, man meinte, es wäre auf Coblenz und Ehrenbreitstein abgesehen. Er hält dieses zwar nicht für wahrscheinlich, eher, daß es auf Cöln angesehen ist, denn es ist gewiß, daß Frankreich sich zum Meister des ganzen Rheinstroms zu machen gedenkt und nur eine bequeme Gelegenheit zur Exekution abgewartet hat.

Dieses nun, und daß Franckreich ohne deme intendiret, ein arbitrium über alle Potentaten in Europa zu haben, und es dahin zu bringen, daß sie ihr Tuen und Lassen nach Franckreichs Wohlgefallen mesuriren sollen, kommet mit Ew. Chf. D. interesse status und independance garnicht und noch viele weniger mit dero genereuser und die teutsche souveraine Freiheit

[1]) Kf. erwidert darauf (d. Freienwalde 8./[18.] August 1685), er lasse es bei seinen letzten Orders bewenden, sollte man dabei beharren, ihm nur 400 000, im ersten Termin 100 000 Rthr. zahlen zu wollen, so solle F. die Verhandlung abbrechen und abreisen.

[2]) S. über dessen Mitteilungen d'Avaux, Négotiations V, S. 23, 30.

liebenden Gemüte überein, daher dann nichts gewisser ist, als daß Ew. Chf. D. (wo Sie nicht so wie jetzo Chur-Trier, Chur-Pfaltz und andere tractiret werden, sich wollen handelen lassen) nothwendig mit Franckreich werden zerfallen müssen. Gebe nur der Höchste, daß es alsdann noch Zeit sei, sich selbiger Crone unbändigen Gewalt zu wiedersetzen. Einmal ist das gewiß, daß es sicherer und besser, das Feuer in seines Nachbaren, als in seinem eigenen Hause zu dämpfen. Es ist gleichwohl meine Meinunge gar nicht, Ew. Chf. D. gleich jetzo éclattiren zu machen, au contraire ich bitte Ew. Chf. D. zum höchsten, alles aufs sorgfältigste zu dissimuliren und indessen heimblich ihre mesures zue ihrer Erhaltunge und Sicherheit zu nehmen. Ich hoffe bald das Glück zu haben, Ew. Chf. D. die Hände in Unterthänigkeit zu küssen, da ich ihro dann mehrere particularia sagen werde, als jetzo der Feder zu vertrauen. Es ist nicht ohne, so lange als Franckreich Ew. Chf. D. vonnöten hat, oder dieselbe nichtes thuen, was selbiger Crone Maximen zuwider, werden sie Ew. Chf. D., wie sie bisher gethan, caressiren, auch wohl neue Advantagen offeriren. Aber die Schlange lieget unter dem Kraute verborgen; wann sie von Ew. Chf. D. nichtes mehr zu gewarten haben, oder dieselbe auf ihre interesse alleine sehen werden, so wird Franckreich es mit Ew. Chf. D. machen, wie sie es mit Holland, Schweden und anderen ihren besten Freunden gemachet und wovon der jetziger Churfürst in der Pfaltz ein lebendig Exempel ist.

PS. Er ist heute Morgen wieder bei Fagel gewesen, dieser hat ihm gesagt, er hätte gestern Nachmittag noch eine Visite von Crampricht gehabt, der nicht allein alles bestätigt, sondern auch erlaubt hätte, es ihm mitzuteilen, doch meint auch F., Kf. möchte es wenigstens vorläufig nicht publik machen.

P. v. Fuchs an den Kurfürsten. D. Haag 8./18. August 1685.

[Günstige Beschlüsse der Staaten von Holland.]

Die Sache ist glücklicher ausgeschlagen als er und alle Welt vermutet hatten, 18. Aug.
denn gestern ist [1]) in der Versammlung der Staaten von Holland und Westfriesland resolviert worden, daß seine Kommissare jetzt die Handlung mit ihm völlig abtun sollten, und zwar hat er in geheim vernommen, daß nicht allein pro primo termino 150 000 Rthlr., sondern über die 400 000 noch 40 000 bewilligt worden sind [2]). Er

[1]) Vgl. d'Avaux, Négotiations V, S. 54.

[2]) F. meldet (d. Haag 11./21. August 1685), er komme soeben aus der Konferenz, in welcher ihm von den Generalstaaten und von allen sieben Provinzen dasselbe zugestanden sei, was Holland beschlossen hatte (440 000 Rtlr., davon 150 000 im ersten Termin), und die letzte 1688 ablaufende Allianz bis zu Ende dieses Jahrhunderts verlängert worden sei. Kf. (d. Freienwalde 14./[24.] August 1685) erklärt sich mit dem Traktat und seiner dabei angewandten Dexterität und Sorgfalt zufrieden und beauftragt ihn, dem Prinzen von Oranien, Fagel und Amerongen seinen Dank auszusprechen.

hat sich sehr bemüht, noch mehr zu erlangen, aber es ist hier wahrhaftig nichts übrig. Kf. kann auch festen Staat darauf machen, daß die Termine richtig werden eingehalten werden, dessen hat man ihn fest versichert, man hat sogar resolviert, vor dem Verfallstag jedesmal den Empfängern anzubefehlen, soviel Gelder innezubehalten und an keinen auszuzahlen, wie jetzt bereits in Nordholland und auch in Utrecht geschieht.

P. v. Fuchs an den Kurfürsten. D. Amsterdam 14./24. August 1685 [1]).

[Das Zustandekommen des Vertrages. Bemerkungen zu demselben. Seine Rückreise.]

24. Aug. Er übersendet den gestern vollzogenen Traktat [1]).

Da der Ratspensionar einige Tage auf seinem Gute Lewenhorst war, wo er es übernommen hatte, ein Projekt zu verfertigen, hat er, um Zeit zu gewinnen, ihn an seine Zusage zu erinnern und gleichsam eine forme zu zeigen, sofort ein solches gemacht und ihm nebst der Übersetzung zugeschickt, er kam darauf bald nach dem Haag herein und schickte ihm sein Projekt in holländischer Sprache, das außer dem Eingange und dem ersten und dritten Artikel fast ganz mit seinem übereinkam und sichtlich daraus genommen war. Sie haben dann mehrere Male darüber beraten, manche Änderungen vorgenommen, sich endlich über sein Projekt vereinbart, und er hat es dann ins Hochdeutsche übersetzt. Den ersten Artikel, die Renunciation auf die Subsidien, haben sie immer pro conditione sine qua non gesetzt mit Rücksicht darauf, daß sonst auch die anderen Alliierten mit demselben Recht die restierenden Subsidien fordern könnten. Daß die Summe wegen des dedommagement und anderer Prätensionen gezahlt wird, ist auch den Prätensionen des Kf. an Spanien, den Kaiser und das Reich nicht hinderlich, sondern vielmehr beförderlich.

In Artikel 2 hat er zugeben müssen, daß der erste Termin nicht bei Auswechslung der Ratifikationen, sondern erst einen Monat nachher gezahlt werden soll, da Fagel ihm aus der Verfassung des Staats gezeigt hat, daß keine Zahlungen bei der Generalität geschehen können, wenn nicht die Repartition einen Monat vorher gemacht ist, die aber erst nach der Ratifikation geschehen kann, dafür ist der Termin der letzteren desto kürzer, nur auf einen Monat, gesetzt worden. Nachdem sie so alles adjustiert, hat F. das Projekt in die Versammlung der Generalstaaten gebracht, wo es unanimi consensu plazidiert wurde. Dann ist er noch dreimal mit seinen Kommissaren, die auch große Eile hatten nach Hause zu kommen, zusammen gewesen, und sie haben endlich gestern den Traktat unterschrieben und vollzogen.

[1]) S. den Vertrag vom 23. August 1685 bei Sylvius, II. Buch XXIII, S. 95 ff.; Dumont VII 2, S. 111 ff. Inhaltsangabe bei Pufendorf XIX, § 6 (S. 1523 f.), v. Mörner S. 469 f. D'Avaux sendet schon am 27. August eine Abschrift desselben nach Paris und bemerkt dazu, Art. 4 sei une veritable ligue, ähnlich dem Assoziationsvertrag (Négotiations VI, S. 644).

Er hat mit Gutfinden des Ratspensionars beschlossen, zunächst zu Kf. zurückzukehren, und zwar seine Reise über Dieren, Lewarden und Gröningen, darauf über Emden, Bremen und Hamburg zu nehmen, um sich von dem Prinzen zu verabschieden und in Friesland und Gröningen für die bisherigen guten officia zu danken und des Kf. Interesse zu rekommendieren. Hier in Amsterdam ist er schon bei dem präsidierenden Bürgermeister Witsen gewesen und wird auch noch Beuningen zu sprechen suchen.

Der Kurfürst an den Prinzen von Oranien. D. Ouranienburg 28. August/7. September 1685.

[Dank für dessen Bemühungen. Die Auswechslung der Ratifikationen des Vertrages.]

Fuchs hat ihm ausführlich berichtet, was bei seiner Negotiation im Haag vorgegangen und was der Prinz ihm beim Abschied aufgetragen hat. Er dankt für die ihm bezeugte Affektion, auch er wird bei allen Gelegenheiten des Prinzen Interesse wie sein eigenes treulich beobachten, wie sie denn auch fast in allen Stücken kombiniert sind. Er hofft, daß aus dem Traktat viel Gutes sowohl für das gemeine Beste als auch für die Sicherheit beider Paziszenten herfließen wird. Ebenso wie hier einige ministri, welche der Prinz wird leicht erraten können, eine große ombrage und jalousie darüber bezeugen [1]), wird es gewiß auch dort geschehen. Er wird trotzdem den Traktat sofort ratifizieren und die Ratifikation an v. Diest schicken, um sie in termino, am 13./23. September, auszuwechseln. Fuchs, der eben erst von der Reise kommt und sich etwas fatiguiert und unpaß befindet, kann unmöglich gegen die Zeit dort sein. Da ohnedem dessen Zurückkunft nach dem Haag ohne Zweifel noch mehr Ombrage verursachen würde, und er seine Aufwartung hier vonnöten hat, so wünscht er, daß er der Rückreise überhoben sein möchte, und will dann zu Erhebung der Gelder jemand anders hinschicken. Sollte der Prinz aber seine Wiederkunft für nötig und diensam halten, so soll Fuchs sich sofort auf den Weg machen. 7. Sept.

Der Kurfürst an v. Diest. D. Cölln 5./15. September 1685.

[Befehl, die Amsterdamer zur Bewilligung der Ratifikation des Vertrages zu bewegen.]

Er hat die sichere Nachricht, daß der Comte d'Avaux jüngst zu Amsterdam gewesen ist [2]), dort alle Bürgermeister und den Oberschulzen Boreel besucht und sich auf das äußerste bemüht hat, zu verhindern, daß diese Stadt in die Ratifikation des Traktats willige. D. soll sich sofort nach Amsterdam begeben und den Bürgermeistern anzeigen, Kf. wüßte von d'Avaux' Bemühungen, sie sollten sich daran nicht kehren, sondern um so mehr die Auswechslung der Ratifikationen treiben und dadurch die Freundschaft mit ihm beizubehalten suchen. Sollten sie es nicht tun, so werde Kf. darum seine rechtmäßigen Forderungen nicht fallen lassen, sondern sie vollständig durch andere Mittel beizutreiben trachten, die 15. Sept.

[1]) S. Urk. u. Akt. III, S. 775, XX, S. 1019 ff.; Prutz S. 301.

[2]) S. Négotiations du comte d'Avaux V, S. 66 f.

manchen nicht angenehm sein möchten. Im übrigen soll er fleißig berichten, was in dieser Sache passiert, ob sich Opposition findet und von wem dieselbe gemacht wird, auch ob d'Avaux auch an andere Glieder des Staats sich adressiert hat. Mit dem Prinzen von Oranien und dem Ratspensionar hat er daraus vertraulich zu kommunizieren.

---

v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 12./22. September 1685.

[Erklärungen der Amsterdamer Deputierten über die Ratifikation.]

22. Sept. Er hat dem Pensionar Hoppe seine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß Amsterdam allein in der Provinz Holland wegen der Ratifikation des Traktats noch nicht bereit gewesen ist. Derselbe behauptete, es sei eine bloße Versäumnis, er wollte sofort an seine Prinzipalen deswegen schreiben, die Resolution werde gewiß am folgenden Donnerstag hier sein. Nachdem er dann des Kf. Order vom 1./11. September[1]) und die Ratifikation erhalten, hat er dem Ratspensionar und am Donnerstag durch ein Memorial den Generalstaaten Nachricht davon gegeben. Der Präsident sagte ihm dabei, daß Gelderland, Utrecht und Overyssel schon fertig wären und von den anderen Provinzen über die Ratifikation beraten würde. An demselben Tage hat der Ratspensionar in der Versammlung von Holland die Stadt Amsterdam gefragt, ob sie fertig wäre, worauf die Deputierten mit ja geantwortet haben. Er hat ihm dieses sofort im Vertrauen mitgeteilt, da aber der Pensionar Hoppe an diesem Tage nicht nach Verabredung zu ihm gekommen ist, hat er sich weiter danach erkundigt und erfahren, daß in ihrem Advis enthalten gewesen, der vierte Artikel sei bereits in dem Traktat von 1678 enthalten, also überflüssig und unnötig. Als der Ratspensionar aber gefragt, ob sie wollten, daß deswegen die Ratifikation unterbleiben solle, hätten sie erwidert, sie hätten keine weitere Order, sich darüber zu explizieren.

Er hat gestern mit dem Ratspensionar überlegt, was bei der Sache zu tun sei. Dieser sagte ihm, er hätte mit den Deputierten von Amsterdam verabredet, daß sie künftigen Montag ihn ihre Resolution wissen lassen wollten. Wäre sie gut, so hätte es damit seine Richtigkeit, wenn nicht und wenn inzwischen die Ratifikationen von Seeland, Friesland und Gröningen einliefen, so wollte er Mittwoch, wenn die Staaten von Holland wieder zusammenkämen, die Sache einrichten und mit ihm weiter kommunizieren. Wäre es dann nötig, so wäre nach Amsterdam zu gehen, vorläufig wäre es noch zu früh, es wäre mehr pro dignitate des Kf., daß die Glieder von Holland das Werk bei Amsterdam täten, er wollte dafür stehen, daß es an der Ratifikation nicht fehlen sollte. Er ist diesem Rate gefolgt und hat es vorläufig noch unterlassen, nach Amsterdam zu gehen[2]).

[1]) In derselben war ihm aufgetragen worden, die Auswechslung der Ratifikationen zu besorgen.

[2]) D. meldet 15./25. September, Hoppe sei bei ihm gewesen, habe einige Wünsche der Stadt Amsterdam vorgebracht und ihm mitgeteilt, daß dort jetzt alles resolviert sei und jedenfalls in 48 Stunden in Holland alles zur Perfektion gebracht sein werde. Von Friesland und Gröningen sei inzwischen auch die Ratifikation eingetroffen, es fehle nur noch die von Seeland. Die Ratifikation der Generalstaaten ist 3. Oktober 1685 ausgestellt.

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 13./23. October 1685.

[Erklärungen Fagels in betreff der Antwort des Kf. an Rébenac und der Verhandlungen mit Dänemark und Schweden.]

Er hat auf des Kf. Befehl dem Ratspensionar mitgeteilt, was bei der Konferenz mit Rébenac[1]) vorgelaufen. Fagel war damit nicht nur zufrieden, sondern sagte auch, Kf. hätte nicht generöser und redlicher antworten lassen können, man könne daraus erkennen, wohin man französischerseits ziele, auch was ihnen hier zu fürchten oder zu hoffen sei. 23. Okt.

Er hat mit Fagel auch über die dänische und schwedische Sache gesprochen. F. versichert, man wünsche seitens des Staates mit Dänemark in gutem Vernehmen zu stehen, der letzte Traktat aber wäre so kaptiös eingerichtet, daß es viele Brouillerien verursachen und er vom Staat nur mit der äußersten ruine ihrer Kommerzien gehalten werden könnte. Er hätte eine ausführliche Instruktion für die Kommissare des Staats, Moering und Goes, ausgearbeitet, die auch in Holland schon approbiert wäre, so daß, wenn auch der König von Dänemark einige Fazilität beibringen würde, die Sachen leicht zu finden sein würden.

Bei den Traktaten mit Schweden versicherte er, hätten sie nicht die Absicht, irgendetwas einzugehen, was dem Kf. nachteilig sein könnte, er nannte ihm die Traktaten, die sie erneuern wollten, und erbot sich, wenn in denselben Punkte wären, die dem Kf. anstößig wären, darüber mit ihm zu konferieren und sie fortzulassen oder zu ändern.

Der Kurfürst an den Prinzen von Oranien. D. Potstam 1. 11. November 1685.

[Verhandlung mit den evangelischen schweizerischen Kantonen wegen eines Bündnisses.]

Die schweizerischen evangelischen Kantons haben[2]) ihn durch eine gewisse Person insgeheim wegen eines von ihnen gewünschten Bündnisses sondieren lassen. Er hat sich dazu bereit erklärt, aber verlangt, daß dieses Vorhaben sehr geheim gehalten werde, um nicht dadurch die ohnedem gar zu mächtige katholische Partei zu einer Gegenverbindung zu veranlassen und zu einem unzeitigen Religionskrieg Anlaß zu geben, und um den König von Frankreich, mit dem er jetzt ohnedem wegen des mit dem Staat getroffenen Traktats gar übel stände, sich nicht gar zu früh und ehe er in genugsamer Gegenverfassung wäre, auf den Hals zu ziehen. Er hat ferner für nötig erklärt, daß seine Prinzipalen ein solches Ansinnen auch an die Generalstaaten mit behöriger Behutsamkeit richten möchten, und daß hiernächst noch andere mehr, besonders das Haus Braunschweig-Lüneburg, Hessen-Kassel, ja selbst Schweden folgen würden. Jener hat alles ad referendum genommen und wegen des Staats versichert, seine Prinzipalen würden 11. Nov.

[1]) S. Rébenacs Bericht vom 6. Oktober 1685 (Urk. u. Akt. XX, S. 1035 ff.; Pruz S. 301).

[2]) S. Fester, Die Augsburger Allianz von 1686 S. 36 ff.; Dierauer, Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft IV, S. 90.

sich mit demselben gern setzen und die widrigen constestationes, die bei vorigem Kriege vorgekommen, vergessen. Kf. bittet den Prinzen, ihm zu eröffnen, wie man ferner darin verfahren solle, und seine Antwort an Fuchs zu adressieren.

Instruction, wornach sich unser — Gen.-Lieutenant der Freiherr von Spaen gehorsambst zu achten. D. Potstam 2./12. November 1685.

[Bitte, im Notfall die Besatzung von Wesel zu verstärken und, um die Befestigung der Stadt schneller ausführen zu können, das Zustandekommen einer Anleihe zu befördern.]

12. Nov. Er hat sich nach Cleve und, wenn er dort ein paar Tage gewesen, unter Vorschützung von Privatangelegenheiten nach dem Orte zu begeben, wo sich der Prinz von Oranien aufhält, ihm für die bei Erneuerung der Allianz und Auszahlung des ersten Termins geleisteten guten officia zu danken, ihm mitzuteilen, daß der König von Frankreich[1]) diesem Traktat, weil den mit ihm geschlossenen Bündnissen zuwiderlaufend, offen widersprochen und in ihn sehr hart gedrungen habe, ihn aufzuheben oder wenigstens seinen Effekt durch eine ihm vorgezeigte Deklaration zu annullieren, wobei man französischerseits nicht nur allerhand Menacen gebraucht, sondern auch versucht habe, das Haus Braunschweig-Lüneburg durch einen neuen Traktat an sich zu ziehen, und ihm auch deutlich zu verstehen gegeben hat, daß man bei Schweden ebendergleichen tentieren werde. Er aber gedenke das mit dem Staat jüngst erneute und aufgerichtete Bündnis in alle Wege und aufrichtig zu halten, hätte sich an jene Drohungen nicht gekehrt und nicht allein gegen Rébenac die begehrte Deklaration rund abgeschlagen, sondern auch dieses in einem besonderen Schreiben an den König[2]) selbst getan, dessen Abschrift er dem Prinzen zeigen darf, aber sonst höchstens zu menagieren hat. Er müßte nun abwarten, was für weitere Folgen dieses haben werde, er könnte sich aber selbst die Rechnung machen, daß, wenn der König auch nicht gleich in ein öffentliches ressentiment wieder ihn eklatieren sollte, er doch kein Vertrauen zu ihm haben, sondern ihm unter der Hand zuwider zu sein und zu schaden versuchen und bei günstiger Gelegenheit ihn anzugreifen und zu ruinieren trachten werde, zumal da er genötigt sein werde, in seinem eigenen Interesse und dem des Reiches und seiner Nachbarn und Freunde, besonders des Staats, sich den bisherigen Maximen jener Krone zu widersetzen und seine mesures dagegen zu nehmen. Die größte Gefahr würde seine in Westfalen und am Rhein belegenen Lande treffen, daher müßte er um die Konservation der Festung Wesel[3]), des Schlüssels und der Vormauer sowohl des Staats als auch des ganzen westfälischen Kreises, besonders bedacht sein, er hätte auch schon ihn, v. Spaen, eiligst depeschiert, um deshalb

[1]) S. Urk. u. Akt. XX. S. 1034 ff. und unten Abschn. III.

[2]) S. das Schreiben des Kf. an Ludwig XIV. vom 16./26. Oktober 1685 unten Abschn. III.

[3]) S. Hötzsch, Stände und Verwaltung von Cleve und Mark in der Zeit von 1666 bis 1697, S. 747 ff.

behörige Vorsorge zu tragen. Es komme darauf an, daß 1. die Fortifikations in gutem Stande, 2. der Platz mit der nötigen munition de bouche et de guerre und 3. mit einer ausreichenden Besatzung versehen werde. Zu dem zweiten und dritten ließe er auch die nötigen Vorkehrungen treffen, und er hoffte, daß im Notfall der Prinz das Fehlende supplieren werde. Er hätte zwar jetzt eine ziemliche gute Mannschaft darin und in der Nähe, die aber im Fall einer Attacke bei weitem nicht ausreichen werde; mehr Leute dorthin zu schicken, würde bei Frankreich große Ombrage verursachen und es vielleicht zum Prävenire anreizen. Von hier her aber könnte er nicht schnell genug Verstärkungen schicken, während der Prinz innerhalb 24 Stunden soviel Truppen als er nur wollte hineinwerfen könnte. Er hoffte dieses um so mehr, da es der Allianz gemäß und dem eigenen Interesse des Staats entsprechend sein würde. Sp. hat darauf um positive Antwort anzuhalten. Er hat zu versichern, daß Kf. mit dem Prinzen in allem de concert zu gehen beabsichtige und mit ihm aus den vorkommenden Sachen zu kommunizieren wünsche.

Bei einer späteren Gelegenheit soll er als für sich anführen, daß zur Vollendung der Fortifikationen von Wesel eine bedeutende Summe notwendig sein werde, daß Kf. dazu einige Gelder destiniert hätte, die aber bei weitem nicht ausreichen würden, daß er gegenwärtig nicht mehr dazu übermachen könnte, da alles übrige zur Fortschickung der dem Kaiser versprochenen Auxiliartruppen und Anwerbung neuer Mannschaft destiniert wäre, und daß der Prinz ihm einen besonderen Dienst erweisen würde, wenn er zu dieser Fortifikation von Wesel durch seine Autorität eine Anleihe von 20 000 Rthlr. zuwege bringen möchte, die nebst dem gewöhnlichen Interesse aus den nächstfolgenden Terminen der staatischen Gelder zurückgezahlt werden sollten. Er hat auch diesen Punkt besonders zu urgieren, aber nicht merken zu lassen, daß er von Kf. herkomme.

Er hat dem Prinzen das secretum seines Anbringens bestens zu rekommendieren, auch selbst diese Instruktion und deren Inhalt aufs höchste zu secretieren und sie nebst dem, was dazu gehört, bei erster sicherer Gelegenheit zu des Kf. eigenen Händen einzuschicken.

Prinz Wilhelm von Oranien [1]) an den Kurfürsten. D. a la Haye ce 24. de Novembre 1685 [1]).

[Auf das Schreiben vom 2./12. November. Bereitwilligkeit zu dem Bündnis mit den Schweizern.]

— je suis persuadé que cette affaire doit estre menagée fort delicate- 24. Nov.
ment, comme V. A. E. le juge tres prudemment, mais je ne croi pas que l'on doit rebute ces bonnes gens, au contraire les engager a demeure ferme dans leurs bonnes intensions et je ne vois auqu'un danger que V. A. E. leurs asseure de son assistance en cas de besoin, il seroit necessaire qu'ils envoyassent quelqu'un icy avec qui on peut parle, mais il faudroit que cela se fit

[1]) Eigenhändig.

le plus secretement possible. Il est asseurement nullement de l'interest de V. A. E. ny de cet Estät de voir les cantons suisses sous la domination de la France ou du moins tributaire, et il y va de la conscience de voir perdre sans les assister une des mellieures parties qui restent de nos povres protestans, pour moy j'y faires tout mon possible et assisteres en cela V. A. E. comme en tout autre chose selon mon pouvoir [1]). —

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 27./17. November 1685.

[Das Potsdamer Edikt. Mitteilungen Güldenstolps.]

17. Nov. Das Edikt [2]), welches Kf. in faveur der refugüerten Religionsverwandten hat publizieren lassen, hat er hier, damit es weiter unter die Leute komme, drucken lassen, das gleiche hat auch der Staat getan, um es an alle Glieder der Regierung zu kommunizieren, und es ist von allen mit sonderlichem Vergnügen gelesen worden. Der Kommissar Romswinckel hat ihm auch das ihm deswegen zugekommene Reskript mitgeteilt und ihn ersucht, zu den bei Transportierung solcher Personen nötigen Geldern Anstalt zu machen. Da er deswegen noch keinen Befehl erhalten, hat er vorläufig ein paar hundert Taler von dem Seinigen dazu offeriert.

Der schwedische Envoyé extraordinaire Guldenstolp hat ihm sehr höfliche Kontestationen von der großen estime gemacht, welche sein König für Kf. hätte, und wie sehr er verlangte, mit demselben in ein Einverständnis zu treten. Graventhal sei so instruiert, daß er nicht zweifelte, Kf. werde daraus die aufrichtige Intention des Königs erkennen. Derselbe bewundere des Kf. Großmut und daß dieser fast allein sowohl in politicis als auch in ecclesiasticis sich rotunde explizierte, er hoffte, es würde ein ewiges Einverständnis zwischen ihnen zustande kommen.

Der Kurfürst an den Prinzen von Oranien. D. Potstam 20./30. November 1685.

[Vorschlag eines Bündnisses beiderseits mit Schweden und dem lüneburgischen Hause und der Absendung eines holländischen Bevollmächtigten zu ihm.]

30. Nov. Er hat aus Schweden Nachricht, daß der dortige König sehr geneigt sei, mit ihm pro bono publico et securitate communi in eine vertrauliche Zusammen-

[1]) In einem Begleitschreiben an Fuchs vom 23. November schreibt der Prinz, er habe die Sache mit Fagel überlegt, dieser werde ausführlicher ihre Meinung darüber auseinandersetzen. In betreff des Standes der Dinge in England könne er versichern, daß es bisher kein öffentliches oder geheimes Bündnis zwischen Frankreich und England gebe, daß der König von England vielmehr entschlossen sei, den Frieden in Europa aufrecht zu erhalten und keine neue Gewalttaten von seiten Frankreichs zu dulden.

[2]) Das Potsdamer Edikt vom 29. Oktober 1685 (Mylius VI, Anhang S. 43 ff.). S. Droysen III 3, S. 530 f.; Landwehr, Die Kirchenpolitik Friedrich Wilhelms des Großen Kurfürsten, S. 303 ff.

setzung zu treten, und zu diesem Zwecke wieder seinen Envoyé extraordinaire v. Graventhal hierher schicke. Er ist in Erwägung der überaus gefährlichen Läufte, die ihm, dem Staat und anderen Benachbarten anscheinen, nicht abgeneigt dazu, meint aber, um etwas Kräftiges und Nachdrückliches zu schließen, werde es sehr diensam sein, wenn das Werk durch ein gemeines Concerto zwischen Schweden, ihm, dem Staat und dem Fürstl. Hause Lüneburg gefaßt würde. Er ersucht daher den Prinzen, zu veranlassen, daß die Staaten wieder einen vertrauten ministrum cum charactere hierher schicken, weil solch Konzert füglich nirgends besser als hier wird geschehen können, er wird dann auch dergleichen Veranlassung bei dem lüneburgischen Hause tun, doch dürfte, um das Geheimnis zu wahren, der staatische Gesandte nicht publiquement und mit Vorwissen aller Glieder des Staats darauf instruiert, sondern dazu andere Ursachen, welche alle Glieder des Staats wohl wissen mögen, prätexiert werden.

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 22./12. Dezember 1685.

[Empfang der am ersten Termin zu zahlenden Gelder. Maßregeln gegen die Katholiken und zugunsten der Refugiés].

Wie man nunmehr in wenig Tagen der völligen Zahlung gesichert ist und des- 12. Dez.
wegen mit dem Empfang der 150 000 Rtlr. einen Anfang gemacht, wird Kf. aus Stille's[1]) Bericht näher ersehen.

Die Staaten von Holland haben gestern ihren ordinären Kriegsestat ganz einmütig konsentiert und in einer Konferenz mit dem Prinzen von Oranien ein Projekt ajustiert, wie man alle refugiierten französischen Offiziere mit Wartegeld akkommodieren solle. Man ist hier[2]) in Deliberation begriffen, vorerst alle heimlichen Ordenspriester rigoureusement wegzuschaffen und alle säkulieren katholischen Priester, welche nicht hier eingeboren sind. Man hofft, dadurch desto sicherer vor Intriguen zu sein. Der kaiserliche und der k.cölnische Resident tun allerdings dagegen alle erdenklichen officia, wie aber schon einige Städte solches zur Exekution gebracht haben, so zweifelt man nicht, daß es von Holland und folglich vom ganzen Staat werde beschlossen werden. Das Edikt des Kf. und die darin promittierten Avantagen sind auch bei der Provinz Holland in Konsideration gekommen, und es scheint, daß man auch hier dergleichen publizieren wird.

[1]) Kf. hatte (d. Massin 24. Sept./4. Oktober 1685) den Hofrat Conrad Berthold Stille beauftragt, sich nach dem Haag zu begeben, zusammen mit v. Diest darauf zu dringen, daß an dem festgesetzten Termine (23. Oktober) die erste Rate (150 000 Rtlr.) der in dem Vertrage vom 23. August festgesetzten Summe gezahlt werde, und das Geld dann nach Berlin zu bringen. St. war am 22. Oktober im Haag angekommen, hatte das Geld aber noch nicht bereit gefunden; erst am 20. Dezember meldet er, die Kontingente aus Seeland, Overyssel und Holland seien eingekommen, und er hoffe, in wenigen Tagen mit dem Empfang fertig zu sein und die Rückreise antreten zu können.

[2]) S. Blok V, S. 451 ff.

A. v. Spaen an den Kurfürsten. D. Ins Grafenhag 14./24. Dezember 1685.

[Audienz beim Prinzen von Oranien, dessen Bereitwilligkeit, Kf. zu unterstützen.]

24. Dez. Er ist am Abend des 11./21. hier angekommen und hat am folgenden Tage bei dem Prinzen von Oranien Audienz gehabt. Nachdem er demselben alles, was in seiner Instruktion enthalten war, von Wort zu Wort vorgetragen, erkundigte sich der Prinz zuerst nach der Gesundheit des Kf. und seiner Gemahlin, versicherte dann, daß er sich keine Gelegenheit entgehen lassen wolle, das Interesse des Kf. wahrzunehmen, und sprach seine Freude darüber aus, daß derselbe die Sachen von Frankreich so, wie es nötig wäre, konsiderierte und sich nicht hätte schrecken und zur Unterschreibung einer solchen Deklaration bewegen lassen. Er war auch ganz damit einig, daß der König kein Vertrauen mehr zu Kf. haben und daß er, wenn sich eine Gelegenheit bieten sollte, demselben einen Streich zu spielen, sie nicht verabsäumen werde, doch meinte er, daß er jetzt wohl nicht etwas gegen denselben unternehmen werde. Sollte es aber doch geschehen, so könnte er dem Kf. versichern, daß der Staat nicht allein vermöge der Allianz das Interesse des Kf. embrassieren, sondern auch noch mehr tun werde. Er wollte darüber mit dem Ratspensionär sprechen und ihm dann eine eigentliche Antwort erteilen. Er erkundigte sich darauf nach der Stärke der Garnison von Wesel und dem Zustand der Festung und sagte, nachdem er ihm berichtet, daß er die Garnison innerhalb 24 Stunden auf 19 Kompagnien z. F. à 150 Mann ohne premier plane verstärken und auch noch sein Regiment zu Pferde à sechs Kompagnien und drei Kompagnien vom Generalmajor Briquemaut heranziehen könnte, und auch im Notfall das Ziethensche Regiment z. Fuß in Minden und das Briquemautsche Bataillon in Lippstadt vorhanden wären, von denen er je zwei Kompagnien nach Wesel dürfte kommen lassen, das wäre noch lange nicht genug, Wesel wäre ein Platz, der eine große Besatzung erforderte, die Werke wären schlecht, warum nicht alles Volk aus Minden und Lippstadt oder nicht mindestens der größte Teil dorthin genommen werde? Und er wiederholte, daß, wenn er dem Staat wegen Wesel proponieren dürfte, dieser gewiß ihn autorisieren würde, alles zu tun, wie er es gut befinden würde. Er sprach auch mit ihm wegen der Bezahlung der 150 000 Rtlr., bat es nicht übel zu nehmen, daß es noch nicht geschehen wäre, und versicherte, daß diese Gelder noch in dieser Woche würden entrichtet werden.

Er kann die gute Einigkeit hier im Lande, die Animosität gegen Frankreich und die Affektion für Kf. nicht genug beschreiben [1]).

[1]) Derselbe berichtet 14./24. Dezember 1685, Fagel habe sich in derselben Weise geäußert, und der Prinz habe ihn beauftragt, dem Kf. positiv zu versichern, daß er im Notfall an Hilfe für Wesel und allem ferneren Beistand es nicht werde ermangeln lassen.

Prinz Wilhelm v. Oranien an den Kurfürsten. D. à la Haye ce 5e de Janvier 1686.

[Notwendigkeit eines festen Zusammenhaltens der Niederlande mit Kf. Rat, Wesel in Verteidigungszustand zu setzen. Glückwünsche. Dank für die Bemühungen zugunsten von Orange.]

Je ne doute pas que Mr le Lt. General Spaen n'aura deja informé V. A. El. du succez de sa commission icy, dont j'espere qu'elle sera saitsfait et qu'elle sera persuadée que je neglirej auqu'une occasion pour luy temoigner reelement l'attachement que j'ay a ces interest et a son service. C'est aussi cur ce pied la que je prenderej la liberte d'informer V. A. El. de temps a autre de mes pensées en cette dangereuse conjuncture ou je croi qu'il est plus necessaire que jamais une estroite union entre V. A. El. et cett Estat et que toutte les mesures qu'elles prendront à l'avenir soient de concert, a quoy je contribuerej tout ce qui sera en mon pouvoir. Je crois estre oblige par ce mesme interest de luy representer la necessite qu'il y a de mettre la ville de Wesel en bon estat de defence, j'espere qu'elle ne trouvera pas movais cette liberte que je preus de l'en faire souvenir. Comme c'est la premiere lettre que j'ay l'honneur d'escrire a V. A. El. en cette nouvelle année, je crois estre tant de mon devoir que de mon inclination de luy souhaiter toute sorte de prosperites et de benedictions, comble de gloire et une longue suitte d'années pour le bien et advantage de ces Estats et de toutte la Chrestiente pour le quel elle temoigne tant de zele sur tout au reguard de l'horrible persecution de ceus de nostre confession, c'est aussi une grande obligation que j'ay en mon particulier a V. A. El. de ce qu'elle prend tant a cœur les violances que la France me fait a Orange [1]) et de toutte les peines qu'elle prend en cette affaire que je tacherej de recognoistre toutte ma vie en luy faisant voir par les effets la veritable passion avec la quelle je suis —

5. Jan.

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 5. Januar 1686.

[Mitteilungen Jurieux'. Aufforderung zu einem Bündnis mit den evangelichen Schweizer Kantonen und zur Verwendung für die Waldenser. Erklärungen Fagels.]

Der Prediger Jurieux[2]) ist bei ihm gewesen und hat ihm Schreiben aus der Schweiz gezeigt, welche nicht genug die Einmütigkeit der Kantone und ihre beständige Resolution, sich bei ihrer Libertät zu konservieren und die, welche zu ihnen refugiiert, zu protegieren, melden können. Er stellte ihm vor, ob Kf. nicht durch ein Schreiben die Schweizer in solcher guten Resolution bestärken wolle,

5. Jan.

[1]) S. darüber unten Abschn. III.

[2]) S. oben S. 83.

denn von ihrer Großmütigkeit dependiere die Beibehaltung von Genf[1]), sobald die Schweizer im geringsten relachieren würden, wäre es um sie getan. Wenn aber die Kantone verspürten, daß sich auswärtige Potenzen ihrer annehmen und sie nicht abandonnieren würden, hätte man von ihrer Beständigkeit gute Hoffnung. Er meinte auch, daß man auf eine Allianz mit den Kantonen denken müßte, er habe darüber mit dem Prinzen von Oranien und dem Ratspensionarius gesprochen und sie dazu sehr geneigt gefunden, nur müßte es mit der größten Sekretesse menagiert werden. Ferner ersuchte er ihn, dem Kf. vorzustellen, ob er nicht in Favor der Waldenser[2]) an den Herzog von Savoyen schreiben wollte, man wollte sie durch die französischen Dragoner auch zwingen, der Herzog hätte ihnen zu verstehen gegeben, daß sie sich wohl defendieren möchten, die Grisons hätten auch deklariert, daß sie, obwohl sie selbst katholisch wären, nicht zugeben könnten, daß um der Religion willen so viele Büttelknechte bei ihren Brüdern logiert würden. Kf. hätte vormals. 1655, für diese Leute mit gutem Effekt bei dem Herzog interzediert, und man müßte nach dessen Konduite urteilen, daß es ihm lieb sein würde, wenn er auf solche Weise Anlaß erhielte, die französischen Dragoner zu exkusieren, der Staat hier wäre auch geneigt, ein bewegliches Schreiben deswegen an den Herzog abgehen zu lassen.

Er hat auch mit dem Ratspensionarius von diesen Dingen gesprochen. Derselbe erklärte, er zweifelte nicht, daß der Staat ein solches Schreiben werde abgehen lassen, und er wünscht, daß Kf. desgleichen täte. Eine Allianz mit der Schweiz fand er auch nützlich und nötig, es müßte aber mit der äußersten secretesse negotiiert werden. Von hier jemand nach der Schweiz zu schicken, könnte unmöglich verschwiegen bleiben, daß der Prinz von Oranien es allein von sich tun sollte, sei auch bedenklich, ebenso daß die Person, die bei Kf. wäre, hierher käme, da d'Avaux ebenso wie Rébenac es zu penetrieren suchen würden, doch ließe er sich dieses noch am meisten gefallen, oder daß Kf. und andere mit der Schweiz eine Allianz machten und sie hier nur in dieselbe eintreten möchten. Der Ratspensionar redete bei der Gelegenheit auch von den englischen Sachen und versicherte, daß zwischen dem König und dem Prinzen von Oranien alle gute Intelligenz wäre; von französischer Seite werde ausgestreut, der König von England nehme andere mesures, er aber müßte sagen, daß man von ihm außer der Religion in den gemeinen Sachen von Europa nicht mehr verlangen könnte.

A. v. Spaen an den Kurfürsten. D. Jns Grafenhage 5./[15.] Januar st. n. 1686.

[Glückliche Beschaffung der Gelder zum Weselschen Festungsbau.]

15. Jan. Die Gelder zum Festungsbau von Wesel[3]) sind hier zu bekommen, und zwar 50 000 Rtlr., welche der Kommis der Generalstaaten Heteren aufgespürt hat.

[1]) S. Dierauer, Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft IV, S. 128 ff.
[2]) S. ebendaselbst S. 125 f.
[3]) S. oben S. 107.

Die Leute aber, die diesen Vorschuß leisten wollen, verlangen, daß er eine spezielle Vollmacht des Kf., dieses Geld zu negotiieren, vorzeige und eine Versicherung sowohl von Kf. als auch vom Prinzen und dem Ratspensionar, daß diese befördern wollen, daß ihnen das Geld richtig wiedergezahlt werde. Beide haben sich dazu bereit erklärt, er bedarf daher nur noch der Vollmacht des Kf. [1]).

Der Kurfürst an den Prinzen von Oranien. D. Potstam 26. Januar/[5. Februar] 1686.

[Auf das Schreiben vom 5. Januar. Bereitwilligkeit zum Zustandebringen einer Allianz. Sicherung von Wesel.]

— Ich bin mit Ew. Ld. ganz eines, daß bei jetzigen höchstgefährlichen 5. Feb.
Conjoncturen eine enge Zusammenhaltunge zwischen den Puissancen, so es mit dem publico wohl meinen und welchen ihre Freiheit und independance lieb ist, zum höchsten nötig, ich tue auch mein Bestes, umb es dahin zu veranlassen, und hoffe, es soll diese meine Bemühunge nicht allerdings ohne Effect sein, wovon Ew. Ld., so balde ich einigen Grund habe, zu informiren nicht ermangeln werde. Daß Ew. Ld. vor die Erhaltunge der Stadt Wesel sorgen, davor bin deroselben wie auch, daß Sie zue solchem Behuef eine Summe Geldes zu negotiiren helfen wollen, sehr obligirt, ich habe meinem Freiherren von Spaen Vollmacht und Instruction zugeschickt, solches zur Richtigkeit zu bringen. Viele Volk darf anjetzo dahin nicht schicken, umb keine unzeitige ombrage zu geben, ich lasse doch noch ein Regiment [2]) im Westphälischen richten, halte mich auch allezeit fertig, auf den Nothfall eine gute Mannschaft dahin zu senden und, wann man ja eine surprise vornehmen wollte, so vertraue, Ew. Ld. werden versprochenermassen die Notdurft von Volk, welches Sie in einem Tage tuen können, hinein werfen. —

A. v. Spaen an den Kurfürsten. D. Jns Grafenhag 16./26. Februar 1686.

[Verlangen des Prinzen von Oranien, daß Kf. Truppen nach dem Rhein schicke.]

Er ist Freitag abend hier angelangt und hat am folgenden Morgen bei dem 26. Feb.
Prinzen von Oranien Audienz gehabt, demselben den Dank des Kf. für die ihm bei seiner vorigen Anwesenheit hierselbst erteilte gute Resolution und die versprochene Beförderung einer auf die Subsidiengelder vorzuschießenden Geld-

[1]) Kf. stellt 9./19. Januar 1686 eine solche aus. Sp. berichtet (d. Haag 16. März 1686), daß er wegen dieser Gelder jetzt zur Richtigkeit gekommen sei, freilich mit großer Mühe und erst, nachdem er seine Güter im Geldrischen zum Pfande verschrieben habe.

[2]) Das Regiment Jung-Holstein s. Jany, Die alte Armee von 1655—1740 (Urkundliche Beiträge und Forschungen zur Geschichte des preußischen Heeres VII), S. 17.

summe ausgesprochen und ihn gebeten, diese Sache vollends zu dem verlangten Zweck zu befördern. Der Prinz versicherte ihn seiner Bereitwilligkeit, die Interessen des Kf. zu beobachten, dann sprachen sie von den gegenwärtigen Konjunkturen, namentlich von Frankreichs Bezeugungen, wobei der Prinz für notwendig erklärte, daß Kf. sogleich einige Truppen nach dem Rhein schicke, ein gutes Magazin errichte und die Festung Wesel in guten Stand setze, nur dadurch würde Frankreich abgehalten werden können, seine augenscheinlichen Desseins gegen das Reich fortzusetzen, er wollte selbst deswegen an Kf. schreiben. Niemand werde diesem verdenken können, daß er zu seiner und seiner Untertanen Sicherheit einige Truppen in seine eigenen Lande kommen ließe. Wegen der Fortifikation von Wesel hat er mit dem Oberst Goulon konferiert, derselbe wird selbst mit ihm dorthin reisen, um die Situation des Ortes in Augenschein zu nehmen.

A. v. Spaen an den Kurfürsten. D. Haag 16./26. März 1686.

[Besuch beim Prinzen von Oranien, dessen Drängen auf Truppensendung nach dem Rhein.]

26. März Auf die Aufforderung des Prinzen von Oranien hat er denselben in Dieren besucht. Derselbe sagte, je mehr er dem französischen Werk nachdächte, desto mehr apprehendierte er dasselbe, jeder, dem seine Religion und seine Freiheit lieb wäre, hätte wohl aufzusehen. Er hoffe, daß Kf. einige alte gute Regimenter nach dem Rhein marschieren lassen werde, aus denen man im Notfall ein gutes Korps machen und sich ihrer bedienen könnte. Kf. sagte zwar, er wollte zwei neue Regimenter in Westfalen werben lassen, es würde aber viel besser sein, wenn die neuen Regimenter droben im Lande geworben und instand gesetzt und die alten heruntergeschickt würden. Auch er bittet Kf., zu bedenken, ob er nicht, nachdem er jetzt ein so konsiderables Korps dem Kaiser zu Hilfe zu schicken sich entschlossen hat, ebenfalls eine möglichst starke Armee nach dem Rhein schicken möchte, die man leicht in den westfälischen Landen logieren, auch wohl einige Zeit bei Duisburg, oder wo Kf. es sonst gut finden sollte, kampieren lassen könnte, dadurch würden gewiß diejenigen, die etwa im Sinn haben sollten, den Stillstand zu brechen, davon abgehalten oder ihnen wenigstens großes Nachdenken verursacht werden. —

Der Kurfürst an den Prinzen von Oranien. D. Cöln 6./[16.] April 1686.

[Hoffnung auf eine persönliche Zusammenkunft. Sendung von Truppen nach dem Rhein.]

16. April Rekreditiv für den an ihn abgeschickten Obersten Freih. v. Heyden[1]). Wo mir Gott Gesundheit und Kräfte verleihet, so möchte ich vielleicht

[1]) v. Spaen hatte (d. Haag 2. April 1686) gemeldet, der Prinz von Oranien habe ihm im Vertrauen mitgeteilt, er wolle v. Heyden insgeheim zu Kf. schicken, um ihm einiges wegen der Konjunkturen mitzuteilen, der Prinz und alle Regenten wünschten, daß Kf. im Sommer nach dem Clevischen kommen möchte.

balde das Glück haben, Ew. Ld. zu embrassiren, wornach mich hertzlich verlanget, umb mit deroselben desto besser und vertrauter alles zu überlegen, unterdessen bin ich im Werke begriffen, nach völligem Abmarsch meiner nach Ungarn destinirten Völker, so diese Woche geschehen wird, einige gute alte Trouppen nach dem Rhein marchiren zu lassen, umb daselbsten nebst denen, so ich bereits da habe, ein gutes Corps zu formiren, welches jedoch Ew. Ld. vieler bekannten Ursachen halber noch zur Zeit zu secretiren belieben werden. —

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 30./20. April 1686.

[Einschließung des Kf. in die schwedisch-holländische Allianz.]

Der Artikel, betreffend die Inklusion des Kf. in den schwedisch-holländischen 30. April
Traktat[1]), ist ihm noch nicht mitgeteilt worden, der schwedische Gesandte aber und einer aus den Generalstaaten hat ihm von der Vollziehung des Traktats Anzeige gemacht. Wenn der Artikel ihm wird zugestellt sein, so gedenkt er dem französischen und dem dänischen Gesandten Abschriften desselben zu geben, da er doch ohnedem bald publik werden wird. Mit dem Dänischen hat er abermal über diese Materie gesprochen und ihm die Ombragen zu benehmen gesucht. Derselbe sagte endlich, er habe von seinem König noch keine Resolution erhalten, müßte es daher dahingestellt sein lassen, wie der König es begreifen werde[2]).

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 11./1. Juni 1686.

[Zusammenstoß französischer und holländischer Kriegsschiffe. Sorglosigkeit der Amsterdamer. Mitteilungen des Prinzen von Oranien. Günstige Aussichten für Kf.]

Es sind hier große und unvermutete Zeitungen von einem Renkontre[3]) zwischen 11. Juni
acht französischen Schiffen unter dem Duc de Mortemar und zwei holländischen Kriegsschiffen, welche im Mittelländischen Meer zu Konvoyrung der Kaufmannsschiffe gefahren und von Lagos nach Sta. Maria gesegelt, eingetroffen. Er übersendet Abschriften der Berichte darüber, welche der Prinz von Oranien ihm mitgeteilt hat. Die französische Flotte hat dadurch diese Schiffe verhindert, nach Hause zu segeln und sich mit der von dem Grafen von Stirum befehligten, aus sechs holländischen und drei spanischen Kapitalschiffen sowie 30 mit 24—40 Stücken montierten Kaufmannsschiffen bestehenden Flotte zu vereinigen. Deputierte der Generalstaaten haben deswegen mit d'Avaux eine Konferenz abgehalten, sich über diese Aktion beklagt und angekündigt, daß ihr Gesandter Be-

[1]) S. Urk. u. Akt. III, S. 778.

[2]) D. zeigt am 8./18. Mai 1686 an, daß ihm gestern der Artikel in forma mitgeteilt sei.

[3]) S. d'Avaux, Négotiations V, S. 140 ff.

fehl hätte, sogleich sich nach Paris zu begeben und bei dem König darüber Beschwerde zu führen.

Es ist zu verwundern, daß man zu Amsterdam in einem so tiefen Schlaf ist, daß auch diese Action sie wenig alarmiret, nachdem die gute Zeitung wegen Ausbleiben der Gallionen bis in September fast zugleich eingetroffen. — Sie werden mit guten Worten und Versicherungen lactiret und unterhalten, dahero sie kein Ungewitter, wie dunkel es auch aussehen möge, förchten, bis es sie accabliren dörfte, dabei ihnen immer ins Ohr gesagt wird, daß man den Krieg suche und nur auf Anlaß laure, welches von einigen bösen und meistens von einfältigen und auf ihre negoce und weiter nicht aussehenden Leuten geglaubet und von einem zum andern gebracht und insinuirt wird. Dahero, wann Gott ein Unglück über diese Republik — sollte versehen haben, ihnen es, nach aller apparence, bevorstehet, dann es sonsten diesem Staat weder an Zubehör noch an Freunden noch an guten Leuten mangelt, wann sie sich nur bei Zeiten darnach wollten umbsehen, ehe ihnen das Unglück auf den Hals kommet wie ein Fallstrick.

PS. Der Prinz von Oranien hat ihm gesagt, daß der Graf von Stirum noch bei Duine in England mit den ausgesegelten Schiffen liege, daß er seine Reise kontinuieren müßte, um der Kaufmannsschiffe willen, daß er aber mit solchen Ordern versehen wäre, daß ihm allem Anschein nach kein solches rencontre zustoßen würde. Er hat den Prinzen gebeten, seine considerationes über diese Sache an Kf. zu bringen, er gab ihm darauf die Nachrichten, die er einsendet, ohne Zweifel wird er sich bei dieser oder der folgenden Post näher explizieren. Diese Woche wird mit Hilfe des Prinzen die Sache wegen des Geldes zum Festungsbau [1]) richtig werden. Amerongen bleibt bis dahin hier und tut sehr redlich und tunlich bei der Sache. Die Sachen von der afrikanischen Kompagnie werden auch zu des Kf. Vergnügen und Vorteil der Kompagnie terminiert werden. Alle Regenten fragen fast bei allen Gelegenheiten nach des Kf. Überkunft, und er sieht Disposition zu einer großen advantage, die dem hohen Hause des Kf. daraus profluieren könnte.

Der Kurfürst an den Prinzen von Oranien. D. Goltze 10./[20.] September 1686.

[Auf ein Schreiben vom 10. Sept. Beilegung des Streites des Königs von Dänemark mit Hamburg.]

20. Sept. Dank für die ihm bei ihrer entrevue [2]) gemachten Freundschaftsversicherungen und für seine Geneigtheit, sich für die Erhaltung der Stadt Hamburg und für die

[1]) S. oben S. 112 ff. H. meldet 12. Juli, daß die Sache in Richtigkeit gebracht sei.

[2]) S. über die Reise des Kf. nach Cleve und seine dortige Zusammenkunft mit dem Prinzen Sylvius II, S. 52; Urk. u. Akt. III, S. 785, XIV, S. 1307 ff. und XX, S. 1132 ff. Aufzeichnungen über die dort geführten Verhandlungen scheinen nicht vorhanden zu sein; über die Ergebnisse derselben s. Pagès, S. 570 ff.

Beschützung der westfälischen Lande des Kf., falls dieselben einen unvermuteten Anstoß leiden sollten, so weit zu interessieren.

Das Hamburgische Wesen[1]) ist durch seine und des braunschweigischen Hauses Bemühungen dahin gediehen, daß der König von Dänemark beschlossen hat, von allen Tätlichkeiten abzustehen und den Weg der Güte einzugehen. Er hat ihn durch seinen Minister v. Lente dessen versichern und in Gegenwart seines v. Fuchs einen Anfang machen lassen, die Geschütze von den Batterien abzuführen. Kf. ist erfreut, daß dadurch ein Feuer, welches ganz Europa in Brand zu setzen drohte, gleichsam in der Asche gedämpft worden ist, und er wird ferner nicht ermangeln, diese Sache womöglich aus dem Grunde vergleichen zu helfen.

F.W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Haage 1. Oktober st. n. 1686.

[Übler Zustand der Dinge in Holland, ungünstige Beurteilung des Vergleichs des Königs von Dänemark mit Hamburg.]

Bei den Staaten von Holland haben die solange ventilierten Punkte[2]) wegen der extraordinären Bewilligung und der beständig bereitzuhaltenden 9000 Matrosen gar keinen Sukzeß, man meint vielmehr, daß Amsterdam, nachdem das Werk von dem Konvoy und den Lizenten meist nach ihrem Willen eingerichtet worden ist, in diesen Punkten rekulieren wird. Manche Regenten geben sogar durch ihre Diskurse Anlaß zu glauben, daß wieder von Reduktion einiger Truppen geredet werden wird. 1. Okt.

Über das Akkommodement[3]) zwischen der Krone Dänemark und der Stadt Hamburg werden hier auch verschiedene reflectiones gemacht, besonders ratione securitatis, ob nicht der König künftiges Vorjahr zu bequemerer Zeit und, nachdem er seine mesures mit seinen Alliierten besser genommen, wieder heranrücken und das Feuer, das nun in der Asche liegen bleibt, zu einer großen Flamme und Nachteil des gemeinen Wesens, wenn Kf. und das Haus Braunschweig dadurch sollten distrahiert werden, ausbrennen werde. Auch der hiesige schwedische Minister zeigt sich einigermaßen surpreniert über diese Sache.

Der Kurfürst an v. Diest. D. Potstam 28. September/8. Oktober 1686.

[Auf die Relation vom 1. Oktober. Rechtfertigung seines Verfahrens in der Hamburger Sache.]

Aus seiner Relation ersieht er, daß seine conduite und consilia bei dem hamburgischen Wesen von einigen Unverständigen oder Übelgesinnten mißdeutet werden. Er übersendet ihm daher abschriftlich, was er zu Justifizierung derselben 8. Okt.

[1]) S. Gallois, Geschichte der Stadt Hamburg II, S. 40 ff.
[2]) S. d'Avaux, Négotiations V, S. 159 f., VI, S. 1 ff.
[3]) S. Immich a. a. O.

an Falaiseau geschrieben. Er soll dieses dem Prinzen von Oranien, dem Ratspensionar und anderen, wo es dienlich, eröffnen, doch so behutsam, daß Dänemark daraus keine ombrage schöpfe. Auch der Kaiser pflichtet diesen seinen consiliis durchaus bei, und auch in Schweden approbieren sie die Verständigsten im Rate. Es ist kein Zweifel, daß, wenn es zur Rüstung und zu Weiterungen kommen sollte, der Staat unfehlbar mit hineingeflochten werden und von Frankreich das meiste erleiden würde. Die Leute begreifen also selbst nicht, was ihnen gut ist.

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Cleve 5. November st. n. 1686.

[Verhandlungen mit den Deputierten der westindischen Kompagnie. Stand der Dinge in England.]

5. Nov. Raule[1]) und er haben eine ausführliche Widerlegung aller Fundamente, welche die westindische Kompagnie gegen die afrikanische des Kf. bei den Generalstaaten vorgebracht, abgefaßt und ebendenselben zugestellt. Die Generalstaaten haben sie der westindischen Kompagnie mitgeteilt und diese dahin verabschiedet, daß sie darüber wohl instruiert per Deputatos gegen den 1./11. im Haag erscheinen solle, am 2./12. würden die Generalstaaten deswegen mit ihm und Raule eine Konferenz halten. Gegen diese Zeit werden auch der Prinz von Oranien, der Ratspensionar und die Staaten von Holland im Haag sich einfinden, und auch er wird dann dorthin zurückkehren.

Viele Konsiderablen retirieren sich aus England, man schließt daraus, daß die Nation gegen diesen König nichts unternehmen, sondern sich stille halten und alles, bis Gott sie von dem katholischen Gouvernement retten möchte, erleiden werde. Der König kontinuiert inzwischen seine Equipage mit allem Fleiß und wird kein Geld dabei gespart. Was für reflexiones darüber in Holland gemacht werden, wird sich bei der bevorstehenden Zusammenkunft der Staaten von Holland, wo man den Kriegsetat aufs künftige Jahr machen wird, zeigen.

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 22./12. November 1686.

[Weitere Verhandlung ...tigkeiten der beiderseitigen Kompagnien. Seerüstungen in England und den Niederlanden. Angebliche Ansprüche Gröningens auf Greetsiel.]

22. Nov. Der Prinz von Oranien ist Montag abend hier angekommen, Dienstag früh hat er ihn komplimentiert. Gestern haben er und Raule mit den Deputierten

[1]) Über dessen damalige Sendung nach Holland und die von ihm und D. mit den Generalstaaten und der westindischen Kompagnie geführten Verhandlungen s. Schück I, S. 299 f. D. hatte 22. Oktober/1. November gemeldet, die Deputierten der Kompagnie hätten auf ihre Forderung einer Satisfaktion den Generalstaaten eine Antwort und

der Generalstaaten die Konferenz wegen der Differentien der beiderseitigen Kompagnien gehalten, aber, da die Zeit zu kurz war, nur ihre Gründe zu Behauptung ihrer privativen Possession debattiert, das übrige ist noch verschoben worden. Es scheint [1]), daß man nicht gern ein Exempel für andere Nationen geben will, um sich dort auf gleiche Weise zu etablieren, sonst hat er gefunden, daß die von ihnen produzierten Beilagen mehr gegen als für sie zeugen, und dieses ist ihnen auch bei der Konferenz deutlich angewiesen worden.

Bei den Staaten von Holland [2]) ist man noch different über den modum contribuendi, doch spürt man, daß Amsterdam zu der Seearmatur inklinieren und daß die Bekümmernis wegen der starken englischen Seearmatur hier wohl Einigkeit hervorbringen wird. In England sollen 70 Schiffe im Stande sein und an ebensoviel gearbeitet werden, bei diesem Staat finden sich an alten und neuen, die in See gebracht werden können, 60 kapitale Schiffe von mindestens 50 Kanonen, dazu kommt noch in der Zeit der Not eine Eskadre von 15—20, welche die ost- und westindische Kompagnien anzuschaffen pflegen, und andere Schiffe von geringerem Kaliber, die von den smyrnaischen Negotianten gemietet werden.

Von der Greetsielschen Sache [3]) ist ein gemein Gespräch gewesen, daß die Provinz Gröningen auch auf dieses Amt eine Forderung hätte und deswegen hier bei den Generalstaaten sich gegen des Kf. Interesse angegeben hätte. Er hat sich danach im Vertrauen bei dem Ratspensionar und anderen Gliedern des Staats erkundigt und die Versicherung erhalten, daß über diese Sache im Kollegio der Generalstaaten noch nichts vorgekommen sei.

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Amsterdam 26./16. November 1686.

[Konferenz mit den Generalstaaten wegen der Kompagnien.]

Er und Raule haben noch am 22. die Konferenz mit den Generalstaaten 26. Nov.
wegen der afrikanischen Kompagnien fortgesetzt. Es ist endlich dahin gekommen, daß sie drei Punkte näher nachzuweisen angenommen: 1. daß die zwei portugiesischen Schiffe auf der Reede von Groß-Friedrichsburg angegriffen und von derselben weggeführt sind, 2. daß bei Okkupation von Taccarary des Kf. Leute keinen Menschen von der holländischen westindischen Kompagnie dort gefunden, 3. daß täglich von anderen Nationen, besonders Engländern und Franzosen, neben der Küste her negotiiert werde. R. behauptet, dieses mit guten attestatis beweisen zu können, und hat deswegen nach Emden geschrieben. Er hat am Sonnabend dem

Gegenrechnung übergeben, die diese ihnen zugestellt hätten, die aber so unbegründet und lächerlich sei, daß die Generalstaaten sich hätten schämen müssen, sie ihnen mitzuteilen.

[1]) S. die Auszüge aus den Berichten Raule's bei Schück I, S. 210.

[2]) S. d'Avaux, Négotiations VI, S. 21 ff.

[3]) S. Wiarda, Ostfriesische Geschichte, S. 253, Hirsch, Der Große Kurfürst und Ostfriesland S. 66.

Prinzen von Oranien über diese Konferenz Bericht erstattet und ihn gebeten, die Sache zu einem guten Ende zu befördern. Der Prinz sprach die Hoffnung aus, daß dieses gelingen werde, und versicherte, sie rekommendiert zu haben.

Commissarii Freitags Instruction nach dem Haag a. 1686[1]).

[Auftrag zu geheimen Verhandlungen mit Fagel wegen eines inbetreff Ostfrieslands abzuschließenden Bündnisses.]

Ende 1686 F. hat sich nach dem Haag zu begeben und sich insgeheim an den Ratspensionarius zu adressieren, ihn zu erinnern an das, was Fuchs wegen der ostfriesischen Sachen mit ihm geredet, ihm vorzustellen, daß das Auf- und Abfahren der dänischen mit starker Mannschaft besetzten Schiffe auf der Jahde und den ostfriesischen Küsten sowie die Belagerung von Hamburg dem Kf. allerhand besorgliche Gedanken machten, in specie daß Dänemark nach dem Exempel der Okkupierung von Jever und Knyphausen noch weiter in Ostfriesland einrücken und die ostfriesische Barriere für den Staat gegen Dänemark aufheben wolle, woher Kf. ein gutes Verständnis und Konzert mit dem Staat, besonders über die ostfriesische Sache, für sehr notwendig erachte. Er soll darüber zunächst die Meinung des Pensionars vernehmen und sich nicht bloß geben, sollte er denselben aber bei guten Gedanken finden, soll er ihm vorstellen, daß Kf. absolute dafür hielte, daß man mit der Fürstin über die Sekurität des Landes keine beständige mesures nehmen könnte, da sie bald lüneburgische, bald dänische, bald münsterische Truppen ins Land geführt und nach dem absoluten Dominat getrachtet hätte, auch von dem jungen Prinzen könnte er sich keines anderen versehen, man könnte daher die Sekurität des Landes nur mit den Ständen konzertieren.

Kf. setze ferner pro fundamento, daß bei diesen Konjunkturen die Beibehaltung seiner Truppen in Ostfriesland zur Sicherung des Landes notwendig sei, sowohl propter directorium circulare als auch, um Dänemark und Münster und auch gar Frankreich, die immer nach den dortigen Quartieren getrachtet hätten, den Prätext des Einrückens zu nehmen. Er sei versichert, daß sofort nach dem Abzug seiner Truppen die Dänischen und Münsterschen conjunctim vel separatim mit oder ohne Vorwissen der Fürstin zu großem Präjudiz des Staates hineinrücken und daß dann das fürstliche Haus mit denselben oder gar mit den Franzosen vermittelst des Bischofs von Straßburg, des Generals Baudissin oder Rébenacs über die Austeilung der Kontributionsbeute akkordieren werde. Daher sei auch all ihr jetziges Sollizitieren in Wien auf Evakuation der brandenburgischen Truppen und Kassation der staatischen maintenue gerichtet.

Da nun Kf. glaube, daß der Staat mit ihm darin einig sei, daß man durch Konservation der Stände das Land a milite externo präservieren und daß dem fürstl. Hause nicht die intendierte eigene Armierung, noch die Direktion oder Kondirektion

[1]) S. über diese zu Ende des Jahres 1686 erfolgte Sendung Freytags Hirsch, Der Große Kurfürst und Ostfriesland S. 68 f.

der gemeinen Landesmittel gestattet werden dürfe, so zweifele er nicht, daß der Staat seinen 1680 publizierten Interimsdekreten [1]) entweder eine andere Interpretation geben oder versprechen werde, sie niemals zur Exekution zu bringen. Dann werde seitens des Kf. der scopus conservationis erreicht sein, und er hätte dann ein gleiches Absehen mit und neben der staatischen maintenue auf die Beibehaltung der vorigen pacta inter dominos et status Ostfrieslands.

Auf diesem Fundament wäre Kf. bereit, zusammen mit dem Staat an die vorhin angeführten zwei Grundsäulen der ostfriesischen Konservation und alle vorhergehenden pacta, besonders die von 1678, die Hand zu halten, das Land contra quoscunque exteros zu befreien und mittels Exequierung der beiderseitigen Schuldforderung auf das fürstl. Haus dasselbe entweder gütlich dahin zu disponieren oder sonst dahin zu trachten, wie man die Grenzhäuser besetzen könne. Wie dazu zu gelangen, und wie man wegen der jever- und oldenburgischen Nachbarschaft, wenn es zum Kriege kommen sollte, präalable gemeinsame mesures fassen könne, darüber wolle man die Gedanken des Ratspensionars vernehmen, man werde inbetreff der Besatzung, sobald Gefahr drohe, sich der avisierten Zeitung, daß die Fürstin mit Dänemark ein Konzert gemacht habe, die Grafschaft an dieses oder gar an Frankreich abzutreten, bedienen können, der Kaiser wäre fern, die Staaten und Kf. die nächsten Nachbaren, die See suppeditiere allen Nationen einen Zugang zu Ostfriesland, man dürfe daher nicht still sitzen oder präfingieren lassen et quae talia.

Da Kf. nicht zweifele, daß die Fürstin durch ihre potente Freunde am kaiserl. Hofe bald widrige Dekrete contra pacta praecedentia erschleichen werde, so werde diensam sein, wenn die Staaten dem Kaiser per literas erklärten, sie hätten vernommen, daß die Fürstin dort allerhand Neuerungen suchte, sie könnten aber nicht zugeben, daß die von ihnen seit 100 Jahren garantierten pacta inter dominos et status Ostfrieslands alteriert würden. Auch Kf. hätte dieses dem Kaiser schon öfters zu Gemüt geführt. Das Werk müßte aber so eingerichtet werden, daß die Stände am kaiserl. Hof außer allem Verdacht blieben, daß sie dazu mit eingestimmt hätten, weil sonst die Fürstin davon profitieren und die Kassation der früheren pacta erlangen könnte.

Mitteilung dieser Sache an andere Mitglieder des Staats außer dem Prinzen von Oranien soll er ablehnen.

Sollte man wegen der staatischen Lehnsgerechtigkeit skrupulieren, so soll er sagen, daß Kf. ihnen dieselbe nicht bestreiten wolle, sollte man wegen des Kf. Schiffahrt und Admiralität Ombrage bezeugen, so soll er diese zu beseitigen suchen.

Er hat sich in seiner Korrespondenz sehr vorzusehen, keinem Menschen von der Sache etwas mitzuteilen, nichts schriftlich von sich zu geben, aber sich zu bemühen, von dem Ratspensionar eine schriftliche Punktation zu erlangen.

PS. Beifolgend erhält er ein Projekt [2]) der Punkte und Konditionen, welche er für den mit den Generalstaaten wegen der ostfriesischen Sache abzuschließenden Traktat vorzuschlagen hat. Er soll sich bemühen, daß dieselben, da ohne sie die

[1]) S. Hirsch a. a. O. S. 4.

[2]) Nicht bei den Akten.

jetzige norma und forma regiminis in Ostfriesland nicht erhalten und der intendierte Zweck nicht erreicht werden kann, angenommen, und daß der Vertrag auf den Juli, als Kf. zu Cleve gewesen, retrodatiert werde[1]).

Der Kurfürst an v. Diest. D. 4./14. Dezember 1686.

[Befehl, mit dem Prinzen von Oranien und Fagel über das Bündnis zu verhandeln.]

14. Dez. Da die Fürstin von Ostfriesland böse und gefährliche Dinge vor hat, so will er sich darüber auch mit den Generalstaaten vernehmen, doch muß dieses ganz geheim gehalten werden. D. soll mit dem Prinzen von Oranien und Fagel darüber kommunizieren, ihnen die beifolgenden Konsiderationen[2]) des Kf. mitteilen und sie ersuchen, ihm ihre Gedanken darüber kund zu geben, auch wie traktiert werden könnte, ohne daß es eklatierte und den ostfriesischen Ständen Schaden und Ungelegenheit verursachte[3]).

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 18./8. Februar 1687.

[Die Verhandlungen wegen der Kompagnien.]

18. Feb. Die Staaten von Holland haben verwichene Woche zwar eifrig beraten, aber in ihren domesticis noch nichts zum Schluß gebracht. Die Kommissare[4]) zu Terminierung der Differentien zwischen der afrikanischen und der westindischen Kompagnie haben auch täglich Konferenzen gehalten, um die Sache zu examinieren und davon zu referieren. Sie sowohl als auch der Prinz von Oranien und der Ratspensionarius versichere ihn, daß es damit einmal zum Ende kommen werde. Die Bewinthaber sollen sich aber sehr hartnäckig bezeigen und auf die vom Staat erlassenen Plakate beziehen, welche zwar sie gegen den Staat, dieser aber keineswegs gegen Kf. allegieren kann oder will, es wird daher wohl der Staat ins Mittel kommen und die Satisfaktion zahlen müssen, der Kompagnie aber fürs künftige gute Regeln, um solche Differentien zu vermeiden, vorgeschrieben werden.

[1]) Fr. wird angewiesen, das Paket mit den Punkten und Konditionen zu öffnen und durchzulesen, nachher aber dasselbe v. Diest zu übergeben, der die weiteren Verhandlungen führen soll.

[2]) Eine ausführliche von Fuchs verfaßte Denkschrift: „Considerationes, warumb S. Chf. D. zu Brandenburg und die Herren Staaten general der Vereinigten Niederlande die Stände von Ost-Friesland nicht zu abandonniren, sondern viele mehr dieselbe bei ihren Rechten und Privilegien kräftigst zu mainteniren und sich deßhalb miteinander zu verbinden befuget sein.“ S. Hirsch a. a. O. S. 85ff.

[3]) D. berichtet 28./18. Januar 1687, er habe mit dem Prinzen von Oranien über die Sache in generalibus gesprochen, er scheine dazu ziemlich geneigt zu sein, habe ihn aufgefordert, auch mit Fagel darüber zu sprechen, er wolle die considerationes demnächst lesen und überlegen. Am 11./21. Februar meldet er, daß er von dem Prinzen und von Fagel in der ostfriesischen Sache noch keinen Bescheid erhalten habe.

[4]) S. Schück I, S. 202.

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 14./4. März 1687.

[Hoffnung in Holland auf vorläufige Erhaltung des Friedens.]

Der Herr v. Benting ist hergekommen, um der Versammlung von Holland beizuwohnen, und auch der Prinz von Oranien wird Montag oder Dienstag hier erwartet. Doch scheint es, daß der Punkt wegen der extraordinären Mittel wenig avanciert, da man zu Amsterdam sich nun genügend gesichert hält, daß in diesem Jahre nichts, weder von Frankreich noch von England, zu fürchten sein werde. Man glaubt, daß der König von Frankreich sich mit einer Deklaration des Kaisers und des Reiches [1]) begnügen und wenigstens in diesem Jahre nichts unternehmen wird. Dieses scheint auch durch den Gesandten in Paris, Harenberg, konfirmiert zu werden, und auch der hiesige englische Gesandte Albeville behauptet dasselbe. Doch wird die Reparatur der Kriegsschiffe unnachlässig fortgesetzt. 14. März

---

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 11./21. März 1687.

[Bemühungen bei dem Prinzen von Oranien, die Verhandlungen wegen der Kompagnien zum Abschluß zu bringen.]

Die Staaten von Holland haben zwar diese Woche ihre Versammlung fortgesetzt, es ist aber nichts von Belang von ihnen resolviert worden. Er hat den Prinzen von Oranien, der vorgestern Nacht hier angekommen ist, inständigst gebeten, dahin zu wirken, daß endlich die Sache von der afrikanischen Kompagnie terminiert und die Zahlung der Quote von Holland verfügt werde, und erklärt [2]), er und Raule könnten nicht länger darauf warten, sondern hätten Befehl, an das Hoflager des Kf. zu reisen [3]). Der Prinz dolierte über die domestiken Irrungen, welche alle anderen Sachen so retardierten, und versprach sein Äußerstes zu tun, auch der Ratspensionar und andere Regenten haben dasselbe versprochen. Er kann nicht begreifen, durch was für verdeckte Intriguen die Bewinthaber der westindischen Kompagnie diese Sache so trainieren, die doch endlich zu einem guten Ende ausschlagen muß. 21. März

---

Was bei der Ankunft des holländischen Abgesandten von Hopp [4]) wegen der ersten Konferenz und Visiten vorgangen [5]).

Hopp hat [6]) gleich nach seiner Ankunft in Berlin eine Privataudienz bei Kf. [30. August], in der er demselben die Interessen der Generalstaaten und besonders 1687 30. Aug.

[1]) S. unten Abschn. II.

[2]) S. Schück I, S. 209 f.

[3]) Raule ist wirklich (s. Schück V, a. a. O.) Ende März und auch v. Diest bald darauf abgereist, so daß die Verhandlungen keinen Erfolg gehabt haben.

[4]) Über diese Gesandtschaft Hops s. Urk. u. Akt. III, S. 780 ff.

[5]) Aufzeichnung von Meinders' Hand.

[6]) Vgl. Hops Bericht vom 31. August/10. September 1687 (S. 784 f.).

den Streit mit dem König von Dänemark, in dem Kf. zum Vermittler erwählt sei, empfiehlt. Kf. befiehlt sofort, daß man mit ihm in Konferenz treten solle, obwohl er noch nicht sein Kreditiv abgegeben und seinen öffentlichen Einzug bei Hofe gemacht hat. Meinders läßt dieses sogleich H. anzeigen und ihm seine Visite ankündigen, H. aber läßt ihm antworten, er werde zu ihm kommen. Dies geschieht auch, M. teilt ihm den Befehl des Kf. mit, er aber weigert sich in Konferenz zu treten, bevor er nicht sein Kreditiv übergeben und seine Person legitimiert hätte. M. erklärt dieses für unnötig.

1. Sept. M. will am nächsten Tage H. besuchen, findet ihn aber nicht zu Hause. H.
2. Sept. besucht ihn darauf wieder, hat am nächsten Tage öffentliche Audienz. Kf. ernennt Meinders und Fuchs zu Kommissaren, diese benachrichtigen ihn davon am
3. Sept. folgenden Tage und fragen an, ob er um 10 Uhr zur Konferenz in die Geh. Ratsstube kommen wolle. H. aber läßt ihnen antworten, er sei noch mit seinen Visiten beschäftigt, er werde sie benachrichtigen, wann er imstande sein werde, zur Konferenz zu kommen. Doch vergeht die ganze Woche, ohne daß er Nachricht gibt.
6. Sept. Sonnabend trifft sein Sekretär M. auf der Brücke und sagt ihm, H. sei zur Konferenz bereit, verlange aber, daß die Kommissare ebenso, wie es mit Amerongen geschehen sei, zu ihm kämen. M. teilt es Fuchs mit, dieser begibt sich zu H., setzt ihm auseinander, wie es damit steht, und H. erklärt sich darauf bereit, Sonn-
8. Sept. abend, den 29. August, zur Konferenz in die Geh. Ratsstube zu kommen. An diesem Tage aber entschuldigt sich H. wieder mit einer Visite bei Rébenac, läßt Dienstag morgen nichts von sich hören, erscheint aber um 10 Uhr in der Geh. Ratsstube, wo Fuchs nicht anwesend, verschiedene andere Geh. Räte aber beschäftigt sind, M. kommt ihm entgegen, H. aber bezeugt sein Erstaunen, da ihm diese Stunde zur Konferenz bestimmt sei, M. antwortet, er könne sich dessen nicht erinnern, und entschuldigt es. Fuchs besucht dann H. nachmittags und entschuldigt die Sache ebenso.

10. Sept. Mittwoch, den 10. Sept., läßt M. dem Gesandten anzeigen, daß die Kommissare bereit wären, mit ihm zu konferieren, wenn er die Stunde dazu bestimmen wollte, nachmittags müßte er zu Kf., er wünsche ihm aber vorher seine beabsichtigte Visite zu machen. H. läßt antworten, er werde ihn um $10^1/_2$ Uhr erwarten, M. erscheint darauf bei ihm, H. aber bringt verschiedene Klagen vor, besonders, daß fast niemand von den Personen du premier rang ihn besucht hätte. M. sucht ihn zu beruhigen, entschuldigt seine Kollegen damit, daß er ihnen noch nicht die übliche Notifikation gemacht habe; sie kommen dann wieder auf den gestrigen Vorfall zu sprechen, M. setzt ihm wieder auseinander, daß nur ein Mißverständnis obgewaltet habe, keine böse Absicht, am wenigsten, wie er angedeutet hatte, Parteilichkeit für Dänemark. Sie trennen sich in höflichster Weise, H. aber erklärt zuletzt, er hoffe, daß man nicht verlangen werde, daß die Konferenz in der Geh. Ratstube stattfinden solle, sondern daß man zu ihm kommen werde, worauf M. antwortet, er werde darüber mit Fuchs sprechen, sie würden kein Hindernis oder Verzögerung verursachen.

So steht die Sache bis jetzt, wenn die Kommissare irgendwelche Schuld haben, so ist sie jedenfalls durch ihre Entschuldigungen wieder repariert worden.

Instruction, wornach sich Unser — Friedrich Wilhelm von Diest bei seiner Rückreise nach dem Haag — zu achten. D. Cölln 28. September 1687. (Conc. F. v. Meinders.)

[Beilegung der Streitigkeiten zwischen K. Cöln und dem Fürsten von Nassau-Siegen und der bentheimschen Sukzessionssache. Abführung der Kreistruppen aus Cöln und Ersatz der rückständigen Verpflegungskosten. Befriedigung der clevischen Städte, die ostfriesische Sache, Handelsbedrückungen, Beilegung der Streitigkeiten der Generalstaaten mit Dänemark und der Kompagnien. Vorschüsse zum weselschen Festungsbau.]

Nachdem zwischen K. Cöln und dem Fürsten Wilhelm Moritz zu Nassau-Siegen unlängst Grenz- und andere Streitigkeiten entstanden und K. Cöln sich in die zwischen diesem Fürsten und seinem römisch-katholischen Vetter Johann Franz obschwebenden Mißhelligkeiten[1]) zu mischen angefangen und als erster ausschreibender Fürst des westfälischen Kreises allerhand weitaussehende Dinge demselben zugemutet hat, soll er sich zu K. Cöln begeben und es dahin zu bringen suchen, daß diese Streitigkeiten entweder sofort abgetan oder wegen fernerer gründlicher Erörterung derselben ein gewisser Schluß gefaßt werde. Ferner hat er sich bei den k.cölnischen Ministern zu erkundigen, wie man an diesem Hofe in der bentheimschen Sukzessionssache[2]) intentioniert sei, und anzuzeigen, Kf. erwarte, daß auch K.Cöln eine unparteiische Entscheidung gern sehen und, bevor eine solche erfolgt sei, nichts Verfängliches darin veranlassen werde. 8. Okt.

Sollte von den k.cölnischen Ministern der Abführung der cölnischen Kreisgarnison und des neuen französischen Forts bei Trarbach Erwähnung geschehen, so hat er sich darauf nicht einzulassen, sondern nur auf das deswegen von Kf. an K.Cöln abgelassene Schreiben zu beziehen.

Sollte der Cölner Magistrat wegen Abführung der Kreisgarnison etwas an ihn bringen, so hat er anzuzeigen, daß Kf. für nötig gehalten hätte, deswegen mit den übrigen Kreisdirektoren zu kommunizieren, daß er aber auf seine Schreiben an den K. Prinzen von Pfalz noch keine Antwort erhalten habe.

Zu Cöln hat er auch mit dem Kreis-Pfennigmeister über den Rest dessen, was Kf. noch von 1684 her wegen der in die Stadt gelegten Garnison und deren Verpflegung zu fordern hat, einen gewissen Schluß zu machen und es dahin zu befördern, daß ihm dieses wiedererstattet werde.

Weil auch einige von den clevischen Städten wegen der früher den holländischen Garnisonen gereichten Servitien von dem Staat noch ein Ansehnliches zu prätendieren haben, so hat er auf seiner Durchreise diese Städte zu erinnern, daß sie wegen dieses Nachstandes mit einer förmlichen Liquidation und Deduktion ihrer Prätensionen einkommen und sie ihm kommunizieren möchten, ferner in Holland darüber mit dem Ratspensionar vertraulich zu sprechen und nach dessen Rat in der Sache weiter zu verfahren.

Nach seiner Ankunft im Haag hat er den Prinzen von Oranien und die Mitglieder des Staats der Affektion des Kf. und seiner Sorgfalt für das allgemeine Beste,

[1]) S. Londorp XIII, Nr. XXV.

[2]) S. Müller, Geschichte der ehemaligen Grafschaft Bentheim, S. 337 ff., 367 ff.

besonders für die Protegierung der evangelischen Religion, zu versichern und neben den schon genannten Punkten ihnen besonders die ostfriesische Sache zu rekommendieren und zu begehren, daß sie den auf Unterdrückung der Rechte und Freiheiten der dortigen Stände zielenden Machinationen der Fürstin nicht beipflichten, sondern dieselbe davon ernstlich dehortieren möchten. Er hat sich über die neuerdings in den Niederlanden auf einkommendes Vieh und Feldwaren gelegten unerschwinglichen onera zu beschweren, zu erklären, daß Kf. den Aufforderungen anderer in gleicher Weise dadurch beschwerter Reichsstände, gemeinsam dagegen vorzugehen, noch nicht gefolgt sei, aber erwarte, daß sie ihm und seinen Landen nicht so Hartes aufbürden würden, und ihnen vorzustellen, daß, wenn die Nachbaren dagegen Repressalien ergreifen sollten, dieses ihnen großen Schaden bereiten werde.

Er hat dem Staat zu versichern, daß Kf. zu gütlicher Beilegung der Differentien mit Dänemark eifrig beitragen wolle in der Erwartung, daß auch sie das Werk fazilitieren würden.

Auch hat er wegen des zwischen der afrikanischen und der westindischen Kompagnie schon geraume Zeit vorgewesenen Reglements und der dem Kf. wegen des Schiffes „Der Wasserhund" schuldigen Satisfaktion fleißig Erinnerung zu tun und darauf zu dringen, daß diese Sachen entweder dort mit ihm ausgemacht oder die bei Kf. befindlichen holländischen Minister deswegen hinreichend instruiert und bevollmächtigt würden.

Da Kf. zum weselschen Festungsbau von den noch bei dem Staat rückständigen Satisfaktionsgeldern die 1689, 1690 und 1691 fälligen Termine auf billige Bedingungen gegen bare Mittel gern verhandeln möchte und deswegen schon Diest am 19./29. Befehl erteilt, auch an den Prinzen von Oranien, den Gouverneur von Friesland und den Ratspensionar geschrieben hat, so hat er diese Sache auf das beste zu betreiben, auch was im Haag vorgehen und er aus England, den spanischen Niederlanden und sonst Wichtiges erfahren sollte, umständlich zu berichten.

Der Kurfürst an v. Diest. D. Potsdam 10./20. Oktober 1687.

[Das Memorial der Fürstin von Ostfriesland. Beschwerde über den Beschluß der Generalstaaten, die Garantie über die von dieser betriebene Anleihe zu übernehmen.]

20. Okt. Er wird im Haag von seinem hinterlassenen Vetter erfahren haben [1]), was für ein Memorial die Fürstin von Ostfriesland durch ihren Deputierten Hartmann dort übergeben lassen, und welche Resolution der Staat darauf genommen hat. Über das erstere, das mit einem Haufen falscher narrata angefüllt und gar odiose gegen ihn eingerichtet ist, wundert er sich nicht sonderlich, da seit einiger Zeit alles Tun derselben dahin gerichtet ist, seine consilia zu denigrieren, daß aber der Staat ihr sofort Gehör gegeben und der Fürstin unbegründete delationes an die sämtlichen Provinzen gebracht hat, dessen hätte er sich bei der guten Intelligenz, in der er mit den Staaten sich befindet, nicht versehen, vielmehr hätte er

[1]) S. Hirsch, Der Große Kurfürst und Ostfriesland S. 76.

erwartet, daß derselbe vorher darüber mit ihm kommuniziert hätte. Er soll daher dieses Fagel, auf dessen Rapport diese Resolution bei dem Staat genommen worden ist, und anderen Regenten beweglich zu Gemüt führen und auch vorstellen, daß eine solche Garantie, wie sie der Staat bei dieser Anleihe übernehmen will, den Reichsverfassungen direkt zuwider ist, indem der Kaiser, das Reich und die Kreisämter keiner auswärtigen Macht gestatten können, durch solche Garantie sich eine speciem jurisdictionis im Reichsgebiet zu formieren und dort Exekutionen vorzunehmen, außerdem in dem kaiserlichen Konsens alle creditores potentiores und suspecti ausgeschlossen sind. Er soll auch den dortigen kaiserlichen und k.cölnischen ministris von dieser Sache Nachricht geben, die hoffentlich ihm darin sekundieren werden. Er wird auch mit dem bei ihm befindlichen holländischen Gesandten Hopp davon reden lassen, und er hofft, daß der Staat unter solchen Umständen die Inklination zu diesem Anlehen verlieren, nicht seine Untertanen in einen so großen hazard setzen und sich in keine Brouillerien mit dem Reich einlassen wird[1]).

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Cöln 17./27. October 1687.

[Verhandlungen mit dem Kardinal Fürstenberg, mit dem Cölner Magistrat und dem pfalzneubnrgischen Marschall Spee.]

Er ist Sonnabend hier angekommen und hat auf den Rat einiger k.cölnischen 27. Okt.
Räte zuerst gestern, Sonntag, den hier anwesenden Kardinal Fürstenberg, der an demselben Tag seinen feierlichen Einzug in den Dom hielt, aufgesucht, demselben von seinen Aufträgen soviel, als er für dienlich gehalten, mitgeteilt und ihn um Beförderung derselben gebeten. Der Kardinal erwiderte, es sei ihm sehr angenehm, daß er sich an ihn gewendet hätte, und er wolle gern alles, was in seinen Kräften stände, beitragen, um die Freundschaft zwischen K.Cöln und Kf. zu erhalten. Die einzelnen Punkte anbetreffend, ließ er sich über die Grenzstreitigkeiten mit dem Fürsten Wilhelm Moritz gar nicht aus, wegen der Streitigkeiten zwischen diesem und dem katholischen Fürsten erklärte er sich mit der arbitrage, welche K.Cöln und Kf. übernehmen sollten, einverstanden, meinte aber, daß für den Fall, daß diese verschiedener Meinung sein sollten, die kaiserlichen Kommissare oder eine vom Kaiser dazu besonders zu ernennende Person die Entscheidung fällen sollte. F. erbot sich, deswegen selbst an den Fürsten Johann Franz

[1]) Kf. schreibt (d. Potsdam 12./22. Dezember 1687) an v. D., aus einem ihm zugekommenen Extrakt eines Memorials, in welchem die Fürstin von Ostfriesland bei der Provinz Geldern um einen Lehnskonsens eingekommen ist, ersehe er, daß sie diese als dominum directum von Esens und Wittum anerkannt hat, was den Rechten des Reiches und des Kreises sowie dem Urteil des Reichshofrats schnurstracks zuwider sei. Er solle dieses dem Staat vorstellen und verlangen, daß man von dieser weitaussehenden Sache gänzlich absehen und die Fürstin ein für allemal damit abweisen solle. Da in dem Extrakt auch erwähnt werde, daß der Prinz von Oranien die Fürstin in dieser Sache unterstütze, so solle er sich bemühen, denselben in dieser Sache gründlicher zu informieren und auf andere Gedanken zu bringen. S. Hirsch, a. a. O. S. 77.

zu schreiben, worauf er mitgeteilt hat, daß er alle Stunde einen Bevollmächtigten des Fürsten Wilhelm Moritz erwarte.

Wegen der Abführung der Kreisvölker, meinte er, werde K. Cöln sich wohl, dem, was der Magistrat der Stadt verlange, fügen, derselbe habe darum gebeten, K. Cöln habe sich, wenn auch die anderen Direktoren derselben Meinung wären, damit einverstanden erklärt, es sei auch jetzt nichts zu fürchten. Er hat darauf erwidert, Kf. hätte sich mit dem Kurprinzen von Pfalz in Einvernehmen gesetzt, beide hielten dafür, daß die Verhältnisse in der Stadt sich noch wenig geändert hätten, daß das jetzige Gouvernement noch neu und nicht etabliert sei, es würde nachdenkliche Gedanken verursachen, wenn man jetzt die Truppen herausnehme und sie vielleicht nach wenigen Monaten auf Wunsch des Magistrats wieder hineinschickte. Der Kardinal versicherte darauf, daß K. Cöln der Stadt aufrichtig zugetan sei, seine Differentialsache gegen dieselbe nur auf dem Rechtswege ausführen wolle, daß er ihr viele Beweise seines Wohlwollens gegeben habe, und daß er auch jetzt einen solchen dadurch, daß er sich ihrem Wunsch wegen Abführung der Truppen füge, geben wolle.

Inbetreff der bentheimschen Sache behauptete er, die münsterschen Räte machten ein sonderliches Werk davon, er wüßte davon nichts, glaubte aber, daß K. Cölns Intention mit der des Kf. übereinkommen werde. Dasselbe meinte er von der ostfriesischen Sache, es scheine, als ob man an gewissen Orten in beiden Sachen ein Quartierabsehen hätte, das dem Interesse beider Kurfürsten zuwiderlaufen dürfte. Er hat von dieser Materie abstrahiert und sich verabschiedet, darauf auf den Rat des Kardinals die beiden Schreiben des Kf. an K. Cöln wegen des Fürsten Wilhelm Moritz und der Abführung der Kreisvölker durch einen Expressen nach Bonn an den Grafen Ferdinand von Fürstenberg als premier ministre geschickt, ebenso hat er das Schreiben des Kf. an die Stadt Cöln dem regierenden Bürgermeister Hontum zugeschickt. Heute erschienen dann dieser und der Syndikus Schmiels als Deputierte des Magistrats bei ihm, komplimentierten ihn und erkundigten sich, was Kf. an sie bringen lasse. Er hat ihnen darauf mitgeteilt, Kf. glaube ebenso wie der pfälzische K. Prinz, daß man mit Abführung der Besatzung nicht so praecipitanter zu verfahren habe, das Stadtwesen sei zwar wieder etabliert, aber noch neu, nichts als die Zeit und die Furcht des Pöbels vor der Miliz könne so gut die Autorität des Magistrats soutenieren, er wüßte nicht, daß die Truppen der Stadt beschwerlich wären, da er ihnen nicht nur den gewöhnlichen Sold, sondern auch noch einen Zuschuß zahlen lasse, denselben Taler, den die Stadt monatlich für die Servitien zahlte, gäbe der Soldat dort gleich wieder aus, sollten sie sonst noch etwas verlangen, so wäre er befehligt, es dem Kf. zu berichten. Die Deputierten nahmen alles ad referendum, beim Diskurs bezeugten sie, sonst mit des Kf. Leuten wohl zufrieden zu sein, sie schienen auch seine raisons besonders wegen ihres noch nicht befestigten innerlichen Zustandes wohl einzunehmen, und er hat gemerkt, daß nur der Mangel der finance Ursache davon ist, daß man die Evakuation wünscht, und daß es ihnen lieber sein würde, wenn nach Anleitung des duisburgischen Kreisschlusses K. Cöln nur ein Drittel und nicht die Hälfte der Truppen hier hätte, daß sie aber nicht wagten, dieses merken zu lassen, und daß sie nach wie vor zu Kf. großes Vertrauen hätten.

PS. Der Marschall Spee ist von Hambach, wo sich der pfälzische K. Prinz befindet, angekommen. Er hat demselben mitgeteilt, was Kf. wegen Evakution der Stadt an K. Cöln geschrieben und was er deswegen bei den Deputierten der Stadt angebracht hat. Spee erklärte, daß dieses mit der Meinung seines Herrn übereinstimmte und daß er dem Magistrat davon Mitteilung machen wollte.

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Cöln a. Rhein 31./21. Oktober 1687.

[Verhandlungen mit den k.cölnischen Ministern, mit Spee und dem Cölner Magistrat. Resolution K. Cölns.]

Mittwoch hat er mit den von K.Cöln deputierten Räten, dem Ersten Minister, 31. Okt.
Grafen Ferdinand von Fürstenberg, dem Geheimen Rat und Kammerpräsidenten v. Quentel, dem Geheimen Rat Buurmann und dem Hofrat Simmermann eine Konferenz gehalten und ihnen, was Kf. ihm wegen der Streitigkeiten zwischen dem Fürsten Wilhelm Moritz von Nassau und K. Cöln sowie dem katholischen Fürsten von Nassau, ferner wegen der bentheimschen Kinder, der ostfriesischen Sache und der hiesigen Kreisvölker aufgetragen, proponiert. Sie nahmen alles ad referendum und erklärten gleich im voraus, daß K.Cöln in der ostfriesischen Sache mit Kf. übereinstimmte, deswegen sowohl an Kf. als auch an den pfälzischen K.Prinzen geschrieben und vorgeschlagen habe, Schreiben nomine directorii an den Kaiser und die Fürstin von Ostfriesland abgehen zu lassen.

Mittwoch kam der Marschall Spee zu ihm und teilte ihm mit, was der K.-Prinz an K. Cöln und an die Stadt Cöln wegen der Kreisvölker geschrieben. Er hat die Gelegenheit benutzt und mit ihm auch von der ostfriesischen Sache geredet. Er hat gemerkt, daß nur der Graf von Öttingen den ostfriesischen Ständen bei dem K.Prinzen Undienst getan hat, und daß die Sache wohl zu redressieren sein möchte. Spee selbst zeigte sich sehr vernünftig und nahm die von ihm vorgestellten rationes wohl auf.

Donnerstag hat er mit den Bürgermeistern auf dem Rathause konferiert. Dieselben erklärten, daß der Magistrat nach Erwägung der Schreiben, welche von Kf., dem pfälzischen K.Prinzen und auch von dem Kaiser eingelaufen seien, beschlossen hätte, die Kreisvölker noch eine Zeitlang bei sich zu behalten, aber bitte, daß das wegen derselben mit den Abgeordneten der Direktoren vereinbarte Reglement publiziert und darauf gehalten werde. Auch er empfiehlt dieses, da er bemerkt, daß daher hauptsächlich das Verlangen nach dem Abmarsch der Völker entstanden ist. Ferner baten sie, daß ihnen in Erwägung des üblen Zustandes, in den durch die innerlichen Unruhen ihre Finanzen geraten, ein Zuschuß aus dem Kreise zur Zahlung der Servitien bewilligt werde, besonders beschwerlich für sie sei, daß münsterscherseits statt der im Reglement gesetzten 150 Mann 300 geschickt worden seien.

Am Abend kamen die k.cölnischen Kommissare Buurmann und Simmermann zu ihm und überbrachten ihm die Resolution ihres Kurfürsten. Inbetreff

der Streitigkeiten mit dem Fürsten Wilhelm Moritz von Nassau-Siegen wollte K. Cöln aus Rücksicht auf die Verwendung des Kf. sein ressentiment über das unbillige und harte Verfahren des Fürsten und seiner Bedienten schwinden lassen in der Erwartung, daß Kf. dem Fürsten raten werde, künftig mit mehr Moderation sich gegen ihn und seine Bedienten zu betragen, die zu Siegen etablierte neue Zolliste wieder auf den alten Fuß zu bringen, bis alles gründlicher und besser bewiesen wäre, ihm wegen des an der Grenze abgehauenen Holzes Schadenersatz zu leisten und den weggenommenen Grenzstein zu restituieren. Betreffend die Differenzen zwischen den beiden nassauischen Fürsten sei er bereit, sich zusammen mit Kf. um eine friedliche Beilegung derselben zu bemühen, und bitte Kf., das Projekt eines Kompromisses abfassen und ihm mitteilen zu lassen. In der bentheimschen und der ostfriesischen Sache sei er mit den Sentimenten und Vorschlägen des Kf. durchaus einverstanden. Wegen der Kreisvölker meinte er, daß man, da die innere Ruhe in Cöln ziemlich etabliert und von außen nichts Widriges zu befürchten sei, dem Verlangen der Stadt deferieren könne. Er hat alles ad referendum genommen, ihnen aber gleich mitgeteilt, daß der Cölner Magistrat jetzt beschlossen habe, die Kreisvölker noch zu behalten, und was derselbe wegen des Reglements und der Unkosten erinnert habe, und sie haben darauf verabredet, daß, wenn sich heute vormittag noch jemand von wegen des Fürsten zu Nassau einfinden sollte, sie beiderseits mit demselben sprechen, sonst aber die K.cölnischen nach Bonn zurückkehren und ihm die Recredentialen nach Cleve nachschicken sollten.

Der Kurfürst an v. Diest. D. Potsdam 28. November/8. Dezember 1687.

[Das von den Generalstaaten wegen der fremden Mönche erlassene Edikt. Notwendigkeit festen Zusammenhaltens der Evangelischen.]

8. Dez. Er übersendet ihm die Abschrift eines Schreibens des dortigen kaiserlichen ministri Crampricht an K. Mainz wegen der unzeitig befürchteten Religionsverfolgungen [1]) in Holland. Dasselbe soll verschiedenen katholischen Puissancen, auch dem Papst zugesandt sein und nicht wenig motus bei den Katholiken erregt haben. Da dasselbe dem Staat allerhand unverschuldete invidiam zuziehen, wo nicht zu etwas mehr Anlaß geben könnte, so soll er mit dem Prinzen von Oranien und dem Ratspensionar vertraulich darüber reden, ihnen auch mitteilen, was Kf. deswegen an seine ministros in Regensburg und Wien reskribiert hat [2]).

Unsres Ermessens ist der Staat zu der wegen Ausschaffung der frembden Münche und Ordensleute bisher vorgewesenen Verordnung ganz woll befugt und scheint es auch der Prudenz allerdings gemäß, daß, wenn l. Hochm. die Römisch-Catholische ferner in ihren Landen zu dulden gemeinet, doch

[1]) S. unten Abschn. II, vgl. oben S. 109. Pufendorf XIX, § 55, S. 1576 f.

[2]) S. unten Abschn. II.

wenigstens keine andre Priester dabei admittiret werden als welche in den Niederlanden geboren und also ihrer naissance und Abkunft halber aus einem natürlichen Trieb ihres Vaterlandes Wollstand gerne befordert sehen, auch sich also zu denen unter der Römisch-Catholischen Geistlichkeit sonst mehr als zu gemeinen schlimmen und gefährlichen Machinationen umb so viel weniger gebrauchen lassen werden. Wir wollen auch nicht verhoffen, daß I. Kays. M., wann deroselben die rechte Beschaffenheit dieser Sache vorkommen sollte, gedachten Cramprichts Conduite approbiren oder ihm gutheißen werden, die so verhassete und denen cordatioribus Rom. Catholicis selbst nicht anstehende französische Religionsverfolgungen auf die Weise zu defendiren. Wie aber dem allen, so ist auch hieraus billig der Schluß zu machen, daß die Evangelische wegen Behauptung ihrer Religion auf niemand als Gott und sich selbst sich zu verlassen, auch dannenher umb so viel mehr darauf bedacht zu sein Ursach haben, wie sie in guter Einigkeit und enger Zusammensetzung sich bei ihrer Gewissensfreiheit so viel müglich und der Allerhöchste Gnade dazu giebet, mainteniren mögen, wozu Wir das Unsrige jedesmal getreulich beitragen werden, auch von dem Staat uns eines Gleichmäßigen versehen. —

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 12./22. Dezember 1687.

[Einspruch dagegen, der Fürstin von Ostfriesland zu Geldmitteln zu verhelfen. Fagels Krankheit. Die Streitigkeiten mit Dänemark. Verzögerung der Angelegenheit der afrikanischen Kompagnie.]

Da er den Ratspensionar nicht hat sprechen können, so hat er mit dem 22. Dez.
Herrn v. Dickfeld wegen der ostfriesischen Sache ausführlich geredet und ihm vorgestellt, daß, wenn die Fürstin die Geldmittel erhielte, ihre Sache gegen die Stände auszuführen und den kaiserlichen Machtspruch zu erhalten, Kf. eine solche Verletzung der Reichskonstitutionen nicht werde gestatten können, da derselbe, nachdem er das kaiserliche Konservatorium erhalten, den Ständen seine Parole engagiert habe, sie bei ihren Rechten, Privilegien, Akkorden und kaiserlichen judicatis zu schützen, und daß auch K. Cöln als Mitkonservator sich in gleicher Weise engagiert habe, daß daher diese Gelder, wenn sie die Intention der Fürstin zuwege bringen sollten, nur Kollisionen und Weiterungen im Kreise verursachen und das gute Verständnis zwischen dem Kaiser und Kf. schwächen würden. Er hat ihn gebeten, zu bedenken, ob dieses mit dem Interesse des Staats übereinkommen würde, und darüber mit dem Prinzen von Oranien zu sprechen, damit man sich darunter nicht präzipitieren und zu solchem Mißverständnis Gelegenheit geben möge. Er hat auch heute selbst mit dem Prinzen davon gesprochen, dieser ließ sich aber darüber gar nicht heraus, woraus zu schließen ist, daß er sich in dieser Sache einigermaßen engagiert hat. Den Ratspensionar hat er nicht sprechen

können, derselbe ist krank, und daher sind die wenigsten Sachen abgetan und resolviert.

Er hat mit dem Prinzen auch über die Differenzen zwischen diesem Staat und Dänemark gesprochen und dringend rekommendiert, daß Hoppe zulängliche Orders erteilt würden. Der Prinz erwiderte, er wüßte nicht eigentlich, worauf die difference jetzt ankäme, er wollte heute oder morgen diese Sache in der Versammlung von Holland zur Deliberation bringen.

Die Sache der afrikanischen Kompagnie wird schwerlich vor dem Christfest resolviert werden, zumal da der Ratspensionar immer kränklich ist, von dem allein diese Sache zur Endschaft gebracht werden kann. Er hat von Raule weiteren Bericht in dieser Materie erhalten und wird sich desselben bei dem Ratspensionar, sobald er ihn wird sprechen können, und sonst bei anderen Regenten bedienen [1]).

F. W. v. Diest an den Kurfürsten. D. Hage 19. Dezember 1687.

[Die Garantie der ostfriesischen Anleihe. Dagegen am kaiserlichen Hofe zu tuende Schritte.]

19. Dez. Er wird soeben benachrichtigt, daß man gestern in Holland resolviert habe, den Rat von Staaten zu ersuchen, die obligationes oder guarantie, worauf die Fürstinv on Ostfriesland in Amsterdam die Gelder negotiieren lassen will, zu projektieren und, wenn sie vom Kaiser sollten specialiter approbiert werden, sie dann in forma herauszugeben.

Kf. wird zu verordnen haben, was deswegen am kaiserlichen Hofe vorzustellen sein wird. Da der Kaiser selbst im Reich keine Exekution immediate tun kann, sondern diese den kreisausschreibenden Fürsten zusteht, wäre wohl zu erwägen, ob der Kaiser den Generalstaaten etwas im Reiche gestatten darf, dessen er sich selbst nach den Reichssatzungen enthält. Er hat sofort deswegen an den Ratspensionar geschrieben und erwartet von Kf. Befehl, was hier dem Staat weiter insinuiert werden solle.

Der Kurfürst an den Prinzen von Oranien. D. Potstam 26. Januar/[5. Februar] 1688.

[Anträge einiger Hugenotten. Seine darauf erteilte Antwort. Anfrage wegen des Königs von England.]

5. Feb. Ew. Ld. kann ich hiemit in höchstem Vertrauen nicht bergen, wie daß sich bei mir zwei considerable Personen von der Religion aus Franckreich mit einem Recommendationsschreiben von den evangelischen Schweizerischen Cantons eingefunden, welche mit großem empressement darauf dringen, daß man etwas vornehmen möchte, wodurch denen armen Bedrängten in Franckreich Luft und Rettunge geschaffet werden könnte, allegirend, daß

[1]) S. die Resolution der Generalstaaten vom 27. Dezember 1687 (Urk. u. Akt. III S. 800) und Schück I, S. 213 ff.

Frankreich anjetzo schwächer als jemalen, indeme es durch die gegenwärtige Verfolgunge nicht allein viele von seinen Einkünften und Unterthanen verloren, das commercium gar darnieder liege und der König eine große und nombreuse Armee inwendig in seinem Königreiche würde halten müssen, umb die von der Religion, so man aufs äußerste gequälet und die bereits desperat sein, im Zaumb zu halten und einen General-Aufstand zu verhüten. Ich habe ihnen dahingegen vorstellen lassen, daß die Sache noch nicht reif und daß man sich vor allen Dingen hüten müßte, keinen Schein zum Religionskrieg zu geben, dann sonsten würden wir zue kurz kommen. Sie haben solches auch wohl begriffen und vermeinet, wann es dahin zu bringen wäre, daß Ihre Königl. May. in Engelland wegen Orange und die Crone Spanien wie auch der Herzog von Lothringen wegen des ihnen vielfältig zugefügeten höchsten torts den Anfang machen möchten, daß die übrige schon folgen würden, welches ich zwar auch davor halte, ob und welchergestalt es aber dahin zu bringen und insonderheit wessen man sich anjetzo wohl zue Ihrer Königl. May. in Engelland zu versehen hätte, darüber verlange von Herzen Ew. Ld. erleuchtete Gedanken zu wissen, ersuche demnach dieselbe, mir solche in höchstem Vertrauen zu eröffnen. —

Der Kurfürst an den Prinzen von Oranien. D. Potstamb 2./12. Februar 1688. (Conc. Meinders.)

[Bitte um Unterstützung beim weselschen Festungsbau.]

Er hat v. Diest beauftragt, behufs seines weselschen Festungsbaues[1]) aber- 12. Feb.
mal einen Teil der von dem Staat durch den bekannten Traktat ihm versprochenen Satisfaktionsgelder zu behandeln. Er bittet den Prinzen, denselben dabei zu unterstützen, weist darauf hin, daß jetzt die Jahreszeit heranrücke, wo mit einem solchen Festungsbau der Anfang gemacht werden müsse, daß die Konjunkturen am Rhein noch gefährlicher geworden sind, so daß man daselbst wohl auf der Hut sein müsse, und daß es auch im staatischen Interesse liege, daß Wesel auf das allerschleunigste in solchen Stand gesetzt werde, daß von dort auf allen unvermuteten Fall eine tapfere Resistenz geschehen und seine und des Staats Lande dadurch desto besser gedeckt werden können.

Der Kurfürst an v. Diest. D. Potsdam 20./30. März 1688. (Conc. Meinders.)

[Befehl, über das drohende Schreiben an die ostfriesischen Stände und den beabsichtigten Kanalbau Beschwerde zu führen.]

Der Rat von Staaten hat[2]) an die ostfriesischen Stände wegen der bekannten 30. März

[1]) S. oben S. 113 ff.

[2]) S. Hirsch, Der Große Kurfürst und Ostfriesland S. 80f.

Geldforderung ein Schreiben abgehen lassen, in dem er sie mit Exekution bedroht. Zwar haben die Administratoren der gemeinen Landesmittel sich darauf so raisonnabel erklärt, daß zu hoffen steht, daß man von seiten des Staats dabei akquieszieren, die von den Ständen offerierte Liquidation vornehmen und nichts, was der Justiz, der Billigkeit und den Reichs- und Kreisrechten zuwider sein würde, attentieren wird. D. soll aber durch ein Memorial bei den Generalstaaten, ferner bei dem Prinzen von Oranien, Fagel und anderen über dieses unberechtigte Verfahren des Rats von Staaten Beschwerde führen und sie ersuchen, das Anerbieten der Stände anzunehmen, und erklären, daß Kf. die Liquidation befördern und dazu jemand von den Seinigen kommittieren und sich bemühen wolle, die Sache zu allseitiger Zufriedenheit in Richtigkeit zu bringen. Er kann dabei auch an die Reste von den Servitien, welche die clevischen Städte noch von dem Staat zu prätendieren haben, erinnern und erwähnen, daß Kf. dabei nie in solcher Weise verfahren sei. Ferner hat er wegen des Kanals, den Gröningen durch ostfriesisches Gebiet nach der holländischen sogenannten Neuen Schanze errichten will, zu remonstrieren und es dahin zu befördern, daß man von diesem den Rechten des Reichs, des Kreises und Ostfrieslands schnurstracks zuwiderlaufenden Beginnen abstehe. Er hat darin und in allen anderen Dingen den ostfriesischen Ständen zu assistieren und auch die kaiserlichen und k.kölnischen Minister um ihre Mitwirkung anzugehen [1]).

[1]) v. Diest erwidert darauf (d. 8. April 1688), da der Rat von Staaten den Vorschlag der ostfriesischen Stände wegen der Liquidation angenommen und Amerongen ihn versichert habe, daß inzwischen nichts werde vorgenommen werden, so werde er mit dem Memorial bis zur Ankunft der ostfriesischen Deputierten warten. Wegen des Kanals sei zwar eine Proposition gemacht aber bisher noch nicht approbiert worden, man meine, daß, es nicht dazu kommen werde. Mit der Aufnahme der Gelder für die Fürstin warte man noch auf die Antwort von Wien her, man meine, daß, wenn diese ankomme, auch die Approbation sämtlicher Provinzen eingekommen sein werde.

II.

Brandenburg und Österreich.

(1683—1688.)

Einleitung.

Die in diesem Abschnitt veröffentlichten Aktenstücke sollen eine Ergänzung bilden zu dem reichen Quellenmaterial, welches Pribram aus den Wiener Archiven in den drei letzten Abschnitten des 14. Bandes herausgegeben hat, und zu demjenigen, welches in dem letzten Abschnitt des 19. Bandes über die Beziehungen Brandenburgs zum Deutschen Reiche in den Jahren 1679 bis 1684 mitgeteilt worden ist. Das infolge des Nimwegener Friedens sehr gespannte Verhältnis des brandenburgischen Kurfürsten zu dem Kaiser tritt schon darin zutage, daß er die Gesandtschaft des Grafen Lamberg, den der Kaiser schon zu Anfang des nächsten Jahres zu ihm schickte, um eine Aussöhnung herbeizuführen, längere Zeit unerwidert gelassen hat. Erst im Sommer 1682, als die Gefahr eines neuen Türkenkrieges heraufzog, schickte er seinen früheren Gesandten in Wien v. Crockow wieder dorthin, um den Kaiser unter Hinweis auf die Aussichtslosigkeit eines kriegerischen Vorgehens gegen Frankreich zum Eingehen auf die von Ludwig XIV. gemachten Friedensanerbietungen zu mahnen. Wie zu erwarten stand, war Crockows Sendung [1]) ganz erfolglos, trotzdem entschloß sich der Kurfürst zu Anfang des nächsten Jahres 1683, aufs neue einen Gesandten, diesmal den Freiherrn Otto v. Schwerin den Jüngeren, nach Wien zu schicken, um dieselbe Mahnung zu wiederholen, daneben angesichts des auf dem Reichstage ausgebrochenen Zerimonialstreits Wahrung der kurfürstlichen Prärogativen zu fordern und seine Ansprüche auf Jägerndorf, Liegnitz, Brieg und Wohlau in Erinnerung zu bringen. Es hat ihn dazu wohl vornehmlich der Umstand veranlaßt, daß der holländische Gesandte v. Amerongen, der zu Ende des Jahres 1682 von Berlin in die Heimat zurückgekehrt war, die Nachricht von einer bevorstehenden vollständigen Änderung seiner Politik verbreitet hatte [2]), und daß er die Grundlosigkeit derselben auf das deutlichste bekunden wollte. Mit den Akten dieser Gesandtschaft beginnt die vorliegende Publikation, sie zeigen, daß man in Wien, wo Schwerins Ankunft freudig erwartet wurde, durch seine Eröffnungen bitter enttäuscht

[1]) S. über dieselbe Pufendorf l. XVIII, § 56—64 (S. 1434 ff.), Urk. u. Akt. XIV, S. 1045 ff., Droysen, Geschichte der preußischen Politik III 3, S. 490 ff.

[2]) S. Urk. u. Akt. III S. 650. XX, S. 698.

wurde und daß auch er nichts ausgerichtet hat. Bei den mit ihm geführten Verhandlungen ist schon eine Angelegenheit zur Sprache gekommen, welche auch in der ganzen folgenden Zeit in den Beziehungen zwischen dem Kaiser und dem Kurfürsten eine wichtige Rolle gespielt hat, nämlich die inneren Wirren in Ostfriesland und die Einmischung des Kurfürsten in dieselben [1]). Sein eigentlicher Zweck dabei war, in diesem Lande für die Durchführung seiner Marine- und Kolonialpläne einen festen Stützpunkt zu gewinnen, als Vorwand diente ihm ein von dem Kaiser ihm und den anderen Direktoren des westfälischen Kreises, dem Bischof von Münster und dem Pfalzgrafen von Neuburg, erteiltes Konservatorium für die durch die absolutistischen Bestrebungen der Fürstin-Regentin und die Begehrlichkeit der mit dieser verbündeten Herzoge von Braunschweig-Lüneburg sowie der holländischen Regierung bedrohten Stände dieses Landes. Unter diesem Vorwande hatte er im Einverständnis mit den Ständen Anfang November 1682 durch eine heimlich dorthin entsendete kleine Truppenabteilung Greetsiel besetzen lassen. Der erst nachträglich von ihm davon benachrichtigte Kaiser war mit diesem eigenmächtigen Verfahren wenig zufrieden gewesen, hatte von ihm die Abführung seiner Truppen aus Ostfriesland verlangt und, da der Kurfürst sich zwar bereit erklärte, den kaiserlichen Verordnungen nachzukommen, aber dieses vorläufig wegen der sonst dem Lande drohenden Gefahren für unmöglich erklärte, ebendamals seine Mahnung wiederholt. Schwerin war beauftragt, das Verfahren des Kurfürsten zu rechtfertigen, doch ist diese Angelegenheit damals nur obenhin berührt worden. Von der weiteren über diesen Gegenstand zwischen dem Kaiser und dem Kurfürsten geführten Korrespondenz haben hier nur die wichtigsten Stücke mitgeteilt werden können und ist im übrigen auf die ausführliche, denselben im Zusammenhange behandelnde Darstellung verwiesen worden, welche der Herausgeber an anderer Stelle veröffentlicht hat.

Erst die unerwartete Gefahr, mit welcher der inzwischen ausgebrochene Türkenkrieg die kaiserlichen Erblande und das ganze Reich bedrohte, hat den Kurfürsten bewogen, dem Kaiser weiter entgegenzukommen. Auf die Kunde von dem Anzuge des gewaltigen türkischen Heeres gegen Wien und das dringende Hilfegesuch, welches der Kaiser schriftlich und durch den wieder nach Berlin zurückgekehrten Grafen Lamberg an ihn richtete, entschloß er sich, demselben die Stellung eines bedeutenden Hilfskorps zuzusagen, aber unter der Bedingung, daß der Kaiser durch Annahme des jetzt von Frankreich angebotenen Waffenstillstandes das Reich vor einem Angriff von dieser Seite her sicherstellte und daß ihm außer den vom Kaiser angebotenen Subsidien entweder Jägerndorf selbst oder ein Äquivalent dafür ab-

[1]) S. Hirsch, Der Große Kurfürst u. Ostfriesland 1681—1688 S. 17 ff.

getreten würde. Wenn er zum Überbringer dieses Anerbietens und dieser Forderungen den Fürsten Johann Georg von Anhalt, das Haupt der kaiserfreundlichen Partei an seinem Hofe, ausersah, so hat ihn dazu jedenfalls die Hoffnung bestimmt, daß es diesem bei dem kaiserlichen Hof in besonderer Gunst stehenden Abgesandten am ersten gelingen werde, den Kaiser zum Eingehen darauf zu bewegen. Wir erfahren allerdings [1]), daß der Fürst sich anfangs gesträubt hat, diese Mission zu übernehmen, müssen aber voraussetzen, daß er, als er sich doch dazu bestimmen ließ, zugesagt hat, fest auf der Erfüllung jener Bedingungen zu bestehen. Das hat er aber nicht getan, vielmehr zeigen seine hier mitgeteilten Berichte, daß es den kaiserlichen Ministern, mit denen er die Verhandlungen führte, ohne besondere Mühe gelungen ist, ihn zur Zustimmung zu einem Vertragsprojekt zu bewegen, nach welchem der Kurfürst dem Kaiser 12 000 Mann zu Hilfe schicken sollte, statt der geforderten Annahme des von Frankreich angebotenen Waffenstillstands aber nur die Hoffnung, daß es bald zu einem Frieden mit Frankreich kommen und daß dieses während des Türkenkrieges das Reich nicht angreifen werde, ausgesprochen, dem Kurfürsten allerdings Subsidien zugesagt wurden, aber unter der Bedingung, daß derselbe sich zum Abschluß eines ihm von dem Kaiser durch den Grafen Lamberg angebotenen, gegen Frankreich gerichteten Bündnisses verstehen werde, und ihm für Jägerndorf nur eine schon früher mehrmals angebotene, von dem Kurfürsten immer zurückgewiesene Geldentschädigung zugesagt wurde. Der Fürst hatte die Unverfrorenheit, in dem Schreiben, dem dieses Vertragsprojekt beigelegt war, die Hoffnung auszusprechen, daß der Kurfürst damit zufrieden sein werde, offenbar hat er geglaubt, daß derselbe angesichts der Türkengefahr sich doch genötigt sehen würde, darauf einzugehen und sich so wider seinen Willen zum Aufgeben seiner bisherigen Politik, zur Lossagung von Frankreich und zum engen Anschluß an den Kaiser fortreißen zu lassen. Darin hat er sich aber sehr getäuscht, der Kurfürst verwarf den Vertrag, verweigerte die Türkenhilfe, erklärte weitere Verhandlungen für aussichtslos und befahl ihm zurückzukehren. Der Fürst hat das nicht getan, hat vielmehr die Verhandlungen fortgesetzt, und es ist zwischen ihm und den kaiserlichen Kommissaren ein neuer Vertragsentwurf, der aber nur sehr unwesentliche Änderungen enthielt, vereinbart worden, er ist dann der Aufforderung des Kaisers, sich zu der zum Entsatz von Wien heranziehenden Armee zu begeben, gefolgt, hat dem ruhmvollen Kampfe derselben beigewohnt und hat erst nach seiner Rückkehr nach Berlin im November dem Kurfürsten jenen neuen Vertragsentwurf mitgeteilt. Dieser hat denselben ebenfalls verworfen und ihn verdienterweise seine Ungnade so empfinden lassen, daß er

[1]) S. den Bericht Rébenacs vom 17. Juli 1683 (Urk. u. Akt. XX S. 776).

schleunigst Berlin wieder verließ und, wie der französische Gesandte in seinem Bericht[1]) darüber sich ausdrückt, ein anderer überhaupt nicht wiedergekommen sein würde. Den diese Angelegenheit behandelnden Schriftstücken ist auch der sehr interessante, am Tage nach der Schlacht von Wien verfaßte Bericht des Fürsten über diese Schlacht und über den Einzug der Sieger in die befreite Stadt beigefügt worden.

Die aus der nächstfolgenden Zeit mitgeteilte Korrespondenz des Kurfürsten mit dem Kaiser und mit seinem an dessen Hof befindlichen Residenten bezeugt seine Gegenbemühungen gegen die das Reich zum Kriege gegen Frankreich zu treiben versuchende kaiserliche Politik und seine Versuche, den Kaiser selbst von der Verkehrtheit derselben zu überzeugen. Sehr merkwürdig ist seine Anknüpfung mit dem damals auf den Kaiser einen großen Einfluß ausübenden Pater Hippolyt, die aber auch nicht den gewünschten Erfolg gehabt hat.

Die Ursachen, welche, nachdem der Kaiser sich endlich im August 1684 doch zum Abschluß des zwanzigjährigen Waffenstillstands mit Frankreich hatte verstehen müssen, diesen und ebenso auch den Kurfürsten zu einer Annäherung[2]) und Aussöhnung veranlaßt haben, sind schon von Pribram in erschöpfender Weise auseinandergesetzt worden. Zu dem von diesem in reicher Fülle mitgeteilten Aktenmaterial über die Tätigkeit des seit Anfang 1685 in Berlin weilenden kaiserlichen Gesandten, des Barons Heinrich Fridag v. Gödens, über das Zustandekommen des Vertrages wegen der Türkenhilfe vom 25. Dezember 1685 und des geheimen Defensivbündnisses vom 22. März 1686 haben hier aus dem Berliner Geheimen Staatsarchiv nur wenige Ergänzungen mitgeteilt werden können, dafür liegen in den auf die Sendung des Generalkriegskommissars v. Grumbkow nach Wien (Februar bis März 1686) bezüglichen Schriftstücken und den Berichten des brandenburgischen Residenten v. Schmettau aus den folgenden Monaten interessante Zeugnisse über das trotz des jetzigen Zusammengehens auf beiden Seiten herrschende Mißtrauen vor. Dasselbe wird seitens des Kurfürsten natürlich noch gesteigert durch die Zurücknahme der für ihn zur Befestigung seiner Machtstellung in Ostfriesland wichtigen Zusage der Überlassung der Lichtensteinschen Schuldforderung auf dieses Land, welche wohl kaum von so harmloser Natur ist, wie Pribram[3]) sie darzustellen versucht hat. Die auf den ruhmvollen Anteil der brandenburgischen, vom Generalleutnant

[1]) S. Rébenacs Bericht vom 16. November 1683 (S. 824).

[2]) Über die neue Sendung O. v. Schwerins nach Wien behufs der Belehnung mit Magdeburg Anfang 1685 s. Pufendorf XIX, § 1 (S. 1519); v. Orlich II, S. 510 ff.

[3]) S. Pribram, Österreich u. Brandenburg 1685—1686, S. 1 ff. u. Urk. u. Akt. XIV, S. 1143 ff.

[4]) S. Pribram, Österreich u. Brandenburg 1688—1700, S. 17 ff.

v. Schöning befehligten Hilfstruppen an der Belagerung und Einnahme von Ofen 1686 bezüglichen Korrespondenzen haben des beschränkten Raumes wegen hier nicht mitgeteilt werden können, die eigentümliche Rolle, welche dieser von Frankreich bestochene General damals gespielt hat, ist durch die jetzt veröffentlichten Berichte Rébenacs in helleres Licht gesetzt worden. Veranlassung zur Unzufriedenheit mit dem kaiserlichen Hof gibt dem Kurfürsten auch der weitere Verlauf der ostfriesischen Angelegenheit. Seit Ende 1686 werden in Wien vor einer von dem Kaiser eingesetzten Kommission Verhandlungen wegen Beilegung der Streitigkeiten zwischen der Fürstin und den Ständen dieses Landes geführt, welche bei der Gunst, die sich die erstere am kaiserlichen Hof zu erwerben weiß, für letztere einen üblen Ausgang zu nehmen drohen. Der Kurfürst aber tritt sehr nachdrücklich für dieselben ein, er verlangt, daß nur eine gütliche Einigung versucht, wenn diese nicht gelingen sollte, der Rechtsweg verfolgt werde, er erklärt geradezu, daß er einen die Rechte der Stände verletzenden Machtspruch des Kaisers nicht dulden werde, und ebenso eifrig sucht er zu verhüten, daß der Fürstin der von ihr begehrte Konsens zur Aufnahme einer, wie er glaubt, zu ihm und den Ständen feindlichen Zwecken bestimmten Anleihe in Holland erteilt werde. In den meisten damals schwebenden Fragen aber tritt jetzt doch schon die Wendung seiner Politik, die Abkehr von Frankreich hervor. Wenn er in sehr nachdrücklicher Weise in dem nach dem Tode des Kurfürsten Karl von der Pfalz infolge der von Ludwig XIV. im Namen seiner Schwägerin, der Herzogin von Orléans, geforderten Abtretung pfälzischer Gebietsteile ausgebrochenen Erbfolgestreite sich des neuen Kurfürsten Philipp Wilhelm von Neuburg annimmt, wenn er gleichzeitig im Norden die ehrgeizigen Absichten des Königs von Dänemark zügelt und dadurch dort den bedrohten Friedenszustand aufrecht erhält, wenn er den von französischer Seite durch die Festungsbauten an der Reichsgrenze verübten Verletzungen des Waffenstillstandes entgegentritt, aber doch einen offenen Bruch zu verhüten sucht, so hat er darin durchaus im Sinne und mit Zustimmung des Kaisers gehandelt.

Der Kurfürst ist während dieser ganzen Periode, abgesehen von den zeitweisen kurzen Sendungen v. Crockows, v. Schwerins und v. Grumbkows, nur durch Residenten am kaiserlichen Hofe vertreten gewesen, in den ersten Jahren durch v. Schmettau, nach dessen 15. Oktober 1686 erfolgten Tode durch den gerade damals nach Wien zur Beglückwünschung des Kaisers wegen der Eroberung von Ofen geschickten Friedrich Ludwig Rudolf v. Canitz, seit Anfang 1687 durch den Hofrat Nikolaus Bartholomäus Danckelmann.

Instruction [1]), wornach sich unser — Würklicher Geheimder Rat und Envoyé extraordinaire an I. Römische Kayserl. M. Otto Freiherr von Schwerin sich untertänigst zu achten. D. Cölln an der Spree 8./[18.] Januar 1683 [2]).

[Befehl, die Absichten K. Sachsens zu erkunden, dem Kaiser zum Friedensschluß mit Frankreich zu raten. Berücksichtigung der Vorrechte der Kurfürsten zu empfehlen, die Ansprüche des Kf. in Erinnerung zu bringen.]

18. Jan. Er hat seine Reise zum Kaiser möglichst zu beschleunigen, sich unterwegs in Dresden nicht aufzuhalten, jedoch Gelegenheit zu suchen, mit dem Obermarschall v. Hangwitz und mit dem Freiherrn v. Gersdorf zu reden und ihnen die Hauptursache seiner Schickung gleichsam vertraulich zu entdecken, um von ihnen K. Sachsens Gedanken und Intention wegen der gegenwärtigen gefährlichen Konjunkturen zu vernehmen, besonders wohin man dort wegen der Traktaten mit Frankreich ziele, und ob K. Sachsen noch entschlossen sei, persönlich zum Kaiser zu gehen [3]).

Sobald er bei dem Kaiser angelangt ist, hat er Audienz bei diesem zu suchen, den Dank des Kf. wegen der Invitation nach Regensburg zu wiederholen und mitzuteilen [3]), daß dessen Leibesdisposition ihn zu seinem Leidwesen abhalte, derselben Folge zu leisten, und daß er deswegen diese Schickung an den Kaiser für notwendig erachtet habe, um ihm nochmals seine Gedanken wegen der jetzigen hochgefährlichen Läufte vorzustellen. Angesichts der drohenden Türkengefahr könnte er nicht absehen, wie diesem so mächtigen Feinde das Haupt geboten und daneben bei entstehender Gefahr und erfolgenden Kriegestroublen ab occidente die Sicherheit des Reichs und die Erhaltung des Vaterlandes beobachtet werden könnte. Er müßte dem Kaiser daher raten, bei so beschaffenen Umständen sowohl das innerliche Vernehmen im Reiche als auch die Friedenshandlung mit Frankreich auf möglichst gute conditiones zu befördern, zumal dieses schon auf den Reichsgrenzen mit allen zum Kriege erforderten requisitis fertig stände und bei nicht erfolgendem Schluß der Handlung jedenfalls seine reuniones fortsetzen, ja gar die großen Städte und Plätze am Rhein mit leichter Mühe emportieren und so eine völlige dissolutio status publici in imperio zu befahren sein dürfte. Auch ihm ginge tief zu Herzen, daß das Reich abermals so viele ansehnliche Lande und Plätze, besonders Straßburg, verlieren sollte, aber man müßte der Not zu gewissen Zeiten weichen und mit Verlust ein oder anderen Gliedes den ganzen Leib zu salvieren suchen. Wenn einmal mit Frankreich ein beständiger richtiger Frieden aufgerichtet, wäre er bereit, mit dem Kaiser und allen anderen Interessenten wegen Garantie desselben sich aufs festeste zu verbinden, es könnte sich vielleicht auch später eine favorable Konjunktur für Deutschland ereignen, wobei man das Tempo in acht

[1]) Das Konzept von Fuchs' Hand mit Zusätzen von Meinders, die Ausfertigung vom Kurprinzen Friedrich unterzeichnet.

[2]) S. Pufendorf XVIII, § 81, 82 (S. 1460 f.), v. Orlich II, S. 494.

[3]) S. Lambergs Bericht vom 18. Dezember 1682 (Urk. u. Akt. XIV, S. 1049).

nehmen und das Entzogene wieder herbeibringen könnte. Kf. werde so imstande sein, dem Kaiser wider den Türken mit einer erklecklichen Hilfe unter die Arme zu greifen, er wünsche von ihm zu vernehmen, wie diese seine gute Intention am besten werkstellig gemacht werden könnte.

Auch die Angriffe gegen die kurfürstlichen Präeminentien [1]) und das, was das kurfürstliche Kolleg an den Kaiser deswegen geschrieben, hat er summarie zu berühren und dem Kaiser zu rekommendieren, im übrigen aber um eine Konferenz mit den Ministern anzuhalten und dabei diese und auch die übrigen Punkte seiner Instruktion zu beobachten.

Die Beschwerden und Erinnerungen des Kf. wegen der Laxenburger Allianz [2]) hat er vorzustellen und die Notdurft desfalls in acht zu nehmen.

In betreff der Prätensionen des Kf. auf die Fürstentümer Jägerndorf, Brieg, Liegnitz und Wohlau hat er zu verstehen zu geben, daß Kf. zwar bei den gegenwärtigen gefährlichen Konjunkturen damit dem Kaiser nicht beschwerlich fallen wolle, aber erwarte, daß, sobald die Zeiten sich besserten, er dafür billigmäßige Satisfaktion erhalten werde. Ebenso hat er an die Forderung des Kf. an Spanien zu erinnern. Sollte die ostfriesische Sache [3]) erwähnt werden, so hat er zu versichern, daß Kf. dabei keine andere Absicht als die in dem Antwortschreiben an den Kaiser angeführte habe.

Mit allen am kaiserlichen Hofe anwesenden fremden ministris, besonders mit dem dänischen und französischen, hat er in guter und vertraulicher Korrespondenz zu leben, aber sich vorzusehen, daß er niemand unnötige Ombrage gebe [4]).

O. v. Schwerin an den Kurfürsten. D. Dresden 19./29. Januar 1683 [1]).

[Gespräche mit den k.sächsischen Generälen und Ministern.]

Er hat sowohl mit Haugwitz und Gerstorff als auch mit dem General- 29. Jan.
feldmarschall v. Goltz und mit dem Generalleutnant v. Fleming gesprochen.

---

[1]) S. Urk. u. Act. XIX, S. 752.

[2]) S. ebendaselbst S. 748 f.

[3]) S. Hirsch, Der Große Kurfürst u. Ostfriesland S. 27. Kf. hatte (d. Potsdam 26. Oktober/5. November 1682) dem Kaiser die Besetzung Greetsiels durch seine Truppen, angeblich um Ostfriesland gegen Feindseligkeiten der Holländer zu schützen, angezeigt, der Kaiser in seiner Antwort (d. Wien 9. Dezember 1682) gerügt, daß dieses ohne Verständigung mit den Mitkonservatoren Münster und Pfalz-Neuburg geschehen sei, und die Erwartung ausgesprochen, daß Kf., um Weiterungen zu verhüten, seine Truppen wieder von dort werde abführen lassen. Kf. hatte darauf (d. Potsdam 29. Dezember 1682/8. Januar 1683) geantwortet, vor Beilegung der Streitigkeiten zwischen der Fürstin und den Ständen von Ostfriesland werde dieses nicht möglich sein, ihn zugleich von der Absicht der Holländer, Esens und Witmund zu besetzen, in Kenntnis gesetzt und ihn aufgefordert, auch durch seinen Residenten im Haag davon abmahnen zu lassen.

[4]) Kf. beauftragt 17./27. Januar Schw., an seine Prätensionen wegen des im letzten Kriege erlittenen Schadens und die von ihm deswegen gemachten Vorschläge (s. Urk.

Letzterer meinte, man werde sich hier nicht weiter einlassen, als drei bis vier Regimenter dem Kaiser zu Hilfe schicken. Goltz behauptete, seine Devotion gegen Kf. veranlasse ihn, alle seine Kräfte dahin zu richten, daß an diesem Hofe demselben nicht nachteilige oder die Korrespondenz zwischen beiden benachbarten Höfen hemmende mesures ergriffen würden. Man wäre hier sehr tentiert gewesen, eine Offensivallianz mit dem Kaiser, den Königen von Schweden und Polen und dem Herzog von Hannover zu schließen, er habe dieses aber durch die Erklärung, daß er dann K.Sachsen keine Dienste mehr werde leisten können, vereitelt. Sollte auch dieser Diskurs mehr darauf angesehen gewesen sein, dem Kf. zu zeigen, daß Goltz ihm hier nützliche Dienste leiste, damit Kf. bewogen werde, ihm die Pension, ob deren Einziehung er sehr doliert, wieder zu kontinuieren, so hat es ihm doch bei der mit Gersdorff gehaltenen Konferenz zur Nachricht gedient und wird ihn veranlassen, am kaiserlichen Hofe nachzuforschen, wie weit man in dieser Sache gegangen und was eigentlich der Zweck solcher Allianz ist.

Haugwitz hat er die Hauptursachen seiner Schickung mitgeteilt, ihn gefragt, ob K. Sachsen noch entschlossen sei, persönlich zum Kaiser zu gehen und wohin derselbe wegen der Traktaten mit Frankreich ziele, ihm die ab oriente et ab occidente drohende Gefahr vorgestellt, die Hoffnung ausgesprochen, daß man dieser nicht eine sehr entfernte und nur auf suppositiones gegründete Hilfe entgegensetzen und es so auf die extrema ankommen lassen wolle. Zugleich hat er bemerkt, man müsse des Kf. Intention nicht recht verstanden haben, dieser habe nie proponieren lassen, daß man die französischen Propositionen pure annehmen, noch weniger, daß sich das Reich aus freiem Willen Frankreich submittieren solle, und hat nachgewiesen, daß alle in der k.sächsischen Resolution angezogenen Motive, um dem Kf. die Beitretung leicht und angenehm zu machen, vielmehr in spe als in effectu beständen. H. erwiderte, K. Sachsen hätte resolviert gehabt, wenn nur einige andere Kurfürsten nach Regensburg kämen, auch sich dort einzufinden, es schiene aber, daß niemand große Lust dahin hätte, und man höre auch nichts mehr davon, daß der Kaiser dorthin gehen wolle. Wegen der Friedenshandlung aber erklärte er, Kf. verlange, daß man den Frieden, so wie er von Frankreich diktiert werde, annehmen solle, denn auf die Erlangung günstigerer Bedingungen durch Verhandlungen sei gar nicht zu rechnen, durch Annahme eines solchen Friedens aber werde die Sicherheit des Reiches nicht erreicht werden.

---

u. Akt. XIX, S. 704 f., 728 f.) zu erinnern und zu erwähnen, daß, da die Deliberationen darüber in Regensburg etwas langweilig auszufallen pflegten, ihm nicht zu verdenken sein werde, wenn er sich eine solche Satisfaktion selbst, besonders durch Extinguierung der Präbenden nach dem Tode ihrer jetzigen Inhaber, zu verschaffen suchte. Am 19./29. Januar teilt er Schw. mit, daß der König von Dänemark ihn ersucht habe, sich seiner in der Gottorfschen Kontributionssache (s. Urk. u. Akt. XIX, S. 597) gegenüber dem kaiserlichen Exzitatorium und der K.Sachsen und Sachsen-Lauenburg aufgetragenen Kommission, am kaiserlichen Hofe und auf dem Reichstage anzunehmen, und er befiehlt ihm, darüber mit den kaiserlichen Ministern zu sprechen, ihnen die Unzuträglichkeiten, welche aus der Fortsetzung solcher Prozeduren entstehen würden, vorzustellen und zu raten, daß damit angestanden und die Sache dem Erbieten des Königs gemäß gütlich beigelegt werde.

daher sei es besser, jetzt, als wenn die Verfassung und Harmonie noch schlechter sei, einen Anfang zu machen, sein Recht und patrimonium zu defendieren, und er hat ihm das nicht ausreden können.

Gersdorff hat ihm, nachdem er mit ihm eine ähnliche Unterredung gehabt, endlich gestanden, daß man sich hier wirklich mit dem Kaiser pro defensione imperii engagiert habe. K. Sachsen begreife sehr wohl, daß Kf. wegen Situation seiner Lande andere respectus und considerationes hätte, er meinte aber, daß es dem ganzen Reich und besonders Kf. selbst sehr nachteilig fallen würde, wenn sich dieser demselben in so dringender Not entziehen und dadurch Anlaß geben sollte, die Hilfe bei fremden Kronen, als Schweden und Polen, mit denen der Kaiser geschlossen haben solle, zu suchen und das Kommando der kaiserlichen Armee, das Kf. hiebevor gehabt, dem Hause Braunschweig in die Hände zu spielen. Man gedenke aber diesseits nicht mit einem besonderen Corpo, etwa nach Anleitung der fränkischen Allianz, am Unterrhein zu agieren, sondern nur einige Regimenter zu den fränkischen Truppen stoßen zu lassen, auch sich in das italienische Werk nicht zu mischen, sondern die Hilfe nur auf Defension des Reichs und der kaiserl. Erblande zu richten. Als er ihm dann die Türkengefahr vorstellte und äußerte, man sollte dem Kaiser raten, lieber Straßburg preiszugeben, als das Reich in Gefahr zu bringen, noch mehr zu verlieren, antwortete G., es sei gar nicht darauf angesehen, den König von Frankreich anzugreifen und Straßburg wiederzunehmen, damit würde man doch nicht reussieren, sondern man wolle abwarten, was Frankreich weiter tun würde, und auf den Fall der fortgesetzten Reunion defensiv gehen und das Reich wider ungerechte Gewalt schützen. Es sei dem Reich reputierlicher, Straßburg zu verlieren, als es wegzugeben, man behielte dann das Recht und könnte bei günstigerer Gelegenheit das Seinige zu vindizieren suchen [1]).

O. v. Schwerin an den Kurfürsten. D. Wien 8./18. Februar 1683 [2]).

[Audienz beim Kaiser. Mitteilungen v. Plettenbergs und Sebbeville's. Unterredung mit Dietrichstein.]

Er hat [3]) Dienstag, den 16., nachmittags 4 Uhr bei dem Kaiser Audienz gehabt. Derselbe bezeugte bei seiner Proposition gar sonderbare Attention, vielleicht in der Hoffnung, daß er die Akzeptation der französischen Proposition viel- 18. Febr.

[1]) Schw. berichtet (d. Berggieshübel 20./30. Januar 1683) über eine zweite Unterredung, die er am vorhergehenden Nachmittag mit Gersdorff gehabt habe, und fügt hinzu, die k. sächsischen Minister seien, seitdem er ihnen die drohende Gefahr vorgestellt habe, ganz stutzig geworden. Graf Lamberg habe ihm vorgeworfen, er hätte ihm hier den ganzen Handel verdorben, und habe sehr über die Unentschlossenheit und Furchtsamkeit der sächsischen Minister geklagt. L. habe aber seine Abreise noch einige Tage verschoben und werde sich gewiß bemühen, die Sache zu redressieren.

[2]) S. v. Orlich II, S. 496 f.

[3]) Schw. war am 2./12. Februar in Wien angekommen.

mehr widerraten als treiben würde, bedankte sich, nachdem er geendet hatte, für die vom Kf. bezeugte Affektion, bedauerte, daß derselbe sich nicht persönlich bei ihm einstellen könnte, behauptete, daß auch er seit dem Nimwegischen Frieden sich bemüht habe, das Reich in Ruhe und Sicherheit zu konservieren, daß er aber zweifeln müßte, ob so leicht zu einem deutlichen und sicheren Frieden mit Frankreich zu gelangen sein werde, und daß man sich darin nicht übereilen dürfte. Daß im Reich jetzt eine so schlechte Harmonie zu spüren wäre, beklagte er. Daß dem kurfürstlichen Collegio etwas, was ihm kompetieren könnte, geweigert werde, wüßte er nicht, da er in allem dem alten Herkommen folgte, er wollte aber dem Werk weiter nachsinnen, es mit seinen Räten überlegen und einige von diesen verordnen, die mit Sch. weiter daraus konferieren sollten. Er dankte endlich dafür, daß Kf. sich wegen der Türkengefahr so willfährig erklärt habe.

Den fremden Gesandten hat er an demselben Tage seine Ankunft anzeigen lassen, er hat von diesen bisher nur den in demselben Hause wie er wohnenden münsterschen v. Plettenberg gesprochen, der ihm erzählt hat, wie sehr man sich hier flattiert hätte, daß Kf. beschlossen hätte, die kaiserliche Intention zu sekundieren und die Beförderung des Friedens fahren zu lassen. Von den kaiserlichen Ministern hat er bisher nur den Oberkämmerer Grafen Dietrichstein besuchen können, aus dessen Reden aber erkannt, daß man, da der spanische Minister den Kaiser ganz gewonnen hat, keine andere Resolution fassen und sich nicht übereilen wird, seine Konferenz zu beschleunigen. Auch sonst spürt er schon, daß das große Verlangen nach seiner Ankunft seit seiner Audienz sich in eine große Kaltsinnigkeit, ihn zu sehen und zu hören, verwandelt hat. Er hat auch von der Gottorpischen Sache mit D. gesprochen. Dieser versicherte, es würde dem Kaiser nicht lieb sein, wenn dort ein Feuer angehen sollte, und er wünschte, daß die Sache in der Güte beigelegt werden könnte, dahin zielte die K. Sachsen und Sachsen-Lauenburg erteilte Kommission, er meinte, es müßte die harte Exekution und Exaktion, mit welcher der König verfahre, suspendiert werden. Von der ostfriesischen Sache ist D. nicht informiert und zu denjenigen, die darum wissen können, hat er noch nicht kommen können, er hat auch noch nicht Gelegenheit gehabt, mit dem Baron v. Freytag[1]) daraus zu sprechen.

Soeben hat ihn Marquis de Sebbeville besucht, dabei ist außer den gewöhnlichen Komplimenten nichts Besonderes vorgefallen, außer daß er ihm diesen Hof etwas dechiffriert und ihn versichert hat, es sei resolvierte Sache, es auf den Krieg ankommen zu lassen, der spanische Botschafter wüßte sich der Hoffnung, die man sich wegen der jungen kaiserl. Herrschaften auf die spanischen Erblande machte, allzu nützlich zu gebrauchen, und seit der bayrischen Allianz, deren er noch nicht habe habhaft werden können, bestehe man noch mehr darauf.

[1]) Der Reichshofrat Franz Heinrich v. Fridag, s. über ihn Pribram, Österreich u. Brandenburg 1685—1686, S. 2 f.

O. v. Schwerin an den Kurfürsten. D. Wien 15./25. Februar 1683.

[Ursachen, weswegen man sich österreichischerseits nicht zum Frieden mit Frankreich verstehen will.]

Er hat [1]) jetzt fast alle ministros dieses Hofes gesprochen und, trotzdem deren 25. Febr.
inclinationes und expressiones nicht weniger verschieden sind als ihr talentum, so hat er doch in vielen Punkten unanimem consensum gefunden, von welchem auch keiner trotz alles Einredens abzubringen gewesen ist. Erstens nämlich behaupten alle, daß der Kaiser selbst weit mehr zum Frieden als zum Kriege neige, und man verdenkt auch dem Kf. durchaus nicht, daß dieser die Wohlfahrt des Vaterlandes lieber durch einen harten Frieden als durch einen ungewissen Krieg zu befördern sucht. Aber man ist überzeugt, daß Frankreich nach der Universalmonarchie und der Kaiserkrone buhle, und daß es ihm nicht um den geringen Teil des Reiches, den es jetzt sucht, sondern um das acheminement zum ganzen, wenn es auch erst die Kindeskinder dieses Königs erreichen sollten, zu tun ist. Man glaubt, daß ein beständiger Friede nicht eher zu hoffen sei, bis solche Grenzen gestellt sind, die uns so sicher vor Frankeich machen, wie dieses vor uns ist. Ferner vertrauen sie sowohl auf ihre eigene Verfassung, welche der Markgraf von Baden auf 80 000 Mann rechnet, als auch auf die bereits getroffenen Allianzen, welche sie für so gut halten, als jemals im Reich gewesen, und getrösten sich auch der Akzession der Kurfürsten am Rhein, die jetzt ihre Gedanken nicht offenbaren dürften, denen man aber zu Hilfe kommen müßte, zumal da von ihrer Vergewaltigung die dispositio coronae imperialis dependiere. Dazu kommt der point d'honneur oder vielmehr die Beisorge, daß, wenn man das jetzige Tempo versäume, die jetzigen Alliänzen negligieren und durch Abandonnierung Spaniens dieses zur Desperation bringen sollte, das Haus Österreich von der Sukzession exkludiert werden würde. Der Türkenkrieg embarassiert sie wenig, sie glauben, daß der Frieden mit denselben in ihrer Disposition sei. Der Krieg könnte auf allen Fall über eine Kampagne nicht währen und käme der größte Verlust, dessen man sich dort zu versehen, gegen Krone, Zepter und Libertät, die an der anderen Seite periklitierten, in keine Konsideration, ja sie vermeinen, daß auch der okzidentalische Friede in ihren Händen sei, indem sie die französischen Propositionen nur als ein pis-aller ansehen und sich versichert halten, daß Frankreich, weil es durch Erhaltung desselben das Hauptfundament der Universalmonarchie legte, sie hiernächst allezeit zu akzeptieren kein Bedenken tragen werde. Außer obigen Raisonnements, die der spanische Botschafter mehrenteils suppeditiert, allegieren gerade die Minister, die den Frieden am liebsten befördert sehen möchten, man könne nicht sehen, wie man zu einer Handlung gelangen könnte, es wäre für den Kaiser und das Reich höchst schimpflich, als supplices vor einem französischen Minister, der nicht allein kein ambassadeur wäre, sondern, was bisher zu Beförderung des Friedens geschehen, so verächtlich traktierte, zu erscheinen und zu deklarieren, daß man sich dem Willen Frankreichs ohne Restriktion und Bedingung unterwerfen wolle. Man wüßte kein

[1]) S. Pufendorf l. XVIII, § 83 (S. 1461 f.), v. Orlich II, S. 498 f.

Exempel, daß jemals ein Friede ohne mediator gehandelt worden, wenn jetzt ein solcher vorhanden wäre, möchte vielleicht dem Werk nicht so schwer zu begegnen sein. Man würde den Frieden mit Frankreich vorgeschlagenermaßen anzunehmen kein Bedenken tragen, wenn man wüßte: 1. durch wen solches anzubringen, damit gleichwohl dignitas imperii beobachtet würde; 2. wie man es gegen die Allierten, besonders gegen Spanien, verantworten könne und 3. wie securitati publicae so zu providieren sei, daß, wenn das Feuer im Römischen Reich gelöscht wäre, es nicht an einem anderen Ort so stark angelegt würde, daß es nicht nachher auch uns involvierte und konsumierte. Dieses sind die wahrhaftigen, ja einzigen obstacula des Friedens, an deren Hebung er nach Möglichkeit arbeitet. Das erste, defectum mediatoris anlangend, hat er erklärt, Kf. werde gewiß auch weiter seine officia anwenden wollen. Da hier ein französischer minister sei, so wolle er ihm hinterbringen, was man ihm an die Hand geben würde, aber da man früher unter der Hand dem Marquis de Seppeville die Inklination zum Frieden zu erkennnen gegeben, Frankreich dieses aber nicht menagiert, sondern sich dessen prävaliert hat, um bei den kaiserlichen Alliierten Mißtrauen zu erregen und eine Separation zu verursachen, so trägt man Bedenken, solchen Weg wieder zu gehen, zumal da Spanien und Holland von ihrem Mißtrauen noch nicht ganz geheilt sind, und man sucht, sie durch Cramprichts reiterierte Memorialien zu rassurieren. Man hätte gerne einen mediator, der nicht allein in loco tractatuum zwischen beiden gehen und sozusagen diesem Hof pro forma eine necessitatem imponieren könnte, die conditiones einzugehen, damit man nur etwas hätte, um sich gegen die Alliierten, besonders gegen Spanien, zu justifizieren. Dieses zweite obstaculum anbetreffend, hat er auch alles Ersinnliche vorgebracht, um dessen Diffikultät zu benehmen, aber die Furcht vor dem spanischen Botschafter hält jeden ab, sich desfalls gründlich herauszulassen, sie kommen ihm vor wie jene Jungfrau, die Ehren halber zu dem, was sie herzlich verlangte, dennoch gezwungen sein wollte, vielleicht wird man trotz der Unzufriedenheit, die man mit den kurfürstlichen conclusis bezeugt, doch im Herzen froh sein, wenn das ganze Reich hiesigem Hofe eine necessitatem imponieren sollte. Denn obgleich das dritte obstaculum am meisten nagt, da es das kaiserliche Partikulierinteresse respiziert und die hier regierenden Pfaffen auch ihr partikulieres und dem Hause Österreich schädliches Absehen damit kolorieren, so dürfte man doch sich bei wirklichem Einbruch der Türken oder Resolution des ganzen Reiches des Engagements mit Spanien und anderen zu liberieren suchen.

Soviel hat er bisher teils aus halben, teils aus ganzen Worten penetrieren können, daß man bei einer ordentlichen Konferenz, zu der es wegen Krankheit des Reichsvizekanzlers und des Hofkanzlers noch nicht gekommen, sich gewiß nicht so weit herauslassen, sondern ihm eine Resolution erteilen wird, durch welche die kaiserlichen Alliierten der Beständigkeit dieses Hofes versichert werden mögen.

Er hat auch die übrigen Punkte seiner Instruktion angezogen, so wegen der kurfürstlichen Präeminenz und der Waldeckschen Allianz[1]) erinnert, die meisten aber haben es mit Ziehung der Schultern mit der alten Observanz und besonders mit der Konsequenz bei den Fürstlichen abgewiesen und ihm wohl ohne Scheu

[1]) Die Laxenburger Allianz vom 10. Juni 1682.

gesagt, die Fürsten legten sich mehr zum Ziel und favorisierten den Kaiser mehr, daher könnte man sie nicht desobligieren. Man hat zwar von einem Temperament gesprochen, er hat sich aber dazu durchaus nicht verstanden. Wegen der Waldeckschen Allianz hat man nur erwidert, der Kaiser hätte der Konjunkturen halber mit einigen Kreisen das tun müssen, wozu sich billig das ganze Reich hätte verstehen sollen, und sie sei ganz unverfänglich.

Von der Allianz mit K. Baiern[1]) hat er nur erfahren, daß dieser sich zu Sistierung von 8000 Mann engagiert, die man anstatt einiger kaiserlichen Regimenter, die man in Ungarn gebrauchen will, ins Reich verlegen will, wogegen der Kaiser ihm im Kriege 400 000 Fl. und in Friedenszeiten die Hälfte versprochen und zur Versicherung einige Ämter abgetreten habe [2]).

Der Kurfürst an v. Schwerin. D. Cöln 23. Februar/[5. März] 1683.

[Befehl, sich zu verabschieden.]

Er ersieht mit Bedauern, daß man unerachtet der vor Augen schwebenden 5. März
höchsten Gefahr von dem Erbfeind sich dort dennoch flattiert, nicht allein diesem, sondern auch zugleich der französischen Macht gewachsen zu sein und den Krieg gegen beide zugleich anzutreten. Er hofft zwar, der Kaiser werde endlich die Sache anders begreifen und nicht die spanischen consilia und suggestiones seinem und des Reiches wahrem Interesse prävalieren lassen, sollte aber keine Apparenz dazu sein, so kann Schw. seinen Abschied nehmen, dabei aber hat er dem Kaiser und den ministris auf das beweglichste vorzustellen, daß Kf. an allem dem Vaterlande und der ganzen Christenheit aus einer solchen Konduite zu verursachenden Unglück unschuldig sein und sich damit konsolieren müsse, daß er es an Ratschlägen und Remonstrationen nicht habe fehlen lassen, daß er indessen bei dem Reich fest und beständig beharren und dessen Konservation nebst anderen Reichsständen, welche die Gefahr neben ihm apprehendierten, nach Möglichkeit beobachten wolle.

O. v. Schwerin an den Kurfürsten. D. Wien 1./11. März 1683.

[Erwartung einer Änderung der Politik des Kf. Drohende Gefahr von den Türken.]

Man sucht hier eine endliche Resolution zu verschieben und abzuwarten, was 11. März
Amerongen[3]) bei Kf. ausrichten wird, da man sich von dessen Ankunft und langer Audienz viel verspricht. Man getröstet sich hier keineswegs nur, daß Kf. neutral

[1]) Die Allianz vom 26. Januar 1683 (Bittner, Chronologisches Verzeichnis der österreichischen Staatsverträge I, S. 89), s. Riegler, Geschichte Baierns VII, S. 271.

[2]) Schw. meldet 18./28. Februar, daß zu einer Konferenz noch keine Aussicht sei, weil Hocher gestorben und der R.-Vizekanzler Graf Königseck noch nicht hergestellt sei, daher habe er das, was Kf. ihm vorzubringen aufgetragen habe, auch dessen Anspruch auf Brieg, Liegnitz und Wohlau, in einem Memorial schriftlich zusammengefaßt und wolle es morgen übergeben. S. dasselbe (d. Wien 1. März 1683) Urk. u. Akt. XIV 2, S. 1052 f.

[3]) S. über dessen damalige neue Sendung zu Kf. Urk. u. Akt. III, S. 650 ff.

bleiben werde, sondern erwartet gegen Ostern eine Veränderung bei demselben, beachtet daher seine Remonstrationen nicht und antwortet darauf nur mit Lachen. Graf Lambert gibt durch die kontinuierte Korrespondenz mit seinen zu Berlin hinterlassenen Leuten, von welchen ihm auch minutissima berichtet werden müssen, zu solcher Hoffnung großen Anlaß. Dagegen scheint die lange gehegte Hoffnung, daß der Friede mit den Türken getroffen werden würde, nunmehr gar zu verschwinden, denn der kaiserliche Gesandte Caprara hat dieser Tage durch einen Expressen hierher berichtet, daß nichts gewisser sei als dieser Krieg, daß man auf 140 000 Mann, die den 15. März von Adrianopel aufbrechen würden, seine Rechnung machen und sich zu einer zeitigen und vigoureusen Resistenz parat halten sollte. Daher sucht ein jeder das Seinige zu salvieren, man will auch für gewiß sagen, daß die kaiserliche junge Herrschaft in 14 Tagen an einen anderen sicheren Ort werde gebracht werden, der der kaiserliche Hof, obwohl man, um dem gemeinen Volke Mut zu machen, divulgiert, der Kaiser wolle extrema hier abwarten, auch wohl bald folgen wird.

O. v. Schwerin an den Kurfürsten. D. Wien 8./18. März 1683.

[Konferenz mit den kaiserlichen Ministern, die Resolution des Kaisers und seine Erwiderung darauf.]

18. März Gestern ist er [1]) zu einer Konferenz mit den Grafen Königseck und Nostitz entboten worden, und haben ihm diese die kaiserliche Resolution mitgeteilt. Der Kaiser wünsche den Frieden, sei bereit, die angefangenen Traktaten zu kontinuieren und durch Stratman solche Vorschläge zu machen, durch die auch Frankreich von seiner Begierde zum Frieden werde überzeugt werden, und er wolle auch alle seine Alliierten auffordern, sich ebenso zu bezeugen, da aber Frankreich sich zu keinem universalen Frieden verstehen, sondern nur die, welche einerlei Interesse hätten, separieren wollte, müßte er vor allem auf die durationem und securitatem pacis sein Absehen richten. Diese aber sei nur durch einen Universalfrieden zu erreichen, sollte dieser verworfen werden, so werde man nicht allein die bereits gemachten Allianzen nicht abandonnieren können, sondern es würden alle für einen stehen und eine allgemeine Vergewaltigung zu verhüten suchen müssen, zumal da das, was man in den Frieden einzuschließen suche, der burgundische Kreis und die in Italien gelegenen Reichslehen, kein fremdes, sondern des Reiches eigenes Interesse respizierten. Der Kaiser erwarte, daß Kf. diese seine nur zu Beförderung eines beständigen und sicheren Friedens zielende intentiones approbieren und zu ihrer Erreichung kooperieren werde. Er hätte zu Kf. ein besonderes Vertrauen, in dessen Händen stehe es, der Sache den Ausschlag zu geben, er möchte es bei Frankreich befördern, daß die Handlung eines allgemeinen Friedens akzeptiert, ein Ort dazu und ein Mediator (etwa der Papst, Polen oder Venedig) bestimmt werde. Inzwischen aber, da der Türke in wirklichem Anzug begriffen, hoffe der Kaiser, daß Kf. seine genereusen Offerten zum Effekt bringen und ihm mit einer ansehnlichen Mannschaft zu Hilfe kommen werde.

[1]) S. Pufendorf l. XVIII, § 84 (S. 1463), v. Orlich II, S. 500 f.

2. Betreffend die kurfürstliche Präeminenz ließe der Kaiser versichern, daß er keineswegs das den Kurfürsten Kompetierende zu schmälern beabsichtige, daß aber bedenklich sei, von dem bisher Üblichen und Hergebrachten abzuweichen.

3. Die gewünschte Indemnisation gönne der Kaiser dem Kf. gerne und wolle sie befördern helfen in der Hoffnung, daß dieser auch seine Entschädigung für den Abgang von Freiburg befördern werde.

4. Wegen Jägerndorf hätte der Kaiser schon früher eine Geldentschädigung vorgebracht und ließe es auch jetzt dabei bewenden, die Prätension auf die übrigen schlesischen Fürstentümer aber sei ganz unbegründet.

Er hat sich darauf bedankt, um eine schriftliche Resolution gebeten und erwidert, da Kf. wahrnehmen werde, daß man mehr auf künftige ungewisse Dinge als auf die jetzt drohende Gefahr reflektiere und das Gewisse gegen das Ungewisse zu verscherzen hazardiere, so fände er sich verpflichtet, ihnen nochmals die gegenwärtige Gefahr und die nicht geringe Hoffnung, daß die securitas pacis eher durch des Kf. Vorschläge als auf andere Weise werde erreicht werden, vorzustellen. Das hat er auch getan und zugleich erklärt, da Kf. bei der okzidentalischen Gefahr nicht weniger als bei der orientalischen interessiert wäre, und man hier meinte, daß er auch auf Polen, Schweden, Spanien, Sachsen und Braunschweig, als des Kaisers Alliierte und seine Nachbaren, zu reflektieren hätte, so sehe er nicht, wie Kf. sich entblößen und seine Truppen partagieren könnte, sondern es werde ihm nichts anderes übrig bleiben als in Erwartung des Ausschlages einer so hazardeusen Resolution bei dem Reich fest und beständig zu halten und nebst anderen gleichgesinnten Reichsständen dessen Konservation äußerster Möglichkeit nach zu beobachten.

Die Kommissare taten darauf abermalige Instanz wegen Assistenz wider die Türken, und als er keine Hoffnung dazu machte, klagte Graf Königseck sehr über v. Crockows Negotiation in Polen, Graf Wallerstein hätte berichtet, daß derselbe seiner Negotiation entgegenarbeite und bereits 15 Stimmen gegen die Resolution, dem Kaiser zu assistieren, gewonnen habe, einer von diesen habe es W. entdeckt und dieser habe es Crockow, der darüber ganz konfus geworden, vorgehalten. Der Kaiser hoffte um so mehr, daß Kf. ihm die Hilfe von Polen nicht mißgönnen und verhindern werde, da er seine Gesandtschaft instruiert hätte, des Markgrafen Ludwig Sache zu assistieren, und die Allianz mit Polen nur auf die Türken gerichtet wäre. Er hat darauf erwidert, er wüßte noch nicht, daß Crockow zu Warschau angelangt wäre, daß Kf. aber die Assistenz wider die Türken hintertreiben sollte, käme damit nicht überein, daß er sich selbst zu solcher erboten hätte, wenn er nur in den Stand gesetzt würde, es zu effektuieren.

In betreff der kurfürstl. Präeminenz hat er erwidert, er hätte gehofft, daß der Kaiser sich darin favorabler ausgelassen haben würde, zumal da von den Kurfürstlichen nichts Neues, sondern nur was ihnen schon früher bewilligt wäre und kraft der Wahlkapitulation kompetierte, gesucht worden, worauf sie in eine ziemliche Debattierung der Sache geraten sind. Graf Königseck sich dabei aber sehr moderat und begierig gezeigt hat, die Sache nach des Kf. Verlangen zu terminieren.

ad 3 sind sie des Kf. Vorschläge durchgegangen, die Kommissare meinten, wegen Dortmund und Nordhausen müßte das Verlangte auf dem Reichstag gesucht

werden, wegen der Messe für Magdeburg sollte Kf. sich erst mit K. Sachsen verständigen und auch wegen der Präbenden müßte, da einige derselben nach dem Instr. pacis Katholischen konferiert werden müßten, es beim Reiche gesucht werden.

ad 4 hat er wieder bezeugt, daß Kf. dem Kaiser bei den jetzigen Konjunkturen damit nicht beschwerlich fallen wollte, aber die justitia causae nachgewiesen.

Zuletzt fing Graf Königseck noch von der Gottorfischen Sache an, der Kaiser fürchte, daß darüber im Norden ein Krieg ausbrechen werde, und wünsche, daß Kf. sich interponiere. Er hat erwidert der Kf. besorge dasselbe und er hätte schon vorgestellt, man möchte beim Kaiserl. Hofgericht sich nicht übereilen und den König von Dänemark, der zu einer Komposition geneigt sei, nicht zum Äußersten treiben. K. meinte, das Hofgericht bleibe bei seiner forma procedendi, welche solche dehortatoria mit sich brächte, wenn die Krone Dänemark auch in der Sache Recht hätte, werde doch in modo pekziert, man könne unmöglich zugeben, daß der Herzog ganz über den Haufen geworfen werde, und er gab zu verstehen, daß zu gütlicher Beilegung der Sache K. Sachsen und dem Kf. werde Kommission aufgetragen werden. Bei dieser Gelegenheit hat er auch das Memorial Amerongens in der ostfriesischen Angelegenheit mitgeteilt. Die Kommissare waren darüber sehr verwundert und bestürzt, meinten, daß der Kaiser eine Einmischung der Generalstaaten nicht gestatten werde. Auf ihren Rat wird er ein kurzes Memorial deswegen abfassen und einreichen.

Da sonst bei diesem Hofe nichts zu hoffen ist, so gedenkt er Abschied zu nehmen und seine Rückreise zu beschleunigen [1]).

O. v. Schwerin an den Kurfürsten. D. Wien 18./28. März 1683.

[Seine Abschiedsaudienz.]

28. März Er hat [2]) gestern Abend bei dem Kaiser Abschiedsaudienz gehabt, dabei nochmals die Hauptursachen, warum Kf. dem Röm. Reiche mehr durch Akzeptierung des Friedens als durch Hazardierung eines zweifachen gefährlichen Krieges geholfen hielte, rekapituliert, den Kaiser gebeten, auf alle Umstände zu reflektieren und die Gelegenheit, alles in Ruhe und Sicherheit zu stellen, nicht zu verabsäumen, und erklärt, daß, wenn der Kaiser bei der ihm erteilten Resolution beharren sollte, Kf. das Unglück des Vaterlandes bedauere, aber sich damit trösten müsse, daß er daran unschuldig sei und es an treuem Rat nicht habe fehlen lassen, und daß er nach wie vor bei dem Reich getreulich halten und dessen Konservation und Sicherheit nach Möglichkeit beobachten werde, und hat den Kaiser der Devotion des Kf. versichert. Derselbe antwortete gar kurz, er beklagte, daß er, da er mit Kf.

[1]) S. Urk. u. Akt. III, S. 660.

[2]) Schw. übersendet 15./25. März die ihm zugestellte schriftliche Resolution des Kaisers (d. Wien 18. März 1683). S. Londorp XI, S. 578 ff., Pufendorf XVIII, § 85 (S. 1464).

[3]) S. v. Orlich II, S. 503.

einen Zweck, die Ruhe und Sicherheit des Röm. Reichs, hätte, sie gleichwohl in Beliebung der dazu erforderten Mittel different sein müßten. Er konsideriere des Kf. consilia sehr und werde mit demselben noch ferner des Reiches Notdurft überlegen lassen, er zweifle aber nicht, daß Kf. endlich auch begreifen und erfahren werde, daß seine jetzige Konduite auf nichts anderes als auf des Reichs Ruhe und Sicherheit gerichtet sei.

Er hat gleich darauf auch bei beiden Kaiserinnen Audienz gehabt, gedenkt nun auch noch von den Ministern sich zu verabschieden und Mittwoch den 21./31. abzureisen [1]).

Der Kurfürst an den Kaiser. D. Cölln 19./29. März 1683.

[Auf ein Schreiben vom 9. März [2]). Notwendigkeit, vorläufig seine Truppen in Ostfriesland stehen zu lassen.]

Er ist nochmals erbötig, sobald in Ostfriesland die Sicherheit hergestellt 29. März
sein wird, fernerer Verordnung des Kaisers nachzuleben. Ob aber das Werk jetzt dort in solchem Zustande ist, daß man die zu solchem Zweck dort befindliche Mannschaft sofort revozieren kann, ist zu zweifeln, vielmehr dürfte in Erwägung des von den Generalstaaten auf die Herrschaften Ehsens, Stederdorf und Wittmund beabsichtigten Desseins, der Werbungen der Fürstin, des Aufgebots des Landvolks und der täglich zunehmenden innerlichen Unruhe und Gefahr jetzt mehr als jemals zu vigilieren und auf der Hut zu stehen sein, wie dieses auch von dem Bischof von Münster begriffen wird. Der Kaiser ist davon jedenfalls noch nicht genügend informiert worden, wird aber jetzt aus dem Schreiben des Kf. vom 9. März umständliche Nachricht davon erhalten haben, und Kf. zweifelt nicht, daß derselbe seinen hierbei zu Erhaltung des kaiserlichen Respekts und Konservation der Gerechtsame des Reiches und des Kaisers bezeigten Eifer approbieren und nicht diensam finden wird, vor erlangter genugsamer Sekurität die Grafschaft Ostfriesland und deren Stände eines zulänglichen Schutzes zu enthlößen und dadurch einer auswärtigen Potenz die Tür zu öffnen, um ihr auf Schmälerung der Rechte des Reiches und des Kreises zielendes Absehen ins Werk zu richten, auch die inwendigen Machinationen zu gänzlicher Konfusion ausbrechen zu lassen.

[1]) Das Rekreditiv des Kaisers für Schw. ist Wien 30. März 1683 ausgestellt.

[2]) Darin hatte der Kaiser Kf. aufs neue aufgefordert, da er jetzt zur Beilegung der Streitigkeiten zwischen der Fürstin und den Ständen von Ostfriesland eine Kommission an seinem Hof angeordnet habe, seine Truppen von dort abzurufen. Kf. hatte darauf schon 9./19. März dem Kaiser von den gewalttätigen Absichten der Holländer und seinen Gegenmaßregeln Nachricht gegeben. S. Hirsch, Der Große Kurfürst u. Ostfriesland S. 32 ff.

Instruction, welche Wir v. G. Gn. Friderich Wilhelm — vor unsers Vettern, Schwagern und Gevattern Fürsten Johan Georgen zu Anhalt Ld. bei der von Ihnen übernommenen Reise zu I. Kays. M. ausfertigen lassen. D. Potstam 13./[23.] Juli 1683.

[Anerbieten von Hilfstruppen, dabei zu stellende Bedingungen.][1])

23. Juli Er hat sich förderlichst nach Linz, oder wo der Kaiser jetzt anzutreffen ist, zu erheben und demselben vorzustellen, der gegenwärtige Zustand der Sachen in- und außerhalb des Reichs, besonders die den kaiserl. Erblanden und dem ganzen Reiche drohende Gefahr ginge dem Kf. tief zu Herzen, er hoffte noch das Mittel zu finden, wodurch diese Gefahr abgewendet werden könnte, offerierte dazu alles, was in seinem Vermögen wäre, wünschte, daß seine jetzige schwache Konstitution es zulassen wollte, daß er in eigener Person dem Kaiser und der Christenheit dienen könnte, da ihm dieses aber unmöglich wäre, wollte er durch Schickung ansehnlicher Hilfe seine Treue gegen Kaiser und Reich dartun. Man hätte in Deutschland noch genügende Macht auf den Beinen, um dem Erbfeind Widerstand zu leisten, da aber die Ungewißheit, in der man bisher mit Frankreich stände, verhinderte, sich derselben gegen die Türken zu bedienen, so müßte er aufs neue dem Kaiser vorstellen, daß man sich Frankreichs so zu versichern hätte, daß dasselbe nicht unter den jetzigen Umständen das Reich infestierte. Er fürchte, daß Frankreich durch die letzte nach Regensburg gesandte Proposition[2]) noch mehr irritiert sein und diese zum Prätext der zu besorgenden Invasion gebrauchen möchte. Er müßte auch dem Kaiser mitteilen, daß der König von Dänemark[3]) entschlossen sei, Schweden und auch wohl gar Lüneburg mit Hilfe Frankreichs zu attackieren. Er habe ihm zwar davon abgeraten und erklärt, damit nichts zu tun haben zu wollen, er fürchte aber, daß Frankreich dahinter stecke und so das Reich per indirectum durch Dänemark anzufallen beabsichtige. Gottlob wäre das Reich noch in seiner Konsistenz und es würde also vor allen Dingen dahin zu sehen sein, daß es nicht gar übern Haufen ginge. Er wollte allemal für den Kaiser und das Reich das tun, was einem treuen Kurfürsten und Stande gebührt, hätte deshalb A. abgeschickt, um mit dem Kaiser desfalls etwas Gewisses zu paziszieren. Er soll um Benennung einiger Kommissarien, mit denen er darüber zu handeln hätte, bitten und mit diesen nach Wiederholung des Obigen folgendes traktieren:

Er wolle dem Kaiser gegen den Erbfeind ein Korps von 6000 Mann (4500 zu Fuß, 1000 zu Pferde, 500 Dragoner) mit allem Zubehör schicken und es auf seine Kosten unterhalten, nur müßte ihm an den Orten, wo es zu stehen kommt, einige Bequemlichkeit und die hilfliche Hand zu Aufrichtung eines Magazins geboten und das Volk auf dem Marsche mit Brot, Bier, Salz und Fourage versehen werden.

---

[1]) S. Pufendorf l. XVIII, § 95 (S. 1473 f.). Über die anfängliche Weigerung des Fürsten, diese Sendung zu übernehmen, s. Rébenacs Bericht vom 17. Juli 1683 (Urk. u. Akt. XX, S. 776).

[2]) S. Urk. u. Akt. XIX, S. 768.

[3]) S. ebendaselbst S. 623 ff.

Ferner verspreche er, wenn ein neuer Krieg wider das Reich entstehen und dieses mit einer auswärtigen Heeresmacht angegriffen werden sollte, gleich anderen getreuen Ständen alles zu tun, was zu Erhaltung des Reichs und Abwendung der Gefahr dienen kann.

Dagegen hat er zu stipulieren, daß nicht nur die 200 000 Taler jährlich, welche der Kaiser dem Kf. durch den Grafen Lamberg hat offerieren lassen [1]), in bestimmten Terminen quartaliter richtig gezahlt, sondern auch zu Erhebung des dritten (100 000 Rtlr.) ihm gewisse Länder, etwa Ostfriesland und die Grafschaften Bentheim und Rittberg, assigniert, ferner, daß die 200 000 Rtlr., welche Spanien ihm zu zahlen vorlängst sich erboten, sofort bar erlegt und die Zahlung der übrigen 300 000 auf beliebige Konditionen gerichtet werde. Sollte man aber obige Geldsummen, besonders das dritte (100 000 Rtlr.), nicht vollkommen erhalten können, so würde auch von dem versprochenen secours nach Proportion etwas abgehen müssen.

Daneben hat er des Kf. Forderung wegen Jägerndorf nochmals auf das beweglichste vorzustellen und auf Einräumung entweder dieses Herzogtums in natura oder eines Äquivalents an Lande, wozu die vier Ämter Querfurt, Jüterbock, Damm und Burg oder auch Stettin mit den Appertinentien in Vorschlag kommen könnte, zu dringen. Seiner Prätention auf die Herzogtümer Brieg, Liegnitz und Wohlau wolle Kf. zwar bei jetziger höchst beschwerlichen Zeit einen Anstand geben, er habe aber zum Kaiser das Vertrauen, daß er ihm um dieser Retenüe willen hernächst um so eher die verlangte Satisfaktion widerfahren lassen werde.

Wenn man sich hierüber geeinigt haben wird, kann er das Projekt eines Traktats verfertigen und solches dem Kf. zur Ratifizierung zuschicken [2]).

Der Kurfürst an den Fürsten von Anhalt. D. Potstam 23. Juli/[2. August] 1683.

[Befehl, auf Annahme der französischen Vorschläge zu dringen.]

Er erhält soeben von Regensburg die Nachricht, daß Frankreich auf die letzte von dem kaiserlichen Konkommissarius gemachte Proposition sich erklärt [3]) und dem Reich freigestellt hat, entweder den Frieden auf die zu Frankfurt proponierten conditiones zu treffen oder auf eben dieselben conditiones einen Stillstand auf 30 Jahre zu schließen, doch müßte solches vor Ende August geschehen. Da er fürchtet, daß die, welche bisher die Hinlegung der Differentien mit Frankreich gehindert und dadurch verursacht haben, daß alle diese Unglücksfälle den Kaiser und das Reich überkommen haben, auch jetzt das Werk mit Frankreich zur Extremität 2. Aug.

[1]) S. Urk. u. Akt. XIV 2, S. 1073.

[2]) Das Kreditiv des Kf. für den Fürsten (s. Urk. u. Akt. XIV 2, S. 1072) ist Potsdam 14./[24.] Juli 1683 ausgestellt.

[3]) S. die Denkschrift Verjus' vom 28. Juli 1683 (Londorp XI, S. 618, Anerbach S. 226).

werden ausschlagen lassen wollen, soll der Fürst dem Kaiser die davon zu erwartenden unheilvollen Folgen vorstellen und ihm auf das dringendste raten, dieses noch vorhandene Rettungsmittel zu ergreifen. Welcher von den beiden französischerseits gemachten Vorschlägen zu akzeptieren sei, könnte Kf. noch nicht eigentlich begreifen, ihm schiene, daß durch einen gänzlichen Friedensschluß vielen besorglichen Disputen und Diffikultäten, die aus einem Stillstande künftig entstehen könnten, vorgebaut werden könnte, doch werde er sich darunter mitgefallen lassen, was der Kaiser und die meisten Reichsstände gutfinden würden, nur daß das Werk vor Verfließung des von Frankreich benannten Termins abgemacht werde. Würde solches geschehen und man ihn dessen versichern, so sollte des Kf. Armee von 16—18 000 Mann, der er das Rendezvous bei Crossen assigniert, sofort zu Rettung der kaiserlichen Erblande marschieren und wollte Kf. selbst, wenn seine Kräfte es zuließen, sein noch übriges Blut für den Kaiser und das Reich aufopfern, sollte man aber denen, die den Ruin des Kaisers und Reiches suchen, mehr Gehör geben, als getreuem patriotischem Rate und durch Ausschlagung der Offerte von Frankreich auch dessen Macht wider das Reich ziehen, so werde er genötigt sein, auf solche klügliche Mittel bedacht zu sein, welche die im Schiffbruch Befindlichen zu ihrer eigenen Rettung zu ergreifen pflegen. Der Fürst hat dieses alles aufs beweglichste vorzustellen und sich davon durch nichts abhalten zu lassen, denn wenn Kf. nur seinen Zweck, die Rettung des Kaisers und des Reiches, erhält, fragt er nicht danach, ob seine treu gemeinten Vorstellungen angenehm sind oder nicht [1]).

Fürst Johann Georg von Anhalt an den Kurfürsten. D. Passau 30. Juli/9. August 1683.

[Audienz beim Kaiser, Konferenz mit den kaiserlichen Kommissaren. Äußerungen Burgomanero's und des Bischofs von Wien. Aussagen des Sekretärs Tökölys.]

9. Aug. Er ist [2]) Freitag, den 27. Juli/6. August Vormittag hier angekommen und hat schon an demselben Abend bei dem Kaiser Audienz gehabt. Derselbe ant-

[1]) Am folgenden Tage teilt Kf. dem Fürsten mit, daß er schon alle zum Marsch seiner Truppen nötige Anstalt getroffen habe, so daß hoffentlich in drei Wochen 16—18 000 Mann an der schlesischen Grenze stehen würden. Er beauftragt ihn, den Kaiser aufzufordern, an das Oberamt in Schlesien wegen der Verpflegung derselben auf dem Marsch die nötigen Befehle zu erlassen und für Quartiere im Reich zu sorgen (er verlangt für sich beide Mecklenburg, Sachsen-Lauenburg, Anhalt, Paderborn, das Eichsfeld, die Grafschaften Ostfriesland, Schwarzburg, Lippe, Rittberg und Schaumburg, sowie die Reichsstädte Mühlhausen, Nordhausen und Dortmund), ferner auf Satisfaktion, besonders wegen Jägerndorfs, zu dringen und wegen der bedrückten Evangelischen in Schlesien dem Kaiser und dessen Ministern gebührende Vorstellungen zu machen und sie zu warnen, dieselben nicht zur Desperation zu treiben, damit es dort nicht „auf ungarisch zugehe".

[2]) A. berichtet 24. Juli/3. August 1683 aus Regensburg, daß er diesen Nachmittag dort angekommen sei und am folgenden Tage nach Passau weiterreisen wolle, wo der Kaiser sich bis zur Niederkunft der Kaiserin aufzuhalten gedenke.

wortete auf seine Anrede, wie der Beischluß [1]) besagt, erkundigte sich dann nach des Kf. Gesundheit und bezeugte großes Vergnügen über die günstigen Nachrichten, die er davon geben konnte. Darauf hatte er Audienz bei der Kaiserin, die sehr obligeant auf das von ihm abgelegte Kompliment antwortete. Am folgenden Tage früh besuchte ihn der Oberste Hofmeister, Graf von Zinzendorff, teilte ihm mit, daß außer ihm der Reichsvizekanzler Graf Königseck und der Hofkanzler Strattmann zu Kommissaren, die mit ihm verhandeln sollten, bestellt seien, und verabredete mit ihm, daß abends um 5 Uhr eine Konferenz in Zinzendorffs Logement stattfinden sollte. Nachher besuchte ihn Graf Königseck und gab ihm von allen Affären ein großes Licht, worüber er, da es weder der Feder noch Ziffern anvertraut werden kann, mündlich berichtet wird. Nachmittag hat er die Erzherzoge und die Erzherzogin besucht und dann um 5 Uhr sich zur Konferenz begeben [2]), über deren Verlauf beifolgendes Protokoll Nachricht gibt.

Der Kaiser hat ihm den ganzen Vorrat in Wien mitteilen lassen, danach ist an allem Überfluß auf Jahr und Tag, nur an Pulver sind nur 7000 Zentner im Zeughause, und an Handgranaten und halben Kartaunenkugeln mangelt es. Der Kaiser hat resolviert, wenn aller Sukkurs nebst dem König von Polen beisammen sein wird, in Person mit der Armee zu Felde zu gehen, K. Sachsen wird desgleichen tun, in Wien sind über 100 Millionen allein an Gold und Silber.

PS. Soeben ist der spanische Botschafter [3]), der drei Stunden bei ihm gewesen, von ihm geschieden. Er sagte, der Kaiser hätte ihm alles mitgeteilt, was bei der Audienz und in der Konferenz vorgefallen, alles sei in der größten Billigkeit befunden und er habe dem Kaiser geraten, ihn ehestens mit guter Resolution zu versehen, er hätte demselben versichert, daß 12 000 von des Kf. wohlgeübten und viktoriosen Soldaten mehr wert seien, als 24 000 Neugeworbene. Er hat versprochen, sein negotium zu sekundieren, er sagte, Kf. müßte kontentiert werden, es möchte auch herkommen, wo es wollte. Dem Frieden mit Frankreich ist er nicht entgegen, nur müßte er soweit universal sein, daß keiner von den Alliierten exkludiert und nicht noch mehrere Reichsdependentien und Reichslehen verloren gingen. Wenn der Kaiser mit Kf. richtig sein würde, dann würde auch wohl sein

---

[1]) Der Kaiser antwortet, er sei sehr erfreut über des Kf. patriotische und heilsame Sentimente und dessen Teilnahme an der ihm zugestoßenen Kalamität. Auch er halte für höchstnötig, sich Frankreichs zu versichern, damit es nicht diese Konjunkturen benutze und mit Dänemark zusammen das Reich angreife. Doch würde dieses sehr schwer sein, da man sich auf die Sinzerationen Frankreichs nicht verlassen könnte, er wäre aber schon immer geneigt gewesen und noch jetzt geneigt, mit Frankreich einen beständigen und allgemeinen Frieden zu schließen. Ein solcher würde am besten zu erhalten sein, wenn alle jetzigen Alliierten fest zusammenhielten und man durch des Kf. Beitritt Frankreich zeigen könnte, daß man nur einen beständigen und allgemeinen Frieden verlangte. Es gereiche ihm zu großer Konsolation, daß Kf. ihm eine so ansehnliche Hilfe zum Entsatz von Wien schicken wollte, er werde einige seiner Minister benennen, die sich mit ihm ferner vernehmen sollten.

[2]) S. das Gutachten der kaiserlichen Räte vom 8. August 1683 (Urk. u. Akt. XIV, 2 S. 1082 f.).

[3]) Burgomanero. S. Pufendorf l. XVIII, § 95 (S. 1474 f.).

König sich wieder in Allianz mit Kf. begeben, mit den 200 000 Rtlr. in bar und 300 000 an Salz oder auf andere Weise hätte es seine Richtigkeit und künftig würde Spanien noch mehr für Kf. tun. Auch der Bischof von Wien[1]), den er besucht hat, zeigte sich über des Kf. Offerte sehr erfreut, die Hilfe desselben sei wohl dreidoppelt zu konsiderieren, einer Rekommendation bedürfe es nicht, der Kaiser sei selbst bereit, dem Kf. nach seinem äußersten Vermögen zu willfahren.

PS.[2]) Töckelis Sekretär hat deponiert, daß der König von Frankreich mit dem türkischen Kaiser und Töckeli paziszierte hätte, diese sollten alle kaiserlichen Erblande, auch Wien, behalten, außer Böhmen, Mähren und Schlesien, die für den Römischen König, den König von Frankreich oder den Dauphin reserviert werden sollten. Das Römische Reich wolle weder der Großvezier noch der König von Frankreich bekriegen. Als er dem nicht hat Glauben beimessen wollen, haben ihm Zinzendorff, der Markgraf von Baden, Königseck und der spanische Botschafter soviel gezeigt, daß er sich verwundern müssen, sonderlich was für Einfälle und Anschläge der König von Frankreich, der Großvezier und Töckeli haben, diejenigen, die sie am meisten fürchten, mit Gift zu depeschieren.

Fürst Johann Georg von Anhalt an den Kurfürsten. D. Passau 2./12. August 1683.

[Hoffnung auf baldiges Zustandekommen des Traktats. Unmöglichkeit, die späteren Forderungen des Kf. noch geltend zu machen. Die Quartierangelegenheit. Verzögerung der Resolution des Kaisers auf die französische Proposition.]

12. Aug. Da der Kaiser einige Tage unpäßlich gewesen und wegen allerhand überhäufter pressanter Affären hat das ihm anvertraute negotium noch nicht völlig zustande gebracht werden können, zumal er nicht von seiner Instruktion abgehen kann und die Zeit nicht unnötig verstreichen lassen will. In der Hauptsache ist man zwar ganz einig und ist beschlossen, daß Kf. die 200 000 Rtlr. jährlich richtig empfangen soll, es fehlt auch nicht an gutem Willen, noch mehr zu prästieren, wenn nur die Möglichkeit vorhanden und der Entsatz von Wien glücklichen Sukzeß erreicht haben möchte. Der Kaiser hat das feste Vertrauen, daß Kf. ihm Sukkurs schicken und diesen ohne Verzug nach Schlesien marschieren lassen werde, und verlangt, daß derselbe in 12 000 Mann bestehen möge. Das Projekt des Traktats möchte er gern so eingerichtet wissen, daß es des Kf. völlige Approbation finde, und es geht ihm sehr zu Gemüt, daß ausgesprengt wird, er hätte so harte Forderungen gestellt, welche nicht nur bei jetzigen Zeiten allzu schwer, sondern auch gar unmöglich fielen, während er doch nur das gefordert, was Kf. billigmäßig zu prätendieren genugsame Ursache hat, er hofft, daß das Projekt des Traktats oder wenigstens die Resolution auf die essentiellen Punkte heute oder morgen ihre Richtigkeit erlangen werde; inzwischen ruft man sehr um Hilfe und darf der Entsatz nicht mehr lange ausbleiben.

[1]) Emmerich Sinelli.
[2]) in Ziffern.

PS. Er hat das Schreiben des Kf. vom 24. und das PS. vom 23. Juli [1]) erhalten, befürchtet aber, nachdem er seiner Instruktion gemäß negotiiert und auf alle Punkte schon Resolution erhalten hat, daß, da in jenen Schreiben lauter neue emergentia und postulata enthalten, dadurch das schon Erhaltene und Festgesetzte in Ungewißheit, Zweifel und schädliche Verzögerung geraten möchte, er hat daher damit anstehen müssen, darum anzuhalten, zumal die von Kf. zu Quartieren verlangten Länder und Städte schon alle engagiert sind. Von dem Fürstentum Anhalt hat des Kf. Miliz vor wenigen Jahren schon konsiderable Summen genossen, v. Jena und er selbst haben darauf dem Kf. angetragen, daß, wenn er wie früher das demselben zukommende Kontingent der 130 Römermonate an Mannschaft sistieren wollte, ihm dafür, was dieses austrüge, bar erlegt werden solle, Kf. aber hat dieses verweigert und er hat sich daher entschließen müssen, diese Mannschaften zu Roß und zu Fuß selbst anzuschaffen, überdies hat das Fürstentum vom Kaiser einen Schutzbrief erhalten, in dem es von allen oneribus seitens anderer Mitstände befreit worden ist.

Verjus' Proposition [2]) hat der Kaiser an den Reichstag verwiesen und er wird, sobald der Stände Bedenken darauf einlangen wird, darauf resolvieren. Er hat noch heute dem Kaiser das Friedens- oder Stillstandsnegotium sehr beweglich vorgestellt, derselbe kann aber unerwartet des Gutachtens der Reichsstände nichts resolvieren. Hoffentlich wird dieser unvermeidliche kleine Verzug des Königs von Frankreich vorgeschützte Generosität und Friedensliebe nicht alterieren.

Fürst Johann Georg von Anhalt an den Kurfürsten. D. Passau 4./14. August 1683.

[Das Allianzprojekt. Hoffnung auf Hilfe des Kf. Die Verhandlungen mit Frankreich. Plan des Entsatzes von Wien. Widersprüche in den letzten Reskripten des Kf.]

Am 2./12. August sind die kaiserlichen Kommissare zu ihm gekommen und sie 14. Aug.
haben das beikommende Allianzprojekt [3]) zustande gebracht. Er hat bei allen Punkten seine Erinnerungen beigebracht, aber es weiter, als es abgefaßt, nicht zu bringen vermocht, jedoch in der Hauptsache, der Zahlung von jährlich 300000 Rthr., reussiert und zwar so, daß Kf. hoffentlich damit zufrieden sein wird. Er kann Kf. versichern, daß der Kaiser sehr konfident mit ihm geredet und bona fide mit dieser Handlung verfahren ist, die Not und der Geldmangel ist sehr groß, sollte aber Wien gerettet werden, so wird derselbe bald zessieren. Da die kaiserlichen Kommissare sich immer auf K. Baierns Generosität berufen haben, so hat er gebeten, den Traktat [2]) in originali zu sehen, dies ist ihm auch vergönnt worden und er schickt eine Abschrift desselben mit. Wenn des Kf. Regimenter auf dem Marsch nach der

[1]) S. oben S. 155.

[2]) S. Urk. u. Akt. XIV 2, S. 1091 ff.

[3]) Das Bündnis vom 6. August 1683 (v. Aretin, Chronologisches Verzeichnis der bayerischen Staatsverträge, S. 251 ff. Bittner I, S. 91), s. Riezler, Geschichte Baierns VII, S. 275.

schlesischen Grenze sein sollten, so können sie noch zur Zeit des Entsatzes kommen, sollten sie aber sich nicht am 8.—10. September bei Znaim oder Krems bei der kaiserlichen Armee einfinden können, so wird doch der Entsatz mit den kaiserlichen, polnischen, bairischen, sächsischen und den Reichsvölkern vom schwäbischen und fränkischen Kreise, die sich zusammen auf etzliche 90 000 belaufen, versucht werden, sollte man aber genugsam versichert sein, daß Wien sich noch länger halten sollte, wird man wohl des Kf Armee abwarten. Der Kaiser und der ganze Hof verlassen sich darauf, daß Kf. nicht geringere Hilfe als K. Baiern und K. Sachsen schicken werde. Er hat immer gesagt, daß Kf. dieses von selbst tun werde, wenn er vor Gefahren in der Nachbarschaft gesichert sei, was durch einen Frieden oder Stillstand mit Frankreich erhalten werden könne. Wenn es Frankreich ein rechter Ernst damit ist, jetzt, wo die kaiserlichen Erblande von den Türken hart bedrängt werden, keine Invasion in das Reich zu tun, so wird es auch kein Bedenken tragen, Raum und Zeit zu verstatten, daß die Friedenstraktaten nicht präzipitanter, sondern ordentlich abgehandelt werden. Man glaubt nicht, daß Frankreich diesen Herbst oder Winter etwas Feindliches gegen das Reich tentieren, sondern daß es abwarten wird, wie es mit dem Entsatz von Wien ablaufen wird. Sollte dieser glücken, so wird der Friede mit den Türken leicht und unter tolerablen Bedingungen zu schließen sein, dann wird auch Frankreich nicht ermangeln, einen sicheren und beständigen Frieden zu akkordieren. Ist es aber im Himmel beschlossen, daß eine Revolution und Untergang des Reiches erfolgen soll, so wird sich alles dazu anschicken. So lange aber Haupt und Glieder es noch treu mit einander meinen und fest zusammenhalten, auch ihre mächtigen Nachbaren nicht exkludieren und abandonnieren, wird dieses kein Zeichen sein, daß der Himmel den Untergang des Reichs beschlossen habe.

Ob Kf. einige kleine Änderungen in formalibus in dem projektierten Traktat vornehmen will, wird ihm anheimgestellt, in der Substanz aber wird jetzt nicht mehr zu erhalten sein, wenn aber der Entsatz Wiens glücken und des Kf. Völker daran teilnehmen sollten, so zweifelt er nicht, daß des Kf. Assistenz vor allen konsideriert und rekompensiert werden wird.

PS. Er hat nochmals bei dem Kaiser und den Ministern wegen des Friedens oder Stillstandes mit Frankreich die beweglichsten Vorstellungen gemacht und damit auch Erfolg gehabt. Auch der hier anwesende k. sächsische Gesandte Schott hat sich erboten, mit ihm das Friedensnegotium zu maturieren.

PS. Der Markgraf von Baden hat ihm die Bedenken des Hofkriegsrats und des Feldkriegsrats, wie der Entsatz von Wien unternommen werden solle, gezeigt. Es wird wohl resolviert werden, denselben durch den Wiener Wald zu versuchen und sich unweit Kloster Neuburg bis an Nußdorf in Bataille zu stellen, man glaubt, so den Feind zwingen zu können, die Belagerung aufzuheben und zu schlagen oder sich zu retirieren, denn man glaubt, daß derselbe nicht imstande ist, die Belagerung fortzusetzen und auch dem Entsatz zu resistieren. Da dieser allein an Infanterie ohne Kavallerie und Dragoner und ohne des Kf. Hilfe über 23 000 Mann zählt, so meinen etzliche, wiewohl die wenigsten, daß man es damit unternehmen könne, sollte aber Wien nicht größere Gefahr als noch zur Zeit leiden, so dürfte man sich wohl nicht allzu sehr pressieren. Es scheint, daß der Herzog von Loth-

ringen am meisten den Entsatz zu tentieren poussiert, um die gloire zu haben, ehe der König von Polen kommt.

PS. In dem Reskript des Kf. vom 24. Juli steht, daß er ohne Kondition die Hilfe an den Kaiser zu schicken resolviert habe, in dem PS. vom 20. aber ist die ausdrückliche Bedingung enthalten, das Werk müsse vor Verfließung des von Frankreich gesetzten Termins abgetan werden. Das letztere stimmt durchaus mit dem überein, was [1]) ihm Rébenac vor seiner Abreise gesagt und nachher auch an Fuchs geschrieben hat, und er vermutet, daß Rébenac diese Passage sollizitiert haben wird. Da aber in seiner Instruktion von einer solchen Kondition sine qua non nichts enthalten, auch das Reskript des Kf. vom 24., als das neueste, gar anders lautet, so wird er es billig bei diesem bewenden lassen und sich daran halten, bis Kf. ihm pure und absolut befehlen sollte, daß er die Hilfe nicht eher, bis das Werk mit Frankreich gänzlich adjustiert wäre, schicken wolle, welches dann, wie Kf. ermessen wird, der Stadt Wien ein sehr später Sukkurs werden dürfte, und durch dieses Mittel Frankreich sich aufs eifrigste befleißigen würde, die Traktaten aufzuhalten, damit des Kf. genereuse und patriotische Absicht vereitelt werde. Sollte solches geschehen, so kann der Türke von Wien aus Sachsen und die brandenburgischen Länder überziehen und in Kontribution und Sklaverei setzen.

Der Kurfürst an den Fürsten von Anhalt. D. Potsdam 9./19. August 1683 [2]).

[Auf die Relation vom 4./14. August. Verwerfung des Allianzprojekts. Verweigerung der Hilfssendung.]

— Ew. Ld. kann ich meine surprise, so ich aus Verlesunge des jetzt- 19. Aug.
gedachten Projects empfunden, nicht genugsam beschreiben. Ob die meisten Articul desselben mit der Instruction, so Ew. Ld. mitgenommen, übereinstimmen, werden dieselbe, wenn Sie eines gegen das andere halten, unschwer selber urteilen. Weil mir aber allerdings unmöglich fället, dergleichen Project einzugehen, und Ew. Ld. selber berichten, daß in substantialibus keine sonderliche Veränderunge zu gewarten, als wird am besten sein, daß Ew. Ld. denen keyserlichen ministris klar und deutlich zu erkennen geben, daß ich es mit I. Keys. M. und dem Reiche treu und redlich gemeinet und mir dahero bessere Articul und Conditionen als diese, die mir in keine Wege anständlich sein, vermutet hätte, auch unnötig achtete, mich über das Project, als wovon Ew. Ld. zu abstrahiren haben, weitläuftiger zu expliciren. Ich wollte daneben I. Keys. M. vor diesmal mit neuen Conditionen nicht beschwerlich fallen, wann es aber deroselben gnädigst gefiele, die Handelunge

[1]) S. Urk. u. Akt. XX, S. 778.

[2]) Das Konzept von Fuchs geschrieben, vom Kf. unterzeichnet. S. Pufendorf I. XVIII, § 96 (S. 1475). Vgl. Rébenacs Bericht vom 21. August 1683 (Urk. u. Akt. XX, S. 794 ff.).

alhier durch den Grafen von Lambergk fortsetzen zu lassen, wurde mir solches nicht entgegen sein. Indessen könnte ich bei solcher Bewantnus und da das Feuer zwischen Dennemarck und Lünenburg immer mehr und mehr anglimmet, ich auch anders nicht vorher sehe, als daß Franckreich nach verstrichenen termino losbrechen werde, keine Volkhülfe schicken und davon meine eigene Lande entblößen, noch selbige meiner gewaffneten Nachbaren Discretion überlassen. Ew. Ld. wollen darauf belieben, bei I. Keys. M. Abschied zu nehmen und sich im Namen Gottes wieder anhero zu erheben. —

P. S. Auch habe ich Ew. Ld. dasjenige, was in meinem PS. vom 23. Juli wegen Schließen eines accords mit Franckreich enthalten, mit gutem Bedacht und aus aufrichtigen patriotischem Gemüte zugeschrieben. Ich sehe wohl, daß man es alles dorten aufs äußerste und auf die Discretion von Franckreich will ankommen lassen, ich habe das Meinige getan, stelle das übrige Gott und der Zeit anheimb, die wird es lehren, wer das beste geraten und vor die Erhaltunge des Vaterlandes am meisten gesorget [1]).

[1]) Beiliegend „Remarquen bei dem Project" von Fuchs' Hand: ad 2. Kf. habe den Nimweger Frieden nie approbiert und werde ihn nicht zum Fundament seiner Allianzen setzen, dieser Artikel werde ferner Okkasion zum Frieden mit Frankreich geben, passe also nicht zu einem Defensivbündnis. ad 3: Einen allgemeinen Frieden von Frankreich zu erlangen, sei aussichtslos, um fremder Interessen willen das Reich aufzuopfern, werde den Pflichten des Kf. gegen dasselbe zuwider sein, die Verhandlungen würden auch bei der Vielheit der Interessen schwerer und gar impossibel gemacht werden. ad 4: Verzicht auf seine anderen Allianzen würde der Reputation und Konvenienz des Kf. zuwider sein. ad 7: Kf. könne sich zu Einschließung der außerhalb des Reichs gelegenen, demselben zuverwandten Lande und der turbierten Reichsstände nicht verstehen, das würde in ein Offensivbündnis gehören. ad 8: Kf. könne sich für Spanien, das ihm noch soviel schuldig, von dem keine reziproke Assistenz zu erwarten sei und das nicht einmal Subsidien zahlen solle, nicht engagieren. ad 10: Kf. würde, wenn er dem Kaiser gegen die Türken Hilfe leisten und deswegen von Frankreich angegriffen werden sollte, vom Kaiser gar keine Hilfe zu erwarten haben. ad 13: Da man das Reich zur Ruptur mit Frankreich veranlassen wolle und auch im niedersächsischen Kreise Gefahr drohe, so könne Kf. seine Lande nicht von Truppen entblößen. ad 14: Daß die Hilfsarmee des Kf. nicht einmal auf dem Marsche Bier, Brot, Salz und Futter frei haben solle, sei unbillig. ad 15: Die hier gemachten Offerten seien ganz unzulänglich. ad 16: Auf die von Spanien zu zahlenden 500 000 Rtlr. sei gar kein Staat zu machen. ad 17: Für Jägerndorf habe Kf. nie Geld annehmen wollen, daß man sich de jure zu nichts obligat erkennen wolle, verwundere ihn sehr. ad 18: Kf. habe gehofft, daß man ihm durch die vier Ämter ein Äquivalent an Land würde geben wollen, die angehängte Kondition wegen K. Sachsens werde wohl nie effektuiert werden. ad 19: Derfflinger sei ein alter Mann, werde wohl nie das Ende des Vorbehalts erleben. ad 20: Spanien werde bei erfolgendem Kriege mit Frankreich mit sich selbst genug zu tun und des Kf. rheinische Lande von dorther keinen Schutz oder Garantie zu erwarten haben. ad Art. secr. I. Wenn von den dem Kf. versprochenen Geldern etwas der Kurfürstin zugewendet werden sollte, so wollte Kf. es selbst tun und den Dank davon verdienen, ad II wird auf die Erinnerungen zu Art. 2 verwiesen.

Fürst Johann Georg von Anhalt an den Kurfürsten. D. Passau 14./24. August 1683.

[Rechtfertigung seines Verfahrens. Absicht, dem Kaiser nach Linz zu folgen.]

Er hat heute Nachmittag das Schreiben des Kf. vom 9./19. erhalten und 24. Aug.
daraus ersehen, daß das entworfene Projekt nicht nach des Kf. Verlangen eingerichtet und konditioniert befunden ist, auch die meisten Artikel desselben mit seiner Instruktion nicht übereinstimmen sollen. Wenn Kf. aber das überschickte Protokoll der Konferenz mit dieser Instruktion vergleichen wird, so wird ihn solches gnugsam schützen können, daß nichts in der Instruktion enthalten, das nicht von Wort zu Wort proponiert und observiert wäre. Daß die kaiserlichen Kommissare sich in diesen oder anderen Artikuln von des Kf. Intention allzuweit entfernt, das hat er unschwer abnehmen können, es auch an Remonstrieren nicht ermangeln lassen, aber er hat immer zur Antwort bekommen, Kf. als ein so großmächtiger und genereuser Herr würde es mit dem Kaiser in seinem jetzigen bekümmerten Zustande so genau nicht nehmen, würde er nur helfen, Wien zu retten, so würden sich schon Mittel genug finden, Kf. mit Geld unter die Arme zu greifen. Er hat nach Verlesung des Reskripts sogleich die Kommissare um eine neue Konferenz [1]) gebeten und ihnen des Kf. Willensmeinung klar und deutlich zu erkennen gegeben. Da der Kaiser aber morgen früh zu Wasser nach Linz abreist, werden sie erst dort demselben Rapport tun können. Auch er wird ihnen folgen und dort seine Abschiedsaudienz zu erhalten suchen.

Der Kurfürst an den Fürsten von Anhalt. D. Potstam 17./[27.] August 1683 [2]).

[Begründung der Verwerfung des Allianztraktats. Aussichtslosigkeit und Gefährlichkeit der kaiserlichen Politik.]

— Ich zweifele nicht, Ew. Ld. werden bei der Zurückkunft dero Courires 27. Aug.
meine Resolution über das mir zugefertigte Project erhalten haben, und wann Sie den jetzigen Zustand insonderheit I. Keyserl. M. und des Reiches, meinen Estat und die Situation meiner Länder, meine über die jetzige Conjuncturen führende Gedanken, welche Ew. Ld. nicht unbekannt, und dasjenige, was bei Verlesunge der Ew. Ld. mitgegebenen Instruction vorkommen, erwägen werden, von selber begreifen, daß es mir unmöglich ist, ein solch Project zu acceptiren. Ich bin bereit und erbietig, wann man die jetzo von Franckreich dem Reiche impendirende Gefahr durch einen Vergleich wird aus dem Wege geräumet haben, mich mit I. Keyserl. M. und anderen wider künftig besorgende Eingriffe und insultus aufs beste zu verwahren und zu

[1]) S. Urk. u. Akt. XIV, 2, S. 1106 ff.
[2]) Konzept von Fuchs' Hand.

verbinden. Aber mich bei jetzigen Conjuncturen solchergestalt, wie das Project im Munde führet, einzulassen, dadurch würde nichtes anders verursachet werden, als daß das Feuer, welches ich bishero mit höchster Mühe und Sorge und, Gott sei Dank, nicht ohne Effect zurücke und in der Aschen gehalten, desto ehender losbrechen und sowohl das Reich als meine eigenen Rheinische Lande einer gewissen Vergewaltigunge und Ruin am ersten würden exponiret werden. Betreffende die zum March meiner Armee offerirte Geldsumme, so urteilen doch Ew. Ld. selber, ob es mir möglich, das Volk darauf marchiren zu lassen, 200 000 Rtlr. bestehen auffem Papier und nennet man mir ja nicht einen einzigen Ort, woher davon ein Grosche zu nehmen. Die übrige 100 000 Rtlr. sollen vor Bier, Brod und Fourage abgekürzet werden, also daß ich den ganzen Unterhalt aus meinem Beutel würde tuen müssen, welches mir eine purlautere Unmöglichkeit ist, und würde also diese schöne Mannschaft aus Mangel Unterhaltes inner weniger Zeit crepiren müssen. Diejenige considerationes, welche Ew. Ld. in dero PS. vom 9./19. Aug. angeführet, habe ich bei mir vorlängst erwogen und überleget, ich sorge gar sehr, man flattire sich am Keyserl. Hofe, wie man bisher getan, mit vergeblicher Hoffnunge. Ist es, daß Franckreich den terminum lässet fruchtlos vorbeistreichen, ohne etwas wider das Reich vorzunehmen, so ist es ein Glück, welches ich von Herzen wünsche und verlange. Wann aber das Widerspiel sich zutragen sollte, wie würde es dann umbs Reiche und insonderheit umb den Rhein und Moselstrom stehen? Alles Volk ist ja von dannen gegen den Türcken angeführet, wer wird doch Widerstand tuen, ich alleine bin dazu nicht capable, und stehet dahin, wie es zwischen Dennemarck und Lünenburg ablaufen wird, wiewoll ich mein Äußerstes tue, umb sie auseinander zu halten. Ich sehe wohl, daß es dem Keyserl. Hof darumb zu tuen, einen Universalfrieden zu machen, wollte Gott, daß solches geschehen könnte, aber wie man numehro zwei Jahre lang daran vergeblich gearbeitet, auch jetziger Zeit ja keine Mittel hat, Franckreich dazue zu zwingen, soll man dann umb auswärtiger Interesse halber das Reich aufopfern und die frantzösische Macht zuerst darin ziehen? Dann es ist ja unleugbar, daß man jetzo das Reich Franckreichs Discretion exponiret, und wenn dann, welches Gott verhüte, Franckreich das Reich wegen ermangelnder Resistenz vergewaltigte oder den besten Teil, als den Rheinstrom, davon abrisse, was würden die Auswärtigen davon gebessert sein, anders nicht, als daß Franckreich alsdann die untergebrachte Macht von Teutschland auch wider sie anführen und gebrauchen würde, da hergegen die gesunde Vernunft riete, zuerst I. Keyserl. M. und dero Erblande zu retten, das Reich außer Gefahr zu setzen und in seiner Consistenz zu erhalten, damit selbige en estat bliebe, ihren Alliierten auf den Notfall Hülfe zu leisten. Betreffende die Mediation, wovon Ew. Ld. gedenken, so können

Sie wohl glauben, daß ich mich garnicht dazue nötige, dann ich keinen guten Ausgang augurire, werde auch darunter nichtes vornehmen, es sei denn, daß man es expresse von mir begehret, und mögen Ew. Ld. wohl versichert sein, daß ich obige Vorstellungen nicht aus einigem attachement oder inclination vor Franckreich, sondern aus recht getreuem patriotischen Herzen gegen mein Vaterland tue. Es betrübet mich vielemehr, daß ich aus Ew. Ld. Relationen so viele abnehme, daß die passiones am Keyserl. Hofe noch sehr regieren, und so lange solches ist, wird man nimmer einen guten heilsamen Rat fassen. Im übrigen bin ich zufrieden, daß Ew. Ld. I. Keys. M. auf dero gnädigstes Begehren folgen mögen, der Höchste verleihe, daß Sie in kurtzem von dannen etwas Gutes und insonderheit den Entsatz von Wien berichten mögen [1]). —

Fürst Johann Georg von Anhalt an den Kurfürsten. D. Lintz 19./29. August 1683.

[Hoffnung, eine Änderung des Traktats zu erlangen.]

Der Geheime Rat Fuchs hat ihm überschrieben, was [2]) Kf. bei einem und dem anderen Punkt in dem überschickten Projekt nicht angestanden, er findet sie aber nicht von solcher Wichtigkeit und Impossibilität, daß man sie von hier aus nicht remedieren und in solche Form bringen könnte, welche dem Kf. anständiger und nicht auszuschlagen erscheinen möchte. Der Kaiser will ihm durch die drei Kommissare nähere Resolution zukommen lassen und, nachdem die Zeit nunmehr soweit verstrichen, daß zum Entsatz von Wien auf des Kf. Völker kein Staat mehr zu machen ist, obwohl man sich große Rechnung darauf hat machen wollen, so wird er erwarten, was der Kaiser ihm durch die Kommissare wird andeuten lassen, und ob die dubia und Mängel, welche dem Kf. in dem Projekt im Wege gestanden und mißfallen haben, zu seiner Satisfaktion und Vergnügen werden gehoben und ausgemacht werden können. Er wird leicht abnehmen können, ob das, was ins Mittel gebracht worden, zulänglich und dem Kf. anständig sein wird, und sich danach regulieren. 29. Aug.

[1]) In einem Schreiben vom 28. August/[7. September] 1683 weist Kf. den Fürsten an, ein ihm mitgegebenes, aber bisher von ihm zurückgehaltenes Schreiben des Kf. an den Kaiser, in dem seine Ansprüche auf die schlesischen Fürstentümer angeführt und die Belehnung mit denselben nachgesucht wird, zu übergeben.

[2]) S. oben S. 162.

Fürst Johann Georg von Anhalt an den Kurfürsten. D. Lintz 28. August/7. September 1683.

[Entbindung der Kaiserin. Vereinigung der Armee. Einladung des Kaisers, ihn dorthin zu begleiten.]

7. Sept. Die kaiserliche Resolution ist zwar festgestellt, aber noch nicht expediert worden, heute sollte die letzte Konferenz stattfinden, aber die Freude über die heute früh erfolgte glückliche Entbindung der Kaiserin von einer Prinzessin hat es verhindert. Heute Nachmittag ist sie getauft worden, der Kf. von Baiern allein war Gevatter und ist gleich darauf zur Armee verreist, die sich heute im Tulner Feld vereinigt, nach der Angabe des Markgrafen von Baden besteht sie aus 28 000 Kaiserlichen, 22 000 Polen, 12 000 Bairischen, 10 000 K. Sächsischen und 15 000 schwäbischen, fränkischen und oberrheinischen Kreisvölkern. Morgen früh wird der Kaiser aufbrechen und sich in Person zur Armee am Wiener Wald begeben, derselbe verlangt, daß er ihm folgen, dieser Operation beiwohnen und während dieser Zeit bei seiner Person verbleiben soll. Er hofft, Kf. werde es sich nicht mißfallen lassen, daß er dem Folge leistet, er kann versichern, daß, es laufe mit Wien ab, wie es Gott verhängt hat, solches die ihm erteilte Resolution nicht verändern wird.

Fürst Johann Georg von Anhalt an den Kurfürsten. D. Wien 3./13. September 1683.

[Bericht über die Schlacht bei Wien. Einzug des Königs von Polen in die Stadt. Gespräch mit demselben. Bevorstehende Ankunft des Kaisers.]

13. Sept. Nachdem [1]) gestern Morgen umb 8 Uhr die vollige armée den Wiener Wald glücklich passiret und an das Vorgebirge kommen, hat man gleich bataille machen müssen, weil der Feind aus seinem Lager bis fast an den Kahlenberg heran gerücket, da dann gleich einige rencontres vorgefallen und der Prinz Moritz von Croy gleich erschossen worden, auch der Graf Trautmannsdorff nebst andern die Köpfe im Stich gelassen, weil aber unsere sämbtliche Infanterie, in 37 000 Mann bestehende, und die Artillerie in 130 Feldstücken alzeit feuerten, wurdt der Feind bis nach Nussdorff getrieben. Der König in Polen hatte den rechten Flügel und 30 Compagnien Husaren, welche dann nicht besser succediret sein konnten, den linken Flügel längst der Dona hatten die Kaiserlichen, an denen schlossen die Sachsen, an die Polen die Bayerischen, und in der Mitte die Schwäbische, Fränkische und Niederrheinische. Der König in Polen kommandirte en chef und war überall, wo das größte Feuer war, in währender action schickte er sechs Compagnien Husaren dem Herzoge von Lottringen zu

[1]) S. über den Kampf bei Wien Klopp a. a. O. S. 306 ff. und die von W. Fischer in „Mitteilungen a. d. historischen Literatur" XII S. 360 ff. verzeichnete Literatur.

auf den linken Flügel. Unsere Linie war fast eine halbe Meile lang, des Feindes seine aber umb etwas länger, zudem er drei Tage zuvor einen Succurs von 30 000 Mann, worunter 10 000 frische Janitzaren waren, bekommen. Er konnte aber unmöglich stehen bleiben und ließ sich zurücktreiben bis in sein Lager rein und verlor in der retraite gleich etzliche 30 Feldstück, er wurde aber endlich auch genötiget, sein Lager zu abandomiren, worinnen alle seine Gezelte geblieben nebst aller Bagage, es hat sich aber niemand daran vergreifen durfen, sondern man ist immer in guter Schlachtordnung geblieben und den Feind aus seinem Lager bis fast an die Favorite getrieben, also daß wir gleich am Schottentor mit der Stadt Wien Communication bekommen und der Prinz Louis gleich zwei Regimenter hinein marchiren lassen. Als dieses schon geschehen, haben die Janitzaren ihre Approchen nicht abandonniret und nicht allein von allen Batterien noch immer auf die Stadt gespielet, sondern auch einen starken Sturm getan, welchen aber der Starenberg vigoureusement soustenirte und abschlug. Darauf kam der König mit seinen Husaren auf die Türken ordentlich zu treffen, zwei Compagnien Husaren machten den Anfang und brachen zwar durch, die meisten aber wurden mit türkischen Säbeln, nachdem sie die Copien gebrochen, übel tractiret, als aber die übrigen Compagnien von den Husaren auch alle losbrachen, welches dann über alle Maßen schön anzuschauen war, gingen die Türken in großer Confusion fort, darauf wurt mit der ganzen Macht auf die Approchen angesetzet, alles niedergemacht, alle Stück auf den Batterien und im Felde erobert, der Feind aus dem Felde geschlagen, welcher sich selbsten auf 150 000 Combattanten estimiret, die gute Stadt Wien entsetzet und eine vollkommene victoria erhalten, wofür man Gott nimmer genugsamb danken kann. Ich muß sans flatterie dem Könige und seine beide Feldherrn das Zeugnis geben, daß sie also auch alle die andere generales, als Herzog von Lottringen, Chur Bayern, Chur Sachsen, Fürst von Waldeck, Feldmarschalck Goltz und alle übrige, alzeit à la teste de l'armée sich finden lassen und alles ohne einzige confusion und desordre zugangen, und obgleich der Marsch durch den Wiener Wald bis in den dritten Tag gewähret und weder Menschen noch Pferde nichts bekommen können, so ist doch nicht der geringste Wiederwille noch Verdruß an den Soldaten verspüret worden, sondern ein jeder lustig und begierig zu fechten gewesen. Heute Morgen darauf hat der König seine wilde Tartern und etzliche Towarische nachgeschicket und er vor seine Person ist rings umb die Stadt geritten und des Feindes Approchen, Batterien und unglaubliche Arbeit besehen, darauf ritt er durch einen Ausfall am Schottentor in die Stadt hinein und ritt gleich zum General Starenberg, alwo er zu Mittag speisete, der Churfürst von Bayern saß zu seiner Rechten und der König nahm mich bei der Hand und mußte mich neben ihn setzen, zu

seiner Linken nebst Chur-Bayern saß der älteste königliche Prinz, nebst mir der Unterkanzler und viel andere polnische Generales, auch der Königin H. Bruder und der Fürst Lubomirsky, Caprara und Starenberg. Der König war überaus lustig und redete continuirlich mit mir und sagte unter andern, wann er eine solche armée, als er gestern die Ehre gehabt zu commandiren, zu seiner Disposition haben könnte, so wollte er die ganze Welt erzittern machen, wandte sich darauf zum Churfürsten von Bayern und sagte, wann die HH. Churfürsten und Fürsten im Reich es mit ihrem Keyser recht meinen wollen, so können sie alle ihre Nachbaren in Devotion erhalten, er brachte mir auch Ew. Chf. Gn. Gesundheit zu und sagte, wie daß er nichts mehr verlangete, als eine, gute Gelegenheit zu haben, Ew. Chf. Gn. in der Tat zu zeigen, wie aufrichtig er es mit Ew. Chf. Gn. meinte, und noch etwas mehrers darzu ins Ohr, welches ich mündlich zu berichten nicht vergessen werde. In währender Mahlzeit wurden viel Gefangene eingebracht, auch drei vornehme Herrn von des Vizirs Hofleute. Der König konnte perfect türkisch mit ihnen reden, sie sagten, daß als der G. Vizir gesehen hätte, daß der Christen Macht hätte geobsieget, so hätte er anfangen zu weinen, seine beide Söhne geküsset und gesagt: Nun bin ich vor einmal ganz verloren. Der König hat alle des G. Vizirs Sachen bekommen, so sehr kostbar sein, unter andern einen großen güldenen Schild mit Diamanten versetzet und sein Leibpferd mit aller Mundirung mit kostbaren Edelgesteinen besetzet und seine Gezelte, derer vieltausend sein, bekommen worden. Nach gehaltener Tafel ritt der König nach die große St. Steffenskirche, kniete ein wenig nieder und tat sein Gebet. Es waren unterschiedliche hübsche Wienerische Gesichter in der Kirchen, welche mich gleich erkannten und verlangten, die Gnade zu haben, dem König die Hand zu küssen, ich sagte solches dem König, so ging er ihnen selbst entgegen und ließ sie zum Handkuß zu. Morgen oder übermorgen werden I. Keyserl. M. alhier erwartet und dann wird resolviret werden, was man mit dieser schönen armée, welche nunmehr, weil die littauische armée auch darzu kommen, nahe an 100 000 Mann sich beläuft, weiters anfangen wird. Ich habe noch diesen Abend die Burgbasteye als auch die löbische inwendig und auswendig visitiret, sie seind beide durch Mine übel zugerichtet, aber es seind auf jeder 6 Abschnitte gemacht, die ganze Courtine aber zwischen diesen beiden Bollwerken ist an 5 Orten nebst einander unterminiret befunden worden und hätte der Entsatz über 8 Tage nicht dürfen länger ausbleiben. Sobald als der Kayser und seine ministri anlangen werden, werde ich meine Depesche stark solicitiren und beschleunigen und mich mit der Hülfe Gottes bald bei Ew. Chf. Gn. gehorsambst wieder einfinden [1]). —

[1]) Kf. dankt (d. Goltze 10./20. September 1683) dem Fürsten für diesen Bericht, spricht seine Freude über den Sieg aus und beauftragt ihn, dem Kaiser seinen Glückwunsch

Fürst Johann Georg von Anhalt an den Kurfürsten. D. Potstam 24. November/[3. December] 1683.

[Anfrage, ob Kf. das von ihm mitgebrachte neue Allianzprojekt annehmen wolle.]

Er hat, nachdem Kf. das von ihm eingesandte Vertragsprojekt nicht gebilligt 3. Dez.
und Fuchs ihm ausführlich überschrieben hat, was Kf. bei den einzelnen Punkten zu desiderieren und erinnern gehabt hat, den kaiserlichen Kommissaren Mitteilung davon gemacht, diese haben darauf dem Kaiser Bericht erstattet, darauf ist eine abermalige Konferenz [1]) veranlaßt und ein neues Projekt entworfen und ihm mitgegeben worden, wodurch der Kaiesr nicht nur in Worten, sondern in der Tat hat zeigen wollen, wie weit er dem Kf. entgegenzugehen resolviert habe, und wie sehr er mit ihm ein aufrichtiges gutes Verständnis zu kultivieren verlange.

Bei seiner Zurückkunft hat er gleich am folgenden Tage angefangen, dem Kf. in Gegenwart der Kurfürstin von seiner Verrichtung Rapport zu tun und ihm das kaiserliche Rekreditiv übergeben, da aber damals die Ankunft K. Sachsens [2]) Kf. nötigte, denselben zu empfangen, so mußte das noch zu referieren Übrige ausgestellt bleiben, nach K. Sachsens Abreise aber hat er, da des Kf. Indisposition noch immer kontinuierte, anstehen müssen, denselben mit weiterem Vortrag zu fatiguieren. Nachdem es sich aber jetzt damit gebessert und er kürzlich vom kaiserlichen Hofe Nachricht erhalten, daß man dort mit Verlangen des Kf. Antwort und gute Resolution erwarte, erkundigt er sich, ob Kf. sich das Projekt vortragen lassen und sich darauf so erklären wolle, wie der Kaiser es von ihm erwarte, daß Sie als ein von Gott dem Allmächtigen mit so hoher Weisheit begabter und durch ein so schönes graues Alter experimentirter vornehmer Churfürst und Regent die kaiserl. gnädigste Einladung nicht ablehnen, noch in diesen gefährlichen und weit aussehenden Conjuncturen nicht von Sie absetzen, sondern von selbsten höchstvernünftig judiciren werden, wie höchst nötig Ew. Chf. Gn. Herbeitretung sowohl zu Erhaltung, Sicherheit, Ruhe und Fried im R. Reich, als auch zu Ew. Chf. Gn. eigenen Estats und Dero Lande Sicherheit erfordert werde. Man ist auf keyserl. Seiten so gar persuadiret, daß Ew. Chf. Gn. Herbeitretung und verlangende Aufrichtung einer Allianz mit I. Keys. M. der Sachen itzigen Beschaffenheit nach den allerbesten und glorieusesten Ausschlag geben könne, wodurch Ew. Chf. Gn. einen unsterblichen Ruhm und größte gloire davontragen und sich dadurch mit größter Reputation sowohl des höchsten Oberhaupts als auch aller werten teutschen Patrioten und treuen Mitglieder des R. Reichs ganz verbunden machen werden [3]). —

---

dazu auszusprechen. Fürst Anhalt berichtet (d. Linz 19./29. September 1683), er habe sich endlich vom Kaiser verabschieden können und werde die Rückreise antreten. Das Rekreditiv des Kaisers für ihn ist Linz 28. September 1683 ausgestellt.

[1]) S. Urk. u. Akt. XIV, 2, S. 1106 ff.

[2]) S. Urk. u. Akt. XIX, S. 847 f.

[3]) Die ablehnende Antwort des Kf. darauf (d. Potsdam 1./11. Dezember 1683) s. Urk. u. Akt. XIV, 2 S. 119 ff.

Der Kurfürst an v. Schmettau. D. Potstam 3./[13.] Mai 1684.

[Verkehrtheit und Verderblichkeit der kaiserlichen Politik.]

13. Mai Er teilt ihm ein Schreiben K. Baierns in betreff der jetzigen Konjunkturen und seine Antwort [1]) darauf mit. Schm. hat sich danach zu achten und auch ferner den dortigen ministris die Notwendigkeit, durch schleunigen Abschluß eines Friedens oder Waffenstillstandes das Reich vor den es bedrohenden Gefahren zu sichern, vorzustellen und sie zu versichern, daß er bei seinen bisherigen Sentimenten unverändert und beständig verharren müßte.

Absonderlich könnten wir fast nicht begreifen, wie doch diejenigen, welche bei Conservation des Reichs so hoch interessieret und demselben mit so schweren Pflichten verwandt sein, dessen Wohl und Weh mit den spanischen Interessen so eng verknüpfen und, da fast jedermänniglichen der Spanier Unvermögen, schlechte Conduite und desperate consilia gleich dem hellen Tage in die Augen leuchten, dennoch dessen ungeachtet sich gleichsame vorsetzlicher Weise mit und neben ihnen lieber in alle extrema stürzen, als von denselben sich separiren und so vielen wohlgemeinten patriotischen Vorstellungen und treuherzigen Warnungen einigen Platz gönnen wollen. Unseres Teiles müssen wir uns trösten, daß wir es aller Orten an schuldiger und pflichtmäßiger Beobachtung dessen, was des Vaterlandes Interesse erfordert, nicht ermangeln lassen, und sowohl den fernern Succeß als endlichen Ausschlag der Sache dem Allerhöchsten anheimstellen. Wie vergeblich man sich bei dem aldortigen Hofe mit allerhand Zeitungen, als in specie, daß der König in Franckreich seinen Aufbruch auf 4 Wochen verzögert, daß K. Cöln Höxter evacuiret, und dergleichen flattiret habe, solches werden die darauf erfolgte wahrhafte Nachrichten gnugsam angezeiget haben, und ist daraus leicht zu urteilen, weme der besorgliche Verlust von Luxenburg und die immerhin zunehmende französische Potenz mit Grunde der Wahrheit eigentlich zu imputiren sei. Hätte man noch vor 3 oder 4 Wochen unsern treuen Rat gefolget, so wäre Luxenburg salviret und in spanischen Handen verblieben, da solcher Ort nun so gut als verloren und der König in Franckreich eine abermalige merkliche Accession seiner Macht dadurch erhalten, woran diejenige allein Ursach, welche durch die bisherige Verzögerung zu diesen Extremitäten Ursach und Anlaß gegeben. Sollte nun wider Verhoffen I^r. Keyserl. M. Gemüte nicht endlich durch dergleichen commoviret und zu andern Gedanken gebracht, auch dero ministrorum Augen geöffnet werden, so müßten wir es fast vor eine Fatalität achten und könnten nicht anders als eine endliche Dissolution und gänzlichen Ruin des Röm. Reichs besorgen. —

[1]) S. beide Schreiben Urk. u. Akt. XIX, S. 828 ff.

Der Kurfürst an den Kaiser. D. Potstam 4./14. Juni 1684.

[Auf ein Schreiben vom 19. Mai [1]). Der Fall Luxemburgs. Rechtfertigung seiner Politik. Hoffnung, daß der Kaiser sich zum Abschluß des Waffenstillstands mit Frankreich verstehen wird.]

Die Wichtigkeit Luxemburgs auch für das Reich hat er immer begriffen und 14. Juni
daher auch im März, als die bekannte Alternative [2]) mit Luxemburg, Cortryck und Dixmuiden im Haag proponiert wurde, auf das beweglichste geraten, man möchte mit Zedierung der beiden letzteren Plätze, die Frankreich ohnedem damals bereits in Händen hatte, diesen so importanten Ort salvieren. Jetzt aber ist fast zu derselben Zeit, als ihm das kaiserliche Schreiben eingehändigt wurde, der Platz an Frankreich übergegangen, so daß er nicht Zeit noch Weile gehabt zu deliberieren, was zu tun wäre, um den Ort zu retten.

Ew. Kays. M. habe ich meine herzlich treugemeinte Gedanken über den gegenwärtigen Zustand der Sachen in- und außer Reiches so vielfältig durch Schickungen und Schreiben untertänigst zu erkennen gegeben, daß ich billig Bedenken trage, Ew. Kays. M. mit Wiederholunge derselben fernerweit beschwerlich zu fallen. Es tut mir zwar wehe [3]), daß man meine getreue Sorgfalt vor die Erhaltunge des Reiches und meine darauf gegründete sincere Vorstellungen so widrig und ungleich, ob hielte ich es mit der Crone Franckreich wider das Reich, ausgedeutet, ja aus diesem irrigem Fundament mich gar in gewissen Stücken von dem exercitio meiner habenden Kreisfunctionen abschließen und selbige anderen Ständen extra circulum aufgetragen, welches ich Gott und der Zeit anheimb gestellet sein lassen muß, der Ausgang aber lehret es leider mehr als zuviel, daß meine getreue Warnungen zu meinem Leidwesen eintreffen, und wünsche ich von Grund meiner Seelen, daß die Furcht und Beisorge, so ich habe und welche mich nicht wenig quälet, nemblich, daß es bei längerer Ausstellunge der Sachen mit dem ganzen Mosel- und Rheinstrom nicht so ergehe wie mit Luxemburg, vergeblich und ohne Grund sein möge. Ich habe aber annoch das sichere untertänigste Vertrauen zue Ew. Kays. M., dieselbe werden diesem großen Unheil nach dero höchsten prudence in Zeiten vorkommen und, nachdeme Franckreich auch nach der Eroberunge es demnoch bei dem vorigten im Haag getanen oblato verbleiben lässet, es dahin gnädigst richten, daß durch Schliessunge des Stillestandes mit Franckreich fernerer Verlust, ja gar eine Dissolution im Reiche verhütet und der Krieg wider den Erbfeind mit desto mehrerm Nachdruck und größeren Succeß und Anwachs vor Ew. Kays. M. und deroselben Erzhause fortgesetzet werden möge. —

[1]) nicht bei den Akten.
[2]) S. Urk. u. Akt. XIX, S. 776 f.
[3]) S. ebendaselbst S. 695.

v. Schmettau an Kf. D. Linz 15. Juni 1684.

[Günstige Gesinnung des Pater Hippolytus, Rat, diesen zu gewinnen zu suchen.]

15. Juni Er hat sich bemüht, den Pater Hippolitus[1]) zu bewegen, die Angelegenheiten des Kf. an diesem Hofe zu befördern, er hat ihn daher diese Tage besucht, ihm mitgeteilt, daß Kf. ihm sehr dafür obligiert wäre, daß er sich seiner Prätensionen auf die schlesischen Fürstentümer bei dem Kaiser angenommen, und hoffte, daß er bei diesen officiis verharren würde, und ihm flattiert, daß seine eigene Ehre am meisten dabei interessiert wäre, einem so großen Potentaten wie Kf. zu seinem Recht zu verhelfen und dadurch den Grund zu künftiger näherer Verständigung zu legen. Als er dann aus seiner Antwort seine gute Disposition ersehen, hat er ihn ersucht, dem Kaiser zu hinterbringen, was Kf. neulich wegen der Konduite des Hauses Braunschweig-Lüneburg reskribiert hat[2]), ihn näher darüber informiert und ihn gebeten, dabei dem Kaiser vorzutragen, daß Kf. dadurch nur demselben seine Devotion bezeigen und ihn avertieren wolle, daß er sich auf solche Freunde, von denen bisher soviel geredet worden, im Fall der Not wenig zu verlassen haben würde. Der Pater hat es übernommen und ihm heute mitgeteilt, er hätte diese Kommission gestern bei dem Kaiser vor dessen Abreise ausgerichtet, der Kaiser hätte es auf das gnädigste aufgenommen und ihm befohlen, ihm (Schm.) zu hinterbringen, daß er diese abermals bezeugte Propension und patriotische Freundschaft dankbar aufnehme, er wünschte nichts mehr als mit Kf. in genauester Korrespondenz zu stehen, die Konduite des Hauses Braunschweig hätte er selbst sehr ungleich und nicht in allem wie er gehofft befunden, er müßte daher dem, was Kf. ihm davon meldete, um so mehr Glauben beimessen, er ließe Kf. ersuchen, ihn in demselben Vertrauen, wenn hierin ferner etwas vorkommen sollte, davon zu avertieren. Er fuhr fort, der Kaiser hätte auch erwähnt, daß der Vertrag mit Frankreich nur von einer sicheren Garantie dependierte, und daß er wohl wünschte, einige von den Truppen des Kf. auf leidliche Bedingungen für den Türkenkrieg zu erhalten.

Da er aus dieser unvermuteten confidence und den dabei vorgekommenen Diskursen sich überzeugt hat, daß der Pater dem Kaiser ganz andere principia als der Bischof[3]) zu inspirieren trachtet, besonders ihm zu moderaten consiliis rät und den blinden Eifer der Verfolgung gegen die Protestanten zum höchsten improbiert, sich auch ernstlich und eifrig bemüht, den Kaiser mit Kf. vermittelst

[1]) v. Schmettau hatte schon am 4. Mai 1684 den Kf von der hohen Gunst, in welcher der Pater bei dem Kaiser stehe, und daß derselbe im Gegensatz zu dem Bischof von Wien den Kaiser zur Annahme des Waffenstillstands mit Frankreich und zur Verwendung aller seiner Kräfte gegen die Türken zu bewegen suche, aber darüber klage, daß er wegen der Unentschlossenheit des Kaisers wenig ausrichten könne, benachrichtigt.

[2]) Kf. hatte 17./27. Mai 1684 Schm. gemeldet, daß seine Verhandlungen mit dem braunschweigischen Hause erfolglos gewesen seien, daß dieses aber direkt mit Frankreich anzuknüpfen versuche, um sich mit dessen Hilfe die Quartiere im niedersächsischen Kreise zu sichern, und hatte ihn beauftragt, bei Gelegenheit den kaiserlichen Ministern Mitteilung davon und sie auf die Unzuverlässigkeit jenes Fürstenhauses aufmerksam zu machen.

[3]) Der Bischof von Wien Emmerich.

vorhergehender billigmäßiger Satisfaktion in nähere Verständnis zu setzen, so glaubt er, daß, wenn Kf. so bald wie möglich durch ein Schreiben den Pater in seiner Devotion stärkte, diese Gnade nicht übel angewendet sein würde, zumal von den hiesigen Ministern in dieser Angelegenheit nichts zu erwarten steht [1]).

Der Kurfürst an den Pater Hyppolitus. D. Potsdam 18./28. Juni 1684. (Conc. Meinders.)

[Bitte, sich seiner Angelegenheiten weiter anzunehmen.]

Es hat Uns Unser der von Schmettau untertänigst gerühmet, was- 28. Juni
gestalt Ihr demselben in verschiedenen Occasionen sonderbare Affection und Freundschaft erwiesen und zu Beforderung Unserer Angelegenheiten bei I. Kays. M. allen guten Willen und Beforderung verspüren lassen. Gleichwie Wir nun woll versichert sein, daß solche Unsere bei höchstged. I. Kays. M. habende desideria ingesambt auf Recht und Billigkeit gegründet sein und nichts anders als I. Kays. M. selbsteigenes und des gesambten Reichs interesse zum einzigen und wahrhaften Zweck haben, also zweifeln Wir nicht, Ihr werdet Euch Euren bei I. Kays. M. habenden sonderbaren Credit nach solche Unsere Rechte und billigmäßige Angelegenheiten ferner bestens recommendiret sein lassen, ged. Unsern Residenten in demjenigen, was er deswegen von Zeit zu Zeit aldorten zu negotiiren haben wird, gerne secondiren und dabei versichert sein, daß Wir keine Gelegenheit aus Handen lassen werden, Euch hergegen Unsern daran tragenden danknehmigen Gefallen und was sonderbare estime Wir von Eurer Person und Euren guten Qualitäten machen, in der Tat selbsten zu erkennen zu geben. —

Pater Hippolito da Pergine an den Kurfürsten. D. Linz 27. Luglio 1684.

[Versicherung seiner Bereitwilligkeit, beim Kaiser die Interessen des Kf. zu befördern.]

Nel mio ritorno doppo tre settimane d'absenza da questa Corte Cesarea 27. Juli
ritrouo il benignissimo foglio di V. Alt. Ser. de 18. cad. à cui devo porgere la presente risposta riverendissima per mano aliena à cagione d'un alterazione,

[1]) In einer Relation vom 18. Juni 1684 berichtet er von einer neuen Unterredung mit H., bemerkt zum Schluß: „Aus allen diesen und dergleichen Discursen — muß ich die besten sentiments und intentions von der Welt kolligieren, wie nämlich des Paters Conduite und consilia des Bischoffen ganz zuwider sein, daß er suche, den Kaiser dahin zu disponiren, daß er den Ministern nicht alles anvertraue und ohne sie regiere, dem Spanier kein Gehör mehr gebe, die Protestanten nicht mehr verfolgen lasse, Ew. Chf. D. Freundschaft suche und es mit den Reichsständen durchgehends halte", und er wiederholt den Rat, Kf. möchte an H. schreiben.

che m'obbliga à guardar il letto, dal quale spero coll' aiuto Divino di ben tosto risotermi. All' hora significherò di proprio pugno gli umili miei sentimenti all' A. V., la quale ossequiosamente supplico di rimanere persuasa dell' attenzione e zelo con i quali procurerò di portare presso la Maestà dell Imp. Clem. Sign. i desiderij e convenienze di V. A., la benigna confidenza della quale collocata nelle mie debolezze e la stima immensa e divotissima de' suoi graziosissimi cenni m' obbligano ad ogni maggior fineza d' ossequio e di riverenza nel suo glorioso servitio. Supplico per tanto riverentissimente à continuarmi gli atti della sua benignissima confidenza, quali cercerò di meritare con quelli della rassegnatissima osservanza mia nel farmi conoscere, quale con profundissimo inchino mi rassegno [1]) —

Der Kurfürst an den Kaiser. D. Uranienburg 23. August/ 2. September 1684.

[Glückwunsch zum Abschluß des Waffenstillstandes, Versicherung, an der Garantierung desselben teilnehmen zu wollen.]

2. Sept. Gleichwie E^r. Kayserl. M. reichsväterliche hohe Sorgfalt zu dero unsterblichen Ruhm und gloire jederzeit dahin gerichtet ist, das Heil. Reich bei seinem Stande und Integrität ohne alle Schmälerung und Dismembration aufrecht zu erhalten, also kann ich leicht erachten, daß es deroselben nicht wenige Empfindlichkeit verursachet haben werde, daß man durch das ohnlängst zu Regensburg mit der Cron Franckreich getroffene Armistitium deroselben die sogenannte reunirte Reichslande auf eine Zeit lang gleichsamb in Handen lassen müssen. Wann ich aber hergegen auch erwäge, daß das werteste Vaterland vermittels dieses durch eine inevitable Notwendigkeit demselben auferlegtes Übel von einem weit größeren befreiet, ja wohl gar von einem gänzlichen Untergang und gleichsam schon vor Augen gestandener Dissolution gerettet und hergegen in den Stand gesetzet worden, die von E^r. Kayserl. M. sieghaften Waffen wieder den Erbfeind erlangte große Avantagen zu Ausbreitung der Ehre Gottes und Erweiterung E^r. Kayserl. M. Königreiche und Lande ferner zu poussiren und hinauszuführen, so finde ich in Consideration dessen bei dem Schluß solchen armistitii nicht wenig Ursach, Ew. Kayserl. M. über dessen Erfolg hiemit in geziemenden Respect zu congratuliren, auch dieselbe danebst zu versicheren, daß ich an meinem Ort zu desselben Garantirung nach allen Kräften jederzeit mit beitreten und mit Rat und Tat dahin arbeiten will, daß das Reich in seiner

[1]) Schreiben ähnlichen Inhaltes richtet Kf. an H. 2. Oktober 1684 und 3. April 1685 und H. an Kf. 9. August und 4. November 1684 und 29. Januar und 17. Mai 1685.

Consistenz erhalten und demselben weiter nichts entzogen werde, wie ich denn fürnemblich wünsche, daß die Friedenstractaten nunmehro auch ihren Anfang gewinnen und zum gedeihlichen Schluß befördert mögen werden. —

Kaiser Leopold an den Kurfürsten. D. Wien 29. September 1684.

[Dank für das Gratulationsschreiben. Hoffnung, daß Kf. zur Erhaltung des Friedens mithelfen werde.]

— seind dieselbe gar recht daran, daß Sie von selbsten erachten, es 29. Sept.
werde Uns nicht geringe Empfindlichkeit verursachet haben, daß mithin so viele ansehnliche Reichslanden auf eine Zeit lang in frembden Händen gelassen werden müssen; dann einmal nit ohne, daß Uns tief zu Gemüt tringe, daß ein solches Unglück Zeit unserer kaiserlichen Regierung sich zugetragen. Nachdeme aber Chur-, Fürsten und Stände ihr ganzes Heil einzig auf den Schluß dieses Stillstands gründen wollen, haben Wir es endlich auch mit beliebet und lassen es dahin gestellet sein, ob die hiedurch verhoffende Sicherheit erworben sei. Weiln nun dieses von der anzielenden guarantia herkommen solle, als tragen zu Eur Ld. das freund-oheimliche gute Vertrauen, dieselbe werden, als ein so mächtiger Churfürst und vornehme Säule des h. Reiches, dero getanen rühmlichen Erklärung gemäß mit Rate und Tat alhin streben, daß der gemeine Ruhestand völlig befestiget werde, insonderheit aber alhin hochvernünftig bedacht sein, daß die an einem Orte abgekehrte Kriegsflamme nicht an einem anderen Orte noch gefährlicher ausbrechen dörfe. Wir erstatten anbei wegen getanen wohlgeneigten Glückwunsches zu einer wiewohl beschwerlichen Ruhe ganz gnädig und freundoheimlichen Dank und verlassen uns zu deroselben so mannichfaltig verspüreten großen Eifer in Erhaltung des lieben Vaterlandes Wohlfahrt, daß Sie dessen Friedensstand auf alle Weise werden befordern helfen, gleichwie Wir an Uns nichtes hierin falls wollen erwinden, sondern die intentiones mit Eur Ld. vereinbaren lassen. —

---

v. Schmettau an den Kurfürsten. D. Wien 18./28. September 1684.

[Gespräch mit Stratmann über die Satisfaktionsforderung des Kf. und das Verhalten G. v. Jena's.]

Er ist vorgestern bei dem Hofkanzler gewesen und hat die Satisfaktions- 28. Sept.
forderung des Kf. an das Reich in Erinnerung gebracht. Derselbe erklärte, der Kaiser gönne dem Kf. eine solche Satisfaktion und habe ihm, als er das öster-

reichische Direktorium geführt, befohlen, dessen desiderium zu befördern, und er versprach, im Geheimen Rat und bei dem Kaiser abermalige Instanz deswegen zu tun. Als er darauf andeutete, daß Kf., wenn mit der Sache weiter so langsam prozediert werden sollte, die Satisfaktion sich so gut er könnte selbst verschaffen werde, fragte der Hofkanzler, ob des Kf. Anschlag noch auf die Kanonikate zielte, worauf er sich darauf beschränkt hat, auf das zu verweisen, was Kf. durch den Freiherrn v. Schwerin habe proponieren lassen [1]). Der Kanzler erwähnte darauf, daß er das Schreiben, in dem Kf. dem Kaiser wegen des geschlossenen Armistitii kongratuliert, gelesen habe, und bemerkte, der Kaiser wäre höchst zufrieden mit der Konduite des Kf. beim Schluß dieses Armistitii, zumal da sich Kf. auch zu Regensburg zur Garantie deklariert habe, und er hoffte, daß dessen Gesandter daselbst, v. Jena, diesen Punkt mit behörigem Eifer treiben werde. Er hat sich gefreut, dadurch Gelegenheit nehmen zu können, Jena's hier von vielen sinistre gedeutetes Verhalten zu rechtfertigen.

Der Kurfürst an v. Schmettau. D. Cöln 29. September/[9. Oktober] 1684.

[Verlangen eines Beitrages seitens der benachbarten kleineren Reichsstände zur Unterhaltung seiner Armee.]

9. Okt. Er soll Stratmann für seine guten contestationes danken und ihm mitteilen, Kf. wolle das, was er dem Kaiser wegen der Garantie des armistitii zugesagt, erfüllen und seine Regensburgische Gesandtschaft demgemäß instruieren. Da er aber zu Praktizierung dieser Garantie in kostbarer Verfassung verbleiben müßte, um nicht nur seine eigenen Lande schützen, sondern auch nötigenfalls dem Reiche beispringen zu können, und es billig wäre [2]), daß die nicht in Verfassung stehenden Stände denen, welche eine ansehnliche Macht zu des Reiches Defension auf den Beinen haben, mit einem billigmäßigen Beitrag an die Hand gingen, so erwarte er, daß der Kaiser durch seine Autorität und Interposition befördern würde, daß einige der ihm nahe angelegenen Stände, besonders die diesseits der Elbe situierten, sich dazu willfährig erwiesen. Er hat auch zu verlangen, daß die Quartiere in Ostfriesland ihm verbleiben und die Prätension der braunschweigischen Herzöge auf dieselben auch kaiserlicherseits abgewiesen werde.

v. Schmettau an den Kurfürsten. D. Wien 12./22. Oktober 1684.

[Äußerungen Kinski's über den Waffenstillstand und die Garantie desselben.]

22. Okt. . Er hat sich mit dem böhmischen Kanzler [3]) über die publica unterhalten, und dieser hat dabei sich ziemlich dechargiert und gezeigt, daß hier noch große

[1]) S. oben S. 151.

[2]) S. Fester, Die armierten Stände und die Reichskriegsverfassung S. 56.

[3]) Graf Franz Ulrich Kinski.

Empfindlichkeit und Schmerz wegen des so ungern und nur notgedrungen geschlossenen armistitii herrscht. Er muß es teils der angeborenen skrupulösen humeur des Kanzlers zuschreiben, daß er, als er von den Suiten desselben redete, alles so absolut im Röm. Reich für verloren gab, daß keine ressource fast übrig sei, sich vor Frankreichs dominio zu präservieren. Die Garantie traktierte er als eine Chimäre, sie sei ein ebenso nimmeraussehendes Werk wie es der punctus securitatis publicae sein würde, und er setzte ihm en détail auseinander, wie vielerlei Interessen sich bei der Garantie renkontrierten, besonders wegen des Beitrags der kleineren Stände zum Unterhalt der Truppen der mächtigeren. Er hat ihm darauf erwidert, der Kaiser, Kf. und das ganze Reich seien darin einig, daß die Garantie festgestellt werden müsse und daß zurzeit kein ander Mittel zu der bei dem Armistitium intendierten Respiration vorhanden sei, und er forderte ihn auf, etwas Ersprießlicheres vorzuschlagen. Jener aber wiederholte nur seine vorigen Klagen.

---

v. Schmettau an den Kurfürsten. D. Wien 2. November 1684.

[Hiesige Schwierigkeiten und Bedrängnis.]

Er hat auch aus den Diskursen anderer Minister gemerkt, daß die alten Senti- 2. Nov.
ments von Jalousie gegen Kf. noch ziemlich lebhaft sind, und man fürchtet, Kf. könnte mit seiner considerablen Armee bei guter Gelegenheit seinen Vorteil auf eine oder andere Weise suchen.

Man will E. Chf. D., wie man allzeit contestiret, zu des Reiches Conservation gerne armiret und eben in einer Zeit umb ander Respecte willen in einem solchen Stande sehen, daß Sie mit ihren Waffen allhie keine Ombrage verursachen. Man contradiciert sich also und ist man dergestalten nach geschlossenem armistitio embarassiret, als man zuvor und ehe es geschlossen nicht war, daß man eben noch nicht wissen will, wohin man eigentlich sein Vertrauen setzen soll. Es scheinet aus allen facheusen Umbständen, daß dieser erwähnte embarras in dem elenden Zustande, darinnen man sich bei dieser unglücklichen Ofenschen Belagerung [1]) befindet, in dem höchsten gradu sei. Indem die alten kayserlichen Regimenter, wie aller Welt bekannt, so viel als ganz ruiniret und Spanien zum höchsten disgustiret, zudem die Mißhelligkeiten unter denen Generals noch nicht assoupiret sondern nach geendigter Campagne wohl erst recht angehen dörften. Die Hofkammer ganz erschöpft und nicht Mittel und Rat weiß, die excessiven großen Ausgaben wegen der einrichtenden Verfassung zu künftiger Campagne zu bestreiten. Das vorgehabte Project wegen Ausbreitung der Quartiere im Königreich Ungarn, da Ofen noch nicht erobert, besorglich nicht practicabel sein, sondern denen Erbländern meist zu Last kommen dörfte, und, welches

[1]) Siehe über die erfolglose Belagerung von Ofen Klopp S. 297 f.

das meiste, die reputatio armorum bei so schlecht und wunderlich geführten Belagerung beinahe ganz hingefallen.

v. Schmettau an den Kurfürsten. D. Wien 9. November 1684.

[Hilfegesuch des Kaisers; bevorstehende Abfertigung eines Gesandten an Kf.]

9. Nov. Pater Hyppolitus hat ihm soeben hinterbracht, der Kaiser versehe sich zu Kf., daß derselbe gleich anderen Reichsständen ihm mit einer erkleckhchen Hilfe gegen den Erbfeind an die Hand gehen werde. Der Kaiser verlange ein Korps von 10 000 Mann, er hätte Order zu vernehmen, ob er (Schm.) deswegen von Kf. instruiert wäre, sonst möchte er es an Kf. gelangen lassen, damit dieser ihm die Bedingungen eröffnete. Der Kaiser beabsichtige zu völliger Ajustierung dieser Traktaten einen Gesandten an des Kf. Hof abzufertigen und er fragte an, ob der Reichshofrat Baron Freytag dem Kf. angenehm sein würde. Er hat geantwortet, daß dem Kf. nicht nur diese Person, die von großen Meriten, sondern alle anderen subjecta, die der Kaiser zu diesem emploi destinieren möchte, willkommen sein würden.

Der Kurfürst an den Kaiser. D. Cölln 3./[13.] November 1684 [1]).

[Rechtfertigung gegen die wegen der ostfriesischen Angelegenheit gegen ihn erhobenen Beschuldigungen.]

13. Nov. Es schmerzt ihn sehr, daß seine in der ostfriesischen Sache angewandte Mühe und Sorgfalt übel gedeutet und daß auch dem Kaiser üble impressiones davon gegeben werden. Er hat in dieser Sache immer mit dem Bischof von Münster und mit Pfalz-Neuburg kommuniziert und kann sich nicht entsinnen, daß dieselben dabei vorbeigegangen wären, außer daß er zuweilen wegen seiner in Ostfriesland stehenden Mannschaft und der afrikanischen Kompagnie mit den Ständen gesondert hat verhandeln lassen, Dinge, bei denen weder der Bischof von Münster noch Pfalz-Neuburg zu konkurrieren hat. Von einem Anschlag auf Wittmund ist ihm nichts bekannt und er kann auch nicht glauben, daß seine dort stehende Mannschaft dergleichen vorzunehmen sich ohne seinen Befehl entschlossen haben sollte. Er ist nochmals erbötig, seine Mannschaft von dort abzuführen, sobald dort die Eintracht hergestellt und alles gegen die Nachbarschaft in beständige Sicherheit gesetzt sein wird. Ehe dieser Zweck erfüllt ist, würde es sehr gefährlich sein und dort die größte Konfusion herbeiführen.

[1]) Beantwortung eines Schreibens des Kaisers vom 27. Juli 1684, in dem dieser ihm verschiedene Beschwerden der Fürstin von Ostfriesland, besonders wegen eines Anschlags seiner Truppen auf Wittmund, mitgeteilt und aufs neue Abführung seiner Truppen von dort gefordert hatte. S. Hirsch, Der Große Kurfürst u. Ostfriesland, S. 49 ff.

Er bittet daher den Kaiser, ferneren ungleichen Anbringen gegen ihn keinen Glauben zu schenken, sondern ihm in seiner angegebenen guten Intention allemal zu assistieren.

Der Kurfürst an v. Schmettau. D. Potsdam 16./[26.] November 1684. (Conc. Meinders.)

[auf den Bericht vom 9. Nov. Bereitwilligkeit zur Hilfeleistung, aber nur unter angemessenen Bedingungen.]

Er ist geneigt, dem Kaiser mit einer erklecklichen und wohlgeübten Mann- 26. Nov.
schaft unter die Arme zu greifen, trägt aber zu demselben das Vertrauen, daß er hierunter nichts Unmögliches von ihm verlangen, sondern solche conditiones eingehen werde, wobei er bestehen und die um seine gute Intention zu vollstrecken nötigen Mittel finden könnte. Da er seine Truppen aus so weiter Entfernung dorthin schicken muß und ihnen ihre Subsistenz aus seinen ohnedem sehr erschöpften Landen unmöglich nachsenden kann, so hofft er, man werde ihm danach zu begegnen von selbst billig finden, auch in seinen anderen bekannten Angelegenheiten ihm dermaleinst gebührende Satisfaktion widerfahren lassen. Vor jetzt kann er sich ratione specialium noch nicht näher herauslassen, weil ihm nicht bekannt ist, was für eine Art von Satisfaktion der Kaiser ihm deswegen zu geben beabsichtigt, man wird sich mit dem ministro, den der Kaiser deswegen an ihn abschicken wird, weiter deshalb vernehmen können. Des Baron von Freytags Person soll ihm bei solcher Negotiation besonders angenehm sein. Er soll dieses auch dem Pater Hippolitus mitteilen und sich erkundigen, was man etwa dieses Sukkurses halber mit K.Cöln und Braunschweig-Lüneburg traktiert.

v. Schmettau an den Kurfürsten. D. Wien 3. Dezember 1684.

[Ablehnende Antwort des R.-Vizekanzlers in der Quartierangelegenheit.]

Er hat dem R.-Vizekanzler gestern die anbefohlenen Vorstellungen wegen 3. Dez.
der Quartiere [1]) gemacht, aber aus dessen Antwort ersehen, daß man hier ebensowenig wie vorher resolviert und disponiert ist, dazu mit Autorität oder Interposition zu konkurrieren. Der R.-Vizekanzler wiederholte seinen früheren Bescheid und fügte hinzu, der Kaiser werde sich schwerlich zu Austeilung einiger Quartiere im niedersächsischen Kreise oder anderswo verstehen, noch die Stände dazu bringen. Man müßte abwarten, was zu Regensburg wegen der allgemeinen Garantie ausgemacht werden und auf einen jeden Stand kommen würde, dann könnte sich Kf. am füglichsten mit den Ständen vergleichen, sonst käme es auf eine offenbare Aggression der schwächeren Stände an und würde unfehlbar neue Ungelegenheiten verursachen. Könnte aber Kf. zuvor sich mit den Ständen deswegen vergleichen, so werde der Kaiser es ihm gerne gönnen. Er fürchtete aber, daß nur der bloße

[1]) S. oben S. 176.

Name von Quartieren sie gewaltig effarouchieren werde. Den Hamburgern wäre schwerlich etwas zuzumuten, da sie dem Kaiser aufs neue mit einem ansehnlichen Stück Geldes unter die Arme greifen würden, die anderen Stände im niedersächsischen Kreise wären meist selbst erschöpft, und wo anderwärts Beitrag zu suchen, sehe er auch nicht, denn die anderen Stände ständen schon in nötiger Verfassung. Er mischte darauf ein und anderes wegen des Kf. tempore pacis allzuviel habender Miliz ein und daß tempore belli sich die Quartiere schon finden sollten, dann müßte der Strich Landes, wo das Wetter hintreffe, es wohl mit Geduld ertragen. Mit seinen Gegenremonstrationen hat er nicht viel ausgerichtet, so viel hat er gemerkt, daß man manches, worin man hierin sowohl als anderwärts sich fügen oder doch konnivieren könnte, aufschiebt und es bis zu der festgestellten näheren Verständnis mit Kf. ausgestellt bleiben läßt, auch wegen der Konsequenzen, welche das Haus Braunschweig und andere, die Quartiere prätendieren, daraus ziehen könnten, sich in Acht nimmt. Wegen der Türkenhilfe allegiert man noch immer commune periculum, auch das Unvermögen und die Erschöpfung der kaiserlichen Erbländer, so daß man auch wegen der Konditionen, die Kf. de subsistentia militis stipulieren würde, nicht so gar parat sein dürfte.

v. Schmettau an Kf. D. Wien 18. Januar 1685.

[Günstige Erwartungen von der Sendung Fridags.]

18. Jan. Es geht bei Hofe die allgemeine Rede, besonders da es so langsam mit der Expedition Freytags zu Kf. hergeht, man erwarte zuvor die Nachricht, daß Schwerin[1]), der hier vermutet wird, von Berlin aufgebrochen sei. Man macht hier durchgehends die Negotiation Freytags so gewiß und leicht (es sei, daß man sich selbst gern flattiert oder auch anderweit dazu Anlaß gegeben wird), daß demselben von allen Seiten dazu Glück, als von einer gewonnenen Sache und davon er die Ehre tragen soll, gewünscht wird. Sobald er davon einiges Fundament oder daß man auf des Kf. praetensiones gebührend reflektiere, vernehmen wird, wird er davon Bericht erstatten[2]).

[1]) Kf. meldet (d. Potsdam 26. Januar/5. Februar 1685) an Schmettau, in betreff des General-Lehnbriefes stehe der Geh.Rat v. Schwerin im Begriff abzureisen. Da derselbe so bald wie möglich wieder zurückkehren solle, so solle Schm. darauf dringen, daß man diese Sache sogleich vornehme, und, falls der Reichshofrat Erinnerungen dabei zu machen habe, ihn davon in Kenntnis setze, damit Schw. darauf beizeiten instruiert werden könne. Über Schwerins Sendung s. Pufendorf l. XIX, § 1 (S. 1519), v. Orlich II, S. 510 ff.

[2]) Schm. berichtet 18. Februar 1685, Freytag habe ihm gesagt, er werde nächsten Montag (26. Februar) abreisen.

v. Schmettau an den Kurfürsten. D. Wien 22. Februar 1685.

[Herkunft der hierhin aus Berlin kommenden Mitteilungen.]

Kf. wünscht von ihm zu wissen, von wem es herkomme, was er seinerzeit 22. Febr.
berichtet [1]), daß man von Berlin aus des kaiserlichen Abgesandten künftige Verrichtung und Expedition so leicht gemacht.

Ob ich nun wohl verschiedene Personen nennen könnte, so teils von dieser Materie sich entreteniret, teils es mir hinterbracht, als solche Dinge, davon eine Zeit hero insgemein kein mystere gemacht worden und fast in jedermannes Munde gewest, so kann ich doch in specie mich auf den Baron Freitag berufen, so es mir in Confidenz gemeldet und dabei große Klagen geführet, daß dadurch und dergleichen Avisen viele Gutes vor E. Chf. D. Interesse könnte zurückgesetzet werden, wobei er andere bewegliche expressiones mehr setzete, welche seine beständige Devotion, so ich jederzeit an ihm vor E. Chf. D. gespüret und ich nicht genugsam rühmen kann, überflüssig an Tag gaben. Ob ihm nun eigentlich wissend, wer dieses von Berlin hieher berichtet, davon kann E. Chf. D. vor diesesmal noch keine Gewißheit melden, indem ich solches von ihm bis dato nicht erfahren können, werde aber E. Chf. D. gnädigsten ernstlichen Befehl zufolge fleißig mich bemühen, diese höchst schädliche Correspondenz zu entdecken und gehorsamst Bericht davon zu erstatten.

Sonsten ist es allhier eine alte Rede, so bei teils Ministren teils andern Hofbedienten beständig gangen und womit man sich gerühmet, man hätte so sichere und particuliere Nachricht von allem und jeden, so an E. Chf. D. Hof in publicis und domesticis (auch sogar von geheimen Resolutionen) passirte, daß man seine mesures wohl darnach nehmen könnte.

Es befindet sich sonsten der Graf Lambert wieder allhier und frequentiert den Reichshofrat, bei ihm ist wie vor diesem der bureau d'adresse von Berlinischen Zeitungen. —

Kaiser Leopold an den Kurfürsten. D. Wien 5. Juli 1685.

[Forderung der Türkenhilfe.]

Die Reichsversammlung zu Regensburg hat [2]) ihm einhellig zum Türkenkriege 5. Juli
die von Alters hergebrachte Hilfe mit Volk oder Geld bewilligt. Er dankt dem Kf. dafür, daß er durch seine dortige Gesandtschaft dieses befördert hat, er hat dem Freiherrn v. Gödens befohlen, sich in diesem Hilfswesen anzugeben und dieses subsidium gebührend zu begehren, ersucht Kf., ihm mit einer austräglichen Hilfe an Volk oder Geld tätlich und ehestens beizuspringen.

---

[1]) S. oben S. 180.

[2]) S. unten Abschn. V.

Propositum legato Caesareo L. B. de Frydag d. 15. [25.] Sept. 1685 per H. v. Meinders, H. v. Fuchs, H. v. Rhetz [1]).

[Gegenstände der Verhandlung. Die Forderungen des Kf.]

25. Sept. Dreierlei ist wegen des Kf. mit Fridag zu reden:

1. Wegen der Prätension des Kf. auf Jägerndorf und Benthen und auf die drei durch den Tod des Herzogs von Brieg und Liegnitz eröffneten Fürstentümer;

2. des Kf. Satisfaktion vom Reich;

3. Erklärung auf des Kaisers Begehren wegen der Türkenhilfe.

ad 1. Dem Gesandten ist nochmals die Berechtigung dieser Prätension des Kf. vorzustellen, trotzdem habe sich Kf. entschlossen, um dem Kaiser wegen derselben nicht allzu beschwerlich zu fallen, sich damit zu begnügen und auf dieselbe zu renuntiieren, wenn der Kaiser ihm

1. die Lichtensteinsche Anforderung auf Esens und Witmund cum omni causa zedieren und dabei sein appuy und Protektion versprechen,

2. den an des Kf. Lande angrenzenden Schwibussischen Kreis nebst der den von Schönaich zustehenden Herrschaft Carlat erb- und eigentümlich cum omni jure, welches die Könige in Böheimb bisher daran gehabt, abtreten,

3. ihm die ihm bereits offerierte Summe Geldes auszahlen lassen wolle.

ad 2. Kf. vertraut, daß der Kaiser ihm zu Erlangung dieser vom Reich selbst als rechtmäßig anerkannten Satisfaktion beförderlich sein wird. Er wird deshalb Spezialvorschläge machen lassen, rekommendiert vorläufig den schon öfters vorgeschlagenen punctum privilegii de non appellando über alle seine im Reich belegene Lande und vertraut darauf, daß der Kaiser wegen seiner Prätensionen auf Quedlinburg und sonst ihm prompte und nachdrückliche Rechtshilfe wird widerfahren lassen. Er rekommendiert dem Kaiser seine Forderungen an Spanien und den Vorschlag, daß ihm dafür loco hypothecae die noch zu Spanien gehörigen geldrischen Lande eingeräumt werden mögen. Er versichert, daß er dort und im Schwiebussischen Kreise keine Änderung in Religionssachen vornehmen wird.

ad 3. Kf. erklärt sich bereit, dem Kaiser gegen die nächstbevorstehende Kampagne mit einem erkleeklichen Korps von etlichen 1000 Mann zu Pferde, Dragonern und Infanterie wirklich an Hand zu gehen und seiner Gesandtschaft zu Regensburg zu befehlen, dort den Punkt der Hilfeleistung zu befördern, hat aber zum Kaiser das Vertrauen, daß derselbe wegen dieser Hilfeleistung sich mit ihm, wie mit Braunschweig und anderen, in eine gewisse Kapitulation einlassen und ihm nicht nur den Genuß der geringen mecklenburgischen Quartiere lassen, sondern auch andere, die er vorschlagen wird, hinzufügen wird.

---

[1]) S. über die damaligen Verhandlungen mit Fridag dessen Berichte vom 28. September, 8. Oktober und 6. November 1685 (Urk. u. Akt. XIV, 2, S. 1189 ff.). Vgl. Pribram, Österreich u. Brandenburg 1685—1688, S. 18 ff.

Des Herrn von Meinders Bedenken ratione auxilii contra Turcam [1]).

Das Hilfsgesuch des Kaisers fundiert und bezieht sich:

1. Auf die große, der ganzen Christenheit und besondesr dem Röm. Reich drohende Gefahr, zu deren Abwendung alle Reichsstände durch ihre Lehnspflichten verbunden sind,

2. auf das Interesse, das jeder Reichsstand und besonders die am nächsten gelegenen bei diesem Kriege haben,

3. auf die alten und neuen Exempel im Reich,

4. auf den nexum feudalem, in welchem Kf. nicht allein wegen seiner Reichslehen, sondern auch wegen der verschiedenen böhmischen Lehnstücke zu dem Kaiser steht,

5. auf die unstreitige Existenz des in den Lehnbriefen exprimierten casus, da der Kaiser von dem Türken friedbrüchiger- und unschuldigerweise überfallen und bedrängt worden ist,

6. auf das zu Regensburg gemachte einhellige, von Kf. selbst beförderte Reichskonklusum,

7. auf die früheren wiederholten Zusagen des Kf., in denen nur der Schluß des Friedens oder Stillstandes mit Frankreich zur Bedingung gemacht ist.

Außerdem werden noch folgende rationes vorgestellt:

1. Des Kf. in der ganzen Welt berühmte heroische Tapferkeit und sonderbare Kriegsexperienz, um deren willen der Kaiser und alle christliche Potentaten auf ihn besonderes Vertrauen setzen und hoffen, daß er bei dieser herrlichen Okkasion ihnen nicht aus Handen gehen und an der gloire teilzunehmen geneigt sein wird;

2. des Kf. konsiderable Kriegsverfassung, welche er bei einer so herrlichen Okkasion zum Besten der Christenheit und des Reiches und zu Vermehrung seiner Reputation billig zu employieren und nicht in Müßiggang länger zu lassen habe;

3. des Kf. eigene Konvenienz und seiner Lande Bestes, welche durch die bisherige Einquartierungslast sehr beschwert werden, bei Leistung dieser Hilfe aber merklich soulagiert werden würden, da Kf. hoffen kann, die bisherigen Hilfsquartiere, über die sonst allerhand Klagen und Beschwerden geführt werden, zu kontinuieren und daneben auch andere Vorteile zu bedingen und den Herzogen von Braunschweig, mit denen man jetzt darüber verhandelt, zuvorzukommen;

4. die nach Polen zwei Jahre nacheinander geschickte ansehnliche Hilfe, obwohl er dazu durch die pacta nicht so praecise verbunden und die in diesen stipulierten conditiones nicht erfüllt sind.

Endlich ist noch besondere Reflexion auf das große Präjudiz zu nehmen, welches, wenn nicht dem Kf. selbst, doch seinem Hause über kurz oder lang daraus entstehen könnte, wenn er die von ihm begehrte, so oft versprochene und in jure et literis investiturae begründete Hilfe länger verweigern oder differieren sollte.

Soviel sonst die wirkliche Prästation der Hilfe betrifft, so wird der Kaiser bei den wider den Erbfeind erlangten glücklichen Sukzessen wohl dieses Jahr sie

[1]) Randbemerkung: „d. 15. September st. v. zur Registratur kommen."

nicht bedürfen, sondern damit zufrieden sein, wenn Kf. sie für die nächste Kampagne versprechen werde.

Das Einzige und Vornehmste, was Kf. bisher dem kaiserlichen Gesandten entgegengesetzt, besteht darin, daß er auch gegen den Kaiser verschiedene fundierte praetensiones habe, worauf dieser ihm trotz aller desfalls getanenen Instanzen noch keine zulängliche Satisfaktion habe offerieren oder widerfahren lassen. Hierbei ist zu konsiderieren:

1. Daß der Kaiser allerdings diese Satisfaktion bisher nicht geleistet, aber auch sie nicht glatt abgeschlagen, sondern deswegen hat Vorschläge machen lassen.

2. Sind diese praetensiones von kaiserlicher Seite bisher bestritten worden, man versiert beiderseits desfalls in contradictoriis, sie müßten also vorerst auf dem Rechtswege oder auf andere in den Erbverträgen vorgeschlagene Weise erörtert und abgetan werden, ehe man daraus ein jus liquidum et indisputabile asserieren kann, während auf kaiserlicher Seite wegen Gesinnung der Hilfe ein jus clarum und undisputierliche Befugnis ist.

3. Kf. hat, obwohl er wider die Krone Polen undisputierliche praetensiones hat, trotzdem derselben gegen die Türken Hilfe geleistet, obwohl er dazu nicht verpflichtet ist.

Kaiser Leopold an den Kurfürsten d. Wien 26. November 1685.

[Dank für die vom Kf. zugesagte Türkenhilfe.]

26. Nov. Aus dem Schreiben des Kf. vom 25. September [1]) und dem Bericht seines Gesandten v. Gödens [2]) hat er erfahren, daß Kf. erbietig ist, ihm künftigen Frühling mit einem Kriegscorps von 6—7000 Mann beizustehen. Er bedankt sich dafür, hat seinem Gesandten befohlen [2]), nähere Verabredungen über die Einrichtung dieses Succurses zu treffen.

Der Kurfürst an den Kaiser. D. Potsdam 16./[26.] Dezember 1685.

[Auf das Schreiben vom 5. Dezember [3]). Bereitwilligkeit, für Abstellung der Beschwerden über französische Gewalttätigkeiten und Einhaltung des Waffenstillstandes zu wirken.]

26. Dec. — Gleichwie Ich an meinem Orte mit Ew. Kais. M. allerdings darin einig bin, daß man an des Reichs Seiten billig alle mögliche Sorge zu tragen und anzuwenden, damit gedachtes Armistitium genau in Acht genommen und die Stände dawider nicht noch ferner graviret und beeinträchtiget werden mögen, also habe Ich auch nicht ermangelt, an Meine bei der noch fürwehrenden Reichsversammlung zu Regensburg habende Gesandtschaft

[1]) S. Urk. u. Akt. XIV, 2, S. 1188.
[2]) S. Fridags Bericht vom 6. November 1685 (S. 1194 ff.).
[3]) S. Urk. u. Akt. XIV, 2, S. 1222 f.

Ew. Kais. M. gnädigstem Begehren zufolge alsofort zu rescribiren [1]) und deroselben anzubefehlen, mit und nebst der übrigen Stände Räten, Botschaften und ministris dahin zu concurriren, damit nicht allein bei der Cron Franckreich umb Abstellung aller solchen neuen Beschwerden von Reichs wegen ernstliche Erinnerung getan, sondern auch sonst alle diensame Mittel ergriffen und zur Hand genommen werden, damit Ew. Kais. M. hierunter führende rühmlichste Intention erreicht und ein jeder Stand des Reichs alles dessen, was ihm kraft gedachten armistitii in ecclesiasticis et politicis gebühret ohngeschmälert und ohnbeeinträchtiget genießen und vorige nachbarliche Verständnus zwischen dem Reich und vorgedachter Cron erhalten werden möge. —

---

v. Schmettau an den Kurfürsten. D. Wien 3./13. Januar 1686.

[Eintreffen des Vertrages über die Türkenhilfe. Hoffnung, daß der kaiserliche Hof sich jetzt gegen Kf. willfähriger zeigen und für den Unterhalt der Hilfstruppen ausreichend sorgen werde.]

Der Expresse, den Fridag mit den geschlossenen Traktaten [1]) wegen der Türkenhilfe hierher geschickt, ist gestern gegen Mittag angekommen und hat bei dem Freiherrn v. Strattman seine mitgegebenen Depeschen abgelegt, von wo sie sofort in die eigenen Hände des Kaisers geliefert worden sind. Ihm ist mit derselben Gelegenheit ein Reskript des Kf. vom 27. Dezember nebst den beigefügten Traktaten richtig zugekommen. Er gratuliert dem Kf. zu diesem heilsamen Werk und hofft, daß, nachdem derselbe seine Inklination für den Kaiser und dessen Erzhaus zu erkennen gegeben hat, man auch hiesigerseits sich in dessen recht- und billigmäßigen desideriis willfähriger als bisher erklären werde. Auch ist um so weniger zu zweifeln, daß hiesiger Hof die verglichenen Punkte, besonders was die Auszahlung der akkordierten 150 000 Rtlr. Subsidiengelder, richtige Innehaltung der Termine und die Konservation und Subsistenz der Hilfstruppen anbetrifft, zu erfüllen trachten wird, da sich die braunschweig-lüneburgischen Auxiliartruppen wegen des ersteren nicht zu beschweren gehabt, auch der fundus dazu bereits ausgefunden und wegen der Veranstaltung der behörigen Lebensmittel und was sonst zu Konservation der Armee gehört durch des General-Kriegskommissarius Rabatta vorsichtige Konduite dieses auf so gutem Fuße steht, daß die sonstigen Klagen wegen Mangels bei den kaiserlichen Armeen nicht mehr gehört werden. Da Kf. jemand hierhin abzufertigen gedenkt, wird man nicht ermangeln, wegen Verwahrung des Getreides und Etablierung des Magazins einen bequemen und 13. Jan.

---

[1]) S. unten Abschn. V.

[2]) Der Vertrag wegen der Türkenhilfe vom 25. Dezember 1685/4. Januar 1686 (Londorp XII, S. 255 f., Theatr. Eur. XII, S. 805 ff.), s. Pufendorf l. XIX. § 25, S. 1543 f., v. Mörner, S. 476 ff.

sicheren Ort anzuweisen. Zu den Ursachen und eigenem Interesse, welches der hiesige Hof und das Generalat an Konservation der Truppen des Kf. haben, kann er ohne falsche Einbildung hinzusetzen, daß besonders der Herzog von Lothringen und der General Rabatta, die immer gewünscht haben, bei Kf. in Approbation und Gnade zu stehen, sich d'honneur piquieren werden, insgemein alle gute und mögliche Assistenz und Vorschub zu tun.

Instruction, welche wir — vor unserm Würcklichen Geheimbten Rathe, Oberhofmarschallen und General Krieges-Commissario Joachim Ernst von Grumbkowen bei der von uns ihme gnädigst aufgetragenen Reise zu I. Kays. M. ausfertigen lassen. D. Potstamb 6./[16.] Februar 1686. (Conc. F. v. Meinders.)

[Zu führende Verhandlungen wegen des Unterhalts der Hilfstruppen des Kf.; Stratmann zu machende Vorstellungen wegen Befriedigung der Prätensionen des Kf.; Erledigung der Hamburger Sache; die Religionsverfolgung in Frankreich.]

16. Febr. Er hat sich sofort nach Wien zu begeben, dort beim Kaiser Audienz zu suchen und diesen zu bitten, alles, was zur Subsistenz und Konservation der vom Kf. zu sendenden Auxiliartruppen erfordert werden möchte, dem darüber aufgerichteten Traktat gemäß zu befördern, auch jemand seiner Minister zu benennen, mit dem er darüber konferieren könne. Bei einer solchen Konferenz hat er dann den kaiserlichen Kommissarien zu remonstrieren, was für seine Truppen sowohl an Proviant und Lebensmitteln als auch an Munition und sonstigen requisitis erfordert wird, mit ihnen deshalb Abrede zu nehmen, in allem dienliche Anstalt zu machen und, wenn es für nötig erachtet wird, einen oder mehr Bediente in Wien zurückzulassen, welche die von ihm eingerichteten Anstalten den getroffenen Abreden gemäß zu befördern haben würden. Wenn er es für ratsam findet, darf er sich selbst nach Ungarn begeben, um nach selbst eingenommenem Augenschein der Situation auf ein und anderes desto bessere Anstalt zu machen, oder jemand anders dazu hinschicken.

Bei den Konferenzen hat er den Ministern, besonders dem Freiherrn von Straatman, auf dessen Devotion und Treue gegen ihn als seinen angeborenen Landesherrn Kf. sich besonders verläßt, die Angelegenheiten der Herzöge von Merseburg und Zeitz, sowie die Ostfriesische und Hamburgische Sache bestens zu rekommendieren, worüber er sich teils ex actis, teils auch durch die in Wien anwesenden ministri des Kf., v. Schmettau und Ackenhausen, informieren kann.

Nebeninstruction. D. Potstam 10./[20.] Februar 1686.

20. Febr. Ob Wir zwar unsern Wirkl. Geh. Rat — instruiret, daß derselbe bei der ersten und solennen Audienz, so er bei I. Keys. M. haben wird, nur generaliter und mit Wenigem von unseren für das gemeine Beste führenden Senti-

menten sprechen soll, so hat doch derselbe, wann er zum Hof-Cantzler kommet, diesen Punct specialius und zwar dahin anzutragen, daß, gleichwie Wir jederzeit unsere größeste Sorge sein lassen, daß das Reich wider alle auswärtige machinationes in seiner Consistenz erhalten und nicht allein nichts ferner dabei abgerissen, sondern auch womöglich dasjenige, so durch Gewalt entzogen, wieder herbeigebracht werden möchte, also diese unsere Sorgfalt sich itzo verdoppelte, nachdem wir die demselben obschwebende Gefahr und schädliche desseins, so wider dasselbe geschmiedet würden, gar wol begriffen und erkenneten. Es wäre uns nicht unbewußt, daß man sowohl an I. Keys. M. Höfe als auch anderswo einen widrigen Verdacht eine Zeit hero gegen uns geschöpfet, ja sogar den Wahn gefasset hätte, ob hätten wir uns in einige Verbindungen mit Auswertigen, so dem Reich zuwider liefen, eingelassen. Gleichwie aber solches nie geschehen, so könnten wir vielmehr contestiren, daß bei allem dem auf die Erhaltung des Reichs bei diesen höchstgefährlichen Conjuncturen unser Absehen gerichtet gewesen, und daß wir darunter mit I. Keys. M. und anderen getreuen Reichsständen einen Zweck gehabt, wiewol die Mittel different geschienen. Wie es denn auch sonst wol zu geschehen pfleget, daß man auf verschiedenem Wege zu einem Ziel eilet, welches unter andern klärlich bei Beforderung des armistitii geschienen. Es sollte uns aber eine sonderbare Freude sein, wann wir sowol in scopo als in mediis mit I. Keys. M. concurriren könnten. Wir erkenneten deroselben väterl. und unermüdete Sorgfalt vor des Reichs Wohlfahrt, es erfreuete und consolirete uns dieselbe zum höchsten und könnten I. Keys. M. festiglich versichert sein, daß wir ihr darunter getreulich an Hand gehen — würden. Wir geben dessen anitzo eine Probe in der Chur-Pfälzischen Successionssache [1]), welche wir mit eben solchem Eifer, Fleiß und Sorgfalt beherzigten, als wäre es unsere eigene, und dabei würden wir unermüdet continuiren und in keine Wege, so viel an uns ist und so weit sich unser Vermögen und Credit erstrecken, zugeben, daß occasione der Praetentionen, so man wider des H. Churfürsten in der Pfalz Ld. machet, etwas ferner vom Reich abgerissen werden möchte. Daneben hat unser Wirkl. Geh. Rat auch in eben der confidence gegen den Hof-Cantzler zu contestiren, wie wir in specie gegen I. Keys. M. Ertzherzogliches Haus gesinnet wären, daß wir nämlich desselben Wolfahrt und Interesse in sonderbare Obacht zögen und nichts mehr wünschten, als daß die gute Einverständnus, so bishero zwischen demselben und unsern Churhause gewesen, unauflöslich verknüpfet und auf die Posterität zu ewigen Zeiten transmittiret werden möchte. Wir unseres Orts würden daran nichts erwinden lassen und hielten zu dem Ende höchstdienlich und nötig, daß die praetensiones, so wir an ein und

[1]) S. Hirsch, Der Große Kurfürst u. der pfälzische Erbfolgestreit (Forsch. z. brandenb. u. preuß. Geschichte XXVII, S. 55 ff.).

ander Stück hätten und welche billig bei einer so heilsamen Einverständnus als Steine des Anstoßes aus dem Wege zu räumen, durch raisonnable Mittel abgetan und complaniret werden möchten. Wir danketen I. Keys. M., daß dieselbe uns die Vertröstung tun lassen. Sie wollten deshalb näher dero Abgesandten, den Baron von Freytag, instruiren, und ersucheten dieselbe, daß solches doch fordersambst geschehen und zulänglich sein möchte. —

Sonst hat unser Wirkl. Geh. Rat bei dem Hof-Canzler zu vernehmen, ob er auch obiges, als welches billig zum höchsten zu menagiren wäre, bei der Commission vorbringen oder ob er, der Hof-Canzler, sich chargiren wollte, solches allein I. Keys. M. zu eröffnen, welches letztere uns am liebsten sein würde, weil niemand besser als er wissen und begreifen kann, wie hoch dem publico und gemeinen Wesen an Stiftung eines vollkommenen guten Vertrauens zwischen I. Keys. M. und uns gelegen, wir uns auch von seiner bekannten Prudenz und Aequanimität versichern, daß er uns hierin zu einer billigmäßigen und proportionirten Satisfaction verhelfen kann. I. Keys. M. hätten so viele Königreiche und Provincien, stunden daneben in gewisser Anwartung aller hispanischen Reiche und Lande, daß, wann Sie von Gott, welches wir herzlich wünscheten, noch mit zehn Princen gesegnet würden, und solche alle bis ins männliche Alter erziehen sollten, es denselben an Land und Leuten nicht ermangeln könnte. Wir würden uns mit einer raisonnablen Satisfaction vergnügen lassen und I. Keys. M. solches nicht einmal empfinden. Gestalt dann I. Keys. M. aus demjenigen, so wir deshalb dem Baron von Freytag von Zeit zu Zeit vorstellen lassen, würden haben gnädigst urteilen können, daß wir keine ungereimbte oder excessive Dinge praetendiren [1]).

Bei der Commission hat er insonderheit die Hamburgische Sache aufs beweglichste zu recommendiren. Wir achten unnötig, ihm deshalb weitläuftige Instruction zu geben — nur hat er nachdrücklich vorzustellen, daß der König in Dennemarck bereits seine armée marschiren und der Stadt nähern ließe, daß leicht zu urteilen, was vor Suiten solches haben werde, daß wir gänzlich dafür hielten, ob stecketen auswärtige Puissancen darunter, welche nichts mehr sucheten, als daß die Kriegsflamme im Niedersächsischen Kreise ausbrechen und sie alsdann an anderen Orten und insonderheit in der Pfalz ihre desseins ungehindert vollstrecken möchten, zugeschweigen, daß, wo dieses Unwesen nicht bald hingeleget, sondern

[1]) Kf. beauftragt v. Gr. (d. Potstam 15./[25.] Februar 1686), darauf zu dringen, daß bei Vollziehung des Traktats ihm außer den 150 000 noch 50 000 Rtlr. gezahlt würden, wogegen er dem Kaiser außer den versprochenen noch 100 000 Rtlr. von den ihm bei Spanien restierenden Subsidien zedieren wolle. Diese 50 000 brauche der Kaiser nicht bar zu zahlen, sondern er könne sie ihm auf die vom Reich zu bewilligenden Römermonate auf Hamburg oder Lübeck assignieren.

durch fernere Verzögerung zu mehrer Weitläuftigkeit und zu einer wirklichen attaque und Belagerung der Stadt Hamburg veranlassen würde, wir uns solchenfalls necessitiret befunden, unsere Mannschaft zurück zu behalten. — Das geschwindeste und sicherste Mittel wäre, die Sache am Keys. Hofe in geschwinder Eil gänzlich hinzulegen, die Offerten der Deputirten zu aggreiren, selbige ohn ferneren Aufenthalt zu depechiren, des Herzogen von Zelle Ld. dadurch allen Praetext zu ferneren Tätlichkeiten zu benehmen und dieselbe durch nachdrückliche Mittel dahin zu vermögen, daß Sie Ihre Völker ohne einzigen Verzug und ehe die Sache ferner vulnerirt oder unheilbar wird, über die Elbe zurückziehen. —

Schließlich hat unser Wirkl. Geh. Rat den Hof-Canzler im Discurs und unvermerkt, daß es à dessein geschiehet, auf die itzo in Franckreich vorgehende Verfolgung derer von der Religion zu bringen und darunter vorzustellen, was Franckreich vorhin zu Ende des vorigen und Anfang dieses seculi, als die Cron Spanien die Inquisition und Verfolgung zum höchsten triebe, vor Maximen gehabt und wie sie sich solches durch Erteilung der Gewissensfreiheit trefflich zu Nutze gemachet, hingegen wie es sich durch die itzige Verfolgung über die Maße und dergestalt geschwächet, daß es in mehr denn 100 Jahren an Volk und Mitteln so nicht abgenommen. Und gleichwie es sich dadurch zum höchsten bei allen Protestirenden in Haß gesetzet, als hätten I. Keys. M. itzo in Handen, sich alle protestirende Puissancen dergestalt zu verbinden, daß Sie alles vor deroselben aufzuopfern begierig sein würden, dessen wir dann gewiß versichert wären, wie auch dessen, daß Franckreich nicht so sehr aus einem guten Eifer vor die catholische Religion diese Reformation vornehme, sondern umb sich der Furcht, so es jederzeit wider die von der Religion gehabt, zu entledigen und dadurch noch formidabler und mächtiger zu werden, und hat er von dieser Materie anders nicht zu sprechen als durch Vorstellung I. Keys. M. und der Cron Spanien dabei versirenden höchsten Interesse [1]). —

v. Grumbkow an den Kurfürsten. D. Wien 25. Februar/7. März 1686.

[Audienz beim Kaiser. Anstalten wegen der Verpflegung der Truppen. Schwierigkeiten des Marsches derselben. Mitteilungen Stratmanns über die durch Fridag zu führenden Verhandlungen und die Friedensaussichten.]

Er hat Dienstag Abend (5. März) bei dem Kaiser Audienz gehabt, der sich 7. März

[1]) v. Gr. reist Sonnabend den 23. Februar nachmittags um 4 Uhr unmittelbar nach Auswechslung der Ratifikationen des Traktats vom 4. Januar von Berlin ab, kommt am 3. März in Wien an. Vgl. über v. Grumbkows Sendung Rébenacs Berichte vom 23. Februar, 16. u. 23. März 1686 (Urk. u. Akt. XX, 2, S. 1090, 1093, 1095).

sehr gnädig bezeigte und alles zu tun versprach, was möglich, damit die Truppen wohl konserviert würden, er hat auch schon die meisten Minister besucht. Zur Lieferung des Proviants haben sich mehrere erboten, der beste Handel wird wohl mit den Juden getroffen werden können, es ist aber hier alles doppelt so teuer als in der Mark Brandenburg. H. Sohr wird nach Comorn reisen und dort Anstalt wegen eines Krankenhauses und eines Orts, wo Mehl und Hafer gelassen werden kann, treffen. Schiffer wird man dort bekommen können, wenn ihnen etwas auf die Hand gegeben wird, sind sie schuldig zu fahren, wohin es begehrt wird. Branntwein und Tabak kann man auch in guter Quantität und für einen ziemlichen Preis bekommen, Apothekerwaren aber nicht. Sonst wird hier zur Subsistenz der herkommenden Truppen völlige Anstalt gemacht werden können, es wird aber sehr viel kosten, nach seiner Rechnung auf 5½ Monate etwa 65 000 Taler. Es sind aber noch andere Schwierigkeiten: 1. Ist bis jetzt noch nicht festgestellt, wo man eigentlich hin will. Der Herzog von Lothringen wird erst in 14 Tagen erwartet und dann erst wird resolviert werden, wo die Operationen ihren Anfang nehmen sollen. Jedenfalls wird die Kampagne nicht früh angehen und werden die Truppen des Kf. nicht vor Ende Mai st. u. in Ungarn einzutreffen brauchen. Wegen der Route, die dieselben nehmen sollen, gibt es die meiste und größte Mühe. Der böhmische Kanzler, Fürst Dietrichstein, und andere Große, welche fast ganz Mähren allein inne haben, bemühen sich aufs äußerste, daß dieses Land nicht von dem Marsch betroffen werde, ebenso die Grandes in Schlesien. Man hat vorgeschlagen, daß die Armee des Kf. geraden Wegs durch das Grünbergische, Gr. Glogausche, dann über die Oder nach Oppeln und dann über die Jablunka nach den Bergstädten in Oberungarn gehen solle, dagegen aber hat er erklärt, daß sie diesen Weg nicht nehmen könnte, da ja noch nicht resolviert sei, ob die Operationen dort stattfinden sollten, und es daher besser sei, daß die Truppen nach der Donau marschierten, von wo aus sie sich hinwenden könnten, wo die Operationen geschehen würden, und wo sie nicht weit von ihren Magazinen blieben. Die Jablunka zu passieren, werde den Leuten des Kf. sehr schwer fallen, da sie kleine Wagen hätten, die in den Bergen nicht aushalten würden, und sie hier keinen Vorspann zu erwarten hätten und so schon vor der Aktion ruiniert werden würden. Auch wegen der Teilung der Armee wird es Dispute setzen. K. Baiern begehrt eine Armee à part zu kommandieren und will einen kaiserlichen Feldmarschall bei sich haben, der Markgraf von Baden mag sich wohl Hoffnung dazu gemacht haben und vielleicht beabsichtigen, die Truppen des Kf. zu diesem Korps zu ziehen, Capliers hat ihm dieses hinterbracht, aber auch gesagt, der Herzog von Lothringen werde sich des Kf. Truppen nicht nehmen lassen, worauf er ihm geantwortet hat, nach dem Traktat[1]) sollten dieselben unter dem Herzog stehen. Er wird die Ankunft desselben wohl abwarten müssen, inzwischen hofft er vom Kf. fernere Order zu erhalten.

PS. Er hat mit Stratmann über das ihm Aufgetragene konferiert. Der-

[1]) Nach § 12 des Vertrages vom 4. Januar 1686 soll der Befehlshaber des brandenburgischen Hilfskorps nur unter dem Kaiser, dem Herzog von Lothringen oder demjenigen stehen, den der Kaiser zum commandeur en chef ernennen werde.

selbe versicherte, daß er dem Kf. wegen der ihm und den Seinigen, besonders seiner Schwester [1]), erwiesenen Gnade zu großem Dank verpflichtet sei und daß er das ihm Mitgeteilte menagieren wollte, sodaß nur der Kaiser davon erfahren sollte. Des Kf. consilia seien so beschaffen gewesen, daß, wenn man ihnen gefolgt wäre, vieles nicht geschehen wäre, auch jetzt handelte Kf. bei K. Pfalz wie ein wahrer Freund, dieser erkenne es auch und dränge den hiesigen Hof, dem Kf. Satisfaktion zu geben. Man hätte hier wieder divulgieren wollen, als wenn Kf. sich von neuem mit Frankreich engagieren wollte, die Konduite desselben aber bezeige ein anderes. Der Kaiser mache auf des Kf. Person und consilia großen Staat, er selbst bekenne, daß der Stein des Anstoßes wegen der Satisfaktion des Kf. aus dem Wege geräumt werden müsse, er habe immer dazu geraten, man hätte auch dem Baron Freitag deshalb Kommission erteilt und dieser hätte vor geraumer Zeit [2]) ein Projekt dessen, was Meinders vorgeschlagen, eingeschickt, er hätte darauf auch Order erhalten [3]), die Sache weiter vorzunehmen, damit man des Kf. endliche Resolution erfahren könnte, es wäre aber von ihm keine weitere Nachricht eingekommen, und er fragte, ob er (Gr.) beauftragt wäre, sich in Traktaten deswegen einzulassen. Er hat darauf geantwortet, er hätte nur den Befehl zu sollizitieren, daß Freitag instruiert werden möchte, die Sache abzutun. Es wird sofort mit Freitag davon geredet und ihm mitgeteilt werden müssen, daß man hier von ihm Nachricht erwarte, wie weit man dort in der Sache gekommen sei. Er merkt wohl, daß Freitag hier sehr behutsam gehen muß, da er viele Feinde hat, besonders die Lambergsche Familie, welche deswegen große Jalousie gegen ihn gefaßt hat, weil er in dem Traktat wegen der Auxiliartruppen so wohl reussiert hat, daher wird er wohl die andere Angelegenheit nicht sehr poussieren wollen, weil er nicht weiß, wie er darin wird fortkommen können. Stratmann berichtet sonst, man hätte vorher wegen des Schwiebussischen Kreises und der Lichtensteinschen Forderung in Ostfriesland gesprochen, beides wären Stücke von Importanz. Schwiebus wäre größer als das Fürstentum Cleve, man wolle von dieser Sache nicht abrumpieren, sondern sie zur Endschaft befördern, und auch er glaubt, daß man jetzt darauf bedacht sein wird, dem Kf. Satisfaktion zu geben, wozu die Rekommendationen K.-Pfalz' viel beitragen dürften. Sie haben dann auch über die spanische Forderung gesprochen, Str. meinte, wenn man außer dem, was zediert, mit 400 000 oder 500 000 Talern zufrieden sein wollte, so würde die Sache wohl abgetan werden können.

Wegen des Krieges und Friedens mit den Türken sagte Str., man wollte und müßte nach dieser Kampagne Frieden schließen, die Türken hätten gute Offerten getan, wollten alles ihnen Abgenommene abtreten. Wenn aber, wie man sehr befürchte, Frankreich noch dieses Jahr etwas tentieren sollte, so hätte der Kaiser dem päpstlichen Nuntius und dem venetianischen Botschafter mitteilen lassen, daß er in solchem Falle entschlossen sei, sofort Frieden zu machen. Es ist ihm hier von anderen guten Freunden zu verstehen gegeben worden, die kaiserlichen

[1]) Der Witwe Blaspeils.

[2]) S. Fridags Bericht vom 6. November 1685 (Urk. u. Akt. XX, 2, S. 120).

[3]) S. das Schreiben des Kaisers vom 26. November 1685 (S. 1217 ff.).

ministri verwunderten sich sehr, daß Kf. sich des Paters Hippolyt[1]) gebrauchte, er sei ein Narr und bei dem Kaiser ganz in Mißkredit gekommen.

v. Grumbkow an den Kurfürsten. D. Wien 4./14. März 1686.

[Stand der Parteien am kaiserlichen Hofe. Übler Zustand der Finanzen.]

14. März Er hat sich bemüht, den Zustand dieses Hofes und seine Gesinnung gegen Kf. zu erkunden. Es gibt drei Hauptfaktionen, die Dietrichsteinische, der alle am Hofe und die Vornehmsten im Lande zugetan sind, zweitens die lothringische, welche die alte Kaiserin mainteniert, und die kurpfälzische, welche noch den schlechtesten appuy hat, ohne daß nächst der regierenden Kaiserin Stratmann und Schellart ihr sehr zugetan sind. Diese will zwar am meisten des Kf. Interesse und Freundschaft beobachten, weil aber Stratmann bei dem Kaiser in großer estime, auch wohl der geschickteste ist, so hat er viele Gegner, er mag auch wohl vielen was zusagen, das er nicht hält und nicht halten kann, was ihm auch schadet. Königseck ist ihm zuwider, weswegen Graf Öttingen als großer Feind desselben Str. sehr supportiert, er mag auch wohl in der Hamburger Sache mit ihm einig sein, weil der R.-V.-Kanzler derselben zugetan ist. Des Kf. Sache wird Str. wohl eifrig befördern, sowohl um seines Privatinteresses als auch um K.-Pfalz' willen. er wird sich aber sehr bemühen, Kf. in des Kaisers Partei zu bringen, ohne daß der Kaiser große Satisfaktion zu geben nötig hat; daher ponssiert er das spanische Werk so und wünscht sich mit Kf. durch Abfindung der Subsidien zu setzen. Wenn diese Partei aber merken wird, daß dieses nicht angeht, werden sie Kf. wegen der schlesischen Fürstentümer Satisfaktion geben, nicht nur wegen der Gefahr, in welcher sich K.-Pfalz befindet, sondern auch vornehmlich wegen einer künftigen Wahl des Römischen Königs, denn der Erzherzog ist nunmehr von zehn Jahren und dabei ein wackerer Herr, auf den große Reflexion zu machen ist. Die lothringische Faktion ist zwar nicht imstande, dem Kf. wegen dessen Prätension große Hilfe zu leisten, der Herzog aber macht auf des Kf. Freundschaft großen Staat.

Die Finanzen sind in sehr schlechtem Zustande, Ungarn gibt nichts, ebensowenig die italienischen Fürsten und Spanien, die meisten Stände und Kreise des Reichs schicken entweder selbst Volk oder sind doch sehr langsam im Zahlen, daher kommt alles auf die Erblande an, und da in diesen die Magnates fast alles haben, so darf ihnen auch nicht so dreist zugesprochen werden. Indessen versetzt man ein Stück nach dem andern. Das einzige, worüber man sich flattiert, ist der Friede mit den Türken im künftigen Winter, von dem man so öffentlich redet, als wenn man ihn schon hätte. Mit den hiesigen Ständen ist man auch nicht ganz zufrieden und man beginnt nach dem Beispiel des Kf. von ihnen wegen gar zu viel ausgeschlagener Kontribution Rechnung zu fordern, was den Vornehmsten gar nicht gefällt.

[1]) S. oben S. 172 ff.

Der Kurfürst an v. Grumbkow. D. Potsdam 6./16. März 1686. (Conc. Meinders.)

[Auf die Relation vom 25. Febr./7. März Militärische Fragen. Zufriedenheit mit den Erklärungen Stratmanns. Befehl, die Verhandlungen fortzusetzen.]

Er ist mit seinen Verrichtungen zufrieden, hofft, daß er bald alle oder die 16. März
meisten Stücke seiner Instruktion des Kf. Intention gemäß und wie es die raison und Billigkeit seiner desideriorum erfordert, ausgerichtet haben und durch Rekommendation des Herzogs von Lothringen bald seine Abfertigung erhalten wird. Er hat die Orders wegen des Heranmarsches seiner Truppen reiteriert und in allem solche Anstalt gemacht, daß alles zu rechter Zeit auf dem Rendezvous in Schlesien sistiert werden soll. Gr. soll ferner Sorge tragen, daß die Marschroute nicht durch die Jablunka, sondern durch andere und bequemere Örter definiert und wegen der dazu erforderten Notwendigkeiten Anstalt gemacht werde. Wegen des Kommandos wünscht er, daß seine Armee dem Traktat gemäß nur unter dem Herzog von Lothringen stehen soll. Wegen der 50 000 Rtlr. hat er abermal mit Freytag reden lassen.

PS. Er hat gern gesehen, daß sich Stratmann auf sein Anbringen wegen seiner Angelegenheiten so wohl erklärt hat, hofft guten Effekt davon, zumal da sein Begehren auf aller raison und Billigkeit beruht. Dem Hause Lichtenstein kann der Kaiser leicht wegen seiner Prätension Satisfaktion geben, der Schwiebussische Kreis ist durchaus nicht von der Importanz und Größe, wie man es dort vorstellt. Er wird mit Freytag ferner aus der Sache reden lassen, auch Gr. soll sie nochmals dem Hofkanzler bestens rekommendieren. Auch was derselbe wegen seiner spanischen Prätension erwähnt hat, hat er gern vernommen. Sollte es durch seine Vermittlung dahin gebracht werden, daß ihm 8, 7 oder auch endlich 6 Tonnen Goldes dafür gegeben und in annehmlichen Terminen gezahlt würden, dürfte er sich ratione conditionum bald erklären, er würde auch die Dienste des Hofkanzlers in der Tat erkennen und auch in allen Angelegenheiten seiner Schwester, der verwitweten Blaspeilin, dieser seine Gnade erzeigen. K.-Pfalz wird er auch weiter nach Möglichkeit assistieren und sich bei demselben für seine Verwendung am kaiserlichen Hofe bedanken [1]).

Puncta, so dem Kaiserlichen H. Abgesandten Baron v. Freytag bei Überlieferung der vollzogenen Defensions- und Satisfactionsrecesse d. 7. Martii 1686 per H. Stoschium eingehändigt und nomine Commissariorum Electoralium recommendiert worden [2]).

1. Beförderung der Satisfaktionsansprüche an das Reich wegen Ersatzes 17. März
des im vorigen Kriege erlittenen Schadens.

[1]) Die v. Gr. am 23. März 1686 erteilte Resolution des Kaisers s. Urk. u. Akt. XIV, 2, S. 1269 f.

[2]) Vgl. das Schreiben des Kf. an den Kaiser vom 8./18. März 1686, a. a. O. S. 1268.

2. Verwendung bei Spanien wegen Satisfaktion für seine Ansprüche auf die restierenden Subsidien.

3. Spezialkonfirmation der Erbverbrüderung zwischen Sachsen, Brandenburg und Hessen.

4. Gewährung des Titels der clevischen und jülichschen Lande.

5. Da der Kaiser gewiß wünschen wird, daß Kf. sich hinfort der Insignien und des Titels des Herzogtums Jägerndorf enthalte, so wird er ersucht, den Schwiebussischen Kreis in ein Fürstentum zu verwandeln und dem Kf. dafür den Titel zu geben: Herzog in Schlesien zu Crossen und Schwiebus.

6. Bitte, die praetensiones und Angelegenheiten, welche Kf. bei dem Kaiser und bei dem Reichskonvent zu Regensburg zu beobachten und sollizitieren hat, zu appuyieren und sekundieren.

Kaiser Leopold an den Kurfürsten. D. Wien 9. April 1686.

[Genehmigung des Defensionstraktats, Versicherung seines Wohlwollens.]

9. April Er hat die ihm zugesandten Bündnisprojekte[1]) approbiert und ratifiziert. Zumalen ich nun Ew. Ld. löbliches Churhaus mit sonderbarer Propension gnädig geneiget, auch solches in der Tat selbst nach Möglichkeit zu erweisen bereit bin, will ich dasjenige, welches Ew. Ld. zu dero Convenienz bedungen, ehistmöglichst vollenziehen und erfüllen zu lassen angelegen halten, wie ich derselben dann hiermit versichere, daß bei jeder Vorfallenheit Ew. Ld. und dero ansehnlichem Churhause annehmblich zu begegnen niemalen umbhin sein werde. —

Der Kurfürst an v. Schmettau und an den Oberkommissarius Consbruch. D. Potstamb 1./11. April 1686.

[Der Marsch seiner Truppen, die nötigen Ruhetage. Verlangen pünktlicher Zahlung der kaiserlichen Subsidien.]

11. April Der kaiserliche Kommissarius, Graf Proschovitz[2]), der wegen des Marsches seiner nach Ungarn bestimmten Truppen Anstalt machen soll, ist hier angelangt, und er selbst gedenkt auf den 12. April st. v. zum Rendezvous aufzubrechen. Inzwischen hat er vernommen, daß der Kaiser noch will, daß seine Truppen durch die Jablunka nach Trenchin und weiter nach Lewenz ihren Marsch nehmen sollen. Es kann dieses aber nicht geschehen, da, abgesehen davon, daß der Weg durch die Jablunka bekanntermaßen so beschaffen ist, daß man mit Stücken und mit dem

[1]) Der Defensionsvertrag vom 22. März/1. April 1686 (Pufendorf XIX, § 25, S. 1543f. v. Mörner, S. 750 ff. (418 ff.); die Ratifikation desselben durch Kf. ist Crossen 16./26. April ausgestellt. S. Urk. u. Akt. XIV, 2, S. 1285; Pribram, Brandenburg u. Österreich 1685—1688, S. 57 ff.

[2]) Graf Georg Christoph v. Proskau, kaiserlicher Geheimer Rat und Kämmerer.

Geschütz unmöglich durchkommen kann, dort für die Truppen, weil sie sich zu weit von der Donau entfernen würden, nicht Lebensmittel angeschafft werden könnten. Er hat zum Kaiser das Vertrauen, daß er auf diese wohlbegründeten Vorstellungen reflektieren und nicht ungnädig nehmen wird, wenn seine Truppen diesen Weg nicht nehmen werden. Er hat zwar zum Überfluß einen Offizier [1]) derends hingeschickt, um die Wege und sonst alles, wie die Passage etwa beschaffen, auch ob Proviant vorhanden sein möchte, in Augenschein zu nehmen und nachher über Wien (wo er ihnen von der befundenen Beschaffenheit Bericht erstatten soll) wieder zur Armee zu kommen, er ist aber versichert, daß sich alles so, wie es hierher berichtet worden ist, verhält. Damit der Kaiser erkennen möge, wie ungern er dessen Länder beschweren will, hat er einen anderen Offizier nach Olmütz gesandt, um bis nach Trenchin die Wege in Augenschein zu nehmen und alles auf das genaueste zu untersuchen. Sollten dort die Wege besser sein und daselbst für zureichenden Proviant Anstalt gemacht werden, so meint er, es werde dem Kaiser nicht entgegen sein, wenn seine Truppen diesen Weg nehmen, sie würden dann nicht länger in Mähren marschieren als sonst in Schlesien, und es würde dadurch auch verhütet werden, daß sie mit den kursächsischen und anderen aus dem Reich anmarschierenden Truppen, welche auf Brünn zu gingen, zusammenträfen. Obgleich von Trenchin der nächste Weg nach Neutra ist, hält er doch für besser, daß seine Truppen sich von dort gerade nach der Donau wenden, um desto zeitiger bei ihren dort befindlichen Magazinen zu sein, sie würden dann auch das Glück haben können, vom Kaiser selbst in Augenschein genommen zu werden.

Sie haben dieses alles gehörig dem R.-Vizekanzler, dem böhmischen und dem Hofkanzler sowie dem Kammerpräsidenten zu remonstrieren, auch sich deswegen an den Grafen Rabatta zu wenden, zu dem Kf. das Vertrauen hat, daß er dafür sorgen werde, daß allerends seinen Truppen hinreichender Proviant geliefert werde.

Obgleich man v. Grumbkow angemutet hat, man hoffe, daß seine Truppen, wenn sie nach Ungarn kämen, nicht nötig haben würden, einige Tage auszuruhen, so kann er doch dieses nicht zugeben. Wegen Haltung guter ordre seitens seiner Truppen haben sie die kaiserlichen Minister zu versichern. Sie haben auch darauf zu dringen, daß der zweite Termin der ihm versprochenen Gelder sofort bezahlt werde, da er auf diese Gelder ganz gewissen Staat gemacht hat und in Entstehung der Zahlung seine Truppen von dem Rendezvous nicht würde weiter marschieren lassen können.

v. Schmettau an den Kurfürsten. D. Wien 11./21. April 1686.

[Auf das Reskript vom 1./11. April. Vergebliche Bemühungen wegen Änderung des Marsches der Hilfstruppen. Erklärungen des Herzogs von Lothringen und Rabattas.]

Er hat das, was Kf. ihm anbefohlen, in einem gestern überreichten Memorial 21. April dem Kaiser vorgestellt und hofft noch heute Resolution darauf zu erhalten. Er hat

[1]) Oberstwachtmeister Ehlert.

wegen Kürze der Zeit nicht alle kaiserlichen Minister sprechen können; wie sich Stratmann und Rabatta erklärt haben, wird Konsprugg berichten. Er ist bei dem Herzog von Lothringen gewesen, hat diesem des Kf. Intention, besonders die von Kf. gegen den Marsch über die Jablunka angeführten Gründe mitgeteilt, ihn gebeten, für die kurfürstlichen Truppen, deren Kommando ihm übertragen sei, Vorsorge zu tragen und sein Gesuch bei dem Kaiser zu sekundieren. Der Herzog erklärte sich dazu bereit, machte aber wegen des Marsches über Olmütz sogleich geltend, daß dieser Weg weiter um und über das Gebirge nicht besser sein dürfte als die Jablunka, daß die Veränderung der Marschroute in Ober- und Niederschlesien große Schwierigkeiten machen, bei diesem Durchmarsch das schon durch den Marsch der lüneburgischen Truppen übel zugerichtete Mähren sehr beschwert werden würde und daß in Schlesien und in der Gegend der Jablunka schon alle Anstalten für die Verpflegung der kurfürstlichen Truppen getroffen wären, was in Mähren erst geschehen müßte; der Paß über die Jablunka wäre gar nicht so übel, wie es dem Kf. beschrieben worden.

Er hat trotzdem darauf gedrungen, daß dem Verlangen des Kf., auch inbetreff der Rasttage deferiert werde, und auch erwähnt, daß Kf. es für eine besondere Gnade und großes Glück schätzen würde, wenn der Kaiser seine Truppen besichtigen möchte. Der Herzog erwiderte aber, der Kaiser werde vieler anderer Geschäfte und der Anwesenheit des Kurfürsten und der Kurfürstin von Baiern wegen dieses nicht tun können. Er versprach aber schließlich nochmals, seinen Vortrag dem Kaiser bestens zu rekommendieren und schleunige Resolution darauf zu befördern, sowie für die Konservation und gute Behandlung der Truppen des Kf. zu sorgen.

PS. Heute vormittag ist über sein gestern eingegebenes Memorial bei dem R.-Vizekanzler Konferenz gehalten worden, man ist aber doch trotz alles dessen, was Konsprugg und er schriftlich und mündlich vorgestellt haben, bei der Jablunka geblieben. Rabatta hat versichert, daß nicht allein, wie dort angegeben, von der Jablunka bis Trentschin, sondern auch weiter bis zu dem Rendezvous bei Barkan für die Verpflegung der Truppen Vorsorge getroffen sei. In betreff der Rasttage in Ungarn, derentwegen auch Schwierigkeiten gemacht werden, meinte er, daß, obwohl für die Kaiserlichen der Termin zum Rendezvous auf den 20. Mai angesetzt sei, es sich damit doch wegen der noch zu erwartenden Rekruten und anderer Hindernisse ein Paar Wochen verzögern und es so den Truppen des Kf. an Gelegenheit zum Ausruhen nicht fehlen werde.

v. Schmettau an den Kurfürsten. D. Neustadt 6./16. Mai 1686.

[Klagen über den langsamen Marsch der Truppen des Kf. Die Statue in Paris.]

16. Mai Seit der Zurückkunft des kaiserlichen Kuriers von dem Hofe des Kf., der seinen Weg durch Schlesien genommen, hat man von den kaiserlichen Ministern allerhand Beschwerden gehört [1]), daß die Truppen des Kf. ihren Marsch in Schlesien

[1]) S. Urk. u. Akt. XIV, 2, S. 1287 f.

so langsam fortsetzten, daß zu fürchten wäre, daß sie nicht zur Zeit erscheinen und dadurch die Operationen dekonzertiert, außerdem das Land beschwert werden würde. Er hat dem Reichsvizekanzler und dem Hofkanzler, die diese Klagen vorbrachten, remonstriert, daß General Schöning den Rapport des vorausgeschickten Majors Eller, wie er die Jablunka befunden, erwartet und vielleicht nicht so große Ursache zu eilen gefunden hätte, daß er überall gute Order und Disziplin hielte, daß auch des Kaisers Interesse darunter versierte, daß die Truppen nicht fatiguiert, sondern lieber etliche Tage später in gutem Stande vor dem Feind ankämen.

Der Kurfürst von Bayern wird heute hier erwartet, der Herzog von Lothringen ist vor zwei Tagen nach Ungarn abgereist, wird die Festungen Neuhäusel, Raab, Comorn usw. visitieren und sich dann nach dem Rendezvous bei Barkan begeben. Man behauptet, daß es recta auf Ofen gehen und der Herzog es Anfang Juni investieren wird.

PS. Der französische Gesandte hat die vorigen contestationes, daß sein König das armistitium seinerseits fest halten und mit dem Reich in Frieden und Ruhe leben wolle, wiederholt.

Er hat dem Befehl des Kf. zufolge gegen den Reichsvizekanzler und den Hofkanzler der bei der zu Paris neu aufgerichteten Statue[1]) befindlichen, gegen den Kaiser und das Reich anzüglichen Inskriptionen Erwähnung getan, um zu vernehmen, was der Kaiser deswegen zu tun beabsichtige, und hat ihnen eine Abschrift des betreffenden Reskripts des Kf. an Spanheim mitgeteilt. Sie haben des Kf. rechtmäßiges ressentiment und andere generense Gedanken, die in jenem Reskript sowohl gesetzt sind, approbiert, aber erklärt, daß der Kaiser bei jetzigen Konjunkturen es für ratsamer halte, auch dieses tort nebst so vielen anderen zu dissimulieren.

---

v. Schmettau an den Kurfürsten. D. Neustadt 20./30. Mai 1686.

[Beschwerden über v. Schöning.]

Die gestrige Nachricht, daß die Truppen des Kf. sich von Ober-Glogau noch 30. Mai
nicht moviert haben, hat zu vielerlei aigreurs Anlaß gegeben, als wenn durch diese Verzögerung die dispositiones der Kampagne ganz dekonzertiert und das Land enerviert würde. Obwohl er sich bemüht hat, diese bösen impressiones zu benehmen und aus der ihm von General v. Schöning zugeschickten Information darzutun, daß nur der Mangel der im Oppelnschen gemachten Anstalten an dem retardement schuld sei, und er um nachdrückliche Verordnung deswegen angehalten hat, will man doch die Forderung wegen des Vorspanns exzessiv finden und wird behauptet, der Mangel der gemachten Anstalt rühre daher, daß die abgeredete Marschroute durch Schlesien nicht eingehalten und so die gute Ordnung konfundiert sei, der Abgang sei auch nicht so konsiderabel, daß er deshalb dort mehrere Tage an dem Orte hätte bleiben müssen und den Marsch nicht weiter nach Teschen hätte

[1]) S. den Bericht Rébenacs vom 20. April 1686 (Urk. u. Akt. XX, 2, S. 1106).

fortsetzen können. Die kaiserlichen Minister behaupten alle, wenn nur guter Wille, den Marsch zu poussieren, vorhanden wäre, hätten diese Diffikultäten leicht überwunden werden können, Schönings Intention sei entweder, den Marsch so lange hinzuziehen, bis im Sommer der Schnee auf den Bergen geschmolzen und die Wasser angelaufen seien, damit die kurfürstl. Truppen auf des Kaisers Kosten eine gute Zeit im Lande subsistieren könnten, hauptsächlich aber weil er trotz der Weigerung des Kaisers auf dem Marsch durch Mähren bestehe, vielleicht in der Hoffnung, daß man ihm von dort, um den Marsch abzuwenden, ein gutes Stück Geld präsentieren werde, wie es ihm auch übel gedeutet wird, daß er von den schlesischen Ständen etliche Tausend Reichstaler genommen, da doch der Kaiser ohnedem die Intention gehabt, ihn zu regalieren. Man interpretiert seine Konduite auf das odiöseste, Graf Kinsky hat ihm sogar gesagt, er werde dem Kaiser vorschlagen, er möchte vom Kf. verlangen, daß ein anderer Chef dem Korps vorgesetzt und so beizeiten vielerlei Mißverständnis verhütet werde.

General Dünwald wird sein Bestes tun, den Kaiser und den Hof von diesen schlimmen Impressionen zu desabusieren, auch Graf Schaffgotsch bemüht sich eifrig, das gute Verständnis zwischen dem Kaiser und Kf. zu erhalten und alles zur avantage des Kf. auszudeuten. Der Hofkanzler doliert zum höchsten, daß, obwohl der Kaiser an der guten Intention des Kf. nicht zweifle, doch große Inkonvenienzen aus dieser Sache zu besorgen seien, besonders daß durch dieses retardement die konzertierten operationes ganz über den Haufen geworfen würden.

Das Schlimmste ist, daß man mit dem Grafen Kinsky, dessen humeur zur Genüge bekannt ist und der in allem recht haben will, zu tun haben muß.

---

v. Schmettau an den Kurfürsten. D. Wien 6. Juni st. n. 1686.

[Seine Bemühungen, Schönings Verhalten zu rechtfertigen. Hartnäckigkeit Kinsky's. Mitteilungen Rabatta's.]

6. Juni Sobald der von ihm nach Ober-Glogau geschickte Kurier vor zwei Tagen zurückgekommen und ihm vom General v. Schöning die Nachricht, daß er mit den Truppen des Kf. im vollen Marsch über den Jablunka begriffen sei, und gründliche Information über die Ursachen der Verzögerung des Marsches gebracht hat, hat er sich nach Neustadt begeben, um den kaiserlichen Ministern diese so hoch verlangte Zeitung und alles zur Justifikation Schönings Dienliche zu hinterbringen. Den Obersthofmeister Fürsten von Dietrichstein hat er in der besten Disposition gefunden, so daß er gar nicht nötig gehabt hat, der guten Intention des Kf. Erwähnung zu tun und umständlich darzutun, wie großes Unrecht Schöning mit den hier gefaßten imputationibus geschehe. Der böhmische Kanzler aber ist, ungeachtet er ihm die Sache auf das gründlichste remonstriert hat, schwer zur raison zu bringen gewesen.

Dem Reichsvizekanzler und dem Hofkanzler hat er auch die nötigen Vorstellungen gemacht und er hat beide ganz geändert und jetzt in Favor Schönings

disponiert befunden. Beide waren der Meinung, die Truppen des Kf. würden bei den Operationen noch genug zurecht kommen. Der General Dünwald kontinuiert auch, das Beste zu dieser Sache aller Orten zu reden und sich Schönings getreulich anzunehmen. Auch General Rabatta hat erklärt, ganz apaisiert zu sein, den gemachten bruit nur dem Grafen Kinsky zugeschrieben und erklärt, er hoffte mit Schöning im Felde in vertrauliche Freundschaft zu treten. Er versicherte, daß in Ungarn alle nötige Anstalt zur Verpflegung der Truppen gemacht sei, und hat ihm vertraut, es sei beschlossen worden, die Belagerung von Ofen vorzunehmen, er hoffe, daß, nachdem so gute Anstalt requisitorum bellicorum, wie sie das Haus Österreich nicht gehabt, gemacht worden sei, die Eroberung nicht manquieren könnte.

v. Schmettau an den Kurfürsten. D. Wien 10./20. Juni 1686.

[Günstige Wirkung der durch v. Brandt überbrachten Nachrichten.]

Der Generaladjutant und Oberst zu Fuß v. Brandt langte vorigen Dienstag 20. Juni von Trentschin hier an, um dem Kaiser und den Ministern Anzeige davon zu machen, daß die kurfürstlichen Truppen nach glücklich zurückgelegter Passage der Jablunka in Ungarn zu Treutschin angelangt seien und am 21. zu Leopoldstadt stehen würden, und dem Kaiser von Schönings Devotion und Eifer für seine und der Christenheit Dienste gegen den Erbfeind Versicherung zu tun. Das Schreiben Schönings an den Kaiser hat er diesem persönlich übergeben. Der Kaiser bezeugte, mit dieser Botschaft sehr zufrieden zu sein, und sprach die Hoffnung aus, daß der Marsch vollends nach Ofen beschleunigt und alsdann alle von diesen Auxiliartruppen erwarteten guten Dienste prästiert werden würden. Von Hofe sind sie zu Rabatta gefahren, der Brandts Komplimente auf das höflichste beantwortete. Von der Verzögerung des Marsches und den dadurch verursachten Verdrießlichkeiten ist beiderseits ganz abstrahiert und nur von den künftigen guten Diensten der Truppen des Kf. vor Ofen geredet worden.

Bei dem Grafen Kinsky ist er (Schm.) gestern gewesen, um vermittelst Notifikation der Ankunft der kurfürstlichen Truppen in Ungarn zu vernehmen, wie das neuliche Antwortschreiben des Kf. [1]) an den Kaiser aufgenommen worden

[1]) Kf. schreibt (d. Minden 1./11. Juli 1686) an den Kaiser, er habe mit Vergnügen gehört, daß Schöning mit seinen Truppen in Ungarn angelangt sei, und er erwarte, daß diese dort ihre Pflicht tun würden. Schöning habe sich darüber beklagt, daß man ihm die Schuld der Verzögerung des Marsches zuschreibe und ihn beschuldige, seines Privatinteresses wegen diese veranlaßt zu haben. Er könne nicht glauben, daß sein General ein solches wider seine Ehre und Reputation laufendes Beginnen sich habe in den Sinn kommen lassen, und er bitte den Kaiser, die Sache durch eine unparteiische Kommission untersuchen zu lassen. Sollte Sch. eines oder des anderen der ihm vorgeworfenen Exzesse überführt werden, so werde er von ihm andere Verordnung zu erwarten haben, wenn aber nicht, so hoffe er, daß der Kaiser keine Ungnade gegen ihn fassen, sondern ihn gegen seine Widersacher in Schutz nehmen werde.

und wie derselbe sonst disponiert sei. K. sprach seine Freude über die Notifikation aus, kam dann selbst auf das Schreiben des Kf., durch das der Kaiser von dessen aufrichtiger und generöser Intention noch mehr konfirmiert worden sei, und sprach das Vertrauen aus, daß Schöning was mit Verzögerung des Marsches und dabei vorgekommenen Privatabsehen Anlaß zu Verdrießlichkeiten gegeben, mit seiner guten Konduite zu reparieren trachten werde. Der Kaiser werde die Untersuchung, wer eigentlich an der Verzögerung schuld gewesen, fortsetzen lassen, und es werde sich dabei zeigen, daß, was Schöning zu seiner Defension angeführt, sich ganz anders befinde, doch wäre noch locus poenitentiae und werde der Kaiser nach Befinden ihn Zeichen seiner Gnade verspüren lassen.

Da sich bei Kinsky so bessere Disposition als vorher befunden, so hat er, um nicht Anlaß zu neuer aigreur zu geben, nur erwidert, daß auch Kf. [1]) auf eine unparteiische Kommission zu Untersuchung der Sachen dringe und Schöning so instruiert habe, daß er nicht zweifele, der Kaiser werde mit ihm zufrieden sein.

v. Brandt ist auch bei dem Obristhofmeister, dem Reichsvizekanzler, dem Oberhofkanzler und dem Grafen von Rosenberg gewesen, von welchen allen er sehr höflich aufgenommen und ihm bezeugt worden ist, daß der Kaiser und der Hof vollkommenes Vertrauen in die Truppen des Kf. setzten. v. Br. wird morgen oder übermorgen zur Armee zurückgehen, seine Reise hierher ist gewiß nicht umsonst und die ihm mitgegebenen commissiones nicht unfruchtbar gewesen.

Der Kurfürst an den Kaiser. D. Minden 1./11. Juli 1686. (Conc. Meinders.)

[Die in der ostfriesischen Sache angeordnete Kommission. Verlangen, Stamler und die Fürstin davon auszuschließen.]

11. Juli Durch die am kaiserlichen Hoflager angeordnete Kommission [1]) könnte in der ostfriesischen Sache wohl Gutes gestiftet werden, wenn es nur auf fürstlicher Seite damit ein rechter Ernst wäre. Es ist aber bekannt, wie sehr auf dieser Seite bisher variiert und die Entscheidung dieser Streitigkeiten bald bei dem Kaiser, bald bei Auswärtigen, besonders den Generalstaaten, gesucht und Dinge, die vor dem Reichshofrat schon ausgemacht worden, wieder in Streit gezogen und, nur um die Gunst der Generalstaaten zu erwerben, ihnen Lierort zur Besetzung eingeräumt worden ist. Der junge Fürst hat jetzt nicht nur die Jahre und den Verstand, so daß der Kaiser ihn zu Antretung der Regierung angewiesen, sondern ist nun schon das zweite Jahr vermählt, es ist daher zu befürchten, daß ebenso wie die Fürstin die von ihr selbst 1668, 1672 und 1678 getroffenen Transaktionen mit den Ständen jetzt unter dem Vorwand der Minorennität ihres Sohnes zu disputieren sucht, so auch sie oder der junge Prinz sich wenig an das, was jetzt am kaiserlichen Hofe geschlossen werden sollte, wird binden lassen, vielmehr dasselbe dereinst unter ähnlichen Vorwänden wird infringieren wollen. Ferner ist bei dieser ganzen

[1]) S. Hirsch, Der Große Kurfürst u. Ostfriesland, S. 63 ff.

Sache bisher der V.-Kanzler Stamler gebraucht worden, über den nicht nur er selbst wegen einer bei dem Reichshofrat übergebenen anzüglichen und impertinenten Schrift sich zu beschweren gehabt, sondern der auch bei diesen Irrungen gar schädliche principia wegen Einführung eines dem dortigen Lande, den Kommerzien und dem publico höchst schädlichen Dominats geführt hat, und von dem sicher zu vermuten ist, daß er diese Handlung mehr und mehr zu intrizieren und ungewisser zu machen sich bemühen wird. Er ersucht daher den Kaiser, falls ihm gefällig sein sollte, diese Kommission fortzusetzen, zu verfügen, daß nicht allein Stamler von derselben entfernt, sondern auch mit dem jungen Fürsten selbst ohne Intervention seiner Mutter verhandelt werde. Er ist auch versichert, daß der Kaiser ihm wider Stamler wegen der ihm aufgebürdeten Imputationen, mit denen er noch fortfahren soll, exemplarische Satisfaktion widerfahren lassen wird, behält sonst dieselbe sich selbst vor.

v. Schmettau an den Kurfürsten. D. Wien 18./28. Juli 1686.

[Ungünstiger Stand der ostfriesischen Sache. Seine Bemühungen zugunsten der Stände.]

Vom Reichshofrat wird der Fürstin von Ostfriesland ein favorabler Be- 28. Juli
scheid über den anderen gegeben, auch K. Pfalz kommt ihr jetzt mit Empfehlungsschreiben zu Hilfe. Überdies sind die Conjuncturen für die Stände sehr ungünstig, da der jetzige Reichshofratspräsident Graf Oettingen keine Gelegenheit versäumt, sie zu chagrinieren, auch dessen jetzige Abwesenheit ihnen wenig zugute kommt, da die anderen Reichshofräte wetteifern, dessen Willen zu erfüllen. Die Wohlgesinnten wagen sich teils nicht hervor, teils sind sie, wie Baron Herward und die beiden Freiherren v. Gödens, wie manche meinen absichtlich, auf Gesandtschaften abwesend.

Die Deputierten der Stände sind noch nicht hier, ihr Anwalt ist nicht so angesehen, daß er sie bei den kaiserlichen ministris vertreten könnte. Inzwischen ermüdet man fürstlicherseits nicht, auf alle mögliche Weise das Wohlwollen des Hofes zu captivieren. Der Prinz ist sehr dozil und weiß sich überall zu biegen und zu schmiegen, Stamler feiert mit seinen Schikanen auch nicht, deduziert überall aus den Reichskonstitutionen die jura der Reichsfürsten gegen die Stände. Die Intentionen des Kf. werden sinistre vorgestellt, besonders wird von dessen beabsichtigter Reise nach Emden viel geredet. Unter diesen Umständen, wo die Gegenpartei schon triumphum ante victoriam singt, haben die Stände mehr als je den Schutz des Kf. nötig, daher bemüht er sich, an allen dienlichen Orten die Vorstellungen Stamlers zu destruieren und zu remonstrieren, wieviel dem Kaiser, dem ganzen Reich und besonders dem westfälischen Kreise daran gelegen sei, daß die ostfriesischen Stände nicht in ihrer Libertät alteriert, besonders Emden in statu quo bleibe und sie nicht zu desperaten Entschlüssen getrieben werden. Auch unterläßt er nicht darzutun, welcher Unterschied zwischen einem Reichsfürsten und dem unlängst in den Fürstenstand erhobenen Hause Ostfriesland in bezug auf ihre Stände besteht, und er hat den kaiserlichen ministris, jedoch mit gehörigem

Glimpf, erklärt, daß Kf. wegen seines Kreisdirektoriums und aus vielen anderen Rücksichten nicht leiden werde, daß die Stände unterdrückt würden. Man versichert darauf hier, es solle alles gründlich debattiert, die Differenzen auf gütlichem Wege geschlichtet und das patrocinium des Kf. berücksichtigt werden. Er hat sich bei dem R.-V.-Kanzler erkundigt, welche Reichshofräte zu der Hofkommission werden berufen werden, und dabei darauf hingewiesen, daß, da die Sache mehr politisch als juristisch sei, ministri von erstem Rang herangezogen werden müßten, und dieser hat seine rationes wohl fundiert befunden und erklärt, daß der Kaiser es gewiß auf solche Weise einrichten werde und daß jedenfalls der Reichshofrat Scheller werde berufen werden. Er riet ihm, die Stände zu erinnern, daß ihre Deputierten sich zu rechter Zeit einstellen möchten, die Fürstin bemühe sich eifrigst, sich Freunde bei Hofe zu machen, und sie verstehe es mit ihrer complaisance und ihren engagierten Manieren sehr wohl, sie ließe auch viel darauf gehen, bei der Herrschaft habe sie sich sehr beliebt gemacht und es sei zu besorgen, daß man sich ihr soviel als möglich salva justitia fügen werde, doch wollte sie gern souverän sein, und das werde ihr nicht gelingen. Aber auch die Stände extendierten ihre Privilegien zu weit und erwiesen der Fürstin zu wenig Respekt.

---

v. Schmettau an den Kurfürsten. D. Wien 1. August 1686.

[Zufriedenheit am kaiserlichen Hofe mit den Hilfstruppen des Kf.]

1. Aug. Man erwartet täglich die Nachricht von der Einnahme Ofens [1]).

Der Herzog von Lothringen und die kaiserlichen Offiziere haben in ihren Schreiben die bei dem letzten Sturm bewiesene Tapferkeit der brandenburgischen Truppen so gerühmt, daß ihm gestern bei Hofe von den kaiserlichen ministris durchgehends mit überaus großem Vergnügen bezeugt worden ist, man sei mit keinen alliierten Truppen so zufrieden wie mit diesen, was ohne Zweifel zur Befestigung der vertraulichen Freundschaft zwischen dem Kaiser und dem Kf. viel beitragen werde. Der Kaiser werde dem Kf. seine Zufriedenheit in einem Handschreiben [2]) bezeugen, Schöning habe derselbe schon mit einem Schreiben beehrt, in dem er seiner Verdienste und seiner Tapferkeit gedacht habe. Dieser General, vor Ofen kommandierend, wird jetzt ebenso avantageux abgemalt wie er, durch Schlesien marschierend und bei der Jablunka sich aufhaltend, auf vielerlei Weise schwarz und suspekt gemacht wurde.

[1]) S. über die Belagerung Ofens und die Teilnahme der brandenburgischen Hilfstruppen an derselben Pufendorf XIX, § 26, S. 1544 ff.; v. Schöning, Des General-Feldmarschalls Hans Adam von Schöning Leben und Kriegstaten (Berlin 1837), S. 73 ff.; v. Ziegler, Die Befreiung Ofens von der Türkenherrschaft 1686 (Innsbruck 1866).

[2]) S. v. Schöning S. 126.

v. Schmettau an den Kurfürsten. D. Wien 1. September 1686.

[Verhandlungen mit dem Bischof Collonitsch über das Lazarett für die Truppen des Kf.]

1. Sept. Er hat sich an den Bischof Collonitsch[1]), der sowohl die Inspektion und Direktion über die Verpflegung der Kranken und Blessierten bei der Armee in Ungarn übernommen, als auch den von päpstlichen und anderen Geldern dazu nötigen fundum in Händen hat, gewendet und ihn um Anweisung eines bequemen Ortes an der Donau zwischen Preßburg und Raab zu Pflegung der brandenburgischen Kranken und Beschädigten, weil das Lazarett zu Comorn überfüllt ist, gebeten. Der Bischof, dem man die justice tun muß, daß er sich dieser armen Leute mit Eifer und Treue annimmt, hat sich nicht allein dazu ganz willig erklärt, sondern auch geraten, in der Vorstadt von Raab einen dazu geeigneten Ort ausfindig zu machen, Medikamente (worunter eine Wundsalbe, die aus Rom gekommen und miracula tun soll), Küchel und anderer Vorschub solle ihnen in allem widerfahren, und zwar den Gemeinen gratis, sie hätten sich deswegen bei dem kaiserlichen Kommissar Schindel zu melden. Er protestierte gar hoch, daß der Kaiser desfalls keinen Unterschied zwischen seinen und den alliierten Truppen machte, und erzählte, daß vermittelst guter Kur und Wartung die Hälfte der Kranken wieder in den Stand geraten sei, nach dem Lager zu gehen. Schließlich erbot er sich, alles beizutragen, was zur Vollführung seiner guten Intention dienlich sein könnte. Es wird also nur nötig sein, daß sich einer von den kurfürstlichen Kommissaren bei dem kaiserlichen angebe, welcher ihm auf Befehl des Bischofs alle nötige Adresse geben wird, und daß ihm von allem Bericht erstattet werde, damit man bei Zeiten, wenn es an Unterbringung und Salvierung fehlt, hier remedieren könne. Viele chirurgi von Padua und anderen Orten aus Italien sind dieser Tage ex principio curiositatis, exercitii und (wie sie sagen) charitatis nach Raab und Comorn gegangen.

---

v. Schmettau an den Kurfürsten. D. Wien 5. September 1686.

[Der Beschluß des Reichshofrats in der ostfriesischen Sache. Äußerungen des R.-V.-Kanzlers darüber.]

5. Sept. Das Votum des Reichshofrats in der ostfriesischen Sache soll dahin lauten, daß man, da die Fürstin hier gegenwärtig sei, sie nicht so platterdings von den Traktaten ausschließen könne, dieselben sollten aber von dem Prinzen vollzogen und vom Kaiser konfirmiert werden; die Exzeption gegen Stammler soll gar nicht berücksichtigt worden sein. Der R.-V.-Kanzler, mit dem er darüber gesprochen, meinte, wenn auch beide von den Traktaten entfernt würden, so würden sie doch das Werk dirigieren, da der Prinz sich ganz von ihnen leiten ließe. Als er erwähnte,

[1]) Leopold Graf Kollonitsch, Bischof von Wiener Neustadt, s. Klopp S. 209 f. u. 398 f.

wie schlechte Hoffnung zu einem beständigen Vergleich und Ruhestand in Ostfriesland wäre, wenn die Regentin oder vielmehr die consilia ihrer unruhigen Ratgeber bei dem Prinzen prävalierten und er Zeit seines Lebens minorenn bleiben wollte, erwiderte der R.-V.-Kanzler, die Fürstin werde nach Schluß der Traktaten nicht wieder nach Ostfriesland zurückkehren, sondern sich ins Württembergische zurückziehen.

v. Schmettau an den Kurfürsten. D. Wien 7. September 1686.

[Stratmanns Äußerungen über die Einnahme von Ofen und über die Quartiere für die Truppen des Kf. Besorgnisse wegen der Hamburger Angelegenheit.]

7. Sept. Er hat heute Stratmann, der Freitag nacht aus dem Lager zurückgekehrt war, zu seiner glücklichen Rückkehr und seiner so großen Verrichtung gratuliert. Derselbe gab Gott allein die Ehre, daß Ofen bei dem so zweifelhaften statu, da noch bei 5000 bewehrte Mann in der Festung gewesen, im Angesicht des Großveziers in einer halben Stunde mit geringem Verlust mit Sturm erobert worden sei. Des Generalleutnants v. Schöning untadelhafter Konduite und dem Valeur der Truppen des Kf. hat er die justice getan und gemeldet, wie sie so ein Großes zur Eroberung Ofens beigetragen, sie hätten sich als gute Brandenburger gehalten.

PS. Der Hofkanzler hat ihm erzählt, daß er mit Schöning wegen Beibehaltung der Truppen des Kf. und der Quartiere geredet und vorgeschlagen habe, daß dieses negotium ebenso wie mit K. Bayern traktiert werden möchte. Sch. aber hätte auf den Quartieren in Schlesien, als conditio sine qua non, bestanden, wozu sich aber der Kaiser, der seine Erblande auf alle Weise von Einquartierung befreit und subleviert wissen wollte, nicht verstehen könnte. Er hat den Hofkanzler von weitem sondiert und en passant Siebenbürgens gedacht, derselbe hat ihm aber zu verstehen gegeben, daß der Kaiser vielerlei politische Absehen, dieses Land zur raison zu bringen, hätte und daher dort nichts Gewisses von Quartieren statuieren oder vergeben könnte, außerdem sollten 20 kaiserliche Regimenter in Oberungarn und an den siebenbürgischen Grenzen überwintern. Er bittet um Instruktion, wie er dem Hofkanzler auf diese Proposition antworten soll.

PS. Die Zeitungen wegen der Gefahr mit Hamburg[1]) und daß die dänischen Truppen vielleicht schon vor der Stadt stehen, erregen hier die Besorgnis einer großen Diversion der Assistenz, die zur Fortsetzung des Türkenkrieges und Verfolgung der Victorie sein soll. Man hofft aber, daß die Heimkehr des Kf. und die gute Zeitung wegen Ofens die mesures des Königs von Dänemark ziemlich unterbrechen und daß die irregulären appetitus für dieses Mal vergangen sein werden.

[1]) S. Gallois, Geschichte der Stadt Hamburg II, S. 38 ff.

v. Schmettau an den Kurfürsten. D. Wien 9./19. September 1686.

[Verhandlungen wegen des Rückmarsches der brandenburgischen Hilfstruppen.]

Auf Veranlassung v. Schönings hat er dem General-Kriegskommissar Rabatta vorgestellt, daß die noch übrigen, ganz abgematteten Truppen des Kf. den Marsch in einem wüsten Lande ohne ihren unausbleiblichen Ruin nicht poussieren könnten, außerdem die Verpflegungsanstalten nicht auf so entlegene Örter gemacht seien, und er hat darauf gedrungen, daß ihnen ohne Zeitverlust die Erlaubnis zu ihrer Retirade gegeben und alles zum Zurückmarsch eingerichtet werden, oder falls Kf. intentioniert sein sollte, diese Truppen noch weiter in kaiserlichen Diensten zu lassen, beizeiten auf geeignete Quartiere für dieselben gedacht werden möchte. R. hat ihm hierauf bedeutet, daß der Herzog von Lothringen und der Kf. von Bayern dem Kaiser den notleidenden Zustand der Armee und daß die Kavallerie wohl gar drauf gehen möchte, vorgestellt und deswegen den General Palfy hierher geschickt hätten, heute sollte darüber Konferenz gehalten und dann sofort die Resolution dem Herzog von Lothringen zugeschickt werden. Er könnte ihm inzwischen versichern, daß der Kaiser für Konservation der übrigen Truppen des Kf. ebenso wie für seine eigenen Sorge tragen werde. die Orders wegen des Rückmarsches würden ihnen mit der übermorgenden Stafette zukommen, en attendant könnte, ehe das schlimme Herbstwetter einfiele, von Kf. zu vernehmen sein, ob er sie in den Diensten des Kaisers zu lassen gesonnen sei und man sich wegen der Konditionen vergleichen könnte. In Schlesien würde der Kaiser keine Quartiere zugestehen, man hoffte, durch Eroberung von Szegedin, Fünfkirchen und Darda die Quartiere in Ungarn weit extendieren zu können. Er hat aus diesem allem ersehen, daß man die Leute des Kf. gern beibehalten und nicht die faute begehen möchte, die im vorigen Jahre mit Dimission der lüneburgischen Truppen geschehen ist. 19. Sept.

PS. 22. September 1686.

Es ist beschlossen worden, daß die brandenburgischen und k.sächsischen Hilfstruppen in Anbetracht ihres schlechten Zustandes und ihrer tapferen und treu geleisteten Dienste schon bei jetzigem kontinuierenden guten Wetter den Rückmarsch antreten und dem Kf. davon durch einen Expressen Mitteilung gemacht werden solle. Er hat zugleich gemäß der v. Canitz[1]) erteilten Instruktion beantragt, daß den Truppen vor Antretung des Marsches zu ihrer Erholung einige Refraichierquartiere auf kurze Zeit vergönnt werden möchten. Er hat aber nur den Bescheid bekommen, der Kaiser meine, daß statt dieser Refraichierquartiere den Truppen ebenso vorträglich sein würde, wenn der Marsch bei jetzt noch schöner Saison in kleinen und kurzen journées erfolgte. Das Schreiben des Kf. an den 22. Sept.

[1]) Über dessen damalige Sendung nach Wien s. Urk. u. Akt. XIV, 2, S. 1317. An v. Schöning schreibt Kf. 31. August/10. September 1686, er werde C. an den Kaiser senden, um demselben zur Eroberung von Ofen zu gratulieren und die Refraichierung und Dimission seiner Truppen zu urgieren.

Kaiser[1]) und der an ihn und Canitz ergangene Befehl, wonach Kf. nicht ungeneigt wäre, sich wegen Belassung der Truppen im kaiserlichen Dienst auf raisonnable Bedingungen einzulassen, und wünsche, daß Fridag deswegen instruiert und bevollmächtigt werde, sind erst gestern spät hier angekommen, sie haben das Schreiben heute dem Kaiser zustellen lassen und werden sich bemühen, daß darauf gute und gewierige Resolution erfolge.

Kaiser Leopold an den Kurfürsten. D. Wien 20. September 1686.

[Gestattung des Rückmarsches der brandenburgischen Hilfstruppen.]

20. Sept. Da der Feind durch die Einnahme von Ofen in nicht geringe Perplexität gesetzt und das Wetter noch so favorabel ist, daß vor Ausgang des Herbstes noch wohl eine rechtschaffene Impresa vorgenommen werden könnte, hat er nicht gezweifelt, daß Kf. seiner bekannten Generosität nach und zufolge des mit ihm abgeschlossenen Traktats seine Völker dazu noch ferner gebrauchen zu lassen nicht verweigern würde. Nachdem ihm aber hinterbracht worden, daß diese sowohl als andere ziemlich abgemattet und geschwächt sind, will er lieber darauf verzichten als diese gute tapfere Mannschaft, welche das Ihrige zu des Kf. immerwährendem Nachruhm wohl getan, in mehreren Abgang kommen lassen. Er hat daher die Verordnung ergehen lassen, daß sie nicht allein mit ferneren Operationen verschont und ihnen den Rückmarsch anzutreten erlaubt, sondern auch die Marsch- und Ruhetage so leidlich eingerichtet werden sollen, daß sie den Weg noch bei gutem Wetter mehrenteils verrichten und Kf. daraus verspüren möge, wie lieb ihm die Konservation dieser Truppen sei. Näheres wird Kf. von seinem bei ihm befindlichen Gesandten vernehmen.

F. L. v. Canitz an den Kurfürsten. D. Wien 12./22. September 1686.

[Audienz beim Kaiser. Schwierigkeiten wegen der Quartiere und der Subsidienzahlung. Die ostfriesische Sache.]

22. Sept. Er hat[2]) erst diesen Abend beim Kaiser Audienz gehabt, ihm die zwei Schreiben des Kf. übergeben und sich auch mündlich auf deren Inhalt bezogen. Den Glückwunsch des Kf. zur Eroberung von Ofen beantwortete der Kaiser mit gar tendren Expressionen, er lobte die Tapferkeit der Truppen des Kf. und versicherte, daß er zu deren Konservation die behörige Anstalt machen und in dem, was Kf. ihm deswegen schrift- und mündlich habe vorstellen lassen, ihm soviel

[1]) S. Urk. u. Akt. XIV, 2, S. 1317.

[2]) v. Canitz hatte 9./19. September 1686 aus Wien berichtet, daß er an diesem Tage dort angekommen sei, v. Schmettau von den ihm anbefohlenen Kommissionen Mitteilung gemacht und sich von v. Schöning nähere Information in betreff der Refraichierungsquartiere erbeten habe.

als möglich fügen werde [1]). Er dankte auch dafür, daß Kf. sich angelegen sein lasse, das hamburgische Wesen zu moderieren, auch er wollte dazu mitwirken.

Der Hofkanzler v. Stratmann, den er gestern zu sprechen bekommen hat, erbot sich des Kf. Intention so viel ihm möglich zu sekundieren, der Obristhofmeister Fürst v. Dietrichstein, bei dem er erst heute vorkommen konnte, gab zu verstehen, daß es wegen der völligen Winterquartiere große Diffikultäten geben werde, da der terminus der Traktaten zu Ende sein werde, ehe Freitag werde instruiert und das Werk zur Richtigkeit gebracht werden können. Auch der R.-Vizekanzler Graf Königseck äußerte sich ähnlich, es scheine fast unmöglich, die Quartierangelegenheit zum Vergnügen der Alliierten durchzutreiben, weil sich gar zu große Opposition seitens der in den Erblanden begüterten ministri finde, auch schon eine Einteilung wegen des Rückmarsches der sämtlichen Auxiliarvölker aufgesetzt und vom Kaiser approbiert sei. Er hat daraus abnehmen können, daß es der Refraichierung halber nicht so leicht zu einem formellen Vergleich kommen, hingegen man eher connivendo etwas am kaiserlichen Hofe nachgeben dürfte. Wegen der restierenden 20 000 Rtlr. dürfte es keine Schwierigkeit setzen, zu den anderen 50 000 Rtlrn. aber macht man schlechte Hoffnung und setzt alles auf eine Verhandlung aus, die dieser Hof mit Spanien wegen der dem Kf. schuldigen Subsidien antreten wolle. Wegen der ostfriesischen Sache hat er auch schon mit den ministris, besonders dem R.-Vizekanzler, gesprochen, dieser meinte, die Stände möchten nur unverzüglich jemand ex ordine equestri herschicken, dann werde sich alles besser tun lassen, der Kaiser werde das Werk solchen Personen in die Hand geben, die wohlintentioniert wären und die Stände nicht würden opprimieren lassen.

v. Canitz an den Kurfürsten. D. Wien 10./20. October 1686.

[Schwierigkeiten wegen der Subsidienzahlung und der Zedierung der Liechtensteinschen Schuldforderung. Versiegelung der Sachen Schmettau's.]

Wegen des Rückmarsches der Auxiliartruppen wird Kf. das Nötige aus v. Schönings Relation ersehen, der, nachdem Kf. expresse Order erteilt, die Armee nicht zu separieren, viel weniger durch die Jablunka zu führen, darüber mit den vertrautesten Ministern des Kaisers verhandelt hat. In betreff der 50000 Taler spanischer Subsidiengelder hat er des Kf. Intention noch nicht erreichen können, da die Sache immer auf mit Spanien zu führende Verhandlungen geschoben wird. Auch wegen der Liechtensteinschen Forderung [2]) gibt es große Schwierigkeit, denn, als er auf Extradition der Dokumente gedrungen, hat ihm Stratmann gesagt, der Kaiser und er seien aufs höchste embarassiert, wie darin dem Kf. Satisfaktion widerfahren könnte, denn zu der Zeit, da der Kaiser mit Kf. habe trak- 20. Okt.

[1]) S. die Resolution an v. Canitz vom 25. September 1686 (Urk. u. Akt. XIV, 2, S. 1317 f.).

[2]) S. darüber das Schreiben des Kaisers an Fridag vom 25. Oktober 1686 (Urk. u. Akt. XIV, 2, S. 1322 f.).

tieren lassen, hätte sich allerdings Fürst Hartmann von Liechtenstein nach vielen Schwierigkeiten bereit erklärt, seine Prätension auf Ostfriesland an den Kaiser abzutreten, dieser aber sei inzwischen gestorben und seine Erben wollten die Forderung nicht aus den Händen lassen, und der Kaiser könnte sie dazu um so weniger zwingen, da sie klare instrumenta vorgezeigt, nach denen diese ostfriesische Post inalienabel und ein Fideikommiß bei der Liechtensteinschen Familie sein sollte. Die fürstl. Witwe suchte wohl die Erben zu bewegen, ihr Recht nicht potentiori zu verhandeln. Der Kaiser werde nicht ermangeln, die Fürsten von Liechtenstein dahin disponieren zu lassen, daß er die Prätension an sich bringen und so dem Versprechen an Kf. nachkommen könnte, sollten sie nicht dazu zu vermögen sein, so sei er erbötig, statt dessen dem Kf. 300 000 Gulden, um welche Summe er des verstorbenen Fürsten Recht auf sich hätte transferieren können, zu zahlen und ihn auch wegen der Zinsen zu befriedigen. Als er erwiderte, daß dieses ohne Zweifel bei Kf. eine surprise verursachen werde, daß er nicht wüßte, ob es demselben gleichgültig wäre, eine Summe Geldes oder eine so ansehnliche Forderung zu nehmen, und daß er in Ansehung der mutuellen Obligation allenfalls an die geschehene Renunziation nicht gebunden sein würde, mußte Str. selbst gestehen, daß Kf. leicht Anlaß nehmen könnte, bonam fidem dieses Hofes in Zweifel zu ziehen, er versicherte aber bei Verlust seiner Seelen Seeligkeit (welches seine eigenen Worte waren), daß der Kaiser Kf. nicht hintergehen wollte, sondern daß alles sich so verhielte, wie er es erzählt hätte.

PS. Nach Schmettau's Tode [1]) hat der Reichshofrat jemand zu der Witwe geschickt, um die dort befindlichen Sachen versiegeln zu lassen, und sie hat nicht verhindern können, daß dieses mit einem Kasten, in dem ihr selbst gehörige Mobilien sein sollen, geschehen ist. Er hat sich deswegen bei Stratmann beschwert, dieser hat es als auf alter Gewohnheit begründet gerechtfertigt, aber merken lassen, daß man nur um Abnehmung der Siegel anzuhalten brauche, er aber hat Bedenken getragen, es bittweise zu suchen, um dadurch dem Reichshofrat nichts einzuräumen, und hat nur erklärt, er werde es dem Kf. berichten.

Der Kurfürst an v. Canitz. D. Potsdam 18./[28.] October 1686. (Conc. Meinders.)

[Auf die Relation vom 10./20. Oktober. Verhandlung mit Fridag. Erklärung in der Liechtensteinschen Angelegenheit.]

28. Okt. Er hat wegen des Rückmarsches seiner Truppen, der Liechtensteinschen Forderung und der Versiegelung der Briefschaften des verstorbenen v. Schmettau mit dem Freiherrn v. Freitag verhandeln lassen [2]); aus der Beilage wird v. C.

[1]) v. Canitz hatte am 6./16. Oktober dem Kf. gemeldet, daß v. Schmettau in der vergangenen Nacht an einem hitzigen Fieber gestorben sei, Kf. beauftragt ihn darauf (d. Potsdam 12./22. October 1686), vorläufig dessen Geschäfte dort zu versehen.

[2]) S. den Bericht Fridags an den Kaiser vom 28. Oktober 1686 (Urk. u. Akt. XIV, 2, S. 1324 ff.).

ersehen, was die mit demselben in Konferenz gewesenen Geh. Räte darüber berichtet und er an v. Schöning reskribiert hat. Dabei läßt er es bewenden. Den Rückmarsch der Truppen betreffend hofft er, der Kaiser werde es bei der durch Freitag ihm neulich gegebenen Deklaration bewenden lassen und nicht begehren, daß der Überrest seiner Leute durch die angemutete Trennung und den Durschmarsch durch die Jablunka gänzlich ruiniert werde, auch C. hat dieses bedürfenden Falles vorzustellen.

Betreffend die Liechtensteinsche Forderung, so läßt er es pure bei der dürren und klaren Litter des aufgerichteten Traktats bewenden, er wird auch an diesem festhalten und dessen Adimpletion seitens des Kaisers gewärtigen, keineswegs aber vermuten, daß man durch die bekannte Importunität und artificia der Fürstin von Ostfriesland sich davon divertieren lassen sollte, zumal er schon [1]) die Possession des Amtes samt dessen Intraden auf gewisse Weise wirklich hat ergreifen lassen, um dadurch so viel eher zu dem von dem Kaiser ihm zedierten Rechte zu gelangen. Die vorgeschützte Diffikultät wegen des Fideikommisses könnte leicht gehoben werden, wenn die Liechtensteinschen Erben das, was der Kaiser ihnen als Satisfaktion versprochen, in den Erblanden anlegen und die dafür erkauften Güter zu einem Fideikommiß machen lassen wollten.

---

v. Canitz an den Kurfürsten. D. Wien 4./14. November 1686.

[Erklärungen Königsecks in der Liechtensteinschen und ostfriesischen Angelegenheit.]

Auf ein, wie der Reichshofratspräsident es verlangte, von ihm schriftlich eingegebenes Gesuch ist die Öffnung der versiegelten Sachen v. Schmettau's sofort werkstellig gemacht worden. 14. Nov.

Wegen Extradition der Liechtensteinschen Zession und anderer Dokumente hat er nochmals sich an den Grafen v. Königseck gewendet, derselbe sagte, die Fürstin hätte diese in Händen und der Kaiser könnte sie noch zur Zeit von ihr nicht abfordern lassen, doch versprach er. durch Fridag dem Kf. vidimierte Abschriften der in dem kaiserlichen Archiv vorhandenen Exemplare derselben mitteilen zu lassen. Er improbierte die Unvorsichtigkeit der kaiserlichen ministri, die mit dem verstorbenen Fürsten von Liechtenstein über Dinge traktiert und solche nachher dem Kf. versprochen hätten. die zu veräußern nicht in seinem Vermögen gestanden, und er meinte, da Kf. doch vor allem es auf einen Hafen in Ostfriesland zu Beförderung des commercii abgesehen hätte, möchte er vorläufig sich mit der von dem Kaiser angebotenen Summe und einem Hafen zu Gretsiel oder an einem anderen Orte daselbst begnügen, den ihm zu gönnen die Fürstin um so weniger Bedenken tragen würde, da sie ihn für sich nicht brauchte und Hoffnung hätte, dadurch ihr Land in Flor und Aufnahme zu bringen. Als er dann nochmals die Sache der ostfriesischen Stände rekommendierte, erklärte Graf Königseck, er sei persuad ert, daß die Stände eine gute Sache hätten, und er könne

[1]) S. Hirsch, Der Große Kurfürst u. Ostfriesland S. 66.

nicht billigen, daß die Fürstin ihnen die Audienz verweigert habe. Es scheint also, daß die Stände von der Kommission Gutes zu hoffen haben.

Der Kurfürst an den Kaiser. D. Potsdam 7./17. October 1686.

[Verwendung für die ostfriesischen Deputierten. Forderung, daß bei der bevorstehenden Kommission die ostfriesische Verfassung unverletzt bleibe.]

17. Okt. Er hat es dahin gebracht, daß die ostfriesischen Stände außer dem Syndikus von Emden auch noch andere Deputierte [1]) an den kaiserlichen Hof geschickt haben. Er hat aber wahrgenommen, daß die Stände bei dieser Deputation sich allerhand besorgliche Gedanken gemacht haben, da von verschiedenen Orten erschollen, ohne Zweifel von fürstlicher Seite verbreitet ist, daß durch diese Kommission die Stände um ihre bisherigen Privilegien und Rechte gebracht und den Deputierten selbst hart und ungütlich begegnet werden solle. Er ist zwar überzeugt, hat auch die Stände dessen versichert, daß der Kaiser von solcher Intention weit entfernt ist, er ersucht aber doch den Kaiser, sich diese Sache empfohlen sein zu lassen und bei Fortsetzung der Kommission es dahin zu richten, daß vor allem die in Ostfriesland hergebrachte norma regiminis ohne Schmälerung der Privilegien, Akkorde und Gewohnheiten unverändert gelassen, auch, wenn die Fürstin bei ihrer Intention, solche Grundsatzungen über den Haufen zu werfen, verbleiben und sich nicht zu einem billigen Vergleich bequemen sollte, die ganze Sache wieder an ihr forum ordinarium verwiesen, auch den Deputierten am kaiserlichen Hofe in gebührender Weise begegnet werde. Dagegen kann er versichern, daß die Stände bei Fortsetzung der gütlichen Handlung oder bei dem Prozeß nichts, als wozu sie berechtigt sind, begehren und nach Möglichkeit ihrer Landesherrschaft an Hand gehen werden [2]).

Der Kurfürst an v. Canitz. D. Potsdam 16./26. November 1686.

[Befehl, sich aufs nachdrücklichste der ostfriesischen Deputierten anzunehmen, einen kaiserlichen Machtspruch und Einrichtung einer Defensivverfassung abzuwenden.]

26. Nov. Er fürchtet, daß in der ostfriesischen Sache bei der Hofkommission aus unzeitiger Complaisance für die Fürstin ihm zum Nachteil gereichende und der durch ihn dort erhaltenen Tranquillität gefährliche Dinge beschlossen werden könnten, v. C. soll daher nichts unterlassen, was zu Behauptung der Intention des Kf. und Präcavierung alles dessen, wodurch den Ständen in ihren Rechten und Privilegien ein Nachteil zugefügt werden könnte, dienen kann. Er hat mit den ostfriesischen Deputierten fleißig zu kommunizieren und sich ihrer aufs eifrigste

[1]) Die Deputierten waren v. Appel, der Syndikus von Emden, Stoschius, und der Dr. jur. J. v. Rheden.

[2]) Auch an den Grafen Königseck und an Stratmann richtet Kf. unter demselben Datum Schreiben desselben Inhalts.

anzunehmen. Besonders soll er, doch unter der Hand, zu verhüten suchen, daß der dort anwesende lüneburgische Minister zu der Kommission admittiert werde. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Zulassung des Grafen Öttingen zu der Kommission redressiert werden könnte, und er soll deswegen, doch vorsichtig, einen Versuch machen. Sollte die Sache durch die Kommission in der Güte nicht gehoben werden, so muß sie modo ordinario ausgeführt werden. Da man aber infolge der großen Zahl der Kommissarien fürchtet, daß es hierbei nicht auf eine amikable Komposition, sondern auf ein judicium formatum und einen kaiserlichen Machtspruch abgesehen sei, so hat er dieses dringend zu widerraten, die davon zu befürchtenden Gefahren vorzustellen und auf Aufrechterhaltung des status quo zu dringen. Da auch verlauten soll, daß der kaiserliche Hof beabsichtige, eine Defensionsverfassung im Lande zu veranlassen, so hat er sich mit den ständischen Deputierten zu bemühen, dieses zu verhindern, da eine solche Verfassung dem Lande beschwerlich fallen und nur dazu dienen würde, der Fürstin Anlaß und Macht zur Ausführung ihrer ehrgeizigen und rachgierigen Absichten zu geben. Die wenige Einquartierung, die er in das Land geschickt, habe ausgereicht, um dort Ruhe zu erhalten, er ist auch erbötig, das Quantum, das von Ostfriesland zu Reichs- und Kreisverfassungen künftig etwa gegeben werden sollte, zu stellen, am besten wäre es auch, wenn die beiden fürstlichen Festungen Friedeberg und Rinckhaus, die an keinem Passe liegen, rasiert würden. Kf. habe bei der Eroberung von Ofen und bei allen anderen Gelegenheiten seinen Eifer für die Wohlfahrt des Reiches bezeugt und sich dadurch bei großen Puissancen nicht wenigen Unglimpf zugezogen, sollte man aber künftig seine auf Recht und raison gegründeten consilia negligieren und die verderblichen mesures der Fürstin denselben vorziehen, so würde er dadurch in seiner guten Intention decouragiert und wohl gar veranlaßt werden, die Hände sinken zu lassen. Ebensolche Vorstellungen soll er auch dem k.-pfälzischen Minister machen und begehren, daß er ihn in einer so raisonnablen Sache unterstütze [1]).

[1]) v. Canitz antwortet darauf (d. Wien 25. November/5. Dezember 1686), die Fürstin habe sowohl ihm als auch v. Appel versichert, daß sie sich mit den Ständen vergleichen wolle und auch nicht mehr auf die Zulassung des lüneburgischen Gesandten dringe. Auch die ständischen Deputierten hofften jetzt auf einen gütlichen Vergleich, rieten daher, vorläufig noch mit Vorstellungen gegen die Defensivverfassung zu warten. Nachdem Kf. jetzt die Einkünfte des Amts Gretsiel in Händen habe, werde die Fürstin wohl zur raison kommen. — Die Kommission hatte, wie v. C. am 18./28. November berichtet hatte, am 25. November begonnen, es war aber sofort über die beiderseitigen Vollmachten und über die von seiten der Fürstin geforderte Zulassung eines Gesandten der Herzoge von Lüneburg, als der Mitvormünder des Prinzen, zu heftigem Streit gekommen. S. darüber Hirsch, a. a. O. S. 69 ff.

Der Kurfürst an den Kaiser. D. Potstam 7./17. Januar 1687 [1]. (Concept von Fuchs' Hand.)

[Auf ein Schreiben vom 21. Dezember 1686 [1]. Die den neuen französischen Übergriffen gegenüber anzuwendenden Maßregeln.]

17. Jan. Er wird mit seinen Bemühungen um die Erhaltung des Reiches und der deutschen Freiheit fortfahren. Er hat schon acht Tage vor Empfang des kaiserlichen Schreibens, sobald er von diesem französischen Vorhaben anderwärts Nachricht erhalten, seinem Gesandten in Frankreich befohlen [2]), solches durch alle sinnlichen Vorstellungen zu divertieren. Näheres darüber hat er Freytag vorstellen lassen, auf dessen Bericht [3]) darüber er sich bezieht. Daneben wird er seiner Gesandtschaft zu Regensburg befehlen [4]), aus diesem hochwichtigen Werke mit den Botschaftern der anderen Kurfürsten vertraulich zu kommunizieren und es dahin zu richten, daß auch diese sämtlich ihre officia bei Frankreich anwenden und dadurch ein solches Unheil zu verhüten versuchen mögen. Es freut ihn, daß zufolge des Reichsschlusses die Limitverhandlung ehester Tage in Regensburg angefangen werden soll, dieses wird hoffentlich, da Frankreich bisher sehr darauf gedrungen hat, gute Wirkung tun, besonders wenn auch ferner bei jetzigen Konjunkturen alle occasiones, die zu einer Kollision mit Frankreich Anlaß geben könnten, sorgfältig vermieden werden. Das übrige muß man von Gott und der Zeit erwarten [5]).

---

v. Canitz an den Kurfürsten. D. Wien 16./26. Januar 1687.

[Mitteilungen des R.-V.-Kanzlers über die durch den päpstlichen Nuntius mitgeteilte französische Forderung.]

26. Jan. Der R.-V.-Kanzler hat ihm mitgeteilt, der König von Frankreich habe dem Kaiser durch den päpstlichen Nuntius [6]) ankündigen lassen, daß er, da er von allen gefährlichen Desseins des Kaisers und des Reiches gegen ihn wohl informiert wäre, bei dem armistitio nicht gesichert sein könnte, sondern wissen müßte, worauf er sich zu verlassen hätte, und daher verlangte, daß man mit ihm einen Frieden schließe, so daß ihm alles, was er jetzt besäße, besonders die Orte, die er

[1]) S. Fester, Die Abberufung Gotfrieds v. Jena vom Regensburger Reichstage (Forsch. z. brand. u. preußischen Geschichte XV, S. 477).

[2]) S. das Schreiben des Kf. an Spanheim vom 11./21. Dezember 1686 unten Abschn. III und Rébenacs Bericht vom 24. Dezember 1686 (Urk. u. Akt. XX. 2, S. 1187).

[3]) S. Urk. u. Akt. XIV, 2, S. 1340 ff.

[4]) S. das Reskript an G. v. Jena vom 11./21. Januar 1687 unten Abschn. V.

[5]) Ein PS., in dem geraten wird, wenn Frankreich mit den Limitverhandlungen nicht zufrieden sein, sondern auf den gänzlichen Friedensschluß dringen sollte, mit den Friedensverhandlungen anzufangen, aber sich keine conditiones oder Frist zum Schlusse vorschreiben zu lassen, unterzeichnet Kf. nicht, aus Besorgnis, daß, wenn Frankreich von einem solchen Sentiment seinerseits erfahren sollte, es daher Anlaß nehmen möchte, den Frieden um so mehr zu forcieren. Es wird daher fortgelassen.

[6]) Ranuzzi. S. Immich, Zur Vorgeschichte des Orleanschen Krieges S. 195 ff.

habe fortifizieren lassen, mit vollkommener Souveränität vom ganzen Reich überlassen werden sollte, und zwar noch vor Ablauf des März, sonst müßte er andere mesures nehmen. Hierüber sei man hier sehr bestürzt, weil die Zeit zu kurz falle, sich mit Polen und Venedig über einen Frieden mit den Türken zu vernehmen, viel weniger solchen zustande zu bringen, er hoffe aber doch, Gott werde Mittel und Wege zeigen, das bedrängte Vaterland zu retten, man werde des Kf. tapferes Gemüt und patriotische consilia höchst vonnöten haben. Als er bemerkte, Frankreich sei vielleicht durch das Augsburgische Allianzwesen [1]) hierzu veranlaßt worden, sagte der R.-V.-Kanzler zwar, daß dieses nur ein innozentes, auf bloße Defension abzielendes Werk wäre, konnte aber nicht in Abrede stellen, daß, wenn man solchen Effekt davon hätte vorhersehen können, es besser gewesen wäre, wenn es nachgeblieben wäre. Der päpstliche Nuntius aber will nicht gern gestehen, solche Deklaration getan zu haben, und der französische Gesandte behauptet, es sei zwar etwas dergleichen in Frankreich projektiert, er wisse aber noch nicht, daß es bereits dem Kaiser kund gemacht worden sei [2]).

v. Canitz an den Kurfürsten. D. Wien 20./30. Januar 1687.

[Verdacht, daß der Kaiser sich heimlich mit Frankreich zu verständigen suche.]

Es scheint so, daß man hier sich mehr stellt, über die französische Forderung surpreniert zu sein, als daß man es wirklich ist, daß der Nuntius einiges, was dem Hause Österreich und dessen Alliierten nicht eben unanständig, vorgebracht hat und daß man unter der Hand um Verlängerung des Termins, vielleicht auch schon um Satisfaktion für den Herzog von Lothringen und Sicherheit für K.-Pfalz bei Frankreich anhalten läßt. Die vornehmsten kaiserlichen ministri lassen sich soweit heraus, der Kaiser sei fest entschlossen, den Krieg gegen die Türken, da jetzt kein vorteilhafter Frieden so schnell zu erlangen sein werde, fortzusetzen, und müsse es dem Reich überlassen zu beratschlagen, was mit Frankreich anzufangen wäre. Mit dem schwedischen Gesandten hat man gestern eine lange Konferenz gehalten, der dänische und französische halten sich stille, keinem aber ist übler bei dem Werke zu Mut als dem Minister des Herzogs von Lothringen, Canon, der ihm noch gestern gesagt, sein Herr werde sein Interesse wieder dem Kf. rekommendiert haben [3]). 30. Jan.

[1]) S. Fester, Die Augsburger Allianz von 1686 S. 41 ff.

[2]) Kf. erwidert darauf (d. Potsdam 26. Januar/[5. Februar] 1687), er lasse dahingestellt sein, was es mit jener Deklaration für eine Bewandtnis habe und wie weit es Frankreich damit ein rechter Ernst sei, aus Spanheims Bericht (s.dessen Relation vom 27. Dezember 1686 unten Abschn. III), sei zu ersehen, daß man gegen den dortigen kaiserlichen und andere ministros dieses Desseins halber sich noch nicht in solchen terminis habe vernehmen lassen.

[3]) C. meldet am 22. Januar/1. Februar 1687, die kaiserlichen Minister bemühten sich, von des Kaisers sincerer Konduite Versicherung zu geben, nachdem diese an einigen Orten in Zweifel gezogen und geglaubt worden sei, daß das, was Frankreich neulich wegen des Friedens vorgebracht habe, mit dem Kaiser konzertiert worden sei.

Kaiser Leopold an den Kurfürsten. D. Wien 10. Februar 1687 [1]).

[Seine Erwiderung auf die französischen Forderungen. Bitte um Unterstützung.]

10. Febr. Der Papst hat ihm die ihm namens des Königs von Frankreich von dem Kardinal d'Estrées übergebenen Propositionen mitteilen lassen, in denen unter ganz nichtigen Vorwänden verlangt wird, daß nicht allein das armistitium noch vor Ausgang des Monats März in einen ewigen Frieden verwandelt, sondern daß dem Könige auch alles, was er nach und vor dem armistitium unrechtmäßig okkupiert, ohne irgendwelche Diskussion gelassen, auch von dem Fortifikationsbau bei Hüningen diesseits des Rheins nichts angeregt werden solle. Er hat in seiner Antwort dem Papst die Nichtigkeit der Vorwände und die Unbilligkeit dieser Forderungen auseinandergesetzt und ihn ersucht, dieses dem König von Frankreich vorzustellen, ihn seiner friedlichen Intention zu versichern und sich bei ihm dahin zu bemühen, daß er von aller ferneren Gewalt abstehen und die Limitscheidung sowie die darauf folgenden Friedenstraktaten so, wie es unter christlichen Potentaten gebräuchlich, vornehmen lassen möge, und er hat auch seinem Gesandten am französischen Hofe, dem Grafen Lobkowitz, befohlen, dort ebensolche Vorstellungen [2]) schrift- und mündlich zu tun. Fridag wird [2]) dem Kf. diese Schriftstücke mitteilen, er bittet Kf., seine Intention zu sekundieren und ihm mitzuteilen, was er zu Beibehaltung des Ruhestandes des Reichs und der Gerechtsame desselben für dienlich erachte.

Der Kurfürst an v. Canitz. D. Potsdam 7./[17.] Februar 1687. (Conc. P. v. Fuchs.)

[Seine Übereinstimmung mit den Ansichten des Kaisers. Verwerfung der französischen Forderungen. Besorgnis vor französischen Gewalttätigkeiten.]

17. Febr. Er soll dem Hofkanzler versichern, daß Kf. beständig resolviert wäre, bei allen diesen jetzigen und künftigen Vorfällen bei dem Kaiser und dem Vaterlande festzuhalten und alles, was zu dessen Reputation, Interesse und Sicherheit gehöre, mit Dransetzung aller seiner Kräfte befördern zu helfen. Es konsoliere ihn in diesem höchstgefährlichen frangenti sehr, daß der Kaiser einerseits zwar seine Begierde zu einem beständigen Frieden aller Welt zu erkennen gebe, dabei aber sich zu nichts induzieren lassen wolle, was dem Ansehen des Reichs verkleinerlich fallen, oder in demselben weitere Trennungen und Dismembrationen verursachen könnte.

Die von dem König von Frankreich in Rom vorgebrachten drei Friedensbedingungen haben ihn sehr surpreniert, ebenso wie der Kaiser ist auch er der Meinung, daß, wenn es zu Traktaten kommen sollte, diese ohne Vorschreibung eines Termins und ohne Vorbedingung einiger Konditionen angetreten werden

[1]) S. das Schreiben des Kaisers an alle Kurfürsten von demselben Datum (Londorp XIII, S. 664).

[2]) S. Fridags Bericht vom 10. Februar 1687 (Urk. u. Akt. XIV, 2, S. 1344 ff.).

müssen, sonst, wenn wieder wie zu Nimwegen und Regensburg alles von Frankreich dictatorie vorgeschrieben werden sollte, würde es dem Reich wenig Ehre und Sicherheit bringen. Betreffend die Forderung, daß von seiten des Reichs von den bisher geführten gravaminibus ganz abstrahiert werden sollte, so würde, da diese besonders den statum ecclesiasticum betreffen, dieses vornehmlich den evangelischen Ständen präjudizierlich sein, da es aber nicht allein religionem, sondern auch regionem betrifft, dadurch große Stücke Landes von dem Reiche abgerissen werden würden, und überdies alle Stände ohne Unterschied der Religion in einer reziproken Garantie begriffen sind, und die Evangelischen, wenn sie von den Katholischen abandonniert werden sollten, genötigt sein würden, ihre mesures à part zu nehmen, so hofft er, daß der Kaiser dieses verhüten wird, da sonst den Evangelischen leicht Anlaß gegeben werden könnte, zu Präjudiz ihrer katholischen Mitstände bei Frankreich selbst ihre Konservation so gut als möglich zu suchen.

Er hat dem Hofkanzler auch anzuzeigen, daß Kf. Nachricht hätte, der König von Frankreich wolle im März nach dem Elsaß gehen, und daß man fürchte, er werde die zu Rom proponierten Punkte mit Waffengewalt durchzutreiben suchen, man müsse zeitig überlegen und konzertieren, wie solche Ruptur zu verhüten oder wie ihr zu begegnen sei, Kf. erwarte die Meinung des Kaisers darüber, werde sie in höchstem Geheim halten. Er übersendet ihm sein diese Materien betreffendes letztes Reskript an Spanheim[1]).

Der Kurfürst an v. Canitz. D. Potsdam 10./[20.] Februar 1687. (Conc. Meinders.)

[Befehl, die eigentlichen Absichten des kaiserlichen Hofes zu erforschen.]

Er teilt ihm einen Extrakt aus einer Relation Spanheims[2]) betreffend das, 20. Febr.
was bei der Audienz des päpstlichen Nuntius beim König von Frankreich vorgefallen ist, mit. Da daraus zu ersehen ist, daß dabei der König gegen den Nuntius von einer Versicherung, die man von dem Kaiser und dem Reich verlange, Erwähnung getan hat, und nicht allein der Nuntius, sondern auch der kaiserliche Gesandte, Graf Lobkowitz, gemeint haben, es werde deswegen keine große Schwierigkeit haben, so soll er sich mit behöriger Zirkumspektion und Dexterität nach der Intention des kaiserlichen Hofes erkundigen und sowohl ihm als auch Spanheim darüber berichten, er wird auch mit dem bei ihm befindlichen kaiserlichen Gesandten darüber reden lassen [3]).

---

[1]) S. das Reskript an Spanheim vom 26. Januar/5. Febr. 1686 unten Abschn. III.
[2]) S. die Relation Spanheims vom 10. Februar 1687 unten Abschn. III.
[3]) S. Fridags Relation vom 24. Februar 1687 (Urk. u. Akt. XIV, 2, S. 1349 f.).

Der Kurfürst an v. Canitz. D. Potsdam 10./[20.] Februar 1687.

[Besorgnisse wegen der von der Fürstin von Ostfriesland gesuchten Geldanleihe. Befehl, die Erteilung eines illimitierten Konsenses dazu zu verhüten.]

20. Febr. Er hat sehr ungern aus dem ihm zugeschickten Protokoll des Reichshofrats ersehen, daß die Fürstin von Ostfriesland illimitierten Konsens, die ostfriesischen Lehen zu versetzen und Geld darauf zu borgen, erhalten hat[1]). C. soll den kaiserlichen Ministern vorstellen, daß man sich mit Erteilung eines solchen illimitierten Konsenses vorzusehen und besonders zu konsiderieren habe, ob derselbe auf eine Verpfändung des Lehns cum superioritate territoriali zu verstehen sei. Wenn dieses der Fall sei, so werde er eine hochschädliche Dismembration der Provinz und Landstände nach sich ziehen, auch den pactis und Landesverfassungen direkt zuwiderlaufen, und er hat mit den dortigen ständischen Deputierten sich auf das äußerste zu bemühen, daß dazu keine Erlaubnis erteilt werde. Sollte die Fürstin nur einige ihr gehörende Privatgüter verpfänden wollen, so müßten diese speziell namhaft gemacht werden, damit Kf. sich versichern könnte, ob er dabei interessiert sei, er wünscht auch zu erfahren, an wen solche Güter versetzt werden sollen. Sollte ein konsiderabler Fürst und Stand des Reichs darunter stecken und ihm so an die Seite gesetzt werden wollen, so müßte er annehmen, daß man damit etwas Gefährliches gegen ihn vorhabe und ihn dieser ostfriesischen Sache halber in eine offenbare Kollision engagieren wolle, wogegen er bei Zeit seine mesures und Sicherheit zu nehmen haben wird. Er ist erbötig, wenn ihm die Summe, welche die Fürstin bedarf, genannt und genügende Sicherheit gegeben wird, solches Geld selbst vorzuschießen oder anzuschaffen. Besonders soll er sich erkundigen, ob etwa ein katholischer Fürst zu diesem Anlehn destiniert ist, was in Ostfriesland, wo nur die evangelische Religion etabliert ist, allerhand neue Konfusion verursachen müßte. Man hat auch Information einzuziehen, in quos usus die Fürstin das Land mit einem so beschwerlichen onere belegen wolle, ob sufficiens et legalis necessitas dazu vorhanden und ob auch der Konsens der Stände dazu requiriert worden ist.

Sollte der kaiserliche Hof diese considerationes nicht berücksichtigen, sondern durch diese Verpfändung etwas attentiert werden, was seinen Rechten auf die Grafschaft, dem dort etablierten commercium, dem kaiserl. protectorium, dem kreisausschreibenden Fürstenamt und der Beibehaltung gemeiner Ruhe zuwider sein sollte, so soll er den kaiserl. Ministern anzeigen, daß Kf. dazu unmöglich stille sitzen könnte und an allen daraus erwachsenden Inkonvenientien unschuldig sein wollte.

---

[1]) S. Hirsch, Der Große Kurfürst u. Ostfriesland S. 71.

Der Kurfürst an v. Canitz. D. Potstam 12./22. Februar 1687.

[Rat, die sehr gemäßigsten französischen Vorschläge anzunehmen.]

Er übersendet ihm eine Abschrift des Berichtes Spanheims[1]) über ein Ge- 22. Febr.
spräch, das der Marquis de Croissy mit demselben wegen Verhütung der Ruptur zwischen Frankreich und dem Reiche gehalten hat. Er hat denselben dem Hofkanzler und anderen vertrauten kaiserlichen Ministern vorzulesen und ihnen anzuzeigen, daß Kf. über den Unterschied der jetzigen Propositionen von den früher zu Rom gemachten und die Moderation derselben erstaunt und der Meinung wäre, daß zur Abwendung einer Ruptur und Invasion bei noch währendem Türkenkriege kein gelinderes und advantageuseres Mittel gefunden werden könnte.

Er rate daher nicht, durch überflüssige Tergiversationen und Skrupeln Frankreich Ombrage zu geben, als ob man seitens des Reichs andere Desseins hätte, und es dadurch nicht zu einem coup de désespoir zu bringen. Da Frankreich nicht die Proposition tun will, so könnte K. Mainz die Sache ex officio in Umfrage bringen, oder, weil dazu eine geraume Zeit erforderlich sein würde, ein kürzeres Mittel zum Ziel zu kommen erfunden werden. Man dürfte sich aber ja nicht separieren, sondern man werde solche, die diverse Sentimente führen sollten, durch rationes zur Uniformität zu bringen sich bemühen müssen.

---

v. Canitz an den Kurfürsten. D. Wien 17./27. Februar 1687.

[Zufriedenheit des Kaisers mit dem Verhalten des Kf. Geneigtheit zur Verständigung mit Frankreich.]

Er hat Stratmann mitgeteilt, was Kf. v. Jena in Regensburg in puncto 27. Febr.
der neulichen französischen Deklaration anbefohlen hat[2]). Er zeigte sich damit sehr zufrieden und versicherte, daß der Kaiser nächst Gott in dieser Sache auf des Kf. patriotisches Gemüt sein größtes Vertrauen setze.

Als er sich dann danach erkundigte, was für mesures der Kaiser darin zu nehmen beabsichtigte, verwies Str. auf das Schreiben, das[3]) derselbe an Kf. habe abgehen lassen, und auf die Abschriften des Briefes desselben an den Papst und seiner Order an Lobkowitz, die Freytag dem Kf. werde mitgeteilt haben. Im übrigen sagte er, der Kaiser wäre erbötig, mit Frankreich Friedenstraktaten anzufangen und dem Papst sein kaiserliches Wort zu geben, vor Ablauf des Stillstands wider dasselbe nichts zu tentieren, falls nur auch von dem König von Frankreich solche Versicherung geschehe und festgehalten würde.

Aus allem ist soviel abzunehmen, daß man Nachricht haben muß, Frankreich werde sich mit solchen Versicherungen begnügen, und daß man hier des modi halber keine sonderliche Schwierigkeiten machen dürfte, um desto freier den Krieg in Ungarn wider die Türken fortzusetzen. Um die Intelligenz zwischen Frankreich

[1]) S. die Relation Spanheims vom 10. Februar 1687 unten Abschn. III.

[2]) S. das Reskript an G. v. Jena vom 7./17. Februar 1687 unten Abschn. V.

[3]) S. oben S. 214.

und dem Türken zu unterbrechen, sucht man letzterem unter der Hand beizubringen, wie wenig man sich dort auf die französische Freundschaft und die versprochene Diversion zu verlassen habe.

Der Kurfürst an den Kaiser. D. Potsdam 21. Februar/[3. März] 1687.

[Auf das Schreiben vom 10. Febr. Seine erfolgreichen Bemühungen am französischen Hofe. Unzufriedenheit mit G. v. Jena und Abberufung desselben. Rat, die pfälzische Angelegenheit abzumachen.]

3. März Es freut ihn sehr, daß seine bei diesem Werk bisher gemachten reflexiones mit der Gemütsmeinung des Kaisers übereintimmen. Er hat fast alle in dem Schreiben des Kaisers angeführten Umstände, die er sämtlich für sehr gewichtig und erheblich befindet, am französischen Hofe auf das beweglichste vorstellen und besonders dieses urgieren lassen, daß man wegen der Diskussion der gravaminum keine Diffikultät machen, auch die im armistitio bestimmte Zeit zur Handlung eines Friedens, wofern derselbe nicht eher geschlossen werden könnte, ohne Verkürzung und Turbation des Ruhestandes verfließen lassen möge. Er hat auch bereits Nachricht erhalten, daß man französischerseits auf den am päpstlichen Hofe getanenen Propositionen nicht so schlechterdings zu bestehen gemeint ist und die von dem Kardinal d'Estrée übergebenen Memorialia desavouiert hat. Er wird auch nicht unterlassen, mit solchen Vorstellungen sowohl in Frankreich als auch an anderen diensamen Orten fortzufahren.

Zwar tut ihm hierbei leid, daß sein bei der Reichsversammlung zu Regensburg gewesener Gesandter v. Jena[1]) Demarchen getan, welche mit seiner Intention gar nicht übereinstimmen, und er fürchtet, daß dieses einigen ungleichen Effekt tun und man ihn des Wankelmuts bezichtigen möchte. Wie er aber seine Displizenz und sein Ressentiment gegen Jena dadurch öffentlich zu erkennen gegeben, daß er ihn sofort von dort avoziert und einen anderen Minister, von dessen redlicher Treue und guter Intention er völlig überzeugt ist, dahin zu gehen beordert hat, so hofft er, daß etwaige daher gefaßte widrige Konzepte gar bald dissipiert und der Kaiser und das ganze Reich von seiner sinceren patriotischen Intention desto mehr werden persuadiert werden. Er stellt auch dem Kaiser anheim, ob nicht, da jetzt dem Bericht nach die bekannten Prätensionen der Herzogin von Orleans wegen der pfälzischen Sukzession in Rom und auch sonst wieder nicht wenig moviert werden[2]), darauf auch besondere Reflexion zu nehmen und durch diensame unpräjudizierliche Mittel allen daraus zu befürchtenden Inkonvenientien vorzubauen sein wird, er ist bereit, auch in diesem Stück die Sentimente des Kaisers, um deren Mitteilung er bittet, zu sekondieren, verweist im übrigen auf das, was v. Canitz dem Kaiser und dessen Ministern vorzustellen befehligt ist.

[1]) S. Fester, Die Abberufung Gottfried v. Jenas (Forsch. z. brandenb. u. preuß. Geschichte XV, S. 471 ff.) und unten Abschn. V.

[2]) S. Immich, a. a. O. S. 184 ff.

v. Canitz an den Kurfürsten. D. Wien 24. Februar/6. März 1687.

[Fortsetzung der Kommissionsverhandlungen. Bedingungen des Konsenses zu der Anleihe. Ungünstige Äußerungen Stratmanns.]

Die Deputierten der ostfriesischen Stände haben von der Kommission der Vollmachten halber alles erhalten und müssen jetzt warten, bis ihnen dem Versprechen nach semel et simul die Punkte, worüber man traktieren will, und die Forderungen der Fürstin schriftlich übergeben werden. Wegen des von der Fürstin zu dem Anlehen erbetenen Konsenses hat er von Stratmann erfahren, daß der Konsens auf 70 000 Rtlr. limitiert sei, daß eine solche Summe nur von Privatleuten aufgenommen und nur die fürstlichen Domänen zur Hypothek eingesetzt werden sollen. Auch Stamler hat ihm dieses und daß die Summe zur Bezahlung der Fürsten von Liechtenstein angewandt werden solle, gesagt. 6. März

Sonst war Stratmann auf die Deputierten nicht gut zu sprechen, da sie wegen der Vollmachten sich so hart gezeigt hätten. Er sagte, der erste Punkt, über den verhandelt werden solle, betreffe das aerarium, wobei die Fürstin auf das höchste lädiert wäre und man sich nur auf den mit Gewalt erzwungenen holländischen Vergleich stütze, hierin könne man den Ständen nicht beipflichten. Er glaubt, daß er mit seinen Remonstrationen dagegen nicht viel ausgerichtet hat, da Str. seit einiger Zeit sehr für die Fürstin eingenommen zu sein scheint [1]).

v. Canitz an den Kurfürsten. D. Wien 3./13. März 1687.

[Äußerungen des R.-V.-Kanzlers über das Verhalten Frankreichs. Wunsch neuer Türkenhilfe.]

Er hat dem R.-Vizekanzler und dem Hofkanzler Nachricht davon gegeben, daß Kf. die jetzige Konduite v. Jena's in Regensburg durchaus nicht billige, worauf dieselben ihm versichert haben, daß der Kaiser darüber sehr erfreut sei. Er hat auch den ersten zu sondieren versucht, ob etwa auch schon hier die Absicht des Königs von Frankreich [2]), statt der unlängst verlangten Assurance wieder die Verwandlung des Stillstands in einen Frieden zu fordern, kund geworden sei und wohin solchenfalls die Sentimente des Kaisers, besonders wegen der spanischen Interessen, der lothringischen Sache und der noch übrigen Streitigkeiten zwischen K.-Pfalz und Madame abzielten. Der R.-V.-Kanzler erwiderte, der Kaiser hätte Nachricht, daß sich der König von Frankreich gegen den päpstlichen Nuntius ebenso wie Croissy gegen Spanheim herausgelassen und daß auch 13. März

[1]) v. C. berichtet 3./13. März 1687, den Deputierten seien die Forderungen der Fürstin ausgeantwortet worden, diese enthielten aber so enorme und ungereimte Prätensionen und die Klausel salvis ulterioribus, so daß er nicht glaube, daß die Stände sich darauf werden einlassen können. Die Deputierten hätten auch erklärt, daß sie auf solche neue und verfängliche Punkte nichts ohne neue Instruktion ihrer Prinzipale vornehmen könnten.

[2]) S. den Bericht Fridags an den Kaiser vom 3. März 1687 (S. 1351).

Rébenac[1]) zu Berlin gegen Fridag geäußert habe, sein König werde nicht eben auf den zu Rom übergebenen Memorialien bestehen, sondern mehr Moderation hierunter gebrauchen, und er glaube daher, daß seine Erklärungen an den Papst und an den König von Frankreich suffizient seien, dem Werk abzuhelfen. Daß die erste Proposition wegen des Friedens wieder aufs Tapet gebracht worden, stamme nur von dem Grafen Crécy in Regensburg her, welcher bei einigen dortigen Gesandten die Neigung, den Frieden mit solcher Übereilung zu schließen, gemerkt und es seinem König überschrieben habe, er glaube aber, daß man in Frankreich zu gelinderen Gedanken kommen werde, nachdem die Majorität des kurfürstl. Kollegs sich so erklärt hätte, daß man keine Ursache hätte, sich mit solchen dem Reich höchst schädlichen und schimpflichen Entschlüssen zu flattieren. Von den anderen mit hinein laufenden Interessen, meinte der R.-Vizekanzler, müßte man vorläufig ganz abstrahieren, da sonst der König von Frankreich davon leicht Anlaß nehmen könnte zu erklären, daß er bei der vorstehenden Handlung solche gravamina nicht einmal in Diskussion bringen lassen wollte.

Der R.-V.-Kanzler hat ihm auch gesagt, daß Fridag Order erhalten werde[2]), bei Kf. um 4000 Mann z. F. und ein Regiment Dragoner unter ähnlichen, aber noch vorteilhafteren Bedingungen als im vorigen Jahre anzuhalten.

v. Canitz an den Kurfürsten. D. Wien 17./27. März 1687.

[Seine Abschiedsaudienz. Anerkennung der Verdienste des Kf. um die Erhaltung des Friedens. Vorschlag zur Schlichtung des Gottorpschen Streites.]

27. März Bei seiner am Montag erfolgten Abschiedsaudienz hat der Kaiser ihm expresse anbefohlen, Kf. zu versichern, daß er mit sonderbarer Konsolation und Dankbarkeit alles, was Kf. in dem Friedenswerk ihm und dem Reiche geraten, aufgenommen habe und daß er sich mit ihm in consiliis et actionibus gern konformieren werde. Inzwischen, da dieser Hof zwischen Furcht und Hoffnung gestanden, ist die Antwort des Königs von Frankreich[3]) auf das Schreiben des Kaisers eingetroffen, die zwar, wie der R.-V.-Kanzler gestern sagte, etwas auf Schrauben gesetzt scheine, aber zum Schluß enthalten soll, daß der König, obgleich er von den österreichischen ministris sich nicht viel Gutes zu versehen hätte, doch der Erklärung des Kaisers endlich trauen und den Stillstand nicht nur die 30 Jahre lang halten, sondern auch nach deren Ablauf, so lange man diesseits keinen Krieg veranlaßte, kontinuieren, aber vorjetzt die angefangenen Fortifikationen vollenden wolle. Der R.-V.-Kanzler meinte, es scheine also dem König von Frankreich mit Observierung des armistitii ein rechter Ernst zu sein, und er gestand, daß, wenn für diesmal das Reich von neuer Unruhe verschont bliebe, dieses am meisten dem

[1]) S. den Bericht desselben vom 24. Februar 1687 (S. 1349).

[2]) S. das Reskript des Kaisers an Fridag vom 15. März und dessen Bericht vom 28. März 1687 (S. 1354 f.).

[3]) S. Klopp III S. 299 ff. Vgl. das Schreiben des Kaisers an Kf. vom 3. April und dessen Antwort vom 4./14. April 1687 (S. 1355 f.).

Kf. zuzuschreiben wäre, der durch seine tapferen consilia und seine bei Frankreich gemachten vigoureusen Vorstellungen die befürchtete Unruhe abgewendet hätte. Mit eben solcher Veneration hat auch der spanische Botschafter vom Kf. gesprochen.

In Summa Gnädigster Churfürst und Herr, Ew. Chf. D. haben durch dero höchstvernünftige Conduite sich dergestalt bei diesem Hof und Jedermänniglich aufs neue considerabel gemacht und ich höre bei meiner Abreise soviel Wünsche vor Ew. Chf. D. Gesundheit und langes Leben, daß ich mich sehr glücklich schätze, die Gnade gehabt zu haben, bei dieser Gelegenheit von Ew. Chf. D. gnädigst employret zu sein.

In der Holstein-Gottorfischen Sache hat er dem R.-V.-Kanzler den Vorschlag gemacht, ob nicht der Kaiser den Herzog von Gottorf und das Haus Braunschweig dahin disponieren möchte, daß dieses von der begehrten Konkurrenz bei den Traktaten von selbst abstehe. Der R.-V.-Kanzler erhob zwar zuerst Bedenken dagegen, gestand aber schließlich zu, daß der Kaiser dem König von Dänemark keine mediatores, die er nicht haben wollte, aufdringen könnte und daß, wenn der Herzog von Gottorf in der Güte aus dem Handel kommen wollte, er sich der Interposition der braunschweigischen Herzöge werde begeben und in die Zeit schicken müssen.

Er gedenkt übermorgen von hier abzureisen.

N. D. Danckelmann[1]) an den Kurfürsten. D. Wien 3. April/24. März 1687.

[Äußerungen des R.-V.-Kanzlers über die Liechtensteinsche Schuldforderung und Stratmanns über die Absichten des Kaisers in betreff der ostfriesischen Stände.]

Er ist gestern wieder bei dem R.-V.-Kanzler gewesen und hat demselben mit- 3. April
geteilt, was ihm Kf. sowohl wegen des Anlehens der 70 000 Rtlr. der Fürstin von Ostfriesland als auch wegen der Angelegenheit der ostfriesischen Stände anbefohlen. Der R.-V.-Kanzler sprach sein Bedauern darüber aus, daß Kf. den Vorschlag des Kaisers, ihm an Stelle der Zession ein Äquivalent an Gelde zu zahlen, nicht annehmen wollte. Er hat erwidert, in dem Traktat seien dem Kf. expreß Land und Leute zugesagt worden, die Fürstin sollte mit der Zahlung an Kf. verwiesen, die Fürsten von Liechtenstein aber könnten aus der kaiserlichen Kasse bezahlt werden.

Stratmann sagte ihm heute, daß der Kaiser wegen der ostfriesischen Sache sehr bekümmert wäre, er wünschte Kf. zufrieden zu stellen und suchte nach einem Mittel dazu. Die Sache mit den Ständen, versicherte er, stehe nicht so, wie man sich einbildete. Da der Kaiser die Kognition darin selbst nehmen wollte, so wäre

[1]) Nikolaus Dankelmann, Bruder des späteren Ministers, den Kf. zum Residenten am kaiserlichen Hof ernannt hatte. S. Fridags Bericht vom 13. Dezember 1686 (S. 1371).

nichts Unrechtes zu befürchten. Der Hofkanzler kam dann auf den Streit des Kf. mit dem Hause Lüneburg[1]) zu sprechen und sagte, der Kaiser wünsche dessen Erweiterung nach Möglichkeit zu verhüten und habe ihn beauftragt, mit D. darüber zu reden, er hat aber erklärt, er hätte keine Order dazu und könnte sich darauf nicht einlassen.

Der Kurfürst an v. Canitz (?). D. s. l. 27. Juni/7. Juli 1687.

[Notwendigkeit des Verbleibens seiner Besatzung in Greetsiel.]

7. Juli Betreffend das Projekt über die Liechtensteinsche Forderung, welches hier dem kaiserlichen Gesandten v. Freitag extradiert worden ist, hätte er nicht vermutet, daß man bei dem dritten, die Besetzung von Greetsiel betreffenden Artikel so große Schwierigkeiten machen würde, da diese Besetzung eine notwendige Folge des ihm schon von dem Kaiser zugestandenen freien commercii in Ostfriesland ist und außerdem dadurch nicht so sehr sein Interesse als die Sicherheit des westfälischen Kreises und die Tranquillität von Ostfriesland intendiert wird. Dieser Hafen ist der nächste Weg, auf dem die Fürstin fremde Truppen ins Land ziehen kann, und sie hat denselben auch früher ihm und anderen, von denen sie dadurch Assistenz gegen die Stände zu erlangen hoffte, gleichsam plus licitanti feilgeboten, und es ist kein Zweifel, daß, wenn ihre Differenzen mit den Ständen nur provisionaliter beigelegt werden sollten, sie den Ort, sobald er ihn evakuiert haben sollte, anderen von neuem antragen und dadurch die ostfriesische Sache noch ärger machen wird. Sie hat auch schon früher sich auf Assistenz von Frankreich Hoffnung gemacht, sie unterhält mit dem Kardinal von Straßburg und mit Rébenac genaue Korrespondenz, und es ist zu besorgen, daß sich Frankreich jetzt um so lieber mit ihr über dergleichen Dinge einlassen dürfte, da es sich in der holsteinschen Sache öffentlich für Dänemark erklärt und ihm, wie verlautet, die Garantie versprochen hat, welche nicht füglicher prästiert werden kann, als wenn Frankreich einen Fuß in Ostfriesland erlangt und so durch das angrenzende Oldenburg eine Kommunikation mit Dänemark etabliert. Auch gegen England hat man sich vorzusehen, zumal da König Jakob I. 1634 die Garantie der ostfriesischen Akkorde übernommen hat und es also englischerseits an einem Prätext, entweder mit Frankreich zu kolludieren oder sich selbst des Hafens zu bemächtigen, nicht fehlen wird. Es ist auch unter solchen Umständen gar nichts Ungewohntes, daß Grenzörter und Seehäfen, wenn sie in den Händen des ordentlichen Landesfürsten nicht genügend sicher sind, einem mächtigeren benachbarten Stande, besonders den armierten Kreisämtern, anvertraut werden, wie es jetzt auch mit Philippsburg, das von einer ansehnlichen kaiserlichen Garnison besetzt gehalten wird, der Fall ist. Durch die Besetzung von Greetsiel geht auch der Fürstin nichts weder in ihren landesherrlichen Rechten noch in den Amtsgefällen ab, und die ostfriesischen Untertanen können damit um so mehr zufrieden sein, weil er auch seine afrikanische Kompagnie und Marine größtenteils dort etabliert hat. Diese aber kann nur dann

[1]) S. unten Abschn. V.

die nötige Sicherheit haben, wenn er mit einigen unter seiner alleinigen Verwahrung stehenden Häfen versehen ist, einem Orte, der mit einer Besatzung der Fürstin versehen wäre, könnte er sie nicht anvertrauen. Die Anrichtung einer anderen Festung unweit von Greetsiel aber würde ganz impraktikabel sein.

Er soll dieses alles an gehörigen Orten umständlich vorstellen und erklären, daß Kf. sich zu der ihm angemuteten Evakuation keineswegs verstehen werde, sondern dieses zu einer conditio sine qua non mache. Er hofft, daß der Kaiser diesen seinen wohlgegründeten Vorstellungen mehr Gehör als den passionierten declarationibus des Grafen von Öttingen und seiner Adhärenten schenken wird, dessen Partialität ihm genug Ursache gegeben hat, ihn in allen Sachen, bei denen er einigermaßen interessiert ist, zu rekusieren. Er soll mit dem R.-V.-Kanzler und mit Stratmann darüber sprechen, ob und auf welche Weise er beim Kaiser dieser Rekusation halber einkommen soll.

Kaiser Leopold an den Kurfürsten. D. Wien 16. Juli 1687.

[Französischer Festungsbau bei Trarbach. Dagegen zu ergreifende Maßregeln.]

Trotz seiner neulichen schriftlichen Erklärung wegen künftiger Haltung des 16. Juli
Stillstandes hat Frankreich [1]) neben den vorigen noch eine Festung an der Mosel unweit Trarbach angelegt und unter dem Vorwand, diese Arbeit zu bedecken und fortzusetzen, eine große Anzahl Truppen dort versammelt. Dieses ist dem Waffenstillstand und jener Erklärung gerade zuwider und für das Reich von höchster Konsequenz, da diese Fortifikation ohne Zweifel aus der Ursache resolviert ist, wenn während des Waffenstillstandes der Friede nicht zustande kommen und Frankreich nicht alles, was es innehat und begehrt, gelassen werden sollte, alsdann der Mosel recht versichert zu sein und dadurch das Okkupierte mit Gewalt desto besser behaupten zu können. Er ersucht daher, dem französischen Hof die Unbilligkeit dieses Verfahrens zu behöriger Einstellung remonstrieren zu lassen und ihm an Hand zu geben, was diesseits dagegen weiter vorzukehren, und ob nicht gut sein möchte, daß von gesamten Reichs wegen die Sache mit Nachdruck am französischen Hof schriftlich angebracht und begehrt werde, daß derselbe von diesem Festungsbau abstehen und im übrigen die Limitscheidung und Exekutionstraktaten vor sich gehen lassen möge.

Der Kurfürst an den Kaiser. D. Potsdam 27. Juli/6. August 1687.

[Auf das Schreiben vom 16. Juli. Der französische Festungsbau, seine vergeblichen Bemühungen, ihn zu hindern. Rat zu vorsichtigem Verhalten. Bereitwilligkeit, an den zu treffenden Sicherungsmaßregeln sich zu beteiligen.]

Auch er befindet den neuen Festungsbau von sehr großer Konsequenz und meint, 6. Aug.
daß seitens des Reichs nicht geringe Reflexion darauf zu nehmen sei. Er hat gleich

[1]) Pufendorf XIX. § 36, S. 1578. S. Klopp III, S. 344 ff., Immich S. 129.

auf die erste Kunde davon an behörigen Orten, besonders am französischen Hofe [1]), ausführliche remonstrationes deshalb tun und dem Freiherrn v. Fridag[2]) davon genaue Information geben lassen, er ist auch überzeugt, daß, wenn es hierbei bloß auf die Gerechtigkeit der Sache und deren Deduktion ankommen sollte, es Kaiser und Reich nicht an stattlichen Fundamenten, den Unfug dieses abermaligen Attentats nachzuweisen, fehlen würde. Da aber die Erfahrung bisher gelehrt hat, daß solche Remonstrationen dort schlechten Effekt haben, und auch das, was er wegen des Trarbachschen Forts hat anbringen lassen, wenig oder nichts gefruchtet, ja vielmehr allerhand Nachteil und schädliche Konsequenzen verursacht hat, so wird der Kaiser ermessen, daß man bei dieser Sache vor der Hand billig sich solcher Mittel und Wege zu gebrauchen hat, welche, wenn dadurch keine Remedierung des zugefügten Präjudizes zu hoffen, wenigstens das Werk nicht ärger machen oder in mehrere Gefahr engagieren mögen, zumal da der größte Teil der kaiserlichen und der Reichstruppen wider den Erbfeind beschäftigt ist, so daß, wenn man jetzt zu Ergreifung geschwinder und präjudizierlicher Resolutionen Anlaß geben sollte, solches dem Reich leicht großen Schaden zuziehen dürfte. Doch darf man seitens des Kaisers und des Reichs zu diesem Attentat nicht ganz still schweigen, sondern hat dessen Abstellung und die Beförderung der Limitscheidung und des Exekutionstraktats mit allem Fug zu urgieren und übrigens allenthalben auf seiner Hut und wider alle ferneren geschwinden Fälle in bestmöglicher Zusammensetzung gefaßt zu stehen. Er seinerseits wird sich dem, was der Kaiser mit den übrigen Reichsständen hierunter gut finden wird, leicht und gern konformieren, zu Stiftung mehrerer Harmonie mit den übrigen Kurfürsten und Fürsten vertraulich aus der Sache kommunizieren und zu allem, was die Wohlfahrt und Sicherheit des Reichs in diesem und anderen Fällen erheischt, das Seinige nach Kräften beitragen[3]).

Der Kurfürst an Danckelmann. D. Goltze 26. August/[7. September] 1687. (Conc. P. Fuchs.)

[Dem Kaiser in der ostfriesischen Sache zu machende Erklärungen.]

7. Sept. Da von Fürstlich ostfriesischer Seite die früheren Machinationen noch immer fortgesetzt und besonders divulgiert wird, er führte einerseits bei dieser ostfriesischen Sache allerhand gefährliche weitaussehende desseins, andererseits das, was in seinem Namen deswegen am kaiserlichen Hof gesucht werde, sei gar nicht

[1]) S. unten Abschn. III.

[2]) S. Fridags Bericht vom 11. August 1687 (S. 1371 f.).

[3]) Kf. schreibt wegen dieser Angelegenheit (d. Potsdam 26. Juli/5. August 1687) an die übrigen Kurfürsten und bittet sie, ihm ihre Meinung darüber mitzuteilen. Dem Kurf. von Trier, dem Fürsten Georg Friedrich von Waldeck und dem Landgrafen Karl von Hessen teilt er (d. Potsdam 31. Juli/10. August 1687) seine Absicht, zur etwaigen Hilfeleistung an K. Trier 500 Mann nach dem Westerwald zu verlegen, mit und bittet sie zu befördern, daß diese Mannschaft bei den dortigen Reichsständen untergebracht werde. S. darüber auch Fridags Berichte vom 15. und 18. August 1687 (S. 1372 f.).

seiner Intention gemäß, sondern er werde von privatis, die hierunter ihren partikulieren Nutzen suchten, surpreniert, und da, solange der kaiserliche Hof in diesen beiden Punkten nicht völlig desabusiert wird, von seinen dortigen officiis nichts Gedeihliches zu hoffen ist, sondern der Kaiser in beständigem Mißtrauen gegen ihn beharren und das, was in seinem Namen vorgebracht wird, nicht seiner Intention für gemäß halten wird, so hat er beifolgendes Schreiben [1]) an den Kaiser abgehen lassen. D. soll dasselbe abgeben und in einer besonderen Audienz dem Kaiser obiges alles mit allen Umständen vorstellen und sich auf das äußerste bemühen, den Kaiser und dessen ministros auf andere Gedanken zu bringen. Besonders hat er darauf hinzuweisen, daß sowohl das, was der Liechtensteinschen Forderung halber als auch sonst in der ostfriesischen Sache in den an ihn ergangenen Reskripten enthalten ist, seiner festen und wohlbedachten Intention gemäß, und daß solche Resolutionen keineswegs erschlichen, sondern von ihm praevia abundantissima causae cognitione gefaßt seien. Den Ministern kann er auch zu vernehmen geben, daß es dem Kf. sehr schmerzlich vorkommen werde, wenn die von den unruhigen fürstlichen Ratgebern gesuchte, ihm höchst verkleinerliche cassatio conservatorii erfolgen sollte, und daß er in solchem Falle doch vermöge des ihm obliegenden westfälischen Kreisdirektorialamtes sich der Beruhigung und Konservation des Landes gegen innere und äußere Gewalt nicht werde entziehen können.

PS. Er kann den akkreditiertesten kaiserl. Ministern das Reskript im Original vorzeigen, da in diesem einiges angeführt ist, von dem es sich nicht schicken wollen, davon in dem Schreiben an den Kaiser Erwähnung zu tun.

Danckelmann an den Kurfürsten. D. Wien 25./15. September 1687.

[Erklärungen des R.-V.-Kanzlers über die Absichten des Kaisers in der ostfriesischen Sache und Rechtfertigung des kaiserlichen Dekrets.]

Er hat dem R.-V.-Kanzler das Reskript des Kf. in der ostfriesischen Sache 25. Sept.
zu lesen gegeben. Derselbe erklärte darauf, daß der Kaiser weder glaube, daß der Kf. etwas Widriges in Ostfriesland beabsichtige, noch daß derselbe in dieser Sache nach der partikulieren Geneigtheit oder dem Interesse anderer verfahre, daß daher die Präsumtion, die man deswegen von dem kaiserlichen Hofe hätte, ungegründet sei. Er aber hat erwidert, Kf. glaube nicht ohne Ursache, daß der Kaiser von so ungleichen Opinionen imbuiert sei, es hätten sich viele comminationes und den Ständen präjudizierliche actus verspüren lassen, welche zeigten, daß man hier glauben müßte, daß Kf. sich nicht die Mühe nehme, der Sache nachzudenken, und er werde darin noch mehr durch das beiden Teilen zugestellte kaiserliche Dekret [2]) bestärkt, das nicht allein den Ständen außerordentlich präjudizierlich sei, sondern

[1]) S. Urk. u. Akt. XX 2 S. 1374 f.

[2]) S. Hirsch, Der Große Kurfürst u. Ostfriesland S. 74.

auch des Kf. Reputation affiziere, da darin von dem Mißbrauch desselben durch die Stände und seiner Aufhebung die Rede sei, er wäre überzeugt, daß dem Kf. ein solches Verfahren fremd vorkommen und er es nicht wenig sensibel befinden werde, Kf. werde niemals zulassen, daß auf den Fuß, wie es vorgenommen, die ostfriesischen Stände ihrer Privilegien beraubt und ihnen, wie es schiene, Gewalt widerfahren sollte. Der R.-V.-Kanzler erwiderte, was in dem Dekret von dem conservatorium gesagt werde, sei zu keinem anderen Zweck angeführt, als damit die Stände, die sich auf dasselbe verließen, zu anderen Gedanken gebracht würden. Der Kaiser hätte die Aufhebung desselben noch nicht beschlossen, werde aber wohl endlich dazu schreiten, besonders weil Kf. wegen partikulierer Interessen und Possession des Amts Greetsiel als pars konsideriert werden müßte. Von dem Dekret wollte er nichts sagen, der Kaiser werde nichts tun, was nicht mit einem guten Gewissen übereinkomme, was dann geschehe, müßte man sich gefallen lassen, einer müßte das Haupt sein, keiner dürfte gegen dessen Urteil die Handhabung einer Partei unternehmen. Er hat dem aber widersprochen und darauf hingewiesen, die causa conservatorii zessierte keineswegs, dasselbe könnte daher nicht ohne Läsion des Kf. aufgehoben werden, Kf. wäre auch mehr als andere an der Erhaltung der Ruhe im westfälischen Kreis interessiert, würde also aus doppelter Ursache befugt sein, jedermann bei seinem Recht zu schützen. Die Greetsielsche Possession sei dem conservatorium nicht zuwider, da der Kaiser mit der Liechtensteinschen Zession dazu Anlaß gegeben und Kf. dabei sich so betragen habe, daß niemand sich zu beklagen Ursache hätte. Er wird Gelegenheit suchen, auch dem Hofkanzler und einigen Reichshofräten [1]), die die ostfriesische Sache besonders unter Händen haben, das Reskript des Kf. zu lesen zu geben.

Der Kurfürst an den Kaiser. D. Potsdam 12./22. October 1687.

[Die Geldanleihe in Holland und die daher zu befürchtenden Übelstände. Mahnung, dieselbe zu hintertreiben und den Prinzen zur Übernahme der Regierung zu nötigen.]

22. Okt. Ausführliche Darstellung der Angelegenheit wegen des von der Fürstin von Ostfriesland in Holland gesuchten Anlehens und der daraus für Ostfriesland und das Reich zu befürchtenden Gefahren.

Er hat zwar den Generalstaaten Vorstellungen deswegen machen lassen [1]), glaubt aber nicht, daß diese sich dadurch werden bewegen lassen, ein für sie so vorteilhaftes Anerbieten zurückzuweisen. Er hätte zwar sich mit den übrigen westfälischen Direktoren zusammentun und mit ihnen gegen ein so verderbliches Unternehmen die nötigen mesures nehmen können, er zieht es aber vor, zunächst

[1]) D. berichtet 18./28. September 1687, der Reichshofrat sei mit dem Dekret sehr unzufrieden, weil die Kommission damit in seine Jurisdiktion eingegriffen habe, die Mitglieder desselben sagten, die Stände würden bei ihrem Kollegium, an das die Sache doch endlich gelangen müßte, gutes Recht erhalten.

[1]) S. oben S. 126 f. u. Hirsch, a. a. O. S. 76 f.

dem Kaiser seine Meinung deswegen zu eröffnen und ihn zu bitten, dem Fürsten praevia eventuali cassatione des mißbrauchten Konsenses und der darauf gegründeten holländischen Handlung die Übernehmung der Regierung anzubefehlen und ihm anzudrohen, daß, wenn er nicht in einer bestimmten Zeit dieses tun werde, dem nächsten Agnaten das Beste des Landes werde kommittiert werden.

Er hat dieses Schreiben durch einen eigenen Kurier geschickt, da er in Erfahrung gebracht hat, daß bei dieser Sache noch andere weitaussehende Dinge von Erbauung neuer Festungen auf dem Reichsboden und sonst verborgen und von dem Staat daran annektiert werden dürften, wie denn die Provinz Friesland ihr Votum zur Annehmung der dem Staat angetragenen Garantie an die Bedingung, daß die Dieler Schanze wieder aufgebaut werde, geknüpft hat.

PS. Aus beifolgenden soeben eingetroffenen Schriftstücken wird der Kaiser ersehen:

1. daß diese Anlehenssache bei den niederländischen Provinzen mit einer dort ganz ungewöhnlichen Eile betrieben wird, was dadurch ohne Zweifel verursacht ist, daß der Staat sich seines daraus erhofften Vorteils aufs schleunigste versichern und contradictiones des Kaisers und der benachbarten Stände eludieren will;

2. daß auf seiten des Staats das Werk auf den Fuß einer sogenannten Garantie genommen wird, d. h. daß im Fall der Nichtzurückzahlung der Summe ihm actus jurisdictionis eingeräumt werden sollen;

3. daß Esens und Witmund nicht nur zum Unterpfand für die zu leihende Summe von 120 000 Rtlr. gesetzt, sondern auch als rechtmäßige Lehen des Herzogtums Geldern bezeichnet werden;

4. daß der Staat durch diese Handlung autorisiert werden soll, in Ostfriesland auf dem Boden des Reichs eine neue Festung anzulegen.

Der Kaiser wird hieraus ersehen, daß es der Fürstin mit der wider ihn so sehr urgierten Evakuation von Greetsiel gar nicht um die Vindizierung ihrer fürstlichen Landesrechte zu tun ist, sondern daß sie ganz gern geschehen läßt, daß der Staat sich dort festsetzt und gar bald sich entschließen dürfte, den Emsstrom ganz in Fesseln zu legen, und daß es sehr notwendig ist, daß ohne Zeitverlust solchen perniziösen Machinationen ein Ziel gesetzt und diese unverantwortliche Handlung hintertrieben werde [1]).

Der Kurfürst an den Kaiser. D. Potsdam 2./[12.] November 1687. (Conc. Meinders.)

[Die Vorgänge in Norden. Beschwerde über Oberstleutnant Ley.]

Er bedauert, daß er den Kaiser wieder in der ostfriesischen Angelegenheit 12. Nov.
behelligen muß. Streitigkeiten in der Stadt Norden [2]) zwischen dem Fürstl. Amtsvorsteher sowie dessen Konsorten und den vornehmsten Mitgliedern des Rats

[1]) Danckelmann erhält Befehl, dieses Schreiben zu übergeben und dessen Inhalt zu rekommendieren, aber zu verlangen, daß es geheim gehalten werde und nicht in die Hände der Fürstin komme, die es bei den Generalstaaten mißbrauchen könnte.

[2]) S. Hirsch, a. a. O. S. 77 ff.

wegen der Wahl eines Stadtsekretärs haben zu einem Prozeß bei dem ostfriesischen Hofgericht geführt. Dieses hat gegen den Amtsvorsteher mandata de non amplius procedendo erkannt, diese sind in judicio revisorio bestätigt, darauf aber ist fürstlicherseits an den Reichshofrat deswegen appelliert worden. Während solcher Appellation hätte es billig mit dieser Sache in statu quo gelassen und wider die rechtlich erkannten inhibitiones nichts innoviert werden sollen, da man aber aus allerhand Umständen etwas Widriges hat befürchten müssen, so hat er auf Ansuchen der ostfriesischen Ordinardeputierten und Administratoren bei den wöchentlichen Gerichtstagen in Norden eine geringe Wache vor das Rathaus stellen lassen, um zu verhindern, daß der Sekretär sich zu den Gerichts-actibus mit Gewalt eindränge. Darauf aber hat der kaiserl. Oberstleutnant v. d. Ley auf Anstiften der fürstl. Bedienten jüngsthin, als eine solche Sauvegarde (3 Gemeine und 1 Unteroffizier) von den Seinigen sich dort befand, 70 Mann mit dazu gehörigen Offizieren dahin abgeschickt, seine Sauvegarde gewaltsam delogieren und nebst anderen Tätlichkeiten gegen den Magistrat seine Leute so übel traktieren lassen, daß er dieses für eine seinen Waffen widerfahrene Beschimpfung aufnehmen muß, zumal da Ley ihm mit besonderen Untertans- und Lehnspflichten verwandt ist und derselbe sich nicht nur nicht gescheut hat, damit zu glorüeren, sondern noch vorgibt, daß der kaiserl. Hofkriegsrat ihm dazu besonderen Befehl erteilt habe, was er aber in der betreffenden Order desselben nicht finden kann. L. hat den Sinn derselben boshafterweise verdreht, indem er collisiones in collusiones verändert hat.

Er ersucht daher den Kaiser, Ley seine Indignation über sein unverantwortliches Verfahren mit gehörigem Ernst und Schärfe empfinden zu lassen, ihn von dort zu avozieren und zu schuldigem Abtrag an ihn anzuweisen, auch zu veranlassen, daß die von demselben nach Norden verlegte Mannschaft von dort abgeführt und dem vor dem Reichshofrat anhängigen Prozeß ungehinderter Lauf gelassen werde. Er hat vorläufig angestanden, andere Verfügung darunter zu machen und sich des torts selbst zu entschütten. Um sich aber der ihm kompeticrenden Satisfaktion desto mehr zu versichern, hat er Anstalt gemacht, daß eine seiner Jachten sich vor den Nordener Hafen lege, und hat er eine Anzahl Soldaten dahin anrücken und sich bei einigen, die zu der Sache die meiste Ursache gegeben, einlogieren lassen. Der Kaiser wird auch aus dieser Sache ersehen, daß fürstlicherseits nur beabsichtigt wird, das gute Vernehmen zwischen ihnen beiden zu stören, er hofft aber, daß der Kaiser sich darin so bezeigen wird, daß dergleichen ärgerliche Unternehmungen künftig nachbleiben werden.

Unmaßgebliche Vorstellungen, welche dem Freiherrn von Freytagk bei einer particulier geheimbten Audienz geschehen könnten. s. d. (Von Fuchs' Hand.)

Dez. 1687. Kf. hätte sichere Nachricht, daß der Resident Crampricht[1]) aus blindem Religionseifer, der ihm von den französischen Emissarien und besonders von dem

[1]) S. den Bericht Fridags vom 1. Januar 1688 (S. 1392) und oben S. 130.

cölnischen Residenten im Haag, Norffen, inspiriert worden, vieles täte, das direkt wider das kaiserliche und spanische Interesse liefe und wodurch die spanischen Niederlande und der ganze Rheinstrom an Frankreich verloren gehen würde.

Er hat um die Wahl des Kardinals von Fürstenberg zum Koadjutor gewußt und sie heimlich foviert und approbiert. Norff hat ihm vorgestellt, F. werde mit französischer Hilfe in den Vereinigten Niederlanden die katholische Religion protegieren und wieder einführen, und er wünscht, daß F. nur Kurfürst zu Cöln wäre und mit einer französischen Armee käme, die Ketzer in den Niederlanden auszurotten.

2. Aus Cramprichts Schreiben an K. Mainz[1]) erhellt, daß er die grausame Persekution in Frankreich billigt. Daß ein kaiserl. Minister öffentlich so schreiben darf, macht den Kaiser bei den evangelischen Mächten verdächtig, als hätte er darunter mit Frankreich kolludiert.

3. Er setzt, daß der Staat gegen Frankreich Repressalien gebrauche, das heißt, Frankreich selber die Waffen in die Hand geben, um den Staat zu bekriegen.

4. Er gedenkt darin der Schweizer Kantone so, daß dadurch die gute Harmonie zwischen den katholischen und evangelischen Kantonen dissolviert und Frankreich Gelegenheit gegeben werde, sich derselben zu bemächtigen.

4. Er hat darüber mit den Ministern aller katholischen Mächte im Haag kommuniziert, folglich auch mit dem französischen und cölnischen. Er hat sein Oraculum Delphicum gefragt, was werden da für schöne responsa gefallen sein, der Kaiser und Spanien werden bald den leidigen Effekt davon erfahren und was mag dieser superstitiöse Mann wohl in England für Einschläge geben oder veran-

[1]) In diesem Schreiben (d. Haag 10. November 1687) berichtet Crampricht K. Mainz von dem gefährlichen Stand der Katholiken in den Niederlanden, die Deputierten der Provinz Holland hätten beschlossen, alle missionarios religiosos, als Jesuiten, Dominikaner, Augustiner, Franziskaner u. a., zu verbannen, und es sei zu fürchten, daß auch die anderen Provinzen diesem Beispiel folgen würden. Er habe deswegen ein Memorial übergeben, und er bittet auch K. Mainz um ein Verwendungsschreiben für die Verfolgten, doch dürften darin nur politische Gründe angeführt werden, dazu würden die in beiliegendem Bericht (in ihm werden die Gründe, mit denen man in Holland die Hugenottenverfolgung in Frankreich verurteilt habe, angeführt und dann die Gründe, mit denen die dortige Verfolgung der Katholiken gerechtfertigt werde, widerlegt) angeführten rationes helfen können. Er fährt dann fort: „Ob der König von Frankreich Ursach gehabt, das Edikt von Nantes zu kassieren, das will man hier nicht examinieren, das ist gewiß, daß, wenn er sich nach dem Exempel desjenigen hat regulieren wollen, was die Regenten in Holland an die Katholischen durch offene Traktaten so teuer versprochen, aber nicht gehalten, so hat er Ursach dazu gehabt, und wenn man dieses particulariter deduzieren wollte, so würde man solche Sachen demonstrieren, daß man in den unierten Provinzen Ursache haben könnte, sich zu verwundern. — Alle Potentaten und Nachbaren, so bishero mit diesem Staat in Intelligenz gestanden und demselben auch in Zeiten der Not große Assistenz gegeben, würden dadurch sehr alieniert werden, sich auch dadurch obligiert befinden, die Moderation, so sie bishero in ihren Landen gegen die von reformiert- oder kalvinischer Religion gebraucht, zu verändern, wodurch dann endlich ein Religionskrieg entstehen dürfte." — Vgl. Urk. u. Akt. XIV, 2, S. 1390 u. oben S. 130.

lassen? Wer dem Kaiser wohl will, wird leicht begreifen, daß dessen wahres Interesse ist, diesen Pfaffen aus dem Haag zu avozieren und einen verständigen Staatsmann dahin zu setzen [1]).

Danckelmann an den Kurfürsten. D. Preßburg 3. Januar st. n. 1688.

[Besorgnisse wegen der Koadjutorwahl in Cöln und der französischen Rüstungen zur See.]

3. Jan. Die bevorstehende Wahl eines Koadjutors zu Cöln [2]) macht hiesigem Hofe viele inquiétudes. Der R.-V.-Kanzler hat ihm gesagt, er hätte seinem Vetter, dem Kardinal von Fürstenberg, geschrieben und ihm davon abgeraten, unter anderem auch ihm vorgestellt, daß, wenn er von diesem Vornehmen abstände, er die drei Häuser Österreich, Bayern und Pfalz obligieren und sich mit dem Kaiser, der dazu nicht ungeneigt sein möchte, versöhnen könnte, dagegen stände seines Hauses Ruin zu befürchten, falls er zu seinem Zweck gelangen sollte. Man weiß auch nicht, welchen Zweck die überaus starke französische Armatur [3]) zur See verfolgt, denn obwohl einige meinen, daß sie zu des Königs von England Appui und Fortsetzung der römisch-katholischen Religion in diesem Königreich angestellt sei, so ist man doch in steter Furcht, daß das Vornehmen auf die spanischen Indien gerichtet sei.

Danckelmann an den Kurfürsten. D. Preßburg 4./14. Januar 1688.

[Äußerungen Stratmanns über die kirchliche Politik des Kaisers.]

14. Jan. PS. Er hat dem Hofkanzler wegen der von dem französischen Gesandten in Württemberg, Juvigni [3]), angeblich im Namen seines Königs gemachten weitaussehenden Deklaration ratione potestatis circa ecclesiastica gesprochen und zur Antwort erhalten, hierher sei nichts davon berichtet worden, der Kaiser aber werde, wenn er auch der katholischen Religion vorstände, dergleichen keineswegs approbieren oder nachsehen. Er hat bei dieser Gelegenheit auch von der Deduktion,

[1]) D. berichtet 1./11. März 1688, er habe mit dem R.-V.-Kanzler über das Schreiben Cramprichts gesprochen. Derselbe habe gesagt, es sei ein Privatbrief und es sei unrecht, einen solchen zu kommunizieren, C. habe keineswegs die Prozeduren in Frankreich justifiziert, sondern nur gezeigt, daß man es in Holland nicht besser mache, es wäre viel besser, sich diese Sache ganz aus dem Sinn zu schlagen. Der R.-V.-Kanzler habe darauf über die Konduite der Holländer gegen den kaiserlichen Hof geklagt, anderen hätten sie Subsidiengelder gezahlt, aber dem Kaiser nicht, es geschehe ihnen ganz recht, wenn man zusehe, wie sie sich aus dem bevorstehenden Wesen demelieren würden. Er habe erwidert, jeder müsse auf seine Konservation bedacht sein und Assistenz werde einem fremden Staat mehr aus eigenem Interesse als auf Liebe geleistet. Auf die Religionssache habe er nicht wieder zurückkommen wollen, da er gesehen, daß dieselbe ihn sehr aigrierte, und da er sich vormals darin sehr moderat und raisonnabel gezeigt habe.

[2]) S. Immich S. 132 f.

[3]) S. Pufendorf XIX. § 19 (S. 1537 f.)

die Cramprichts[1]) K. Mainz zugeschickt, gesprochen. Der Hofkanzler sagte, der Hof wisse davon nichts, der Kaiser werde Cr., der sonst im Haag für einen guten Mann gehalten werde, seine Displizenz verspüren lassen, wenn er sich auf dergleichen einließe. Er hat sich erboten, Beweise dessen, was er vorgetragen, beizubringen, und die Hoffnung ausgesprochen, daß der Kaiser diese namens des Kf. geschehenen Erinnerungen gebührend beachten und wegen des Unternehmens Juvigni's seinem Gesandten am französischen Hofe die nötigen Orders werde zugehen lassen. Der Hofkanzler versicherte, der Kaiser werde nie billigen und gestatten, daß die katholische Religion durch andere Mittel, als in der Schrift vorgeschrieben würden und der christlichen Liebe gemäß wären, fortgepflanzt werde, die Prozeduren gegen die Reformierten in Frankreich habe er cum horrore vernommen, er wollte auch bei jetzigem Zustand hier, da die Pfaffen und deren Anhang ihm so importun fielen, ihnen das Ohr nicht gönnen, um Andersgläubige zu beschweren, er werde auch noch vor Schluß des jetzigen Landtages den Protestanten in Ungarn die Libertät, welche ihnen bei dem Odenburgischen Landtagsschluß gegönnt worden, zulegen und befestigen. Diese ist zwar sehr beschränkt, die Protestanten aber werden bei jetziger Zeit sich gern damit begnügen.

Danckelmann an den Kurfürsten. D. Wien 5./15. Februar 1688.

[Zurückweisung Fürstenbergs. Übler Zustand der Truppen in Ungarn. Rechtfertigung Cramprichts durch Königsegg.]

Der kaiserliche Oberst Graf von Fürstenberg soll bei dem Kaiser im Namen 15. Febr.
des Kardinals von Fürstenberg Audienz begehrt und sein Kreditiv dem Oberkämmerer übergeben haben, es soll ihm aber wieder zurückgesandt worden sein mit der Erklärung, daß der Kaiser erst die Konfirmation des Papstes abwarten wolle, daher soll von K. Cöln keine Volkshilfe zu der anstehenden Kampagne zu erwarten sein. Die Garnisonen an der Theiß sollen aber durch Krankheiten sehr abgenommen haben, auch bei der Infanterie die Rekrutierung schlechten Fortgang gewinnen und die Jalousie wider Siebenbürgen täglich zunehmen, man scheint daher wegen Beibringung der nötigen Mannschaft bei Hofe nicht wenig bekümmert zu sein, daher die Rede geht, daß, wenn nicht Kf. dem Kaiser mit einer guten Anzahl Kriegsvolk beistehen sollte, die bevorstehende Kampagne schwerlich einen guten Ausgang haben werde.

PS. Der R.-V.-Kanzler hat sich wegen der Schrift Cramprichts gegen ihn so vernehmen lassen: Der Kaiser könne gar nicht absehen, daß sich Cr. durch dieselbe wider einen oder anderen klagwürdig vergriffen hätte, denn wenn es den Holländern freistehen sollte, die römisch-katholische Religion zu verfolgen und zu verbannen, so wäre die Vergleichung mit der französischen Persekution nicht unrichtig, es stände einer jeden Potenz und jedem Staat heutigentags frei, in Religionssachen nach Belieben und selbsteigenem Bedünken zu verfahren. Er hat darauf erwidert, in der niederländischen Republik sei gesetzlich die Ausübung der katholischen Religion untersagt und bei schwerer Strafe verboten, die Reformierten

[1]) S. oben S. 229.

in Frankreich aber seien mit dem Edicto Nantensi, das der jetzige König, dessen Vater und Großvater beschworen hätten, versehen, sie dürften daher nicht turbiert werden. Wenn der kaiserliche Hof diese handgreiflichen Verschiedenheiten konzilieren und gutheißen wollte, würden die evangelischen Stände wenig auf dessen Äquanimität zu bauen haben. Der R.-V.-Kanzler aber blieb dabei, es stünde einem jeden Oberhaupt frei, mit seinen Untertanen in hoc casu zu handeln und zu verfahren, wie es seine Konvenienz erforderte, auch dem Kaiser stände frei, in diesem Stück in Ungarn zu tun und zu lassen, was er wollte. Wer könnte ihm solches wehren? Die Holländer wollten anderen vorschreiben, wie sie ihren Religionsverwandten begegnen sollten, dagegen wollten die Evangelischen nicht leiden, daß man den Katholischen in ihren Ländern vorstände. Man beschwere sich über das Schreiben des kaiserlichen ministri, dagegen sehe man still zu, wie Frankreich auch im Reiche durch allerhand Mittel ganze Dorfschaften zur katholischen Religion zwinge. Er hat darauf erwidert, Könige und Fürsten hätten ihr Gewissen und das Urteil der Welt wenigstens in diesem Leben zu Richtern, des Kf. officia in puncto religionis seien wohlbekannt, und man könnte wohl nicht mehr von ihm desiderieren.

Der Kurfürst an Danckelmann. D. Potsdam 8./18. Februar 1688.

[Ratifizierung des Liechtensteinschen Traktats, Deklaration des Kaisers.]

18. Febr. Der Liechtensteinsche Traktat mit dem Kaiser ist zum Abschluß gebracht und ratifiziert worden [1]). Die von ihm beantragten, hauptsächlich die ostfriesische Sache betreffenden Separat- und Sekretartikel hat der Kaiser Bedenken getragen, in einen formellen Traktat bringen zu lassen, er hat ihm aber statt dessen durch Fridag eine sichere Deklaration [2]) tun lassen und er hat endlich darin akquiesziert und deswegen an den Kaiser beifolgendes Schreiben [3]) gerichtet. D. soll es abgeben und dabei den kaiserlichen Ministern erklären, daß Kf. das feste Vertrauen zum Kaiser habe, daß er ihm auch in diesen Punkten nicht zuwider sein, sondern ihm im Notfall Hilfe und Beförderung leisten werde.

v. Grumbkow u. Meinders an den Kurfürsten. D. Berlin 10./[20.] Februar 1688.

[Vom Kaiser verlangte Türkenhilfe.]

20. Febr. Der kaiserliche Gesandte Baron v. Freytag hat [4]) ihnen gestern mitgeteilt, er habe vom Kaiser durch einen expressen Kurier den Befehl erhalten, bei Kf. um eine Volkshilfe von etwa 3000 Mann zu Fuß gegen die bevorstehende Kampagne

[1]) S. Fridags Relation vom 23. Januar 1688 (S. 1393).
[2]) S. ebendaselbst S. 1394 f.
[3]) nicht bei den Akten.
[4]) S. Urk. u. Akt. XIV, S. 1396 f.

wider den Türken, und zwar unter dem Kommando des Generalmajors Barfuß, anzuhalten, er wäre instruiert, wegen Versorgung dieser Truppen auf dem Hin- und Rückmarsch sowie in Ungarn selbst und wegen Auszahlung eines erklecklichen Stückes Geldes solche Erklärung und Versicherung zu geben, mit der Kf. gewiß zufrieden sein werde. Er führe eine Reihe von Gründen an, aus denen Kf. diesem Verlangen zu willfahren hätte, darunter auch, im Reich und sonst wäre überall Friede, der Kaiser wäre genugsam versichert, daß von Frankreich nichts wider das armistitium werde vorgenommen werden und daß man auch von Dänemark nichts zu befahren hätte. Diese Truppen würden in Ungarn bei den daselbst noch übrigen wenigen Expeditionen fast keiner sonderlichen Gefahr exponiert sein, der Kaiser habe auf des Kf. Rekommendation den Protestierenden in Ungarn so günstige conditiones erteilt[1]) und werde auf dem Reichstage die Satisfaktionsforderung des Kf., wenn derselbe sich ihm willfähig zeigte, um so nachdrücklicher sekundieren.

Sie bitten um Befehl, was sie Freytag zur Antwort geben sollen[2]).

Der Kurfürst an Danckelmann. D. Potsdam 16./26. Februar 1688.

[Auf das PS. vom 5./15. Febr. Widerlegung der von Königsegg zur Rechtfertigung Crampricht vorgebrachten Gründe. Mahnung, nicht zu neuen Religionsstreitigkeiten Anlaß zu geben.]

— Wir befehlen Euch hiemit in Gnaden, bei erster Gelegenheit ge- 26. Febr.
dachtem R.-V.-Kanzler hinwieder vorzustellen, daß Wir zuförderst garnicht absehen könnten, wie dieses von ihm gesetzte principium obangeregtes von dem von Crampricht an Ch. Mainz abgelassene Schreiben zu justificiren vermöchte, denn wenn, wie seine Worte gewesen, eine jede hohe Obrigkeit in ihrem Gebiet die Religion nach ihrer Convenienz zu reguliren berechtiget wäre, so folgte ja auch notwendig, daß der Staat nicht allein die frembde römisch-catholische Pfaffen, welche der gemeinen Ruhe

[1]) S. ebendaselbst S. 1396 Anm. 2.

[2]) Darauf läßt Kf. durch den Geh. Kanzlisten Bergius (d. Potsdam 10./20. Februar 1688) antworten:

S. Chf. D. habe Ihro Ew. Excellentzen Relation, so hiebei wieder befindlich, diesen Abend ganz verlesen lassen, blieben aber beständig und nicht sonder Emotion dabei, daß Sie von Dero Trouppen nichts missen könnten, der Ruhestand im Reiche wäre bekannter maßen also beschaffen, daß so sicherer Staat nicht drauf zu machen, was man kaiserlicher Seiten ihro als ein meritum in ein und anderm anrechnen wollte, wäre des Kaisers eigenes Interesse und höchste Convenienz. Die promissio officiorum in der Satisfactionssache und sonsten wäre auch vor diesem geschehen und hoffeten S^e. Chf. D., daß solches würde ad effectum gebracht und die österreichische Gesandtschaft nunmehro instruiret werden, darauf so viel andere zurückhielten. Ew. Exc. würden solches dem H. von Frydag behörig zu rapportiren wissen. —

bei ihrem Staat allerhand Nachteil zuzuziehen pflegten, aus dem Lande zu weisen, sondern auch die römische Religion selbst in totum verbieten und — abschaffen könnten. Wir ließen aber solches an seinen Ort gestellet sein, wären auch niemalen gewillet gewesen, dem Staat hierunter gleichsam eine Apologie zu machen. — Dasjenige aber, so uns hierunter am meisten anginge, wäre dieses, daß gedachten Cramprichts Schreiben an Ch. Mainz dergestalt eingerichtet gewesen, als ob I. Keys. M. die von dem König in Franckreich in seinem Lande wider die Reformirte vorgenommene grausame persecutiones auf gewisse Maaße approbirte, woraus diejenige, so wegen der bisherigen zimblich harten Proceduren wider die Evangelische in Ungarn, Schlesien und anderen keyserlichen Erblanden allerhand ungleiche judicia gefället, gar leicht noch mehrere schlimme Mutmaßungen ziehen und woll gar auf die Gedanken geraten dürften, als ob I. Keys. M. sich mit Franckreich einigermaßen wegen gänzlicher Ausrottung der evangelischen Religion verstehen und deshalb einerlei vues und consilia führen möchten, welches gewiß eine der schlimmsten und schädlichsten Impressionen hielten, welche von I. Keys. M. jemalen gegeben werden kann und woraus in politicis et ecclesiasticis unzählige Ungelegenheiten und Inconvenientien ohnumbgänglich entspringen müßten. Ihr habt auch gedachtem R.-V.-Kanzler gebührend vorzustellen, daß Wir dannenher umb so viel mehr bestürzet worden, nachdem Wir von Euch berichtet, daß er selbst, von dessen Prudenz, Justiz und Moderation Wir bisher so gute Opinion gehabt, dergleichen redontable Maximen zu führen schiene und sustiniren wollte, daß in kraft derselben Franckreich mit Abschaffung des Edicti Nantensis garnichts Unzulässiges noch Unverantwortliches vorgenommen. Wir wollten verhoffen, daß, wenn ja seine Meinung wäre, daß eine jede Puissance in ihrem Gebiet in Religionssachen nach eigenem Gefallen zu verfahren berechtiget wäre, solches doch billig dergestalt temperirt werden müßte, daß gleichwohl denen pactis et legibus fundamentalibus eines jeden Reichs und Landes dadurch nicht derogiret, sondern dasjenige, was dieselbe mit sich brächten, vor allen Dingen genau und heiliglich observiert werden müßte, nach welchem Fundament die bisherige Religionsverfolgungen in Franckreich nimmermehr justificiret werden könnten, in Holland aber die Römisch-Catholischen mehr zu danken als sich zu beschweren hätten, daß ohngeachtet der bekannten Edictorum die Römisch-Catholische gleichwoll bisher daselbst fast in allen Städten geduldet und nichts mehr verordnet worden, als daß auswertige frembde Münche und Ordensleute sich wegbegeben sollten. Absonderlich aber hätten Wir und andere evangelische Stände im Reich sehr große Ursache zu I. Keys. M. und dero ministris, in specie aber zu ihm, dem R. V. Kanzler, uns zu versehen, daß man aldort am keyserlichen Hofe die potestatem in Imperio circa sacra et religionem weiter nicht als es pacta et

constitutiones Imperii erlitten, extendiren würde, maßen sonsten das Band mutueller Harmonie und Einigkeit, so zwischen denen Evangelischen und Catholischen im Reich so mühsamblich und mit Vergießung so vielen Christenbluts hiebevor gestiftet worden, gänzlich zerfallen und dadurch zu unsäglichem Unheil, wo nicht zu des Reichs gänzlichen und unfehlbaren Untergang, Anlaß gegeben würde, welches aber ein jeder redlicher Patriot billig auf alle Weise und Wege zu präcaviren hätte.

Danckelmann an den Kurfürsten. D. Wien 4. März/23. Februar 1688.

[Günstige Aufnahme des Dankschreibens des Kf. wegen der den Protestanten in Ungarn gewährten Vergünstigungen.]

Der Kaiser hat nach Verlesung des Schreibens des Kf.[1]) wegen des den evangelischen ungarischen Ständen jüngst zu Preßburg wiederum verliehenen exercitii religionis, auch desjenigen, das er dem Hofkanzler übergeben, eine sonderbare Satisfaktion erwiesen, auch erklärt, er werde nicht dulden, daß einer seiner Untertanen in seinem Gewissen gekränkt werde. Der Hofkanzler hat ihm gesagt, daß er aus Respekt gegen Kf. dessen Schreiben nicht beantworte, hat aber versichert, daß er dessen Gnade mit treuen Diensten zu meritieren nicht unterlassen werde. Der Kaiser soll nach Verlesung des Schreibens des Kf. an den Hofkanzler zu einigen ministris gesagt haben, er freue sich, wenn seine ministri sich so komportierten, daß die Puissancen, zu denen er ein gutes Vertrauen trüge, mit ihnen wohl zufrieden wären. 4. März

Danckelmann an den Kurfürsten. D. Wien 18./28. März 1688.

[Unterredung mit Burgomanero über die Cölner Angelegenheit, die Spanien drohende Gefahr und die rückständigen Subsidien.]

Auf den Rat des R.-V.-Kanzlers hat er mit dem spanischen Botschafter[2]) über den jetzigen Zustand der Stadt Cöln[3]) gesprochen und ihn gebeten, sich zu bemühen, daß der Kaiser zur Sicherung derselben die Direktoren des westfälischen Kreises beauftrage, dafür zu sorgen, daß die Stadt mit einer bequemen Garnison, zu der K. Köln, Kf. und der Herzog von Jülich in richtigerer Proportion als bisher beizutragen hätten, versehen und daß die gedrückten treuen Bürger hier gehört und ihre Verfolgung eingestellt werde. Der Kaiser möchte den R.-V.-Kanzler, den Hofkanzler und noch einen dritten mit der Untersuchung der Beschwerden derselben beauftragen. Der jetzige Magistrat bestehe fast ganz aus Kreaturen des Kardinals 28. März

[1]) S. Urk. u. Akt. XIV, S. 1397.

[2]) Burgomanero.

[3]) S. unten Abschn. V. Vgl. Fridags Relation vom 26. März (S. 1401).

von Fürstenberg, es sei notwendig, daß einige treue Glieder hineingebracht würden, was, wenn der frühere Bürgermeister Bilssein unschuldig befunden würde, Kf. diesem für seine ausgestandenen Verfolgungen gern gönnte.

Der Botschafter verwunderte sich über die Inegalität der in die Stadt hineingelegten Mannschaft und wie der hiesige Hof es so hätte dirigieren können, er versprach, mit dem Hofkanzler darüber zu reden, klagte darüber, daß man unter den hiesigen Ministern so wenige finde, die eine balance in der gemeinen Sache einzurichten wüßten, wünschte, daß Kf. den Kaiser anfrischen und ihm heilsame Ratschläge erteilen möchte. Er gab zu verstehen, daß er wie in verschiedenen Sachen so auch in dieser dem R.-V.-Kanzler, den er für einen guten Freund seines Vetters, des Kardinals von Fürstenberg, hielte, nicht recht traute. Er sagte, daß er dem Kaiser zum Frieden mit den Türken riete, ihm graute, wenn er an den jetzigen Stand des gemeinen Wesens denke, sein König wäre schwach, käme derselbe zu fallen und bediente sich Frankreich dieser Gelegenheit, was es gewiß tun werde, so würde die Monarchie auf solchen Fuß gesetzt werden, daß man sie nicht länger disputieren könnte. Wegen Überschickung des Erzherzogs nach Spanien wäre noch nichts vorgewesen, es scheine, als ob es von dem Könige, der noch jung wäre, nicht verlangt werde. Er bezeugte großes Interesse an allem, was des Kf. Dienst betrifft, sagte, daß der Kaiser ihn noch jüngst ermahnt habe, den König an Zahlung der rückständigen Subsidien zu erinnern, er hätte dieses auch getan, er hätte Permission zurückzukehren, wollte aber noch so lange hier bleiben, bis diese Sache wegen der Subsidien und einige andere, die zum gemeinen Besten gereichten, erledigt wären.

Der Kurfürst an den Kaiser. D. Potsdam 20./30. März 1688. (Conc. Meinders.)

[Bedrohliche Machinationen der holländischen Regierung gegen Ostfriesland. Forderung, dagegen einzuschreiten.]

30. März Er hat aus Holland ganz sichere Nachricht erhalten, daß [1]) den kaiserl. Mandaten schnurstracks zuwider der im Haag befindliche ostfriesische Landrentmeister Hartmann nicht nur mit seiner Negotiation wegen des Anlehens fortfährt, sondern auch durch allerhand Machinationen den Staat dahin gebracht hat, eine gewisse, auf Liquidation beruhende Prätension jetzt von neuem rege zu machen, so daß sogar der Rat von Staaten die ostfriesischen Stände mit Exekution bedroht hat, als wenn dieselben der Jurisdiktion und Botmäßigkeit des Staates unterworfen wären. Ferner ist die Provinz Groningen, ohne Zweifel auch auf Anstiften der Fürstl. ostfriesischen Ratgeber, am Werk begriffen, einen großen Kanal aus der Ems durch das Reichsgebiet zum größten Schaden der Stadt Emden anzurichten. Er hat behufs Schlichtung der ostfriesischen Differentien durch den Markgrafen von Baireuth dem jungen Prinzen zureden lassen, sich nach seinem Lande zu verfügen und dort die Regierung anzutreten, aber derselbe scheint nicht dazu zu

[1]) S. Hirsch, a. a. O.

bewegen zu sein, weil er einerseits von seiner Mutter eines besonderen Favors am kaiserl. Hofe versichert wird und man ohne Zweifel hofft, daß andere auswärtige Mächte, wenigstens der Staat, sich in die Sache einmischen und derselben eine andere Gestalt geben werden, wie denn durch das Anlehen und die angerichtete Exekution auf nichts anderes gezielt wird, als dem Staat das arbitrium dieser Sache in die Hand zu spielen und die ostfriesischen Stände ihrer Rechte und Privilegien zu berauben und unter die Diskretion der Fürstin zu bringen.

Er zweifelt nicht, daß der Kaiser dagegen die nötigen Vorkehrungen treffen wird, da aber periculum in mora ist, so bittet er ihn, seinen schon gemachten Deklarationen etwas mehr Nachdruck zu geben, besonders selbst den Staat von dem Anlehen und der Fortsetzung des Kanals zu dehortieren. Er ist versichert, daß die ostfriesischen Stände sich bei dem ganzen Handel räsonnabel bezeigen und besonders dem Staat wegen seiner Forderung praevia liquidatione Befriedigung verschaffen werden; er unterläßt auch nicht, dem Staat bewegliche Remonstrationen zu tun.

Der Kurfürst an den Kaiser. D. Potstam 27. März/6. April 1688. (Conc. P. v. Fuchs.)

[Unzufriedenheit mit dem Verhalten der Hamburger. Die Befestigung von Oldensloe, beruhigende Versicherungen des Königs von Dänemark.]

In Hamburg passieren Dinge, die besser unterblieben, zumal sie der Stadt keinen Vorteil oder Nutzen schaffen, bei dem König von Dänemark aber große Verbitterung verursachen, wie z. B. die Stadt sich geweigert hat, dem Befehl desselben, dem Syndikus Pohlemann seine Bibliothek abfolgen zu lassen, zu gehorchen. Solange der König nichts Tätliches wider die Stadt vornimmt, ist es billig und dient zu Erhaltung des Ruhestandes, daß dieselbe dem König den schuldigen Respekt nicht entziehe und nicht durch unnötige widrige Bezeigung in billigen oder indifferenten Dingen selbst Anlaß zu neuen Verdrießlichkeiten gebe. Solches wird am besten durch nachdrückliche Anmahnungen des Kaisers beschafft werden können. 6. April

Daß sonst der König abermals etwas Widriges gegen die Stadt vorhaben sollte, kann er zwar noch nicht merken, er muß vielmehr aus den starken Versicherungen, welche der König ihm gibt, ein Besseres schließen, zumal da die jetzigen Konjunkturen und weil man in Dänemark mit der Gottorpischen Sache genug zu tun hat, solches nicht anzuraten oder zuzugeben scheinen, auf alle unverhofften Fälle aber wird er zu Konservation eines so importanten Ortes ferner das tun, was er bereits zu verschiedenen Malen mit Hintenansetzung aller anderen Konsiderationen wirklich prästiert hat.

Die vorhabende Befestigung von Oldensloe [1]) scheint freilich von sehr großem Nachdenken zu sein, da der Ort aber unstreitig auf königlich dänischem Territorium liegt, so hat er bisher nichts weiter zu tun vermocht, als unter der Hand

[1]) S. Fridags Relation vom 17. März 1688 (S. 1399).

dem Könige alle diensamen Vorstellungen, die auch dessen eigenes Interesse und Konvenienz betreffen, machen zu lassen, um ihn von diesem Vorhaben zu divertieren, er hat damit aber bisher nur erreicht, daß der König ihm alle Versicherung wegen der Städte Hamburg und Lübeck, die er nur verlangen würde, zugesagt hat, daß nämlich dieser Festungsbau denselben weder jetzt noch künftig einiges Präjudiz oder Schaden geben solle. Er hat daher seinem zu den Altonaschen Traktaten kommittierten Wirkl. Geheimen Rat [1]) Befehl gegeben, solches dem Magistrat beider Städte zu eröffnen, ihre Gedanken und Vorschläge darüber zu vernehmen und daraus mit dem zu Hamburg anwesenden Reichshofrat v. Gödens vertraulich zu kommunizieren. Die Stadt Lübeck gibt ihm wenig Gelegenheit an die Hand, das, was ihre Sicherheit betrifft, zu beobachten, weil sie mit ihm wegen ihres Zustandes gar nicht kommuniziert, und, obwohl er ihr vor einiger Zeit seine Assistenz und Protektion antragen lassen, darauf bisher mit keiner Erklärung bei ihm eingekommen ist.

Der Kurfürst an den Kaiser. D. Potsdam 6./16. April 1688.

[Verdächtige Resolution der Staaten von Holland wegen der Anleihe. Mahnung, dagegen einzuschreiten.]

16. April Aus beifolgender Resolution der Staaten von Holland vom 27. März wird der Kaiser ersehen, daß die Anlehnssache fortgesetzt, damit zum Schluß geeilt und ausdrücklich von seiten des Staats ausbedungen wird, daß jede Provinz die vorgeschossenen Gelder von den partikulieren Kreditoren einlösen und im Fall der Nichtbezahlung die militärische Exekution sowohl in Esens und Witmund als auch in ganz Ostfriesland vornehmen möge, wie denn auch das Geld nicht von partikulieren Leuten, sondern von dem staatischen Tresorier Ellemett ausgezahlt werden soll. Er ersucht den Kaiser, ohne ferneren Aufschub durch seine Autorität es dahin zu bringen, daß diese dem Reich und besonders dem Kaiser so injuriöse Anlehnshandlung abgebrochen werde. Er will nicht hoffen, daß der Kaiser ihn mit so großem Ernst zur Zession der Liechtensteinschen jura hat disponieren wollen, um dieselben in die Hände einer auswärtigen Macht geraten zu lassen; in diesem Fall reserviert er sich und dem Kreise alle Rechte und wird Anstalt treffen, bevor Ostfriesland auf solche Weise in fremde Hände gerät, daß die Rechte seiner Untertanen und Zugewandten gesichert werden, da keine Apparenz vorhanden, daß die Fürstin von den geliehenen Geldern zur Befriedigung der Kreditoren Gebrauch machen, sondern sich durch die dabei dem Staat eingeräumte Macht und schwere Konditionen dazu auf viele Jahre inutil machen wird [2]).

[1]) P. v. Fuchs.

[2]) Kl. übersendet Danckelmann 12./22. April 1688 eine von der Fürstin ausgestellte Obligation, die nur in formalibus von der früher von den Staaten herrührenden verschieden sei und den Generalstaaten auch das Recht der Exekution in ganz Ostfriesland gewähre. Er solle dieses dem Reichshofrat anzeigen und darauf dringen, daß der Kaiser die Fürstin von einem so unverantwortlichen Beginnen abhalte.

III.

Brandenburg und Frankreich.

(1684—1688.)

Einleitung.

Die in diesem Abschnitt veröffentlichten Aktenstücke schließen sich unmittelbar an die in dem dritten Abschnitt des 19. Bandes mitgeteilten an, sie sollen die Ergänzung zu den von Fehling in dem 20. Bande in reicher Fülle veröffentlichten Berichten des französischen Gesandten in Berlin, des Marquis Rébenac, und den an diesen gerichteten Reskripten Ludwigs XIV. aus den Jahren 1684—1688 bilden und zeigen, wie vom brandenburgischen Standpunkt aus betrachtet sich in dieser Zeit die Abwendung des Kurfürsten von dieser Macht, seine Anknüpfungen mit den Gegnern derselben und dann doch das äußerliche Fortbestehen der Allianz mit derselben vollzogen hat. Die Ursachen des damaligen Umschwungs in der Politik des Kurfürsten und der Verlauf seiner Beziehungen zu Frankreich in dieser letzten Zeit seiner Regierung sind neuerdings in den Werken von Pagès[1]) und Waddington[2]) in so unbefangener und lichtvoller Weise dargestellt worden, daß ein nochmaliges Eingehen darauf hier überflüssig erschienen ist, es sollen nur einige Bemerkungen hinzugefügt werden.

Das hier mitgeteilte Aktenmaterial besteht, abgesehen von den zwischen dem Kurfürsten und Ludwig XIV. gewechselten Schreiben, fast ausschließlich aus der Korrespondenz des ersteren mit seinem Gesandten in Paris, Ezechiel v. Spanheim; über die in Berlin mit Rébenac geführten Verhandlungen haben sich im Berliner Geheimen Staatsarchiv nur sehr wenige Aufzeichnungen vorgefunden. Spanheim hat[3]), nachdem der Abschluß des zwanzigjährigen Waffenstillstandes zwischen Frankreich und dem Reiche im August 1684 erfolgt war, einen längeren Urlaub angetreten, von dem er erst Anfang Januar 1685 nach Paris zurückgekehrt ist. Seitdem hat er, abgesehen von seiner kurzen Sendung nach England[4]) (Anfang April bis Ende Mai 1685), einer Badereise nach Spaa (Ende Juli

[1]) Pagès, Le Grand Électeur et Louis XIV, 1660—1688, S. 530 ff.

[2]) Waddington, Le Grand Électeur Frédéric Guillaume de Brandebourg. Sa politique extérieure 1640—1688, II. S. 531 ff.

[3]) S. Spanheims Relation de la cour de France ed. Bourgeois, S. 21 f.

[4]) S. unten Abschn. IV.

1686), von wo aus er dann sich zu dem damals nach dem Clevischen gekommenen Kurfürsten begeben hat und Mitte September nach Paris zurückgekehrt ist, und einer neuen Badereise nach Aachen im September 1687, unausgesetzt am Pariser Hofe aufgehalten und hier mit demselben Eifer und derselben Geschicklichkeit wie früher die ihm von dem Kurfürsten erteilten Aufträge ausgerichtet. Die angesehene Stellung, die er am französischen Hofe und in der französischen Gesellschaft einnahm, und die guten persönlichen Beziehungen, die er zu den beiden rivalisierenden Ministern Colbert-Croissy und Louvois unterhielt, haben ihn besonders dazu geeignet gemacht, zu bewirken, daß trotz aller Gegensätze der brandenburgischen und der französischen Politik wenigstens der Schein des Fortbestehens freundlicher Beziehungen zwischen beiden Mächten bis zum Tode des Kurfürsten gewahrt worden ist. Seine sämtlich französisch abgefaßten Berichte aus dieser Zeit sind ebenso umfangreich, ausführlich und weitschweifig wie früher, es haben hier nur sehr gedrängte Auszüge aus ihnen mitgeteilt werden können.

Zu den Ursachen, welche den Kurfürsten seit 1685 zur Abwendung von Frankreich bewogen haben, gehört auch ein bisher wenig beachteter Umstand, nämlich der, daß er damals weniger als früher der französischen Subsidien bedurft hat. Als er im August 1679 sich schweren Herzens zum Abschluß der Allianz mit Frankreich entschloß, war[1]) ein Hauptgrund dazu der, daß er, um bei dem erschöpften Zustande seiner Lande seine Armee erhalten zu können, französische Subsidien nötig hatte. Jetzt hatten sich die Verhältnisse auch in dieser Beziehung wesentlich gebessert, die festen Staatseinkünfte waren[2]) bis auf rund 3 300 000 Taler jährlich gestiegen, auch der Kaiser hatte sich in dem Bündnisvertrage vom 22. März 1686 zur Zahlung von Subsidien (100 000 Gulden in Friedens-, 100 000 Taler in Kriegszeiten) verpflichtet. Als[3]) im Geheimen Rat im Oktober 1685 die Frage erörtert wurde, ob der Kurfürst sich zur Ausstellung der von Ludwig XIV. verlangten demütigenden Deklaration verstehen sollte oder nicht, und die Anhänger der französischen Partei darauf hinwiesen, daß in letzterem Falle die französischen Subsidien fortfallen würden, hat der damals mit der Verwaltung der Hofkammer betraute Geheime Rat v. Knyphausen sich erboten, eine mindestens ebenso hohe Steigerung der Einnahmen aus der Domänenverwaltung zu erzielen. Die französischen Subsidien, unregelmäßig und unpünktlich bezahlt, von dem Kurfürsten als Recht in Anspruch

[1]) S. das Schreiben des Kf. an O. v. Schwerin vom 11. August 1679 (Urk. u. Akt. XIX, S. 357).

[2]) S. Schmoller, Umrisse und Untersuchungen, S. 141.

[3]) S. den Bericht Fridags vom 22. Oktober 1685 (Urk. u. Akt. XIV 2, S. 1193).

genommen, von Ludwig XIV. als Gnade angesehen, die er je nach dem Verhalten desselben gewähren oder versagen könnte, sind ihm geradezu lästig geworden, er hat schließlich erklärt [1]), er würde es für einen „Flecken auf seiner Gloire und Großmütigkeit" ansehen, wenn er um der Subsidien willen sich seinen Pflichten gegen das Reich entziehen und die Freiheit seiner Entschlüsse dadurch sollte beschränken lassen.

Es wäre ungerecht zu behaupten, wie dieses früher von französischer Seite geschehen ist, daß der Kurfürst treulos gegen Frankreich gehandelt habe. Bis 1684 ist er den Verpflichtungen, die er in den Allianzverträgen mit dieser Macht übernommen hat, durchaus nachgekommen und er hat durch seine derselben geleisteten Dienste die ihm gezahlten Gelder reichlich vergolten. Wenn er auch nachher immer versichert hat, an der Allianz festhalten zu wollen, obwohl seine offenen und geheimen Schritte im Widerspruch dazu standen, so hat er doch immer dabei angedeutet, daß Frankreich ihm die weitere Erfüllung seiner Verpflichtungen durch sein Verhalten gegen ihn und gegen das Reich möglich machen müsse. Über seine wahre Gesinnung hat er Ludwig XIV. ebensowenig wie dieser ihn in Zweifel gelassen. Über die Hinfälligkeit und Rechtswidrigkeit der von Frankreich in dem pfälzischen Erbfolgestreite erhobenen territorialen Ansprüche, über die Verwerflichkeit der Verfolgung der Hugenotten und der Verletzungen des Waffenstillstandes hat Ludwig XIV. kaum von jemand anders so derbe Wahrheiten zu hören bekommen wie die waren, die er ihm, zum Teil unter dem Schein freundschaftlicher Warnungen, gesagt hat. Wenn er trotzdem sich gehütet hat, es seinerseits zum vollständigen Bruche kommen zu lassen, so hat ihn dazu nicht nur die Überzeugung von der Unzulänglichkeit der den Gegnern Frankreichs zu Gebote stehenden Mittel, solange der Kaiser durch den Türkenkrieg abgezogen und England nicht gewonnen sei, veranlaßt, sondern auch das Mißtrauen gegen seine neuen Bundesgenossen. Wenn er auch von dem perfiden Abkommen des Kaisers mit seinem Sohne in betreff der Rückgabe von Schwiebus keine Ahnung gehabt hat, so hat doch dessen Verhalten in der Liechtensteinschen Schuldsache und überhaupt in den ostfriesischen Händeln seinen Argwohn und seinen Mißmut erregt und ebenso hat das Gegenwirken der niederländischen Regierung gegen die Verwirklichung seiner Flotten- und Kolonialpläne und seine damit im Zusammenhang stehende Festsetzung in Ostfriesland in ihm sehr begründete Zweifel an der Ehrlichkeit ihrer Freundschaftsbezeugungen erregt. Von den auf diese ostfriesische und auf die pfälzische Angelegenheit bezüglichen Aktenstücken haben auch in diesem Abschnitt nur die allerwichtigsten mitgeteilt werden können, meist ist auf die ausführlichen Dar-

[1]) S. unten das Schreiben des Kf. an Spanheim vom 24. März 1687.

stellungen derselben, welche der Herausgeber an anderer Stelle [1]) veröffentlicht hat, verwiesen worden.

Instruction, wornach sich unser — Würcklicher Geheimbter Rath und Envoyé extraordinaire in Franckreich Ezechiel von Spanheim unterthänigst zu achten. D. Potsdam 20./[30.] December 1684.

[In Celle, Hannover und Brüssel zu verrichtende Aufträge. Versicherung des Festhaltens des Kf. an der Allianz mit Frankreich, Verlangen, daß der König seine verschiedenen Prätensionen unterstützen solle. Sein Verhältnis zu Schweden und Dänemark. Unterstützung K. Pfalzs. Dem Bischof von Straßburg zu machende Eröffnungen.]

30. Dez. Er hat seine Reise über Celle und Hannover anzustellen, die dortigen Herzöge der Freundschaft des Kf. zu versichern, sich zu erkundigen, in welchen terminis die mit dem kaiserlichen Hofe seit einiger Zeit wegen Schickung von Truppen gegen die Türken gepflogenen Traktaten [2]) stehen, und womöglich Kommunikation des Traktats zu erwirken. Er soll ferner sich erkundigen, ob Herzog Ernst August noch bei der während seiner letzten Anwesenheit hier auch gegen Rébenac [3]) bekundeten Absicht, mit Frankreich eine nähere Intelligenz zu stabilieren, beharre und wie derselbe wünsche, daß Kf. sich dabei betragen solle. Dabei hat er auch nochmals die Beförderung eines besseren Vernehmens und näherer Intelligenz mit dem Könige von Dänemark zu rekommendieren, besonders auch, um in der Holstein-Gottorfischen Sache gute Dienste leisten zu können.

Die Weiterreise hat er über Brüssel zu nehmen, dort bei dem Marquis de Grana ein Kompliment abzulegen und demselben des Kf. practensiones wegen der restierenden spanischen Subsidien zu rekommendieren.

Bei seiner Ankunft am französischen Hofe hat er dem König in einer partikularen Audienz das ihm mitgegebene Schreiben des Kf. zu übergeben und denselben dessen beständiger und aufrichtiger Dienstfertigkeit und Affektion zu versichern. Er hat seine Negotiation nach seiner vorigen Instruktion und den an ihn ergangenen Reskripten zu richten, doch dabei besonders folgende Punkte zu beobachten:

1. Rechtzeitige Zahlung der Subsidien und sichere Übermachung derselben.
2. Er hat den König und die Minister zu versichern, daß Kf. bei der bisher von ihm gehaltenen Konduite verharren, über dem Waffenstillstand festiglich halten, dessen Exekution befördern und auch sonst der Allianz mit dem Könige in allen Punkten nachleben werde.

[1]) S. Hirsch, Brandenburg und Ostfriesland 1681—1688 (Aurich 1914) u. Der Große Kurfürst u. der pfälzische Erbfolgestreit 1685—1688 (Forschungen XXVII, S. 55 ff.).

[2]) S. Klopp, Der Fall des Hauses Stuart II, S. 394, v. Heinemann, Geschichte von Braunschweig und Hannover III, S. 945 f.

[3]) S. Rébenacs Bericht vom 16. Dezember 1684 (Urk. u. Akt. XX, S. 970 f.).

3. Er hat ihnen vorzustellen, daß Kf. jetzt, nachdem der Friede überall wiederhergestellt sei, sich verbunden fühle, auf seine bisher hintenangesetzten Partikularinteressen näher zu reflektieren und das, was er seines Hauses wegen hin und wieder zu prätendieren habe, mit behörigem Nachdruck und mehrerer Sorgfalt zu urgieren. Es sind dieses:

1. die vom Reiche prätendierte Satisfaktion;
2. seine Prätension an den Kaiser wegen Jägerndorf;
3. wegen der drei Fürstentümer;
4. wegen der Herrschaft Beuthen;
5. seine Prätensionen an den Kaiser und den König von Spanien conjunctim wegen der aus dem Traktat von 1674 restierenden Subsidien;
6. seine Prätension an den Staat der Vereinigten Niederlande wegen ebensolcher Subsidien und anderer Punkte;
7. auch wegen des an der afrikanischen Küste ihm weggenommenen Schiffes „Das Wappen von Brandenburg“;
8. seine Prätensionen wider die Krone Polen ex pactis Bydgostiensibus;
9. wegen der im Olivaer Frieden konfirmierten Croyschen Schuldforderung;
10. seine Prätension auf die vier zu seinem Herzogtum Magdeburg gehörig gewesenen sächsischen Ämter.

Kf. gedenke diese Prätensionen jetzt an ein und anderem Orte vorstellen und Satisfaktion deswegen begehren zu lassen, und ersuche den König, ihm dabei durch seine ministros zu sekundieren.

4. Hat er dem König und den Ministern des Kf. Kommerzien und Marine zu rekommendieren, besonders sich die Beförderung des Salzhandels angelegen sein zu lassen.

5. Schweden anbetreffend, so hat zwar der schwedische Gesandte v. Grafenthal ihn der Intention seines Königs, mit ihm in guter Freundschaft und Nachbarschaft zu leben, versichert, bei den Konferenzen[1]) aber haben die Kommissare allerhand unnötige Disputen auf die Bahn gebracht. Er hat daher diese Konferenzen aufgehoben, erklärt, daß er sich bei der Possession seiner Rechte omnibus licitis modis erhalten wolle, und er versieht sich auf allen Turbationsfall der Garantie und Assistenz des Königs.

6. In der Gottorschen Sache[2]) hat er dem Könige von Dänemark vorstellen lassen, daß die beste Sicherheit für ihn und seine Posterität durch einen gütlichen raisonnablen Vergleich mit dem Herzoge bewirkt werden könne. Sp. soll dahin wirken, daß auch der König von Frankreich denselben ebendazu ermahne, doch soll er diesen Punkt, um nicht bei Dänemark Ombrage zu erregen, vorsichtig und nur, wenn ihm Anlaß dazu gegeben wird, berühren.

7. Er soll K. Pfalz in der Germersheimschen und anderen Angelegenheiten gute Dienste leisten und sich darüber von dem dorthin geschickten pfälzischen Minister, dem Obermarschall Stein Callenfels, näher informieren lassen.

8. Mit dem Bischof von Straßburg, der sich binnen kurzem an den fran-

[1]) S. Pufendorf l. XVIII § 136 (S. 1513 f.).
[2]) S. Pufendorf l. XIX § 62 (S. 1584 ff.).

zösischen Hof begeben wird, soll er zwar vertraulich, jedoch mit behöriger Dexterität aus den die deutschen Interessen konzernierendenAngelegenheiten kommunizieren und ihn bei allen Gelegenheiten erinnern, daß Kf. von seiner Konduite nichts anderes sich promittiere, als was dem deutschen Interesse und dem Wohle des Vaterlandes gemäß wäre [1]).

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Zell 1./11. Januar 1685.

[Mitteilungen des Herzogs über das Verhältnis zu Frankreich und Dänemark.]

11. Jan. Er ist vorgestern abend hier angekommen und hat gestern bei dem Herzog Audienz gehabt. Als er seine Rückkehr nach Frankreich erwähnte und fragte, ob derselbe für ihn Aufträge dorthin hätte, versicherte der Herzog, daß er und das ganze Haus Braunschweig den aufrichtigen Wunsch hegten, mit Frankreich in ein besseres Verhältnis zu treten, daß sie dazu vollständig freie Hand hätten, daß der Herzog von Hannover sich darüber schon gegen Kf. und Rébenac[2]) näher erklärt hätte, daß die Anerbietungen aber, die sie deswegen in Frankreich gemacht hätten, nicht sehr gut aufgenommen worden wären. Er berührte auch den Vertrag mit dem Kaiser wegen der Türkenhilfe und sagte, man hätte in Frankreich keinen Grund, deswegen argwöhnisch zu sein, und man werde ihn seinen Inhalt sehen lassen, der Vertrag wäre auch noch nicht vollständig geschlossen, da man in Wien die Forderung, daß die Munition den Truppen von dem Kaiser geliefert werden sollte, nicht bewilligen wollte. Er ließ erkennen, daß man ihrerseits kein Bedenken haben werde, die vollständige Garantie des Waffenstillstandes zu übernehmen, falls Frankreich nicht zu neuen Unternehmungen gegen das Reich schritte. Auch in bezug auf die Beziehungen Frankreichs zu anderen Mächten hätte man hier vollständig freie Hand. Er hat alsdann die von Kf. gewünschte Herstellung eines besseren Verständnisses zwischen den Herzögen und dem König von Dänemark zur Sprache gebracht. Der Herzog erklärte, daß sie dazu sehr geneigt seien, das einzige Hindernis sei die holsteinsche Sache, das Fürstl. Haus habe nicht die Absicht, sich darein tätlich zu mischen, aber die Forderung des Königs, daß der Herzog von Gottorf auf Schleswig ausdrücklich verzichten solle, sei hart und unbillig. Der Herzog scheine entschlossen zu sein, lieber alles zu erdulden, als sich Schleswigs berauben zu lassen, und sie könnten ihn dazu nicht zwingen. Auf seine Vorstellungen, daß man in Dänemark geneigt zu sein scheine, auf das vorgebrachte Vergleichsprojekt einzugehen, und daß es sich darum handle, auch den Herzog dazu zu bewegen, erwiderten der Herzog und nachher auch Bernstorff, mit dem er darüber sprach, die Hartnäckigkeit des Herzogs von Gottorf sei allerdings sehr bedauerlich, man sei ihrerseits bereit, auch ferner sich zu bemühen, ihn davon abzubringen, aber zwingen könne man ihn nicht und ebensowenig könne man auf die dänische Forderung, daß man auf jede Einmischung in diese Frage verzichten solle,

[1]) Die Kreditive für Sp. an die Herzöge von Celle und Hannover sind Potsdam 18./[28.] Dezember 1684 ausgestellt.

[2]) S. oben S. 244.

eingehen. Er hat darauf vorgestellt, daß, wenn das Fürstl. Haus seine Bemühungen bei dem Herzoge verdoppeln und sich Dänemark gegenüber erbieten würde, mit Kf. gemeinschaftlich zu handeln, Dänemark sich damit zufrieden geben und auch der Herzog eher zur Nachgiebigkeit werde gebracht werden können. Bernstorff erklärte schließlich, daß das Fürstl. Haus, ausgenommen jenen von ihm verlangten Verzicht, sich zu allem verstehen werde, was gewünscht werden könnte, um mit Dänemark ein vollständiges Einvernehmen wiederherzustellen, und um den Herzog zu einem Vergleich zu bewegen. B. hat ihm auch den Vertrag mit dem Kaiser wegen der Türkenhilfe gezeigt und versprochen, daß man denselben durch Oberg auch dem Kf. mitteilen werde. In ihm ist die Hilfe nur auf Beistand gegen den Türken und auch zeitlich bis zu Ende Oktober beschränkt, falls nicht eine Verlängerung vereinbart werden sollte.

Er gedenkt sich heute abend hier zu verabschieden und nach Hannover weiterzureisen.

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Hannover 5./15. Januar 1685.

[Mitteilungen des Herzogs über das Verhältnis zu Dänemark und Frankreich und über den Vertrag mit dem Kaiser.]

Er ist am Abend des 2./12. hier angelangt und hat am folgenden Tage bei 15. Jan.
dem Herzog Audienz gehabt. Derselbe erwiderte auf seine Vorstellungen in betreff der Verständigung mit Dänemark ebendasselbe, was man ihm in Celle geantwortet hatte, daß die Forderung der Nichtbeteiligung an der holsteinischen Sache das einzige Hindernis bilde. Doch hat der Präsident Grote ihn nachher gefragt, ob Kf. der Meinung sei, daß der Herzog wirklich des ganzen Schleswigs beraubt werden solle und ob eine solche Vergrößerung der Macht des Königs von Dänemark im Interesse der Nachbarn liege. Er hat darauf erwidert, man müsse sich um das Zustandekommen eines Vergleiches bemühen, und dieses würde in Kopenhagen leichter zu erreichen sein, wenn man dort erkennen werde, daß die Herzöge sich wirklich bemühten, den Herzog von Holstein zum Eingehen auf einen solchen zu bewegen, und wenn sie versicherten, sich nicht tätlich in die Sache einmischen zu wollen. Man scheint hier nicht gratis eine solche Machterweiterung des Königs von Dänemark zugeben zu wollen, sondern ein Äquivalent zu verlangen, ebenso wie in dem früheren Projekt, in dem die Aktion gegen Schweden die Grundlage bildete, und sich nicht zu dem ausdrücklichen Verzicht verpflichten zu wollen.

Die französische Angelegenheit betreffend, versicherte der Herzog, er sei derselben Meinung wie er sie gegen Rébenac geäußert habe, und er hätte vollständige Freiheit, demgemäß zu handeln; er überlasse die Sache ganz dem Kf. und den Eröffnungen, welche er (Sp.) in Frankreich machen würde. Er hat ihn dann in betreff der Bedingungen sondiert, und Grote hat ihm ganz offenherzig erklärt, daß man bereit sei, auf die französischen Bedingungen einzugehen, aber erwarte, mit einer Geldsumme unterstützt zu werden, die Subsidien oder Douceur genannt werden könnte. Er hat darauf geraten, es nicht wieder so zu machen

wie bei den Eröffnungen durch Ballati, sondern erst die anderen Vorteile zu berücksichtigen, die man beiderseits haben würde. Grote hat ihm mitgeteilt, daß der Herzog zufrieden sein würde, wenn ihm von französischer Seite die dem verstorbenen Herzoge rückständigen Gelder gezahlt würden. Schließlich hat man zu verstehen gegeben, daß man bereit sei, mit Frankreich auf dieselben Vorteile und Verpflichtungen hin zu schließen, wie Kf. und der König von Dänemark. Der Herzog und Grote haben ihm versichert, daß man sich hier zum Gesetz gemacht habe, sich in allen Dingen den Ansichten und dem Verhalten des Kf. zu konformieren.

Man hat ihm auch hier Mitteilung von dem Stande der Verhandlungen mit dem Kaiser und dem Inhalt des Traktates mit demselben gemacht. Nachdem fast gleichzeitig ein Kurier aus Wien und ein solcher aus Venedig mit der Ratifikation des mit dieser Republik abgeschlossenen Traktats angekommen sind, gedenkt der Herzog Donnerstag, den 8., nach Venedig abzureisen; derselbe hat ihm aber versichert, daß durch seine Abwesenheit die Verhandlungen mit Frankreich und Dänemark nicht gestört werden sollten, da er hier die nötigen Ordres und Vollmachten zurücklassen werde, und Grote hat ihn gebeten, entweder ihm oder dem Herzog von Zeit zu Zeit Nachricht darüber zukommen zu lassen.

Der Kurfürst an v. Spanheim. D. Potstam 24. Januar / [3. Februar] 1685. (Von Fuchs' Hand.)

[Vorschläge in betreff der Verhandlungen mit dem braunschweigischen Hause.]

3. Febr. Der Herzog von Hannover hat sich in der Antwort auf sein letztes Schreiben so wegen der zwischen Frankreich, Dänemark, Kf. und dem Hause Lüneburg veranlaßten Traktaten erklärt, daß er an einem glücklichen Sukzeß fast nicht mehr zweifelt, wenn nur sofort zu den Traktaten geschritten wird. Da er hofft, daß der König von Frankreich sich gefallen lassen wird, daß diese Negotiation am Hofe des Kf. geführt werde, so soll Sp. dieses Croissy anzeigen und dabei ansuchen, daß der König Rébenac auf folgende zwei Punkte vollkommen instruiere: 1. auf die conditiones des Vertrags zwischen Frankreich und Lüneburg; 2. auf das Konzert, um Schweden vom deutschen Boden abzubringen. Wenn Croissy anführen sollte, erst müßte der erste Punkt völlig erledigt sein, so hat er zu erwidern, daß das Haus Lüneburg, wenn es sich von seinem bisherigen Engagement mit Österreich abtun und mit Frankreich alliieren sollte, zugleich auch versichert sein wollte, daß es bei Frankreich einen appuy bei Konquestierung des Herzogtums Bremen zu erwarten habe, allenfalls könnte die Gültigkeit des einen Punktes von dem anderen konditionieren. Er hat alle ersinnlichen Motive anzuführen, damit Rébenac zugleich auf beide Punkte instruiert werde, da sonst weder aus dem einen noch aus dem anderen etwas werden dürfte, besonders hat er darauf hinzuweisen, daß Frankreich dadurch alle drei Mächte sich beständig verbinden würde, indem sie den ruhigen Besitz und die Sicherheit der Konquesten in dessen appuy suchen und finden müßten.

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 16./6. Februar 1685.

[Audienz beim König. Günstige Erklärungen desselben und Croissy's. Mißbilligung eines tätlichen Vorgehens gegen Schweden, abwartende Haltung den braunschweigischen Herzögen gegenüber. Wunsch einer gütlichen Beilegung des Gottorper Streites.]

Er hat [1]) am 3./13. in Versailles Audienz beim Könige gehabt und dem- 6. Febr.
selben die in seiner Instruktion angeführten Punkte vorgetragen. Der König empfing ihn sehr freundlich und erwiderte auf seinen Vortrag, er sei überzeugt von der guten Gesinnung des Kf. gegen ihn nach all den Beweisen davon, welche derselbe gegeben hätte, er seinerseits werde dem immer mit Freuden entsprechen und er wünschte es auch in den Punkten, welche er angeführt hätte, zu bezeugen. Es gebe freilich Orte, wo er keinen Kredit hätte, er werde aber immer geneigt sein, darüber nähere Informationen, welche Sp. bei Gelegenheit Croissy geben könnte, zu empfangen. Sp. solle dem Kf. versichern, daß er immer auf dessen Interessen besondere Rücksicht nehmen werde. Er hat darauf mit Croissy gesprochen, die Prätensionen des Kf. gegenüber dem Reiche, dem Kaiser, Spanien, Polen u. a. erwähnt und nähere Informationen darüber in Aussicht gestellt, besonders des Abbruchs der Konferenzen mit Schweden [2]) in Pommern gedacht und des Vertrauens des Kf., in dieser so gerechten Sache von dem Könige unterstützt zu werden. Croissy versicherte im allgemeinen, daß der König bei allen Gelegenheiten bereit sei, nach Möglichkeit die Interessen des Kf. zu befördern, und bemerkte, der König werde in dieser Angelegenheit mit Schweden gute Dienste anwenden und die Sache gütlich beizulegen sich bemühen können. Er hat ihm darauf die Härte der Schweden und die geringe Aussicht auf ein gütliches Nachgeben ihrerseits vorgestellt und angekündigt, daß er ihm detailliertere Informationen über diese Sache geben werde, sobald er von Berlin her eine darüber abgefaßte Schrift erhalten hätte, er hat aber zur Genüge erkannt, daß man hier unter den jetzigen Umständen durchaus nicht geneigt ist, ein tätliches Vorgehen gegen Schweden zu raten oder zu unterstützen, sondern vielmehr ein solches zu verhüten. Er hat darauf mit Cr. über die lüneburgische Angelegenheit gesprochen, darauf hingewiesen, daß nach den Erklärungen, welche die Herzöge Rébenac gegenüber gemacht hätten, man ans Werk schreiten könnte, um unter Mitwirkung des Kf. mit ihnen zum Abschluß einer Allianz zu kommen, und er hat, da er gemerkt hat, daß man um der Subsidien wegen hier weniger Eifer in dieser Angelegenheit zeigt, angedeutet, man hätte ihm in Hannover zu verstehen gegeben, daß der Herzog einige Satisfaktion in betreff der dem verstorbenen Herzoge noch von Frankreich rückständigen Gelder erwarte. Es scheint, daß man hier wirklich eine solche neue Allianz mit dem lüneburgischen Hause wünscht, schon um die mit Kf. und Dänemark zu befestigen, daß man aber nicht allzu großen Eifer zeigen und nicht die ersten Schritte tun will, einerseits damit nicht die Subsidienforderungen erhöht werden, andererseits um nicht Anerbietungen zu machen, die keinen Erfolg haben und vielleicht nur von dem lüne-

[1]) Sp. war am 7. Februar in Paris eingetroffen und hatte am 10. eine erste Unterredung mit Croissy in Versailles gehabt.

[2]) S. oben S. 245.

burgischen Hause mißbraucht werden könnten. Er hat mit Cr. auch über den Stand des Einverständnisses zwischen Dänemark und dem Hause Lüneburg gesprochen und ihm mitgeteilt, was man ihm darüber in Celle und Hannover gesagt. Dabei hat er erkannt, daß man hier eine gütliche Erledigung der Gottorfschen Angelegenheit sehr wünscht. Cr. erklärte von selbst, der König von Dänemark sollte sich mit der Souveränität über Schleswig begnügen und dem Herzoge den Besitz desselben lassen.

Auch Meyercrohn hat ihm von den unüberwindlichen Schwierigkeiten berichtet, welche er hier, betreffend das Unternehmen gegen Schweden, finde. Croissy habe ihm gesagt, wenn ein neuer Krieg in Europa ausbrechen sollte, dann würde es für den König von Dänemark und für Kf. Zeit sein, Eroberungen gegen Schweden zu machen, aber nicht jetzt.

---

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 27. Februar / 9. März 1685.

[Croissy's Mitteilungen über die Trierer und Hamburger Angelegenheit, das Verhältnis Frankreichs zu Polen und die Verhandlungen mit dem braunschweigischen Hause.]

9. März Er hat am 24. Febr./6. März Croissy die Trierer Angelegenheit[1]) vorgestellt. Cr. behauptet[2]), es sei ein Mißverständnis, die Einnehmer hätten eigenmächtig ohne Befehl solche Forderungen erhoben, es werde keine Folgen haben. Er hat ihm aber doch die besonderen Gründe vorgehalten, welche Kf. dazu verpflichteten, sich zugunsten K. Triers darum zu interessieren.

In betreff der Streitigkeiten zwischen dem Herzog von Celle und Hamburg[3]) haben, wie Cr. ihm versichert hat, die dortigen französischen Gesandten Befehl erhalten, die Bemühungen des Kf. um eine Verständigung zu unterstützen.

Er hat auch mit Cr. über die polnischen Angelegenheiten gesprochen, ihm mitgeteilt, daß Kf. um des Reichstages willen einen Gesandten nach Polen zu schicken beabsichtige, und angefragt, wie der dortige Hof zu Frankreich stehe, ob die Gerüchte von der Wiederherstellung des guten Einverständnisses zwischen beiden Höfen richtig seien. Cr. erwiderte, Bethune hätte von dort gemeldet, daß der König und die Königin geneigt dazu seien, es sei von dort die Abschickung eines außerordentlichen Gesandten angekündigt worden und es seien Briefe des Königs und der Königin an den hiesigen König angekommen, welche dieser angenommen und beantwortet hätte, man wartete hier auf das Erscheinen des Gesandten und auf dessen Propositionen, dann sollten Beschlüsse über die Sendung eines französischen Gesandten nach Polen gefaßt werden. Es scheint wirklich so zu stehen, wie Morstein ihm gesagt hat, nämlich daß man sich bisher beiderseits nur Komplimente gemacht hat und daß man hier Ehren halber abwartet, daß zunächst von Polen her eine Gesandtschaft geschickt werde.

[1]) S. den Bericht Rébenacs vom 20. Februar 1684 (S. 990) und unten Abschn. V.
[2]) S. das Schreiben Ludwigs XIV. an Rébenac vom 8. März 1685 (S. 993).
[3]) S. Gallois, Geschichte der Stadt Hamburg II S. 1 ff.

PS. Cr. hat ihm auch versichert, daß Rébenac Befehl erhalten habe [1]), mit dem braunschweigischen Hause im Verein mit Dänemark und Kf. zu unterhandeln, besonders auch in betreff des Konzertes gegen Schweden, er solle in quaestione an die Hand bieten und dann solle über die Maßregeln beraten werden, wie man dasselbe unbeschadet des Waffenstillstandes zwischen Frankreich und dem Reiche zur Ausführung bringen könne. Diese Erklärungen sind noch nicht so präzis oder de praesenti wie zu wünschen wäre, aber sie gehen doch über seine und Meiercrohns bisherige Erwartungen hinaus. Er hat sich auch mehr und mehr überzeugt, daß diese Unterhandlungen in seinen und Rébenacs Händen bleiben werden, obwohl der französische Gesandte bei dem braunschweigischen Hause [2]) versucht hat, sie an sich zu ziehen.

Der Kurfürst an v. Spanheim. D. Potsdam 27. Februar/[9. März] 1685. (Conc. Meinders.)

[Das Dessein gegen Schweden. Mahnung zu genauer Erfüllung der Bestimmungen des Waffenstillstandes. Der zu erwartende baldige Tod des Königs von Spanien und dessen etwaige Folgen.]

Er soll sich weiter um Stiftung eines näheren Einverständnisses zwischen 9. März
Frankreich und dem braunschweigischen Hause bemühen. Das Dessein wider Schweden anbetreffend, hat ihn in etwas surpreniert, daß der dänische Gesandte deswegen noch nicht so, wie er vermutet hätte, instruiert ist. Er wird um desto mehr deshalb mit dem König von Dänemark korrespondieren. Sp. soll, so oft er eine günstige Gelegenheit dazu bemerkt, sich derselben zur Erreichung des von Kf. beabsichtigten Zweckes bedienen, vor allen Dingen aber verhüten, daß nicht zwischen Frankreich und Schweden etwas geschlossen werde, das diesem Dessein über kurz oder lang hinderlich fallen könnte.

In der Churpfälzischen Sache [3]) soll er mit seinen Bemühungen fortfahren, dabei remonstrieren, daß von verschiedenen anderen Ständen, deren Lande in dem jüngsten Waffenstillstand dem König auf gewisse Maße eingeräumt sind, vielfältige Klagen über Eingriffe der französischen Bedienten und über Bedrückungen in dem Religionswesen geführt werden, darauf hinweisen, welche schädliche Folgen dieses haben und wie sehr die evangelischen Stände dadurch von Frankreich abalieniert werden dürften, und den König ersuchen, auch in diesem Punkte die Bestimmungen des Waffenstillstands genau zu beobachten.

PS. Bevor er die ihm anbefohlene Reise nach England [4]) antritt, soll er auch auf Zahlung des verflossenen rückständigen Termins der Subsidien dringen.

Er hat aus seiner letzten Relation ersehen, daß der Gesundheitszustand des

[1]) S. das Schreiben Ludwigs XIV. an Rébenac vom 8. Februar 1685 (S. 989).

[2]) Marquis d'Arcy s. Ludwigs XIV. Schreiben an Rébenac vom 1. März 1685 (S. 991).

[3]) S. unten Abschn. V.

[4]) S. unten Abschn. IV.

Königs von Spanien ein sehr schlechter sein soll. Da er auf den etwaigen Tod desselben sonderbare Reflexion zu machen hat, so soll Sp. zu penetrieren suchen, was man dort für Gedanken davon führt, besonders von den spanischen Niederlanden, an deren Konservation und Maintenierung der einmal gemachten Barriere ihm und dem gemeinen Wesen so hoch gelegen ist. Da auch England dabei so hoch interessiert ist, so soll er bei seiner dortigen Ankunft des Königs Gedanken darüber und was für mesures deswegen zu nehmen sein möchten, aufs genaueste erkunden.

Der Kurfürst an v. Spanheim. D. Potstam 15./5. März 1685. (Conc. Meinders.)

[Geringe Aussichten für das Zustandekommen des Konzertes gegen Schweden, seine Bedenken gegen dasselbe.]

15. März Er will zwar die Allianz zwischen Frankreich und dem Hause Lüneburg befördern, doch ist sonst leicht zu erachten und gibt auch dieses Haus selbst genug zu erkennen, daß das Interesse, welches er bei den mecklenburgischen und hamburgischen Sachen hat und nimmt, mit der Intention und den Maximen desselben nicht gar zu wohl übereinkommt, was er aber nicht ändern kann.

Betreffend das sekrete Konzert, so glaubt er, daß, so lange Frankreich und Dänemark nicht in besserer Harmonie mit dem lüneburgischen Hause stehen und nicht wenigstens eine sichere Hoffnung zu einer näheren Zusammensetzung mit demselben vorhanden ist, Verhandlungen darüber nicht einen guten, sondern vielmehr einen schädlichen Effekt haben, alles dadurch vor der Zeit eklatieren, die Allüerten dadurch bei den meisten Mächten große Ombrage und Jalousie erwecken, die Gegenpartei sich auch dagegen mit Contreliguen verwahren oder gar bei anscheinender Gelegenheit einen praetextum belli daraus machen möchte. Er hält es daher für besser, mit solcher Handlung nicht zu eilen, sondern zu warten, bis die Sache reifer wird und sich alles zu einem guten Sukzeß besser anläßt.

Und können wir Euch wohl daneben im Vertrauen, jedoch daß solches bei Euch bleibe, entdecken, daß uns fürnehmlich zu dieser Resolution die überaus große und unvermuthete Veränderung in Engelland verursachet, dann weil dadurch das evangelische Wesen einen größeren Stoß bekommt, als es seit der Reformation noch nicht erlitten, so tragen Wir billig Bedenken, etwas zu schließen, wodurch die evangelische Puissancen aneinander gerathen und sich untereinander aufreiben, oder ihnen doch zum wenigsten die Hände würden gebunden werden, an das übrige, was in der Welt passiren möchte, Theil zu nehmen, da denn der Verlust weit größer als der Gewinn sein möchte. Wir zweifeln im übrigen nicht, Ihr werdet diese unsere Resolution wegen Differirung dieser Handlung solchergestalt vorstellen, damit Franckreich darüber keine ombrage oder Nachdenken fasse. —

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 20./30. März 1685.

[Auf das Reskript vom 5./15. März. Ausführung des Befehles des Kf. Bevorstehende Abreise nach England.]

Er hat sich gestern nach Versailles begeben und Croissy zunächst davon 30. März
Mitteilung gemacht, daß die lüneburgischen Minister endlich Instruktionen erhalten hätten, mit Rébenac in Unterhandlung zu treten. er hat ihm zugleich dafür gedankt, daß dieser Vollmacht erhalten soll. sich in ein Konzert über den bewußten Gegenstand einzulassen. aber bemerkt. Kf. erinnere sich der Einwände. welche früher bei den Verhandlungen zu Itzehoe [1]) von lüneburgischer Seite gegen solche Konzerte über entfernte Fälle erhoben worden seien. er glaube, eben dieselben Schwierigkeiten würden auch jetzt hervortreten. zumal die Lüneburger durch die Sendung der Hilfstruppen an den Kaiser und an Venedig sich unfähig gemacht hätten, in diesem Jahre etwas gegen Schweden zu unternehmen, er fürchte daher. die Unterhandlungen über das Bündnis zwischen Frankreich und den Lüneburgern würden dadurch nicht befördert, sondern verzögert werden. und glaube. durch diese Allianz müßte zunächst eine solide Grundlage für die Zukunft gelegt werden. Croissy gab das zu und meinte. es könnte jedenfalls, wenn die Alliierten es wünschten, in den Vertrag ein Artikel eingerückt werden, in dem der König im allgemeinen seine Geneigtheit, bei sich darbietenden Gelegenheiten zum Vorteil seiner Alliierten mitzuwirken, bekundete. Er hat ihm darauf erklärt. Kf. baue darauf. daß der König in dieser günstigen Stimmung gegen seine Bundesgenossen verharren und keine dem entgegengesetzte Verbindung mit Schweden eingehen werde, was Croissy aufs neue versicherte.

Er hofft auf diese Weise den Befehl des Kf. ausgeführt zu haben. ohne dadurch bei Frankreich Ombrage oder Hintergedanken zu erregen und ohne die günstige Stimmung des Königs für die Zukunft zu vermindern.

Er hat sich gestern von dem König verabschiedet und ihm mitgeteilt, daß er Befehl erhalten habe, auf kurze Zeit nach England zur Abstattung der Kondolenz und der Beglückwünschung zu reisen.

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 22. Mai / 1. Juni 1685.

[Mitteilungen Croissy's über die Verhandlungen mit den braunschweigischen Herzögen und den Stand der Dinge in Polen. Ungegründeter Verdacht gegen Kf. wegen Begünstigung des Aufstandes in Schottland. Der Tod von K. Pfalz.]

Nachdem er am Abend des 18./28. Mai von London hierher zurückgekehrt 1. Juni
ist, hat er sich gleich am folgenden Tage nach Versailles begeben. dem Könige seine Aufwartung gemacht und Croissy gesprochen. Derselbe teilte ihm mit, daß die Unterhandlungen mit den braunschweigischen Herzögen [2]) nicht

[1]) S. Urk. u. Akt. XIX, S. 687 f.

[2]) S. den Bericht Rébenacs vom 8. Mai 1685 (S. 1002 f.).

vorgeschritten seien, daß der König aber die Fortsetzung derselben in Berlin im Verein mit seinen Bundesgenossen und unter Vermittlung des Kf. wünsche. In Polen ständen die Dinge noch ebenso wie vorher, die Gesandtschaft des G. Kanzlers hierher sei noch immer ungewiß, und das Haus Österreich biete alles auf, um sie zu hintertreiben, der Palatin von Marienburg[1]) sei gestorben, und gegen Morstein sei ein harter Arrest erlassen, dieser aber habe sich in einer großen Denkschrift zu rechtfertigen gesucht. In betreff der englischen Angelegenheiten hat Cr. ihm mitgeteilt, daß[2]) man hier böswillig das Gerücht verbreitet habe, Kf. habe bei der Ausrüstung der Schiffe in Holland, die nach Schottland gegen die Interessen des Königs bestimmt seien, die Hand im Spiele. Er hat ihm dagegen versichert, am englischen Hofe sei man von einem solchen ungegründeten Verdacht weit entfernt und dem Kf. vielmehr dankbar dafür, daß er dem Herzog von Monmouth und anderen verdächtigen Lords Zuflucht in seinen Landen verweigert habe.

Der Tod des Kf. von der Pfalz[3]) gibt Anlaß zu allerhand Gerüchten und Vermutungen, als wenn Frankreich die Ansprüche der Pfalzgrafen von Veldenz und Birkenfeld gegenüber Pfalz-Neuburg sollte unterstützen oder Ansprüche auf die Güter des Verstorbenen im Namen der Herzogin von Orléans und ihres Sohnes, des Herzogs von Chartres, erheben wollen.

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 29. Mai / 8. Juni 1685.

[Croissy's Mitteilungen über die k.pfälzische Angelegenheit. Gespräche darüber mit dem Herzog und der Herzogin von Orléans und Bonzy. Seine Mitteilung über Fuchs' Sendung nach Holland.]

8. Juni Bei seinem letzten Aufenthalt in Versailles am 5. und 6. Juni hat Croissy den Tod des Kurfürsten von der Pfalz berührt und dabei bemerkt, daß[4]) Pfalz-Neuburg gegenüber, der sich auf die Goldene Bulle und den Vertrag von Münster stütze, der Fürst von Veldenz Ansprüche erhebe, daß aber nach den Bestimmungen im Reiche diese in petitorio bleiben und Pfalz-Neuburg zunächst in den Besitz des Kurfürstentums kommen müßte. Doch hätte auch die Herzogin von Orléans Ansprüche. Seiner Meinung nach, die er dem König in einer Denkschrift vorgetragen hätte, beträfen diese 1. die Hinterlassenschaft ihres verstorbenen Bruders, des Kurfürsten, in barem Gelde, Möbeln, Juwelen und anderen Effekten, welche zunächst seiner Mutter, der Electrice Douairière, und nach deren Tode der Herzogin zuständen, 2. die Pfandschaften, welche nach der Goldenen Bulle dem Kurfürstentum zugefallen wären, darunter die Stadt Oppenheim, 3. alle Allodialgüter und Erwerbungen, welche der Kurfürst nach dem Vertrage von Münster und seiner Wiedereinsetzung in die Pfalz erworben hätte, darunter er das Herzog-

[1]) Ignatius Bąkowski.

[2]) S. unten Abschn. IV.

[3]) Kurfürst Karl von der Pfalz war am 26. Mai kinderlos gestorben, s. Hirsch, Der große Kurfürst und der pfälzische Erbfolgestreit S. 55 ff.

[4]) S. ebendaselbst.

tum Simmern und die Grafschaft Sponheim rechnete, diese könnten der Herzogin nicht entzogen werden unter dem Vorwande, daß es Reichslehen und zwar männliche seien, da es Beispiele in demselben pfälzischen Hause und anderswo gebe (er führte Jülich-Cleve und Oldenburg an), wo Frauen in eröffneten Lehen nachgefolgt wären. Er habe sogar dem König vorgeschlagen, das ganze Kurfürstentum, da es nach dem natürlichen Recht in Ermangelung anderer Erben der Herzogin zustände, in Besitz zu nehmen, aber der König sei anderer Meinung und wolle sich damit begnügen, die gerechten Ansprüche des Herzogs und der Herzogin von Orléans zu unterstützen. Ähnlich hat sich Cr. darüber auch zu anderen, so zu dem dänischen Gesandten ausgesprochen, er fügte hinzu, der König gedenke deswegen nicht den Waffenstillstand zu stören, er wünsche eine gütliche Erledigung der Angelegenheit, aber dieselbe dürfe nicht in Prozesse gezogen werden, deren Ende man nicht absehen könnte und durch welche die Herzogin und ihre Kinder des ihnen Zustehenden beraubt würden.

Wenige Tage vorher war er in St. Cloud gewesen, um dem Herzog und der Herzogin von Orléans zu kondolieren. Letztere war sehr betrübt über den Tod ihres Bruders und beklagte sich über das Verfahren des ersten Ministers desselben, des Grafen Castel, der die Tore von Heidelberg habe zuschließen lassen, die beiden Kurfürstinnen wie Gefangene gehalten und ihr bisher keine Nachricht vom Tode des Kurfürsten gegeben habe, so daß sie nur durch einen Kurier des Grafen Schomberg[1]) denselben erfahren habe. Sie fügte hinzu, der König hätte sich erboten, Sorge dafür zu tragen, daß sie das, was ihr durch diesen Todesfall gebührte, erhielte. Der Kardinal von Bonzy[2]), den er dort traf, sprach auch mit ihm über diese Angelegenheit, über die Nachfolge von Pfalz-Neuburg in dem Kurfürstentum und über das Herzogtum Simmern und Lautern, als davon abgetrennte Stücke. In Versailles hat er den Herzog von Orléans getroffen, derselbe nahm ihn beiseite, sprach mit ihm auch von dem Benehmen Castels, der Sendung Bretons nach[3]) Heidelberg und dem Anerbieten, welches er der verwitweten Kurfürstin hätte machen lassen, nach Frankreich zu kommen und bei der Herzogin zu wohnen. Dann kam er auf die Ansprüche der letzteren zu sprechen, er sagte, er beanspruche nicht, daß diese die öffentliche Ruhe stören sollten, der König hätte sich erboten, die nötigen Informationen darüber anzustellen, und hätte ihm anheimgestellt, desgleichen zu tun. Er hat erfahren, daß die Geschäftsleute des Herzogs schon daran arbeiteten, daß einige von ihnen unter die Möbel auch die Artillerie rechneten und die Ansprüche auch auf das Herzogtum Simmern mit Lautern und der Grafschaft Sponheim ausdehnten.

Er hat Croissy auch mitgeteilt, daß der Geheime Rat Fuchs[4]) im Haag angekommen sei, daß derselbe beauftragt sei, die Interessen des Kf. und des

[1]) S. über dessen Sendung nach Heidelberg Recueil des instructions III. S. 397 ff.

[2]) Pierre de Bonzy, der frühere französische Gesandte in Polen.

[3]) Breton, früher pfälzischer Agent in Paris, damals als Bevollmächtigter der Herzogin von Orléans nach Heidelberg geschickt, s. Immich, Zur Vorgeschichte des Orleansschen Krieges, S. 51 f.

[4]) S. über dessen damalige Sendung nach den Niederlanden oben S. 84 ff.

kurfürstlichen Hauses sowohl in betreff der rückständigen Subsidien als auch der Erbschaft des Prinzen von Oranien wahrzunehmen, daß seine Aufträge nichts enthielten, was irgendwie den Verträgen und Allianzen des Kf. mit dem König widerstreiten könnte, und daß Kf. daher hoffte, man werde ihm das gebührende Vertrauen schenken, was Croissy auch versicherte. Er hat so dem Verdacht vorzubeugen gesucht, den diese Reise Fuchs' hier erregen könnte [1]), ebenso wie es bei der früheren geschehen ist.

Der Kurfürst an v. Spanheim. D. Potsdam 23. Juni / [3. Juli] 1685.

[Auf die Relation vom 5./15. Juni. Die Verhandlungen mit den braunschweigischen Fürsten. Errichtung eines neunten Kurfürstentums. Abweisung der französischen Ansprüche in der k.pfälzischen Angelegenheit.]

3. Juli Er soll Croissy für die vertraulichen Eröffnungen in betreff der Allianzverhandlungen mit dem Hause Lüneburg danken und ihm versichern, daß Kf. sich dessen nur zum Besten der Sache und im Interesse des Königs bedienen werde. Er habe schon mit dem hier anwesenden lüneburgischen Gesandten v. Oberg gesprochen und ihm zu verstehen gegeben, daß, wenn die Subsidien etwa auf 2 000 000 Livres oder endlich auf 80 000 Rtlr. gebracht werden könnten, seiner Meinung nach das Fürstl. Haus sich damit begnügen könnte, um so mehr, da ihm selbst in dem ersten nach dem Frieden mit Frankreich abgeschlossenen Traktat neben den wegen des Kriegsschadens gezahlten 300 000 Livres nur 100 000 jährlich versprochen worden, welche nachher bei den erfolgten Troublen auf 100 000 Rtlr. erhöht worden seien.

Den neuen Elektorat betreffend, so erachtet er es dem ganzen evangelischen Wesen sehr zuträglich, wenn die durch die gegenwärtige pfälzische Veränderung im Churfürstl. Collegio noch mehr vergrößerte Disparität unter Protestanten und Katholiken in etwas redressiert und zu solchem Ende noch ein evangelisches Mitglied diesem Kollegium einverleibt werden könnte. Sp. soll aber diesen Punkt noch ruhen lassen, bis zuförderst die Sache wegen der Allianz zustande gebracht sein wird, weil dieselbe alsdann ohne Zweifel weniger Schwierigkeiten bereiten wird.

Er soll sich ferner bemühen, alle wegen Fuchs' Sendung nach Holland etwa spargierte ungleiche Opinion bestens zu benehmen.

PS. Aus seiner Relation vom 5./15. hat er auch vernommen, was Sp. wegen der Pfälzischen Sukzession erwähnt hat.

Nun zweifeln wir nicht, nachdem aldort kund geworden und von Euch declariret sein wird, wasgestalt des Churfürsten Ld. hochseeligen Andenkens über Ihre Verlassenschaft ein Testament [2]) aufgerichtet und uns dasselbe

[1]) S. die Berichte Rébenacs vom 10. April und 1. Mai 1685 (Urk. u. Akt. XX, S. 998, 1001 f.).

[2]) S. Hirsch, Der Große Kurfürst und der pfälzische Erbfolgestreit (a. a. O. S. 56 ff.).

anvertrauet, daß man wegen der daselbst bis anher ab intestato diesfalls gemachten Praetensionen andere Gedanken fassen und zuvorderst die Eröffnung sothanen Testaments erwarten wird, zumalen es dann nicht allein denen kaiserlichen im Reich üblichen, sondern auch denen französischen und aller Völker Rechten allerdings gemäß, daß, so oft ein Testament vorhanden, keine successio ab intestato, wohin die Namens der Herzogin von Orleans gemachte praetensiones gehören, jemalen prätendiret werden kann. So viel aber das Herzogthumb Simmern anbelanget, da können wir nicht absehen, wie Madame an dasselbe einigen Ansprach mit Fuge zu machen haben könne, weiln, wenn auch gleich dasselbe pro feudo promiscuo gehalten werden könnte, gleichwol denen allgemeinen Reichsrechten und der kündlichen Observanz nach keine heredes sexus foeminini darinnen würden succediren können, so lange einige agnati masculini, wie in gegenwärtigem Fall, vorhanden.

Dasjenige, was wegen der sogenannten nouveaux acquets, wovon Ihr in Eurer vorigen Relation Erwähnung gethan, in Franckreich gebräuchlich sein mag, lässet man an seinen Ort gestellet sein. Weiln aber dergleichen in Teutschland gar nicht herkommens, und die gegenwärtige Succession nicht secundum jura Galliae sondern nach denen teutschen Rechten und Gewohnheiten reguliret werden muß, so wird ein jeder leicht begreifen, daß dieses bei der Sache wenig werde thun können. —

Der Kurfürst an v. Spanheim. D. Potsdam 4./14. Juli 1685.

[Wegnahme des Schiffes Morian.]

Er hat Nachricht erhalten, daß [1]) ein der Afrikanischen Kompagnie gehöriges 14. Juli
Schiff, der Morian, auf der guineeschen Küste von einem französischen Schiff angegriffen und weggenommen worden ist. Rébenac[2]), dem er dieses hat mitteilen lassen, hat erklärt, wenn ein französischer Schiffer, dessen man in Frankreich wieder ermächtigt sein könnte, daran Schuld sein sollte, so würde derselbe zu Erstattung alles Schadens angehalten werden, sollte es aber ein französischer Pirat oder jemand, der sich des französischen Pavillons gebraucht, getan haben, so würde man gegen denselben wie gegen andere dergleichen Seeräuber verfahren. Er soll auch gelegentlich Croissy Nachricht davon geben und verlangen, daß der König, der ihm früher allen Vorschub und Appuy bei dieser Kompagnie versprochen, nicht gestatte, daß dieselbe von einem seiner Untertanen so in Schaden gesetzt werde [3]).

[1]) S. Schück, Brandenburg-Preußens Kolonialpolitik I, S. 199 ff.

[2]) S. Rébenacs Bericht vom 17. Juli 1685 (S. 1013).

[3]) Kf. teilt ihm 8./18. Juli Näheres über die Wegnahme des Schiffes mit und beauftragt ihn, Rückgabe desselben, Schadenersatz und Bestrafung der Täter zu fordern.

Der Kurfürst an v. Spanheim. D. Freyenwalde 20./[30.] August 1685.

[Unpünktliche Subsidienzahlung.]

30. Aug. Da die französischen Subsidien[1]) jetzt viel langsamer und unrichtiger als zu des verstorbenen Colbert Zeiten gezahlt werden, so soll er deswegen bei Croissy, dem Controlleur général[2]) und, wenn er es dienlich befindet, auch beim König selbst Vorstellungen machen und sich bemühen, daß nicht nur der Nachstand sofort abgeführt, sondern auch künftig mit den stipulierten Terminen jedesmal richtig eingehalten werde.

Der Kurfürst an v. Spanheim. D. Oranienburg 28. August / [7. September] 1685[3]). (Conc. F. v. Meinders.)

[Rechtfertigung des mit den Gen.Staaten abgeschlossenen Vertrages.]

7. Sept. Aus beifolgendem Bericht v. Brandts wird Sp. ersehen, daß der König von Dänemark oder vielmehr dessen übel informierte Ministri wegen des durch v. Fuchs im Haag abgeschlossenen Traktats[4]) Ombrage fassen wollen. Da man auch dort von solcher Ombrage nicht frei ist, ihm aber hierunter gar sehr zu nahe geschieht, so soll Sp. bei Croissy und wo er es sonst diensam erachten wird versichern, daß ihm nie in den Sinn gekommen sei, von den foederibus mit seinen bisherigen Alliierten einiger Gestalt abzutreten oder sich zu etwas, das denselben zuwider sein könnte, zu verbinden. Daß er mit dem Staat wegen seiner verschiedenen Forderungen an denselben sich so gut, als er gekonnt, verglichen, könnte ihm der König nicht mißgönnen. Daß man deswegen etwas Schriftliches aufgesetzt, hätte unumgänglich geschehen müssen, um dem Werk seine behörige Kraft und Bündigkeit zu geben. Im übrigen befände sich in dem Tratktat kein Wort, woraus man etwas Präjudizierliches erzwingen könnte, zumal da das, was darin wegen der Allianz mit dem Staat stipuliert worden, nichts Neues, sondern nur eine Kontinuation des früheren Defensivbündnisses sei und ihn ebenso wenig wie bisher an der Fortsetzung der mit seinen Alliierten unterhaltenen vertrauten Freundschaft und Korrespondenz würde abhalten können.

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Blois 4./14. September 1685.

[Einwendungen Croissy's gegen den brandenburgisch-holländischen Vertrag.]

14. Sept. Er hat gestern in Chambord eine Unterredung mit Croissy gehabt und zu seiner Verwunderung diesen von neuem Verdacht wegen des von Kf. mit Holland

[1]) S. Urk. u. Akt. XIX, S. 338 f.

[2]) Le Peletier, der Nachfolger Colberts, s. Spanheim, Relation de la cour de France, S. 379 f.

[3]) S. Pufendorf XIX, § 8 (S. 1524 f.).

[4]) Der durch Fuchs abgeschlossene Vertrag vom 23. August 1685 s. oben S. 102.

abgeschlossenen Vertrages erfüllt gefunden. Cr. erklärte, er hätte bisher geglaubt, daß dieser Vertrag nur die Regelung der rückständigen Subsidien zum Zwecke habe, er hätte aber am Tage vorher durch einen Bericht d'Avaux'[1]) erfahren, daß der Traktat viel weiter ginge, indem durch denselben der frühere Vertrag vom Jahre 1678 bestätigt würde. Dieser letztere, der abgeschlossen wäre zu der Zeit, da Kf. mit Frankreich im Kriege war, enthielte Verpflichtungen, welche unverträglich seien mit denen, die Kf. seitdem mit dem Könige eingegangen sei, die Verpflichtung gegenseitiger Hilfeleistung im Falle, daß man angegriffen würde, könnte Kf. zur Teilnahme an einem Kriege zu gunsten Hollands gegen Frankreich führen. Der König müßte daher wissen, wie er mit Kf. stände, damit er rechtzeitig seine Maßregeln treffen und Rébenac befehlen könne, sich mit demselben auszusprechen. Er behauptete, der Zweck von diesem allen sei eine engere Verbindung mit anderen Staaten, um diese bei Gelegenheit Frankreich entgegen zu stellen, die Allianz sei zu derselben Zeit gemacht, wo man eine neue Tripelallianz mit England geplant habe, die Generalstaaten und der Prinz von Oranien müßten als Leute angesehen werden, welche geneigt seien, mit dem Könige zu brechen und in Krieg zu geraten. Er hat darauf erwidert, daß jener Vertrag ein ganz unschuldiger sei und daß, wenn man Skrupel wegen desselben empfinde, jedenfalls Rébenac alle Erklärungen, welche er auf Befehl des Königs verlangen könnte, erhalten würde.

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Blois 9./19. September 1685.

[Fortdauer des Verdachts gegen Kf. Mitteilungen Meyercrons.]

Rébenac erhält[2]) mit der heutigen Post Befehl, Aufklärungen wegen des 19. Sept.
Vertrages mit Holland zu verlangen. Seine gestrige Unterredung mit Croissy hat ihm gezeigt, daß man von dem Verdacht noch nicht geheilt ist und daß dieser nicht nur auf den Vertrag mit Holland gegründet ist, sondern auch auf Unterhandlungen mit dem Kaiser, welche in Berlin geführt würden und schon weit vorgerückt wären.

Er hat auch mit Meyercron über diese Sache gesprochen. Derselbe erklärte, bei der Unterhandlung zwischen Kf. und den Generalstaaten wären verschiedene verdächtige Umstände gewesen, so daß zu derselben Zeit der Pensionarius Erneuerung des Vertrages mit Schweden vorgeschlagen hätte, während die Unterhandlungen mit Dänemark in suspenso geblieben wären, doch hätte ihm sein König seitdem gemeldet, daß er durch die Erklärungen des Kf. zufriedengestellt sei, und er hätte dieses auch Croissy mitgeteilt. Croissy hat zu Meyercron auch gesagt, auch die Reise Groote's[3]) zu Kf. errege Verdacht, M. hat auch, wie es

[1]) S. Négotiations du Comte d'Avaux en Hollande V, S. 5 u. 27.

[2]) S. die Schreiben Ludwigs XIV. an Rébenac vom 13. und 18. September 1685 (S. 1026 ff.).

[3]) Otto Grote, Gesandter der braunschweigischen Herzöge, s. Rébenacs Bericht vom 4. September 1685 (S. 1024).

scheint, durch den dänischen Gesandten in Celle Nachricht erhalten, daß Groote die Gedanken des Kf. in betreff eines neuen Kurfürstentums für Hannover erkunden solle. Croissy hat ihm auch mitgeteilt, daß Rébenac Befehl erhalten habe[1]), zuzusehen, ob der Vertrag mit dem Hause Lüneburg zum Abschluß gebracht werden könne. Die Begierde dazu scheint sich hier seit den Erfolgen gegen die Türken verdoppelt zu haben. Dänischerseits wünscht man sehr das Zustandekommen des Handelsvertrages mit Holland. Wenn Kf. sich darum bemühen wollte, wäre dieses der größte Dienst, den er Dänemark leisten könnte, und dadurch würde er anderen Verdacht zerstreuen können.

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Blois 16./26. September 1685.

[Neue Unterredung mit Croissy. Seine vergeblichen Bemühungen, den Verdacht gegen Kf. zu beseitigen.]

26. Sept. Er hat heute in Chambord mit Croissy eine lange Unterredung gehabt und sich bemüht, demselben den Verdacht wegen der Allianz mit Holland zu benehmen. Aber Cr. behauptete, die Bestätigung des Vertrages von 1678 durch den jetzigen könnte zu Verpflichtungen führen, welche den Verträgen mit Frankreich präjudizierlich sein könnten, dazu kämen Geheimartikel, welche derselbe enthielte, die Art, wie die Verhandlungen geführt wären, die Gerüchte von einem Parteiwechsel des Kf., Sendungen verdächtiger Personen nach Wien und Anknüpfung von Verhandlungen mit dem Hause Österreich, die Manifeste[2]), welche Kf. in der pfälzischen Angelegenheit gegen die Ansprüche der Herzogin veröffentlicht hätte, und die Information[3]), welche derselbe neulich in der Angelegenheit des Schiffes Morian an K. Köln und den König von Dänemark geschickt hätte, daher müßte der König wissen, wie er mit Kf. stände, und Rébenac hätte Befehl erhalten, Aufklärung darüber zu verlangen.

Er hat darauf sein Erstaunen darüber ausgesprochen, daß man durch ungegründete Gerüchte und ganz unschuldige Dinge sich in seinem Verdacht habe bestärken und daß selbst so aufgeklärte und dem Kf. wohlgesinnte Minister wie Croissy sich durch dessen Feinde und Neider habe einnehmen lassen, und er hat versucht, die einzelnen von ihm angeführten Tatsachen richtig zu stellen, aber er hat damit wenig Eindruck gemacht. Croissy berief sich besonders auf den Druck eines Schreibens, das Kf. an ihn, Spanheim[4]), vom 25. Juni betreffend eine mit ihm. Croissy, gehaltene Konferenz, in welchem man sich bemühte alles zu widerlegen, was er gesagt hätte, und sich noch parteiischer zeigte, als der neue Kurfürst von der Pfalz selbst, und obwohl er ihm vorhielt, daß Kf. durch dieses Schreiben sich nur

[1]) S. das Schreiben Ludwigs XIV. an Rébenac vom 19. September 1685 (S. 1029 ff.).

[2]) S. Hirsch, Der Große Kurfürst und der pfälzische Erbfolgestreit (a. a. O. S. 67 f.).

[3]) S. Schück, Brandenburg-Preußens Kolonialpolitik I, S. 200.

[4]) Nicht bei den Akten.

bemüht habe, den üblen Folgen vorzubeugen, welche die französischen Ansprüche nach sich ziehen könnten, und daß die Veröffentlichung desselben jedenfalls ohne sein Wissen und gegen seinen Willen erfolgt sei, zeigte er sich dadurch doch nicht zufriedengestellt. Auf die Aufklärungen, welche er ihm dem Befehl des Kf. zufolge wegen der Sendung Rucks[1]) nach Wien gab, wußte er nichts zu erwidern. Auch das Verfahren des Kf. in der Angelegenheit des Morian hat er zu rechtfertigen gesucht und dabei auch die Sache selbst ihm noch einmal vorgestellt. Er muß aber gestehen, daß er Croissy von Verdacht und Voreingenommenheit erfüllt gefunden hat, und glaubt, daß auch die Depeschen an Rébenac ebenso gehalten sein werden.

Der Kurfürst an v. Spanheim. D. Cöln 28. September/8. Oktober 1685 [2]).

[Auf die Relation vom 4./14. September. Widerlegung der ihm gemachten Vorwürfe, dem König mitzuteilende Versicherungen.]

Bald nach Empfang seiner Relation hat Graf Rébenac[3]), nachdem er 8. Okt.
einen eigenen Kurier deshalb erhalten und ihm auf der Jagd gefolgt ist, nicht allein gegen ihn ähnliche Vorstellungen und Beschwerden erhoben, sondern auch in einer Konferenz mit Meinders und Fuchs diese ausführlich wiederholt und verlangt, daß Kf. den Traktat nicht ratifizieren möge. Ihm kommen diese Klagen um so unvermuteter vor, da er sich nicht des geringsten bewußt ist, womit er dieselben verdient hätte. Über den Traktat mit dem Staat hat der König gar keine gegründete Ursache sich zu beschweren, denn sowohl dieser als auch der Traktat von 1678, dessen Erneuerung derselbe ist, sind reine Defensivverträge, zu keines Menschen, viel weniger des Königs von Frankreich Schaden oder Präjudiz angesehen, es ist in ihnen kein Wort enthalten, das so gedeutet werden könnte, der Traktat von 1678 ist auch nie im Wege gewesen, daß er nicht dennoch mit dem König verschiedene genaue foedera aufgerichtet und diese observiert hat, er würde auch, wenn er jetzt auch nicht erneuert wäre, noch drei Jahre dauern. Der neue Vertrag enthält nichts, was mit den mit dem König abgeschlossenen Verträgen inkompatibel oder denselben konträr wäre. Der Vertrag von 1681 ist nie für einen Offensivtraktat gehalten worden und es ist ihm nie in den Sinn gekommen, sich dadurch die Hände binden zu lassen, um keine Defensivverträge mit anderen Mächten zu schließen, er hat auch seitdem verschiedene Allianzen, zuletzt die mit dem Hause Lüneburg getroffen und dem Könige mitgeteilt, ohne daß dagegen das geringste eingewendet worden ist; ja er hat sich in den 1681 mit dem König ge-

[1]) S. Rébenacs Bericht vom 11. September 1685 (S. 1025). Kf. beauftragt 1./11. September und nochmals 24. September/4. Oktober 1685 Sp., um den Verdacht, den man in Frankreich wegen der Sendung v. Rucks nach Wien hege, zu zerstreuen, zu erklären, daß dieser dort nur wegen der Streitigkeiten zwischen K. Sachsen und dessen Vettern, den Herzogen von Merseburg und Zeitz, zu unterhandeln habe.

[2]) S. Pufendorf XIX, § 9 (S. 1525 ff.).

[3]) S. Rébenacs Bericht vom 6. Oktober 1685 (S. 1035 ff.).

machten Traktaten allezeit vorbehalten, dem Reiche, wenn dasselbe angegriffen werden sollte, beizustehen. Von mehreren und näheren Traktaten mit auswärtigen Puissancen und von einer Tripelallianz mit England ist ihm nichts bewußt und davon ist in dem Traktat kein Wort enthalten. Ebensowenig hat man Grund wegen nicht geschehener Kommunikation zu klagen, denn Fuchs hat vor seiner Abreise aus dem Haag d'Avaux Mitteilung davon gemacht und er hat noch vor Auswechslung der Ratifikationen den Traktat von Wort zu Wort den französischen und dänischen Ministern vorlesen lassen. Daß der König mit den Generalstaaten nach dem Frieden von 1678 übel stehe, ist ihm bisher nicht bewußt gewesen. Daß der Prinz von Oranien bei dem König nicht wohl wäre, ist ihm und aller Welt bekannt, er trägt aber zu des Königs Aquanimität das Vertrauen, er werde ihm nicht verübeln, wenn er mit demselben Freundschaft unterhielte, da seine Kinder dessen héritiers presomtivs sind, er hat daher auch immer gegen die Einziehung und Vorenthaltung der Güter desselben protestiert und seinen Kindern ihr Recht darauf vorbehalten.

Wie nun aus obigem allem unsere geführete innocente und untadeliche Conduite bei Schliessunge dieses Tractats sonnenklar erblickete, so folgete auch die begehrete Erklärunge von selber und trügen wir kein Bedenken, dieselbe nochmalen deutlich dahin zu ertheilen: Daß gleichwie wir bisher denenjenigen Tractaten, so wir die Ehre hätten mit I. K. M. zu haben, nicht alleine ein völliges Genügen geleistet, sondern ein weit mehres gethan — also wir noch alles dasjenige heilig und de bonne foy halten und prästiren wollten, worzue uns die mit ihro errichtete Tractaten anwiesen. Daß wir Ihrer K. M. Freundschaft und Gunst zum höchsten und ihrem großen Werthe nach schätzeten und alles, was möglich thuen würden, umb selbige beizubehalten und vor uns und unser Churhaus zu conserviren. Daß wir bei Errichtunge des gegenwärtigen Tractats mit dem Staat nicht die geringeste Gedanken gehabt, etwas zu thuen, das unseren mit I. K. May. habenden foederibus zuwider wäre, oder dieselbe einigermaßen chocquiren und aufheben könnte, daß auch in der That und Wahrheit weder in dem de A° 1678 noch auch in dem jetzigen das geringste enthalten wäre, so mit einigem Grunde dahin gedeutet werden könnte, daß wir auf allen Fall nichtes gethan, als was wir in alle Wege zu thuen befuget gewesen und uns deßhalb nicht das geringste zu reprochiren hätten, daß uns dannenhero zum höchsten schmerzete, daß man I. K. May. von diesem innocenten Tractat solche ungleiche impressiones geben, und daß das gute Sentiment, so Sie anfangs davon gehabt, durch des Comte d'Avaux und anderer ungegründete Vorstellungen alteriret werden wollte. Wir ließen dahin gestellet sein, was gedachter Ambassadeur und dieselbe vor Ursachen dazue gehabt und ob selbige nicht aus falschen praesuppositis und Suspicionen von Dingen, die uns nie im Sinne kommen, herrühren, bevorab da man uns auch affingiren wollen, ob wären noch secrete Articul gemachet, welches aber unerfindlich

und eine purlautere Chimere ist, hoffeten also, I. May. wurden dero hocherleuchteten Verstande nach den Grund vom Ungrund unterscheiden, diesen unseren wahrhaften rationibus Glauben beimessen und uns alles ferneren ungleichen Verdachtes entladen. — Sollte aber solches alles nicht Platz finden, so könnten wir in Wahrheit anders nicht schließen, als daß man Beschwerden und Klagen suchet, da keine wären, und dasjenige intendiret, womit man uns ohne Noth beladen will. Wir hätten dannenhero vielmehr Ursache, uns über einige ministros I. K. May. zu beschweren, welche unsere actiones einige Zeit hero an verschiedenen Höfen sinistre zu interpretiren trachten —. So hätten wir auch wohl befugete Ursache uns zu beklagen, daß verschiedene Dinge, so mit dem buchstablichen Inhalt der mit I. K. May. habenden Tractaten nicht conciliiret werden könnten, vorkämen, als die Wegnehmunge des Schiffes, der Morian, und was sich bei desselben Restitution noch jetzo vor Difficultäten finden, imgleichen daß wieder den zue Regensburg aufgerichteten Stillstandstractat — vielfältig geklagt wird, daß man insonderheit in Religions- und Kirchensachen viele Veränderungen machet und die von der Evangelischen Religion beschweret, wie solches in specie von Zweybruck und Germersheim bekannt ist. Wir wollen aber hoffen, I. K. May. werden nach eingenommener gnugsamen Nachricht solchem allem dero bekannten Königl. Generosität nach zu remediiren ein Gefallen tragen. Die Ratification des Tractates zu hemmen ist nicht mehr in unseren Mächten, weil selbige schon geschehen.

Er soll obiges alles Croissy und sonst an diensamen Orten mit solchem Nachdruck vorstellen, daß jedermann seine Befugnis und wie ungegründet die gegen ihn geführten Klagen sind, daraus ersehen und der König ihn des wider ihn gefaßten Verdachtes entheben möge.

PS. Aus seiner Relation vom 16./26. h. ersieht er, daß die dort gegen ihn gefaßte Ombrage noch dadurch vermehrt worden ist, daß ein sogenanntes Manifest wegen seiner Sentimente in der pfälzischen Sukzessionssache in öffentlichen Druck ausgegangen und daß er sich wegen des Schiffes Morian der officia K. Kölns bedient hat. Er sieht aber nicht, wie man ihm in diesen Dingen etwas mit Fug vorzuwerfen habe, denn was er in der pfälzischen Sache den Ministern des Königs hat remonstrieren lassen, ist in den legibus et observantia Imperii unstreitig gegründet und hat auf nichts anderes gezielt, als den König in den ohne Zweifel durch ungleiche Berichte ihm beigebrachten principiis zu desabusieren. Daß seine an Sp. in dieser Sache abgelassene Reskripte ins Französische übersetzt und im Druck herausgegeben sind, ist wider sein Wissen und Willen geschehen, er hält sich aber als Churfürst und Fürst des Reiches für verpflichtet, seine Sentimente in dergleichen Fällen nicht zu dissimulieren, sondern solche zu beobachten und seine Minister danach zu instruieren. Daß er sich der guten Dienste K. Köhns bedient hat, ist ihm um so weniger zu verübeln, da bekanntermaßen der König mit K. Köln seit langer Zeit in gutem genauen Vernehmen steht und letzterer bei der Afrikanischen Kompagnie selbst merklich interessiert ist.

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 2./12. Oktober 1685.

[Audienz beim Könige. Französischerseits verlangte schriftliche Erklärung des Kf. Gespräche mit Croissy. Hauptgrund des Mißtrauens Dänemarks.]

12. Okt. Auf seine Bitte hat er am 29. September/9. Oktober bei dem Könige in Fontainebleau Audienz gehabt [1]) und hat sich dort bemüht, demselben den unschuldigen Charakter des Haager Traktats darzutun, die gegen denselben erhobenen Einwürfe, namentlich die angebliche Unverträglichkeit desselben mit dem Vertrage mit Frankreich von 1681, zu widerlegen, und der Erwartung des Kf. Ausdruck zu geben, daß der König dessen Versicherungen Vertrauen schenken und dieses durch regelmäßige Zahlung der Subsidien beweisen werde. Zuletzt hat er darauf hingewiesen, daß die Verträge des Kf. mit dem König nicht zum Zweck haben könnten, ihn an der Verfolgung seiner rechtmäßigen Ansprüche innerhalb und außerhalb des Reiches zu verhindern, was er für zeitgemäß und sogar notwendig gehalten hat, um etwaigem Argwohn wegen der mit den Ministern des Kaisers angeknüpften Unterhandlungen, von denen er durch die Minister des Kf. Nachricht erhalten hat, zuvorzukommen. Der König bezeugte einerseits, daß ihm das, was er sagte, angenehm sei, andererseits sprach er die Hoffnung aus, daß Kf. die Erklärung, welche er durch Rébenac von ihm verlangt [2]), ausstellen werde. Er hat nachher auch noch mit Croissy gesprochen und demselben erklärt, er glaube, daß die Versicherungen, welche er dem König gegeben hätte, mehr als ausreichend seien. Cr. aber erwiderte, man erwarte, daß Kf. um so weniger Bedenken tragen werde, eine schriftliche, dem entsprechende Erklärung abzugeben, auf welche der König sich in Zukunft stützen könnte, da der mit den Generalstaaten abgeschlossene Vertrag später sei als der mit dem Könige. Sie haben bei dieser Gelegenheit wieder über die angebliche Unvereinbarkeit dieser Verträge debattiert, Cr. konnte seine dagegen erhobenen Einwürfe nicht bestreiten, kam aber doch wieder auf die verschiedenen Verdacht erregenden Punkte zurück und bemerkte endlich, als er wieder die Angelegenheit des Schiffes Morian vorbrachte, dieselbe könnte durch die Antwort, welche man von Rébenac erwartete, sehr erleichtert werden. Am folgenden Tage, vorgestern, hat er Croissy noch einmal gesprochen und gesehen, daß man auf diese Antwort, die man in wenigen Tagen zu erhalten meint, wartet. Er hat diese Gelegenheit benutzt, um demselben mitzuteilen, er habe aus den letzten Briefen, die er von den Ministern des Kf. erhalten, erfahren, daß der Kaiser Kf. um Hilfe gegen die Türken für den nächsten Feldzug bitte und daß Kf. um so geneigter sei, dieselbe zu gewähren, da er fast der einzige der bewaffneten Reichsfürsten sei, der bisher solche Hilfe nicht geleistet habe. Cr. nahm diese Mitteilung günstiger auf als er erwartet hatte, er sagte, der König hätte nichts gegen die Hilfe, welche die Reichsfürsten dem Kaiser gegen die Türken leisten könnten, sehe sie vielmehr mit Vergnügen.

PS. Die Verweigerung der Ratifikation des Handelsvertrages mit Dänemark seitens Hollands und die dortige Geneigtheit zur Erneuerung desjenigen mit Schweden hat großen Einfluß auf die Ombrage Dänemarks.

[1]) S. das Schreiben Ludwigs XIV. an Rébenac vom 11. Oktober 1685 (S. 1040 f.).
[2]) S. das Schreiben Ludwigs XIV. an denselben vom 4. Oktober (S. 1034 f.).

F. v. Meinders und P. v. Fuchs an den Kurfürsten. D. Cöln an der Spree 7./[17.] Oktober 1685. (Concept von Meinders' Hand.)

[Gründe für und wider die Ausstellung der von Rébenac geforderten Erklärung.]

Rébenac hat[1]) ihnen gestern angezeigt, er habe von seinem König abermal 17. Okt.
Befehl erhalten, dem Kf. von allerhand Nachrichten, welche demselben von seiner Konduite und Desseinen zugekommen, Mitteilung zu machen, und da dieselben, falls sie auf Wahrheit beruhen sollten, mit den zwischen dem Könige und dem Kf. geschlossenen Verträgen nicht übereinkämen, so verlangte der König von Kf. eine schriftliche Erklärung[2]), damit er wissen möchte, ob Kf. mit ihm in der bisherigen Allianz ferner zu kontinuieren beabsichtige oder andere Gedanken führe, damit er danach seine mesures nehmen könnte. Da er (R.) notwendig nach Hamburg reisen müßte und dieses schon morgen tun wollte, so sollten sie von Kf. Resolution hierauf erbitten, damit er dieselbe noch vor seiner Abreise erfahren und dem König davon mit nächster Post Bericht erstatten könnte.

Sie haben die Sache reiflich überlegt und finden, daß erhebliche Gründe für und wider die Erteilung einer solchen schriftlichen Deklaration sprechen. Dafür spricht:

1. Dadurch würde das Maß an Frankreich voll gegeben und alle bisherigen Ombragen und Jalousieen aufgehoben werden können.

2. Kf. verspricht darin nichts Neues, sondern erneuert nur, was er früher mündlich und schriftlich zugesagt.

3. Kf. behält, wenn die Deklaration in solchen terminis, wie Kf. sie schon erteilt hat, bleibt, freie Hände und unbeschränkte Macht, sein Interesse und Schuldigkeit sowohl gegen das Reich als auch gegen andere Alliierte nach Veranlassung der Konjunkturen zu beobachten und besonders das armistitium zu garantieren.

4. Dadurch würden allerhand andere Anschläge, welche nicht eben zu des Kf. Besten angesehen, in specie mit dem Hause Braunschweig, verhindert oder wenigstens stutzig gemacht werden.

5. Man möchte dann dem Kf. am kaiserlichen Hofe wegen seiner Prätensionen und der Türkenhilfe bessere Satisfaktion geben, als wenn eklatieren sollte, daß er mit Frankreich zerfallen wäre.

6. Das gleiche würde wegen Erhaltung der Satisfaktion vom Reich, von Spanien und auch vom Staat zu konsiderieren sein.

7. Dadurch würde die Zahlung der Subsidien, von denen fast drittehalb Quartale restieren und woraus der Kriegskasse allein über 40000 Rtlr. nachstehen, und bessere Satisfaktion wegen des Schiffes Morian befördert werden.

Die rationes in contrarium wären:

1. Kf. ist keiner Kontravention der mit Frankreich gemachten Traktaten geständig, hat alle Imputationen gegen seine Konduite widerlegt und hat selbst

[1]) S. Rébenacs Bericht vom 22. Oktober 1685 (S. 1043 f.). Pufendorf XIX, § 10 (S. 1526 f.).

[2]) S. Urk. u. Akt. XX S. 1044.

sowie durch sie beide und durch Spanheim das begehrte éclaircissement, daß er nämlich in der mit dem Könige habenden Allianz beständig zu verbleiben beabsichtige, bereits gegeben. Weiteres kann von ihm mit Fug nicht prätendiert werden, wenn Frankreich wegen solcher Verweigerung von ihm absetzen sollte, so wären sie die Kontravenienten.

2. Da Frankreich mit allen treuen Versicherungen, die man mündlich gegeben, nicht zufrieden ist, sondern etwas Schriftliches will, so scheint es, daß sie mit Vorzeigung desselben ihre Alliierten, die, besonders K. Köln, sehr darauf dringen sollen, versichern wollen. Wenn nun solch Werk publik gemacht werden sollte, könnte dieses dem Kf. großen Schaden tun. Sie haben dieses bereits Rébenac vorgestellt, der hat aber geantwortet, wenn Frankreich Lust dazu hätte, so hätten sie weit andere und nachdenklichere Dinge in Händen, und er hat das secretum versprochen. Es ist aber am sichersten nichts auszustellen, was einen gefähren kann, da solches von der Diskretion derjenigen dependiert, die es in Händen haben.
3. Eine solche Erklärung nach Frankreichs Willen würde natürlich der Gegenpartei, wenn es zu ihrer Kenntnis käme, sehr zuwider sein. Nun sind aber die Sachen in der Welt sehr wandelbar, und da noch zweifelhaft ist, auf welche Seite sich der König von England schlagen wird, der allem Ansehen nach die Balance großenteils nach sich ziehen wird, so muß man sich jetzt mit Traktaten sehr vorsehen.
4. Diese Deklaration enthält ein großes Engagement, wie es Frankreich versteht, besonders was die freie Macht, Allianzen zu machen, anbetrifft. Kf. verpflichtet sich gegen einen mächtigen König, der die Interpretation machen kann, wie er will, wie die jetzige Interpretation des Artikels 5 des Traktats von 1681 zeigt. Wenn Kf. die geringste démarche täte, die Frankreich nicht anständig wäre, würde diese Deklaration das schlimmste Instrument sein, dessen man sich gegen Kf. gebrauchen und darüber man am ersten zerfallen würde.
5. Jedenfalls müßte das Projekt, das in den jetzigen terminis zu gefährlich ist und ausgelegt werden kann, in einem und anderen geändert werden. Alles aber steht in des Kf. Willkür und Belieben, sie erwarten darüber dessen Befehl.

Der Kurfürst an v. Spanheim. D. Potsdam 10./[20.] Oktober 1685. (Conc. Meinders.)

[Auf die Relation vom 24. September/4. Oktober. Verweigerung der von Rébenac geforderten schriftlichen Erklärung.]

20. Okt. Er ersieht aus seiner Relation, daß man dort trotz aller seiner Remonstrationen bei dem gegen ihn gefaßten Argwohn verharrt und von ihm eine neue Deklaration begehrt. Auch Rébenac hat eine solche in terminis, wie aus dem Beischluß zu ersehen, gefordert.

Aldieweilen wir aber bereits eine genugsame Erklärung in dieser Sache

sowoll gegen gemelten Grafen als auch durch Euch an den Marquis de Croissy und nunmehr an den König selbsten bei der Audienz, welche Ihr bei I. Maj. deshalb gesucht und wozu Euch der Tag schon bestimmet gewesen, mit solchen Expressionen getan, daß man frantzösischerseite billig damit allerdings vergnügt sein können und ferner in uns zu dringen nicht Ursach hat, so lassen wir es auch dabei billig bewenden, können auch und werden uns zu einer solchen schriftlichen Declaration, als der Graf von Rebbenacq begehret, nimmermehr verstehen[1]), sondern müssen dafür halten, daß, wofern man wieder unser Vermuten mit so verschiedenen von uns bereits getanen Erklärung und Contestationen nicht zufrieden seie, unter solchem Vorwand uns auch ferner dasjenige, was der Tractat vermag, zu praestiren verweigern sollte, man nicht anders suche als sich unserer Freundschaft los zu machen. Gleichwie wir aber dazu unsres Teils keine Ursach gegeben und mit unseren I. K. Maj. bishero erwiesenen stets aufrichtigen Diensten ein andres verdienet, also müssen wir solches billig Gott und der Zeit befehlen und uns dabei auf unser gutes Gewissen und gerechte Sache verlassen, auch endlich gewärtig sein, was Euch I. K. M. bei der Audienz und der Marquis de Croissy auf unser jüngstes weitläuftiges Schreiben für Erklärung erteilen wird[1]). —

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Fontainebleau 15. 25. Oktober 1685.

[Weitere Gespräche mit Croissy, anscheinend günstiger Erfolg. Aufhebung des Edikts von Nantes.]

Er hat sich hierhin begeben und gestern zweimal, am Vormittag und am 25. Okt.
Nachmittag, mit Croissy konferiert. Er hat ihm den Inhalt des Reskriptes des Kf. vom 28. September mitgeteilt und ihm besonders auszureden gesucht, daß der neue Vertrag mit Holland mit den in dem 5. Artikel des Vertrages von 1681 enthaltenen Verpflichtungen unvereinbar sei, und nachzuweisen, daß die anderen Klagen über die Manifeste, wie man sie hier nennt, des Kf. in der pfälzischen Angelegenheit und über die Verhandlungen mit dem Kaiser ungegründet seien. Er hat gegenüber der Behauptung Croissy's, daß man auch in Dänemark noch immer Verdacht gegen Kf. habe, darauf hingewiesen, daß der König von Dänemark Kf. des Gegenteils versichert und auch Meyercrohn beauftragt habe, hier dasselbe zu versichern. Cr. gestand darauf zu, daß der Vertrag von 1681 nur eine Defensivallianz gewesen sei, aber er behauptete, daß er und die folgenden doch den Grund zu etwas Weiterem gelegt hätten; er versicherte, daß sein König,

[1]) Das Schreiben Meinders' und Fuchs' an Rébenac vom 10./20. Oktober, in dem sie diesem die Weigerung des Kf., die verlangte Deklaration auszustellen, mitteilen, und dessen Erwiderung darauf vom 20. Oktober s. ebendaselbst S. 1048 f.

nur um bei Kf. nicht Mißfallen zu erregen, die Allianzverhandlungen mit Schweden hätte fallen lassen und daß er berechtigt sei, von seinen Bundesgenossen ein gleiches Verhalten zu verlangen, daß derselbe zwar den Wunsch habe, mit den Generalstaaten in Frieden und Freundschaft zu leben, daß man aber nicht für die Folgen stehen könne, zumal da dort der Prinz von Oranien an der Spitze stände, dessen ganzes Sinnen und Trachten nur darauf gerichtet sei, Frankreich Feinde zu erregen. Er behauptete, die Verbindungen mit den Staaten wären dasselbe, wie solche mit dem Hause Österreich; er erwähnte Gerüchte über einen Vertrag, den Kf. mit dem Kaiser abgeschlossen habe. Daß dieser sich weigere, dem Hause Braunschweig Subsidien für weitere Hilfe gegen die Türken zu zahlen, solle daher kommen, daß er dem Kf. solche und außerdem ein Stück Land in Schlesien zugesagt habe. Er hat dagegen versichert, daß nach den vertraulichen Nachrichten, die ihm die Minister über die Verhandlungen mit dem kaiserlichen Gesandten mitgeteilt hätten, dieser von Kf. nur Hilfstruppen für den nächsten Feldzug gegen die Türken verlangt, daß Kf. nicht umhin gekonnt habe, solche zu bewilligen, und als Gegenleistung dafür nur ganz unschuldige Dinge, die Ausdehnung des jus de non appellando auch auf die Provinzen, die dasselbe noch nicht besäßen, und Satisfaktion für die schlesischen Fürstentümer, namentlich Jägerndorf, gefordert habe, daß der kaiserliche Gesandte erklärt habe, darauf nicht instruiert zu sein, es aber nach Wien melden zu wollen, daß darauf vielleicht der Kaiser sich entschlossen haben könnte, dem Kf. als Satisfaktion einige Länder in Schlesien anzubieten, daß man aber darum hier keinen Grund habe, gegen Kf. Argwohn zu schöpfen und auf eine Ligue oder einen sonstigen Vertrag desselben mit dem Kaiser zu schließen. Croissy schien von diesen Erklärungen befriedigt zu sein.

C'est en fin par où finit cette seconde conference du meme jour d'hier avec luy. Je n'y ajouterai rien après cela, si non que je laissai, à mon advis, le dit Marquis assez mitigé et satisfait de ce qu'on luy avoit representé par ordre de V. A. El. ou que j'avois crû y pouvoir suppléer suivant qu'il m'en donnoit lieu. Q'aussi il me parla en termes honnestes des intentions de S. M. à conserver ses alliances avec V. A. El. et à satisfaire de son costé à ce qu'elles portent, qu'il me donna meme lieu en le quittant, et sur ce que j'en touchai en passant, d'esperer, que dés le retour du Controlleur General, qui estoit allé à Paris, au sujet de la maladie du Chancelier, son parent et son promoteur, on pourroit entrer en quelque payement des arrierages deus à V. A. El. et meme qu'il en auroit déja parlé. On ne laisse pas après tout, et on ne s'en cache pas, d'attendre avec quelque impatience ce que l'ordinaire d'apresdemain pourra apporter sur la déclaration demandée par écrit.

Er übersendet das Edikt [1]), welches die Aufhebung des Edikts von Nantes und das Verbot jeder öffentlichen Ausübung der reformierten Religion enthält,

[1]) S. Benoit, Histoire de l'Edit de Nantes, V. Append., S. 184; Schilling, Quellenbuch z. Gesch. der Neuzeit, 4. Aufl., S. 213 ff. Vgl. Schott, Die Aufhebung des Ediktes von Nantes, S. 117.

an demselben Tage, an dem es erlassen wurde, hat man angefangen, den Tempel in Charenton zu zerstören [1]).

—

Der Kurfürst an König Ludwig XIV. D. à Potstam 16./26. Oktober 1685.

[Beschwerde über den gegen ihn gezeigten Argwohn. Versicherung, in keiner Weise den mit dem König geschlossenen Verträgen zuwider handeln zu wollen.]

Apres tous les soins et toute l'exactitude que i'ay apporté jusques icy à observer religieusement les traittés d'alliance et d'amitié que i'ay l'honneur d'avoir faits avec V. M.^té^, rien ne m'a iamais esté plus sensible que de me voir imputer le contraire, et qu'au lieu du gré que ie m'en devois promettre aupres de V. M.^té^ et qu'Elle même m'en a temoigné souvent iusques icy, ie me vois chargé des soubçons et des ombrages mal fondés. J'ay essuyé depuis plusieures années des plaintes et des reproches en assés grand nombre d'avoir agy trop partialement pour les interests de V. M.^té^ et d'avoir même passé les bornes d'une alliance commune. Je m'en ose bien remettre au jugement eclairé de V. M.^té^, quoyque i'aye partout eu l'intention droite et bonne et cependant des gens de rien et mal avisées ou mal intentionnées ont trouvé plus de facilité a detruire la confiance qu'on devoit avoir si iustement en ma bonne foy que tant de preuves éclattantes et qui ont paru aux yeux de toute la terre n'ont pû avoir pour ne la conserver. On tasche de persuader V. M.^té^ que le traitté que i'ay fait ou plutost renouvellé depuis peu avec les Estats Generaux des provinces unies contient des choses contraires a celuy que i'ay l'honneur d'avoir avec V. M.^té^. J'ay fait remonstrer, par des raisons si solides a V. M.^té^ même et a ses Ministres que cela n'est pas, et qu'on fait violence aux paroles et au contenu des dits traittés et plus encor a mes intentions qui n'ont i'amais eu pour but que l'honneur et la bonne foy que de leur donner un sens si contraire; j'ay cru de m'en pouvoir promettre l'effet desiré et la destruction entiere de tous les prejugés dont on m'a voulu charger. Cependant on me demande encor une declaration nouvelle qui est conçëue en des termes si dures et si peu convenables pour moy, que ie ne la puis donner sans tacher mon honneur que i'ay conservé iusques icy plus cherement que la vie, n'y sans m'oster ce qui est le plus essentiel a un Prince souverain, et sans me condamner moy meme du crime 26. Okt.

[1]) S. Schott, a. a. O. S. 121. Kf. erwidert darauf (d. Potsdam 3./13. November 1685), da dort den Reformierten die Ausübung ihrer Religion gänzlich verboten sei, so werde er ihm zur Verrichtung seines Gottesdienstes einen eigenen Prediger schicken, er solle sich erkundigen, ob den in Paris befindlichen Reformierten erlaubt sein werde, dem Gottesdienst in seinem Hause beizuwohnen.

le plus noir pour une ame bien née qui est d'avoir manqué de foy et de parole. Cela estant i'espere que V. M.té me fera la justice de croire ce que ie luy ay fait representer avec le respect du par mes Ministres tant icy qu'à sa Cour et que ie n'hesite point de repeter icy en substance, sçavoir que ie n'ay iamais eu l'intention de faire quelque chose contre les traittés que i'ay l'honneur d'avoir contractés avec V. M.té que dans celuy que i'ay renouvellé depuis peu avec Messieurs les Estats Generaux des provinces unies en des termes purement defensivs il n'y a rien de pareil aussi peu que dans toutes les autres alliances defensives que i'ay faites avec de differents Princes apres celle qui est entre V. M.té et moy et qu'à la fin ie ne manqueray pas pour l'avenir en tant que V. M.té me continuera l'honneur de son amitié d'observer mes traittés faits avec Elle religieusement et avec la même regularité et exactitude que i'ay fait par le passé. C'est tout ce que peut dire la bonne foy dont ie fais profession et qui vaut plus que toutes les declarations qu'on me pourroit demancher. Je suis au reste avec respect et passion [1]). —

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 23.Oktober/2.November 1685.

[Auf das Reskript vom 20./30. Oktober. Erneute Forderung einer Deklaration des Kf., vermittelnder Vorschlag des dänischen Gesandten, Einwilligung des Königs.]

2. Nov. Er hat Croissy von dem Inhalt des Reskriptes Mitteilung gemacht und auch seinerseits ihm auseinandergesetzt, daß dem Kf. seine Ehre nicht gestatte, die von Rébenac verlangte Deklaration auszustellen, und daß man hier mit den Erklärungen und Erläuterungen, welche derselbe zu wiederholten Malen habe machen lassen, zufrieden sein müßte. Cr. aber erklärte, der König sei sehr erstaunt darüber, daß, nachdem man nach Rébenacs Bericht die Ausstellung der gewünschten Deklaration sicher erwartet hätte, jetzt dieselbe glatt abgeschlagen werde. Wenn dieselbe in der von Rébenac entworfenen Form etwas enthalten hätte, wodurch Kf. sich hätte beleidigt fühlen können, so hätte dieses geändert werden können, und trotz seiner Remonstrationen blieb er dabei, daß man hier die Ausstellung einer solchen schriftlichen Deklaration, die nicht, wie er bemerkt hatte, eine bloße Förmlichkeit sei, verlangen müsse. Er ist aber dabei geblieben, daß die nötigen Aufklärungen in dem Schreiben des Kf. an den König enthalten seien, und hat ihn zum Schluß gebeten, den König von dem, was er ihm gesagt habe, zu unterrichten.

Meyercrohn, dem er nachher von diesem Gespräch Mitteilung gemacht

[1]) Kf. übersendet unter demselben Datum dieses Schreiben an Spanheim zur Überreichung an den König und spricht die Hoffnung aus, daß man damit zufrieden sein und, wofern man anders in der mit ihm geschlossenen Allianz zu bleiben Lust habe, nicht weiter in ihn dringen werde. Vgl. den Bericht Rébenacs vom 3. November 1685 (S. 1050 f.). Pufendorf XIX, § 11 (S. 1527 f.).

hat, schlug vor, er möchte einen Auszug aus dem Reskript des Kf. übergeben, und übernahm es zu sondieren, ob man französischerseits damit zufrieden sein würde. Er hat dieses auch in einem Gespräch, das er an demselben Abend mit Croissy hatte, getan und hinzugefügt, um dieser Erklärung auch eine gewisse Formalität zu geben, könnte man Kf. ersuchen, unter derselben zu bemerken, daß dieselbe auf seinen Befehl abgegeben sei. Cr. ging auch schließlich darauf ein, erklärte aber ausdrücklich, daß dieses nur seine Privatmeinung sei und daß er nicht dafür stehen wolle, daß der König und dessen Konseil sich damit zufrieden geben werde. Er hat darauf am folgenden Tage Croissy einen französischen Auszug aus jenem Reskript zugeschickt und einen Brief beigefügt, um ihm dadurch Gelegenheit zu geben, davon im Konseil zu sprechen. Cr., der an der Gicht leidend ist und ihn daher nicht hat empfangen können, hat ihm durch seinen Kommis Mignon sagen lassen, daß er dem Könige beide Schriftstücke vorgelesen habe und daß Rébenac Bescheid erhalten werde, zu erklären, daß der König sich mit dem Inhalt dieser Aufklärung zufrieden geben könne [1]).

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potsdam 24. Oktober/[3. November] 1685.

[Befehl, den verfolgten Reformierten beizustehen. Bedenken gegen Übertragung der schiedsrichterlichen Entscheidung in der pfälzischen Sache an den Papst.]

— Was [2]) Ihr uns wegen der harten und fast unerhörten Art der Ver- 3. Nov.
folgung unserer lieben Glaubensgenossen meldet und von verschiedenen Orten confirmiret wird, solches gehet uns tief und empfindlich zu Herzen. Wir wünschen ihnen von Gott ein standhaftes geduldiges Herz und daß dessen Allmacht in einer seines heil. Namens Ehre betreffenden Sache denen Verfolgern steuren und die Verfolgte nach so vielen ausgestandenen Drangsalen wiederumb erquicken und trösten wolle. Ihr habt indessen wol getan, daß Ihr Euch dieser bedrängten armen Leute auf alle mögliche Weise angenommen, allermaßen Ihr ihnen dann ferner allen Beistand und Vorschub zu tun und eine Summe von zweitausend Rtlr. plus minus dazu anzuwenden, welche wir Euch, im Fall die subsidia nicht erfolgen sollten, aus anderen Mitteln ungesäumt erstatten wollen. Was Ihr wegen der pfälzischen Sache berichtet und daß solche in des Pabstes arbitrage gestellet werden solle [3]), solches verursachet bei uns kein geringes Nachdenken, weil nicht allein

[1]) Kf. erklärt sich (d. Potsdam 3./13. November 1685) damit einverstanden und spricht die Hoffnung aus, daß durch sein inzwischen jedenfalls eingetroffenes Schreiben an den König, das in effectu eine ebensolche Deklaration enthalte, die ganze Sache gehoben sein werde.

[2]) Vgl. den Bericht Rébenacs vom 3. November 1685 (S. 1052).

[3]) S. Immich, Zur Vorgeschichte des Orleanschen Krieges; Hirsch, Der Große Kurfürst und der pfälzische Erbfolgestreit (a. a. O. S. 69 f.).

verschiedene Evangel. Interessen dabei einlaufen, sondern es auch eine ungewöhnliche und für diesem im Reich auch mitten unterm Pabsttum wiedersprochene Sache ist, daß dem Röm. Pabst in Reichsgeschäften und sonderlich in einem so wichtigen negotio als die itzige Churpfälzische Streitigkeiten sein, einige Cognition und Decision verstattet werden sollte. —

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 29. Oktober/8. November 1685.

[Auf das Reskript vom 16./26. Oktober. Übergabe des Schreibens des Kf. Der König fordert doch noch eine Erklärung desselben.]

8. Nov. Er hat sich nach Fontainebleau begeben, Croissy das Schreiben des Kf. an den König übergeben, ihm dasselbe aus einer Abschrift, die er vorher gemacht, vorgelesen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der König durch dasselbe zufrieden gestellt sein werde. Cr. erwiderte, an ihm solle es nicht liegen, wenn dieses nicht der Fall sein sollte, bemerkte aber gleich, bei Verträgen komme es vor allem auf die Wirkung nach außen hin an. Auch die Verträge des Kf. mit dem Könige hätten zu keinen Handlungen geführt, aber dadurch, daß die Allianz zwischen beiden bekannt geworden sei, den gewünschten Zweck erfüllt. Durch die Erneuerung des Vertrages mit Holland sei dieses anders geworden, man suche dort den Glauben zu erwecken, daß diese Allianz nicht mehr so wie früher bestehe, daher müßten die Minister des Königs an den anderen Höfen solche Eindrücke zu zerstören imstande sein, der Brief des Kf. könnte den König selbst wohl befriedigen, aber anderswo werde derselbe nicht dieselbe Wirkung ausüben, zumal die Verträge mit Holland, besonders der von 1678, Klauseln und Verpflichtungen enthielten, denen man einen den Allianzen mit dem König präjudizierlichen Sinn beilegen könnte, in dem Briefe des Kf. aber sei nicht enthalten, daß derselbe nichtsdestoweniger seine Verträge mit dem König beobachten werde. Er hat darauf erwidert, daß die Ehre des Kf. und zugleich die Wahrheit der Dinge es demselben unmöglich mache, sich anders zu erklären, als er es getan habe, und daß gerade die Erklärung seines Unwillens über die Mißdeutung seiner Absichten dem Könige beweise, daß er an denselben nicht zu zweifeln habe, daß ferner, was den Eindruck nach außen anbetreffe, Kf. selbst von dem Inhalt seines Reskriptes vom 28. September/8. Oktober nicht nur dem König von Dänemark, sondern auch seinen Gesandten in Holland und an anderen Orten Mitteilung gemacht habe, damit sie Mißdeutungen seiner Absichten entgegentreten sollten.

Er ist gestern, nachdem Croissy das Konseil verlassen hatte, wieder bei ihm erschienen und Cr. hat ihm mitgeteilt, daß der König den Brief des Kf. gelesen habe und mit dessen Inhalt zufrieden sei, daß indessen Rébenac Befehl erhalten habe [1]), von Kf. eine Deklaration zu verlangen, die nichts enthalte, was die Würde oder das Zartgefühl des Kf. verletzten könnte, sondern nur die Ver-

[1]) S. das Schreiben Ludwigs XIV. an Rébenac vom 8. November 1685 (S. 1056).

sicherung, daß die Verträge mit den Staaten Kf. nicht hindern sollten, in Zukunft ebenso wie bisher seine Verträge mit dem König zu beobachten, daß der König daher erwarte, daß Kf. keine Schwierigkeit machen werde, es ihm zu bewilligen.

Als er ihm darauf sein Erstaunen über diese Eröffnung zu erkennen gab, suchte Cr., dem dieselbe auch augenscheinlich peinlich war, die Sache so gut wie möglich zu mildern, und er tat so, als ob Rébenacs Rückkehr nach Berlin Kf. veranlassen werde, ohne weitere Schwierigkeiten zu machen, eine Erklärung in der gewünschten Form auszustellen.

Je dois même croire en effet et le vois comme à l'oeil, qu'il n'aura pas tenu au dit Marquis, qu'on ne se soit contenté de la lettre sans en attendre d'avantage, mais qu'il n'aura pas esté le maître, comme il ne l'est pas toujours en ces sortes de rencontres, et surtout où on avoit déja fait quelque démarche du costé du Roy, dont il ne relache pas aisément, non plus que Louvois par ses advis, qu'on s'y sera même fondé, comme je le puis reconnoître sur l'esperance, que le retour à Berlin du Comte de Rebenac et les termes de la déclaration, à quoy on s'est restraint de ce costé-cy, et avec ordre de s'abstenir de tont ce qui y pourroit choquer V. A. El., que tout cela, dis je, produiroit infailliblement son effet et qu'il n'y auoit qu'à l'attendre, et qu'enfin une déclaration en forme, telle quelle fust, et qui en diroit même moins que la lettre, leur conviendroit mieux au besoin que des expressions d'une lettre qui en diroit même davantage. —

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 23. November/3. Dezember 1685.

[Ankündigung wegen des bei ihm abzuhaltenden Gottesdienstes. Bedrängnis der Reformierten.]

Die Herren de Bonnueil und Giraut, Introdukteure der Gesandten an diesem Hofe, haben ihm am 26. November von seiten des Königs angekündigt, daß [1]) der bei ihm stattfindende reformierte Gottesdienst nur in deutscher Sprache stattfinden und daß keine Untertanen des Königs an demselben teilnehmen dürften. Er hat darauf zuerst gefragt, ob sie besonderen Befehl hätten, mit ihm als Minister des Kf. davon zu sprechen, und als Bonnueil erwiderte, sie hätten dasselbe den anderen hiesigen protestantischen Ministern, welche bei sich Gottesdienst halten lassen, anzukündigen, hat er erklärt, er habe bisher keine protestantische Predigt weder deutsch noch französisch bei sich halten lassen, obwohl er das Recht dazu gehabt hätte, sondern den öffentlichen Gottesdienst in Charenton besucht, jetzt nach der Aufhebung desselben habe Kf. erklärt, ihm einen Geistlichen, der hier den Gottesdienst in deutscher Sprache abhalten sollte, schicken zu wollen, dieser Beschluß entspräche also dem, was der König wünsche. Betreffend die Untertanen des Königs, so sei dieser Herr über dieselben, er hätte allerdings nicht gewußt, daß

[1]) S. das Schreiben Ludwigs XIV. an denselben vom 29. November 1685 (S. 1061 f.).

diesen nicht erlaubt sei, an dem Gottesdienst der anderen protestantischen Gesandten teilzunehmen, und er hat hinzugefügt, in Berlin mache man es mit Rébenac anders, bei dem dürfe deutsch gepredigt werden und die katholischen Untertanen des Kf. sich dabei einfinden, er könne nicht dafür stehen, daß man darin nicht auch eine Veränderung machen werde. B. erwiderte darauf, dagegen werde der König nichts zu sagen finden.

Er hat nachher erfahren, daß sie an demselben Tage auch den anderen protestantischen Gesandten, dem holländischen, dänischen und schwedischen (der englische ist noch inkognito hier), dieselbe Ankündigung gemacht haben.

Alle seine Bemühungen zugunsten der Verwandten des Grafen d'Espence, sowohl betreffend einen Freipaß als auch die Einquartierung von Dragonern in ihren Häusern, sind erfolglos gewesen, ebenso die für die Freilassung der Schwestern des Herrn v. Briquemaut und wegen der Freipässe für die Verwandten des Herrn d'Anché. Es ist ganz unmöglich, Freipässe für reformierte Franzosen zu verschaffen, denn man will sie alle zwingen, katholisch zu werden, und bewacht auf das strengste die Grenzen. Louvois hat an diesem Entschluß großen, wohl den größten Anteil. Alle protestantischen Offiziere haben Befehl erhalten, ihre Chargen aufzugeben, wenn sie sich nicht bekehren. Der König soll sich auch eifrig bemühen, den Marschall Schomberg dazu zu bringen, dieser bleibt aber fest. Der Grund oder Vorwand, aus dem die Mehrzahl sich fügt, ist, daß ihnen das Verlassen des Reiches verwehrt ist und sie hier dem ausgesetzt sind, all ihr Hab und Gut zu verlieren und von den Soldaten und anderen schlecht behandelt zu werden. Der Adel von Poitou ist am standhaftesten. Der Hof weiß sehr wohl, daß infolge dieser zwangsweisen Bekehrung das Reich voll wird von schlechten Katholiken, aber man schmeichelt sich damit, daß mit der Zeit die Missionare, die man zu ihnen schickt, Besserung bewirken oder daß wenigstens die Kinder zu gläubigeren Katholiken werden gemacht werden.

Der Kurfürst an v. Spanheim. D. Potstam 27. November / 7. Dezember 1685. (Von Fuchs' Hand.)

[Übersendung eines Schreibens an den König, Hoffnung, daß derselbe sich damit zufrieden geben wird. Aufträge in betreff der Subsidien, des Morian und Orange's.]

7. Dez. Aus seinen letzten Relationen hat er erfahren, daß man[1]) dort noch immer auf der von ihm begehrten Deklaration besteht, auch Rébenac hat ihm ebensolche Vorstellungen gemacht und ihm ein Schreiben des Königs übergeben, dessen Abschrift beifolgt[2]).

Wir haben der Not erachtet, I. M. darauf in solcher Massen zu antworten, wie Ihr ebenmässig aus dem hiebei kommenden Schreiben oder[3])

[1]) S. das Schreiben Ludwigs XIV. an denselben vom 22. November 1685 (S. 1060).

[2]) S. dieses Schreiben (d. Versailles 22. November 1685) ebendaselbst.

[3]) d. Potsdam 25. November / 5. Dezember 1685 (Urk. u. Akt. II, S. 341 f.). S. den Bericht Rébenacs vom 11. Dezember (S. 1070).

vielemehr aus dessen beigefügeter Copey ersehen werdet, und befehlen Euch hiemit in Gnaden, bei Aushändigunge des Originals an den Marquis de Croissy demselben vorzustellen, wie daß wir noch hiedurch hätten wollen zu erkennen geben, wie hoch wir I^r. K. M. Freundschaft und alliance estimireten, indeme wir zue Beibehaltunge derselben nichts unterlassen, was man raisonnablement von uns hat begehren können. Weßhalb wir uns dann die sichere Hoffnunge macheten, I. M. wurden daraus unseren guten Glauben und aufrichtige Intention erkennen und von uns ein mehres nicht begehren, als wir zu tun vermochten. Zue ihn, Marquis de Croissy, aber hätten wir das feste Vertrauen, er werde durch seine gute officia die Sache dahin zu dirigiren suchen, daß man keine fernere Declaration begehre, sondern die Sache und die daraus entstandene verdrießliche contestationes hiemit gänzlich gehoben und abgetan, hergegen das vorigte gute Vernehmen, wie solches I. K. M. selber verlangen, retabliret sein möge. Wir versehen uns dessen umb so viele mehr, weil der Graf Rebenacq auf die von uns geschehene Vorstellungen versprochen, die Sache ebenmäßig dahin zu recommendiren.

Daferne nun, wie wir hoffen wollen, die Sache damit abgetan bleibet, so habet Ihr auf die Zahlunge der restirenden Gelder wie auch auf die gesuchete Satisfaction wegen des Schiffes Morian zu dringen, damit wir den Effect, daß alles wieder in vorigten Stande, zu verspüren haben.

Was wir Euch in der Orengischen Sache vorhin anbefohlen, dabei lassen wir es nochmalen bewenden, dann wir ein so klares Recht unserer Kinder solchergestalt nicht abandonniren können, sondern zum wenigsten solches protestando reserviren müssen, und erwarten wir mit Verlangen Nachricht, was der Königl. Englische wie auch der Staaten General Ambassadeur bei der Sache tun werden [1]). —

[1]) Kf. schreibt an Sp. (d. Potsdam 8./18. Dezember 1685): „Wir wollen nun erwarten, was unser zweites an I. K. M. abgelassenes Schreiben für einen Effect haben und ob man sich damit begnügen und keine fernere Declaration begehren werde. Geschiehet solches, so soll es uns lieb sein und hoffen wir, daß alsdann die bisherige verdrießliche contestationes cessieren werden. Dafern aber nicht und man annoch immerhin auf eine absonderliche Declaration dringet, habet Ihr von dieser Materie numehr gänzlich zu abstrahiren und Euch darüber in keine Contestation mehr einzulassen, besondern, wenn Euch davon gesprochen wird, anzuzeigen, daß wir alles, was diensam gewesen, deshalb hätten vorstellen lassen und daß wir weiter nichts zu tun wüßten. Im übrigen habt Ihr auf den vom Marquis de Croissy Euch getanen Vorwurf, als wenn man wegen der Subsidien etwas mehres von uns als von anderen erwartete, sehr wohl geantwortet, daß man uns solche nicht umbsonst gezahlet, und man davor von uns conditiones stipuliret hätte, welche, wie sie ein weit höheres importirten, als die Subsidien ausmachten, also auch von uns mit gutem Glauben adimpliret wären, wie wir denn auch noch nicht geneiget sein, unsere Ehre, Reputation und Interesse umb einige Summe Geldes, es mag dieselbe so groß sein wie sie wolle, zu verkaufen." —

Der Kurfürst an v. Spanheim. D. Potsdam 15./[25.] Dezember 1685.

[Rechtfertigung seines Edikts.]

25. Dez. In dem von uns publicirten Edikt [1]) wird zwar das Wort Persecution gebrauchet, dieweil aber die betrübte Erfahrung leider mehr als zu viel bezeuget, daß unsere arme Glaubensgenossen Französischer Nation, und zwar ratione des Fürstentums Oranien in specie auch diejenige, über welche unsere Kinder erster Ehe nach eigenem Geständnis der Crohn Franckreich ein künftiges jus succedendi haben, wegen keiner andern Ursach als bloßerdings ihrer Religion halber aufs äußerste gedränget, und wenn sie nicht catholisch werden wollen, nicht allein umb all das Ihrige gebracht, sondern auch an ihren Leibern aufs äußerste gemartert und gequälet werden, so sehen wir nicht, warumb uns, als einem evangelischen Churfürsten, nicht eben so wohl freistehen solle, dergleichen Verfahren eine Verfolgung zu heißen, als man unsere Religion eine heresie zu nennen, auch wohl gar in öffentlichen Schriften und demonstrationibus nunmehr zu publiciren anfängt, daß man unsern Religionsverwandten garkeinen Glauben zu halten schuldig, und also wir und andere Evangelische ärger als Heiden und Türken, welche unstreitig juris et pactorum capaces sein, gehalten werden müßten; wodurch auch das natürliche Band der Societät gänzlich zerbrochen und umbgestoßen wird. Überdem ist auch der ganze Zweck obgedachten Edicts garnicht dahin gerichtet, als ob wir, wie man Euch vorgeworfen, I. K. May. Untertanen zu debauchiren und dieselbe von dem deroselben schuldigen Gehorsamb abzuleiten Willens wären, wir haben deswegen so wenig durch Euch als sonsten an diejenige evangelische Leute, welche sich noch würcklich in Franckreich befinden, weder directo noch per indirectum die geringste avances nicht tun lassen, sondern unsere Intention bei gedachtem Edict ist einzig und allein diese gewesen, daß diejenige frantzösische Leute, so würcklich bereits extra confinia Galliae sich befunden, in unsere Lande zu

[1]) Das Potsdamer Edikt vom 29. Oktober/8. November 1685 (Pufendorf XIX, § 17, S. 1534 ff.; Schilling, Quellenbuch zur Geschichte der Neuzeit, 5. Aufl., S. 216 ff.). Vgl. Landwehr, Die Kirchenpolitik Friedrich Wilhelms des Großen Kurfürsten, S. 303 ff.; Sander, Die Hugenotten und das Edikt von Nantes, S. 290 ff. Sp. hatte 23. November/3. Dezember 1685 gemeldet: Le nouvel Edit publié de la part de V. A. El. en faveur des gens de la Religion de France et qui peuvent s'en prevaloir et dont j'ay recu quelques exemplaires, est receu comme il doit par ceux à qui j'en ay donné part jusques icy, je veus dire comme des effets extraordinaires d'un zèle heroique et d'une générosité incomparable d'un si grand Prince. Le mal est que ceux qui s'en voudroient prévaloir et qui sont encore dans le Royaume, ne voyent jusques icy aucune voye d'en sortir qu'avec les plus grandes risques du monde. Sp. a encore sa maison pleine de gens de la Religion et de leurs enfans. On tache cependant d'y apporter les precautions requises.

kommen und sich darin niederzulassen Gelegenheit haben möchten, und wird es I. K. May. außer Zweifel gleich viel sein, ob solche Leute dergleichen asylum in unseren oder anderer Potentaten Landen finden möchten. Es ist auch vor eine zu allen Zeiten wohl erlaubte Sache bis anhero gehalten worden, daß diejenige, welche immerito odio, insonderheit propter religionis diversitatem, beleget gewesen und nichts begangen, quod societati humanae aut hominibus aliis esset injuriosum, in denen Landen, wohin sie ihre Zuflucht genommen, recipiret worden. — Endlich, gleichwie I. K. May. durch so viele eclatantes actiones aller Welt zu erkennen geben, daß Sie ein Eiferer in ihrer Religion sein, so werden Sie uns nicht verdenken, wann wir in der unsrigen nicht indifferent sein, sondern gegen unsere arme Glaubensgenossen — unsere Arme auftun und dasjenige beobachten, wozu uns unser Gewissen verbindet. —

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 18./28. Dezember 1685.

[Günstige Mitteilungen Croissy's über die Zufriedenheit des Königs mit dem Schreiben des Kf. und die Subsidienzahlung.]

Er hat den neuen Brief des Kf. an den König gleich am nächsten Tage, nach- 28. Dez.
dem er ihn erhalten, Croissy übergeben, erst vorgestern aber von demselben Bescheid darauf erhalten. Cr. teilte ihm mit, daß der König [1]) durch jenen Brief vollständig befriedigt sei, nicht zweifle, daß die Absichten des Kf. mit den darin enthaltenen Versicherungen übereinstimmten, daß Rébenac Auftrag erhalten werde [2]), dieses zu versichern, und daß er (Cr.) dem Generalkontrolleur den Befehl des Königs, auf die Rückstände eine Zahlung an ihn zu machen, mitteilen werde. Cr. deutete, nachdem er darauf hingewiesen hatte, daß schon $2\frac{1}{2}$ Quartale rückständig seien, an, daß man mit dem halben (62 500 Livres) anfangen und später den Rest abzahlen werde. Er hat bei dieser Gelegenheit auch wieder die Satisfaktion für die Wegnahme des Morian zur Sprache gebracht und angekündigt, die ihm von den Direktoren der afrikanischen Kompagnie zugestellten näheren Aufklärungen über diese Sache vorbringen zu wollen, womit jener sich einverstanden erklärte. Das angenehmste für ihn war, daß Cr. gar nicht weiter von der Deklaration sprach, auch nicht die bei den letzten Unterredungen vorgebrachten Beschwerden erwähnte, und von selbst des Befehls an den Generalkontrolleur gedachte. Er hat ihm eine kleine auf diese Subsidienangelegenheit bezügliche Denkschrift übergeben, in der der Betrag der Rückstände auf 312 500 Livres berechnet ist.

[1]) S. das Schreiben Ludwigs XIV. an Kf. d. Versailles 27. Dezember 1685 (Urk. u. Akt. XX, S. 1075).

[2]) S. das Schreiben Ludwigs XIV. an Rébenac von demselben Datum (S. 1074 f.).

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 25. Dezember 1685 / 4. Januar 1686.

[Beschwerden über das Potsdamer Edikt und die von ihm den Reformierten geleistete Unterstützung. Seine Rechtfertigung.]

4. Jan. Als er am Neujahrstage Croissy gegenüber auf weitere Zahlung der rückständigen Subsidien drang, erwiderte derselbe, daß der König schon den Befehl dazu erteilt habe, daß aber un contretemps assez facheux, wie er sagte, das Edikt von Potsdam sei. Die Art der Abfassung desselben, seine geflissentliche Verbreitung, die Lieferung von Geld und Fuhrwerk seitens der Minister des Kf. auch außerhalb des Gebietes desselben an französische Untertanen, die gegen die Edikte des Königs das Land verließen, wären Dinge, welche von anderen protestantischen Fürsten und Staaten, auch von solchen, welche nicht mit Frankreich verbündet wären, nicht verübt würden. Er hat ihm dagegen vorgestellt, das Edikt sei ganz unverfänglich, Kf. fühle sich verpflichtet, seinen flüchtigen Glaubensgenossen, die nur, um ihr Gewissen nicht zu beladen, Frankreich verließen, hilfreich zu sein, in England, Holland, Dänemark und anderswo würden öffentlich Kollekten für die französischen Flüchtlinge veranstaltet, für den König könnte es doch, wenn dieselben einmal das Königreich verlassen hätten, gleichgiltig sein, wohin sie sich zurückzögen, es müßte ihm eigentlich lieber sein, wenn sie dieses zu einem mit ihm alliierten Fürsten täten. Cr. erwiderte, man wünschte lieber, daß sie sich in den Nachbarländern niederließen, von wo aus sie, wie dieses schon viele täten, in die Heimat leichter zurückkehren könnten, die anderen protestantischen Staaten beschränkten sich darauf, solche, die sich schon wirklich in ihnen befänden, zu unterstützen, Kf. aber ginge viel weiter, das Edikt von Potsdam donnoit des veues à sortir du royaume, marquoit les routes et fournissoit des moyens à ceux qui ne pouvoient mêmes passer que pour des deserteurs. Er hat ihm darauf erwidert, nur der Gewissenszwang nötige diese armen Leute wider ihren Willen fortzuziehen, wenn man ihnen wenigstens die sonst in solchen Fällen immer gewährte Freiheit dazu gelassen hätte, hätte man manche Inkonvenientien vermeiden können, schon die Rücksicht auf seine protestantischen Alliierten, besonders auf Kf., hätte den König dazu bestimmen können, es genügte doch, daß Kf. sich nicht in das, was der König gegen seine Untertanen vorzunehmen für gut finde, eingemischt habe. Cr. bemerkte dagegen nur, wie wichtig es wäre, alle Untertanen des Königs in einer Religion zu vereinigen, und wie über Erwarten große Fortschritte man damit gemacht habe, erklärte dann aber, nicht verschweigen zu können, daß der König davon unterrichtet worden sei, er, Spanheim, habe das Edikt verbreitet und tue es noch, er hätte davon gesprochen, daß er es nachdrucken lassen wolle, er hätte sein Haus voll von Reformierten und denselben gehörigen Sachen, er könnte selbst urteilen, wie sehr dieses den Absichten und Rechten des Königs entgegengesetzt sei. Er suchte dieses aber dadurch zu mildern, daß er hinzufügte, es wäre ihm sehr unangenehm, daß er ihm dieses sagen müßte, nachdem man bisher mit seinem Verhalten so zufrieden gewesen wäre.

Er hat ihm für seine Mitteilung gedankt und erklärt, es verwundere ihn nicht,

daß unter solchen Umständen die Dinge übertrieben oder entstellt würden. Er hätte das Potsdamer Edikt nicht weiter verbreiten können, da er nur zwei oder drei Exemplare desselben aus Berlin erhalten hätte, die hätte er in seinem Hause Freunden, die davon gehört und Näheres hätten wissen wollen, gezeigt. Daß aus Holland Kopieen desselben gekommen wären, hätte er nicht verhindern können, daß er beabsichtigt hätte, es in Frankreich wieder drucken zu lassen, sei unwahr, ebenso die Beschuldigung, daß sein Haus voll von Reformierten sei, er habe einigen ihm besonders von Berlin her empfohlenen Personen, als das Gerücht von den Dragonaden erscholl, auf einige Tage Unterkunft gewährt, wie das auch in vielen Häusern von Katholiken geschehen sei, er hätte dieses auch garnicht heimlich getan, da damals noch kein Verbot des Königs erfolgt sei, und er hätte sie schon seit drei Wochen, als er erkannt habe, daß es Aufsehen erregen und üble Folgen werde haben können, wieder entlassen, und er hat Croissy gebeten, den König hierüber aufzuklären, was er auch versprach.

Von dem Potsdamer Edikt sind allerdings mehrere Kopieen von Holland aus nach Paris gekommen und hier verbreitet worden. Dasselbe neu drucken zu lassen, daran hat er bei dem Zustande der Dinge auch nicht denken können. Mit der Zuflucht, die er Reformierten und den Habseligkeiten derselben gewährt hat, steht es so, wie er früher berichtet hat, die übertriebenen Gerüchte darüber sind durch die Indiskretion einiger derselben ohne seine Schuld entstanden. Er hat daher die meisten von ihnen, die inzwischen Muße gefunden hatten, sich in Sicherheit zu bringen, sich wieder fortbegeben lassen und nur einige mit mehr Vorsicht bei sich behalten, er hat auch die Zahl seiner Bedienten beiderlei Geschlechts vermehrt und hält als solche einige bei sich verborgen. Er unterläßt auch nicht, unter der Hand, wo es sich tun läßt, den Befehlen des Kf. gemäß Unterstützungen zu gewähren.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potstam 8./18. Januar 1686. (Von Fuchs' Hand.)

[Rechtfertigung der von ihm den französischen Reformierten geleisteten Unterstützung. Befehl, dem Ingenieur Dupuy zur Flucht zu verhelfen.]

Wir haben Eure gehorsambste Relation vom 4. Jan. wohl erhalten 18. Jan.
und daraus ersehen, wasgestalt es mit der Zahlunge der uns zurücke stehenden Gelder noch sehr schlecht daher gehet und daß der Marquis de Croissy abermalen Anlaß genommen, über das von uns ausgelassene Edict und sonst ein und anders mehr zu doliren. Nun habet Ihr zwar solches wohl und gründlich beantwortet, wann man aber fernere Erwähnunge davon tuen sollte, so habet Ihr darauf anzuzeigen, daß, gleich wie I. K. M. ihre größeste gloire darinne setzeten, ein Eiferer in ihrer Religion zu sein, also dieselbe leicht ermessen könnten, wie überaus schmerz-empfindlich es uns sein müsse,

daß wir unsere Glaubensgenossen dergestalt mit dem härtesten Gewissenszwang als jemalen gewesen, beleget sehen und daß wir ja weniger nicht tuen könnten als diejenige, so nicht umb einiger Übeltat sondern ihres Gewissens halber, welches keinem menschlichen Zwang unterworfen, mit ihrem höchsten Schaden und mit Abandonnirunge alles dessen, so in der Welt dem Menschen am liebsten ist, sich heraus rissen und davon flöhen, mit Güte und Mildtätigkeit aufzunehmen. Wir hielten solches für eine Pflicht unseres Glaubens und Gewissens, wovon wir Gott würden Rechenschaft geben müssen und welche wir jetzo umb so vielemehr zu beobachten hätten, weil wir innerhalb wenig Tagen in unser sieben und sechzigste Jahre treten würden und also dem Ziele unseres Lebens immer mehr und mehr naheten. Zue deme so ist die Art der Persecution, deren man sich jetzo gegen unsere Glaubensgenossen in Franckreich gebrauchet, so gar ungewöhnlich, daß man solange die Welt gestanden und eine Diversität von Religionen gewesen, bei keinen Heiden noch Türken, zu geschweigen bei christlichen Potentaten, ja bei denen allergrausambsten Verfolgern der christlichen Religion dergleichen nicht gesehen. Man hat vormalen und noch jetzo die Evangelischen in den Keyserl. Erblanden — verfolget und auf allerhand Art zum römisch-catholischen Glauben zu zwingen getrachtet, diejenige aber, so lieber das Ihrige verlassen als veränderen und davor das flebile beneficium emigrandi ergreifen wollen, hat man garnicht aufgehalten, viele weniger sie vor Rebellen geachtet, sondern ihnen vielemehr Tür und Tor offen gemachet und sie niemalen reclamiret, auch so wenig uns als andere Reichsstände und Puissancen nie verdacht noch dawieder gesprochen, daß wir sie aufgenommen und ihnen allerhand Advantagen öffentlich gegeben und versprochen. Man saget zwar, I. K. M. ließen uns in unseren Landen mit unseren Untertanen gewähren, solches tun wir billig auch, so gar daß, ungeachtet wir vor einiger Zeit und ehe dieses Werk ausgebrochen, unzählig ersuchet worden, ein Intercessionschreiben an I. K. M. ablaufen zu lassen, wir doch solches nicht tuen wollen, damit es nicht das Ansehen hätte, als wollten wir uns einigermaßen darinnen meliren, und auch weil wir wohl wußten, daß es ohne Frucht sein würde. Wann wir aber wider diejenige Römisch-Catholische, so unter unserem Gebiete wohnen, auf solche Art handeln sollten, wie jetzo unseren Glaubensgenossen in Franckreich geschiehet, so würden wir I^r. K. M. im geringsten nicht verdenken, wann dieselbe diejenige, so sich aus solcher Verfolgunge durch die Flucht salvireten, so wie wir tuen, aufnehmen und tractireten, wir würden solches viele mehr vor eine lobwürdige Action halten. Wiewohl so weit davon ist, daß wir dergleichen jemalen vornehmen sollten, daß wir vielemehr unsere höchste Sorge sein lassen, denen Römisch-Catholischen in unseren Landen, alwo dieselbe seither a. 1624 sich befinden, nicht weniger als unseren eigenen Glaubensgenossen Schutz, Ruhe und Freiheit genießen

zu lassen. — Wir[1]) wollen hoffen, daß auf diese Vorstellungen man sich begreifen und wegen des Edicts keine fernere Klagten führen werde, sollte man aber dennoch dabei verharren, so können wir es anders nicht deuten, als daß man allerhand Praetext suchet, sich der Schuldigkeit, so aus den getroffenen foederibus resultiret, zu entziehen, und müssen solches dahingestellet sein lassen. —

PS.[1]) Auch — schreibet uns unser Generalmajor Briquemault, daß er mit dem Ingenieur Dupuy von Sedan umb in unsere Dienste zu treten reden lassen, er auch bereits sich dahin erkläret, daß er nichts hogers noch liebers wünschete, als in unsere Dienste aufgenommen zu werden. Wan dan derselbe aus Furcht des Gewissenszwangs sich verborgen halten soll, wir aber ihn je eher je lieber hier verlangen, als befehlen wir Euch hiemit gnädigst, im Fall er sich nicht selbst bei Euch angiebet, unter der Hand und in geheim nachforschen zu lassen, wo er anzutreffen, und darauf ferner die möglichste Versuchung zu thuen, es koste was es wolle, damit er aufs forderlichste zu uns anhero kommen moge. —

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 22. Januar / 1. Februar 1686.

[Besorgnis, daß man französischerseits in der pfälzischen Sache zu Tätlichkeiten schreiten werde.]

Die pfälzische Sukzessionssache gerät[2]) infolge der Berichte des Abbé Morel 1. Febr.
und des, wie er glaubt, ungegründeten Verdachts gegen K. Pfalz in immer übleren Stand, so daß zu fürchten ist, daß man zu Tätlichkeiten schreiten und sich mit Gewalt in Besitz setzen oder wenigstens ein Sequester vorschlagen wird. Er bemüht sich nach Möglichkeit dieses abzuwenden, er hat bisher auch keinen bestimmten Grund dazu anzunehmen, daß man wirklich solche Absichten hat, und er hofft, daß, wenn man der Herzogin von Orléans nur einiges Entgegenkommen in betreff der Mobilien zeigen wird, man in betreff der anderen Ansprüche vorläufig keine Tätlichkeiten vornehmen und sich eher zu einer Verständigung bereit zeigen wird.

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 5./15. Februar 1686.

[Drohender Stand der pfälzischen Erbschaftsangelegenheit, das vorgeschlagene Auskunftsmittel.]

Er hat[3]) mit Croissy über die von Kf. auf Grund der Reservation seiner 15. Febr.
Mutter erhobenen Ansprüche auf die pfälzische Erbschaft gesprochen, derselbe

[1]) Das Folgende in Ziffern.
[2]) S. Hirsch, Der Große Kurfürst und der pfälzische Erbfolgestreit (a. a. O. S. 72 f.).
[3]) S. Hirsch, a. a. O. S. 73 f.

erwiderte nur, man müßte sich über Richter einigen, welche die Sache regeln sollten, worauf er ihm einen Auszug aus jener Reservation eingehändigt hat.

Er hat auch mit dem Bischof von Straßburg von dieser Erbschaftssache gesprochen. Derselbe teilte ihm mit, daß der Herzog von Orléans den König um Erlaubnis gebeten hätte, das Herzogtum Simmern, damit nicht das Jahr seit dem Tode des letzten Kurfürsten unbenutzt verfließe, in Besitz nehmen zu dürfen, es sollte dann einigen Reichsfürsten bis zur Entscheidung der Sache in Sequester gegeben werden. Er hat ihm erwidert, daß er von jener Absicht der Besitzergreifung durch den Sekretär des Herzogs von Orléans unterrichtet sei. Der Bischof teilte ihm darauf weiter mit, daß er sowohl dem König als auch dem Herzog die üblen Folgen, welche eine solche gewaltsame Besitzergreifung haben könnte, vorgestellt und geraten hätte, andere Mittel anzuwenden, um die Ansprüche der Herzogin zu sichern, und daß er vorgeschlagen hätte, der Reichstag oder wenigstens einige Kurfürsten sollten die Versicherung ausstellen, daß das Verfließen des Jahres ohne Besitzergreifung den Rechten derselben kein Präjudiz zuziehen sollte, daß er aber nicht wüßte, ob der Reichstag oder die Kurfürsten dazu würden die Hand bieten wollen. Auch der Sekretär des Herzogs hat an demselben Tage mit ihm über diese Sache gesprochen und auch erklärt, die Ansprüche der Herzogin müßten entweder durch ein Sequester oder durch eine Erklärung entweder seitens K. Pfalzs oder des Reichstages oder einiger Kurfürsten gesichert werden. Der Herzog hätte zu Kf. solches Vertrauen, daß er sich im Bedürfnisfall auf ihn verließe. Über die Ansprüche des Kf. auf Grund der Reservation seiner Mutter werde man sich leicht einigen können. Der Bischof von Straßburg hat ihm zu verstehen gegeben, daß die hiesigen Minister nicht über den einzuschlagenden Weg einig wären, daß die einen, dazu gehört Croissy, meinen, durch die Protestationen auf dem Reichstage seien die Ansprüche des Herzogs und der Herzogin genügend gesichert, andere dagegen das Gegenteil behaupten und für den Krieg sind. Er wird sich auf das eifrigste bemühen, die Anwendung gewaltsamer Mittel zu verhüten. Daß man hier auf die erhobenen Ansprüche verzichten sollte, darauf ist gar nicht zu hoffen.

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 8./18. Februar 1686.

[Günstigerer Stand der pfälzischen Erbschaftsangelegenheit. Die vorgeschlagene päpstliche Mediation.]

18. Febr. Der kaiserliche Gesandte Graf Lobkowitz hat ihm soeben mitgeteilt, daß die pfälzische Angelegenheit eine günstigere Wendung genommen hat, daß, wie er durch den Nuntius erfahren hat, der König sich bereit erklärt hat, die Mediation des Papstes anzunehmen, sobald man sehen werde, welchen Erfolg die Vorschläge haben werden, welche man auf dem Reichstage seitens des Königs machen wird, um das Präjudiz zu verhindern, welches der Mangel der Besitzergreifung innerhalb eines Jahres den Ansprüchen der Herzogin von Orléans zuziehen könnte. Graf Lobkowitz zeigte sich sehr erfreut darüber, da daraus zu schließen sei, daß man jetzt hier nicht in Aktion zu treten beabsichtige.

Der Kurfürst an v. Spanheim. D. Potsdam 9. [19.] Februar 1686. (Conc. Meinders.)

[Befehl, über die Gewalttaten in Saarwerden Beschwerde zu führen.]

Er teilt ihm das Reskript [1]) mit, das er wegen der den Evangelischen in Saar- 19. Febr.
werden wider den deutlichen Inhalt des Waffenstillstandes zugefügten Tätlichkeiten und Turbationen an die Gesandtschaft in Regensburg gerichtet hat. Ihm geht diese Sache sehr zu Herzen, da, wenn die Dispositionen des Waffenstillstandes so außer Augen gesetzt werden, dem Reich fast mehr und größere Ursache zu klagen als früher gegeben wird.

Wir wollen jetzo nicht gedenken, was vor blame es I. K. Maj. in Franckreich ohnumbgänglich vor aller Welt zuziehen muß, wann dieselbe dieses kaum geschlossene und noch nicht einmal völlig zum stande gekommene armistitium schnurstracks wieder dero Königl. Zusage und Wort dergestalt violiren lassen. Wir müssen aber dabei billig unsere dem Reich geschworene schwere Pflichten gebührend in Obacht nehmen, haben auch solches umb so viel desto mehr befugte Ursach, nachdem wir uns auf I. K. Maj. in Franckreich selbst eigenes Begehren mit einer specialen Garantie über gedachtes armistitium belegen lassen, und befehlen Euch demnach hiemit in Gnaden, dieses alles dem Marquis de Croissy aufs beweglichste zu Gemüt zu führen und alle diensame remonstrationes anzuwenden, daß man sich doch darunter begreifen, der Justiz und raison gehörigen Platz geben und uns dadurch in dem Stande erhalten möge, in der mit I. K. Maj., welche vermutlich von diesen attentatis keine Wissenschaft, weniger einig Befehl dazu erteilet haben mögen, bis anhero gepflogenen Freundschaft noch ferner beharrlich zu continuiren. —

Der Kurfürst an v. Spanheim. D. Potsdam 16./26. Februar 1686.

[Grundlosigkeit der Anschauungen des Bischofs von Straßburg und der französischen Prätentionen in der pfälzischen Angelegenheit. Mahnung, dieselbe gütlich abzumachen. Rechtfertigung des Vertrages wegen der Quartiere.]

Es befremdet ihn sehr, daß der Bischof von Straßburg in der pfälzischen 26. Febr.
Sukzessionssache solche wunderliche Sentimente zu haben temoigniert, während ihm doch bekannt sein müßte, daß die Herzogin von Orléans, so lange ein pfälzischer Agnat am Leben ist, an diese Sukzession nicht das geringste prätendieren kann, und daß das ganze Fundament, aus dem man die Notwendigkeit einer Besitzergreifung erzwingen will, chimärisch und im Reich ganz unerhört ist. Es bekümmert ihn auch sehr, daß trotz aller seiner Vorstellungen dagegen man französischerseits eine so ungegründete Prätension zum Prätext nehmen will, um das Reich wieder anzugreifen und den eben geschlossenen Waffenstillstand wieder

[1]) S. unten Abschn. V.

über den Haufen zu werfen. Er soll Croissy und dem Bischof von Straßburg dieses alles vorstellen und ihnen remonstrieren, daß das, was man vornehmen wolle, sich rechtlich gar nicht justifizieren lasse und daß verschiedene andere rechtliche Mittel vorhanden wären, durch die die Herzogin ihr vermeintliches Recht ausführen könnte, auch wenn sie dieses nicht bei dem Kaiser tun wollte. K. Pfalz habe viam tractatuum et interpositionis nicht simpliciter ausgeschlagen, sondern nur verlangt, daß der modus procedendi so eingerichtet werde, daß dem Reich und den anderen Interessenten dadurch nicht präjudiziert werde. Er hat ferner zu versichern, daß Kf. überzeugt sei, daß, wenn der König die Besitzergreifung vornehmen sollte, dieses vom ganzen Reiche als eine offenbare Ruptur des Waffenstillstandes aufgenommen werden und zu einem Kriege Ursache geben werde, er, Kf., wünschte mit dem Könige in guter Freundschaft zu bleiben, werde sich aber von der Sache des Reichs nicht trennen. Er hofft, der König werde K. Pfalz, der sich vorläufig über die vorgeschlagene Mediation nur habe dilatorisch äußern können, Zeit geben, nach geschehener Kommunikation mit dem Reich und seinen Agnaten sich näher herauszulassen, zumal da nicht das geringste periculum in mora sei und die Herzogin durch die zu Regensburg übergebene Protestation ihre jura sufficientissime reserviert habe. Er hat dieses besonders dem Bischof von Straßburg vorzustellen und ihn zu ermahnen, daß er seinen Kredit dazu verwenden möge, daß man zu recht- und billigmäßiger Terminierung dieser Sache friedliche Wege erwählen möge.

Auch über die Äußerungen des Bischofs in der Quartiersache [1]) hat er sich sehr verwundert. Der Vertrag, den er deswegen mit dem Herzog von Hannover abgeschlossen hat, beruht auf Recht und Billigkeit, denn es ist immer im Reich Herkommens gewesen, daß, wenn mächtigere Stände in einer Verfassung pro securitate imperii gestanden, die übrigen, nicht armierten, ihnen einen billigen Zuschub dazu getan. Die betreffenden westfälischen Stände haben sich deswegen schon mit ihm verglichen, der Kaiser hat kein so großes Mißfallen und offenbare Opposition bezeigen lassen. K. Cöln hat es mit der Grafschaft Ritberg und anderen Orten ebenso gemacht.

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 1./11. März 1686.

[Unterredungen mit Térat, Sendung Moravas' nach Heidelberg. Die Ansprüche des Kf.]

11 März Er hat mit de Tara [2]), dem ersten Sekretär des Herzogs von Orléans, dem in der Erbschaftsangelegenheit die Leitung übertragen ist, zwei lange Unterredungen gehabt und aus denselben ersehen, daß man hier an dem Anspruch auf die Lehen festhält, daß man wenig geneigt ist, die Mediation des Papstes anzunehmen, sondern ein Schiedsgericht, über dessen Mitglieder sich beide Teile zu einigen hätten, vorziehen würde, daß man sich nicht der Gefahr aussetzen will, wegen nicht erfolgter Besitzergreifung innerhalb eines Jahres auf das petitorium

[1]) S. unten Abschn. V.

[2]) Térat s. Hirsch, a. a. O. S. 77.

beschränkt zu werden, daß man durch die in Heidelberg und Regensburg erhobenen Proteste sich in dieser Beziehung nicht für genügend gesichert hält, sondern entweder die von dem Reichstage geforderte Deklaration verlangt, oder, wenn diese nicht zu erlangen ist, sich mit Gewalt in Besitz setzen will, welches letztere sowohl im Interesse des Reiches als auch von K. Pfalz selbst auf jede Weise zu verhüten wäre. In betreff der Allodial- oder Mobiliarerbschaft will man das Testament des verstorbenen Kurfürsten nicht anerkennen, der Präsident Moras[1]) wird nach Heidelberg geschickt, um die Auslieferung dieses Nachlasses zu verlangen. Die Legate ist man im allgemeinen nicht geneigt anzuerkennen, die Ansprüche, die Kf. auf Grund derselben und der Reservation seiner Mutter geltend macht, will man aus besonderer Rücksicht auf denselben nicht ganz verwerfen, aber man verlangt, daß Kf. darüber hier verhandeln lasse, während er vorgestellt hat, daß dieses viel passender in Heidelberg werde geschehen können.

Der Kurfürst an v. Spanheim. D. Potsdam 24. März / 3. April 1686.

[Berechtigung seiner Beschwerden über Verletzungen des Waffenstillstandes.]

Was Croissy zu Justifizierung des Verfahrens in Saarwerden[2]) angeführt 3. April
hat[3]) ist durchaus nicht zureichend. Der König von Frankreich hat sich in dem Regensburger Waffenstillstand verpflichtet, in den reunierten Orten, besonders quoad ecclesiastica, alles in statu quo zu lassen. Der Waffenstillstand aber hat den Westfälischen Friedensschluß zum Fundament und nach diesem darf, wenn in einem Orte, wo 1624 die reformierte Religion exerziert worden, ein lutherischer oder katholischer Fürst zur Regierung kommt, dieser nur für seine Person und seinen Hofstaat dort das Exerzitium seiner Religion in seiner Residenz anstellen, weiter aber keine Veränderung machen. Außerdem sollen kraft des Waffenstillstandes die reunierten Stände ihre jura in ecclesiasticis et politicis während der Dauer desselben behalten, in diese jura aber würde zum höchsten eingegriffen werden, wenn man sich französischerseits dieses juris circa sacra anmaßte.

Wir möchten zwar mit diesen und dergleichen Querelen Ir. K. M. in Franckreich nicht gern beschwerlich sein und wäre auch woll das beste, wenn man französischer Seite dazu keine so vielfältige Ursach, als bisher geschehen, geben möchte, weil wir aber nicht allein wegen unserer dem Reich geleisteten schweren Pflichten allen demselben zustoßenden Schaden und tort soviel möglich abzuwenden haben, unser Christ-fürstliches Gewissen uns auch verbindet, unserer Glaubensverwandten in ihren unschuldig erleidenden Bedruck uns soviel müglich anzunehmen, und überdem I. K. M. uns vor-

[1]) Frémyn de Moravas, Präsident des Metzer Parlaments, s. ebendaselbst S. 78.

[2]) S. oben S. 81.

[3]) Croissy hatte, wie Sp. am 8./18. März berichtet, auf seine Vorstellungen in dieser Angelegenheit erwidert, diese gehöre gar nicht hierhin, sondern nach Regensburg, und dabei bemerkt, es sei ärgerlich, wenn ein Bundesgenosse des Königs solche angeblichen oder übertriebenen Klagen gegen dessen Verhalten vorbringe.

längst eine absonderliche Versicherung erteilet, daß quoad ecclesiastica in mehrged. reunierten Landen nichts immutiert werden solle, so werden uns höchstged. I. K. M. verhoffentlich auch nicht verdenken, wann wir auf inständiges und bewegliches Ersuchen der Gravirten mit geziemenden Glimpf Ihro die Notdurft diesfalls vorstellen und Sie in einer uns so hoch touchirenden Sache umb Erfüllung Ihrer Königl. parole ersuchen lassen, bevorab da wir auf deroselben selbsteigenes Ersuchen die Specialgarantie über gedachtes armistitium über uns genommen und uns verhoffentlich nicht zugemutet werden wird, daß wir solche Garantie zwar en faveur I^r. K. M. praestiren, hergegen aber, wenn man zu des Reichs Präjudiz directe dawider handelte, gar stille dazu schweigen sollten.

Er hat dieses Croissy ferner aufs beweglichste vorzustellen und sich zu bemühen, daß man künftig wie in allen anderen Punkten, so auch besonders des Religionswesens halber dem armistitio genau nachlebe. Mit der Regensburgischen Gesandtschaft hat er fleißig zu kommunizieren.

---

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 23. April / 3. Mai 1686.

[Beschwerden gegen Kf. wegen Verzögerung der Auslieferung der pfälzischen Erbschaft.]

3. Mai Croissy hat[1]) sich aufs neue sehr heftig darüber beschwert, daß Kf. allein fortfahre, sich der Auslieferung der Erbschaft an die Herzogin von Orléans zu widersetzen, und so K. Pfalz den Vorwand zu bieten, dieselbe zu behalten und zu verschleudern. Auch de Tara hat in gleicher Weise zu ihm gesprochen und ihm einen Bericht Moras' gezeigt, in dem dieser sich darüber beschwert, daß Mandelslohe[2]) auf seine Vorschläge nicht eingehen wolle und sogar noch neue Prätensionen vorbringe, und er hat vergeblich denselben zu rechtfertigen gesucht.

Il est incroyable d'ailleurs, combien cette affaire de cette succession mobiliaire et le retard prétendu à mettre Madame en possession, fait du bruit icy à la cour, et donne prétexte d'en faire également un grand grief contre V. A. El. et l'Electeur Palatin. J'ay deja mandé, que le Roy à l'égard de cet Electeur en avoit parlé en des termes fort ressentis au dernier Envoyé Palatin, le Commandeur de Golstein. D'ailleurs on n'avoit pas moindre passion par deça pour avoir le cabinet des medailles antiques pour le Roy et je n'oserois pas repondre, si toutes les mesures que j'avois prises à ce qu'il demeurast malgré tout cela à V. A. El., ne seront point rompues.

[1]) S. Hirsch, a. a. O. S. 78 f.

[2]) Hofrat Philipp Ernst v. Mandelslohe, Bevollmächtigter des Kf. in der pfälzischen Erbschaftssache.

Der Kurfürst an v. Spanheim. D. Cölln 24. April / [4. Mai] 1686.

[Rechtfertigung seines Verhaltens in der pfälzischen Erbschaftssache. Seine Forderungen.]

Es geschieht ihm darin Unrecht, daß man in Frankreich ihm allein die Schuld davon imputieren will, daß Madame die ihr zukommende Erbschaft noch nicht erlangt hat, und es kann ihm nicht verdacht werden, daß er das, was ihm aus der Erbschaft des verstorbenen Kurfürsten rechtlich zusteht, zu erlangen sich bemüht. Er erklärt nochmals, daß er Madame keineswegs die Sukzession in mobilibus und allodio disputieren noch deren Extradition hindern will, was er besonders dadurch gezeigt hat, daß er auf seine wohl fundierte Prätension auf das Allod Friedrichs IV. bis auf eine geringe souvenance einiger tableaux verzichtet hat, wenn er nur zu dem, was ihm legiert ist und von Rechts wegen zusteht, ohne ferneren Aufenthalt gelangen kann. Er verlangt nur das, was ihm der verstorbene Kurfürst nominatim legiert hat [1]), die Tapisserie von Julius Cäsar, das Kabinett mit den Medaillen und die muskowitische Schale, wegen der Stücke wird er Madame, die sie doch nicht ererbt, nicht beschwerlich fallen, sondern sich darüber mit K. Pfalz vergleichen. 4. Mai

---

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 10./20. Mai 1686.

[Ursachen des Mißtrauens Frankreichs gegen Kf.]

Man würde sich mit seinen Remonstrationen über den Einschluß des Kf. in den Vertrag der Generalstaaten mit Schweden beruhigt haben, wenn nicht d'Avaux' Berichte [2]) neuen Argwohn erregt hätten. 20. Mai

Ce que j'en puis juger jusques icy c'est qu'en effet on n'y a point envie de rompre avec V. A. El., que cependant les préjugés, où on est entré par deça depuis quelque temps et sur les divers advis mal fondés, qui leur viennent à la traverse d'un costé et d'autre de ses dispositions moins favorables envers la France et à changer, comme on dit, de parti, les rendent plus susceptibles des moindres ombrages, comme il est arrivé dans cette affaire de l'inclusion, et en diminuent la confiance. Que l'estat present, où on est par deça avec la Suede, l'extension de cette même inclusion, approuvée de la part de V. A. El. andelà de cette du Traitté d'Elbing, sur laquelle on ne trouvoit rien à redire de ce costé cy, le refus jusques icy des Estats à ratifier le Traitté avec Danemare, les défiances et les préjugés où on est tousjours heurté par deça, quoy qu'on leur puisse dire, en tout ce qui peut regarder le Prince d'Orange et les interests, dont il se mesle, les bruits ou les soupçons, que l'envoy des troupes en Hongrie ne tirast apres soy d'autres engagemens plus forts avec l'Empereur, le prejugé que l'argent des subsides de France se distribuoit en gratifications aux Sujets du Roy refugiés pour la religion et à les attirer

[1]) S. Hirsch, a. a. O.

[2]) S. Negotiations du Comte d'Avaux in Hollande V, S. 130.

par là, celuy que le retard de l'extradition de la Succession Allodiale de Madame depuis l'envoy et l'arrivée de deux mois à Heidelberg du President Moras ne venoit uniquement que de la part de V. A. El., les plaintes qu'on feroit d'abord eclatter d'un costé et d'autre sur les moindres choses contre la conduite de la France et sur tout cela les mauvois offices ou advis mal fondés susmentionnés de plusieurs de leurs Ministres et Correspondans dans les Cours étrangères pour en paroistre bien zelés ou bien informés, ont concouru en même temps pour leur donner lieu de croire ou de craindre par deça, que V. A. El. avoit peu d'envie de continuer avec la France dans la même amitié et intelligence passée et pour en affoiblir de ce costé cy, comme j'ai dit, la confiance deüe.

Er hat in seinen Unterredungen mit Croissy sich bemüht, diese vorgefaßten Meinungen zu widerlegen und ihn der wahren Absicht des Kf., an der Allianz mit Frankreich festzuhalten, zu versichern, und wird damit fortfahren.

Der Kurfürst an v. Spanheim. D. Potsdam 1./[11.] Juni 1686.

[Auf die Relation vom 21./31. Mai [1]). Die Bedingungen, unter denen er an der Freundschaft mit Frankreich festzuhalten bereit ist.]

11. Juni Befehl, dem König wegen Besserung seiner Gesundheit ein Compliment zu machen.

Im übrigen haben Wir auch aus oberwähnter Eurer gehorsamsten Relation gerne vernommen, daß man nunmehr aldort von Unserer gegen die Cron Franckreich bisher gehaltenen Conduite etwas equitablere Gedanken zu fassen beginne, auch zu dessen Bezeigung resolviret habe, von denen nachständigen Subsidien etwas in Abschlag zahlen zu lassen. Wir finden auch dasjenige, was Ihr auf die nach und nach diesfalls wider uns geführte gravamina geantwortet, Unserer gnädigsten Intention allerdings gemäß und verbleiben auch nachmalen des Erbietens, daß, gleichwie Wir bisher denen mit I. K. M. in Franckreich aufgerichteten foederibus niemalen und in keinem Dinge zuwider gehandelt haben, also Wir auch noch ferner in solcher mit I. M. gepflogenen guten Freundschaft und Intelligenz nach Einhalt der Tractaten gerne continuiren wollen, wenn man sich nur auch hergegen gegen Uns und das Reich dergestalt beträget, wie es das Instrumentum Pacis, das Regensburgische armistitium und diejenige pacta con-

[1]) In derselben hatte Sp. gemeldet, daß Croissy ihm angezeigt habe, der König habe Befehl erteilt, ein Quartal der Subsidien (125 000 Livres) an Kf. zu zahlen, er fürchte aber, daß die Nachrichten von der beabsichtigten Reise des Kf. nach dem Haag und der von ihm veranlaßten Herbeiziehung schwedischer Truppen sowie anderer mit der französischen Allianz unvereinbarer Maßregeln eine Änderung darin hervorbringen könnten. S. die Schreiben Ludwigs XIV. an Rébenac vom 25. und 30. Mai 1686 (S. 1114 ff.).

venta, worauf das nachbarliche Vernehmen zwischen dem Reich und der Cron Franckreich stabiliret ist. erheischet und mit sich bringet, dessen Ihr obged. Marquis de Croissy in Unserm Namen nochmalen versichern könnet. —

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 18./28. Juni 1686.

[Beschwerde Croissy's über die an v. Jena in Regensburg erteilten Befehle.]

Croissy hat ihm, nachdem er demselben das Reskript des Kf. vom 1. Juni 28. Juni
mitgeteilt hatte, in ihrer letzten Unterredung am 25. Juni mitgeteilt, daß der König über die in demselben enthaltenen freundschaftlichen Versicherungen des Kf. sehr erfreut gewesen sei, daß zu diesen aber sehr wenig die Befehle des Kf. an v. Jena[1]) in Regensburg und das infolge derselben ganz veränderte Verhalten desselben, namentlich in bezug auf die securitas imperii und die Beschwerden über angebliche Kontraventionen von französischer Seite stimmten, infolge deren man in Regensburg schon von einem vollständigen Parteiwechsel des Kf. und von einem Abkommen desselben mit dem Kaiser über seine Ansprüche auf Jägerndorf spreche. Der König habe ihn beauftragt, mit ihm darüber zu reden, er hoffe, daß diese Befehle nur durch den Ärger über die früheren Mißhelligkeiten veranlaßt seien und daß sie jetzt, wo man versicherte, wieder in der Freundschaft und der Allianz mit Frankreich verbleiben zu wollen, geändert oder gemäßigt werden würden. Wegen der angeblichen Kontraventionen habe man sich französischerseits immer bereit erklärt, dieselben in Regensburg durch eine Kommission prüfen und erledigen zu lassen.

Er hat erwidert, daß er über diese Regensburger Angelegenheit nicht näher informiert sei, aber ihm auseinandergesetzt, daß Kf. das Recht und die Pflicht habe, sich für die Beobachtung des Waffenstillstandes zu interessieren und sich geschädigter Reichsstände anzunehmen, und hat speziell das Verfahren gegen die Grafen von Nassau[1]) als ungerechtfertigt nachzuweisen gesucht. Croissy kam darauf wieder auf die Befehle an Jena zurück, sprach die Hoffnung aus, daß Kf. dort nicht eine von seiner früheren so abweichende, derjenigen der eifrigsten Anhänger des Hauses Österreich gleichförmige und seinen freundschaftlichen Versicherungen widersprechende Haltung einnehmen werde. Dagegen tat er diesmal der Nachrichten von einem zwischen dem Kf. und dem Kaiser abgeschlossenen Vertrage keine Erwähnung.

[1]) S. unten Abschn. V.

[1]) S. unten Abschn. V. Vgl. den Bericht Rébenacs vom 22. Juni und das Schreiben Ludwigs XIV. an denselben vom 27. Juni 1686 (S. 1123 ff.).

Der Kurfürst an v. Spanheim. D. Homburg 26. Juni / [6. Juli] 1686.

[Auf seine Relation vom 7./17. Juni. Annahme der Anerbietungen der Herzogin von Orleans in der pfälzischen Erbschaftssache.]

6. Juli Er hat aus seiner Relation ersehen, daß de Taras sich endlich herausgelassen, Madame wolle dem Kf. außer dem Cabinet des medailles antiques auch die moskowitische Schale lassen, wenn er seine weiteren Ansprüche würde fallen lassen. Sollte weder die tapisserie noch als Äquivalent die modernen Medaillen zu erlangen sein, so soll er die alten Medaillen und den moskowitischen Becher annehmen und womöglich noch einige rare tableaux für Kf. bedingen und solchergestalt schließen, doch unter der Bedingung, daß diese Stücke sofort bei Extradierung des inventierten allodii ausgehändigt würden, da er endlich aus dieser verdrießlichen Sache in der Güte zu kommen wünscht Er hat Mandelsloh eine Abschrift dieser Instruktion geschickt und ihn beauftragt, des Kf. Erklärung vorläufig zurückzuhalten, bis er von ihm erfahren haben wird, wie weit es dort hat gebracht werden können. Wenn dort erwähnt worden ist, daß des Kf. Mutter über ihre Mitgift 1614 noch 13 000 Fl. erhalten habe, so ist davon hier im Archiv nichts zu finden gewesen, überdies hat die Vermählung seiner Mutter erst 1616 stattgefunden und es ist auch fraglich, ob ihre Mitgift wirklich gezahlt worden ist.

Der Kurfürst an v. Spanheim. D. Lünen 6./16. Juli 1686. (Conc. Meinders.)

[Widerlegung der gegen ihn erhobenen Beschwerden, Befehl, in glimpflicher Weise seine Handlungsweise zu rechtfertigen.]

16. Juli Aus seinen letzten Relationen hat er ersehen, daß man am dortigen Hofe mit seinen nach Regensburg in puncto securitatis publicae und auch wegen der vom Deutschen Orden und anderen reunierten Reichsständen in causis politicis et ecclesiasticis geführten Beschwerden ergangenen Ordern nicht zufrieden zu sein bezeugt, ihm daher eine Änderung in seinen consiliis und der mit dem König bisher kultivierten Allianz und Freundschaft imputiert und dafür halten will, daß er davon ganz abgetreten sei und jene und andere Dinge nur dem Hause Österreich zu gefallen befördern lasse. Zwar hat Sp. auf diese ungegründeten Beschuldigungen mit so soliden Gegenremonstrationen geantwortet, daß man billig damit zufrieden sein und ihn weiter damit verschonen könnte, er ist auch in allen diesen Materien bereits genugsam informiert, so daß es ihm an beständigen rationibus, um solche Anklagen zu widerlegen, nicht ermangeln kann, besonders wird er aus dem Reskript, das Kf. kurz vor seiner Abreise von Berlin in puncto securitatis publicae an ihn hat ergehen lassen, ersehen haben, was für eine Bewandnis es mit dieser Sache hat und daß er darin keine andere consilia als früher und wozu ihn das Interesse des Reichs und seine Pflicht gegen das Vaterland verbinden, geführt hat. Er muß daher fast dafür halten, daß man dort andere consilia führe und entweder seine

Freundschaft und die Kontinuation der mit ihm gemachten Allianz, nachdem man durch das armistitium seinen Zweck erreicht hat, für unnötig und überflüssig erachte oder gar Prätexte suche, um ihm allerhand Händel zu suszitieren. Er muß dieses alles Gott und der Zeit befehlen und sich mit der Aufrichtigkeit seiner Konduite trösten, zumal er noch auf diese Stunde bei seinem kurfürstl. Wort behaupten kann, daß er den foederibus mit vollkommener exactitude nachzuleben und dawider in keinerlei Weise zu handeln gesonnen ist. Er schreibt diese Imputationen aber keineswegs dem König und dessen ihm bekannter Generosität, sondern einiger bekannter ministrorum Passionen und Affekten oder auch übler Information und Ignoranz zu. Denn obgleich er den aufgerichteten Allianzen optima fide ein Genügen zu leisten gemeint ist, so ist doch dabei zu attendieren, daß er 1. eine reziproke Aufrichtigkeit und Erfüllung dessen, was in der Allianz versprochen, von der anderen Seite zu verlangen befugt ist;

2. daß er durch die mit dem König gemachten foedera sich niemals dazu engagiert hat, daß ihm nicht freistehen sollte, mit seinen alten Freunden und Alliierten ebenso gute Freund- und Nachbarschaft zu pflegen und die früheren Bündnisse mit denselben zu erneuern;

3. solche Bündnisse der Allianz mit dem König keineswegs zuwiderlaufen;

4. daß ihm niemals in den Sinn gekommen ist, sich durch die foedera mit dem König so die Hände zu binden, daß er seine Pflichten gegen Kaiser und Reich aus den Augen setzen sollte;

5. daß er sub hac expressa conditione und in der sicheren Hoffnung, daß der König seinerseits dem armistitio gemäß mit dem Reich und dessen Ständen leben werde, die Garantie desselben übernommen habe;

6. daß der punctus securitatis publicae keine neue Materie noch eine solche sei, die dem König Ombrage verursachen könnte, da sie allein die Maintenierung des Waffenstillstandes und die natürliche Defension des Seinigen zum Objekt hat.

Daß 7. er wegen der Gravamina gegen Frankreich vor anderen öfters behelligt wird, da er das armistitium so eifrig befördert hat, und daß er nichts anderes hat proponieren und votieren lassen, als was dem klaren Inhalt desselben und der Zusage des Königs gemäß und wozu er ihn selbst durch die von ihm erteilte Garantie verpflichtet hat.

Sollten trotzdem von den Königl. Ministern solche Dinge, wozu ihn die natürliche Pflicht und die foedera verbinden, als Kontraventionen derselben und als eine complaisance gegen das Haus Österreich gedeutet, unter solchem Vorwand ihm alle Gegenprästationes entzogen, ja er gar mit widrigen Imputationen beschwert werden, so kann er nicht absehen, wie er einen solchen wider alle Vernunft laufenden nexum agnoszieren und sich darin weiter verwickeln könnte.

Ihr habet dieses alles und was Wir Euch sonsten mehr von diesen Dingen rescribiret, mit aller Moderation und nach Eurer bekannten Dexterität, wenn es à propos und zu statten kommt, zu Defendierung und Justification Unserer aufrichtig innocenten Conduite und zu Widerlegung allerhand ungegründeten Spargementen zu beobachten, denn Wir unseres Teils zu keinen Collisionen oder einig Änderung befugte Ursach geben, sondern

was Wir versprochen und zugesagt sancte halten, dergleichen aber auch von anderen gewärtig sein, im übrigen aber als ein teutscher freier Churfürst des Reichs uns stets nach allem Vermögen und äußersten Kräften mainteniren und uns dabei allezeit auf des Höchsten Beistand und unsere gerechte Sache verlassen werden. —

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 8./18. Juli 1686.

[Audienz beim König, Gespräch mit Croissy. Verschiedenartiger Verdacht gegen Kf.]

18. Juli Er hat gestern bei dem König in Versailles Audienz gehabt, über deren Verlauf der beiliegende Bericht[1]) nähere Kunde gibt. Auch Croissy, mit dem er nachher gesprochen, hat ihm zu verstehen gegeben, daß Verträge des Kf. mit dem Kaiser nicht vereinbar zu sein schienen mit seiner Allianz mit Frankreich, daß auch seine Reise nach Cleve und die beabsichtigte Zusammenkunft mit dem Prinzen von Oranien, sowie die an die Gesandtschaft nach Regensburg in betreff der securitas imperii erteilten Befehle den Interessen des Königs zuwider seien, und er hat mit seinen Gegenvorstellungen wenig ausgerichtet. Er ersieht aus allem, daß man hier von dem Traktat des Kf. mit dem Kaiser vermutet, daß er weiter gehe, als man ihnen sagt, daß man auch in betreff der Vorgänge in Regensburg, der Reise nach Cleve und der Mitteilungen an Rébenac an denselben Vorurteilen

[1]) Nach demselben erwidert der König auf seine Anzeige von dem Vertrage des Kf. mit dem Kaiser wegen Befriedigung seiner Ansprüche auf die schlesischen Fürstentümer: „Qu'Elle seroit toujours bien aise d'apprendre la satisfaction de V. A. El., que cependant Elle n'avoit pu qu'estre surprise d'entendre, que V. A. El. eust fait un traitté avec l'Empereur, qu'Elle ne pouvoit que juger assez incompatible avec l'alliance qu'Elle avoit avec V. A. El. Que Sa Maj. estoit veritablement en paix avec l'Empereur et avoit même temoigné d'estre bien aise des secours donnés par les princes chretiens contre le Turc bien loin de s'y opposer. Que cependant les demarches et la conduite qu'on tenoit à son égard de la part de la cour de Vienne ne pouvoient que lui rendre suspectes les mesures qu'on prenoit avec elle et surtout quand celles-là venoient de la part de son allié et ainsi que, quoy qu'Elle seroit fort bien aise des satisfactions de V. A. El., Elle devoit craindre en cette occasion et par d'autres demarches qui paroissoient depuis quelque temps, qu'elles ne fussent préjudiciables à ses interests et à son alliance. Er habe darauf erwidert, Kf. hätte im Interesse seines Hauses diese Gelegenheit, seine Ansprüche geltend zu machen, benutzen müssen. Kf. habe bisher keine andere Absicht gehabt, als sich die Freundschaft und das Wohlwollen des Königs zu erhalten, an den Verträgen mit demselben festzuhalten, in der Erwartung, daß die Gegenverpflichtungen erfüllt würden, und für die Aufrechterhaltung des Waffenstillstandes zu wirken. Er habe sodann dem König angezeigt, daß er die Erlaubnis erbalten habe, auf einige Wochen zu verreisen, daß er auch Kf. in Cleve zu sehen hoffe, und er habe angefragt, ob der König ihm Aufträge erteilen wolle, dieser aber habe nur erwidert, er würde sich sehr darüber freuen, daß Kf. Satisfaktion erhalten habe, wenn diese im Einklang mit der mit ihm geschlossenen Allianz bliebe, und daß er in seinem Verhalten zu dem Kf. sich nach dessen Verhalten richten werde. Darauf habe er ihm Komplimente an Kf. aufgetragen und ihm eine gute Reise gewünscht. Vgl. Ludwigs XIV. Schreiben an Rébenac vom 11. Juli 1686 (S. 1131).

festhält, daß besonders die Rüstung des Kaisers ihnen den größten Verdacht erregt. und daß sie auf die ihnen deswegen gemachten Vorstellungen nicht hören wollen, daß gerade dieser Punkt die weitere Subsidienzahlung verhindert, daß man im übrigen das Ergebnis der Reise nach Cleve abwarten wird. Er weiß daher vorläufig kein anderes Heilmittel. als die Zeit und die Konjunkturen, die etwa zur Beseitigung dieses Argwohns günstig sein sollten, handeln zu lassen, zumal da man vorläufig jedenfalls nicht die Absicht hat, mit Kf. zu brechen.

Er gedenkt noch heute die Reise nach Spaa anzutreten und hofft, von dort aus dem Kf. in Cleve aufwarten zu dürfen.

---

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 8./18. Juli 1686.

[Térats Mitteilungen über Befriedigung der Ansprüche des Kf.]

Tara hat ihm mitgeteilt, daß [1]) nachdem Moras nicht nur in die Aus- 18. Juli
lieferung der alten, sondern auch der modernen Medaillen (mit Ausnahme der Doubletten), sowie der moskowitischen Schale an Kf. eingewilligt habe, diese Sache als erledigt anzusehen sei. Auch er hofft dieses nach den letzten Nachrichten aus Heidelberg. Wenn nicht Tara. den er von früher her kennt, und der ein traitabler und intelligenter Mann ist, diese Sache in Händen hätte, würde man schwerlich so weit gekommen sein, denn der Herzog von Orléans selbst war sehr aufgebracht über die angeblich durch Kf. veranlaßte Verzögerung der Auslieferung des Mobiliars und wollte kein Recht des Kf. anerkennen, und der Herzogin hat er auch Mühe gehabt, dasselbe Vorurteil zu benehmen, außerdem hat sie geringen Einfluß [2]).

Instruction, wornach unser — Würcklicher Geheimbter Rat und Envoyé extraordinaire, — Ezechiel von Spanheimb bei Fortsetzung seiner Negotiation am Königl. französchen Hofe sich untertänigst zu achten. D. Wesel 10./20. August 1686 [3]).

[Befehl, den König der freundschaftlichen Absichten des Kf. zu versichern, dessen Reise nach Cleve nicht weiter zu rechtfertigen, auf Zahlung der Subsidien und Satisfaktion für Wegnahme des Morian zu dringen, wegen seiner Bedienten mit den Gesandten der anderen evangelischen Mächte Hand in Hand zu gehen, auf Abstellung der Verletzungen des Waffenstillstands zu dringen.]

1. Nach seiner Rückkehr nach Paris hat er den König in einer besonderen 20. Aug.

---

[1]) S. Hirsch, Der Große Kurfürst und der pfälzische Erbfolgestreit (a. a. O. S. 81 f.).

[2]) Kf. schreibt an Sp. (d. Wesel 9./19. Juli 1686), wie dieser von Mandelsloh erfahren haben werde, habe sich M. mit Moravas gänzlich verglichen. Er habe dieses Abkommen ratifiziert, und es sei ihm sehr lieb, daß auch dieser Stein des Anstoßes aus dem Wege geräumt sei, Sp. solle deswegen dem Herzog und der Herzogin von Orléans ein Kompliment machen.

[3]) Vgl. Rébenacs Bericht vom 20. August 1686 (S. 1144 f.). Pagès, S. 579 f.

Audienz der beständigen Affektion und Dienstfertigkeit des Kf. zu versichern, ihm gute Gesundheit zu wünschen und zu erklären, daß Kf. noch alle Wege des beständigen Vorhabens sei, die mit dem König bisher gepflogene gute Intelligenz und Freundschaft nach Inhalt der Traktaten unverbrüchlich zu unterhalten, in der Hoffnung, daß auch der König dergleichen zu tun geneigt sein werde. Auch den Marquis de Croissy und andere Minister hat er der estime und affection des Kf. zu versichern.

2. Betreffend die von der gegenwärtigen Reise des Kf. in Frankreich geschöpfte Ombrage hat er sein Kompliment bei dem König und den Ministern so einzurichten, daß es nicht das Ansehen habe, als wenn Kf. sich deswegen exkusieren oder eine affektierte unnötige Apologie, welche wohl gar für eine eigene Anklage und Zeichen eines bösen Gewissens ausgedeutet werden möchte, darüber anstellen wollte. Sollte man aber dort aus eigenem Antriebe ihm deswegen etwas vorwerfen oder eine neue Ursache zu klagen daraus erzwingen, so weiß Sp., daß hier gar nichts vorgegangen ist, worüber man sich in Frankreich mit Fug formalisieren kann, und daß Kf. sich auch gar nicht schuldig erachten kann, jemanden, er sei wer er wolle, Rede und Antwort zu geben, aus was Ursachen er in diese oder andere ihm gehörige Lande reise und seine Regierungsgeschäfte in Obacht nehme, am wenigsten vermuten kann, daß man seine habitudes in Frankreich so limitieren wolle, daß ihm nicht einmal freistehen sollte, seinen nahen Verwandten, den Prinzen von Oranien, mit dem er ratione successionis seiner Kinder erster Ehe so wichtige gemeinsame Interessen hat, bei dieser seiner Anwesenheit in der Nähe zu sehen und zu sprechen. Sp. hat sich daher deswegen in keine weitläufige Rechtfertigung einzulassen, sondern nur die Sache, so wie sie an sich selbst ist, naturellement vorzustellen und zu kontestieren, daß Kf. alle Spargemente, die dieser Reise wegen auf die Bahn gebracht werden könnten, auf ihrem Ungrund beruhen ließe und es endlich dahin gestellt lassen müßte, wenn man in Frankreich mehr solchen böswilligen Gerüchten als seinen aufrichtigen Sinzerationen Glauben beimessen wollte.

3. Kf. muß, ebenso wie er die Traktaten auch ferner observieren gemeint ist, auch von dem Könige verlangen, daß er seine Zusage in betreff der Zahlung der Subsidien, welches eines von den essentiellsten Stücken des Traktats und worin fast die einzige douceur, so er bei diesem sonst nicht wenig odieusen Engagement gehabt, besteht, erfülle. Sollte es aber daran noch ferner fehlen, so muß er sich endlich darein schicken, Sp. hat sich bei Sollizitierung der Subsidien nur auf den klaren Inhalt der Traktaten zu beziehen, sonst aber von allen niedrigen Expressionen, als ob es dem Kf. darum so hoch zu tun sei oder als wenn er bei Abgang derselben an seinem Staat auf eine oder andere Weise inkommodiert werde, zu abstrahieren.

4. Was Kf. wegen des weggenommenen Schiffes Morian zu prätendieren hat, ist schon oft asseriert worden. Sollte er trotz alles ferneren Remonstrierens keine zureichende Satisfaktion erlangen können, so soll Sp. neben der Restitution des Schiffes so viel, als man pro ultimato an Geld geben will, akzeptieren und das Schiff so gut als möglich in Brest zu verkaufen suchen.

5. Wegen des Fürstentums Oranien muß Sp. auf alles, was desfalls weiter vorgeht, fleißige Obacht geben, was dort wider des Prinzen und der Kinder des

Kf. Interesse vorgenommen wird, durch diensame Mittel und Remonstrationen abzuwenden suchen oder, wenn dieses nichts verfangen sollte, die dem Prinzen und dessen Erben zustehenden jura protestando reservieren, auch soviel möglich den dortigen bedrängten Glaubensgenossen Beistand leisten.

6. Betreffend die Sp. wegen seiner Domestiken auf des Königs Befehl zugegangene Anzeige, so läßt Kf. mit den anderen evangelischen Puissancen deshalb kommunizieren und wird, wenn er von deren Sentimenten nähere Nachricht erhalten, Sp. mit genauerer Instruktion deswegen versehen. Vorläufig hat er mit den anderen in Paris befindlichen evangelischen ministris die Sache ferner zu überlegen und mit ihnen de concert zu gehen, auch sich zu bemühen, daß dem juri legationum kein so präjudizierlicher Eintrag geschehe und diese armen Domestiken nicht der ihnen zugedachten Gewissensmarter sakrifiziert werden

7. Wegen der mecklenburgischen Quartiersache soll er sich bemühen, mit Herzog Christian Ludwig zu einem billigen Vergleich zu gelangen.

8. Wegen der von Frankreich wider das armistitium vorgenommenen Kontraventionen soll zwar bei den bevorstehenden Grenztraktaten geredet werden, da diese aber noch in weitem Felde sind, die Kontraventionen aber immer zunehmen und ganz notorisch sind, so daß es nicht sowohl langwierigen Traktierens, sondern schleuniger Remedierung bedarf, soll Sp. dieses alles aufs beweglichste vorstellen und sich dabei des beifolgenden, von den evangelischen Ständen in Regensburg dem Grafen Crecy übergebenen Memorials [1]) bedienen.

9. Sp. soll seine Negotiation am französischen Hofe bis auf fernere Verordnung fortsetzen und sein bisheriges Gehallt und Subsistenzgelder behalten, die er aus den Subsidien oder, wenn diese nicht weiter erfolgen sollten, aus anderen gewissen Gefällen beziehen soll. Wenn diese seine Funktion über kurz oder lang sich endigen und Kf. ihn nicht anderwärts zu gebrauchen gut finden sollte, hat er sich zu Kf. zu verfügen und die ihm als Wirklichem Geheimem Rat anvertraute Charge gleich seinen anderen Kollegen zu respizieren.

---

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 10./20. September 1686.

[Gespräch mit Croissy über die Hamburger Angelegenheit.]

Er hat heute mit Croissy gesprochen, derselbe hat ihn sehr freundlich emp- 20. Sept.
fangen, seine Versicherungen der aufrichtigen Absicht des Kf., das gute Einverständnis mit dem Könige aufrecht zu halten, gebührend entgegengenommen und ihn der gleichen Absicht des Königs versichert, ohne Zeichen des Mißtrauens hinzuzufügen. Cr. hat dann von selbst mit ihm über die Hamburger Sache gesprochen, er erklärte, der König hätte nichts davon gewußt, mißbilligte das Unternehmen, hätte seine Gesandten Chivernet, Rébenac und Bidal beauftragt [2]), sich zu bemühen, die Sache beizulegen, darauf hätte der König von Dänemark

[1]) S. unten Abschn. V.

[2]) S. die Schreiben Ludwigs XIV. an Rébenac vom 12. und 16. September 1686 (S. 1149 f., 1154 f.).

den Plan, die Stadt zu bombardieren, aufgegeben. Die Stadt Hamburg hätte an den König geschrieben und dieser hätte in seiner Antwort angedeutet, es würde ihm lieb sein, wenn diese Sache beendet würde und sein Bundesgenosse, der König von Dänemark, etwas Satisfaktion erhielte. Auf seine Bemerkung, es dürfte nichts beansprucht werden, was die Privilegien und Rechte der Stadt und die Interessen der benachbarten Fürsten, darunter auch des Kf., verletzen könnte, meinte Cr., das Akkommodement könnte durch eine Satisfaktion in Geld zustande gebracht werden. Er hat ihm, obwohl er seit seiner Abreise von Cleve und Wesel darüber nicht besonders instruiert worden ist, vorgestellt, worin die Interessen des Kf. in dieser Angelegenheit ihm zu bestehen scheinen. Cr. zeigte sich keineswegs unzufrieden mit dem Verhalten des Kf., bestritt sogar die Richtigkeit der, wie er sagte, aus dem Haag verbreiteten Gerüchte, daß Rébenac befehligt wäre, deswegen dem Kf. unangenehme Dinge zu sagen.

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 24. September/4. Oktober 1686.

[Neue Beschwerden Croissy's, besonders über die Augsburger Allianz. Audienz beim König. Subsidienzahlung. Mitteilungen Meyercrohns und Lobkowitz'.]

4. Okt. Er ist Dienstag, den 1. Oktober, in Versailles gewesen und hat Croissy über den günstigen Erfolg der Bemühungen des Kf., die Hamburger Angelegenheit beizulegen, unterrichtet. Cr. teilte ihm mit, daß er darüber auch schon von Rébenac[1]) Nachricht erhalten hätte, und fügte hinzu, man tue in Wien sehr unrecht, seinen König zu beschuldigen, an dieser Unternehmung des Königs von Dänemark beteiligt zu sein; wenn dieses der Fall gewesen wäre, würde man andere Maßregeln ergriffen haben. Als ihm Cr. darauf anzeigte, daß er am nächsten Tage die gewünschte Audienz beim König haben sollte, hat er ihm die Aufträge, welche er von Kf. für diesen erhalten, mitgeteilt und zugleich angeführt, was Kf. von dem Könige, namentlich in betreff der Subsidienzahlung, erwarte. Darauf behauptete Cr. wieder, verschiedene Vorfälle: das Verhalten des Kf. gegenüber den Religionsangelegenheiten in Frankreich und die Verbindung desselben mit Holland und dem Kaiser, ließen erkennen, daß man bei der nächsten Gelegenheit Kf. auf der Seite der Gegner Frankreichs finden werde. Sein König allerdings wünsche Aufrechterhaltung des Friedens im Reiche, aber es würden Bündnisse geschlossen[2]), die geradezu gegen ihn gerichtet wären, es würde jetzt auch davon gesprochen, daß Truppen nach Schwaben geschickt werden sollten, in diesem Falle aber werde sein König nicht den beabsichtigten Angriff abwarten, sondern ihm zuvorkommen. Er hat darauf zunächst das Verhalten des Kf. gegenüber seinen Glaubensgenossen in Frankreich gerechtfertigt, dann aber auch die Grundlosigkeit der anderen von Cr. vorgebrachten Beschwerden nachzuweisen gesucht. Seitens Frankreichs und des Reiches müsse man sich an die Verträge und an die beiderseits eingegangenen

[1]) S. die Berichte Rébenacs aus Hamburg vom 19. und 23. September (S. 1155 ff.).
[2]) Gemeint ist die Augsburger Allianz vom 9. Juli 1686. S. Fester a. a. O.

Verpflichtungen halten, das zu erreichen sei die Absicht des Kf., derselbe habe bisher keine Verpflichtung übernommen, die dem entgegen wäre. Er wüßte von keiner Ligue oder sonstigen Maßregel, die Frankreich veranlassen könnte, sein Verhalten gegen das Reich zu ändern. Es wäre durchaus erlaubt und unschuldig, wenn Staaten, die Frankreich benachbart und von ihm unabhängig wären, gemeinsam Maßregeln zu ihrer Sicherheit träfen. Er wüßte zwar nichts Spezielleres über die Augsburger Ligue, von der man hier soviel Lärm mache, er könnte aber wohl urteilen, daß diese nicht den Zweck haben könnte, Frankreich anzugreifen und den Waffenstillstand zu brechen, Kf. jedenfalls sei derselben nicht beigetreten, obwohl er darum ersucht worden wäre, alles dieses und sein Verhalten in der Hamburger Angelegenheit ließe erkennen, daß er aufrichtig um Aufrechthaltung der Verträge und der öffentlichen Ruhe bemüht sei, und er hoffe, daß der König dies anerkennen und seinerseits seinen Verpflichtungen, besonders in betreff der Subsidien, nachkommen werde. Cr. hörte alles ruhig an, ohne irgendwelchen Widerspruch zu äußern, ließ sich über die Rückstände in den Subsidien unterrichten und versprach, darüber mit dem König zu reden. Am folgenden Morgen (2. Oktober) hat er dann bei dem Könige Audienz gehabt, ihm namens des Kf. zur Wiedergenesung gratuliert, ihn der Absicht des Kf., die Freundschaft mit ihm zu erhalten, und der Erwartungen, welche Kf. von ihm hege, versichert und ihm zuletzt zur Geburt des Herzogs von Berry gratuliert. Der König bezeugte durch seine Miene und seine Antwort, daß er alles gut aufgenommen habe, er erwiderte nichts, das nicht seine Achtung gegen den Kf. und seinen Wunsch, in gutem Einvernehmen mit dem Reiche zu leben, bezeugt hätte, ohne dabei, wie er eigentlich vermutet hatte, Beschwerden oder Äußerungen des Verdachtes gegen die Augsburger Ligue einfließen zu lassen. Er hat darauf Louvoy seine Aufwartung gemacht und bei ihm gespeist und dann noch vor seiner Rückkehr nach Paris versucht, noch einmal Croissy zu sprechen. Da dieser aber anderweitig beschäftigt war, hat er sich bei Mignon erkundigt, ob man ihm nichts zu sagen hätte, und hat von ihm erfahren, daß Croissy mit dem König über die Subsidienangelegenheit gesprochen und daß dieser die Zahlung eines ganzen Quartals (125 000 Livres) befohlen habe [1]).

Auch Meyercrohn klagt über die Unregelmäßigkeit der Subsidienzahlung. Derselbe hat ihm versichert, daß man am dänischen Hofe mit dem Verhalten des Kf. in der Hamburger Angelegenheit zufrieden sei, und dabei zu erkennen gegeben, daß er selbst das Unternehmen gegen Hamburg nicht gebilligt hat.

Der kaiserliche Gesandte, Graf Lobkowitz, der sich bei allen Gelegenheiten gegen ihn vertraulich bezeigt, hat ihm versichert, daß er die Absicht und das Ergebnis der Augsburger Ligue nicht billige, dieselbe sei unzeitgemäß und diene nur dazu, Frankreich zu reizen. Es liege überhaupt nicht im Interesse des Kaisers, mit den Kreisen, sondern vielmehr mit den mächtigsten Fürsten des Reiches zu traktieren. K. Pfalz allein, der noch immer sein altes Projekt perpetui militis verfolge, habe dazu Veranlassung gegeben und den Kanzler Stratmann sowie

[1]) Sp. berichtet 1./11. Oktober 1686, im Tresor seien Assignationen auf 125 000 Livres ausgegeben worden, die in 8—10 Tagen ausgezahlt werden sollten. S. das Schreiben Ludwigs XIV. an Rébenac vom 3. Oktober 1686 (S. 1161).

den Grafen Königseck, der dabei besonderes Interesse wegen seiner Güter in Schwaben habe, dazu getrieben. Am französischen Hof hat diese Ligue, wie er sich während seines Aufenthaltes in Versailles überzeugt hat, große Unruhe und Argwohn erregt.

---

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 1. November/22. Oktober 1686.

[Äußerungen Croissy's über den Festungsbau bei Hüningen. Unterhandlungen mit dem braunschweigischen Hause.]

1. Nov. Er hat in Fontainebleau mit Croissy über den Bau der Rheinbrücke und des Forts gegenüber von Hüningen[2]) gesprochen und ihm mitgeteilt, daß Kf. über dieses dem Westfälischen Frieden und dem Waffenstillstande zuwiderlaufende Verfahren sehr überrascht sei und mit großem Bedauern sehe, daß auf diese Weise Anlaß zu Beschwerden und Verdächtigungen gegen Frankreich gegeben werde, und hat, als Cr. sich auf das feindselige Verhalten des Kaisers gegen Frankreich und besonders auf die Augsburger Allianz berief, auseinandergesetzt, daß diese durchaus keinen Anlaß zum Argwohn geben dürfe. Cr. gestand zu, daß die Anlage des Forts nicht den Bestimmungen des Westfälischen Friedens gemäß sei, behauptete aber, daß, da der König nach diesem berechtigt sei, in Hüningen ein Fort zu errichten, er auch ein solches am Ende der Brücke anlegen dürfe, daß der König dazu durch die verdächtigen Ligueu genötigt worden sei, daß dieses Fort aber nur aus Vorsicht und zur Verteidigung, nicht aber zum Angriff errichtet und daß man hier durchaus nicht gewillt sei, davon abzustehen, nachdem man kaiserlicherseits seit der Einnahme von Buda sich so feindselig gesinnt gegen Frankreich zeige.

Croissy sprach auch wieder von der Hamburger Sache und erkannte die guten Dienste, welche Kf. zur Beilegung derselben getan habe, an. Über die Verhandlungen mit dem Hause Lüneburg[2]) hat er nur gelegentlich erfahren, daß Rébenac von dort einen Kurier nach Fontainebleau geschickt hat und daß dieser schon nach 24 Stunden wieder zurückgeschickt worden ist, ohne Zweifel mit einem Vertragsentwurf. Meyercrohn hat mit Croissy darüber gesprochen, und dieser hat geäußert, daß Verhandlungen mit jenem Hause im Gange seien und daß, wenn ein Vertrag zustande kommen sollte, derselbe nur zum Zwecke haben könne, die Allianz mit Kf. und dem König von Dänemark zu befestigen, der Vertrag werde seinerzeit mitgeteilt werden, jetzt werde die Sache noch geheim gehalten, damit sie nicht durch den Kaiser vereitelt werde.

---

[1]) S. Immich, S. 129.

[2]) S. den Bericht Rébenacs vom 13. Oktober und das Schreiben Ludwigs XIV. an denselben vom 16. Oktober 1686 (S. 1162 f.).

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 29. Oktober/8. November 1686.

[Gespräch mit Croissy über den Hüninger Festungsbau und den darauf bezüglichen Reichstagsbeschluß. Die Verhandlungen mit den braunschweigischen Herzögen.]

Auf die Mitteilung Meyercrohns, daß Croissy einige Ombrage bezeugt habe über Gerüchte, welche von den Kaiserlichen in Holland und in Regensburg verbreitet würden, daß er eine sehr scharfe Order in betreff des Forts bei Hüningen erhalten habe, hat er mit Croissy darüber gesprochen und ihm gesagt, er habe ihm den Inhalt jener Order[1]) schon in der vorigen Woche mitgeteilt, er brauche ihm nicht noch einmal auseinanderzusetzen, wie großes Interesse Kf. an dieser Angelegenheit habe und wie sehr er bedaure, daß dadurch das gute Einvernehmen zwischen dem Reich und Frankreich getrübt würde, für die Art und Weise aber, wie andere von dieser Order sprächen, sei Kf. nicht verantwortlich. In betreff der Augsburger Ligue habe Kf. auch in seinem letzten Reskript versichert, daß dieselbe rein defensiv, nur von einigen Fürsten und Ständen, nicht von dem ganzen Reiche geschlossen sei, daß dieselbe daher Frankreich keinen wirklichen Grund zum Argwohn geben könne und daß Kf. daher sehr gewünscht hätte, daß hoc statu rerum der König dem Reiche diesen neuen Beschwerdepunkt erspart hätte. Croissy gestand zu, daß man dem Kf. nicht beimessen dürfte, was nicht von ihm herkäme, er blieb aber auch trotz seiner weiteren Remonstrationen dabei, daß die Augsburger Ligue und die Rüstung des Reiches gegen Frankreich gerichtet wären, daß man Frankreich durch Drohungen einzuschüchtern suche und daß der König daher habe Vorsichtsmaßregeln treffen müssen, und fügte hinzu, der Reichstag habe sich zu dem Beschluß, ein Schreiben an den König zu richten, verleiten lassen, in dem behauptet werde, daß derselbe in den reunierten Orten nur die Souveränitätsrechte ausüben dürfte, die der Kaiser dort besessen hätte. Das hieße soviel, als dem König den Besitz dieser Orte streitig machen; er glaube, darauf werde keine weitere Antwort erfolgen, sondern Crécy abberufen werden. Er hat darauf erwidert, er wäre über diesen Reichstagsbeschluß nicht näher unterrichtet, er zweifelte aber nicht, daß der König und seine Minister gütliche Wege weiter verfolgen würden. Cr. beklagte sich dann noch besonders darüber, daß Graf Windischgrätz in Regensburg von ihm behauptet habe, daß er sich über das Reich verächtlich geäußert habe, was unwahr wäre[2]). S. Nov.

[1]) S. oben S. 298.

[2]) Kf. erwidert darauf (d. Potsdam 9./19. November 1686), er sei mit dem, was Sp. zu Croissy wegen der Hüningischen Fortifikation und der Augsburger Allianz gesagt habe, wohl zufrieden, er möge mit solchen Remonstrationen bei Gelegenheit fortfahren. Betreffend das Schreiben des Reichstages an Ludwig XIV. wisse er nur, daß man schon seit einiger Zeit vorhabe, die gravamina des Reichs gegen Frankreich demselben in einem beweglichen Schreiben vorzustellen und um Remedierung nachzusuchen, er habe aber noch nicht gehört, daß ein Projekt gemacht, noch weniger, daß es von den Ständen approbiert sei und solche Ausdrücke, wie Croissy angeführt habe, darin enthalten seien, er werde sich dahin bemühen, daß, wenn ein solches Schreiben abgehen sollte, es nichts enthalte, worüber der König Unwille zu schöpfen Ursache hätte. S. dazu unten Abschn. V.

Cr. hat zu Meyercrohn gesagt, daß die Verhandlungen mit Lüneburg nicht fortschritten, und auch er selbst hat von guter Seite erfahren, daß die Schwierigkeiten, die von seiten Hannovers gemacht würden, noch nicht überwunden seien, daß man hier die hauptsächlichste Reflexion auf die Freundschaft mit Kf. mache und daß Croissy nach jener Unterredung mit ihm eine Depesche Rébenacs[1]) erhalten habe, in welcher dieser günstig über eine Unterredung mit Kf. und dessen Absichten berichte[2]).

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 12./22. November 1686.

[Seine Schritte zugunsten des verhafteten Beck.]

22. Nov. Er hat schon den Ministern des Kf. von der Verhaftung Becks[3]) und seiner Frau, die in die Bastille gebracht waren, und von seinen Bemühungen zu ihren Gunsten berichtet. Mignon, an den er deswegen auch geschrieben hatte, hat ihm geantwortet, daß Croissy sein Schreiben gelesen, aber zuerst erklärt habe, er kenne B. nicht. Am 19. hat er sich dann selbst nach Versailles begeben und mit Croissy gesprochen. Dieser sagte wieder, er kenne B. nicht, wenigstens nicht als Minister oder Residenten des Kf., dazu müßte man durch den betreffenden Fürsten an dem Hofe legitimiert werden, sonst könnte man nicht an den Privilegien derselben teilhaben. Man kenne B. nur als einen Menschen, der schon seit langen Jahren in Paris lebe und allerhand Korrespondenzen und Kommissionen besorge, er wäre seit einiger Zeit schwerer Übeltaten, Handlungen wider die Ordonnanzen des Königs, angeklagt worden, er habe Refugiés und deren Habseligkeiten bei sich aufgenommen, ihnen zur Flucht verholfen, sein Haus zu Zusammenkünften und Komplotten hergegeben, so daß er verdient hätte, daß ihm der Prozeß gemacht und er auf die Galeeren geschickt würde, der König habe aber auf seine Vorstellungen hin, nur, da er aus seinem Schreiben ersehen habe, daß Kf. daran Interesse haben könnte, gestatten wollen, daß B. aus der Bastille entlassen werde, aber unter der Bedingung, daß er sofort das Königreich verlasse. Dieses letzte war ihm nicht unangenehm, da er wußte, daß Beck es selbst wünschte, daß seinem Fortkommen aber bisher schwere Hindernisse sich entgegengestellt hatten. Er hat darauf erwidert, daß die Informationen, die er ihm über B. gegeben, daß derselbe aus Cleve gebürtig, also Untertan des Kf. sei und seit sieben Jahren den Charakter eines Residenten von Kf. erhalten habe, durchaus wahrheitsgemäß sei, daß er sich deswegen verpflichtet gefühlt habe, sich seiner anzunehmen, daß er ihn seit langer

[1]) S. den Bericht Rébenacs vom 5. November 1686 (S. 1171 f.).

[2]) Kf. beauftragt Sp. (d. Potsdam 3./13. November 1686), sich auch weiter auf das äußerste zu bemühen, Näheres über die Verhandlungen mit dem Hause Braunschweig zu erfahren. 9./19. November teilt er ihm mit, Rébenac habe ihm im höchsten Vertrauen mitgeteilt, daß allerdings wegen einer solchen Allianz allerhand vorgegangen, aber wenig Aussicht sei, daß es zur Ratifikation kommen werde.

[3]) Jean Beck, seit 1657 als Agent in Paris in des Kf. Diensten, s. Urk. u. Akt. IX, S. 588, XX, S. 1182.

Zeit kenne und glauben müsse, daß man ihm schlechte Dienste erwiesen und ihm Dinge, an denen er ganz unschuldig sei, beigemessen oder wenigstens sehr übertrieben habe. Cr. aber erwiderte, die Tatsachen wären ganz sicher und der König habe nur aus Rücksicht auf Kf. sich entschlossen, ihn aus dem Gefängnis zu entlassen und aus dem Reiche zu entfernen. Er behauptete nochmals, B. sei niemals als öffentlicher Minister, geschweige des Kf., aufgetreten oder als solcher legitimiert worden, in einer so großen Stadt wie Paris könnten viele fremde Korrespondenzen oder Kommissionen übernehmen, um damit Geld zu verdienen, ohne das Recht zu haben, die Rechte und Privilegien öffentlicher legitimierter Minister zu genießen. Er hat dagegen darauf hingewiesen, daß B. früher im Dienst des Hauses Kassel, der Hansestädte, der verstorbenen Kurfürstin von der Pfalz, und daß er in ganz Paris als brandenburgischer Resident, was er auch wirklich wäre, bekannt wäre, daß Kf. daher über seine Verhaftung verwundert, über seine Freilassung aber erfreut sein werde, und daß er Bürge dafür sein wollte, daß B. die Verpflichtung, das Reich zu verlassen, pünklich erfüllen werde, zumal da Kf. ihm seines hohen Alters wegen ein Amt in seiner Heimat, im Clevischen, in Aussicht gestellt habe, und er hat verlangt, daß auch seine Frau die gleiche Erlaubnis erhalte (sein Sohn hat schon vor kurzem Frankreich verlassen).

Er hat gestern einen Expressen nach Versailles mit einem Brief an Mignon geschickt, um zu erfahren, wie die Sache steht, und hat von diesem die Antwort erhalten, daß wirklich der Beschluß, Beck frei zu lassen und aus dem Königreich zu entlassen, gefaßt sei, daß man sich aber noch einige Tage gedulden müsse. Er wird sich der Sache weiter annehmen, das schlimmste ist, daß B. schon seit langen Jahren naturalisiert ist und man hier in dieser Beziehung keinen Unterschied zwischen geborenen und naturalisierten Franzosen machen will, überdies hätte sein Verhalten vorsichtiger sein können [1]).

---

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 17./27. Dezember 1686.

[Äußerungen Croissy's, aus denen das Bestreben, den Waffenstillstand in einen Frieden zu verwandeln, hervorgehe. Subsidienzahlung. Herausgabe des „Morian" und der Entschädigungssumme.]

Er ist am 14./24. in Versailles gewesen, wo Croissy ihm zu verstehen ge- 27. Dez.
geben hat, daß man dort mehr und mehr von der Absicht des Kf., das gute Einvernehmen mit Frankreich zu erhalten, überzeugt sei und darin auch durch die Berichte Rébenas [2]) bestärkt werde. Cr. bezeugte darüber selbst große Freude

[1]) Kf. spricht (d. Potsdam 29. November/9. Dezember 1686) Sp. seine Zufriedenheit damit aus, daß er sich Becks so ernstlich angenommen habe, und beauftragt ihn, damit fortzufahren. Sp. berichtet 3. Januar 1687, daß Beck, der nach seiner Freilassung erkrankt sei, Erlaubnis erhalten habe, bis zu seiner Genesung in Frankreich zu bleiben, daß ihm auch seine Papiere zurückgegeben seien und er heute nach Cleve reise.

[2]) S. Rébenacs Bericht vom 17. Dezember 1686 (S. 1185).

und erklärte, daß man auf die Freundschaft mit Kf. großen Wert lege und vermittelst derselben die mit anderen, nämlich mit dem Hause Lüneburg, gern entbehren wollte. Er erklärte dann, er zweifele nicht, daß der Kaiser noch im nächsten Jahre den Krieg gegen die Türken fortsetzen werde, dann aber drohe man, mit der ganzen Macht des Kaisers und seiner Bundesgenossen über Frankreich herfallen zu wollen. Französischerseits gedenke man nicht den Waffenstillstand zu brechen, aber sich in Postur zu setzen, um sich gegen solche feindliche Absichten zu sichern, dazu sei aber etwas Solideres nötig, als der Waffenstillstand, nämlich ein guter und sicherer Frieden [1]), man hoffe dafür auf die guten Dienste des Papstes und wünsche sich darüber auch mit seinen Bundesgenossen, dem König von Dänemark und Kf., zu verständigen. Er hat darauf erwidert, es sei sehr unwahrscheinlich, daß der Kaiser und seine Anhänger so bald Frankreich sollten angreifen wollen, sie würden auch im Reiche Widerstand bei den friedliebenden Ständen finden, die Macht des Königs sei so groß, daß er keinen Insult zu fürchten habe, jedenfalls ihn abzuwehren imstande sei. Das sicherste Mittel, um solche Absichten zu vereiteln, würde sein, jene Partei der Vorwände zu berauben, welche ihnen die Kontraventionen gegen den Waffenstillstand lieferten. Kf. werde sich auf das äußerste bemühen, sowohl als Bundesgenosse des Königs von Frankreich wie auch als guter Patriot das gute Einverständnis mit dem Reiche aufrecht zu erhalten, und er erwarte von der Großmut des Königs und der Weisheit seiner Minister, daß sie dazu mithelfen würden. Cr. aber blieb dabei, daß jene Gefahr wirklich bestehe, daß der König sich dagegen rechtzeitig sichern und wissen müsse, was er von seinen Bundesgenossen zu erwarten habe. Er schließt daraus, daß man hier nicht die Absicht hat, den Türkenkrieg zu stören, daß man aber bei der durch diesen so sehr gesteigerten Macht des Kaisers sich rechtzeitig vorsehen will, daß man daher den Abschluß eines Friedens mit dem Reiche und so Sicherung der Erwerbungen, die man durch den Waffenstillstand gemacht hat, wünscht. Auch der Gesundheitszustand des Königs, seine anscheinende Neigung zur Frömmigkeit und zur Ruhe, das besondere Interesse seiner Minister, sich nicht in einen neuen, langen Krieg einzulassen, alles dieses scheint dahin zu führen, daß man sich frühzeitig gegen die zu fürchtenden Gefahren zu sichern und vor allem die Konjunkturen zur Verwandlung des Waffenstillstandes in einen Frieden zu benutzen sucht.

Er hat Cr. auch an die Bezahlung der rückständigen Subsidien erinnert, worauf derselbe versprach, am folgenden Tage dem König und dem Konseil Vorstellungen deswegen und wegen der Zurückgabe des Schiffes „Morian" und der Zahlung der versprochenen 20 000 Livres zu machen. Betreffend die Verhandlungen mit den Herzögen von Braunschweig, so behauptet Cr., daß es nur von Frankreich abhinge, sie zum Abschluß zu bringen, daß man aber gern dieselben fahren lassen würde, wenn man der Bundesgenossenschaft des Kf. sicher wäre.

Er hat nachher den König beim Mittagessen gesehen und sich überzeugt, daß derselbe gut aussah und mit gutem Appetit aß. Er hat ihm nachher die Glück-

[1]) S. das Schreiben Ludwigs XIV. an Rébenac vom 9. Januar 1687 (S. 1189). Vgl. Immich, Zur Vorgeschichte des Orleanschen Krieges, S. 173 ff. und oben S. 212 f.

wünsche des Kf. zu seiner Genesung und das besondere Interesse, welches dieser an seiner Gesundheit nehme, ausgesprochen, worauf der König sehr freundlich antwortete.

Soeben hat er von Mignon die Nachricht erhalten, daß der König Seignelay den Befehl zur Rückgabe des „Morian" und zur Zahlung der 20 000 Livres erteilt hat [1]).

Der Kurfürst an v. Spanheim. D. Potstam 8./18. Januar 1687. (Von Fuchs' Hand.)

[Befehl, das Anerbieten des Kaisers mitzuteilen und eine Ruptur zu verhüten. Die Subsidienzahlung, von der auch Sp. bedacht werden soll.]

Der Kaiser hat ihm angezeigt, [2]), er habe sichere Nachricht, daß der König 18. Jan.
von Frankreich in diesem Jahre in das Reich einbrechen und es mit Krieg angreifen wolle, und hat sich erboten, wie er dazu nicht den geringsten Anlaß gegeben, so wollte er jetzt auch den Limiten-Traktat förderlichst und unausgesetzt antreten lassen. Er soll diese Erklärung des Kaisers Croissy mitteilen und dort alle ersinnliche Vorstellungen tun, daß man nicht zur Ruptur schreite; Kf. hoffe, wenn nur mit den Limiten-Traktaten der Anfang gemacht werde, daß dann das Übrige sich nach und nach finden werde, wenn nur das Werk in terminis tractatus verbleibe. Von der aufrichtigen Intention des Kaisers sei Kf. überzeugt und er wolle auch seinerseits die Hand ferner darob halten und alles, was möglich, tun, damit alle Differentien durch gütliche Traktaten beigelegt würden.

PS. Kf. ist sehr erfreut darüber, daß man dort wieder ein Quartal der restierenden Subsidiengelder zahlen will. Da er fürchtet, daß sich solche Lehngüter, wie er ihm verschrieben, nicht so bald eröffnen werden, so will er ihm von diesem Quartal 4000 Rtlr. auf Abschlag zahlen lassen. Sp. soll sich auch ferner die Beitreibung der Subsidien angelegen sein lassen, er soll auch ferner davon bedacht werden, damit er zur völligen wirklichen Hebung gelange.

Der Kurfürst an v. Spanheim. D. Potstam 26. Januar 5. Februar 1687.

[Vom kaiserlichen Hof verbreitete beunruhigende Gerüchte. Befehl, dahin zu wirken, daß französischerseits kein bestimmter Termin für die Verwandlung des Waffenstillstandes in einen Frieden gestellt und keine Feindseligkeiten unternommen werden.]

v. Canitz hat ihm aus Wien berichtet [3]), daß von den kaiserlichen Ministern 5. Febr.

---

[1]) Sp. meldet 6. Januar 1687, er habe von Mignon die Nachricht erhalten, daß der König die Zahlung eines Quartals der Subsidien (125 000 Livres), die Hälfte jetzt und die andere in 3 Wochen, befohlen habe. S. das Schreiben Ludwigs XIV. an Rébenac vom 9. Januar 1687 (S. 1189).

[2]) S. oben S. 212.

[3]) S. v. Canitzs Bericht vom 16./26. Januar 1687 oben S. 212 f.

vorgegeben werde, der König von Frankreich hätte durch den dortigen päpstlichen Nuntius erklären lassen, daß, wenn nicht vor dem März der Waffenstillstand in einen Frieden verwandelt werden sollte, er veranlaßt werden dürfte, andere mesures zu nehmen oder gar zu einer Ruptur mit dem Reich zu schreiten. Es verwundert ihn dieses um so mehr, da weder hier Rébenac von dergleichen etwas hat merken lassen und auch Spanheim nichts davon geschrieben, er vielmehr aus dessen Relation vom 14./24. das Gegenteil erfahren hat und auch nach Camitzs Bericht der französische Gesandte in Wien davon nichts wissen, auch der Nuntius selbst nicht gestehen will, daß die Proposition in so gefährlichen terminis geschehen sei, so daß er nicht wissen kann, was den kaiserlichen Hof bewogen hat, diese Sache so sehr zu exaggerieren und darüber so großen Alarm zu fassen. In dem Waffenstillstande steht allerdings, daß die Friedensverhandlungen sogleich angetreten werden sollen, es ist aber darin keine gewisse Zeit, in der die Handlung beendigt werden soll, determiniert und ausdrücklich bedungen, daß der Waffenstillstand bis zum Frieden oder endlich 20 Jahre währen solle; er begreift daher nicht, wie Frankreich diese Friedenshandlung in eine so kurze Frist einschließen könne, ohne dadurch dem Waffenstillstand direkt zuwider zu handeln. Sp. soll sich daher bemühen zu penetrieren, was für desseins man eigentlich dort hat, und durch alle diensamen Vorstellungen es dahin befördern helfen, daß, wofern etwas dergleichen obhanden sein sollte, es nicht zum Effekt gebracht werden, von der ganz ungewöhnlichen Präfigierung solcher Termine abgestanden, zu keinen neuen Feindseligkeiten Anlaß gegeben und dem kaiserlichen Hofe die desfalls gefaßte Ombrage genommen werde.

---

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 31. Januar / 10. Februar 1687.

[Erklärungen Croissy's in betreff der von Frankreich geforderten Sicherung des Waffenstillstandes. Zustimmende Erklärung Lobkowitz'.]

10. Feb. Er ist vorgestern in Versailles gewesen, hat Croissy den Inhalt des Reskriptes des Kf. vom 21. Dezember [1]) mitgeteilt und die Hoffnung ausgesprochen, daß die Gerüchte von einer beabsichtigten Ruptur mit dem Reiche seitens des Königs ungegründet seien und daß dieser den Waffenstillstand halten werde. Cr. berichtete darauf, daß [2]), nachdem der hiesige päpstliche Nuntius [3]) ein Schreiben

[1]) In demselben hatte Kf. Sp. beauftragt, über den französischerseits beabsichtigten Festungsbau auf der Insel Biesenheim Beschwerde zu führen und Croissy vorzustellen, er wünsche um so mehr, daß solche gravamina unterblieben, damit er um so kapabler gemacht werde, in der bisherigen guten Intelligenz mit dem Könige zu verbleiben und demselben nicht mit solchen Klagen beschwerlich zu fallen.

[2]) S. Pufendorf XIX. § 45, 47 (S. 1567 ff.), Fester, Die Augsburger Allianz von 1686, S. 41 ff., Immich, Zur Vorgeschichte des Orleanschen Krieges, a. a. O. Pagés, S. 584 ff., oben S. 214.

[3]) Ranuzzi.

des Kardinals Bonvisi in Rom gezeigt habe, nach dem der kaiserliche Hof geneigt wäre, den Waffenstillstand in einen Frieden zu verwandeln, der Kardinal d'Estré Befehl erhalten habe, dem Papste vorzustellen, daß der König dazu, als dem besten Mittel, das Mißtrauen, welches die Ligue von Augsburg und die drohenden Äußerungen des kaiserlichen Hofes und der kaiserlichen Minister ihm eingeflößt hätten, zu beseitigen, sehr geneigt wäre und daß dieser Vorschlag um so leichter auszuführen sein werde, da es sich nur um die Verwandlung des Waffenstillstandes in einen dauernden Frieden handelte und Minister beiderseits in Regensburg sich befänden, die, wenn man wirklich seitens des kaiserlichen Hofes dazu bereit sei, die Sache schnell erledigen könnten; sonst werde der König sich genötigt sehen, zu seiner Sicherung andere Maßregeln zu ergreifen, zumal die kaiserlichen Minister in Regensburg und anderswo laut davon sprächen, daß man nach Abschluß des Friedens mit den Türken Frankreich angreifen werde, und daß man infolge der französischen Kontraventionen das Recht dazu hätte. Er hat demgegenüber vorgestellt, wie unwahrscheinlich es sei, daß der Kaiser, dessen Heer und Finanzen durch den Türkenkrieg geschwächt seien, das mächtige Frankreich sollte angreifen wollen und daß das Reich sich auch dazu sollte bewegen lassen, daß Kf. daher nicht einsehen könnte, daß Frankreich wirklichen Grund zu Besorgnissen wegen feindlicher Absichten derselben habe, daß aber die Art der in Rom gemachten Vorschläge, der Inhalt der von dem Kardinal d'Estré übergebenen Denkschriften, die Ausdrücke in denselben über die Ketzer und die in re et in modo rei sehr harten Bedingungen den Kf. sehr in Erstaunen gesetzt hätten. Cr. erwiderte, die Denkschriften d'Estrés' seien ohne Befehl erfolgt, er habe sie nicht einmal gesehen, der Kardinal hätte besser getan, sie nicht zu übergeben, im übrigen aber blieb er dabei, daß infolge der durch den glücklichen Türkenkrieg gesteigerten Macht des Kaisers, seiner drohenden Haltung und seines vermehrten Ansehens im Reiche der König genötigt sei, Sicherungsmaßregeln zu treffen, und daß eine neue Versicherung nötig sei, auf die man sich in betreff der Dauer des Waffenstillstandes verlassen könnte. Als er darauf fragte, worin denn eine solche Versicherung, wie sie der König verlangte und die mit den Rechten und der Würde des Reiches vereinbar sein würde, bestehen sollte, erwiderte Cr.: „Que Sa Maj. se contenterait d'une assurance, qui luy seroit donnée au nom de l'Empereur et de l'Empire qui portoit, que c'estoit leur ferme intention d'observer la Trève faite avec la France après la guerre contre le Ture finie, que pour les griefs ou contraventions à la dite Trève, dont il s'estoit parlé à Ratisbonne, on les renvoyoit à une discussion à l'amiable, qui s'en pourroit faire et que du reste pour l'avenir on s'en tiendroit de part et d'autre l'observation de la Trève. Auf seine Frage, ob Crecy in Regensburg beauftragt sei, eine solche Erklärung zu fordern, erwiderte er: Nein, man wollte nicht, daß ein solcher Vorschlag von ihrer Seite ausgehe, daher hätte man auch an Rébenac noch nichts davon geschrieben, man hoffte aber, daß seitens des Reiches keine Schwierigkeiten gemacht werden würden, eine solche Versicherung auszustellen, und daß man beiderseits seine Rechnung dabei finden werde.

Er schließt daraus, daß man französischerseits nicht die Absicht hat, den Waffenstillstand zu brechen und mit dem Reich Krieg anzufangen, daß man aber

die wachsende Macht des Kaisers fürchtet, daß man die Konjunkturen hat benutzen wollen, um eine schnelle Umwandlung des Waffenstillstandes in einen Frieden zu erreichen, daß man sich aber in der Hoffnung, daß der Papst dieses befördern werde, getäuscht hat und daß man nun, um sich mit Ehren aus diesem Handel zu ziehen, das Expediens gewäldt hat, man wolle sich mit der oben angeführten Erklärung zufrieden geben.

Graf Lobkowitz, dem er von dem Inhalt dieses Gesprächs Mitteilung gemacht hat, bezeigte sich damit zufrieden, er fand in jener Erklärung sogar etwas, was er nicht erwartet hatte, nämlich, daß darin nicht von einer Autorisation der Kontraventionen gegen den Waffenstillstand die Rede sei, und erbot sich, darüber an den kaiserlichen Hof zu berichten [1]).

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potsdam 16./[26.] Februar 1687.

[Mitteilung des tadelnden Reskriptes an G. v. Jena. Darüber an Croissy zu machende Eröffnungen.]

26. Feb. Aus beifolgender Relation aus Regensburg [2]) hat er mit besonderem Mißfallen wahrgenommen, daß sein dortiger Gesandter v. Jena, ohne Order dazu von ihm erhalten zu haben, ein ganz anderes und dem Reich nicht wenig präjudizierliches Projekt aufs Tapet gebracht hat.

So haben wir der Notturft ermessen ihm desfalls unsere Displicenz vermittelst des in Abschrift hiebei gefügten rescripti zu bezeigen, welches wir Euch zu dem Ende zu communiciren gut gefunden, damit, wann solches etwa zu Regenspurg einig Eclat geben und die französische ministri davon etwas erfahren mochten, Ihr den rechten Grund der Sache wissen, auch davon dem Marquis de Croissy einige Information zu Verhütung aller Ombrage und Suspicionen geben konntet, derselbe auch nicht auf die Gedanken gerate, als wann wir in unsern consiliis einige Unbeständigkeit oder Wankelmut bezeuget, zumalen er auch leicht begreifen wird, wie notwendig es sei, daß wir uns nicht suspect machen, sondern unsern Credit bei dem Reich und unsern Mitständen, sonderlich aber im Churfürstl. collegio manuteniren und conserviren, weil wir sonsten und bei dessen Affaiblirung in

[1]) Kf. erwidert darauf (d. Potsdam 12./22. Februar 1687), Sp. solle Croissy mitteilen, daß das von diesem vorgeschlagene Versicherungsmittel ihm sehr gefalle, daß er sich eifrig bemühen werde, daß der Kaiser und das Reich dasselbe annähmen, und daß er hoffe, Cr. werde es dahin richten, daß zu Ausmachung dieser Sache die nötige Zeit gelassen werde. S. die Berichte Rébenacs vom 22. und 25. Februar 1687 (S. 1198 ff.).

[2]) S. die Relation G. v. Jena's und Schönbeecks vom 4./14. Februar und das Schreiben des Kf. an dieselben vom 15./25. Februar 1687 unten Abschn. V und Fester, Die Abberufung Gottfrieds v. Jena vom Regensburger Reichstage (Forsch. z. brandenburgischen u. preußischen Geschichte XV, S. 471 ff.), Pagès, S. 590 ff.

publicis negotiis weinig gutes verrichten könnten, welches dann unfehlbarlich erfolgen müssen, wann wir diese des von Jena Conduite ungeandet hingehen lassen, anerwogen das von ihm hergekommene Project weit härter und nachteiliger ist als dasjenige, welches der Marquis de Croissy selbsten gemacht. Ihr werdet im übrigen unsere Meinung aus dem Rescript selbsten gnugsam abnehmen und alles Eurer Dexterität und Prudenz nach urteilen, damit des Reichs Wohlfahrt und Interesse in einer so wichtigen Sache beobachtet und der fürgesetzte Zweck nicht verfehlet werden möge. —

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potstam 20. Februar / [2. März] 1687.

[Rechtfertigung der Abberufung v. Jena's.]

Da er sichere Nachricht hat, daß wegen der bekannten Negotiation unter 2. März
den königlichen ministris keine einhellige consilia geführt werden, daß Croissy zwar mit dem früher übersandten Versicherungsprojekt einig, ja dessen Autor sei, Louvois aber darauf bestehe, daß in der Reichsversicherung keiner Diskussion der gravamina und Kontraventionen Erwähnung geschehen solle, so zweifelt er nicht, daß Louvois aller violentorum consiliorum autor et promotor sei und daß auch Jena durch ihn oder seine emissarios verleitet sei, solche unbesonnene Propositionen zu tun. Er zweifelt auch nicht, daß dessen Avokation von Regensburg dort ungern wird gesehen werden. Sp. kann aber dort bei Gelegenheit remonstrieren, wie unverantwortlich derselbe verfahren und daß aller Kredit des Kf. im Reich dahin fallen und er sich künftig bei den politicis negotiis ganz inkapabel machen würde, wenn er eine so strafbare Conduite in conspectu et facie totius imperii ungeahndet hingehen ließe. Zwar ist Kf. nicht schuldig, jemand von seiner Konduite und was für ministros er zu dieser oder jener Verrichtung gebrauche, Rede und Antwort zu geben, damit man aber nicht glaube, daß er hierunter Partikularabsehen führe oder einer Partei dabei Verdruß, der anderen advantage und Gefallen erweisen wolle, so hat er für notwendig erachtet, ihn dieserwegen etwas deutlicher und spezieller zu instruieren, was er alles gebührend zu menagieren und besonders seine gute Konfidenz zu Croissy zu kontestieren und daneben abermals zu versichern hat, daß Kf. im übrigen mit dem König in aufrichtiger Freundschaft zu verharren gemeint sei.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potsdam 23. Februar / [5. März] 1687.

[Warnung, von den früheren gemäßigten Forderungen abzugehen.]

Er ist mit den Remonstrationen Spanheims gegen Croissy zufrieden 5. März
und hofft, daß diese gebührenden Platz finden und auf eine so präzipitante Ver-

wandlung des armistitii in einen Frieden nicht bestanden, sondern es bei der von Croissy selbst vorgeschlagenen Resolution werde gelassen werden. Zu seiner Information übersendet er ihm ein Schreiben des Kaisers an ihn und seine Antwort darauf [1]), wohin aber dessen Meinung wegen der Traktaten mit Spanien und wegen der noch übrigen Streitigkeiten zwischen K. Pfalz und der Herzogin von Orleans zielen, weiß er noch nicht, er wird sich jedoch danach erkundigen. Jedenfalls sind diese beiden Materien so mit den Angelegenheiten des Reichs kombiniert, daß eines ohne das andere schwerlich erörtert und abgetan werden kann, woraus desto mehr zu erkennen, wie unmöglich es ist, soviel importante Dinge, bei denen fast alle europäischen Puissancen und besonders so viele Stände des Reichs interessiert sind, mit solcher Präzipitanz zurecht zu bringen.

Gewiß ist es und kann man dort beständigen Staat darauf machen, daß alle und jede Reichsstände bei denen etwa ferner wider Verhoffen erfolgenden und von Franckreich angefangenen Troublen einmütig und, weil es de summa rerum et imperii fatis zu tun, mit solcher Eintracht bei einander stehen und halten werden, daß es so leicht nicht sein möchte, den statum Germaniae übern Haufen zu werfen, als mancher sich wohl einbilden mag.

Er soll darüber ohne menaces und so, als ob Kf. aus Freundschaft es dem Könige vorstellen lasse, mit Croissy reden, derselbe wird dann desto mehr Anlaß haben, seine gute Intention und consilia wider Louvois' Vehemenz und heftige Konduite zu appuyren.

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 25. Februar 7. März 1687.

[Günstige Erklärungen Croissy's, des Königs und Louvois' an Lobkowitz; ähnliche Erklärungen Croissy's an ihn selbst.]

7. März Nach dem Bericht des Grafen Lobkowitz ist dieser am 3. in Versailles gewesen und hat zuerst mit Croissy eine Unterredung gehabt, demselben den Inhalt einer Denkschrift, die er dem Könige übergeben wollte, mitgeteilt und ihm einige Bedenken, welche er bei der vorhergehenden Unterredung geäußert hatte, zu benehmen gesucht, worauf Cr. erwidert hat, man habe hier erwartet, daß der Kaiser in seinem eigenen Interesse sich mit der Verwandlung des Waffenstillstandes in einen Frieden einverstanden erklären werde, daß der König aber trotzdem das gute Einvernehmen mit dem Kaiser und dem Reiche zu erhalten wünsche und, wie er glaube, sich mit der Versicherung, die L. abzugeben beauftragt wäre, zufrieden geben werde. Er hat darauf Audienz bei dem König gehabt, demselben den Inhalt jener Denkschrift vorgetragen und diese übergeben, worauf der König seine Neigung zur Erhaltung der Ruhe in der Christenheit beteuert und erklärt

[1]) S. das Schreiben des Kaisers vom 10. Februar und die Antwort des Kf. vom 3. März 1687 oben S. 214, 218.

hat, wenn auch die Worte der Fürsten gut wären, so wäre es doch gut, sie schriftlich zu haben, er werde seine Denkschrift sorgfältig erwägen und ihm Bescheid zukommen lassen. Nachher ist L. auf der Treppe Louvois begegnet, hat ihm den Gegenstand seiner Audienz mitgeteilt, die friedlichen Absichten des Kaisers beteuert und ihn gebeten, die Sache zu befördern, worauf dieser geantwortet hat: Je vous puis assurer, que le Roy ne veut point la guerre et que, si l'on l'avoit voulu, il y avoit eu des occasions plus favorables à s'en prévaloir. L. ist mit diesem Verlauf seines Aufenthaltes in Versailles sehr zufrieden und hofft, daß man sich dort mit den von ihm abzugebenden Versicherungen zufrieden geben wird [1]).

Tags darauf, am 4. März, hat er selbst sich auch nach Versailles begeben, Croissy den Inhalt des Reskriptes des Kf. mitgeteilt und ihm anseinandergesetzt [2]), daß durch eine solche Erklärung, wie sie der Kaiser abzugeben bereit sei, die Aufrechterhaltung des Waffenstillstandes am besten gesichert werden könnte. Cr. hat ihm in ähnlicher Weise wie dem kaiserlichen Gesandten geantwortet und zuletzt geäußert, er glaube nicht, daß man an der Aufrichtigkeit der kaiserlichen Erklärung zu zweifeln habe, und meine, daß der König sich damit zufrieden geben könnte, doch wäre die Sache noch nicht im Konseil vorgebracht worden, sondern werde erst am folgenden Tage dort verhandelt werden, man werde dort auch die von ihm, Sp., gemachten Vorstellungen gebührend in Erwägung ziehen.

Auch er hofft, daß man sich mit der Erklärung des Kaisers zufrieden erklären und froh sein wird, auf diese Weise mit Ehren aus der Sache, in die man sich durch die in Rom gemachten Vorschläge verwickelt hat, herauszukommen.

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 4./14. März 1687.

[Heftige Äußerungen Croissy's über die Abberufung Jena's. Seine Rechtfertigung derselben, Besorgnis, daß der böse Eindruck dieser Maßregel nicht so bald zu beseitigen sein wird.]

Croissy hat bei ihrer letzten Unterredung sogleich in ziemlich heftiger Weise [3]) 14. März
die Abberufung v. Jena's aus Regensburg zur Sprache gebracht, dieselbe erscheine um so sonderbarer, da J. an dem Projekt einer Versicherung seitens des Reiches, das ihm zum Vorwurf gemacht werde, weniger Anteil habe als die Gesandten anderer Kurfürsten, besonders der k.mainzische Scheffer, und er fügte hinzu, welches Vertrauen der König noch zu der Freundschaft und Bundesgenossenschaft des Kf. haben könnte, der bei jeder Gelegenheit an der Spitze der Frankreich feindlichen Partei erscheine. Diese schimpfliche Abberufung eines alten und geschickten Ministers, weil dieser sich der Meinung anderer Gesandter in betreff der Frankreich zu leistenden Satisfaktion konformiert und nicht immer den Wünschen der

[1]) Sp. meldet am 10. März, der König habe Lobkowitz eine schriftliche Beantwortung seines Memorials zugeschickt, mit der aber nach dessen Meinung der kaiserliche Hof nicht ganz zufrieden sein werde, da darin nicht nur das Fort von Hüningen sondern auch das von Germersheim reserviert sei.

[2]) S. das Schreiben Ludwigs XIV. an Rébenac vom 6. März 1687 (S. 1204).

[3]) S. das Schreiben Ludwigs XIV. an Rébenac vom 13. März 1687 (S. 1205 f.).

kaiserlichen Minister gemäß gehandelt habe, sei die öffentlichste und desobligeanteste Erklärung seiner Gesinnung gegen Frankreich, die Kf. habe tun können. Er erwähnte auch noch eine Mitteilung des Kf. an den Celler Hof über einen Dorfgeistlichen in Straßburg und einen angeblichen Brief des Kf., in dem dieser von seinen Anstalten zum Kriege gegen Frankreich spreche. Er hat Cr. sein großes Erstaunen über diese Eröffnungen ausgedrückt, ihn daran erinnert, daß er noch vor 8 Tagen ihm seine Zufriedenheit mit dem, was er auf Befehl des Kf. über die gegenwärtigen Angelegenheiten mitgeteilt, bezeugt habe, ihn versichert, daß er von keiner Änderung in der Gesinnung des Kf. wüßte, und er hat ihm dann ausführlich die Ursachen, welche Kf. zur Abberufung Jena's bestimmt hätten, auseinandergesetzt, derselbe habe eigenmächtig und ohne Befehl ein Projekt in einer so wichtigen Angelegenheit aufgestellt und befördert, dessen Inhalt für das Reich sehr unvorteilhaft wäre, er habe so angesichts des ganzen Reiches das Verhalten und die Ehre des Kf. prostituiert, er fahre auch noch weiter fort, sich als Hauptbeweggrund dazu der Propositionen des Kardinals d'Estrées zu bedienen, die doch hier desavouiert seien, hätte auch dem Kf. keine Nachricht von der Meinung und Abstimmung der anderen Kurfürsten gegeben, so daß dieser nicht einmal wisse, daß ein anderer als er der Urheber jenes Projektes sei, daher hielte ihn Kf. für inexcusabel et in re et in modo und habe geglaubt, ihn seinen gerechten Zorn fühlen lassen zu müssen, zumal schon seit einiger Zeit die Rede von seiner Abberufung von Regensburg gewesen sei. Endlich hinge es nur von dem freien Willen eines Fürsten ab, wen seiner Diener er an dem einen oder anderen Ort verwenden wollte. Cr. gab dieses letztere zu, behauptete aber, in diesem Falle hätte die Abberufung Jena's eine besondere Bedeutung, sie sei offenkundig ein Opfer, das man der Gegenpartei darbringe ohne Rücksicht auf die üblen Konsequenzen, welche man seitens seines Königs daraus ziehen müßte. Es komme noch hinzu, daß der Graf de Crecy keineswegs sich über das Verhalten Jena's in der letzten Zeit lobend geäußert und daß daraufhin der König durch Rébenac Kf. habe auffordern lassen, ihm Ordres zu erteilen, die dem, was der König von Kf. erwarten müßte, mehr entsprächen. Ein solches geradezu feindliches Verhalten des Kf. sei unvereinbar mit dem Vertrauen, welches unter Bundesgenossen bestehen müsse. Er hat demgegenüber darauf hingewiesen, daß die Schritte, die Kf. behufs Erhaltung des guten Einvernehmens zwischen Frankreich und dem Reiche getan hätte, durchaus nicht darauf schließen ließen, daß er der Satisfaktion des Königs so zuwider und so geneigt zu einem Kriege sei. Croissy ließ sich dadurch etwas besänftigen, erklärte aber doch, er könne seinen Argwohn nicht gänzlich aufgeben, und behauptete, auch auf das Publikum werde die Abberufung Jena's jedenfalls den gleichen Eindruck machen.

Er hat auch mit Meyerernohn über diese Angelegenheit gesprochen und nachher von demselben erfahren, daß Croissy über dieselbe sich ihm gegenüber in ähnlicher Weise geäußert, daß er aber sich bemüht habe, ihn zu beruhigen, und daß das auch einigen Erfolg gehabt habe.

PS. — Mais après tout Sp. ne peut pas dissimuler d'avoir trouvé Croissi fort prevenu et fort asseuré là dessus quoy qu'on luy en pûst dire, 2. que Sp. doit craindre qu'on ne s'y rendra pas si aisement, s'entend pour perdre

les ombrages et les consequences qu'on en tire, 3. qu'il leur est arrivé en même temps d'autres advis et, comme je dois croire, assez mal fondés, qui redoublent leurs pretendus griefs, 4. que l'affaire qu'on considere icy de tout ce qui en a esté sur le tapis depuis quelque temps autant qu'ajustée par les declarations reciproques de l'Empereur et du Roy ou en leur nom, et sans en pretendre d'autre de l'Empire, contribue encore à leur faire croire que ce ressentiment public contre Jena estoit moins requis à leur advis, et quelque bonne raison qu'on leur en allegue, 5. qu'il ne peut que faire éclatter, à leur dire, au public le peu de consideration de V. A. E. pour le Roy de France, et ce qui y fait leur plus grand grief, 6. que cet incident, ou l'advis qu'on en a eu par deça, est arrivé justement au point du nouveau payement des subsides ou d'arrerages, que j'avois pressé aupres de Croissi et qu'il s'estoit comme chargé de procurer, et à quoy je ne le trouvai gueres disposé dans ma derniere entrevue, 7. que Croissi parmi d'autres choses m'y toucha, que la seule consideration de V. A. E. et la preference qu'on avoit faite, auroit empeché le traitté avec la maison de Luneburg, et quoy que du costé de la dite maison on veuille le dit traitté. Qu'aussi Sp. ne manque pas sur l'ombrage, que Meyereron luy temoignoit deja du sejour par deça et qui estoit alors à Versailles de l'Envoyé Schütz, de luy insinuer ce qu'il en avoit pû remarquer des discours de Croissi, afin de luy donner lieu de son costé de s'en eclaircir, M. Meyereron a dit depuis à Sp., que Croissi luy en avoit parlé dans le même sens qu'à Sp. et de croire que l'ordre que l'Envoyé de Zelle auroit reçu de rester par deça n'estoit pas sans sujet. Qu'après tout Croissi y avoit même avoué, qu'on se seroit tenu ou mesme se pourroit encore tenir à V. A. E. preferablement à la susdite maison et tout autre dans l'Empire et qu'on y pouvoit faire plus de fondement [1]). —

Der Kurfürst an Spanheim. D. Potsdam 14./24. März 1687. (Conc. Meinders.)

[Auf die Relation vom 4./14. März. Die gegen ihn wegen der Abberufung Jena's erhobenen Beschwerden sind ganz ungerechtfertigt. Befehl, dieselben zurückzuweisen. Die Subsidien.]

Er will die von Croissy bei der Unterredung mit Sp. gebrauchten ziemlich 24. März
harten expressiones und dabei bezeigte Passion der ersten Hitze, die er vielleicht auf ungleichen Bericht von dieser Sache gefaßt, beimessen, da er ihn sonst für

[1]) Sp. berichtet auch am 4. April 1687, daß er aus einem neuen Gespräch mit Croissy erkannt habe, daß man die durch die Abberufung Jena's veranlaßte Ombrage noch nicht fallen gelassen habe. Für Jena persönlich interessiere man sich nicht, aber man lege dieser Angelegenheit große Bedeutung bei infolge der üblen Wirkung, die sie auf das Verhalten der anderen Minister des Kurfürsten ausüben werde, und des angeblichen Triumphes der Kaiserlichen.

zu raisonnabel hält, als daß er bei reiflicher Überlegung so davon gesprochen und so sinistre Konsequentien daraus gezogen hätte. Der König von Frankreich hat selbst früher kontestiert, daß er ihm wegen seiner Konduite bei den Waffenstillstandstraktaten sehr obligiert wäre, und er hätte nicht vermutet, daß man, nachdem man sich in so essentiellen Dingen mit ihm vollkommen zufrieden bezeigt hat, jetzt eine so geringe und aus triftigen Gründen mit allem Fug und Recht vorgenommene Sache so odiose exaggeriert und so aufgenommen hätte, als wenn er dadurch alle mesures mit Frankreich gebrochen und dem König das höchste tort zugefügt hätte, da ihm doch wie allen Souveränen freistehen muß, mit seinen Dienern nach seinem Gefallen solche Veränderungen vorzunehmen, und er darauf zu sehen hat, solche Leute in seinen Verrichtungen zu employren, die nicht so sehr anderer als seiner Gnade und estime sich würdig gemacht haben. Er hat zwar Jena's Verbrechen bisher mehr seiner Unbesonnenheit als einer vorsätzlichen Partialität beigemessen, die Art und Weise aber, mit der man dort diese Sache behandelt, läßt den Verdacht entstehen, daß man sich von Jena eines mehreren penchants versichert halte als von seinen übrigen ministris und besonders von demjenigen, der etwa sein Nachfolger werden wird, daß man also dort mehr auf die inclinationes seiner Diener als auf seine Intention sein Absehen richte, was für ihn eine sehr gefährliche Sache ist.

Sp. soll, wenn man dort dieser Sache halber noch weiter sich ombragiert bezeigen sollte, gebührende Gegenvorstellung tun und dabei anzeigen, wie sensible es ihm fallen müßte, daß man sofort so ungleiche Gedanken von ihm gefaßt und sich über eine so wohlbefugte Sache so echauffiert habe. Allerdings habe er die zu Rom gemachten Friedenspropositionen nicht approbieren und wegen der gegen das armistitium vorgenommenen Kontraventionen bei dem Könige Vorstellungen machen müssen, dazu hätten ihn seine Pflichten gegen das Reich genötigt und das sei immer mit allem Glimpf und Moderation geschehen. Man tue ihm auch unrecht, wenn man ihm imputiere, daß er andere ohne Not gegen den König aufzubringen trachte.

Aus dem, was Sp. wegen Bezahlung der Subsidien berichtet, ist zu ersehen, daß man sich derselben gleichsam als eines Zaums und Zügels bedienen und sie, je nachdem man mit ihm zufrieden ist, geben oder zurückhalten will, es dünkt ihm aber dieses sehr unanständig zu sein. Wie er bei seiner bisherigen Freundschaft mit dem König sein Absehen nicht auf die Subsidien gerichtet und sich dadurch nicht von dem, was sein Gewissen, Ehre und Reputation sowie das Interesse des Vaterlandes erfordert, hat abhalten lassen, so muß und kann er sich endlich auch derselben passieren, und er würde es für einen Flecken seiner bei aller Welt erworbenen Glorie und bisher bezeigten Großmütigkeit ansehen, wenn er um solcher Subsidien willen von seiner Schuldigkeit gegen das Reich sich divertieren oder die Libertät seiner consiliorum deswegen im allergeringsten einschränken lassen sollte. Ebensowenig wird er sich durch das beabsichtigte Bündnis mit dem Hause Lüneburg aus den Schranken seiner bisher geführten Konduite reißen lassen.

Sp. soll auch ferner seine Konduite und Vorstellungen nach Beschaffenheit der Umstände so einrichten, daß der Glimpf auf seiner Seite bleiben, aller recht-

mäßige Prätext zu Unwillen und Ombrage gegen ihn genommen und die Gerechtigkeit und raison seiner Aktionen gebührend vor Augen gestellt werde.

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 8./18. April 1687.

[Unterredung mit Croissy über den Streit des Kf. mit dem Herzog v. Celle. Jetziger Stand der Dinge.]

Er ist am 15. in Versailles gewesen. Croissy begann ihre Unterredung mit 18. April
der Erklärung, daß der König die Angelegenheit der Abberufung Jena's auf sich beruhen lassen wolle und wünsche, daß nicht weiter davon gesprochen werde, und daß die dem entsprechenden Ordres an Rébenac und Crecy ergangen wären. Er ging dann zu dem Streit des Kf. mit dem Herzoge von Celle über und sagte, der König habe seinen dortigen Ministern befohlen[1]), ihn von dem Stand der Angelegenheit zu unterrichten und bei jenen Herzögen die von Kf. gewünschten guten Dienste anzuwenden. Er meinte, diese Sache werde keine weitere Folgen haben, und erkundigte sich danach, ob der streitige Ort zum Gebiet des Kf. oder des Herzogs von Celle gehöre. Er hat Cr. für seine Mitteilungen gedankt, ihm angezeigt, daß Kf. Jena verziehen und ihn angewiesen habe, sein Kanzleramt in Magdeburg auszuüben. Er hat sein Bedauern ausgesprochen, daß er von Berlin noch nicht die ihm angekündigte Species facti erhalten habe und daher über die lüneburgische Angelegenheit noch nicht näher unterrichtet sei, aber erklärt, soviel zu wissen, daß Kf. geradezu in seinen Rechten angegriffen sei und daß der betreffende Ort zur Jurisdiktion und dem dominium directum des Kf. gehöre, und er hat die Hoffnung ausgesprochen, daß die Remonstrationen des Königs den Herzog von Celle und dessen Minister wieder zur Vernunft bringen würden.

Cr. hat ihm noch angezeigt, daß die beabsichtigte Reise des Königs nach Luxemburg auf Anfang Mai festgesetzt sei und nur 20—25 Tage dauern solle, und hat ihm dann ausführliche Mitteilungen über den mit dem Papste[2]) wegen der willkürlichen Aufhebung der bisher dem französischen Gesandten in Rom zustehenden Freiheiten ausgebrochenen Streit gemacht.

PS. Er schließt aus dem, was vorgegangen ist, 1. que la confiance passée du Roy de France envers V. A. El. en est un peu affoiblie, 2. qu'elle peut revenir au premier état suivant les occasions ou le besoin ou que V. A. El. même le pourra juger de son service, 3. qu'aussi on n'a pas dessein de rompre avec V. A. El. ni de luy faire des affaires, 4. et qu'ainsi il n'y aura que le payement des subsides qui en pourra souffrir et recevoir plus ou moins de retard ou d'effet, et ce veu d'ailleurs, que sans cela, même sans tous ces prétextes pris là dessus à l'égard de V. A. El., on a assez de peine et que Meiereroon l'experimente assez pour l'interest de Dannemare à estre payé des subsides.

[1]) S. das Schreiben Ludwigs XIV. an Rébenac vom 17. April 1687 (S. 1215).
[2]) S. Immich, S. 131.

Der Kurfürst an Spanheim. D. Cölln 20./30. April 1687.

[Absicht, den Marschall v. Schomberg in seinen Dienst zu nehmen, Befehl, dazu die Erlaubnis des Königs zu erwirken.]

30. April Er hat dem vor einigen Tagen hier angekommenen Maréchal de Schomberg[1]) ein employ in seinen Landen und bei seiner Miliz offeriert, und derselbe hat erklärt, daß er, obwohl ihm vom Kaiser, dem Staat und anderen avantageuse Offerten gemacht seien, er doch denselben die seinigen besonders deshalb vorziehen wollte, da Kf. in Freundschaft und Allianz mit dem König von Frankreich stände, dem er durch viele Wohltaten und wegen der Güter, die er noch in Frankreich hätte, sehr obligiert wäre, und von dem er hoffte, daß ihm sein Eintritt in des Kf. Dienst nicht zuwider sein werde. Graf Rébenac, mit dem er darüber gesprochen hat, meint, daß sein König keine Diffikultät dabei machen werde, und hat versprochen, deswegen an den König zu schreiben. Auch Sp. soll in des Kf. Namen mit Louvois und Croissy deswegen sprechen, damit dem Marschall wegen seines Eintritts in des Kf. Dienst keine Diffikultät gemacht und alles, was er an Gütern und Einkünften in des Königs Gebiet hat, ihm nach wie vor gelassen werde[2]).

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 10./20. Juni 1687.

[Gespräch mit Croissy über die Skelton erteilte Antwort, seine Einwendungen dagegen.]

20. Juni Er hat am 17. Juni mit Croissy über die dem englischen Gesandten Skelton erteilte Antwort[3]) gesprochen und ihm offen erklärt, daß er über den Inhalt derselben, betreffend die bisherigen Beschwerden und die in den reunierten Gebieten angelegten oder anzulegenden Befestigungen, sehr erstaunt sei, Kf. werde mit Bedauern sehen, daß eine Erörterung solcher Beschwerden ganz abgelehnt sei, er hat ferner gefragt, wer denn unter den dort genannten ministres protestants gemeint sei, Minister der Kirche oder des Staates. Cr. erwiderte, dieser Ausdruck beziehe sich nur auf Geistliche, alle diese Beschwerden, über die man in Regensburg soviel Lärm mache, kämen nur von aufrührerischen Prädikanten her, die der König in seinem Gebiet nicht habe dulden können. Sonst und außer, daß in einigen Orten, wo sich eine Anzahl Katholiken gefunden, katholischer Gottesdienst gestattet worden sei, habe man in ecclesiasticis keine Veränderungen vor-

[1]) S. die Berichte Rébenacs vom 8. und 29. April 1687 (S. 1212 u. 1219). Pagès, S. 596 f.

[2]) Kf. sendet 2./12. Mai ein Schreiben, das er Schombergs wegen an den König gerichtet hat, Sp. berichtet 3./13. Juni, daß der König den Eintritt Schombergs in den brandenburgischen Dienst bewilligt, daß Croissy ihm dieses mitgeteilt, aber den Verdacht geäußert habe, daß Kf. dadurch noch mehr französische Offiziere heranzuziehen und zur Desertion zu verleiten beabsichtige, was er entschieden bestritten habe. S. das Schreiben Ludwigs XIV. an Rébenac vom 22. Mai und die Berichte Rébenacs vom 3. und 10. Juni 1687 (S. 1224 f.).

[3]) S. Londorp XIII, S. 73 f. Vgl. das Schreiben Ludwigs XIV. an Rébenac vom 12. Juni 1687 (S. 1225).

genommen. Er hat erwidert, er sehe um so weniger ein, warum man die Erörterung solcher Beschwerden abgeschnitten habe und in dieser dem König von England erteilten Antwort so wenig Neigung für oder Rücksicht auf die Protestanten, besonders die im Reiche, gezeigt habe. Die protestantischen Fürsten, besonders Kf., hätten am meisten zum Zustandekommen des Waffenstillstandes beigetragen, sie seien fast die einzigen Freunde und Bundesgenossen Frankreichs, die früheren französischen Könige, selbst diejenigen, welche ihre protestantischen Untertanen am härtesten behandelt hätten, hätten immer Rücksicht auf die protestantischen Fürsten im Reiche genommen und mit denselben freundschaftliche Verbindungen unterhalten, es sei sehr sonderbar, daß heute der religiöse Eifer ganz andere Maximen eingebe und ein ganz anderes Verhalten herbeiführe. Der König von England, dem diese Antwort erteilt sei, sei zwar katholisch, aber der größte Teil der Nation und auch seiner Minister sei protestantisch und werde an solchen Äußerungen und solchem Verhalten wenig Gefallen finden. Cr. behauptete, der König hätte nicht die Maximen seiner Vorfahren aufgegeben und hätte durchaus nicht die Absicht, die protestantischen Fürsten zu verletzen. Er hat Cr. dann auch vorgestellt, daß die Anlegung von Festungen in den reunierten Orten in der in jener Antwort enthaltenen Ausdehnung nicht dem Waffenstillstande konform sei, er hat damit aber wenig ausgerichtet, da Cr. daran festhielt, daß dieses nur Sicherungsmaßregeln gegen die feindlichen Absichten der Kaiserlichen seien und daß man sich darüber habe klar und deutlich erklären müssen [1]).

Cr. hat ihm auch bestätigt, daß der König mit dem Eintritt Schombergs einverstanden sei, ebenso Louvois, mit dem er auf expressen Befehl des Kf. auch darüber gesprochen hat.

---

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 19. 29. August 1687.

[Croissy's Beschwerde über das Verhalten des brandenburgischen Gesandten in Regensburg.]

Er hat schon einen Paß zur Reise nach Aachen [2]) erhalten und durch ein 29. Aug.
Billet Mignons erfahren, daß wegen neuer Zahlung der Subsidien nichts beschlossen sei. Er ist aber doch am 26. noch in Versailles gewesen, hat Croissy dort gesprochen und sich wegen der Subsidienzahlung erkundigt. Cr. hat ihm sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß seine Bemühungen deswegen erfolglos

[1]) Kf. erwidert darauf (d. Cölln 28. Juni / [8. Juli] 1687), die in der dem englischen Gesandten erteilten Resolution enthaltenen Reservationen entsprächen durchaus nicht dem Waffenstillstande und er sei mit den Vorstellungen, welche Sp. deswegen Croissy gemacht habe, einverstanden. In den ihm zugegangenen Abschriften jener Resolution fehlten die Worte: des ministres protestants, er solle sich erkundigen, ob dieselben in dem Original ständen. Es sei sehr zu beklagen, daß man sich nicht mit den in Frankreich verübten grausamen Verfolgungen begnüge, sondern diese auch auf die okkupierten Reichslande contra fidem publicam et pacta conventa ausdehne und nicht einmal eine Diskussion dieser gravamina gestatten wolle.

[2]) Kf. hatte (d. Freienwalde 13./23. Juli 1688) Sp. auf dessen Gesuch erlaubt, eine Badereise nach Aachen zu unternehmen.

geblieben seien, dieselben würden immer durch das Eintreffen von Nachrichten vereitelt [1]), welche Veränderungen in den Entschlüssen und dem Verhalten des Kf. erkennen ließen, so jetzt durch den Bericht Frischmanns aus Regensburg, daß [2]) der dortige Gesandte des Kf., der bisher hauptsächlich der Anerkennung des Grafen Windischgrätz als kaiserlichen Prinzipalgesandten opponiert hätte, diese Opposition aufgegeben hätte. Allerdings, bemerkte er, ginge diese Angelegenheit direkt nicht Frankreich an, sondern das Interesse und die Prärogativen des kurfürstlichen Kollegs, aber man könnte doch daraus die jetzige Stimmung des Berliner Hofes erkennen, welcher plötzlich seinen Widerspruch in einer für das Kurfürstenkolleg so wichtigen Sache aufgebe zugunsten eines Ministers, der ein so leidenschaftlicher Feind Frankreichs wäre. Er hat darauf erwidert, daß er über diese Vorgänge in Regensburg noch nicht informiert wäre, daß aber solche Zeremonialstreitigkeiten oft, nachdem sie eine Zeitlang gedauert, durch irgend ein Temperament beendigt würden, daß er jedenfalls nicht erkennen könnte, in welchem Zusammenhang diese Sache mit den Verträgen zwischen Frankreich und Kf. stände, und daß sie keinen gerechten Vorwand geben dürfe, um die schuldigen Zahlungen zu unterlassen.

Da Croissy von den Verhandlungen mit dem braunschweigischen Hause nicht sprach, hat auch er dieselben nicht weiter berührt, nur beiläufig erwähnt, daß, wie er von Meyercrohn erfahren, der Herzog von Celle aufs neue die Rechte des Kf. auf eine Insel in der Elbe verletzt habe [3]), wovon Cr. noch keine Nachricht erhalten zu haben behauptete. Ihre übrige Unterhaltung betraf die am 24. hier eingetroffene Nachricht von einem neuen großen Siege über die Türken [4]) in Ungarn, dessen Wichtigkeit und Ruhmwürdigkeit auch Cr. vollauf anerkannte. Er hat sich dann verabschiedet [5]).

Der Kurfürst an v. Spanheim. D. Goltz 5./15. September 1687 [6]). (Conc. Meinders.)

[Befehl, wegen der ungegründeten Verdächtigungen seiner Politik Beschwerde zu führen.]

15. Sept. Aus seinen letzten Relationen hat er gar gern ersehen, daß man dort abermal zu Bezahlung eines Quartals der Subsidien Anstalt gemacht und die eine Hälfte bereits wirklich gezahlt hat. Er erwartet, daß auch der Rest bald erfolgen wird

[1]) S. das Schreiben Ludwigs XIV. an Rébenac vom 17. Juli 1687 (S. 1285).

[2]) S. das Schreiben desselben vom 28. August 1687 (S. 1243) und unten Abschn. V.

[3]) S. Rébenacs Bericht vom 9. September (S. 1244).

[4]) Die Schlacht bei Nagy-Harsany am 17. August 1687, s. Fridags Bericht an den Kaiser vom 25. August (Urk. u. Akt. XIV, S. 1373 f.) und Rébenacs vom 23. August (S. 1241 f.).

[5]) Sp. berichtet am 3. September, gestern sei die Anweisung auf die Hälfte eines neuen Quartals der Subsidien an Kf. ausgegeben worden, wegen der zweiten Hälfte werde er sich in 2 bis 3 Wochen durch seinen Sekretär Cölsch bemühen, er gedenke morgen nach Aachen abzureisen.

[6]) S. Pagès, S. 600.

und daß man sich davon nicht durch den Bericht Frischmanns über seine angebliche Konduite in Regensburg wird abhalten lassen. Dieser Bericht ist ganz falsch und ungegründet, er hat noch jüngsthin seiner dortigen Gesandtschaft befohlen, beständig dabei zu verbleiben, daß das Prinzipalkommissariat nur einem mit Sitz und Stimme auf dem Reichstag versehenen Reichsfürsten übertragen und Graf Windischgrätz nicht als solcher anerkannt werden dürfe.

Wir befehlen Euch auch hiemit gnädigst, sobald Ihr wieder zu Paris anlangt und sich dazu bequeme Gelegenheit ereignet, dieses dem Marquis de Croissy gebührend, und zwar nicht in Form einer Justification, als welcher es in gegenwärtigem Falle nicht bedarf, sondern zu Überführunge des falschen Rapporteurs zu remonstriren, mit Begehren, daß man nicht allein gegen gedachten Frischman wegen dieses seines übelgegründeten und zu unserm tort und Schwächung der guten Intelligenz zwischen I. K. May. und uns angesehenen Rapports gehöriges ressentiment bezeugen, sondern auch sonst in andern Fall sich nicht so leicht zu ungleichen Gedanken gegen uns bewegen lassen möchte, dann es unsere Ehre und Reputation nicht wenig afficiret, daß man auf diese und dergleichen ungegründete Spargemente sich sofort merken lässet, man wolle mit Zahlunge der Subsidien inne- und uns dadurch gleichsam am Schnure halten, da uns doch dieselben ex foedere gebühren und also die richtige Zahlung derselben eine Obligation und Schuld ist. —

So viel schließlich das neu erbaute Fort bei Trarbach [1]) anbelanget, da lassen wir es bei Euren vorhin deshalb getanen Vorstellungen nochmal bewenden und habt Ihr, wenn es hievon ferner zu reden Gelegenheit giebt, zwar zu versichern, daß wir von unserer mit I. K. May. bisher gepflogenen guten Intelligenz nicht absetzen, besondern denen aufgerichteten foederibus wie bishero also noch ferner nachkommen würden, wie es uns dann nicht wenig schmerzet, daß man uns mit dergleichen unerfindlichen und wieder die selbst-redende Wahrheit streitenden Vorwürfen, als wollten wir uns à la tête der Klagenden stellen oder das classicum wieder I. K. May. anstimmen, zu beladen keine Scheu trüge, man hätte uns aber auch mit keinem Fuge zu verdenken, wann wir in dergleichen hochwichtigen und des Reichs Sicherheit und Bestes wie auch die gebührende Observanz des mit so großer Mühe aufgerichteten armistitii so nahe touchirenden Angelegenheiten unsern gegen das Reich habenden schweren Pflichten ein Genügen tun und dasjenige, was uns dieselben in dergleichen Fällen dictirten, vorstellen lassen müßten. —

[1]) S. Rébenacs Bericht vom 16. September 1687 (S. 1245).

[2]) S. Immich, S. 129, vgl. Rébenacs Bericht vom 23. September (S. 1246).

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Fontainebleau 6./16. Oktober 1687.

[Günstigere Stimmung gegen Kf., die Verhandlungen mit den lüneburgischen Herzögen. Subsidienzahlung.]

16. Okt. Er hat Croissy gesprochen und ihm angedeutet, wie irrig die hieher gekommenen Nachrichten von dem Verhalten des Kf. in der Angelegenheit des Kaiserl. Prinzipalkommissars und wie ungegründet der hier deswegen gegen Kf. geschöpfte Verdacht wäre. Cr. mußte dieses zugestehen, suchte aber doch Frischmann damit zu entschuldigen, daß im kurfürstlichen Kolleg sich Neigungen gezeigt hätten, welche zu einem solchen Gerücht hätten Anlaß geben können. Er bezeugte aber auch, daß durch Rébenacs Berichte[1]) seine Versicherungen der guten Absichten des Kf. in bezug auf Frankreich bestätigt würden. Dies gab ihm Gelegenheit, von den Subsidien zu sprechen und darauf hinzuweisen, daß die schon vor seiner Abreise versprochene Zahlung der zweiten Hälfte des einen Quartals noch nicht erfolgt sei. Cr. versicherte, daß er nicht daran schuld sei, und versprach darüber sogleich mit dem König zu sprechen.

Er hat gestern auch mit Meyerernohn, der sich auch hier befindet, über diese Angelegenheiten gesprochen. Derselbe hat ihm auch mitgeteilt, daß die Sendung Hops[2]) durch die Gen. Staaten zu Kf. hier Argwohn erregt habe, daß man glaube, dieselbe habe zum Zweck, Kf. von der Verbindung mit Frankreich abzuziehen. Croissy hat darüber mit ihm noch nicht gesprochen.

Der Neffe Gourville's ist schon abgereist, er soll als Resident an den lüneburgischen Höfen der Nachfolger Bourgonville's werden. Meyerernohn hat ihm mitgeteilt, Croissy habe zu ihm gesagt, daß der Vertrag mit dem Herzog von Hannover noch nicht zum Abschluß gekommen sei, daß der Herzog von Celle auf das Verlangen Frankreichs, er solle sich auch gegen die Alliierten desselben zur Hilfeleistung verpflichten, eingehen will, aber unter der Bedingung, daß er schon jetzt Subsidien erhalte. Es scheint allerdings, daß die Verhandlungen mit Hannover noch nicht zum Abschluß gekommen, aber doch soweit vorgeschritten sind, daß sie leicht dazu gebracht werden können.

Soeben erhält er von Croissy die Nachricht, daß der König aufs neue die Zahlung der zweiten Hälfte des Quartals der Subsidien befohlen habe[3]).

[1]) S. Rébenacs Berichte vom 9. und 16. September 1687 (S. 1244 f.).

[2]) S. oben S. 123 ff. und Rébenacs Berichte vom 8. und 9. September (S. 1243 f.).

[3]) Sp. meldet (d. Paris 14./24. Oktober 1687), daß die Zahlung der 62 500 Livres allerdings erfolgt sei, aber zum größten Teil in Geld, dessen Wert tags darauf herabgesetzt sei, so daß Kf. dabei 1275 Livres Verlust haben würde, daß er sich allerdings darüber beschwert habe, daß aber wenig Aussicht sei, etwas zu erreichen. Nach einem von ihm am 8./18. November Croissy übergebenen Memoire betragen die Rückstände noch 5 Quartale (25. Oktober 1686, 25. Januar, 25. April, 25. Juli und 25. Oktober 1687) à 125 000 Livres, zusammen 625 000 Livres.

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 11./21. November 1687.

[Zufriedenheit Croissy's mit den Erklärungen des Kf. in betreff der Wahl des Erzherzogs zum Römischen Könige und der Königswahl in Polen.]

PS.[1]) Croissy dans ce dernier entretien et malgré son indisposition 21. Nov.
de goute qui le traualloit voulut marquer à Sp. la satisfaction particuliere du compte que Rebenac[2]) avoit rendu des entretiens et declarations de V. A. El. sur deux points et qu'il me redit: l'un touchant l'election du jeune Archiduc pour Roy des Romains et à ne consentir pas à en accorder la dispense d'age contre les loix de l'Empire et sans necessité qu'à en augmenter la puissance de l'Empereur, sur quoy Cr. ne manqua pas d'appuyer sur ce qui devoit en detourner à son avis et hoc statu rerum les Electeurs de l'Empire: Que le Roy de France ne pouvoit que concourir à croire que la dite dispense n'estoit pas de tempore.

L'autre point regardoit l'election d'un futur Roy de Pologne[3]) et là dessus de l'exclusion du Duc de Lorraine ou du Duc de Neubourg: Que pour le fils du Roy de Pologne, pour lequel V. A. El. ne paraissoit pas encliné, on ne s'y accrochoit pas icy au cas d'autres et plus propre et non suspect. Qu'on croyoit seulement que le dit fils du Roy de Pologne pouvoit estre le concurrent, avoir un parti le plus fort à opposer aux deux autres. Cr. malgré son mal prit à tache de me toucher la satisfaction particuliere du Roy de France sur ce que V. A. El. en avoit dit à Rebenac. Sp. ne put que s'y tenir in generalibus comme non instruit là dessus.

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 2./12. Dezember 1687.

[Gespräch mit Croissy über die Verhandlungen zu Altona.]

In der Unterredung, welche er am 9. in Versailles mit Croissy gehabt, hat 12. Dez.
er der Order des Kf. gemäß mit demselben über die Konferenz in Altona[4]) gesprochen, versichert, daß Kf. den aufrichtigen Wunsch hege, im Interesse des Reiches und auch des Königs von Dänemark diesen Streitigkeiten ein Ende zu machen, daß er daher die Vermittlung übernommen habe und sich bemühe, eine gütliche Übereinkunft zustande zu bringen, und daß er hoffe, daß auch der König von Frankreich ihn dabei unterstützen und dementsprechend durch seinen Gesandten in Kopenhagen und durch Meyerernohn auf den dänischen Hof einwirken werde. Cr. hat ihm erwidert, daß auch sein König denselben Wunsch habe und denselben sowohl in Kopenhagen durch seinen Gesandten als auch hier Meyer-

[1]) Ganz in Ziffern.

[2]) S. Rébenacs Bericht vom 28. Oktober 1687 (S. 1251 ff.).

[3]) S. die Berichte desselben vom 28. August (S. 1242), 6. September (S. 1243) und 28. Oktober 1687 (S. 1254 f.) und unten Abschn. VIII.

[4]) S. unten Abschn. V. Vgl. Rébenacs Berichte vom 18. November, 23. und 30. Dezember 1687 (S. 1259, 1264 f.).

crohn gegenüber zu erkennen gegeben habe und auch damit fortfahren werde. Von dem Akkommodement sprach er nur im allgemeinen, daß Frankreich wünschen müsse, daß es mit der Satisfaktion des Königs von Dänemark erfolge. Da er nicht weiter darauf instruiert ist, so hat er es dabei bewenden lassen müssen.

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 16./26. Dezember 1687.

[Die Verhandlungen zu Regensburg und mit dem Herzog von Hannover. Subsidienzahlung. Koadjutorwahl in Cöln.]

26. Dez. In seiner letzten Unterhaltung mit Croissy wurden zuerst die Regensburger Angelegenheiten berührt. Er hat sich überzeugt[1]), daß man hier zufrieden ist und den Nachrichten Crecy's keinen Glauben schenkt. Croissy hat ihm mitgeteilt, daß französischerseits dort eine die Errichtung der Befestigungen rechtfertigende Denkschrift übergeben worden ist, und er hat erkannt, daß man hier Konferenzen oder Diskussionen über diese Angelegenheit zu vermeiden wünscht, um dadurch Kollisionen zu verhüten, welche die kaiserlichen Minister dabei herbeizuführen suchen würden. Er hat darauf sich nach dem Stand der Verhandlungen zwischen Frankreich und dem Herzog von Hannover erkundigt, worauf aber Cr. nur erwidert hat, es könnte wohl sein, daß aus dem Vertrage nichts würde, so daß es also wirklich scheint, daß derselbe noch nicht zustande gekommen ist. Er hat dann auch wieder auf Bezahlung der Subsidien gedrungen, Cr. hat es übernommen, mit dem König davon zu sprechen, aber beiläufig bemerkt, zu Ende des Jahres pflegten die Finanzen überlastet zu sein und die Verwalter derselben suchten daher soviel wie möglich, solche Assignationen hinzuziehen. Er hat aber doch die Sorge dafür Mignon anempfohlen und ihm Aussicht auf eine neue Gratifikation von 1000 Talern gemacht.

Man glaubt hier die Cölner Koadjutorei[2]) für Fürstenberg gesichert, andere aber glauben, daß die Versammlung des Kapitels endigen könnte, ohne daß es zu einer Koadjutorwahl käme, und daß der Papst sich unter der Hand bemühe, die Wahl Fürstenbergs zu vereiteln.

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 30. Dezember 1687/9. Januar 1688.

[Unterredungen mit Croissy und Louvois.]

9. Jan. Er hat in den letzten Tagen mit Croissy über die Altonaer Konferenz eine Unterredung gehabt. Cr. zeigte sich gegen Kf. gut gesinnt und ohne Argwohn. Er hat dieses benutzt, um wieder auf Bezahlung der Subsidien zu dringen, und hat dadurch erreicht, daß in dem gestrigen Konseil der Königl. Schatz Ordre erhalten hat, 62 500 Livres zu zahlen. Er hat während seines zweitägigen Aufent-

[1]) S. Rébenacs Bericht vom 25. November und 2. Dezember 1687 (S. 1259 f.).
[2]) S. Rébenacs Bericht vom 30. Dezember 1687 (S. 1265).

haltes in Versailles Gelegenheit genommen, bei Louvois zu speisen (sonst gibt derselbe den fremden Gesandten keine Gelegenheit, ihn zu sehen), derselbe sagte zu ihm bei der Tafel, er habe ganz unwiderlegliche Beweise beigebracht, daß Trarbach schon vor dem August 1681 renniert worden sei, er sprach auch von der Koadjutorwahl in Cöln, die gerade an diesem Tage stattfinden sollte, und meinte, daß die Wahl des Kardinals Fürstenberg gesichert und daß auch kein Einspruch dagegen seitens des Papstes zu erwarten sei. Croissy hat mit ihm über diese Angelegenheit nicht gesprochen, er hatte es eigentlich erwartet, da er hier von Gegenbemühungen des Kf. [1]) durch einen nach Cöln geschickten Minister hatte sprechen hören. Auch von den Traktaten mit Hannover hat Cr. in der letzten Unterredung mit ihm nicht gesprochen, er weiß aus sicherer Quelle, daß dieselben sehr fortgeschritten und dem Abschluß nahe sind [2]).

[1]) Kf. hatte auf die gleichzeitig von dem Kurfürsten Philipp Wilhelm von der Pfalz und von dessen Sohne, dem Kurprinzen Johann Wilhelm, erhaltene Nachricht, daß Kurfürst Maximilian Heinrich von Cöln in die Wahl eines Koadjutors gewilligt und schon die Domherren dazu nach Cöln berufen habe, und auf deren dringende Aufforderung, auch zu versuchen, denselben davon abzuhalten, den Freiherrn v. Wachtendonck beauftragt (d. Potsdam 17./27. November 1687), sich nach Bonn zu begeben und sich im Verein mit den von dem Kaiser und den Kurfürsten von Bayern und der Pfalz zu eben diesem Zweck dorthin geschickten Gesandten zu bemühen, den Kurfürsten von Cöln unter Vorstellung der Gefahren, welche eine solche Wahl den niederrheinischen Gebieten und dem ganzen Reiche bereiten würde, da sich gewiß Auswärtige darein mischen und jemand, der von ihnen dependiere (gemeint war der schlimmste Parteigänger Frankreichs, der Bischof von Straßburg, Kardinal Wilhelm von Fürstenberg), durchzubringen sich bemühen würden, davon abzustehen. W. hatte, wie er (d. Düsseldorf 15. und Bonn 21. Dezember 1687) berichtet, sich zunächst nach Düsseldorf, der Residenz des dort die Statthalterschaft führenden pfälzischen Kurprinzen, und, nachdem er mit diesem die nötigen Verabredungen getroffen hatte, nach Bonn begeben, hatte dort schon den kaiserlichen Gesandten, Grafen Kaunitz, und den bayrischen, Karig, vorgefunden, bei dem Kurfürsten von Cöln Audienz gehabt und ihm die ihm aufgetragenen Vorstellungen gemacht, aber nichts ausgerichtet, und war darauf wieder abgereist. Auf einen neuen Befehl des Kf. (d. Potsdam 11./21. Dezember 1687), nach Cöln zu gehen, die dortigen Vorgänge zu überwachen und insgeheim zu versuchen, die Wahl Fürstenbergs zu hintertreiben, hatte er auch dieses ausgeführt, aber ebensowenig Erfolg gehabt, am 7. Januar 1688 war der Kardinal zum Koadjutor gewählt worden. S. Pufendorf XIX, § 59, S. 15; Ennen, Frankreich und der Niederrhein I, S. 171 ff. Vgl. auch die Berichte Rébenacs vom 30. Dezember 1687 und 6. Januar 1688 und das Schreiben Ludwigs XIV. vom 1. Januar 1688 (S. 1265 ff.).

[2]) Schon am 1. November 1687 war der Allianzvertrag zwischen Frankreich und den braunschweigischen Herzögen abgeschlossen worden, s. Rébenacs Bericht vom 9. Dezember 1687 (S. 1262).

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 6./16. Januar 1688.

[Gespräch mit Croissy über die Koadjutorwahl in Cöln und die Königswahl in Polen.]

16. Jan. In seiner letzten Unterredung mit Croissy am 13. berührte dieser die Sendung Wachtendoncs[1]) durch Kf. nach Cöln und dessen Bemühungen zugunsten des Prinzen von Neuburg und erklärte, man hätte dieses hier nicht erwarten und nicht glauben können, daß es den Interessen des Kf. entspreche, er bemerkte auch, daß man in der letzten Depesche an Rébenac[2]) es berührt habe. Er hat erwidert, daß er über diese Angelegenheit nicht näher instruiert sei, daß es aber ganz natürlich sei, daß Kf. an dieser Koadjutorwahl großes Interesse nehme und daher jemand dorthin geschickt habe, er hat daran erinnert, daß Cr. noch nie mit ihm über diese Sache gesprochen habe, und bemerkt, daß eher Kf. es sonderbar finden könnte, daß man in eine ihn wie das ganze Reich so interessierende Sache sich soweit eingelassen habe, wie allgemein geglaubt werde, ohne sich vorher mit ihm darüber zu verständigen. Cr. hat darauf nur erwidert, diese ganze Sache rühre von K. Pfalz her, wenn dieser sich nicht so sehr bemüht hätte, seinen Sohn trotz des Widerstrebens von K. Cöln zum Koadjutor zu machen, würde dieser niemals zugunsten des Kardinals die Hand dazu geboten haben. K. Pfalz wolle alles haben und man begriffe nicht, wie es im Interesse des Kf. und seines Hauses liegen könne, zu einer solchen Machtvergrößerung desselben beizutragen. Er hat daraus erkannt, welcher Motive man sich bedient hat, um K. Cöln zu bewegen, für Fürstenberg sich zu bemühen.

Croissy sprach außerdem von der Absicht des Kf., einen Gesandten auf den polnischen Reichstag zu schicken, von dessen Kommission man aber hier nichts wüßte. Man hätte wohl Rébenac zu erkennen gegeben[3]), daß Kf. nicht geneigt sei, die Bemühungen des Sohnes des polnischen Königs um die Krone zu begünstigen, auch hier hätte man diesen nur vorgeschlagen, als den, der am erfolgreichsten dem Herzog von Lothringen entgegengestellt werden könnte, im übrigen wäre man hier ziemlich gleichgültig, auf wen die Wahl fiele, wenn es nur nicht dieser Herzog oder ein erklärter Anhänger des Kaisers wäre, darüber hätte man sich seitens des Kf. zu Rébenac in ganz zufriedenstellender Weise erklärt.

Der Kurfürst an v. Spanheim. D. Potsdam 17./27. Januar 1688. (Conc. Meinders.)

[Auf die Relation vom 6./16. Januar. Die Verhandlungen zu Altona. Sein Verhalten bei der Koadjutorwahl in Cöln und der Königswahl in Polen.]

27. Jan. Es freut ihn, daß Croissy erklärt hat, daß der König von Frankreich keineswegs beabsichtige, die Differenzen zwischen dem König von Dänemark und dem Herzog von Holstein-Gottorf zu fomentieren, daß er vielmehr ersterem

[1]) S. oben S. 321.

[2]) S. das Schreiben Ludwigs XIV. an Rébenac vom 1. Januar 1688 (S. 1266).

[3]) S. das Schreiben Ludwigs XIV. an denselben vom 23. Dezember 1687 (S. 1263).

habe ernstlich zureden lassen, dieselben durch einen gütlichen Vergleich zu beendigen und dahin zu sehen, daß die Konferenzen zu Altona nicht re infecta abgebrochen, sondern durch die Mediatoren zu einem guten Ausschlage befördert würden, worum auch er sich ferner bemühen wird.

Sp. hat, was ihm Croissy wegen der Koadjutorwahl vorgestellt hat, ganz wohl und seiner Intention gemäß beantwortet. Es wird [1]) ihm niemand verdenken können, daß er auf diese Wahl, durch die ihm ein Kurfürst und Kollege an die Seite gesetzt wird, mit dem er das in dem kurfürstlichen Verein gegründete Bündnis wird unterhalten müssen und mit dessen Landen die seinigen allenthalben benachbart und enklaviert sind, einige Reflexion genommen und sich über das, was dabei vorgefallen, durch einen der Seinigen hat referieren lassen. Es ist ihm auch wohl bekannt, worin bei des Hauses Pfalz jetzigem und noch bevorstehendem aggrandissement sein und seines Hauses Interesse versiert; es wird ihm auch keiner von den zu dieser Koadjutorie vorgeschlagenen Candidatis mit Fug imputieren können, daß er sich demselben opponiert haben sollte. Eine ebensolche Konduite wird er auch bei einer künftigen Königswahl in Polen halten lassen. Man mißt ihm mit Unrecht eine partikuliere Aversion gegen den Sohn des Königs vor, vielmehr kann ihm indifferent sein, wer gewählt wird, wenn es nur eine solche Person ist, die ihrer Dependenz oder Macht halber den Nachbaren keine sonderliche Ombrage verursacht, die Republik bei ihrer Freiheit läßt und zu der er das Zutrauen haben kann, daß sie die zwischen ihm und Polen geschlossenen ewigen pacta getreulich halten wird, was alles sich bei niemand besser als bei einem Piasto finden würde. Er hält sich hierunter des Beifalls und der Assistenz des Königs von Frankreich für versichert und zweifelt nicht, daß dessen Minister mit gleichmäßiger Order versehen sein wird.

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 3./13. Februar 1688.

[Beschwerde Croissy's über Zurückhaltung französischer Untertanen.]

Er hat am 10. in Versailles mit Croissy wieder über die holsteinsche Sache 13. Febr.
und die Königswahl in Polen gesprochen. Darauf ging dieser, sogar etwas heftig, zu einer anderen Sache über. Er sagte, es hätten sich neuerdings Dinge zugetragen, welche der König sehr übel genommen hätte und die, wenn sie noch einmal vorkämen, üble Folgen haben könnten. Schon das ganze Verfahren bei dem Edikt von Potsdam, daß man Untertanen des Königs zum Desertieren veranlaßt und in die Staaten des Kf. gezogen habe, hätte dem König Grund zu gerechtem Zorn gegeben, jetzt sei man noch weiter gegangen, hätte [2]) in Berlin Untertanen des Königs, welche nach Frankreich zurückkehren und zur katholischen Religion übertreten wollten, festgehalten und sogar bis außerhalb der Grenzen des Staates verfolgt. So hätte man es in Hamburg gemacht, der König hätte deswegen an

[1]) S. Pufendorf XIX, § 60 (S. 1583 f.).

[2]) S. den Bericht Rébenacs vom 27. Januar und das Schreiben Ludwigs XIV. an denselben vom 29. Januar 1688 (S. 1270 f.).

diese Stadt einen sehr scharfen Brief geschrieben und gedroht, wenn sie noch einmal wagen sollte, solche Franzosen zu arretieren, so werde er alle ihre Schiffe und Güter in französischen Häfen arretieren lassen. Er hat darauf geantwortet, daß er über diese Angelegenheit nicht weiter als durch das, was er in öffentlichen Blättern gelesen hätte, informiert wäre, daß er daraus habe schließen müssen, daß seitens des Kf. und seiner Minister die Sache nicht als eine solche angesehen worden sei, die Zwist erregen und hier Veranlassung zu Beschwerden geben könnte. Er hat darauf hingewiesen, daß Kf. ebenso wie jeder andere Souverän das Recht hätte, Franzosen wie Angehörige jeder Nation verhaften zu lassen, welche sich Pflichten, die sie in seinem Dienst übernommen, entzogen oder sich eines Verbrechens schuldig gemacht hätten, oder auch aus Zivilursachen, wie z. B. wegen Schulden. In solchem Falle dürfte Kf. seinen davon betroffenen Untertanen nicht die gebührende Justiz verweigern. Er hätte übrigens in den Zeitungen gelesen, daß die Sache abgemacht sei, und zwar so, daß die Minister des Königs in Berlin und Hamburg damit hätten zufrieden sein können. Cr. erwiderte, man hätte anfangs in Berlin erklärt, die Franzosen ziehen lassen zu wollen, sie dann aber unter dem Vorwand von Schulden verhaften zu lassen beschlossen, sie sogar bis nach Hamburg verfolgt und dort ihre Verhaftung verlangt. Er hat erwidert, diese Franzosen, um die es sich handelte, müßten jedenfalls etwas anderes begangen haben, als daß sie nur hätten nach Frankreich zurückkehren und katholisch werden wollen, das sei gewiß nur ein Vorwand, sie hätten jedenfalls Schulden gemacht, und er hat auch ihre Verfolgung außerhalb des kurfürstlichen Gebietes gerechtfertigt; darüber beständen Verträge mit benachbarten Fürsten und Städten, jedenfalls müßte es sich um etwas ganz anderes handeln als nur um den Eifer, katholisch zu werden. Er hat dann das Gespräch abbrechen müssen und hat, wie er glaubt, Cr. un peu moins prévenu verlassen, als er vorher gewesen war.

---

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 2./12. März 1688.

[Gespräch mit Croissy über die Altonaer Verhandlungen und die angeblichen Kriegspläne Schwedens und des Prinzen von Oranien.]

12. März Er hat am 9. wieder mit Croissy über die Altonaer Konferenzen [1]) gesprochen. Derselbe bemerkte, der König habe gehofft, daß Kf. auf dieselbe Weise wie er selbst auf eine Verständigung hinarbeiten und den Herzog von Holstein abhalten werde, sich durch die schwedischen Ratschläge in seiner Hartnäckigkeit bestärken zu lassen und sein Retablissement von gewaltsamen Mitteln zu hoffen; Kf. aber gebe statt dessen dem König von Dänemark Unrecht, habe offen gegen Rébenac erklärt [2]), daß in seinen Verträgen mit Dänemark nichts davon enthalten sei, daß er ihm, falls er wegen der schleswigschen Angelegenheiten angegriffen werden sollte, Hilfe zu leisten, verpflichtet sei. Es wäre pro tempore besser ge-

[1]) S. Pufendorf XIX, § 71 (S. 1594 ff.).

[2]) S. den Bericht Rébenacs vom 27. Februar (S. 1274) und das Schreiben Ludwigs XIV. vom 11. März 1688 (S. 1278).

wesen, sich einer solchen Erklärung, durch die der Herzog in seiner Hartnäckigkeit bestärkt werde, zu enthalten [1]). Er hat ihm darauf erwidert, Kf. und seine Minister hätten sich auf das äußerste bemüht, ein Akkommodement herbeizuführen, Fuchs habe beide Teile zur Annahme des Äquivalents der beiden Grafschaften und noch eines Supplements zu bestimmen gesucht, der Herzog aber habe schon von Anfang an erklärt, darauf nicht eingehen, sein und seiner Vorfahren Patrimonium nicht aufgeben zu können, dessen Weigerung könne daher nicht Fuchs Schuld gegeben werden, andererseits habe gerade das Widerstreben Dänemarks gegen eine solche Restitution und ein anderes Äquivalent eine Verständigung vereitelt, daher habe Fuchs jetzt einen neuen Vorschlag gemacht, der für beide Teile vorteilhaft und der einem früher von Croissy selbst gemachten ähnlich sei, der aber sei dänischerseits gänzlich verworfen worden. Cr. mußte dieses alles zugeben, behauptete aber doch, Kf. würde besser getan haben, eine solche Erklärung, Dänemark in diesem Streite nicht zur Hilfeleistung verpflichtet zu sein, nicht zu machen, und blieb bei seiner Meinung, Schweden sei entschlossen, Dänemark unter dem Vorwand der holsteinschen Differenzen anzugreifen, wobei es auch durch ein holländisches Geschwader unterstützt werden könnte. Das Ziel des Prinzen von Oranien sei, einen allgemeinen Krieg zu entzünden, deswegen würden in Holland so große Seerüstungen getroffen und der Handel mit Norwegen verboten. Er hat darauf geantwortet, es sei sehr unwahrscheinlich, daß die Holländer, die von England bedroht würden, ihre Küsten entblößen, einen Krieg im Norden entzünden und an einem solchen teilnehmen sollten. Cr. meinte, in England würden nur 12 Schiffe armiert, das könnte Holland nicht zu einer so großen Rüstung veranlassen, und fügte hinzu, sollte es im Kanal zu einem Kriege kommen, dann würde man französischerseits wohl geneigt sein können, daran teilzunehmen und England zu helfen, doch äußerte er sich so, als wenn er glaubte, daß es garnicht dazu kommen werde.

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 5./15. März 1688.

[Croissy's Mißbilligung der Nichtbeantwortung der Anzeige Fürstenbergs, dessen Mitteilungen über den Vertrag mit Hannover.]

Croissy sprach bei ihrer neulichen Unterredung auch vom Kardinal Fürsten- 15. März
berg und daß Kf. [2]) bisher unterlassen habe, auf die Anzeige von der Wahl desselben zum Koadjutor zu antworten, jedenfalls aus Gefälligkeit gegen die kaiserlichen Minister und K. Pfalz [3]). Es könnte dieses üble Folgen haben und es sei dazu um

[1]) Dazu die Randbemerkung: „S. Chf. D. sagten, Sie hätten dergleichen niemalen weder an den Herzog noch dessen ministros sagen lassen, aber wohl an H. Rébenac und Lenthen par occasion et surtout au premier en confidence, also könnte auch nicht sein, daß der Herzog von Gottorf sich zu wideren daher Anlaß genommen."

[2]) S. Rébenacs Berichte vom 9., 16. und 23. März und die Schreiben Ludwigs XIV. vom 4., 11. und 18. März 1688 (S. 1277 ff.); Pagès, S. 603.

[3]) Allerdings hatte sowohl der Kaiser als auch K. Pfalz Kf. aufgefordert, das Notifikationsschreiben Fürstenbergs nicht zu beantworten. S. Urk. u. Akt. XIV 2, S. 1397.

so weniger Veranlassung, da F. immer sich eifrig bemüht habe, ein gutes Verständnis zwischen Frankreich und dem Reiche zu erhalten und Extremitäten vorzubeugen. Daher könnte der König erwarten, daß seine Alliierten keine Schwierigkeit machten, diese Wahl anzuerkennen, die fast per unanimia des Kapitels erfolgt sei. Er hat erwidert, daß er darüber nicht unterrichtet sei. Der Gesundheitszustand des Kf. erlaube ihm schon seit einiger Zeit nicht zu schreiben, er wüßte aber nicht, ob nur dieser oder andere Gründe die Verschiebung der Antwort veranlaßt hätten.

PS. [1]) Über den Traktat mit Hannover[2]) hat er bisher erfahren, 1. daß er gemacht, unterzeichnet und von Hannover ratifiziert ist, das hat Croissy ihm und auch Meyercron mitgeteilt, 2. hat Cr. zu ihm davon gesprochen, als wenn es mehr ein Präliminarvertrag wäre, 3. hat er ihm gesagt, daß nach demselben Hannover noch keine Subsidien gezahlt werden sollen, da dieses den Vorbehalt gemacht habe, sich nicht zur Hilfeleistung an die Bundesgenossen Frankreichs zu verpflichten, bevor die holsteinsche Sache durch eine Übereinkunft beendigt sei. Er hat dieses von Croissy erfahren, als er aufs neue auf Zahlung der Subsidien gedrungen und geltend gemacht hat, Kf. dürfte sonst glauben, daß man die neuen Bundesgenossen bevorzuge.

Von seiten Dänemarks scheint man nicht zum Zustandekommen dieses Traktats mitgeholfen zu haben, doch mag die Furcht, von Schweden angegriffen zu werden, und die Versicherung, daß ein solcher Vertrag mit Hannover es nach dieser Seite hin sichern und daß Hannover dazu beitragen könnte, den Herzog von Holstein zu größerer Nachgiebigkeit zu bewegen, es bewogen haben, keine Schwierigkeiten zu machen. Betreffend die holsteinsche Angelegenheit, hat er bisher nur erfahren, daß in dem Vertrage enthalten sei, Hannover solle sich bemühen, das Akkommodement und den Erfolg der Vermittlung zu erleichtern. Für den Kf. Verfängliches scheint der Vertrag nicht zu enthalten, er scheint nur mit Hannover geschlossen zu sein, Celle sich noch nicht verpflichtet zu haben, von der Aufrechterhaltung des Waffenstillstandes scheint nur in allgemeinen Ausdrücken die Rede zu sein.

---

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 27./17. März 1688.

[Beschwerden Croissy's über das Verhalten des Kf. in der Fürstenbergschen Angelegenheit. Seine Erwiderungen darauf.]

27. März Croissy hat bei ihrer letzten Unterredung am 24. ihm angezeigt, daß der König den Grafen Rébenac zum Gesandten in Spanien und den Herrn v. Gravelle[4]) zum Nachfolger desselben am Hofe des Kf. ernannt habe, er rühmte diesen

[1]) Zum großen Teil in Ziffern.

[2]) S. die Berichte Rébenacs vom 24. Februar und 2. März und das Schreiben Ludwigs XIV. vom 26. Februar 1688 (S. 1275 ff.), Pagés, S. 602.

[3]) S. Ludwigs XIV. Schreiben an Rébenac vom 18. März 1688 (S. 1280).

[4]) Jules de Gravel, marquis de Marly, vorher französischer Gesandter in Cöln. s. über ihn Recueil des instructions XVI, S. 224.

sehr und fügte hinzu, Rébenac habe Befehl erhalten, sofort zurückzukehren und seinen Sekretär[1]) in Berlin zu lassen, der bis zur Ankunft Gravelle's die Korrespondenz führen solle. Er sprach dann wieder davon, daß Kf. auf die Anzeige des Kardinals Fürstenberg von seiner Wahl zum Koadjutor noch nicht geantwortet habe und daß diese Verzögerung böse Folgen haben könne, fügte dann aber hinzu, man habe Nachricht aus dem Haag, daß der General v. Spaen[2]) dort einen Vertrag gemacht habe, in dem sich Kf. verpflichte, ein Korps von 9000 Mann nach dem Rhein vorrücken und sich mit den Truppen des Herzogs von Jülich vereinigen zu lassen. Dies, behauptete er, könnte nur in der Absicht geschehen, die Wahl Fürstenbergs oder seine Zulassung zur Nachfolge K. Cölns zu durchkreuzen, alles dieses geschehe im Einverständnis mit den kaiserlichen Ministern, in Wien habe man erklärt, man ziehe es vor, daß Kf. dort ein Korps hielte, statt daß er ein solches nach Ungarn schickte. Der König sei sehr erstaunt über diese Nachricht, da dadurch die öffentliche Ruhe gestört und ein neuer Krieg werde entzündet werden, er hätte solches von einem Alliierten wie Kf. nicht erwarten können. Er behauptete dann, daß die Wahl Fürstenbergs durchaus kanonisch und ohne daß der König sich darein gemischt habe, erfolgt sei, und erklärte, daß dieser das Kapitel mit aller Macht bei seinen Rechten schützen werde. Er hat darauf erwidert, daß er über die Ursache der Nichtbeantwortung des Schreibens Fürstenbergs durch Kf. noch nichts weiteres erfahren habe, er hätte nur etwas gehört von einem Briefe des Kardinals an K. Sachsen[3]), der vielleicht dazu beigetragen hätte. Croissy erwiderte, davon hätte auch Rébenac berichtet und bemerkt, dieser Brief enthielte etwas, was der Kardinal wohl hätte auslassen können, aber das sei noch kein genügender Grund dafür, daß Kf. demselben nicht antworte oder die Gegenpartei unterstütze. Er hat darauf gesagt, von jenem angeblichen im Haag geschlossenen Traktat wüßte er nichts und er hielte diese Nachricht für ungegründet. Es wäre nicht das erste Mal, daß Reisen Spaens nach dem Haag Anlaß zu Verdacht und zu solchen ungegründeten Gerüchten gegeben haben. v. Diest habe dieses, als er vor 8 Tagen von Spaens Ankunft im Haag berichtete, schon vorausgesagt. Wenn es sich wirklich um einen Traktat handelte, so würde Diest, als dortiger Gesandter des Kf., gewiß daran beteiligt sein, Cr. selbst würde sich erinnern, daß schon vor einem Jahre Fürstenberg, als sie beide sich hier bei ihm getroffen, von der beabsichtigten Vereinigung eines Truppenkorps des Kf. mit einem solchen des Herzogs von Jülich und deren Marsch nach Cöln gesprochen habe und daß Kf. auf die Nachricht davon den Kommandanten von Wesel, v. Heyden, zu K. Cöln geschickt und sich über solche falsche Nachrichten beklagt habe. Nach seinen letzten Nachrichten aus Berlin fahre der Kaiser fort, darauf zu dringen, daß Kf. Truppen nach Ungarn schicke, was mit jener Angabe, derselbe ziehe die Sendung an den Rhein vor, im Widerspruch stehe. Kf. hätte ihn versichert, daß er Wachtendonck nicht befohlen habe, sich der Wahl Fürstenbergs zu widersetzen oder die des neuburgischen Prinzen zu befördern, um so

[1]) Poussik.

[2]) S. den Bericht Rébenacs vom 23. März 1688 (S. 1282), d'Avaux, Negotiations, VI, S. 126 f.

[3]) S. Rébenacs Bericht vom 9. März 1688 (S. 1277 f.) und unten Abschn. V.

weniger sei zu glauben, daß er sich jetzt dafür auf gewaltsame Weise interessieren und einen Krieg entzünden wolle, endlich wäre doch Rébenac an Ort und Stelle und könnte erfahren, wie es damit stände. Cr. mußte das meiste, was er vorgebracht hatte, zugestehen, aber er sagte, er hätte ihm diese Mitteilungen nicht gemacht, pour faire une querelle d'Allemand, er habe sie von verschiedenen Seiten her erfahren, sogar mit näheren Einzelheiten, allerdings habe Rébenac nur gemeldet [1]), daß Kf. 800—900 Mann nach Wesel zu dem dortigen Festungsbau schicken wolle, aber man versichere die Sache mit sehr bestimmten Einzelheiten und von dem Orte selbst her, wo sie sich ereignet habe. Er versicherte übrigens, diese Nachrichten seien sehr ungelegen gekommen, da sie seine Bemühungen, neue Subsidienzahlungen auszuwirken, gestört hätten. Er behauptete auch, man sei sehr erfreut, daß der Gesundheitszustand K. Cölns sich gebessert habe. Dies ist in der Tat der Fall, da eine neue Wahl des Kapitels große Verlegenheiten bereiten könnte, zumal während des jetzigen Zerwürfnisses dieses Hofes mit dem römischen.

Der Kurfürst an v. Spanheim. D. Potsdam 27. März / 6. April 1688. (Conc. Meinders.)

[Auf die Relation vom 17./27. März. Widerlegung der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen.]

6. April — Nun haben wir zuforderst bei gedachter Cöllnischen Coadjutorie mit allem Fuge zu allegiren, daß gleichwie dieselbe und unsere etwa dabei haltende Conduite mit der zwischen I. K. M. in Franckreich und uns sich befindenden Alliantz ganz keine Gemeinschaft hat, also uns auch billig in einer solchen Sache, welche das Reich und absonderlich das Churfürstliche Collegium allein touchiret, frei stehen muß, nach unserer Convenienz und Gutdünken zu verfahren, ohne daß man daraus eine Contravention wieder gedachte Alliantz oder andere rechtmäßige Ursach zu klagen erzwingen könne. — Es befinden sich aber auch noch über dem verschiedene Umbstände, wodurch wir an Beantwortung besagten Schreibens behindert worden und welche man an französischer Seite selbst von der Importantz befinden wird, daß wir die Beantwortung gedachten Schreibens billig deswegen differiren müssen, gestalt wir denn nun seit verschiedenen Monaten her wegen unserer an der rechten Hand gehabten Inconmodität nicht allein nichts unterschreiben können, sondern es hat auch gedachter Cardinal in seinem an ChurSachsens Lbd. abgelassenen Schreiben ausdrücklich erwähnet, daß er diese Coadjutorie Wahl noch zur Zeit weder acceptiret noch refusiert hätte, sondern zuforderst des Pabstes Disposition darüber erwarten wollte, dannenhero wir die Sache nicht anders als vor ein ganz unvollkommenes Werk ansehen können und billig Bedenken tragen müssen, gedachtem Cardinal

[1]) S. ebendaselbst S. 1278.

[2]) S. das Schreiben Poussins vom 10. April 1688 (S. 1684).

deswegen zu gratuliren, inmaßen wir denn auch dieser Ursache halber ihm noch zur Zeit anderst nicht zu antworten gewußt, als wie Ihr aus dem copeylichen Beischluß zu sehen, und hat erwähnter Cardinal, wann er wieder Vermuten sich damit nicht begnügen sollte, solches billig niemand anders als sich selbst zu imputiren. Soviel aber die neue Alliantz mit dem Prinzen von Oranien wie auch die 9000 Mann, so wir nach dem Rhein marschiren lassen und fürhabens sein sollen, das Thum Capittul zu Cölln zu einer anderen Wahl zu forciren, anbelanget, da habt Ihr dem Marquis de Croissy zu contestiren, daß wir an alle diese Dinge nie im allergeringsten gedacht, viel weniger dergleichen concertiret hätten. Es wäre zwar unser General Lieutenant Spaan, wiewohl ohne unsern Befehl und Commission, ohnlängst im Haag gewesen und hätte unsern Sohn, Prinz Philip Wilhelm, bei seiner Abreise aus Holland nach Cleve begleitet, es würde aber der eventus genugsam zeigen, daß diese seine vermeinte Negotiation ebensowohl als alles übrige, so schon hiebevor fingiret worden, eine ganz ungegründete und von solchen Leuten erdichtete Sache wäre, welche zwischen I. K. May. und uns allerhand Mißtrauen zu stiften und des Königes Affection und Freundschaft uns zu entziehen ihnen angelegen sein ließen, denen aber verhoffentlich I. K. May. keinen Glauben beimessen, sondern, weil dergleichen Spargimente sich hiebevor schon zum oftern ganz falsch befunden, weiter sich dadurch zu keiner Ombrage noch ungleichen Opinion wieder uns bewegen lassen würden, weiniger aber die Zahlung der uns ex pactis restirenden Gelder unter solchem unerfindlichen Praetext aufhalten und weigern, maßen uns denn nicht anders als sehr sensible fallen könnte, daß man auf dergleichen ungegründetes bruit also fort so sinistre opiniones wieder uns zu fassen und unsere hiebevor in so importanten Gelegenheiten temoignirte Sincerität in so ungleichen Verdacht zu ziehen bezeigete [1]). —

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. Paris 23. April / 3. Mai 1688.

[Auf die Reskripte vom 6./16. und 8./18. April. Erfolg seiner Aufklärungen. Die Subsidienzahlung. Die Verhandlungen in Altona. Nachrichten aus Cöln.]

Er hat den Inhalt der Reskripte Croissy mitgeteilt und hat diesen dadurch 3. Mai

[1]) Kf. wiederholt (d. Potsdam 6./16. April 1688) auf einen Bericht Spanheims vom 2. April über eine weitere Unterredung mit Croissy über denselben Gegenstand diese Erklärungen und fügt hinzu, Spaen sei zu K. Pfalz gereist, um mit demselben wegen der in Cöln liegenden Kreisgarnison und Errichtung eines Regiments Abrede zu nehmen. Sollte das etwa als eine Suite des angeblichen Traktats aufgenommen und ungleiche judicia deshalb gefällt werden, so solle er dem vorbauen und die wahre Beschaffenheit der Sache vorstellen.

noch mehr von der gänzlichen Unwahrheit der über den angeblichen Traktat verbreiteten Nachrichten überzeugt. Man hat auch bezeugt, daß man dadurch getäuscht worden ist, doch bemerkte Cr. neulich beiläufig, es werde fortgesetzt gemeldet, daß wirklich 8000—9000 Mann Truppen des Kf. in Westfalen und Cleve, davon 3000—4000 in Wesel, ständen. In betreff der Subsidienzahlung hat er bisher nichts weiter erreichen können, das kommt aber, wie Cr. ihm gesagt hat, von der Abwesenheit Louvois', der erwarteten Ankunft Rébenacs und dem Unwohlsein des Königs, da das letztere aber schon aufgehört hat und Louvois wie Rébenac[1]) in den nächsten Tagen erwartet werden, so hofft er auch hierin auf guten Erfolg, zumal da Croissy sich darum bemüht.

Er wird Croissy auch weiter über den Verlauf der Konferenz in Altona unterrichten, freilich lassen die letzten Nachrichten über die dänische Antwort auf die neuen Vorschläge der Mediatoren wenig Erfolg hoffen, und aus den Mitteilungen Meyercrons ist zu ersehen, daß man durch die Rüstungen in Schweden in Besorgnis gesetzt ist und fürchtet, daß auch holländische Schiffe sich mit den schwedischen vereinigen werden.

Meyercron hat ihm berichtet, daß der Herzog von Hannover Ballati nach Cöln schicke, um Fürstenberg zur Wahl zum Koadjutor zu beglückwünschen, und dabei auf die große Veränderung hingewiesen, die in dem Verhalten des Herzogs zu diesem eingetreten sei. Die letzten Nachrichten aus Cöln lauten, daß der Gesundheitszustand des Kurfürsten sehr ungünstig, daß die Wahl Fürstenbergs zu seinem Nachfolger sicher sei und es einer Konfirmation durch den Papst nicht bedürfen werde.

[1]) Sp. meldet (d. Paris 30. April/10. Mai 1688), Rébenac sei angekommen, habe ihn besucht und sich sehr dankbar für das ihm vom Kf. während seines ganzen Aufenthaltes an dessen Hofe und besonders bei seiner Abreise bewiesene Wohlwollen bezeugt.

IV.

Brandenburg und England.

(1684—1688.)

Einleitung.

Kurfürst Friedrich Wilhelm hatte [1]), nachdem er zu Ende des Jahres 1678 den Freiherrn v. Schwerin, der seit 1674 als sein Gesandter in England tätig gewesen war, abberufen hatte, den dortigen kurpfälzischen Gesandten Ezechiel v. Spanheim mit der Wahrnehmung seiner Interessen und der Berichterstattung über die dortigen Vorgänge betraut, denselben aber zu Anfang des nächsten Jahres 1680 ganz in seinen Dienst genommen und zum Gesandten am französischen Hof ernannt, wohin derselbe im April dieses Jahres übergesiedelt ist. In England hat er sich dann darauf beschränkt, einen gewissen Aglionby zu seinem Korrespondenten zu bestellen, von dem französisch abgefaßte, nicht an den Kurfürsten selbst, sondern an einen seiner Minister gerichtete Berichte vom Februar 1680 bis zum November 1681 vorliegen [2]). In der Zwischenzeit war von englischer Seite eine nähere Anknüpfung mit den Kurfürsten versucht worden. Der erste Schritt dazu bestand in einem Schreiben König Karls II. von Anfang Februar 1680, in welchem dieser ihm, wie es scheint [3]), nur in allgemeinen Redewendungen seine Absicht, für die Aufrechterhaltung des jetzt durch den Nimweger Frieden begründeten Ruhestandes in Europa zu wirken, kundgegeben und ihn zur Mitwirkung dazu aufgefordert hat. Der Kurfürst antwortete [4]) darauf, daß der Friede, den er infolge des Abfalls seiner Bundesgenossen habe schließen müssen, ihn in einen solchen Zustand versetzt habe, daß er wenig für das öffentliche Wohl werde tun können, daß er aber doch nach Möglichkeit zu allem beitragen wolle, was zur Befestigung der allgemeinen Ruhe dienen könne. Bald darauf erhielt er [5]), durch den seit kurzem an seinem Hof befindlichen holländischen Gesandten Amerongen, der bemüht war, ihn

[1]) S. Hirsch, Brandenburg und England. 1674—1679. II (Programm des Königstädtischen Realgymnasiums zu Berlin 1899), S. 9 ff.

[2]) Kf. weist (d. Cölln 19./29. Dezember 1681) Heidekampf an, Agl. für seine Mühewaltung 266 Rtlr. 16 Gr. zu zahlen.

[3]) Das Schreiben befindet sich nicht bei den Akten.

[4]) Kf. an König Karl II. d. Cologne s. l. Spree 27. Februar/9. März 1680. S. Rébenacs Bericht vom 19. März 1680 (Urk. u. Akt. XX, S. 419).

[5]) S. Rébenacs Bericht vom 19. März 1680 (a. a. O. S. 417 f.).

mit seiner Regierung auszusöhnen und von der Verbindung mit Frankreich abzuhalten, die Mitteilung, daß demnächst ein englischer Gesandter bei ihm erscheinen werde, der in engem Einvernehmen mit ihm, Amerongen, zu handeln beauftragt sei, woran die Bitte geknüpft wurde, vor dessen Ankunft keine anderweitigen Verpflichtungen zu übernehmen. Der Kurfürst erwiderte darauf kurz ablehnend, wenn sie ihm Vorschläge zu machen hätten, so hätten sie dieses vor zwei Jahren tun sollen, jetzt, nachdem sie ihn im Stich gelassen hätten, könnte er nicht darauf hören. Ende April erschien [1]) dann doch ein solcher englischer Gesandter, Sir Robert Southwell, in Berlin, er hatte am 24. bei dem Kurfürsten in Potsdam Audienz und darauf am 26. eine Konferenz mit den zu diesem Zweck dorthin beschiedenen Geheimen Räten v. Schwerin und Meinders. Er suchte [2]) das Verhalten seines Königs während des letzten Krieges zu rechtfertigen, wies dann auf das verdächtige Vorgehen Ludwigs XIV. hin, der die Niederlande durch Drohungen von dem beabsichtigten Abschluß eines Garantievertrages mit England und Schweden abgehalten und sie zu einem Bündnis mit ihm, das sie leicht in Konflikt mit England hätte bringen können, zu überreden versucht habe. Er kündigte an, daß sein König in Übereinstimmung mit den Generalstaaten und dem Prinzen von Oranien für die Erhaltung des Friedens Sorge tragen und zu diesem Zwecke sich mit diesen und möglichst vielen anderen Mächten zu einem Bündnis vereinigen wolle, daß er deswegen Gesandte nach Dänemark, Schweden, Münster, Cassel und zu den braunschweigischen Herzögen zu schicken gedenke, vor allem aber den Kurfürsten, mit dem er auch durch das gleiche religiöse Bekenntnis verbunden sei, heranzuziehen wünsche. Er beantragte darauf eine Erneuerung und zeitgemäße Umgestaltung des 1661 zwischen ihnen beiden abgeschlossenen, inzwischen abgelaufenen Bündnisses und schlug sogleich vor, daß beide Teile, im Falle, daß sie angegriffen werden sollten, sich zu einer Hilfssendung von 6000 Mann oder zur Zahlung von 6000 Lstr., der erstere außerdem zur Sendung einer Kriegsflotte verpflichten sollten. Der Kurfürst, der ja schon in ein enges Bündnis mit Frankreich getreten war, ließ [3]), bevor er auf diese Vorschläge eine Antwort erteilte, dem französischen Gesandten Rébenac durch Meinders Mitteilung davon machen und demselben ankündigen, daß er glaube, unbeschadet seiner Verpflichtungen gegen Frankreich die englischen Komplimente mit ähnlichen erwidern und sich zu allgemein gehaltenen Versicherungen wegen der gemein-

[1]) S. über Southwells Gesandtschaft Pufendorf XVIII, § 3. 4 (S. 1379 ff.), v. Raumer, Beiträge zur neueren Geschichte III S. 431 ff., Kopp, Der Fall des Hauses Stuart und die Sukzession des Hauses Hannover II, S. 249 ff.

[2]) v. Schwerin und Meinders an Kf. d. Cölln a. d. Spree 17./27. April 1680.

[3]) S. Rébenacs Bericht vom 27. April 1680 und dessen Denkschrift a. a. O. S. 431 f.

[4]) Kf. an v. Schwerin und Meinders d. Potsdam 21. April/1. Mai 1680.

samen Religion und zu guter Korrespondenz verstehen zu dürfen. Da aber Rébenac dieses durchaus widerriet, weil dadurch die guten Beziehungen des Kurfürsten zu seinem Könige, dem es mißfallen werde, wenn er sich in irgend welchen Vertrag mit ihm so feindlich gesinnten Mächten einließe, gestört werden würden, und dieses in einer Denkschrift noch näher ausführte, so ließ er eine Antwort an Southwell abfassen, in der er zwar seine Bereitwilligkeit, mit dem englischen Könige gute Freundschaft zu halten und für die Erhaltung des Friedens zu wirken, versicherte, aber erklärte, daß er in jetziger Zeit den Abschluß einer Allianz nicht als ein geeignetes Mittel dazu ansehen könne, da der König von Frankreich eine solche als gegen ihn gerichtet betrachte und, wenn sie geschlossen würde, mit Feindseligkeiten drohe, und daß er auch die Erneuerung der früheren Allianz, welche auch nur bei Frankreich Verdacht erregen und zu Gegenmaßregeln Veranlassung geben würde, ablehnen müsse. Diese Resolution wurde Southwell in einer am 8. Mai abgehaltenen zweiten Konferenz mitgeteilt. Er war [1]) mit derselben sehr unzufrieden, erhob sofort Einwendungen gegen die für die Verweigerung der Allianz angeführten Gründe und wiederholte dieselben in einer Denkschrift vom 15. Mai und in einer zweiten Audienz, die er am 19. Mai bei dem Kurfürsten hatte [2]), aber der Bescheid [3]) darauf, den ihm der Kurfürst mündlich und auf sein Verlangen auch schriftlich am 21. Mai zugehen ließ, lautete nicht anders als der frühere. Der Kurfürst dankte darin zwar für die ihm durch jene Anträge erwiesene Freundschaft und Ehre, erklärte aber wieder, daß die schon früher angeführten Gründe ihn nötigten, auf die Erneuerung des früheren Bündnisses oder den Abschluß eines neuen zu verzichten, worauf dann noch Freundschaftsbeteuerungen hinzugefügt waren. Zu dieser ablehnenden Haltung hat den Kurfürsten nicht nur die Besorgnis, das Mißfallen Ludwigs XIV. zu erregen, bewogen, sondern ebenso das tiefe Mißtrauen, das er auf Grund seiner früheren Erfahrungen und der aus England erhaltenen Nachrichten gegen den englischen König empfand. Er hat [4]) schon damals dem kaiserlichen Gesandten, dem Grafen Lamberg, gegenüber den, wie man weiß, wohl begründeten Verdacht ausgesprochen, daß es Karl II. mit dieser gegen Frankreich zu bildenden großen Allianz gar kein Ernst sei, sondern daß er nur unter diesem Vorwande von dem Parlament Geldbewilligungen zu erlangen suche, daß er von dem König von Frankreich Geld beziehe und seine eigenen Minister täusche.

[1]) v. Schwerin und Meinders an Kf. d. Cölln a. d. Spree 29. April/9. Mai 1680.

[2]) S. Rébenacs Bericht vom 22. Mai 1680 (S. 445 f.).

[3]) Resolution des Kf. d. Coloniae ad Suevum 11./21. Mai 1680, vgl. Rébenacs Bericht vom 25. Mai (S. 446 f.).

[4]) S. die Berichte Lambergs an den Kaiser vom 28. April und 12. Mai 1680 (Urk. u. Akt. XIV, S. 925, 934).

Trotz dieser entschiedenen Zurückweisung ist Southwell doch noch länger in Berlin geblieben und hat im Verein mit dem holländischen und dem kaiserlichen Gesandten weitere Versuche gemacht, den Kurfürsten umzustimmen, aber ohne Erfolg. Anfang Oktober ließ dieser [1]), nachdem er gegen Spanien zu Gewaltmaßregeln geschritten war und seine nach dem Kanal geschickten Schiffe sich des spanischen Schiffes Carolus II. bemächtigt hatten, durch seinen Geheimen Sekretär Fuchs ebenso wie dem kaiserlichen, französischen und holländischen Gesandten auch Southwell Anzeige davon machen und denselben auffordern, dahin zu wirken, daß sein König die spanische Regierung veranlasse, ihre Verpflichtungen gegen ihn zu erfüllen, in welchem Falle er erbötig sei, entweder das Schiff und seine Ladung zurückzugeben, oder Schadenersatz dafür zu leisten. Zugleich ließ er versichern, daß er keineswegs beabsichtige, den Frieden und den Handelsverkehr zu stören, und daß er dem Befehlshaber seiner Flotte befohlen habe, keine englischen Schiffe zu belästigen und die etwa in spanischen Schiffen gefundenen, Engländern gehörigen Waren wieder zurückzugeben. Southwell übernahm es, seinem König davon Bericht zu erstatten, und teilte [2]) schon nach wenigen Tagen dem Kurfürsten in einem Memorial den darauf erhaltenen Bescheid mit, der König sei über die Wegnahme des spanischen Schiffes sehr bekümmert gewesen, da er gefürchtet habe, daß dadurch die Ruhe werde gestört werden, er erbiete sich zur Vermittlung zwischen dem Kurfürsten und dem König von Spanien, an dem Schiffe und dessen Ladung hätten Untertanen von ihm bedeutenden Anteil, überhaupt seien diese an dem spanischen Handel lebhaft beteiligt, und er erwarte, daß denselben kein Unrecht und kein Schaden werde zugefügt werden. Der Kurfürst hat dieses zugesagt [3]), und wirklich hat dann auch England an den von holländischer und auch von kaiserlicher Seite gemachten Versuchen, diesen Konflikt gütlich beizulegen, teilgenommen. Nachdem Southwell dann sich noch hatte überzeugen müssen, daß [4]) es auch dem Prinzen von Oranien bei dem Besuch, den er Ende Oktober dem Kurfürsten in Berlin machte, nicht gelang, denselben zu einer Änderung seiner Politik zu bestimmen, ist er [5]) Anfang November nach England zurückgekehrt.

In dem Schreiben [6]), in welchem König Karl dem Kurfürsten die Abberufung Southwells mitteilte, hatte er angekündigt, daß er an Stelle desselben einen anderen Gesandten an den Berliner Hof schicken werde. Dieses ist aber nicht geschehen und bis zu Ende des nächsten Jahres 1681

[1]) Aufzeichnung Fuchs' vom 25. September/5. Oktober 1680.
[2]) Memorial Southwells vom 29. September/9. Oktober 1680.
[3]) Resolution des Kf. d. Potsdam 16./26. Oktober 1680.
[4]) S. Rébenacs Bericht vom 26. Oktober 1680 (S. 498 ff.).
[5]) S. Rébenacs Bericht vom 6. November 1680 (S. 507 f.).
[6]) König Karl II. an Kf. d. Whitehall 12./22. Oktober 1680.

ist der Kurfürst auf die Berichte beschränkt geblieben, die ihm sein Korrespondent Aglionby über die Vorgänge in England erstattete. Zu dessen Nachfolger bestellte er dann einen in England lebenden hugenottischen Edelmann Pierre de Falaiseau, von diesem liegen seit Ende Januar 1682 sehr eingehende Berichte vor, welche auch wieder an einen Minister des Kurfürsten, wahrscheinlich Fuchs, unter einer Deckadresse gerichtet sind und die er streng geheim zu halten bittet, da[1]) er bemüht sei, dem Kurfürsten den wahren Zustand der Dinge in England zu schildern, der französische Gesandte Barillon aber von ihm verlange, daß er nichts berichten solle, was den französischen Interessen zuwider sein oder das freundschaftliche Verhältnis des Kurfürsten zu Frankreich stören könnte, und man es ihm in Frankreich sehr übel nehmen würde, wenn man erführe, daß er dieses nicht täte. Der Kurfürst war mit seinen Berichten so zufrieden, daß er ihm einen offiziellen Charakter zu verleihen beschloß. Er ernannte ihn Anfang September 1682 zu seinem Rat und Residenten am englischen Hofe, und da Falaiseau gerade damals sich in Paris befand, beauftragte er seinen dortigen Gesandten v. Spanheim, ihm den Diensteid abzunehmen; das Patent und die Kreditive an den König und den Prinzen Ruprecht werde er ihm nach England schicken. Nachdem Falaiseau dieselben erhalten hatte, meldete er sich bei dem Zerimonienmeister und fragte an, wann er dieselben überreichen dürfe, erhielt aber den Bescheid, daß der König ihn nicht empfangen und deswegen an den Kurfürsten schreiben werde. In der Tat richtete König Karl ein Schreiben[2]) an den Kurfürsten, in dem er seine Freude darüber aussprach, daß derselbe einen Bevollmächtigten an ihn abzusenden beabsichtige, aber sein Befremden darüber äußerte, daß er Falaiseau dazu ausersehen habe, einen Menschen, der sich gegen ihn sehr schlecht benommen habe und deswegen schon früher vor Gericht gestellt und bestraft worden wäre, wenn er nicht behauptet hätte, unter dem Schutz einer auswärtigen Macht zu stehen, und verlangte, daß der Kurfürst demselben den Charakter eines Ministers nehmen und einen anderen schicken sollte. Wie Falaiseau dem Kurfürsten berichtet, war dieses die Folge einer von dem spanischen und dem kaiserlichen Gesandten angesponnenen Kabale, die behaupteten, daß er in französischen Diensten stehe und seine Berichte so einrichte, daß dadurch der Kurfürst in seiner Hinneigung zu Frankreich noch bestärkt werde. Dieselben hätten sich an den Großsiegelbewahrer Lord Halifax gewendet und dieser hätte, um sich an seinem Todfeind Montague[5]),

[1]) Bericht Falaiseau's vom 30. Juni/10. Juli 1682.
[2]) Kf. an v. Spanheim d. Cölln 26. August/5. September 1682.
[3]) Falaiseau an Kf. d. London 24. Oktober/3. November 1682.
[4]) König Karl II. an Kf. d. Whitehall 23. Oktober/2. November 1682.
[5]) S. Klopp, Der Fall des Hauses Stuart II S. 206 ff.

dem früheren Gesandten in Paris, der später im Parlament gegen den Minister Danby aufgetreten war und sich eng an den Herzog von Monmouth angeschlossen hatte, dem Gönner Falaiseaus, dem dieser, auch nachdem er bei Hofe in Ungnade gefallen, treu geblieben sei, zu rächen, im Ministerrat diesen Beschluß durchgesetzt. Falaiseau erklärte [1]), er werde fortfahren, als Minister des Kurfürsten aufzutreten, aber zunächst abwarten, wie, wenn die erste Hitze sich gelegt hätte, die Sache sich gestalten werde, er glaube, daß man durch dieses Verfahren gegen ihn sich auch für die verächtliche Behandlung, die Southwell in Berlin erfahren, habe rächen wollen, daß man aber jetzt eingesehen habe, daß man sich übereilt habe. Der Kurfürst, sehr aufgebracht über dieses Verhalten des englischen Königs, erwiderte demselben [2]), er habe von dem, was der König ihm über Falaiseau mitgeteilt, nichts gewußt, wundere sich aber darüber, daß dieser, wenn er sich solcher Verbrechen schuldig gemacht habe, nicht verurteilt und bestraft worden sei, sondern ruhig habe in England bleiben dürfen, und er müsse [3]) das jetzige Verfahren gegen ihn so deuten, daß die, welche dem König zu einem für ihn so kränkenden Schritt geraten hätten, dadurch jeden Verkehr zwischen ihnen beiden abzuschneiden beabsichtigten, doch habe er, um dem König in dieser Angelegenheit nicht weiter lästig zu fallen, Falaiseau befohlen, nicht weiter auf Zulassung zu dem ihm übertragenen Amte zu dringen. Dieses Schreiben hat man am englischen Hofe sehr übel genommen. Falaiseau behauptet [4]), daß, wenn der Kurfürst ihn geschützt hätte, seine Gönner an demselben, zu denen er auch die Maitresse des Königs, die Herzogin von Portsmouth, den Staatskanzler Sunderland und den französischen Gesandten Barillon zählt, für ihn eingetreten sein würden, jetzt aber setzte Halifax durch, daß Falaiseau nicht nur nicht von dem König empfangen wurde, sondern den Befehl erhielt, sofort England zu verlassen. An den Kurfürsten aber erging ein zweites Schreiben des Königs [5]), in dem dieser seine Verwunderung darüber aussprach, daß der Kurfürst, obgleich es allgemein bekannt sei, daß Falaiseau mit seinen Feinden in engster Verbindung gestanden habe, gerade diesen dazu auserwählt habe, die Freundschaft zwischen ihnen beiden zu unterhalten, und in Betreff der Stelle des Briefes des Kurfürsten, in der seine Ratgeber beschuldigt würden, jeden

[1]) Falaiseau an Kf. d. London 27. Oktober/6. November 1682.

[2]) Kf. an König Karl II. d. Potsdam 14./24. November 1682.

[3]) qui possumus id aliter interpretari, quam quod illi, qui R. Majestati V. authores fuerunt, ut hunc in contemptum nostrum vergentem repulsum nobis daret, hac ratione omne eandem et nos inter commercium abruptum ac sublatum voluerint.

[4]) Falaiseau an Kf. d. London 21. November/1. Dezember und 5./15. Dezember 1682.

[5]) König Karl II. an Kf. d. Whitehall 20./30. Dezember 1682.

Verkehr zwischen ihnen beiden abschneiden zu wollen, bemerkte [1]), diese sei der Ausdrucksweise, deren sich einige seiner aufrührerischen Untertanen bedienten, so ähnlich, daß daraus zu ersehen sei, in wie enger Verbindung Falaiseau mit diesen Leuten stehe. Der Kurfürst hat auf dieses Schreiben nicht geantwortet, aber er hat Spanheim beauftragt [2]), dem dortigen englischen Gesandten mitzuteilen, daß er sich in kein weiteres Wortgezänk einlassen wolle, daß es ihn aber nicht wenig schmerze, daß der König ihm imputieren wolle, sein Schreiben enthalte Ausdrücke, die von seinen aufrührerischen Untertanen entlehnt wären, er habe mit solchen Leuten keine Gemeinschaft, lasse sich auch nicht von seinen Dienern vorschreiben, wie er seine Briefe einrichten solle. Er hätte bei dieser Sache eine gute Absicht gehabt, da diese aber so übel ausgeschlagen sei und man ihm gleichsam habe vorschreiben wollen, was für Personen er dazu gebrauchen oder nicht gebrauchen solle, so werde er solche Verdrießlichkeiten künftig zu vermeiden wissen. Falaiseau war [3]) inzwischen der ihm drohenden Ausweisung dadurch zuvorgekommen, daß er Ende Dezember London verlassen und sich nach Cleve begeben hatte, wo er auch vorläufig geblieben ist.

Der Kurfürst hat sich zunächst wieder damit begnügt, einen Korrespondenten anzunehmen, der ihn über die Vorgänge in England zu unterrichten hätte, und zwar war dieses Gachon, wie es scheint, wieder ein Franzose, der vom Februar 1683 an bis zu Ende des nächsten Jahres sich dieser Aufgabe unterzogen hat. Gleich in einem seiner ersten Schreiben meldete [4]) derselbe, daß einige Interlopers, Leute, welche, ohne der privilegierten ostindischen Kompagnie anzugehören, Handel nach Ostindien hin trieben und deswegen von dieser Kompagnie auf das heftigste angefeindet wurden, deren Schiff konfiziert worden war, die Absicht hätten, falls sie verurteilt würden, ihre Heimat zu verlassen und sich entweder in den Landen des Kurfürsten, oder im Gebiet des Großherzogs von Toscana, der nach seiner neu gegründeten Handelsstadt Livorno fremde Kaufleute zu ziehen sich bemühte, niederzulassen. Der Kurfürst, der ebenso durch das Heranziehen fremder Kaufleute und Gewerbetreibenden Handel und Gewerbe in seinen Landen zu befördern bemüht war, ließ ihm darauf den Befehl zugehen, er solle diese Leute auffordern, sich in seinen Landen niederzulassen, wo sie (es waren meist Nonkonformisten, die auch ihrer Religion wegen bedrückt wurden), sowohl

[1]) Ita minime quidem usurpatus est ab ullo principe aut republica, quibuscum nobis amicitia intercedit, hic loquendi modus et subditis quibusdam nostris seditiosis tam proprius tamque accommodatus, ut fidem nobis abunde faciat, Falisium hanc loquendi formulam ab eisdem etiam didicisse eum scilicet in finem, ut in ipsius gratiam adhiberetur.

[2]) Kf. an v. Spanheim d. Cölln 9./19. Januar 1683.

[3]) Falaiseau an Kf. d. London 15./25. Dezember 1682.

[4]) Bericht Gachons vom 15./25. Februar 1683.

Presbyterianer als auch Quäker, nicht nur volle Religionsfreiheit, sondern auch andere große Vorteile genießen würden, auch die ostfriesischen Häfen Greetsiel und Emden, wohin der Kurfürst kurz vorher den Sitz der von ihm gegründeten und privilegierten afrikanischen Kompagnie verlegt hatte und wo er auch eine ostindische Kompagnie zu errichten beabsichtigte, sollten ihnen geöffnet sein und sie dort ein Kontor oder eine Kompagnie gründen dürfen. Gachon hat[1]) darauf wirklich Unterhandlungen mit solchen Interlopers angeknüpft und erfuhr dabei, daß viele zwar geneigt waren, sich auf Handelsunternehmungen nach Indien einzulassen, aber nicht England verlassen wollten, da sie sonst dort ihren Kredit verlieren würden und auch London für viel günstiger gelegen hielten als Emden, dessen Hafen, wie sie glaubten, vier Monate im Jahre zugefroren wäre. Er machte nun den Vorschlag, es möchten sich dort eine Anzahl reicher Kaufleute zu einer Handelsgesellschaft mit einem Kapital von 100 000 Rthrn. vereinigen und der Kurfürst mit einer gleichen Summe dieser Gesellschaft beitreten und zum Schutz der von dieser auszusendenden Schiffe ein Kriegsschiff hergeben, dafür aber zur Hälfte am Gewinn oder Verlust teilnehmen, auch einen Direktor zur Wahrnehmung seiner Interessen bestellen. Ein solches Unternehmen werde leichter auszuführen und vorteilhafter sein als die Gründung einer förmlichen Kompagnie, wie die holländische und die nach deren Muster eingerichtete afrikanische Kompagnie des Kurfürsten, die in den betreffenden Gegenden Niederlassungen gründeten und zu deren Verteidigung große Kosten aufwenden müßten. Der Kurfürst aber[2]) wollte sich darauf nicht einlassen, sondern übersandte ihm ein Projekt, wie seinem Dafürhalten nach eine solche Kompagnie eingerichtet werden müßte. Dieselbe könnte ihren Sitz nicht in England haben, da dort zu streng gegen Interlopers verfahren werde, und man dort weder die Privilegierung einer solchen durch einen auswärtigen Fürsten gestatten noch fremde Schiffe zulassen werde, vielmehr wäre Emden dazu der günstigste Ort, die Engländer brauchten aber nicht dorthin überzusiedeln, sondern nur Bevollmächtigte, entweder Engländer oder Einheimische, dort zu bestellen. Er erbot sich, ihnen Schutz zu gewähren und dazu ein oder zwei Kriegsschiffe herzugeben, ihnen Zollfreiheit auf einige Jahre und gleiche Rechte mit den Einheimischen zu verschaffen und sich seinerseits mit einer ebenso hohen Summe wie die Engländer zu beteiligen. Gachon erwiderte, er hoffe, daß unter solchen Bedingungen sich mehr Engländer an dem Unternehmen beteiligen würden, doch fehlen für die nächste Zeit weitere Berichte von ihm. Bald darauf wurden dem Kurfürsten jedoch von anderer Seite Anerbietungen

[1]) Bericht Gachons vom 19./29. Oktober 1683.
[2]) Kf. an Gachon d. Potsdam 5./15. November 1683.
[3]) Bericht Gachons vom 27. November/7. Dezember 1683.

gemacht, die viel vorteilhafter zu sein schienen. Der Oberstleutnant Wilhelm v. Brandt nämlich, der Befehlshaber des kleinen Truppenkorps, das der Kurfürst nach Ostfriesland geschickt hatte, war [1]) auf einer ihm bewilligten Urlaubsreise Ende Februar 1684 nach Bremen gekommen. Hier hatte ihn der Oberst William Waller besucht, ein zu den Nonkonformisten gehöriger Engländer, der als Parlamentsmitglied bei den Beratungen über die Ausschließung der Katholiken von allen Ämtern mit besonderem Eifer für diesen Antrag eingetreten war, dann aber, nachdem der Herzog von York wieder den überwiegenden Einfluß erlangt hatte, England verlassen, sich nach Bremen gewandt hatte und dort Stadtkommandant geworden war. Derselbe hatte ihm mitgeteilt, daß viele angesehene Leute in England, die ebenso wie er mit den jetzt dort eingetretenen Verhältnissen unzufrieden seien, großes Vertrauen auf den Kurfürsten setzten und sich in dessen Landen niederzulassen wünschten, er hoffe sofort etwa 50 Familien, Gewerbetreibende der verschiedensten Art, dafür zu gewinnen, denen aber, wenn sie dort gutes Fortkommen fänden, bald 500 andere nonkonformistische Familien folgen würden. Auch alle Interlopers, die wegen ihrer auf eigene Hand unternommenen Handelsfahrten nach Indien so heftig verfolgt würden, würden leicht zu bestimmen sein, sich unter des Kurfürsten Schutz zu stellen und unter seiner Flagge dorthin Handel zu treiben, was für den Kurfürsten sehr gewinnbringend sein würde. Er teilte ihm ferner mit, daß ein litauischer Magnat, der General Sapieha, damit beschäftigt sei, auf seinem Gebiet zwischen Memel und Libau einen Hafen anzulegen, und sich bemühe, englische Kaufleute dorthin zu ziehen, daß er aber Mittel wüßte, um dieses Unternehmen, das sonst den preußischen Handelsstädten großen Schaden bereiten würde, zu hintertreiben, und er hatte ihn gebeten, dem Kurfürsten von allem diesem Mitteilung zu machen und ihn zu veranlassen, jemand zu ihm zu schicken, dem er nähere Eröffnungen machen wollte, aber die Sache vorläufig ganz geheim zu halten. v. Brandt, der durch Krankheit verhindert wurde, seine Reise bis nach Berlin fortzusetzen, hat [2]) sich dieser Aufträge schriftlich entledigt und der Kurfürst hat auch dieses Anerbieten keineswegs von der Hand gewiesen, aber zunächst erst Erkundigungen über jenen Waller eingezogen, und sich deswegen an Spanheim und an Falaiseau gewendet. Ersterer berichtete ganz kurz, Waller sei eine in England sehr bekannte Persönlichkeit, sein Vater sei Generalleutnant unter Cromwell, er selbst Friedensrichter in London und darauf Parlamentsmitglied für Westminster gewesen, und er habe sich besonders durch das Aufspüren versteckter katholischer Geistlicher populär gemacht. Er gelte für einen Republikaner, sei

[1]) S. Hirsch, Der Große Kurfürst und Ostfriesland S. 17.
[2]) W. v. Brandt an Kf. d. Gardelegen 19. Februar 1684.

nicht reich und sein Fortziehen aus England sei wohl ebenso durch seine Schulden, wie durch seine Besorgnisse vor dem Hofe veranlaßt worden, im übrigen sei er der Vater der hübschesten Mädchen in ganz England. Falaiseau gab ausführlich Auskunft, er erklärte zwar, daß Waller jedenfalls mehr verspreche, als er werde halten können, und daß die Anlage jenes Hafens in Litauen ein ganz chimärisches und daher wenig Besorgnis erregendes Unternehmen sei, aber er meinte doch, daß Waller wohl imstande sein werde, eine Anzahl nonkonformistischer Kaufleute aus London und Bristol zur Niederlassung in den Landen des Kurfürsten zu veranlassen, und daß wohl auch sonst manche reiche Leute, die mit den jetzigen Zuständen in England unzufrieden wären, wenn ihnen Religionsfreiheit gewährt und sie Aussicht auf gutes Fortkommen dort sehen würden, sich dazu verstehen würden, und er riet, sich dazu der Vermittlung Wallers zu bedienen. Dagegen widerriet er, sich mit den Interlopers einzulassen, da die ostindische Kompagnie alles aufbiete, um dieselben zu vernichten, und wenn man entdecken sollte, daß in England lebende Kaufleute Anteil an Schiffen hätten, die unter der Flagge des Kurfürsten nach Ostindien segelten, sowohl diese bestraft werden als auch die Schiffe in Gefahr geraten würden.

Daraufhin beschloß der Kurfürst, mit Waller in Verbindung zu treten, und schickte zu diesem Zweck seinen vertrauten Ratgeber in solchen Angelegenheiten, den Marinedirektor Benjamin Raule, im März 1684 nach Bremen. Dieser gewann [1]) aus den Unterredungen mit Waller die Überzeugung, daß man ihm Vertrauen schenken und auf die Bedingungen, unter denen er sich erbiete, eine ganze Anzahl englischer reformierter Familien, Edelleute, Kaufleute, Fabrikanten und Seekundige zur Übersiedelung in die Lande des Kurfürsten zu bewegen und selbst in dessen Dienste zu treten, eingehen könne. Für sich verlange Waller, daß der Kurfürst ihm das Kommando eines Regiments und eines befestigten Seehafens, in dem sich dann die Fremden niederlassen würden, übertragen, für die Ankömmlinge, daß derselbe ihnen seinen Schutz, freie Religionsübung, Gratisverleihung des Bürgerrechtes in der betreffenden Stadt, Anstellung zweier Geistlichen, eines englischen und eines französischen, für die Fabrikanten Zahlung des Reisegeldes und Vorschüsse, die in zehn Jahren zurückerstattet werden sollten, bewilligen möchte. Diese Forderungen seien nicht unbillig, es sei, um in den Landen des Kurfürsten Handel und Schiffahrt zu befördern, bei der Unlust der Einheimischen, sich damit zu befassen, durchaus notwendig, Fremde heranzuziehen, deren Beispiel und die Erkenntnis, wie gewinnbringend ihre Tätigkeit sei, auch die Untertanen des Kurfürsten zur Nachahmung anreizen würde. Waller selbst in den Dienst des Kurfürsten zu ziehen, sei

[1]) Zwei undatierte Schreiben Raule's an Kf.

auch zu empfehlen, er wünsche es sehr, da er sich in Bremen nicht mehr sicher fühle, er werde dadurch veranlaßt werden, sich um so eifriger der Sache anzunehmen, und auch die Ankömmlinge würden lieber nach einer Stadt kommen, in der er das Kommando führe. Raule schlägt dazu Rügenwalde vor, wo der Kurfürst schon einen Hafen angelegt habe und eine Festung errichten könne, dieses werde dadurch mit der Zeit zu einem bedeutenden Handelsplatz gemacht werden können. Von dem litauischen Hafen Heiligena drohe wenig Gefahr, dieses Unternehmen sei ein sehr unsicheres und werde wohl hintertrieben werden können. Von den Interlopers behaupte Waller, daß ihm schon manche ihre Neigung, gegen gewisse Vergünstigungen unter der Flagge des Kurfürsten nach Ostindien Handel zu treiben, zu erkennen gegeben hätten, und daß auch manche Kapitalisten, um den religiösen Bedrückungen zu entgehen, im Gebiet desselben sich niederzulassen geneigt sein würden. Raule rät ebenso wie Waller, daß der Kurfürst jemand nach London schicken möge, um mit den Leuten, an die Waller ihn weisen werde, selbst zu verhandeln. Dazu hat sich der Kurfürst auch entschlossen. Was ihn dazu bestimmt hat, zu dieser Sendung den erst vor kurzem in seinen Dienst getretenen, zum Hof- und Legationsrat ernannten Johann Besser auszuersehen, einen Mann, der später als Zerimonienmeister und Hofpoet am Berliner Hof eine bedeutende Rolle gespielt hat, dem es aber jedenfalls an diplomatischer und geschäftlicher Kenntnis und Erfahrung durchaus mangelte, ist nicht zu erkennen. Zum Vorwand seiner Sendung an den englischen König wurde das Bestreben des Kurfürsten, gemeinsam mit diesem für die Erhaltung des Friedens zu wirken und für die Untertanen des Kurfürsten, sowie für die unter dessen Schutz getretenen Ostfriesen Handelsvorteile zu gewinnen, genommen. Seine Hauptaufgabe aber sollte sein, einmal unter Anwendung der größten Vorsicht und Enthaltung von jeglicher Parteilichkeit sich über den Stand der inneren Verhältnisse Englands und die Aussichten, wie sich diese weiter gestalten würden, und über das auch dadurch bedingte Verhalten des Königs in der Friedens- oder Waffenstillstandsfrage zu unterrichten, und andererseits, nach vorheriger Besprechung mit Waller sich insgeheim zu bemühen, möglichst viele englische Kaufleute und Gewerbetreibende sowie Interlopers zur Niederlassung in den Landen des Kurfürsten, oder letztere wenigstens dazu zu bewegen, sich mit demselben zur Errichtung einer ostindischen Kompagnie zu vereinigen. Ferner sollte er genau zu erkunden suchen, wie jetzt die Navigationsakte in England gehandhabt und in welcher Weise es dadurch den Untertanen des Kurfürsten ermöglicht werde, dorthin Handel zu treiben, endlich womöglich durch Abschluß eines Handels- und Schiffahrtsvertrages alle dabei in Betracht kommenden Fragen in fester und dauernder Weise zur Erledigung zu bringen. Die im folgenden mitgeteilten Aktenstücke zeigen, wie wenig Besser geeignet gewesen ist, diese Aufgaben zu er-

füllen, weder in den politischen noch in den kommerziellen Angelegenheiten hat er irgend etwas erreicht, und er hat durch die schwächliche Haltung, die er gegenüber den von englischer Seite gegen den Kurfürsten wegen angeblicher Begünstigung der englischen Malkontenten erhobenen Anklagen einnahm, die Unzufriedenheit des Kurfürsten in so hohem Maße erregt, daß dieser an seine sofortige Abberufung gedacht hat. Das hat er zwar nicht zur Ausführung gebracht, sondern er hat Besser weiter in England bleiben lassen, als dann aber zu Anfang des nächsten Jahres 1685 durch den Tod König Karls II. und die Thronbesteigung Jakobs II. dort ganz neue Verhältnisse eingetreten waren, und er daher wünschte, genauer über dieselben unterrichtet zu werden, hat er nicht ihn, sondern seinen Gesandten in Paris, v. Spanheim, beauftragt [1]), sich zur Beglückwünschung des neuen Königs nach England zu begeben und bei dieser Gelegenheit sowohl den Stand der Dinge daselbst zu erforschen als auch sich zu bemühen, es zum Abschluß eines Allianzvertrages zu bringen, in dem auch seinen Untertanen Handelsvorteile gewährt und der Ansiedlung von Engländern in seinen Landen wenigstens keine Hindernisse in den Weg gelegt würden. Spanheims Berichte zeigen, daß auch er wenig hat ausrichten können, da der neue König zunächst ganz mit den inneren Angelegenheiten seines Reiches beschäftigt war, und er ist schon nach kurzem Aufenthalte in England wieder nach Paris zurückgekehrt. Auch Besser hatte heimkehren sollen, ist aber dadurch, daß das Eintreffen seines Abberufungsschreibens sich verzögerte, genötigt worden, sich noch länger in England aufzuhalten, er hat so wenigstens Gelegenheit gehabt, sich eines in das verunglückte Unternehmen des Herzogs von Monmouth verwickelten brandenburgischen Offiziers anzunehmen. Nachdem auch er im August 1685 England verlassen hatte, hat der Kurfürst sich wieder damit begnügt, sich durch Spanheims Neffen Frédéric Bonnet de St. Germain [2]), den er auf dessen Empfehlung schon zu Anfang dieses Jahres an Stelle Gachons zu seinem Korrespondenten ernannt hatte, Bericht über die Vorgänge in England erstatten zu lassen, und durch dessen, wieder an eine Mittelsperson gerichtete, mit dem Juni 1685 beginnende ausführliche, inhaltsreiche und auf guter Kenntnis beruhende Relationen [3]) ist er über die weitere Entwicklung der Dinge unter der Regierung König Jakobs II. fortlaufend unterrichtet worden. Bonnet hat auch nach dem Tode des Kurfürsten seine Berichterstattung fortgesetzt, doch hat er bald durch die anscheinend dem königlichen Hofe zu günstige Schilderung und Beurteilung der dortigen Vorgänge die Unzufriedenheit des neuen Kurfürsten und den

[1]) S. Spanheims Relation de la cour de France ed. Bourgeois S. 21.

[2]) S. über denselben Bourgeois in der Einleitung zu Spanheims Relation de la cour de France S. 43.

[3]) S. das Urteil Ranke's darüber (Englische Geschichte V S. 360.)

Argwohn, daß er sich von dem Hofe beeinflussen lasse, erregt, so daß dieser schließlich[1]) Spanheim davon unterrichtete und von demselben Aufklärung über das verdächtige Verhalten seines Neffen verlangte. Doch gelang es diesem und Bonnet selbst, der in seinen Rechtfertigungsschreiben[2]) versicherte, daß er nur aus Vorsicht, da er wisse, daß seine Berichte geöffnet würden, denselben diese Färbung gegeben habe, den Kurfürsten zu beruhigen, und so hat Bonnet mit seiner Berichterstattung bis zu Ende des Jahres 1689 fortfahren dürfen.

Instruction, wornach sich unser — Hof- und Legationsrat — Johann Besser bei der am Königl. englischen Hofe ihm aufgetragenen Verrichtung — zu achten. D. Cölln a. d. Spree 18./28. März 1684. (Conc. Meinders.)

[Dem Könige und den Ministern zu machende Eröffnungen. Befehl, sich der Handelsinteressen der Untertanen des Kf. und der Ostfriesen anzunehmen, über die äußere und innere englische Politik zu berichten. Mahnung zu vorsichtigem Verhalten gegenüber den Parteien in England.]

Er soll sich mit dem förderlichsten nach London begeben und dort den Intro- 28. März
dukteur des ambassadeurs bitten, ihm beim König eine Audienz zu verschaffen. In dieser hat er den König der Veneration des Kf. zu versichern, demselben zu seinem glücklichen Zustande zu gratulieren, anzuzeigen, daß dem Kf. bei dem gegenwärtigen trübseligen und verworrenen Zustande zu besonderer Konsolation gereiche, daß des Königs consilia auf Erhaltung des allgemeinen Ruhestandes in der Christenheit und Abwendung aller neuen Troublen gerichtet seien, und darauf hinzuweisen, daß jetzt gerade die Konjunkturen immer gefährlicher zu werden und ein neuer Krieg unter den christlichen Nationen zu drohen scheine. Kf. hoffe, daß der König auch weiter seine Bemühungen, einen Krieg innerhalb der Christenheit zu verhüten, fortsetzen werde, er wolle das gleiche tun und sich mit dem König in allem konformieren, habe ihn (B.) beauftragt, dieses anzuzeigen und sich eine Zeitlang am dortigen Hofe aufzuhalten, um das, was er ihm auftragen werde, zu eröffnen

Bei dem Duc de York und dem Prinzen Georg hat er auch ein Kompliment abzulegen. Ob er auch bei der Königin, der Herzogin von York und der Gemahlin des Prinzen Georg besondere Audienz nehmen soll, darin hat er sich nach anderen dort befindlichen Residenten gekrönter Häupter zu richten. Mit den königl. Ministern, besonders dem Mylord Sunderland, der jetzt die teutschen Affairen vornehmlich respizieren soll, hat er sich bekannt zu machen, ihnen des Kf. Intention, mit dem

[1]) Kurf. Friedrich III. an Spanheim d. Cölln 12./22. August 1688.

[2]) Spanheim an Kf. d. Paris 27. August/6. September 1688.

[3]) Bonnet an einen Minister (Fuchs?) d. Windsor 7./17. September 1688. Er erwähnt darin, daß er auch an Danckelmann in ähnlicher Weise geschrieben habe.

König in Freundschaft zu verbleiben und mit ihm di concerto zu gehen, anzuzeigen und das Interesse des Kf. zu rekommendieren.

Betreffend sein ferneres Verhalten so hat er:

1. den Hof fleißig zu besuchen, sich zu bemühen, den König und die, welche bei demselben in Kredit und Ansehen sind, in guter Intention gegen Kf. zu erhalten.

2. Wenngleich Kf. jetzt mit der Krone England in keiner partikulieren Allianz steht, so hat er doch mit derselben so viele gemeinsame Interessen, daß er nicht zweifeln will, daß diese allen guten Willen und Zuneigung zu ihm tragen und besonders in den Kommerzien seine Untertanen fördern und ihnen alles das widerfahren lassen werde, was dem Völkerrecht, einer guten Freundschaft und dem Verhalten des Kf. gegen die englischen und schottischen Kommerzianten in seinen Handelsstädten gemäß ist.

3. B. [1]) hat sich daher der nach England kommenden Untertanen des Kf., sowie der ostfriesischen Kommerzianten und Schiffe anzunehmen und dahin zu sehen, daß ihnen Vorschub getan und sie nicht mit höheren Zöllen als die Holländer und Dänen belastet werden.

4. Da Kf. in dem Vertrag mit den ostfriesischen Ständen [2]) sich wegen Wiedereinrichtung einer englischen Court zu Emden zu Beitragung guter officiorum verbindlich gemacht hat, so wird ihm eine Kopie des betreffenden Artikels 7 mitgeteilt. Mit weiterer Instruktion wird er demnächst versehen werden [3]), er hat auch mit den ostfriesischen Ständen und der Stadt Emden darüber fleißig zu korrespondieren [4]). Er soll sich auch um Wiedererrichtung einer englischen Court in Königsberg bemühen.

5. Ostfriesischen, mit Paß und Pavillon des Kf. nach England kommenden Schiffen, die seiner Assistenz bedürfen sollten, hat er dieselbe zu leisten und sich zu bemühen, daß sie in Handel und Wandel seinen Untertanen gleich traktiert würden.

6. Da dem Kf. zum höchsten daran gelegen ist, genaue Nachricht darüber zu haben, wie der König wegen der zeitigen Konjunkturen, besonders wegen der niederländischen Affairen gesinnt ist, soll er sich bemühen, davon gute Nachricht zu erhalten, und darüber alle Woche berichten.

7. Ebenso soll er auch über die Vorgänge in England selbst umständlich berichten, wenn es geheime Sachen sind, unter Benutzung der ihm gegebenen Chiffre.

8. Allen dortigen fremden Gesandten hat er alle Zivilität und Höflichkeit

---

[1]) S. den Wortlaut der Paragraphen 3—5 bei Schück, Brandenburg-Preußens Kolonial-Politik II S. 216 f.

[2]) S. v. Mörner S. 445.

[3]) S. die Nebeninstruktion für Besser vom 8./18. April 1684 (Schück II S. 218 ff.).

[4]) Kf. teilt (d. Potsdam 8./18. April 1684) dem Freiherrn v. Knyphausen Bessers Sendung und Aufträge in der ostfriesischen Sache mit, fordert ihn auf, den dortigen Ständen Mitteilung davon zu machen, damit sie B. rechzeitig instruieren könnten, und spricht die Erwartung aus, daß dieselben einen Teil der Kosten dieser Gesandtschaft übernehmen würden.

zu erweisen, mit dem französischen und dänischen aber hat er vertraulicher umzugehen.

9. Wegen des Zerimoniels hat er darauf zu sehen, daß ihm der Rang unmittelbar nach den Gesandten der gekrönten Häupter, vor denen aller Prinzen und Republiken eingeräumt werde.

10. Da seinem jüngst in England gewesenen Envoyé, dem Freiherrn v. Schwerin, bei der Abschiedsaudienz[1]) dasselbe Traktament wie den königlichen Gesandten gegeben worden ist, so würde dem Kf. lieb sein, wenn er dasselbe erhielte, allenfalls aber hat er sich damit zu begnügen, wenn er ohne alle Zerimonien in der Kutsche des Introdukteurs zum König geführt wird, da, wie ihm berichtet ist, auch die spanischen und andere königliche Envoyés damit zufrieden gewesen sind.

11. Er hat sich im Haag bei dem englischen Gesandten Chudley und in Hamburg bei Shelton anzugeben, ihnen von seinem Auftrage Nachricht zu geben und Empfehlungsschreiben von ihnen an englische Minister mitzunehmen. Mit den Gesandten des Kf. zu Paris, im Haag und Kopenhagen hat er fleißig zu korrespondieren und sich über die dort vorgehenden Sachen zu informieren, besonders in der ostfriesischen Sache mit v. Diest, den ostfriesischen Ständen und der Stadt Emden zu kommunizieren.

Zu seiner Subsistanz werden ihm monatlich 125 Rtlr. ausgesetzt.

Secrete Instruktion[2]).

Weilen bekannt, daß eine große innerliche Division in Engelland und selbige Nation jetzo zwo Hauptparteien hat, von deren einer der Duc de York, von der anderen aber der Duc de Monmouth Chef ist, so hat unser Hof- und Legationsrat sich dabei solchergestalt zu betragen, als wären ihm solche Differenzien unwissend, sollte auch von einer oder der andern Partei etwas an ihn gebracht werden, hat er es dergestalt zu menagieren, daß die andere dadurch nicht choquiert werde, und alles ad referendum anzunehmen. Wie er dann die Worte des Compliments, so er an den König zu machen, daß nämlich I. May. alle bishero vorgekommene Gefährlichkeiten glücklich überwunden, von dero Reiche und Landen nicht allein alle auswärtige Gefahr gänzlich abgehalten, sondern auch dasselbe in innerliche Ruhe und Tranquillität gesetzet, item daß der König seine Autorität und Ansehen hochstabiliert hätte, dergestalt vorzubringen, daß sie von niemanden als vom Könige gehöret oder verstanden werden. Wenn auch einige Malcontenten von der Religion sich bei ihm angeben möchten, hat er zwar selbige unter der Hand und in geheim unserer Propension zu versichern und ihren Vortrag ad referendum zu nehmen, jedoch solche Behutsamkeit dabei zu gebrauchen, daß man bei Hofe nichts davon erfahre, noch ihm solches an seiner Negociation schade.

[1]) S. Hirsch, Brandenburg und England 1674—1679 II. S. 10.

[2]) Das Konzept von Fuchs' Hand.

J. Besser an den Kurfürsten. D. Windsor 10. Juni 1684.

[Audienz bei dem König, Gespräch mit demselben.]

10. Juni Er ist[1]) Sonnabend, den 7. hier angekommen und hat Sonntag den 8. mittags bei dem König Audienz gehabt. Er hat sich in seiner eigenen Chaise ohne jede Zerimonie auf den Rat Lente's[2]), der es auch so gemacht, und anderer guter Freunde nach dem Schloß in die Kirche bringen lassen und ist nach der Predigt von Mr. Cotterel, dem Älteren, ganz ohne façon, als Diener eines guten Freundes, zu dem König geführt worden. Man hat ihn versichert, daß er alles hätte erhalten können, daß er aber dem König damit einen Gefallen getan hätte, daß er ihn dieses embarras überhoben habe. Der König hat ihm stehend und mit entblößtem Haupt in seiner Schlafkammer in Gegenwart des ganzen Hofes und aller Minister Audienz gegeben. Er hat sein Kompliment möglichst kurz gefaßt, sich aber doch bemüht, des Kf. Meinung in allem zu exprimieren. Als er auf die Worte kam, daß der König sein Reich in innerliche Ruhe und Tranquillität gesetzt, zog der König, er weiß nicht, ob par hazard oder mit Fleiß, die Achseln. Er hat diese Worte nicht so leise vortragen können, daß sie nicht von allen ministris, die ihm so nahe standen, daß sie die Hand auf seine Schulter hätten legen können, gehört wurden. Der König antwortete mit freundlicher Miene, er freue sich, daß Kf. an ihn dächte und Teil an seinem Glücke nehme, versicherte ihn aller reziproquen Freundschaft und schloß mit den Worten: Votre venue m'est agreable et je seray tourjours pour la paix. Der Inhalt seines Diskurses soll ihm sehr wohl gefallen haben. Nach der Audienz wurde er von Cotterel zu dem Premier Commissaire von den vieren de la Thresorerie, Mr. Fox, geführt, der ihn zu Tisch genötigt hat. Am Abend hat er bei der Königin und gestern bei dem Herzog und der Herzogin von York Audienz gehabt. Der Herzog traktierte ihn auch sehr gnädig, versicherte Kf. seiner sinceren Freundschaft und versprach, ihm in allem zu assistieren. Prinz Georg und seine Gemahlin sind in London, er gedenkt ihnen morgen seine Aufwartung zu machen.

PS. Als der König am 8., dem Tage seiner Audienz, abends von der Promenade wiederkam, redete er ihn an, erkundigte sich nach der Gesundheit des Kf. und sagte, er habe soeben durch seinen Envoyé im Haag erfahren, der König von Frankreich habe den Herren Staaten zu garantieren versprochen, daß kein Krieg in den nordischen Teilen entstehen sollte, falls sie den Frieden akzeptieren wollten, und fügte hinzu, die Leute wären wunderlich, solchen nicht anzunehmen, da sie kein Volk hätten, sich zu defendieren, sie verließen sich vielleicht auf die Nachbarn, es würde ihnen aber diesmal fehl schlagen. Er beauftragte ihn ferner, dem Kf.

[1]) B. hatte (d. London 30. Mai 1684) berichtet, daß er am 28. abends dort angekommen sei, daß der Hof sich aber in Windsor befinde, daß nach Gachons Bericht der König und der Herzog von York jetzt ganz das Übergewicht erlangt hätten und daher die Aussichten für die von Kf. geplante indische Kompagnie wenig günstig wären, da der Herzog von York Mitglied der ostindischen Kompagnie sei und man sich auch scheue, sich mit Kf., als einem souveränen Herrn, zu engagieren.

[2]) Dänischer Gesandter.

zu melden, daß ein grand coquin, der ihn und seinen Bruder assassinieren wollen und dem er schon zweimal das Leben geschenkt hätte, in Leiden gefangen worden wäre und mit dem kommenden Paquetboot hierher gebracht würde. Er heißt Armstronge[1]), ist Oberst und Stallmeister bei dem Herzog von Monmouth gewesen und soll diesen zu allem verleitet haben.

Der spanische Gesandte[2]) hat hier ausgebracht, Briefe zu haben, als wenn Kf. Stettin belagerte. Der König aber soll deswegen außer Alarm und Sorge sein und gesagt haben, er wünschte, es wäre geschehen, weil die Holländer und Spanier, die noch auf den Beistand des Königs von Schweden und der Lüneburger warteten und deswegen auf den Krieg drängten, dadurch auf andere Gedanken gebracht werden würden, wenn sie sähen, daß sie von der Seite nichts zu hoffen hätten und daß jeder das Seine zu Hause für sich selbst gebrauchte.

Daß er in seinem Kompliment an den König des Kf. gänzliche Resolution zu Erhaltung des Friedens bezeugt hat, alarmiert die, welche den Krieg suchen, über die Maßen, besonders da sie verstanden, als wenn er gesagt hätte, Kf. wäre willens sich mit dem König gegen die zu vereinigen, die den Frieden nicht annehmen wollten, um sie dazu zu zwingen. Das ist unrichtig, diesem Hofe aber ist es angenehm, daß es etliche so verstanden haben.

J. Besser an den Kurfürsten. D. Windsor 17. Juni 1684.

[Mitteilungen Lente's und Barillons über die bei Armstrong gefundenen Briefe und den deswegen gegen Kf. geschöpften Verdacht. Freundliche Äußerungen des Königs darüber.]

Von Lente hat er erfahren, daß man bei Armstrong nicht allein einen 17. Juni
Brief an Falaiseau, sondern auch einen solchen an Fuchs gefunden habe, beide von dem Herzog von Monmouth eigenhändig geschrieben, in denen er sich für die von Kf. dem Milord Gray und Armstrong gewährte Protektion bedankt und versichert habe, daß er das Leben, das ihm Kf. erhalten, in dessen Diensten aufopfern und deswegen, sobald Spanien Stillstand oder Frieden gemacht, ihm persönlich aufwarten wollte. Man schlösse hier daraus allgemein, daß man eine heimliche intelligence mit den Feinden dieses Reiches haben müßte. Kf. wäre von seinen beiden hiesigen Korrespondenten Falaiseau und dem anderen, den er nicht zu nennen wußte, übel oder falsch von dem Zustand dieses Reiches informiert worden, als wenn der Herzog von York die Religion verfolgte, was ihm ein heimliches Mißtrauen gegen dieses Haus erregen und ihn wohl gar von seinen bisherigen guten Sentimenten abbringen könnte. Man scheute den Herzog von Monmouth nicht, aber man fürchtete ihn wohl, wenn er von einem so mächtigen Herren, wie

[1]) S. über denselben Ranke V S. 260.

[2]) Don Pedro de Ronquillo.

[3]) Schon am 13. Juni hatte B. gemeldet, daß man bei Armstrong unter anderen Papieren einen Brief an Falaiseau gefunden habe, und die Besorgnis geäußert, es könnten Empfehlungsschreiben für solche sein, die sich in die Lande des Kf. retirieren wollten, und so die ganze Affäre an den Tag kommen.

Kf., appuyrt würde. Barillon bemühte sich, die Sache zu adoucieren, aus Furcht, daß Kf. und der König von England sich broullieren und dem Interesse seines Herrn dadurch viel abgehen könnte. Er hat erwidert, daß er von alle dem nichts wüßte, und er hat sich darauf zu Barillon begeben, der ihm von den Briefen ebendasselbe berichtete und hinzufügte, es wäre wohl eine unfreundliche Sache, Seeleraten Protektion geben, er hätte es aber schon zum Besten gekehrt, der König machte daraus nichts und glaubte ebenso wie er, daß Kf. von den Verbrechen der Leute nicht informiert wäre. Er simulierte, als wenn er dieses für seine rechte Meinung hielte, und erwiderte, er müßte glauben, daß Kf., der die Laster so haßte und dem König durch ihn seine gute Intention habe bezeugen lassen, entweder diesen Leuten keine Protektion gegeben oder sie nicht gekannt hätte.

Gestern rief ihn der König in sein Kabinett, wo er sich eine Stunde lang ganz allein mit ihm befunden hat. Er fing auch von den Briefen an, und zwar zuerst davon, daß der Herzog von Monmouth zu Kf. kommen wolle. Auch er sagte, er besorgte, daß man bei uns die Konspiration für ein inventum hielte, um die zu verfolgen, denen man gern ihre Güter konfiszieren oder die man gar der Religion wegen drücken wollte. Kf. möchte aber glauben, daß er aufrichtig reformiert wäre und die Religion schützte, auch sein Bruder, der Herzog von York, der die Schuld davon tragen müßte, sei unschuldig und dächte und dürfte nicht daran denken. Die Konspiration[1]) hätte wirklich bestanden, Monmouth hätte ihm alles bekannt, jetzt leugnete er zwar wieder, aber man hätte Zeugen genug und seine eigene Hand. Armstrong hätte ihn verführt. Daß der Brief an Fuchs adressiert wäre, davon wüßte er nicht, was er denken sollte, der an Falaiseau aber komme ihm gar nicht fremd vor, der hätte Montagu, dem untreuesten Menschen von der Welt, gedient, der mit Armstrong und seinen Gehilfen in ein Horn blase. Er sagte ihm dieses nur, weil er wünschte, daß Kf. besser informiert würde und eine bessere Meinung von ihm und seiner Konduite erhielte. Die Sache mit Falaiseau könnte Kf. unmöglich übel nehmen, wenn er wüßte, was er, der König, dabei zu befürchten gehabt.

Der König behandelte ihn so gnädig und familiär, daß er nicht wußte, auf welchen Punkt er zuerst antworten sollte. Er hat daher in seiner Konfusion nur gesagt, der König hätte sich aller Aufrichtigkeit zu Kf. zu versehen, derselbe werde alles, was er von ihm verlangen möchte, zu seinen Diensten tun. Im Herausgehen fragte ihn Barillon, ob er zufrieden wäre, ob es nicht viel wäre, daß der König, statt sich zu beschweren, die glimpflichsten Worte gewählt, es wohl auszudeuten, und sich selbst die Geduld gegeben, ihn von allem zu informieren. Er hoffe, Kf. werde dieser honneté mit gleicher respondieren und an den König ein freundliches Schreiben deswegen abgehen lassen, er werde auch an Rébenac deswegen schreiben. Auch Lente meint, es werde einen überaus guten Effekt tun.

[1]) Das sogenannte Ryehouseplot im März 1683, s. Klopp II S. 405 ff.

Der Kurfürst an Besser. D. Potsdam 7./17. Juli 1684.

[Auf die Relation vom 17. Juni. Tadel, daß er die gegen Kf. und dessen Minister erhobenen Beschuldigungen nicht widerlegt hat, Anweisung, auf welche Weise er dieses tun soll.]

— Mit höchstem Mißfallen und Verwunderung aber haben wir dabei 17. Juli
wahrgenommen, daß ohnerachtet viel nachteilige wider unsern Respect und Reputation laufende ungegründete Dinge Euch hierunter vorgehalten, auch unsere innerste und vertrauteste Ministri nicht wenig dabei angegriffen worden, Ihr gleichwohl solches ohne einige replique hingehen lassen und, wie Ihr selbst berichtet, wenig oder nichts dazu gesaget. Es stehet treuen, rechtschaffenen und geschickten Dienern zu und hätte Euch auch gebühret bei dieser Occasion dergleichen harte und ungebührliche Auflagen nicht allein anzuhören und zu berichten, sondern dieselbe vielmehr sofort gründlich und mit Bestande zu widerlegen und unserer vertrauten Diener Conduite nach äußerstem Vermögen und Verstande wider solche anzügliche und nachteilige imputationes zu vindiciren, welches Euch garnicht schwer sein können, nachdem Euch genugsam bekannt, daß wir an den englischen Troublen bishero nicht den allergeringsten Teil gehabt, auch uns in keinerlei Weise derselben angenommen. Nachdem Ihr aber Euer obliegenden Schuldigkeit und unserem zu Euch gehabten besten Vertrauen hierunter so gar schlecht nachgekommen und uns gleichwohl zum höchsten daran gelegen, daß wir darunter außer allen ungleichen Verdacht gestellet werden mögen, als befehlen wir Euch hiemit, Höchstged. I. K. Mt. zuförderst schuldigsten Dank zu erstatten, daß dieselbe in dieser Begebenheit sich so genereusement gegen uns bezeigen und ohnerachtet allen von anderen etwa suggerirten ungleichen Impressionen eine so gute Confidenz und aufrichtiges Vertrauen gegen uns contestiren wollen, es könnten auch I. Mt. versichert sein, daß Sie sich darunter nie betrogen funden — indessen schmerzete uns nicht wenig, daß es fast das Ansehen hätte, als ob man uns wegen der eine Zeit hero aldort obgeschwebten innerlichen Troublen in einigen ungegründeten Verdacht ziehen und deshalb mit allerhand unverschuldeten Imputationen beladen wollte. Wir hätten von den englischen Affairen und was in selbigem Königreich wider I. Mt. hohe Person und état bishero fürgegangen sein sollte, keine gewisse sondern nur diejenige Nachricht gehabt, welche durch den gemeinen Ruf und Gazetten in der Welt vor und nach divulgiret worden, und ob dann gleich dieselbe das Werk nach der Concipienten und Scribenten Affecten und Passionen bald so bald anders fürgestellet, so hätten wir doch nichts destoweniger Euch anbefohlen, sofort nach Eurer Ankunft aldort deswegen bei I. Mt. gehörige contestationes und Complimente in unserm Namen abzulegen, welches Ihr auch zu tun hoffentlich nicht unterlassen haben werdet. Soviel absonderlich Mylord Gré und Armstrong betrifft, dieselbe hätten sich in unsern Clevischen einige wenige Zeit in aller Stille

aufgehalten und für ihr Geld gelebet, es wäre bekannt, was die jura et mores gentium quoad hospitalitatem mitbrächten, und daß es vor eine barbarische Action jedesmal unter den sittsamen Völkern gehalten worden, Fremdlingen, exulibus und extraneis dergleichen Aufenthalt und gleichsamb die elementa zu verweigern, so wären auch zwischen I. Mt. und uns keine foedera oder pacta vorhanden, welche diese natürliche et in moribus gentium fundirte Freiheit einigerlei Gestalt restringirten —. Zwar wüßten wir uns wohl zu bescheiden, was obbemeldte jura gentium wegen derjenigen Untertanen, so sich wider ihre Obrigkeit vergangen und in anderer Puissancen territoria retiriret, mit sich brächten, es könnte uns aber deshalb nicht das geringste imputiert werden, weil wegen gedachter Leute Verbrechen wir niemahn einige beständige und gründliche Information gehabt, an uns auch von I. Mt. nicht das geringste gebracht oder begehret worden. Gegen die ministros habt Ihr auf ebendiese Weise von der Sache zu sprechen und wegen dessen, so obgedachten unsers Falaiseau halben vorgangen, zu gedenken, daß uns nie in den Sinn und Gemüte gekommen, deswegen einig ressentiment zu bezeugen. Man täte auch unserer Reputation und vieljährigen Erfahrung in Regierungssachen nicht wenig tort, daß man uns einige foiblesse oder Unbeständigkeit imputiren oder die Opinion von uns haben wollte, als wenn unsere ministri capable wären, uns bald in diese, bald in jene Partei zu lenken oder auch in denen ihnen aufgegebenen Negotiationen unsere gnädigste Befehle und Intention zu überschreiten, gestalt wir dann genugsam versichert sein, daß man obbemeldten unsern Geheimen Rat Fuehsen desfalls wegen seiner ohnlängst im Haag gehabten Verrichtung zu viel getan und wider seine dabei geführte Conduite mit Bestande nichts zu sagen sein wird. Schließlich ist I. Mt. aus denen an dieselbe von uns abgelassenen Schreiben und auch sowohl aus Euer Instruction als auch aus demjenigen, was wir noch ohnlängst deswegen rescribiret, der Gnüge bekannt, wohin unsere Sentimente anitzo in publicis gerichtet sein, und daß wir nicht ohne sonderbare Consolation und Freude bishero wahrgenommen, daß wir mit I. Mt. höchstvernünftigen Sentimenten allerdings einig gewesen. —

PS. Er hat ohnlängst reskribiert, daß sein dortiger Korrespondent Gachon in seinen bisherigen Relationen fortfahren solle. Er erneuert diesen Befehl. Sollte ihm aber dieser Korrespondenz halber einige Ungelegenheit zustoßen, so kann er nicht anders glauben, als daß solches von ihm (Besser) herrühre, und er wird ihn deswegen ansehen [1]).

[1]) In der Beantwortung eines Schreibens Bessers vom 4. Juli, in dem dieser wieder ihm rät, an den König von England zu schreiben, erklärt Kf. (d. Potsdam 25. Juli/4. August 1684), er sehe keine Veranlassung dazu, da dieser nicht an ihn dieser Sache wegen geschrieben habe. Daß er etliche Komplizen Armstrongs in seine Protektion genommen haben solle, sei unwahr.

J. Besser an den Kurfürsten. D. Windsor 22. Juli 1684.

[Angebliche Reise Monmouths nach Berlin. Äußerungen des Königs darüber.]

Barillon sagte ihm gestern, er hätte Briefe erhalten mit der Nachricht, 22. Juli
daß der Herzog von Monmouth nach Berlin gegangen sei. Er fügte hinzu, es hätte nichts zu bedeuten, da er nicht glaubte, daß Kf. die Freundschaft d'un fils naturel et denaturé der des Königs vorzöge. Auch der König hat ihn deswegen angeredet, er habe von Monmouths Reise nach Berlin vernommen, er hätte dabei kein anderes Interesse, als daß er wünschte, derselbe möchte sich nicht unterstehen, Kf. zu überreden, als wenn er der Religion wegen verfolgt würde. Er verfolge die Religion nicht, da er es für unverantwortlich halte, einen darin zu zwingen, worin er selbst nicht wollte gezwungen sein, aber die großen Zusammenkünfte, in denen unter diesem Namen von Rebellionen und Aufstand wider den Landesherrn deliberiert werde, könne er nicht dulden [1]).

J. Besser an den Kurfürsten. D. Windsor 25. Juli 1684.

[Auf das Reskript vom 7. Juli. Rechtfertigung gegenüber den ihm gemachten Vorwürfen. Ausführung der Befehle des Kf.]

Aus dem Reskript hat er mit Schmerzen ersehen, daß er durch den Verdacht, 25. Juli
als wenn er des Kf. Respekt und den Namen seiner vertrauten Minister nicht genugsam wider die ihnen zur Ungebühr aufgebürdeten Auflagen vindiziert hätte, des Kf. Mißfallen verdient hat. Er hat sich dieses aber nur durch ein bloßes Versehen, nur dadurch zugezogen, daß er in seiner Relation vom 7. Juni nicht alles, was er geantwortet, und alle Umstände wegen damals abeilender Post hat überschreiben können. Er hat zwar dem König in jener Konversation nur wenig repliziert, teils weil er mit ihm fast nur von den Intriguen in seinem Reich gesprochen, wozu er nichts hat sagen können, teils weil Barillon ihm vorher geraten, den König mit keinen Exkusen zu embarassieren, nachdem der König keinen zu beschuldigen, sondern nur ihn zu informieren prädendierte, teils auch, weil er gewußt hat, daß seine Antwort nichts dezidieren könnte, da der König eine solche von Kf. selbst verlangte. Er hat auch Falaiseau nicht vertreten, da er gewußt hat, daß er dadurch die Gemüter nur erbittern würde, und in einigen Dingen die Materie so delikat gefunden, daß er sich nicht getraut, sie zu aprofondieren, und das Stillschweigen einer übereilten Antwort vorgezogen hat. Aber er hat die Einwürfe, daß aus dem Briefe an Fuchs etwas zu argwöhnen, daß man mit den Feinden dieses Reiches Intelligenz haben müßte, daß Kf. Grey und Armstrong speziale Protektion gegeben, weil sich Monmouth dafür bedankt, und daß Kf. von seinen Sentimenten sich möchte abbringen lassen, nicht nur sofort gegenüber Lente und Barillon, sondern auch nachher bei Gelegenheit in Diskursen mit den hiesigen ministris und

[1]) Beiligend auf einem Zettel: „S. Chf. D., nachdem Sie diese letztere Relation des H. Bessern gelesen, hielten nochmalen davor, daß er länger in selbiger ihm aufgetragenen Negotiation wenig Dienliches oder Nützliches ausrichten würde, und also nur zurückzukommen ihme wieder angedeutet werden müßte".

dem König selbst, der sich mehr als einmal mit ihm davon unterhalten hat, so gut er gekonnt widerlegt. Da also seine faute nur daran liegt, daß er aus den vorher angegebenen Ursachen die von ihm gegebene Antwort nicht in seiner Relation mitgeteilt hat, so bittet er, dieses Versehen zu verzeihen und ihm das gnädige Vertrauen ferner zu erhalten.

Aus dem PS. hat er ersehen, daß Kf. besorge, daß er Gachon an der Kontinuation seiner Relationen zu behindern sich unterstehen dürfte. Das ist ihm aber nicht in den Sinn gekommen, G. selbst wird seine Unschuld bezeugen, sie sind gute Freunde und G. wird von ihm keine Ungelegenheit zu besorgen haben.

Er hat gestern dem König das, was Kf. ihm anbefohlen, exactement deklariert, der darüber große Satisfaktion bezeigte und Kf. aller reciproquen Dienste versicherte. Ebenso hat er auch Sunderland und Godolphin Mitteilung davon gemacht, die es gleichergestalt vergnügt annahmen und ihm dabei nur zu verstehen gaben, daß der König in der affaire mit Monmouth sehr sensibel wäre, und daß sie hofften. Kf. werde die Freundschaft des Königs der seinigen vorziehen. Ebendasselbe hat ihm auch Barillon gesagt.

Der Kurfürst an Besser. D. Cölln 5./[15.] August 1684.

[Auf die Relation vom 22. Juli. Tadel, daß er den gegen Kf. erhobenen Beschuldigungen nicht in gebührender Weise widersprochen hat.]

15. Aug. — ersehen daraus nicht ohne Mißfallen, daß Ihr in Eurer unziemlichen Conduite annoch ferner einen Weg wie den andern beharret und bei allen denen unseren Respect und Reputation nicht wenig afficirenden Discursen und Critiquen, so aldorten vorgehen, ein mehreres nicht tuet, als dieselbe anzuhören und uns verdrießliche relationes davon abzustatten. Wir haben Euch schon vorhin rescribiret und sollte ein jeder rechtschaffener Diener sich selbst zu bescheiden wissen, daß er nicht mit dergleichen Relationen ausgerichtet, sondern daß Eure Schuldigkeit sei, so oft dergleichen ungebührliche Dinge wider uns geredet und uns imputiert werden, dieselbe mit aller vigueur zu widersprechen. Daß wir mit dem Duc de Monmouth einige unzulässige Correspondenz pflegen, einen fils denaturé, wie Eure Worte lauten, wider seinen Vater supportieren, oder auch unterm Praetext der Religion uns von des Königs Rebellen engagieren lassen sollten, sind unbegründete Auflagen, welche uns nimmermehr kein Mensch erweisen kann, und denen Ihr billig gebührend hättet contradicieren und, daß wir dessen allerdings unschuldig, vorstellen sollen. Es ist uns auch nicht bewußt, daß der Duc de Monmouth auf der Reise anhero zu uns begriffen sein soll, wir können auch solches nicht glauben und haben wenigstens dazu keine Veranlassung gegeben, wiewohl auch auf allen Fall, und wenn gleich dieser Herzog anhero kommen sollte, wir doch nicht sehen können, daß man uns deshalben groß zu blamieren Ursach hätte.

Auch daß er zu dem, was Barillon wegen der Verwendung des Kf. für den Prinzen von Oranien kritisiert hat, ganz still geschwiegen und in seinem Bericht nicht der geringsten Replik darauf gedenkt, ist ihm sehr unvermutet vorgekommen. Sollte B. ferner dergleichen tun, so hat er ihm zu verstehen zu geben, daß Kf. ihm eine solche Critique nicht im geringsten gestünde. Er erwartet von ihm, daß er sich künftig die Vindikation bei begebenden Fällen wird besser angelegen sein lassen [1]).

Der Kurfürst an Besser. D. Oranienburg 5./[15.] September 1684.

[Verlangen genauerer Information über die Bestimmungen der Schiffahrtsakte. Wunsch, mit England einen Schiffahrtsvertrag abzuschließen.]

Aus der übersandten Kopie der Parlamentsakte hat er ersehen, daß seine 15. Sept.
und seiner Untertanen Schiffe in England nur dann zum Handel admittiert werden sollen, wenn sie mit den in seinen eigenen Landen fallenden Gewächsen beladen und wenigstens $^2/_3$ der Schiffsleute seine eingeborenen Untertanen sind. Er wünscht aber noch zu wissen, ob diese $^2/_3$ präzise an dem Ort, wo die Schiffe ausgehen, eingeborene Untertanen sein müssen, oder ob es genügt, daß sie in genere seine Untertanen sind, auch ob seine Zugewandten zur See, als die ostfriesischen, in specie die Emdener Trafiquanten, die seinen Pavillon und Pässe führen, und die, die sich vor etlichen Jahren mit ihren Familien in seinen Landen niedergelassen, wenn sie auch ursprünglich ausländischer Nation gewesen, doch als seine Untertanen anerkannt und zugelassen werden können, auch ob seine Schiffe in den Zöllen nicht ebendieselben Freiheiten und Immunitäten haben, als die englischen selbst, oder ob und wieviel sie größere oder mehrere Last bezahlen müssen. Er hat sich darüber bestens zu informieren. Da Kf. auch desfalls gerne mit dem König von England einen Tractat de marine aufrichten möchte, so soll er sich bemühen, den zwischen den Königen von England und Dänemark abgeschlossenen Schiffahrtstraktat zu bekommen, und ihm eine Abschrift davon zuschicken.

Wir erachten im übrigen gefährlich zu sein, unter dem Namen engliseher Kaufleute zu trafiquiren. Und ob wir zwart glaubwürdig benachrichtiget, wasmaßen unter des Grafen von Sunderland oder des Chevalier Chardiens Namen gute Commercien sollten können getrieben werden, sodennoch, weilen auch dieses allerhand sinistren Suiten unterworfen sein dürfte, indeme solches denen parlamentair-genommenen Resolutionen direct entgegen, als verlangen wir von diesem ganzen Werke umbständlich informiert zu sein, wie Ihr dann solches mit denen dortigen Kaufleuten zu überlegen und uns davon förderlichst zu berichten. Es wäre zwar sonst nach Inhalt der erwähnten Parlaments-Acte unsern Untertanen unbenommen, ihr Land-

[1]) B. erwidert darauf (d. Windsor 26. August 1684) nur, er habe das Reskript erhalten und werde demselben, sich auf seine Relationen vom 20. und 29. Juli beziehend, in allem nachkommen.

gewächs mit ihren eigenen Schiffen zu transportieren, allein, weilen die Engländer bei Arrivierung der Schiffe unter allerhand Praetexten chiquanieren, so würde demselben durch einen deutlichen Tractat de marine müssen abgeholfen und fürgebeuget werden [1]). —

J. Besser an den Kurfürsten. D. London 7. November 1684.

[Geringe Aussicht, daß der König die Garantie des Waffenstillstandes übernehmen und sich in die sonst schwebenden Händel einmischen sollte. Beabsichtigte Maßnahmen in Irland und Neu-England.]

7. Nov. Die Negotiation des kaiserlichen Gesandten [2]) scheint sehr ins Stocken zu geraten. Die Garantie des Waffenstillstandes zwischen Frankreich und dem Reich soll der König nicht übernehmen wollen, dem Gesandten aber auf sein Ansuchen deswegen geantwortet haben, er müßte erst das Projekt der Garantie und wie man solche begehre, sehen. Die Holsteinsche Angelegenheit hält man gleichsam für schon dezidiert und man will daraus, daß Mylord Middelton, der jetzige Sekretär des departement du Nord, neulich zu dem schwedischen Gesandten deswegen gesagt hat, Holstein werde seine Affäre schon machen, wenn die Allianz zwischen Schweden und Frankreich geschlossen sein würde, die Deutung ziehen, Holstein werde seine Rechnung nimmermehr finden, weil an dieser Allianz hier von allen gezweifelt wird. Um Genua und den Herzog von Lothringen kümmert man sich auch nicht, so daß die Partei recht zu haben scheint, die schon immer behauptet hat, daß der König sich niemals bei diesen differens zu interessieren engagiert und daß die, welche es anders verstanden, keinen Unterschied zwischen einer höflichen Entschuldigung und einer kategorischen Zusage gemacht haben.

In Irland wird, wie man sagt, eine große Reformation vorgehen, zumal dieses Königreich noch voll des Cromwellschen Anhangs stecken und der König in ihm die Krone bei seinem Hause, in der Person des Herzogs von York, noch bei seinen Lebtagen soll befestigt sehen wollen. Man hält dazu viele Truppen bereit und deliberiert, an Stelle des schon zu alten Herzogs von Ormond einen neuen Vizekönig (wozu Lord Rochester in Vorschlag sein soll) zu erwählen.

In Neu-England sollen die Untertanen auch nicht allzu gehorsam sein. Es werden viele Schiffe gerüstet, die künftigen Frühling unter der Konduite des Obristen Kerke dorthin gehen sollen, um sie zur Devotion zu bringen.

[1]) Kf. beauftragt B. (d. Cölln a. d. Spree 5./15. November 1684), sich zu erkundigen, ob die englische ostindische Kompagnie oder einige ihrer Mitglieder geneigt sein sollten, wegen des preußischen Bernsteins sich in einen Handel einzulassen, sie könnten ihn aus seiner, als der ersten, Hand empfangen.

[2]) Graf Thun. S. Klopp II S. 438 ff.

Der Kurfürst an Besser. D. Cölln a. d. Spree 7./[17.] November 1684.

[Befehl, über die afrikanische Kompagnie die nötigen Aufklärungen zu geben.]

Aus Eurem gehorsamsten Postcripto vom 14. Octobris [1]) haben Wir 17. Nov.
mit mehrerm ersehen, daß, als der Chevalier Chardin sich bei Euch wegen unserer afrikanischen Compagnie in ein und anderm erkundigen wollen, Ihr Euch gestellet, als ob Euch davon nichts wissend wäre. Nun hat es mit solcher Compagnie die Bewandnus, daß nicht allein dieselbe alschon durch ganz Europa bekannt, sondern auch dergestalt eingerichtet ist, daß unsere ministri ganz keine Ursach haben, dasjenige, was Wir damit vorgenommen, so wenig dort als anderswo zu dissimuliren, denn nachdem der Allerhöchste uns mit verschiedenen ansehnlichen und zur Seefahrt sehr wohl gelegenen Landen begabet, so hat uns ja billig nach dem Exempel anderer Nationen und nach Anweisung dessen, was die jura gentium in dergleichen Fällen mit sich bringen, frei gestanden, durch die freie offene See und mit freien, unter niemands Botmäßigkeit stehenden Völkern an Orten und Enden, woselbst niemand einige Logen, Forten oder Comptoiren etabliret oder den Handel privativement hergebracht hat, commercia für unsere Untertanen zu stiften und dieselbe zu deren so viel besseren Success mit Octroy und Schutz-Briefen desfalls zu versehen, wowider auch die Engländer mit Fuge nichts einzuwenden haben, wenn sie nicht diejenige principia, worauf ihre selbst eigene Compagnien gegründet sein, destruiren und die libertatem commerciorum, woran das größeste Kleinod selbigen Landes hanget, anfechten wollen. Wir befehlen Euch auch demnach hiermit in Gnaden, Gelegenheit zu nehmen, so wohl mit ermeltem Chevalier Chardin und andern Mitgliedern der dortigen commercyrenden Compagnien, als auch mit anderen aus der Sache zu sprechen und ihnen alle desfalls etwa desiderirende Nachricht mitzuteilen, dergestalt nämlich, daß Wir sowohl durch oberwähnte bequeme Situation unserer Lande und Seestädte als auch auf Anhalten unserer Untertanen veranlasset worden, den Handel nach Africa in unseren Landen zu etabliren. Nachdem aber einige Eingesessene der Grafschaft Ost-Frießland nachgehends Lust und Begierde verspüren lassen und sich anerboten, bei solchem Handel mit und nebst gedachten unsern Untertanen sich zu interessiren, so hätten Wir absonderlich in dem Absehen, daß solche Grafschaft nicht allein unter unserm Westfälischen Kreis-Directorio begriffen, sondern auch daß I. Kays. Mt. dieselbe unserer besondern Protection untergeben, die ostfriesische Commercianten nicht allein in solche unsere africanische Compagnie mit auf- und angenommen, sondern auch deren Praesidial-Cammer nacher Emden transferiret, woselbst

[1]) Nicht bei den Akten.

auch die der Compagnie angehörende Schiffe mit ihrer Ladung allemal ein- und ausliefen, weiln man solchen Hafen darzu aus vielen Considerationen für andern sehr bequem befunden, und wäre auch sonsten alles bei gedachter Compagnie vermittelst verschiedener Reglementen dergestalt wohl und vernünftig gefasset und angeordnet, daß man unter göttlicher Verleihung und Seegen an gutem successu dabei nicht zu zweifeln hätte, allermaßen man dann auch alschon solches im Werk befunden und verspüret. Wir unsers Orts hätten auch nicht allein unser Octroy gedachter Compagnie erteilet und unsere Protection und starken Schutz ihr wider männiglich versprochen, sondern Wir hätten auch sonst auf andere Weise uns derselben bis anher angenommen und sowohl zu Erbauung der in Africa angelegten Festung als auch zum Unterhalt der darin sich befindenden Guarnison ein ansehnliches hergegeben und würden auch sonst derselben bestes forthelfen. Ihr habt diese und dergleichen andere Euch vorhin bekannte Umbstände dergestalt fürzustellen, damit, wann sich etwa in Engelland jemand finden würde, der in solche unsere Compagnie mit eintreten wollte, dieselbe dadurch so viel ehender darzu disponiret werden mögen, gestalt denn auch auf solchen Fall mehrere und nähere Nachricht von allem erteilet und denen, so dabei etwa sich werden interessiren wollen, solche Sicherheit gegeben werden könnte, daß sie desfalls ein mehrers nicht zu desideriren haben sollen. —

J. Besser an den Kurfürsten. D. London 5./15. Dezember 1684.

[Verhandlungen wegen des Bernsteinhandels.]

15. Dez. Er hat mit verschiedenen Kaufleuten und besonders mit dem Chevalier Chardin wegen des Bernsteinhandels[1]) geredet. Die Proposition schien ihnen nicht unangenehm zu sein, doch fielen sie gleich auf die Frage, wer es in einem so weit entlegenen Lande für sie fischen sollte und wie hoch man es verpachten wollte. Als er geantwortet, soviel er wüßte, hätten die Danziger so großen Nutzen daraus gezogen, daß sie den jetzt zu Ende gehenden Kontrakt mit Kf. renovieren und etliche 1000 Taler mehr als früher geben wollten, replizierten sie, daß die Danziger es besser als sie los werden und wegen der Arbeit, die sie daraus zu machen wüßten, worauf die Engländer sich nicht verstünden, mehr nutzen könnten. Doch versprachen sie, seinen Rapport, daß der Bernstein in Persien so ästimiert würde, ihrer Kompagnie mitzuteilen und ihn dann Antwort wissen zu lassen. Unterdessen hat ihm soeben Chardin beifolgendes Memorial[2]) zugeschickt, um darüber Nachdicht einzuziehen, von der, wie er selbst gesteht, der Sukzeß des ganzen Werkes dependieren wird.

[1]) S. oben S. 356.

[2]) Nicht bei den Akten.

J. Besser an den Kurfürsten. D. London 6. Februar 1685.

[Tod des Königs. Thronbesteigung des Herzogs von York.]

Der König ist[1]), nachdem er vergangenen Montag einen schweren Akzeß von der Epilepsie gehabt, heute Mittag gegen 12 Uhr an einer oppression de poitrine gestorben und der Herzog von York etliche Stunden darauf in Gegenwart und Begleitung des ganzen Geheimen Rats bei Trompetenklang in den Gassen der Stadt zum König ausgerufen worden. 6. Febr.

PS. Auch die verwitwete Königin ist sehr krank. Auf die Proklamation des neuen Königs hat das Volk mit einer großen Akklamation und vive le Roy geantwortet[2]).

Der Kurfürst an Besser. D. Potsdam 31. Januar [10. Februar] 1685.

[Streitigkeiten zwischen Hamburg und dem Herzog von Celle. Wunsch, daß auch England sich um Beilegung derselben bemühen möge.]

Infolge der zwischen dem Herzog von Celle und der Stadt Hamburg ausgebrochenen Streitigkeiten[3]), die schon zu Tätlichkeiten von cellischer Seite geführt haben, hat er, da er an der Konservation der Stadt und dem commercio zum höchsten interessiert ist, einige der Seinigen nach Hamburg und v. Canitz zum Herzog von Celle geschickt und einerseits die Stadt zur raison und geziemendem Komportement gegen das Fürstl. Haus Lüneburg, andererseits den Herzog zur Moderation und Einstellung der Tätlichkeiten ermahnen lassen. Er wünscht, daß dieses guten Effekt tun, diese Irrung dadurch gehoben und fernerer Ungelegenheit vorgebeugt werde, es würde ihm auch lieb sein, wenn er in dieser Angelegenheit von dem König von England, der auch der Stadt Hamburg immer Gutes gegönnt und sich ihrer angenommen hat, unterstützt würde. B. soll daher mit dem König und dessen ministris von der Sache reden, ihnen diese und die daraus zu befahrenden Inkonvenientien gebührend vorstellen und bitten, daß dem englischen Minister in Hamburg Order erteilt werde, mit den Seinigen darunter de concerto zu gehen und eine baldige Assopierung dieser Sache befördern zu helfen. 10. Febr.

[1]) S. Ranke V, S. 266 ff., Klopp II, S. 446 ff. Ausführlichen Bericht über den Tod des Königs erstattet B. am 10. Februar 1685.

[2]) B. meldet am 13. Februar, am 6., gleich nach dem Tode des Königs, habe der spanische Gesandte dem neuen Könige kondoliert und dessen Beispiel wären der kaiserliche, der holländische und der schwedische sowie auch er gefolgt. Ihm habe der König geantwortet, er solle Kf. versichern, daß er an seiner Person in allem, was Liebe und Freundschaft betreffe, seinen Bruder vollkommen finden solle.

[3]) S. Gallois, Geschichte der Stadt Hamburg II, S. 1 ff.

J. Besser an den Kurfürsten. D. London 10. Februar 1685.

[Geringe äußerliche Veränderung. Berufung des Parlaments. Forterhebung der Zölle.]

10. Febr. So groß die Veränderung hier ist, so wenig empfindet man es doch äußerlich [1]). Die Großen des Landes sind mit dem Traktament des Königs zufrieden oder stellen sich wenigstens so aus Furcht oder Hoffnung, und der gemeine Mann kümmert sich, nachdem der König erklärt hat, die Religion und die Gesetze zu schützen, im übrigen sehr wenig um Veränderung der Herrschaft. Dieses muß nun wohl jeden, der sich dieses Königs Sukzession mit raison schwerer eingebildet, surprenieren, aber noch mehr wird man sich wundern, daß [2]) der König gestern beschlossen, gegen den Mai ein Parlament zu berufen und unterdessen die durch des Königs Tod expirierten Einkünfte der Douane und Akzise zu genießen, die sonst ein Parlament erst bewilligen muß.

J. Besser an den Kurfürsten. D. London 20. Februar 1685.

[Auf das Reskript vom 31. Januar. Bereitwilligkeit englischerseits, sich Hamburgs anzunehmen.]

20. Febr. Er hat mit Middelton über die zwischen dem Herzog von Celle und der Stadt Hamburg entstandene Streitsache [3]) geredet. Derselbe antwortete ihm sehr vertraulich, der König hätte sich zwar schon von selbst dieser Sache angenommen, werde aber doch froh sein, durch des Kf. Interzession für die Stadt mehr Anlaß dazu zu haben. Man dürfte eine Stadt, von welcher die ganze englische Handlung aus und nach Teutschland dependierte, nicht unterdrücken lassen, überdies hätte der Herzog mit Protegierung des Rebellen Waller es bei dem König nicht danach gemacht, daß er hierin durch die Finger sehen oder zugeben sollte, daß derselbe, ohne Zweifel auf Wallers Vorschlag, um die Kommerzien nach Lüneburg zu ziehen oder zu verbessern, der Stadt Hamburg zu Turbierung des durch den vorigen König mit vermittelten Ruhestandes Abbruch oder Eintrag täte. Er riet ihm aber, mit der Audienz beim Könige noch einige Tage zu warten, da der König sehr okkupiert wäre und ohne dem noch nichts dabei tun könnte, da Skelton schon in Holland wäre und er sonst keinen in Hamburg hätte. Er wird diesem Rat folgen. Hamburg selbst hat zu Middletons Verwunderung hierin noch nichts an den König gelangen lassen [4]).

[1]) S. Ranke V S. 283 ff.

[2]) S. ebendaselbst S. 293 f.

[3]) S. Gallois a. a. O. und Baasch, Der Kampf des Hauses Braunschweig-Lüneburg mit Hamburg um die Elbe S. 107 f.

[4]) B. berichtet am 24. Februar, Middleton habe ihm Gelegenheit verschafft, mit dem Könige über die Hamburger Angelegenheit zu sprechen. Er habe demselben den ganzen Verlauf der Sache erzählt. Der König aber, der vorgab, davon noch nichts gehört zu haben, habe ihm nur geantwortet, er möchte ein Memorial, um ihn zu informieren, übergeben.

Der Kurfürst an Besser. D. Potsdam 27. Februar/[9. März] 1685.

[Übersendung eines Schreibens an den neuen König. Befehl, vorläufig dort zu bleiben. Ankündigung der Absendung einer besonderen Gesandtschaft.]

Aus seinen Relationen hat er den Tod König Karls und den Regierungs- 9. März
antritt des neuen Königs erfahren. Als er dann im Begriff gewesen, demselben die Kondolenz und Gratulation abzustatten, hat er von ihm selbst die Notifikation erhalten und darauf mit beifolgendem Schreiben [1]) geantwortet. B. soll dasselbe überreichen, auch sich desselben als eines neuen Kreditivs bedienen, daneben dem König anzeigen, daß Kf. ehestens durch eine besondere Schickung seine Schuldigkeit abstatten und sein Verlangen, mit dem König nicht nur in hergebrachtem guten Vertrauen zu verharren, sondern solches auch durch eine nähere und engere Zusammensetzung mehr und mehr zu bestärken, kontesticren werde. B. soll [2]), was dort vorgeht, fleißig berichten und bis auf fernere Order sich von dort nicht wegbegeben.

Der Kurfürst an v. Spanheim. D. Potsdam 27. Februar/[9. März] 1685 [3]). (Conc. Meinders).

[Dem König zu machende Komplimente. Abzuschließende neue Allianz besonders zu Beförderung des Handels. Einzuziehende Erkundigungen über die politischen Verhältnisse in England. Fürsorge des Kf. für die evangelische Sache.]

Der neue König von England hat ihm seine Thronbesteigung angezeigt 9. März
und er hat ihm darauf geantwortet. Da er aber für notwendig befunden hat, bei dem König seine Kondolenz und Kongratulation noch durch eine besondere Schickung ablegen zu lassen und ihn, Sp., dazu destiniert hat, so soll derselbe sich mit dem ehisten nach London verfügen, dort die behörigen Komplimente ablegen und versichern, daß Kf. für des Königs Person und Interesse alle ersinnliche Konsideration an den Tag zu geben geflissen sein wolle und bereit sei, sich mit demselben wegen beiderseits gemeiner Interessen auf den Fuß, wie es mit dem vorigen Könige bei dessen Retablissement geschehen, näher zu verbinden. Sollte der König Neigung dazu verspüren lassen, so soll er sich mit dessen Ministern wegen der Ingredientien eines solchen Traktats näher besprechen. Man könnte dem Allianztraktat

[1]) In diesem Schreiben (d. Potsdam 26. Februar/8. März 1685), der Erwiderung eines solchen vom 10. Februar, kondoliert Kf. dem König Jakob zum Tode König Karls, gratuliert ihm zu seiner Thronbesteigung und kündigt die demnächstige Abschickung eines anderen Gesandten an.

[2]) Kf. hatte (d. Potsdam 29. Januar/8. Februar 1685) B. angekündigt, daß er ihn abberufen und einen Verwandten Spanheims, Frederic Bonnet de St. Germain, zu seinem dortigen Korrespondenten bestellen werde, und hatte ihm befohlen, sich zur Abreise fertig zu halten.

[3]) S. Pufendorf XIX, § 4 (S. 1521).

von 1661 [1]) wieder nachgehen und denselben auf die gegenwärtigen Zeiten applizieren und einrichten.

Besonders lieb würde ihm sein, wenn bei diesem Traktat zum Vorteil seiner See- und Handelsstädte und der Afrikanischen Kompagnie sowie der ostfriesischen Kommerzianten etwas Gedeihliches ausgewirkt werden könnte. Er hat deswegen schon seinem Residenten Besser einiges aufgetragen [2]), was Sp. aus dessen Instruktion und den ihm nachgesandten Reskripten ersehen wird, besonders würde dahin zu sehen sein, daß seine und die ostfriesischen zur See fahrenden Kommerzianten den Holländern und Dänen in betreff der droits d'entrée et de sortie gleichgestellt würden.

Er hat auch bisher beabsichtigt [3]), einige der dortigen sogenannten Interlopers in seine oder die ostfriesischen Lande zu ziehen und sonst zu Beförderung der Kommerzien und Manufakturen einige englische Untertanen in seine Lande anfzunehmen, er hofft auch, daß bei der jetzigen Veränderung in England dieses allerhand bekannter Ursachen wegen um so leichter zustande kommen könnte, wenn nur solchen Leuten keine Hinderung gemacht würde. Bei Aufrichtung des Traktats ist daher gute Vorsicht zu gebrauchen, damit, wenn man auch für diese Leute nicht libertatem emigrandi und ungehinderte Transportation ihres Vermögens direkt oder indirekt durch den Traktat erhalten könnte, doch nichts hineinfließe, was diesem seinem Absehen zuwider sein oder einige Hinderung daran machen könnte. Auch sonst hat er diesen Punkt sehr vorsichtig zu traktieren, damit dem Könige dadurch nicht zu Verdacht und ungleichen Sentimenten gegen Kf. Anlaß gegeben werde, er soll darüber noch nähere Instruktion erhalten.

Aldieweilen Wir auch nicht wenig verlangen tragen, von dem eigentlichen Zustand des englischen Wesens und wie es in selbigem Königreich nach der jetzigen Veränderung sich in ein und anderm anlasse, gründliche und umbständliche Nachricht zu haben, so habt Ihr Euch währender Eurer Anwesenheit in Engeland darnach mit allem Fleiß zu erkundigen und absonderlich woll zu penetriren, auch uns ausführlich zu berichten, was die Partei, wovon der Duc de Monmouth bisanher das Haupt gewesen, anjetzo für consilia führe und ob zu vermuten, daß dieselbe noch ferner subsistiren oder dem neuen Könige einige Verdrießlichkeiten verursachen möchte. Wir haben zwar mit solcher Partei niemalen die geringste Correspondenz oder sonsten jemalen was zu schaffen gehabt, vermuten auch dannenhero fast nicht, daß sich dieselbe an Euch adressiren werde, indessen aber habt Ihr auch leicht zu ermessen, daß, ob Wir schon dem Duc de Iorck die englische Krone gerne gönnen, auch vermutlich unter den ersten von frembden Potentaten, welche ihn durch besondere Schickungen agnosciren, sein werden, gleichwoll Uns sehr sensible fallen würde, wann unter seinem Regiment die in selbigem König-

[1]) S. v. Mörner S. 254 ff., vgl. Urk. u. Akt. IX S. 492 ff.
[2]) S. oben S. 346.
[3]) S. oben S. 339 ff.

reich durch dessen Fundamentalgesetze etablirte evangelische Religion einige Bedrängnis leiden sollte, dessen Ihr denn auch, wann es die Gelegenheit so geben sollte, jedoch Eurer bekannten Prudenz nach mit allem Glimpf, an behörigen Orten per discursum woll gedenken könnet, dabei auch Eure Conduite also einzurichten, daß die englische der evangelischen Religion zugetane Untertanen die Confidenz, so sie zu uns etwa tragen, nicht verlieren, sondern vielmehr aller gnädigsten Vorsorge, die Wir, als jetziges Haupt aller evangelischen reformirten Potentaten in Europa, gegen sie und alle Unsere Gläubensgenossen tragen, sich in alle Wege versichert halten mögen.

Seinen Neffen Bonnet[1]) soll Sp. dort so am Hof und sonst etablieren, daß derselbe nach seiner Abreise die ihm aufgetragene Korrespondenz wirklich antreten und über das, was dort vorgehen sollte, wöchentlich ein- oder zweimal Nachricht geben könne. Besser soll, sobald er weggeht, auch wieder hierher zurückkehren[2]).

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. London 7./17. April 1685.

[Audienz beim König. Besuche bei Middleton, Sunderland und Arlington. Günstige Anfänge der neuen Regierung.]

Er ist am 2./12. in der Nacht hier angekommen, hat am folgenden Tage den 17. April Zerimonienmeister Chevalier Cotterel von seiner Ankunft benachrichtigt und hat dann Sonntag nachmittag um 4 Uhr bei dem König Audienz gehabt. Er wurde von Cotterel mit einer sechsspännigen königlichen Karosse abgeholt. Der König entblößte bei seinem Eintritt in das Audienzzimmer das Haupt und blieb auch während seiner Rede, die er (Sp.) an ihn richtete, unbedeckt. Die Art, wie er ihn empfing, und seine Erwiderung zeigte seine Freude über diese Sendung und seine Hochschätzung der Person des Kf. Da die regierende Königin krank ist, konnte er ihr und den anderen Mitgliedern der königlichen Familie noch nicht seine Aufwartung machen. Er hat aber den Staatssekretär Middleton besucht, ihm mit der nötigen Vorsicht Mitteilung von den Absichten des Kf. gemacht, darauf hingewiesen, daß dessen Verhalten seit dem Nimweger Frieden, seine Bemühungen, die öffentliche Ruhe zu erhalten und einen Krieg besonders zwischen Frankreich und dem Reiche zu verhüten, mit bestimmt worden seien durch die Rücksicht auf die gleichartigen Absichten des verstorbenen und auch des jetzigen Königs und hat versichert, daß er damit fortfahren werde. M. nahm dieses sehr wohl auf.

[1]) S. oben S. 344.

[2]) Sp. erwidert darauf (d. Paris 15.25. März 1685) mit dem Ausdruck des Dankes für den ihm erteilten Auftrag und fügt hinzu, er werde nicht unterlassen, dort das geltend zu machen, was ihm Fuchs über die in betreff Milord Greys nach Cleve erteilten Befehle und die Verweigerung der von dem Herzog von Monmouth und dem Grafen Argile erbetenen Retraite in die Lande des Kf. mitgeteilt habe, was gewiß hinreichen werde, um nicht nur den deswegen geschöpften Argwohn zu zerstören, sondern auch um als deutlicher Beweis der besonderen Hochschätzung des Königs durch Kf. zu dienen.

erklärte, daß ein solches Zusammengehen sowohl dem allgemeinen als auch dem besonderen Interesse beider Reiche vorteilhaft sein werde, und wies auf die große Veränderung hin, welche seit Sp.s früherem Aufenthalt hierselbst vorgegangen sei. Er hat dann auch den anderen Staatssekretär, den Grafen Sunderland, und den Oberkämmerer Graf Arlington, der jetzt nicht mehr soviel Einfluß wie früher besitzt, besucht. Letzterer, der ein eifriger Diener des Prinzen von Oranien ist, sprach mit ihm von diesem Prinzen und meinte, es wäre wünschenswert, daß derselbe durch die Ratschläge des Königs und des Kf. dahin könnte gebracht werden, in seiner Opposition gegen die französischen Interessen nachzulassen.

Soviel er bisher hat erkennen können, schätzt der König in gebührender Weise Kf. und dessen Freundschaft und kann das künftig zu einer Konformität mit demselben in publicis et privatis führen, vorläufig aber wird man sich nicht beeilen, mit fremden Mächten Verträge oder Verabredungen zu treffen, sondern erst abwarten, wie sich im Innern die Verhältnisse durch den Zusammentritt des Parlaments gestalten werden. Für die Angelegenheit der Interlopers trifft es sich ungünstig, daß der König soeben am 1./11. April eine Proklamation zugunsten der Königl. Kompagnie erlassen hat, in welcher auf Grund der dieser erteilten Privilegien denselben die Ausrüstung von Schiffen und Handelsverkehr verboten wird. Es scheint [1]), daß der Anfang der neuen Regierung unerwarteten Beifall findet, daß die protestantische Partei beruhigt ist, daß man hofft, der König werde keine Veränderungen in religiöser Beziehung machen und ein verfassungsmäßiges Regiment führen, und es ist nur zu wünschen, daß die Folgen diesen schönen Anfängen entsprechen mögen.

v. Spanheim an den Kurfürsten. D. London 21. April/1. Mai 1685.

[Unterredung mit Middleton, besonders über Beförderung des Handelsverkehrs. Der gegenwärtige Stand der Dinge.]

1. Mai Durch die heilige Woche und das Osterfest sind die anderen Geschäfte unterbrochen worden, gestern aber hat er mit dem Grafen Middleton, Staatssekretär für die nordischen Angelegenheiten, ein langes Gespräch gehabt, in dem er auch angedeutet hat, daß Kf. geneigt sein würde, mit dem Könige in eine engere Verbindung zu treten, ebenso wie er es mit dem vorigen Könige nach dessen Wiedereinsetzung getan hat. Er hat ihm mitgeteilt, daß Kf. einen seiner vertrauten Minister nach Holland zu schicken beabsichtige [2]), hauptsächlich um sich mit den Ministern des Königs über die öffentlichen Interessen und diejenigen des Prinzen von Oranien zu verständigen. Kf. sei erfreut darüber, daß dieser jetzt zu dem König in so gutem Verhältnis stehe, er werde gern dazu beitragen und hoffe, daß auch der englische Minister im Haag Befehl erhalten werde, deswegen sich mit dem des Kf. zu verständigen. M. nahm alles wohl auf und versicherte, daß auch der König zu gutem

[1]) S. Ranke V, S. 290 ff., Klopp III, S. 2 ff.

[2]) S. über die Sendung Fuchs' nach Holland oben S. 84 ff.

Einvernehmen mit Kf. geneigt sei, es würde ihn freuen, wenn sie beide den Prinzen von Oranien dahin bringen könnten, seine Angelegenheiten zu redressieren und die kriegerischen Pläne aufzugeben, welche so üble Folgen für ihn gehabt hätten. Er hat darauf, aber mit großer Vorsicht, den Punkt wegen des Handels berührt, der Interlopers gar nicht gedacht, da er in seiner Instruktion nur angewiesen ist, wenn es sich um einen neuen Vertrag handeln sollte, dieses zu tun, und diese Angelegenheit unter den jetzigen Verhältnissen hier sehr übel aufgenommen werden würde, sondern nur die für den Handel so günstige Lage Emdens geschildert und bemerkt, die afrikanische Kompagnie des Kf. könnte sich wohl mit der Königlichen indischen Kompagnie verständigen, englische Teilnehmer und Faktoren zulassen und so zur Beförderung des beiderseitigen Handelsverkehrs beitragen. M. erwiderte darauf, Vorschläge in Handelsangelegenheiten wünschte der König schriftlich zu erhalten, um die Meinung von Sachverständigen und Interessenten hören zu können, und fügte hinzu, die indische Kompagnie habe schon Handelsfreiheit nach der Ostsee und den nordischen Reichen, die Nachbarschaft von Emden könnte nicht viel konsumieren, die Engländer und Holländer brächten schon mehr Waren, als man in Europa gebrauchte, die Kosten des Handels nach Indien wären sehr bedeutend und man hätte dabei manchmal mehr Verlust als Gewinn. Schließlich wiederholte derselbe aufs neue, ein solcher Vorschlag müßte schriftlich angebracht werden. Er wird dieses aber nicht tun, da es sich vorläufig noch nicht um einen Vertrag handelt, und solche schriftlichen Propositionen langen Diskussionen und Kontradiktionen seitens der Interessierten in der Königl. Kompagnie ausgesetzt und vor der Zeit bekannt werden könnten. Überdies hat er sich überzeugt, daß man hier nicht geneigt ist, vor dem Ausgang des Parlaments besondere Unterhandlungen oder Verträge mit irgend einer auswärtigen Macht einzugehen. Die Partei des Herzogs von Monmouth scheint ganz danieder zu liegen, das Ansehen des Königs befestigt sich immer mehr, der Einfluß der Minister ist weniger bedeutend als unter der früheren Regierung, der Großschatzmeister [1]) hat durch den Tod des vorigen Königs gewonnen, Halifax und Sunderland dagegen viel verloren.

Der Kurfürst an v. Spanheim. D. Lehnin 27. April/[7. Mai] 1685.

[Befehl, die Absichten des englischen Hofes besonders gegenüber den französischen Ansprüchen zu erforschen.]

Er hat aus seinen Berichten mit Vergnügen ersehen, daß Sp. bei seiner Rezeption 7. Mai
und Audienz inbetreff des Zerimoniels seinen Respekt und was er zu prätendieren hat, mit behörigem Fleiß und Sorgfalt beobachtet und daß auch der König und seine Minister darin besondere Willfährigkeit bezeigt haben. Sp. soll Gelegenheit nehmen, sein darob empfundenes Vergnügen vorzustellen, und nochmals versichern, daß Kf. Verlangen trage, seine Begierde, mit dem König in eine unzertrennliche Freundschaft zu treten, zu erkennen zu geben.

[1]) Lorenz Hyde Earl von Rochester, s. Ranke V, S. 291, Klopp III, S. 5 f.

Im übrigen verlangen Wir zu vernehmen, wie sich nunmehr bei erfolgender Krönung und Anhebung des Parlaments der innerliche status aldorten etwa anlassen und dann auch was für mesures mit den exteris und in specie mit der Cron Franckreich ins künftige dörften genommen werden. Es wird sonsten auch aldort bereits kund sein, was für Memorialia [1]) der Königl. französische Ambassadeur im Haag, der Comte d'Avaux, unterm 27. und 28. dieses übergeben und welchergestalt er darin seines Königs Absehen und praetensiones auf die spanische Succession, wann selbiger König nach Gottes Willen ohne Erben abgehen sollte, zimblich deutlich declariret. Wann nun gleichwoll dieses eine sotane Sache ist, wobei ganz Europa absonderlich aber die Cron Engeland zum höchsten sich interessiert befindet, als habet Ihr allen Fleiß anzuwenden, die eigentliche sentiments, so man an dortigem Hofe bei dieser Sache etwa führen wird, zu penetriren und uns davon untert. Bericht abzustatten, jedoch aber dabei solche Behutsamkeit zu gebrauchen, damit es nirgends einige Ombrage oder Nachdenken verursachen möge.

Mit Fuchs hat er daraus und von allem, was sonst dort passieren wird, zu korrespondieren.

v. Spanheim an den Kurfürsten d. London 8./18. Mai 1685.

[Unterredung mit Middleton. Aufträge der holländischen Gesandten. Machtstellung des Königs. Wenig günstige Aussichten auf Erlangung von Handelsvorteilen.]

18. Mai. Er hat sich [2]) auch bei einigen Ministern, besonders bei Lord Middleton, verabschiedet. Derselbe versicherte wieder, daß der König in gutem Einvernehmen mit Kf. zu stehen wünsche, daß die englischen Gesandten Befehl erhalten würden, mit denen des Kf. gute Korrespondenz zu unterhalten und mit ihnen bei allen vorfallenden Gelegenheiten zusammenzugehen, besonders in den Angelegenheiten des Prinzen von Oranien, der wohl tun werde, den Ratschlägen des Königs und des Kf. zu folgen, sich den Zeitumständen zu akkommodieren, sein Ansehen im Innern der Vereinigten Staaten wieder herzustellen und zu befestigen, dem König von Frankreich die Veranlassung oder den Vorwand, ihm entgegenzuwirken und ihm zu schaden, zu nehmen und es so auch dem König und dem Kf. zu ermöglichen, zu seinen Gunsten sich bei dem König von Frankreich zu bemühen.

Die holländischen Gesandten [3]) sind beauftragt, eine Erneuerung der Allianz der Staaten mit dem vorigen Könige und einen Vergleich in der Angelegenheit wegen Bantham, die dem König sehr am Herzen liegt, zustande zu bringen. Doch

[1]) S. Négotiations du comte d'Avaux V, S. 176 f.

[2]) Sp. hatte schon 5./15. Mai berichtet, daß er zusammen mit Besser am 13. bei dem König und der Königin Abschiedsaudienz gehabt hätte. Das Rekreditiv König Jakobs für Sp. ist Whitehall 8. Mai 1685 ausgestellt.

[3]) Citters und Dyckfeld.

ist dazu noch vorläufig keine Aussicht, da dazu ein Vergleich zwischen den beiderseitigen indischen Kompagnien nötig sein wird, der nicht so leicht wird zu treffen sein, und da man jetzt hier ganz mit den inneren Angelegenheiten beschäftigt ist, sich auf keine wichtigere Unterhandlung mit auswärtigen Mächten einlassen und die Beziehungen, in denen man noch zu Frankreich steht, menagieren will.

Il est constant d'ailleurs, que l'autorité du Roy d'apresent s'affermit de plus en plus, qu'il y contribue par sa réputation de fermeté, de bonne foy et de grande application aux affaires, et que selon les apparences elle ne sera pas aisément ébranlée à l'avenir, en continuant d'agir sur les premières maximes déclarées à son avénement à la couronne, de ne rien altérer dans le gouvernement et la religion.

PS. J'ajouteray icy en toute soumission, que sur les éclaircissemens, que j'ay tasbé de prendre et avec les précautions deues dans l'affaire du commerce et de ce qui en dépend, on m'a fait comprendre en premier lieu qu'aucun participant ou membre de la Compagnie Royale des Indes ne peut prendre part dans aucune autre Compagnie étrangère, et qu'il y en a une obligation expresse par serment, qui se prend de tous ceux, qui entrent en la dite Compagnie Royale. En second lieu, que la même Compagnie ne se met pas beaucoup en peine, si d'autres Compagnies ou négotians étrangers prennent part dans le commerce des Indes Orientales, puis que le dommage n'en peut resulter que contre les Hollandois et à la diminution du commerce, que ceux cy y ont par dessus toutes les autres nations de l'Europe. Qu'il est vray que la dite Compagnie Royale ne verroit pas volontiers d'autres négotians sous l'escorte des Interloopers Anglais, puis que ces derniers y pourroient donner des lumieres et des habitudes, qui tourneroient au préjudice de la Compagnie Royale. En troisième lieu, qu'à l'égard de la Compagnie Africaine établie à Embden sous les auspices de V. A. El. il se pourra trouver qu'avec le temps et suivant les conjonctures plusieurs Anglois du parti presbyterien ou Non-conformistes, comme on les appelle icy, pourroient se retirer à la dite ville d'Embden, prendre part dans la dite Compagnie et entre autres dans le commerce, qui s'y pourroit faire ou établir pour les Indes Orientales, et que c'est de quoy on pourra estre mieux éclairci suivant le pli que prendront les affaires du prochain Parlement. En quatrieme lieu, qu'on ne peut pas préeisément répondre si des Interloopers anglois, qui pourroient s'employer au service de la dite Compagnie Africaine et sous des pavillons et avec passeport de V. A. El., pourroient estre à couvert de toute represaille du costé de deça. Qu'on auroit apparemment toujours beaucoup d'egard à tout ce qui seroit autorisé de la part de V. A. El. Qu'il est vray, que les arrests là dessus de Sa Majesté regardent particulierement les Interloopers, qui négotient aux Indes et débitent leurs denrées en Angleterre au prejudice de la Compagnie Royale et des patentes de son établisse-

ment. Que sur tout cela on prendra encore des lumieres et informations plus particulières pour m'en rendre bon compte, mêmes depuis mon départ d'Angleterre [1]). —

Der Kurfürst an Besser. D. Potsdam 8./[18.] Juni 1685.

[Bestreitung der Behauptung, daß er das Unternehmen Argile's unterstützt habe.]

18. Juni Er erwartet, daß B. inzwischen schon das Abberufungsschreiben und die zu seiner Abreise nötigen Mittel empfangen haben und sich nun bald wieder zurückbegeben wird.

Im übrigen haben wir mit der höchsten surprise vernommen, daß, ob wir zwar bishero nichts höher verlanget, als I. Königl. Mt. von unserer vor dieselbe habenden treugemeinten aufrichtigen Intention wie auch von unserer sonderbaren Begierde, mit derselben in nähere Verständnus zu treten, alle ersinnliche Preuven zu geben, gleichwohl uns affingiret und ungegründeter boshafterweise sowohl aldort als auch an anderen Orten vorgegeben werden wollen, als wenn wir dem Comte d'Argile und seinem Anhang zu der schottländischen Revolte [2]) Geld und anderen Vorschub gegeben haben sollten. Nun können wir zwar nicht glauben, daß jemand von gesunder Vernunft dergleichen von uns glauben oder mutmaßen könne, wie wir dann auch dafür halten, daß bei Empfang dieses ein so unbegründetes und fast lächerliches Spargement von selbsten schon verschwunden und vergessen sein wird, allenfalls aber habt Ihr es als eine ertichtete und unverschambte Calumnie zu widersprechen. —

J. Besser an den Kurfürsten. D. London 26. Juni 1685.

[Auf das Reskript vom 8. Juni. Der Verdacht gegen Kf. hat sich schon als ungegründet herausgestellt.]

26. Juni Er wird sich, sobald er sein Abberufungsschreiben und die ihm von Kf. zu seiner Abreise bewilligten Mittel empfangen haben wird, auf den Weg machen.

Das Spargement, so man bisher von Ew. Chf. D., als ob dieselbe einigen Vorschub denen Rebellen dieses Reichs getan, unverschämter Weise ausgesprenget, hat sich zwar etliehemal renouvelliren wollen, jedennoch niemals nur scheinbar Grundes genug gehabt, dessen vernünftige Leute zu über-

[1]) Besser berichtet am 22. Mai, daß Spanheim am 21. abgereist sei, daß er selbst aber noch nicht vom Hofe sein Rekreditiv und auch nicht vom Kf. das ihm bewilligte Geld erhalten habe, daher noch dort bleiben müsse und so lange fortfahren werde, Bericht zu erstatten.

[2]) S. Ranke V, S. 314 ff., Klopp III, S. 57 ff.

reden, dergestalt daß es, als eine allzu grobe und handgreifliche Calomnie, sonder daß man sie sehr refutiren dürfen, von sich selbsten wieder verschwunden, werde aber Ew. Chf. D. mir zu dessen Widersprechung gnädigst erteiltem Befehle im bedürfenden Falle gebührend nachzukommen wissen, da ich unterdessen in Untertänigkeit berichten kann, daß dieser Verdacht nunmehr ganz auf die Stadt Amsterdam gefallen. —

J. Besser an den Kurfürsten. D. London 14. Juli 1685.

[Der mit Monmouth gefangene brandenburgische Hauptmann Buys.]

Der Brandenburger, dessen der König neulich erwähnt[1]), ist ein Kapitän 14. Juli
von des Kf. Zietenschen Regiment zu Minden, namens Anton Buys, wie Kf. aus beigehender Kopie seines an ihn gerichteten Briefes[2]) ersehen wird. Auf Lord Middeltons Wunsch hat er den Brief übersetzt. Der König hat ihn gefragt, ob er ihn kenne, und hat hinzugefügt, nach Aussage der Gefangenen müßte noch ein anderer brandenburgischer Kapitän, ein Schotte von Geburt, da sein, dem Kf. auch Permission zu reisen gegeben hätte. Er hat nichts zu Justifikation der Leute, sondern nur insgemein geantwortet, er zweifle, daß sie noch in des Kf. Diensten wären, jedenfalls wüßte er, daß, wenn sie es wären und das Glück zu entrinnen gehabt hätten, sie dennoch nach solcher begangenen Perfidie niemals hätten zu Kf. wiederkommen dürfen, worin ihm der holländische Gesandte Ducvelt sekundierte, indem er vorgab, schon vorlängst von Berlin Zeitung erhalten zu haben, daß Kf., sobald er vernommen, daß diese Kapitäns zu den Rebellen nach England gegangen, sie durch ein Kriegsrecht habe jugieren lassen. Der König, wie er gerecht ist, hat darüber nur die Reflexion gemacht, daß Greys Aufenthalt in Cleve den Leuten zum Fallstrick gediehen sei. Monmouth und auch Grey haben Buys das Zeugnis gegeben, daß er, nur um England zu sehen, mit ihnen gereist sei. Doch ist auf Pardon für ihn wenig zu hoffen, da der König ausdrücklich beteuert, daß er besonders

[1]) B. hatte am 10. Juli berichtet, als er dem König zu seinem Siege und der Gefangennahme Monmouths gratuliert, habe dieser lächelnd gesagt, daß mit Monmouth ein angeblicher Brandenburger gefangen worden sei. Darauf habe er nur erwidert, in den weiten Landen des Kf. könnte wohl ein Bösewicht sein, der in dem Falle ebensowenig als ein Brandenburger wie Monmouth als ein Duc und seine Komplizen als wahrhafte Engländer zu schätzen seien.

[2]) In diesem Schreiben (d. Raingwood 9. Juli 1685) gibt Buys an, er sei aus dem Clevischen gebürtig, sei Hauptmann in dem Zietenschen Regiment zu Fuß in Minden, habe von Kf. einen achtmonatlichen Urlaub zu einer Reise nach England und Frankreich erhalten, habe in Amsterdam Lord Grey, den er in Cleve kennen gelernt, getroffen, dieser habe ihn überredet, ihr Schiff zu benutzen, um nach England zu kommen, er habe sich so als Volontär bei Monmouth aufgehalten und sei mit ihnen gefangen genommen worden. Er bittet B., dem König seinen Zustand vorzustellen, er hoffe, derselbe werde ihm verzeihen.

von den Fremden keinen pardonnieren wolle, sollte man aber merken, daß er im geringsten balanciere, so dürften wohl viele aus Mitleid für ihn interzedieren. Buys hat ihn dringend bitten lassen, zu ihm zu kommen, da er ihm etwas Importantes zu sagen habe, was er ihm, wenn der König es erlaubt, nicht wird abschlagen können [1]).

Der Kurfürst an Besser. D. Potsdam 25. Juli/[4. August] 1685.

[Auf die Relation vom 14. Juli. Befehl, dem König ein Gratulationsschreiben zu übergeben, über die gefangenen brandenburgischen Hauptleute Auskunft zu erteilen.]

4. Aug. Er soll dem König beifolgendes Gratulationsschreiben [2]) übergeben und dasselbe mit behörigen Kontestationen begleiten, dabei auch erwähnen, daß die zwei Kapitäns, die mit dem Herzog von Monmouth gefangen worden, ganz ohne sein Wissen sich zu demselben verfügt hätten, und zwar der eine, ohne um Dimission gebeten zu haben, der andere unter dem Prätext, in Ungarn dem Kaiser dienen zu wollen. Er hätte es mit der höchsten Indignation und Ungnade aufgenommen, als er gewahr geworden, daß sie sich zu den englischen Rebellen geschlagen hätten, und würde, wenn sie nicht in des Königs Hände gefallen wären, nicht ermangelt haben, sie deshalb zu gebührender scharfer Strafe zu ziehen.

Weil das ihm vorhin zugesandte Revokationsschreiben nicht in seine Hände gekommen ist, so empfängt er hierbei ein anderes.

J. Besser an den Kurfürsten. D. London 14. August 1685.

[Auf das Reskript vom 25. Juli. Seine Abschiedsaudienz.]

14. Aug. Er ist Dienstag nach Windsor gereist, hat dort sofort bei dem König Audienz erlangt, demselben das Schreiben des Kf. übergeben und ein Kompliment hinzugefügt. Der König erwiderte, er sei von des Kf. Sinzerität und Freundschaft zu ihm genug persuadiert, er schätze sich glücklich, durch Beruhigung seiner Reiche imstande zu sein, seinen Freunden, besonders dem Kf., gute Dienste zu tun; under wollte mit ihm und anderen Zugewandten allemal für die Ruhe Europas wachen.

---

[1]) B. berichtet am 4. August, der klevische Sekretär Adolphi sei als Bevollmächtigter der Familie Buys hier und bemühe sich sehr für ihn. Der König habe beschlossen, Buys als Zeugen in Schottland gegen einen gewissen Fletcher, der sich auch an der Rebellion Monmouths beteiligt, sich aber nachher von ihm getrennt habe, zu gebrauchen, man hoffe daher, daß der König ihm und auch seinen zwei Knechten, die man auch gefangen hat, Pardon gewähren werde. Bonnet meldet 20./30. Oktober 1685, der gefangene deutsche Kapitän befinde sich noch im Edinburger Schlosse in Haft. Der Beichtvater des Königs, der ihn zu retten unternommen habe, versichere, daß er außer Gefahr sei und in kurzer Zeit aus der Haft werde entlassen werden.

[2]) d. Potsdam 25. Juli/4. August 1685.

Er hat auch der beiden Kapitäne Erwähnung getan, worauf der König versicherte, er hätte es sich niemals anders eingebildet, als daß diese Offiziere ohne des Kf. Wissen sich zu den Rebellen geschlagen hätten. Er hat endlich dem König den Revokationsbrief übergeben und sich von demselben verabschiedet, worauf ihn dieser in der gnädigsten Weise entlassen hat [1]).

[1]) Das Rekreditiv König Jakobs für Besser ist Windsor 9. August 1685 ausgestellt. Einen ausführlichen Bericht über die Zustände in England sendet B. an Kf. aus Paris 11./21. September 1685.

V.

Reichstag.

(1684—1688.)

Einleitung.

In dem Waffenstillstandsvertrage zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich vom 15. August 1684[1]) war bestimmt worden, daß sofort nach der innerhalb eines Monats vorzunehmenden Ratifikation desselben von beiden Teilen Kommissare zur Feststellung der Grenzen ernannt werden und daß diese sich auch bemühen sollten, die etwa noch nicht ausgeführten Bestimmungen desselben zur Ausführung zu bringen. Ferner sollten sogleich Verhandlungen wegen eines definitiven Friedens begonnen und über Zeit und Ort derselben Vereinbarungen getroffen, es sollte eine gegenseitige Garantie der Ausführung und Beobachtung des Waffenstillstands geleistet und auch andere christliche Mächte zu derselben zugelassen werden und es sollte endlich beiden Teilen freistehen, innerhalb drei Monaten nach der Ratifikation weitere in den Waffenstillstand einzuschließende Mächte zu nennen. Dementsprechend wurden auf Grund eines kaiserlichen Kommissionsdekrets vom 19. August von dem kurmainzischen Direktorium Anfang Oktober zunächst drei Punkte: die Bestellung von Kommissaren zur Grenzscheidung, die Benennung des Ortes und die Festsetzung der Zeit für die Friedensverhandlungen, in der Reichsversammlung zur Beratung gestellt, worauf wenige Tage später auch Kommissionsdekrete wegen Zustandebringung der schon so lange zur Beratung stehenden Reichskriegsverfassung, wegen der Garantie des Waffenstillstandes, wegen der in denselben einzuschließenden Mächte, darauf auch wegen Verwendung bei dem König von Frankreich um Wiedereinsetzung des Herzogs von Lothringen in sein Land und wegen der von dem Kaiser verlangten Reichshülfe gegen die Türken mitgeteilt wurden. Von diesen Gegenständen sind nur sehr wenige in der nächstfolgenden Zeit von der Reichsversammlung erledigt worden, nämlich die Bestellung der Kommissare zur Grenzscheidung und die Benennung der in den Waffenstillstand einzuschließenden Mächte. Darauf ist erst nach wiederholter Mahnung durch den Kaiser Anfang Juni 1685 ein Reichsschluß wegen der Türkenhülfe gefaßt worden, die übrigen Gegenstände sind überhaupt

[1]) S. Londorp XII, S. 129 ff., Pachner v. Eggenstorff, Vollständige Sammlung aller Reichsschlüsse II, S. 519 ff., Pufendorf l. XVIII, § 134, (S. 1510 ff.).

nicht zur Beratung gebracht, oder es ist wenigstens nicht zu einer Beschlußfassung über sie gekommen. Die Ursachen davon waren einmal die fast beständigen Zerimonialstreitigkeiten teils zwischen der Kaiserlichen Kommission und dem Kurfürstenkollegium, teils zwischen letzterem und dem Fürstenkollegium, durch welche zeitweise monatelang alle Verhandlungen gehindert wurden, andererseits der Umstand, daß über dieselben starke und zwar wechselnde Meinungsverschiedenheit unter den Reichsständen hervortrat. So ist die wirkliche Vornahme der Grenzscheidung und die Vorbereitung der Friedensverhandlungen zuerst durch die österreichische Partei, welche eine baldige Erneuerung des Krieges gegen Frankreich erstrebte, später aber, nachdem die Klagen über die zahlreichen von französischer Seite gegen die Bestimmungen des Waffenstillstands verübten Kontraventionen auf dem Reichstage zur Sprache gebracht worden waren, von der friedliebenden Partei, welche fürchtete, daß dabei auch diese Kontraventionen berührt und daß es darüber zum Bruche kommen werde, verhindert worden, während der Vornahme der Reichskriegsverfassung zusammen mit der Generalgarantie des Waffenstillstandes der französische Gesandte und dessen Gefolgschaft entgegengewirkt haben. Die Haltung des brandenburgischen Kurfürsten in diesen Fragen ist natürlich hauptsächlich durch sein wechselndes Verhältnis zu Frankreich bestimmt worden. Anfangs, als er noch an der engen Verbindung mit dieser Macht festhielt, hat er verlangt, daß zuerst die in dem Waffenstillstand vorgeschriebenen Punkte und erst nachher die Reichskriegsverfassung vorgenommen werde, später, nachdem er sich zur Abwendung von Frankreich und zur Annäherung an dessen Gegner, Holland und den Kaiser, entschlossen hatte, hat er für gleichzeitige Beratung beider Gegenstände stimmen lassen, bald darauf seiner Gesandtschaft befohlen, dahin zu wirken, daß diese Reichskriegsverfassung endlich zur Richtigkeit gebracht werde, aber doch so, daß es nicht scheine, als ob er zum Kriege treiben wolle. Über die französischen Kontraventionen gegen den Waffenstillstand, die weitere Einziehung zum Reiche gehöriger Gebiete, die Neuerungen und Gewalttätigkeiten in den reunierten Landen, die Festungsbauten am Oberrhein und an der Mosel, hat er auch auf dem Reichstage offen und heftig seine Mißbilligung aussprechen lassen, ebenso über die zu Anfang des pfälzischen Erbfolgestreites von französischer Seite erhobenen Ansprüche auf pfälzische Gebietsteile, aber er hat es doch immer dahin zu bringen gesucht, daß bis zum Eintreten günstigerer Konjunkturen, vor allem bis zur Beendigung des Türkenkrieges, ein offener Bruch mit Frankreich vermieden werde.

Von den mannigfachen sonstigen Gegenständen, welche während dieser letzten Periode seiner Regierung den Reichstag beschäftigten, sind es drei gewesen, für die er sich besonders interessiert und an deren Behandlung

er sich nachdrücklich beteiligt hat, die Zeremonialstreitigkeiten, die Maßregeln zugunsten seiner evangelischen Glaubensgenossen und seine eigenen Satisfaktionsansprüche an das Reich. Den ersten Punkt anbetreffend zeigt er, wenn es sich um die Aufrechthaltung der herkömmlichen Ordnung, besonders die Wahrnehmung der Vorrechte der Kurfürsten, handelt, auch jetzt denselben Eifer und dieselbe Hartnäckigkeit wie früher, und zwar tritt er hierin dem Kaiser, auch nachdem er sich diesem wieder genähert und dann sich mit ihm heimlich verbündet hat, auf das schroffste entgegen. Hauptgegenstand der Konflikte sind die Neuerungen, welche kaiserlicherseits in der Besetzung der kaiserlichen Kommission auf dem Reichstage und dem Verhalten dieser dem Reichsdirektorium und dem Kurfürstenkolleg gegenüber vorgenommen werden. Schon 1683 war ein solcher Streit ausgebrochen, als während der Abwesenheit des Prinzipalkommissars, des Bischofs Marquard von Eichstädt, der Kaiser den Grafen Windischgrätz nicht formell als Interims-Prinzipalkommissar, sondern nur, wie es in seinem Kreditiv hieß, zur Verstärkung der Kommission nach Regensburg schickte, dieser aber, unterstützt von dem österreichischen Direktorium des Fürstenkollegs, die gleichen Ehren wie der Prinzipalkommissar beanspruchte. Diese hatte ihm das Kurfürstenkolleg nicht einräumen wollen und daher den Verkehr mit ihm gemieden. Dieser Streitpunkt war durch die Rückkehr des Bischofs nach Regensburg beseitigt worden, wurde aber wieder rege, als nach dem Tode dieses Fürsten (18. Januar 1685) wieder Graf Windischgrätz vorläufig dessen Stellvertretung übernahm und dieselben Ansprüche erneuerte. Mit dem neuen vom Kaiser ernannten Prinzipalkomissar, dem Bischof Sebastian von Passau, der Ende Mai 1685 diese Stellung antrat, ist es dann sofort zu heftigen Streitigkeiten gekommen infolge des Verlangens der kurfürstlichen Gesandten, ebenso wie früher vor den fürstlichen durch besondere Ehrungen bevorzugt zu werden, deren Verweigerung zur Folge hatte, daß längere Zeit gar kein Verkehr der Kurfürstlichen mit dem Bischof stattfand. Dieser Streit wurde dann noch dadurch verschärft, daß der Kaiser im November 1685 ein Schreiben an die kurfürstlichen Gesandten erließ, in dem er diese wegen der durch ihr Verhalten verursachten Hemmung der Tätigkeit des Reichstages heftig tadelte. Das wollten sich diese nicht gefallen lassen, und nun war wieder der brandenburgische Kurfürst derjenige, der auf das entschiedenste für sie dem Kaiser gegenüber eintrat und auch die anderen Kurfürsten zu gemeinsamen Schritten zu bewegen suchte. Veranlassung zu neuem Streit wurde dann dadurch gegeben, daß Bischof Sebastian, als er zu Anfang des Jahres 1687 nach Passau verreiste, die Anzeige davon allen drei Reichskollegien in gleicher Weise zugehen ließ und in dem diese Angelegenheit betreffenden Kommissionsdekret dem Grafen Windischgrätz das ihm von den Kurfürsten schon

früher bestrittene Prädikat Exzellenz gegeben wurde. Das kurmainzische Direktorium weigerte sich infolgedessen, dieses Dekret zur Diktatur zu bringen, und das führte dazu, daß das damit unzufriedene Fürstenkolleg mehrere Monate überhaupt keine Sitzungen abhielt und das kurmainzische Direktorium mit Zustimmung des Kurfürstenkollegs sich weigerte, Windischgrätz die zuletzt gefaßten Reichsschlüsse einzuhändigen. Erst Ende August kam es zu einer Verständigung darüber zwischen beiden Kollegien und darauf zur Wiederaufnahme der Reichstagsgeschäfte. Bald aber drohte ein neuer Streit auszubrechen, als nämlich im November verlautete, daß der Kaiser an Stelle des Bischofs von Passau, der nicht wieder nach Regensburg zurückgekehrt war und um Enthebung von dem Posten als Prinzipalkommissar gebeten hatte, den in seinen Diensten als Geheimer Rat, Hofkriegsratspräsident und Feldmarschall stehenden Markgrafen Hermann von Baden zum Nachfolger desselben zu ernennen beabsichtige. Bisher nämlich waren von dem Kaiser immer regierende Fürsten mit diesem Amte betraut worden, Markgraf Hermann aber war nur ein jüngerer Sohn seines Hauses (die Regierung in Baden-Baden führte seit 1677 der Sohn seines älteren Bruders, Ludwig Wilhelm), und es wurden nun Zweifel erhoben, ob der Kaiser das Recht hätte, ihn zum Prinzipalkommissar zu ernennen. In dieser Frage hat der brandenburgische Kurfürst keine besonderen Schwierigkeiten bereitet, er beauftragte allerdings seine Gesandten in Regensburg, nachzuforschen, ob sich Beispiele davon fänden, daß Cadets von fürstlichen Häusern früher dieses Amt verwaltet hätten, im übrigen aber erklärte er, sich darin den anderen Kurfürsten konformieren zu wollen, und er hat dann gerade diese Gelegenheit ergriffen, um eine Beilegung dieser Zerimonialstreitigkeiten durch Verhandlungen mit dem Kaiser vermittelst bestimmter Festsetzung der den Kurfürstlichen vor den Fürstlichen zu gewährenden Vorrechte zu erreichen. Auch der Kurfürst von Bayern hat sich dieser Sache eifrig angenommen, und den Bemühungen des damals in Wien befindlichen bayrischen Geheimen Rates Leydel ist es gelungen, den Kaiser zu Zugeständnissen zu bewegen, welche auch den brandenburgischen Kurfürsten befriedigten und eine baldige glückliche Lösung dieser Frage in Aussicht stellten. Es ist bezeichnend für das lebhafte Interesse, welches der Kurfürst an diesen Zerimonialfragen nahm, daß er noch in seinen letzten Lebenstagen auf diese bezügliche Reskripte erlassen hat.

Was religiöse Angelegenheiten anbetrifft, die in dieser Periode an den Reichstag gebracht wurden und das Corpus Evangelicorum in Tätigkeit versetzt haben, so handelte es sich zunächst um die Bedrückungen, welche die noch übrigen protestantischen Gemeinden im Salzburgischen, in Tirol und in Schlesien zu erdulden hatten. An den Bemühungen zugunsten der-

selben hat sich auch der brandenburgische Kurfürst beteiligt. Auf das heftigste erregt zeigt er sich durch die Gewalttätigkeiten, welche französischerseits unter handgreiflicher Verletzung der Bestimmungen des Waffenstillstandes in den reunierten Gebieten verübt wurden, die Zerstörung der evangelischen Kirchen im Saarwerdenschen und Saarbrückenschen, die Besitznahme der Chöre in evangelischen Kirchen durch die Katholiken oder die zwangsweise Einführung des Koexerzitiums in denselben sowie die Verfolgungen gegen evangelische Geistliche und andere Personen, er verlangt nachdrückliches Vorgehen dagegen seitens des Corpus Evangelicorum, und bei den deswegen innerhalb desselben stattfindenden Beratungen spielt sein Gesandter die führende Rolle. Ebenfalls in das kirchliche Gebiet fällt das Vorgehen des kaiserlichen Reichshofrats gegen das Reichskammergericht aus Veranlassung einer angeblich bei diesem vorgekommenen Bestechungsaffäre. Nicht nur daß der Kaiser mit der deswegen zu führenden Untersuchung nur die beiden katholischen Kurfürsten von Mainz und Trier beauftragt hat, wird von ihm gerügt, sondern daß der Reichshofrat überhaupt sich eine Aufsicht über das Kammergericht anmaßt. Er verlangt eine gründliche Revision des letzteren, aber durch eine paritätisch zusammengesetzte Kommission, und sucht zu erreichen, daß auch die katholischen Reichsstände sich an der deswegen von dem Corpus Evangelicorum bei dem Kaiser zu erhebenden Beschwerde beteiligen. Auch den Streitpunkt mit dem neuen katholischen Kurfürsten Philipp Wilhelm von der Pfalz, ob derselbe berechtigt sei, dort trotz der Bestimmungen des Westfälischen Friedens und des Vertrages von Schwäbisch-Hall den Katholiken freie Religionsübung zu gewähren, hat er [1]) vor den Reichstag zu bringen beabsichtigt, er ist daran aber durch seinen Tod verhindert worden.

Entschädigung für die in dem letzten Kriege gegen Frankreich und Schweden gebrachten Opfer und den erlittenen Schaden hatte [2]) der Kurfürst gleich nach den Friedensschlüssen von Nimwegen und St. Germain von dem Reiche gefordert, und zwar hatte er, ebenso wie der Kaiser damals als Ersatz für die Abtretung von Freiburg, Offenburg und Überlingen oder zwei andere Reichsstädte beansprucht hatte, als Mittel zu seiner Schadloshaltung die Reichsstädte Mühlhausen i. Thür. und Dortmund vorgeschlagen. Als diese Städte aber dagegen lebhaften Einspruch erhoben und sich auch sonst bei den Reichsständen wenig Geneigtheit zeigte, ihn auf solche Weise zu befriedigen, hatte er [3]) zu Anfang des Jahres 1681 als ein Mittel, durch welches kein anderer Reichsstand geschädigt würde, beantragt, ihm die Aufhebung der Domkapitel in den ihm durch den Westfälischen Frieden zugesprochenen

[1]) S. Hirsch, Der Große Kurfürst und der pfälzische Erbfolgestreit S. 94.
[2]) S. Urk. u. Akt. XIX, S. 704 f.
[3]) S. Urk. u. Akt. XIX, S. 728 f., 734.

ehemaligen geistlichen Fürstentümern Magdeburg, Halberstadt und Minden sowie die Abhaltung einer der Leipziger ähnlichen Messe in Magdeburg zu bewilligen, aber auch dagegen war besonders von seiten der geistlichen Fürsten Widerspruch erhoben und dieser Vorschlag auf dem Reichstage gar nicht zur ordnungsmäßigen Verhandlung gebracht worden. Jetzt, nach dem Abschluß des zwanzigjährigen Waffenstillstandes, trat er aufs neue mit dieser Satisfaktionsforderung hervor, und zwar in sehr nachdrücklicher Weise, er ließ durch seine Gesandtschaft verlangen, daß sie sofort und zwar an erster Stelle zur Beratung gebracht werde, drohte, wenn dieses nicht geschehen sollte, sich eigenmächtig Satisfaktion zu verschaffen, erklärte aber, daß er keineswegs auf der Annahme des von ihm früher gemachten Vorschlages wegen der Aufhebung der Domkapitel bestehen, sondern auch andere zulängliche Mittel, die in Vorschlag gebracht werden sollten, sich gefallen lassen wolle. Allerdings hat dann das kurmainzische Direktorium Ende Dezember 1684 diesen Gegenstand zur Ansage gebracht, und der Kurfürst hat, als er zu Anfang des nächsten Jahres seinen Gesandten beim Reichsstage Gottfried v. Jena zu den fränkischen Fürsten und den rheinischen Kurfürsten schickte, denselben auch diese Angelegenheit vorstellen und sie um Beförderung derselben ersuchen lassen. Doch erfolgten darauf nur sehr unbestimmte Versprechungen, das kurmainzische Direktorium wußte die Sache immer weiter hinzuziehen und mit anderen Angelegenheiten in Verbindung zu bringen, und auch die sehr energischen Mahnungen, die der Kurfürst im November 1686 an dasselbe richtete, hatten keinen Erfolg. Doch ließ er sich dadurch nicht beirren. Nachdem er zu Ende des nächsten Jahres durch Schreiben an einzelne Fürsten diesen die Berechtigung seiner Forderung dargelegt und sie zur Unterstützung derselben aufgefordert hatte, erteilte er dem neuen Gesandten, dem Geheimen Rat v. Schmettau, den er damals nach Regensburg schickte, ganz besonders die Aufgabe, diese Angelegenheit zu betreiben, er stellte jetzt aber viel höhere Forderungen. In dem Memorial, welches v. Schmettau Anfang Dezember dem kurmainzischen Direktorium übergab und welches von diesem auch zur Diktatur gebracht wurde, wurden die drei Reichsstädte Dortmund, Mühlhausen und Nordhausen, ferner die Expektanz auf Ostfriesland, das Fürstentum, das für den Kurfürsten damals so große Bedeutung gewonnen hatte, mit dessen Ständen er in die engste Verbindung getreten war, in dem er sich schon militärisch festgesetzt und wohin er den Sitz seiner afrikanischen Kompagnie verlegt hatte, im Falle das dortige Fürstenhaus aussterben sollte (diese Forderung hatte er[1]) vorher auch an den Kaiser gestellt, war von diesem aber unter Hinweis darauf, daß er darüber nicht eigenmächtig verfügen dürfte,

[1]) S. Hirsch, Der Große Kurfürst und Ostfriesland S. 173.

abgewiesen worden), und eine Million Reichstaler beansprucht. Er ließ erklären, wenn diese Sache wieder verschleppt oder Schwierigkeiten deswegen gemacht werden sollten, so werde er sich selbst durch Einziehung der Güter der Domkapitel und sonstigen Präbenden und auf andere Weise Satisfaktion zu verschaffen suchen. Aber diese weitgehenden Forderungen erregten erst recht Widerspruch, die drei bedrohten Reichsstädte kamen mit umfangreichen Deduktionen dagegen ein, die Fürstin Christine Charlotte von Ostfriesland ließ eine Denkschrift übergeben, in der sie in der heftigsten Weise gegen die Forderung der Expektanz eiferte, den Kurfürsten geradezu beschuldigte, ihren Sohn, für den sie die Regierung führte, seines Erbes berauben zu wollen, auch in den Antworten anderer Fürsten auf die Schreiben des Kurfürsten wurden dessen Forderungen scharf abgelehnt, auch in gedruckten Schriften wurden dieselben als ganz unberechtigt zurückgewiesen. Er hat dann allerdings eine Gegenschrift veröffentlichen und auch auf zustimmende Antworten, die er erhalten hatte, hinweisen lassen, aber ohne Erfolg; auch diese Angelegenheit ist bei seinem Tode unerledigt geblieben.

Bevollmächtigte des Kurfürsten auf dem Reichstage waren auch den größten Teil dieser Periode hindurch Gottfried v. Jena, der schon seit 1663 diesen Posten bekleidete und dort eine sehr angesehene und einflußreiche Stellung einnahm, und der ihm seit 1681 beigegebene neumärkische Regierungsrat Schönbeck. Jena, der, nachdem der Abschluß des Waffenstillstandes hauptsächlich durch seine Bemühungen zustande gekommen war, um Urlaub gebeten und zugleich den Wunsch geäußert hatte, von dieser Stellung enthoben zu werden und das ihm schon 1680 übertragene Kanzleramt im Herzogtum Magdeburg antreten zu dürfen, war dieses letztere unter besonderer Anerkennung seiner Verdienste und Hinweis darauf, daß der Kurfürst ihn vorläufig dort nicht entbehren könnte, abgeschlagen worden. So hat er, nachdem er Mitte Januar 1685 von dem ihm bewilligten Urlaub nach Regensburg zurückgekehrt war, die dortigen Geschäfte wieder übernommen und der Kurfürst hat ihm auch in der folgenden Zeit seine Zufriedenheit mit seiner Amtsführung und sein besonderes Vertrauen bezeugt. Mitte März 1685 forderte er ihn auf, mit den besonderen Berichten [1]) über die Reichsdeliberationen und die sonstigen Vorgänge in jenen Gegenden, die Jena ihm neben den offiziellen mit Schönbeck zusammen erstatteten Relationen zu schicken pflegte, fortzufahren, bald darauf beauftragte er ihn mit einer Rundreise zu den Markgrafen von Ansbach und von Baireuth und zu den Bischöfen von Bamberg und von Würzburg, um bei diesen nach dem Verbleib der früher auf der Plassenburg aufbewahrten Archivalien zu forschen und diese Fürsten zur Unterstützung seiner Satisfaktionsforderung an das Reich aufzufordern, und er ließ ihn diese Reise auch zu den

[1]) S. Urk. u. Akt. XIX. S. 696.

Kurfürsten von Pfalz, Mainz und Trier fortsetzen, um auch diesen die letztere Angelegenheit zu empfehlen und sie für die damals von ihm beabsichtigte Abhaltung eines Kurfürstentages zu gewinnen, und Jena, der Anfang Juni von dieser Reise nach Regensburg zurückkehrte, sprach die Hoffnung aus, daß sie nicht ohne günstige Folgen bleiben werde. Eben damals begann der Umschwung in der Politik des Kurfürsten, seine Abkehr von Frankreich und seine Wiederannäherung an dessen Gegner, Holland und den Kaiser, es scheint aber nicht, daß er Jena ähnlich wie Spanheim [1]) davon in Kenntnis gesetzt hat, und ersterer, der bisher mit Passion die franzosenfreundliche Politik seines Herrn vertreten, mit dem französischen Gesandten auf dem Reichstage Verjus im engsten Einvernehmen gehandelt, von Ludwig XIV. zwar nicht [2]) eine Pension, aber wiederholt zum Teil bedeutende Geschenke empfangen hatte, hat auch weiter an diesem Verhalten, soweit nicht bestimmte Befehle seines Herren dem entgegenstanden, festgehalten, er hat den vertrauten Verkehr mit Verjus fortgesetzt, scheint [3]) sogar sich mit der Hoffnung geschmeichelt zu haben, den Kurfürsten wieder auf die Seite Frankreichs hinüberziehen zu können. Der Kurfürst scheint dieses nicht ungern gesehen zu haben, da er ja seinen Übertritt auf die Seite der Gegner Frankreichs noch zu verdecken, äußerlich das gute Einvernehmen mit dieser Macht noch aufrechtzuhalten suchte; er scheint Jena nie in seine wahren Absichten eingeweiht zu haben, hat ihm auch nicht von dem geheimen Bündnis mit dem Kaiser, sondern nur [4]) von dem mit demselben abgeschlossenen Scheinvertrage Kenntnis gegeben. Trotzdem muß Jena gemerkt haben, wie die Sache stand, und es war allerdings, wie Verjus es bezeichnet, eine Verwegenheit von ihm, wenn er trotzdem seine Hinneigung zu Frankreich auch weiter offen zur Schau trug. Er ist daher von kaiserlicher und kurpfälzischer Seite heftig angefeindet, von dorther ist seine Abberufung von Regensburg gefordert worden, und diese würde auch, wenn sie bei passender Gelegenheit und in gnädiger Form erfolgt wäre, durchaus gerechtfertigt gewesen sein. Die Art und Weise aber, wie sie plötzlich zu Anfang des Jahres 1687 erfolgte, ist, wie die Auseinandersetzungen von Fester [5]), Prutz [6]) und Pagès [7])

[1]) S. oben S. 258 f.

[2]) S. Pagès, Le Grand Electeur et Louis XIV, S. 591 f.

[3]) S. Prutz, Gottfried von Jena als brandenburgischer Reichstagsgesandter 1679 bis 1687 (Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte XVIII, S. 86).

[4]) S. unten den Bericht Jena's und Schönbecks vom 2./12. Juli 1686.

[5]) S. Fester, Die Abberufung Gottfrieds von Jena vom Regensburger Reichstage (Forsch. XV, S. 485 ff.).

[6]) S. Prutz, Gottfried von Jena als brandenburgischer Reichstagsgesandter (a. a. O. S. 455 ff.).

[7]) S. Pagès, Le Grand Electeur et Louis XIV, S. 594 f., S. auch Waddington, Le Grand Electeur Frédéric Guillaume de Brandebourg II, S. 579 f.

gezeigt haben, eine übereilte, der Vorwurf, auf den sie begründet wurde, unbegründet gewesen, sie war auch unklug, da dadurch entgegen der eigentlichen Absicht des Kurfürsten der Argwohn Ludwigs XIV. gegen ihn gesteigert und dieser geradezu provoziert wurde. Das Verfahren des Kurfürsten hierbei muß also als ein schwerer politischer Fehler, zu dem er sich in plötzlicher Aufwallung durch die Einflüsterungen des kaiserlichen Gesandten Fridag hat verleiten lassen, bezeichnet werden. Er hat dieses auch sehr bald eingesehen und das Jena zugefügte Unrecht wenigstens dadurch wieder gut zu machen gesucht, daß er diesen, seiner Bitte entsprechend, noch eine Zeitlang in Regensburg hat verbleiben und dann sein Kanzleramt in Halle hat übernehmen lassen. Zu Jena's Nachfolger hatte er anfangs den klevischen Vizekanzler de Beyer ausersehen und diesem befohlen [1]), sich sofort nach Regensburg zu begeben, als dieser aber aus Gesundheitsrücksichten ablehnte, hat er vorläufig von der Ernennung eines neuen Gesandten Abstand genommen, erst nachdem Jena Anfang Juli 1687 Regensburg verlassen hatte, beauftragte er [2]) den Hof- und Legationsrat Ernst v. Metternich, den er schon im Oktober 1685 der Regensburgischen Gesandtschaft als Hülfsarbeiter beigegeben hatte, mit der Zusage, wenn er Schönbeck von dort abberufen sollte, ihn an dessen Stelle treten zu lassen, damit, vorläufig noch, ohne daß ihm der Charakter eines Gesandten erteilt würde, Sitz und Votum im Fürstenkolleg einzunehmen, während Schönbeck dieses im Kurfürstenkolleg tun sollte. Doch legte er [3]) Metternich schon im August den Charakter eines „Abgesandten und Ablegatus" bei, und als es trotzdem zu Zerimonialstreitigkeiten kam, ernannte er ihn [4]) Anfang November zum „bevollmächtigten Gesandten", berief aber zugleich Schönbeck von dort ab und sandte als dessen Nachfolger den früheren kurpfälzischen, 1685 in seine Dienste übergetretenen Geheimen Rat Wolfgang v. Schmettau [5]), der inzwischen der Schwiegersohn seines vertrauten Geheimen Rates Fuchs geworden war und den auch der kaiserliche Gesandte Fridag, der ihn einen „deutschgesinnten Mann" nennt, ihm empfohlen hatte, nach Regensburg. Derselbe traf, nachdem er unterwegs auf Befehl des Kurfürsten die Höfe von Ansbach und Baireuth besucht hatte, dort Ende November ein und hat hinfort zusammen mit Metternich den dortigen Gesandtschaftsposten bekleidet.

[1]) Kf. an de Beyer d. Potsdam 19./29. Februar 1687.
[2]) Kf. an v. Metternich d. Frankfurt a. O. 17./27. Juli 1687.
[3]) Kf. an denselben d. Potsdam 14./24. August 1687.
[4]) Kf. an denselben d. 29. Oktober/8. November 1687.
[5]) S. unten die Instruktion für denselben vom 28. Oktober/7. November 1687.
[6]) S. Fridags Relation vom 25. August 1687 (Urk. u. Akt. XIV, S. 1374).

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Cüstrin 20./30. September 1684.

[Bewilligung eines Urlaubs für Jena, Befehl darauf wieder auf den Posten nach Regensburg zurückzukehren.]

30. Sept. Er erlaubt Jena auf sein Gesuch, sich auf eine Zeitlang von dort zu entfernen und sich entweder nach Halle zu ihm an sein Hoflager oder wohin es ihm sonst belieben wird zu Einrichtung seiner partikulieren Angelegenheiten zu begeben.

Gleichwie wir aber gnädigst wohl erkennen, daß Ihr bei denen bis anhero dort vorgekommenen wichtigen negotiis nicht allein Uns und Unserem Churf. Hause sondern auch dem ganzen publico getreue, gute und nützliche Dienste geleistet, auch bei denen annoch übrigen punctis garantiae, securitatis publicae und der Friedenshandlung selbst Eurer bekannten und in Reichssachen habenden sonderbaren Erfahrenheit nach viel Ersprießliches ferner werdet beitragen können, so ist Uns nicht wohl tunlich Euch ganz und gar von dort wegzunehmen, und werdet Ihr demnach Eure Sachen dergestalt einzurichten wissen, damit Ihr sobald möglich Euch aldorten wiederumb einfinden und sonderlich den Friedenstraktaten, welche Unsers Ermessens nirgends füglicher als aldorten fortgesetzet werden können, mit beiwohnen möget [1]). —

G. von Jena und C. Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regensburg 26. September/6. Oktober 1684.

[Vorschläge in betreff der für die Grenzscheidung und die Friedensverhandlungen zu bestellenden Kommission. Mitteilung mehrerer Kommissionsdekrete.]

6. Okt. Verwichenen Samstag proponierte K. Mainz im Kurf. Kolleg aus dem am 9./19. August diktierten Kaiserl. Kommissionsdekret [2]) drei Punkte: 1. Bestellung der Kommissare zu der Grenzscheidung, 2. Benennung des Orts und 3. der Zeit, wo die Friedenstraktaten vorzunehmen seien. K. Bayern hat vorgeschlagen, den Kaiser zu ersuchen, einen Kommissar zu verordnen, dem vom Reich zwei adjungiert werden könnten. K. Mainz dagegen, den Kaiser zu ersuchen, im Namen des Reichs die Grenzscheidung mit Frankreich vorzunehmen und dem Reich durch die Deputierten Nachricht davon geben zu lassen. Im Fürstenrat ist diese Proposition, weil die meisten auf den ersten Punkt noch nicht instruiert sind, noch verschoben worden. Samstag kamen auch zwei Kommissionsdekrete [3]) wegen Aus-

[1]) Kf. weist die Magdeburger Regierung unter demselben Datum an, Jena, wenn er dort eintreffen werde, als das Haupt und erstes Mitglied der Regierung zu admittieren und während seiner dortigen Anwesenheit alle ihm als Kanzler und Direktor des Regierungskollegiums zukommenden Funktionen durch niemand anders als ihn ausüben zu lassen.

[2]) S. Londorp, Acta publica XII S. 128 f.

[3]) S. ebendaselbst S. 138.

machung der Reichsverfassung und Realgarantie und wegen der Includendorum in den Armistiztraktat zur Diktatur und wurde über die Ratifikation desselben berichtet, ebenso wurde ein von dem französischen Gesandten übergebenes Memorial wegen der Ratifikation diktiert. Am Dienstag folgten zwei Kommissionsdekrete [1]) wegen der Restitution des Herzogs von Lothringen und wegen der für das Frühjahr begehrten Reichshilfe wider den Türken.

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Potstam 7./17. Oktober 1684

[Auf die Relation vom 26. September/6. Oktober. Erklärung über die vorgebrachten Punkte.]

Betreffend die Ernennung der Kommissare zu der Grenzscheidung ist er mit dem K. Mainzischen Votum, daß diese Angelegenheit dem Kaiser überlassen werden solle, einverstanden. Als Ort für die Friedenstraktaten hält er Regensburg für den geeignetsten, und er wünscht, daß dieselben sobald als möglich angetreten werden mögen. 17. Okt.

Wegen der Garantie bleibt er bei seiner früheren Erklärung, da diese Garantie aber, wenn sie real sein soll, eine zureichende Armatur erfordert und es billig ist [2]), daß die nicht armierten Stände denen, welche eine ansehnliche Macht zur Defension des Reiches auf den Beinen haben, mit einem proportionierten Beitrag an Hand gehen, so haben sie sich zu bemühen, daß dieses bei Ausmachung der Garantie und securitas publica in Konsideration komme. Wegen der includendorum ist er indifferent, wünscht aber, daß Dänemark, Polen und die Gen.-Staaten, mit welchen Mächten er im Bündnis steht, nominatim mit inkludiert werden.

Der lothringischen Restitutionssache will er auch ferner sich eifrig annehmen, und er hat wegen Ablassung des von dem Kaiser vorgeschlagenen Schreibens an den König von Frankreich kein Bedenken.

Gegen den Türken wird das Reich und die darin armierten Stände ohne Zweifel gern Hilfe leisten, wenn man sich nur am kaiserlichen Hofe zu billigen Konditionen erklären und wegen der Subsistenz der Truppen bessere Anstalt als bisher machen wird.

---

[1]) S. ebendaselbst S. 136—140, Pachner v. Eggenstorff, Vollständige Sammlung aller von Anfang des noch fürwährenden teutschen Reichstages d. a. 1663 bis anhero abgefaßten Reichsschlüsse II, S. 540 f.

[2]) S. Fester, Die armierten Stände und die Reichskriegsverfassung S. 56.

G. von Jena und C. Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 17./27. Oktober 1684.

[Reichsgutachten wegen Bestellung der Kommissare. Streit zwischen den K. Mainzischen und der Kaiserlichen Kommission wegen des französischen Ratifikationsinstruments. Abreise Jena's.]

27. Okt. Wegen Bestellung der Kommissare zu der Grenzscheidung haben die drei Kollegien sich dahin geeinigt, daß den vom Kaiser verordneten Kommissaren neben K. Mainz noch drei Reichsstände aus den nächstangelegenen Kreisen aus dem fürstlichen, und einer aus dem städtischen Kolleg mit Beobachtung der Religionsparität adjungiert werden sollen, und der K. Mainzische hat schon ein dementsprechendes Gutachten [1]) projektiert.

Daß die K. Mainzischen von dem Grafen Crecy das besondere Ratifikationsinstrument für das Reich abgefordert und den fürstlichen und städtischen Direktorien Anzeige davon gemacht und das Instrument vorgezeigt haben, hat die Kaiserl. Kommission sehr alteriert, und der Konkommissarius hat dem K. Mainzischen Direktor deswegen heftige Vorhaltungen gemacht und von ihm verlangt, daß er diese Ratifikation wieder zurückgeben oder der Kaiserl. Kommission einhändigen oder wenigstens mit ihrer öffentlichen Diktatur und der Kommunikation unter der Hand so lange Einhalt tun möchte, bis der Kaiser auf den Bericht davon geantwortet oder K. Mainz zugeschrieben haben würde. Der K. Mainzische hat darauf die Kommunikation so lange ausgestellt, bis er von seinem Herrn Antwort deswegen erhalten werde.

G. v. Jena gedenkt, wenn sein Gesundheitszustand es erlauben wird, in vier Tagen abzureisen, zuerst nach Halle und dann nach Berlin zu gehen, um dem Kf. aufzuwarten.

C. Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 12./22. Dezember 1684.

[Das Reichsgutachten wegen der in den Waffenstillstand Einzuschließenden. Streit zwischen der Kaiserlichen Kommission und dem französischen Gesandten darüber. Satisfaktionsforderung des Kf.]

22. Dez. Wegen der ineludendorum hat man sich schließlich zu einem Reichsgutachten [2]) verglichen, in dem die Einschließung der vier Kronen England, Dänemark, Schweden und Polen und der drei Republiken Venedig, Holland und Schweiz gefordert und diese Sache nach Inhalt des Reichsgutachtens vom 13. Januar 1683 der Kaiserl. Kommission übertragen wird. Von dem französischen Gesandten hat er erfahren, daß derselbe dem Kaiserl. Konkommissarius erklärt hat, ferner nicht mit ihm allein in Konferenz treten zu können, und verlangt, daß hinfort ebenso wie bei

[1]) S. das Reichsgutachten d. Regensburg 31. Oktober/10. November 1684 (Pachner v. Eggenstorff II, S. 544).

[2]) S. Londorp XII, S. 155 f., Pachner v. Eggenstorff II, S. 551.

den Waffenstillstandsverhandlungen jede Partei sich in einem besonderen Zimmer aufhalten und aequaliter miteinander verhandeln solle. Die Sache hat viel Lärmen verursacht, und man hat verschiedene Expedientia vorgeschlagen, schließlich hat die Kaiserl. Kommission den Hofrat Burchart zu dem Grafen Crecy geschickt und ihm mündlich namens des Kaisers und des Reiches die in dem Reichsgutachten aufgeführten includendos denominiert, zugleich aber auch im Namen des Kaisers allein die italienischen Fürsten und Republiken, besonders Genua, und auch Schleswig. Crecy aber hat es, auch als es ihm schriftlich überbracht worden, weil gegen den Waffenstillstandsvertrag laufend, nicht angenommen. Schließlich hat ihm Burchart im Namen der Kommission zwei verschiedene Aufsätze übergeben, auf die Crecy schriftlich antworten will.

Auf sein vielfältiges Drängen hat der K. Mainzische endlich vorgestern die Satisfaktionsforderung des Kf. [1]) in Ansage gebracht.

PS. Er übersendet die von der Kaiserl. Kommission dem Grafen Crecy extradierten beiden Schriftstücke wegen der includendorum und dessen Antworten. Man hat jetzt kaiserlicherseits von den italienischen Fürsten und Republiken abstrahiert und nur des Herzogs von Holstein wegen Schleswig gedacht, und als Graf Crecy darauf erwidert hat, daß er das wegen des Herzogs von Holstein seinem König übersenden wolle, erklärt, daß, falls dessen Resolution ebenso ausfallen sollte wie die von Crecy in antecessum erteilte Antwort, alles das, was darüber zwischen der Kaiserl. Kommission und Crecy vorgegangen sei, für null und nichtig gehalten werden solle [2]).

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Potsdam 18./[28.] Dezember 1684.

[Mißbilligung des kaiserlichen Verlangens wegen Benennung der in den Waffenstillstand Einzuschließenden.]

Er zweifelt nicht, daß v. Jena wieder dort angelangt sein und das, was ihm 28. Dez. in verschiedenen Punkten besonders aufgetragen ist, beobachten wird [3]).

[1]) In einem Memorial (d. Regensburg 30. Oktober 1684) hatten Jena u. Schönbeck an die schon mehrfach vorgebrachte und vom Reichstag anerkannte Satisfaktionsforderung des Kf. erinnert, verlangt, daß dieselbe jetzt endlich vorgenommen werde, und angekündigt, daß Kf. sonst sich genötigt sehen werde, diese Satisfaktion selbst, so gut er könne, zu suchen (s. Londorp XII, S. 149 f.). Kf. schreibt (d. Potsdam 18./28. Dezember 1684) an die Gesandten, er hoffe, daß seine Satisfaktion jetzt besonders in Konsideration kommen werde; sollte dieses nicht geschehen und sie durch Vermischung mit anderen Materien schwer gemacht werden, so werde ihm nicht verdacht werden können, wenn er sich diese Satisfaktion selbst auf alle zulässige Weise verschaffen werde.

[2]) Sch. meldet 19./29. Dezember, die Kaiserl. Kommission habe Crecy auffordern lassen, ihren Schleswig betreffenden Aufsatz ihr wieder zurückzugeben, und habe darauf ihm seine Antwort zurückgeschickt, so daß also dieses Werk annulliert sei.

[3]) J. zeigt 9./19. Januar 1685 dem Kf. an, daß er wieder nach Regensburg zurückgekehrt sei.

In betreff der includendorum kann er nicht absehen, mit was Fug die Kaiserl. Kommission sich arrogieren will, dieselben allein und ohne Zutun des Reichs zu benennen. Sie haben daher zu erklären, daß die Inklusion auf den Fuß des Westfälischen Friedens eingerichtet, wegen der Garantie oder der Spezialinklusion es aber bei dem, was in dem Waffenstillstand deshalb bereits vorgesehen ist, verbleiben müsse, ohne daß man sich in die nordischen oder anderen Händel einzumischen oder mit neuen Garantien zu beladen habe. Besonders haben sie sich zu bemühen, daß die Inklusion Schwedens, uti pars compaciscens Instrumenti paeis Westfalicae, in die Resolution über diese Inklusion nicht mithineinkomme. Vermutlich wird auch der französische Gesandte nicht gern sehen, daß auf solche Weise die Garantie mit der Inklusion konfundiert werde, und sie sich darin seiner Assistenz bedienen können.

G. v. Jena und C. Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regensburg 23. Januar/2. Februar 1685.

[Klage des K. Trierschen über unberechtigte französische Geldforderung.]

2. Febr. Der K. Triersche hat ihnen sowie dem K. Mainzischen und K. Cölnischen mitgeteilt, daß die französischen Einnehmer in Luxemburg von dem Rat von Trier die Zahlung von 400 Fl. Gold, welche die Stadt ihrem Könige als Schutzgeld jährlich zu zahlen habe, verlangt habe. Da man k.trierscherseits diese prätendierte Protektion dem König von Spanien als Herzog zu Luxemburg nie zugestanden habe, bat er, davon dem Kf. zu berichten und ihm bei dem französischen Bevollmächtigten, Grafen Crecy, zu assistieren [1]).

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Potsdam 26. Januar/[5. Februar] 1685. (Conc. Meinders.)

[Verlangen, daß seine Satisfaktionsforderung besonders vorgetragen werde. Mißbilligung des Widerspruchs der kaiserlichen Kommission gegen die Annahme der französischen für das Reich ausgestellten Ratifikation.]

5. Febr. Es hat ihn nicht wenig befremdet, daß das K. Mainzische Direktorium in seiner Satisfaktionssache noch immer Schwierigkeiten macht und ihrem Ansuchen, dieselbe von den Satisfaktionsforderungen anderer Stände zu sondern, nicht stattgeben will. Es ist dieses ganz unbillig, zumal da diese Forderung schon vom Reich anerkannt worden ist. Sie haben dieses dem Direktorium nochmals zu remonstrieren

[1]) Dazu die Bemerkung: „S. Chf. D. funden der K. frantzöschen Einnehmer Begehren an die Stadt Trier wegen des Protectiongeldes gar übel, sagten, es liefe solches wider die vom König Ihr desfalls gegebene parole. Man sollte mit dem Grafen Rebenac deshalb reden. S. Chf. D. wollten ihm auch bei erster Gelegenheit selbst sagen, daß, wenn der König solchergestalt weiter umb sich greifen wollte, Sie der erste sein wollten, sich darwider zu setzen.“ S. Rébenacs Bericht vom 20. Februar 1685 (Urk. u. Akt. XX, S. 990).

und darauf zu dringen, daß seine Sache insbesondere in Umfrage gebracht werde, und dabei ausdrücklich vorzustellen, daß, wenn dieses nicht geschehen sollte, er dadurch veranlaßt werden würde, auf Erlangung einer zureichenden Satisfaktion selbst bedacht zu sein.

Was die Kaiserl. Kommission wegen der besonderen französischen Ratifikation für das Reich weiter vorgebracht hat, ist den Rechten der Stände höchst präjudizierlich. Da es eine sehr schädliche Konsequenz geben würde, wenn man seitens des Reiches bei der kaiserlichen Kontradiktion akquieszieren würde, so hält er für nötig, daß man sich dagegen mit behörigen Reprotestationen verwahre.

G. v. Jena an den Kurfürsten. D. Regensburg den 13./23. Februar 1685.

[Argwohn des französischen Gesandten. Die demselben von dem holsteinschen Gesandten gemachten Anerbietungen. Wünschenswerte Ruhestiftung in Niedersachsen durch Kf., Dänemark und K. Cöln.]

— Weil die Feststellung des puncti securitatis nicht wenig urgiert, 23. Febr.
auch die Laxenburgische Allianz unterhalten wird, hingegen aber die Commission zur Grenzscheidung mit Franckreich wie auch die Anhebung der Friedenstraktaten selbst und die begehrte Leistung der Garantie des Stillstands in Stocken geraten will — welche Dinge vermöge des Armistitii sofort vorzunehmen seind, als fänget der hiesige Königl. Französische an, daher einige Gelosia zu schöpfen, und suspiciert, man sei intentioniert, so bald als möglich mit dem Türken einen Frieden zu treffen und alsdann gegen Franckreich etwas zu tentieren, wozu ihm teils die vor diesem dictierte Keys. Commissions-Decreta, teils die hin und wieder geführte consilia Anlaß geben. Es bemühet sich einer, ihm solchen Argwohn zu benehmen, und allegiert unter anderm, daß nichts gegen die französische Grenzen sondern alles davon ab nach Ungarn marchiere, er bleibt aber bei seinen Gedanken, der Friede möchte mit dem Türken bald geschlossen und die Waffen wider Franckreich gekehrt werden. Das beste dürfte sein, daß man sowohl denen conclusis als armistitio gemäß obgedachte puncta, nämlich die Grenzscheidung, Garantie und securitatem publicam, zugleich vor die Hand nehme und zum Ende befordere, auch die Friedenstractaten selbst anfange, mit deren Endschaft es sich aber lang verweilen dürfte [1]).

[1]) J. berichtet 27. Februar/9. März 1685, K. Mainz habe ihm vertraulich hinterbringen lassen, daß Frankreich mit der Verzögerung der Grenzscheidung, der Garantie des Waffenstillstandes und des Beginnens der Friedenstraktaten unzufrieden sei, es verlange, daß diese in Regensburg vorgenommen würden, K. Mainz meine, daß man jene drei Punkte befördern und dann die securitas ansmachen solle. Auch er empfiehlt dieses, zumal da die Grenzscheidung für das Reich nützlich sein und man die Friedenstractaten solange

Was vor 8 Tagen in denen gewöhnlichen Zeitungen geschrieben worden, daß nämlich an Seiten Holstein-Gottorf der Kron Franckreich von dem mit Chf. D. zu Brandenburg habenden Bündnis stark ab- und zu Schließung eines mit der Kron Schweden geraten worden, solches hat gnugsamen Grund, und es der Holstein-Gottorfische Minister H. Radulius dem H. Franz. Mons. le Comte de Crecy proponiert, mit der Versicherung, alles zu des Königs in Franckreich Satisfaction in Schweden einzurichten, und daß des H. Herzogen zu Holstein-Gottorf Durchl., wann Sie der König in Franckreich in vorigen Stand setzte, als dann auf ihre eigne Kosten 10000 Mann zu des Königs in Franckreich Interesse auf den Beinen und bereit halten wolle. Mons. le Comte de Crecy hat hergegen remonstriert, daß sein König an seinen Ort keine gemachte Allianz brechen werde, täte es ein oder ander Alliirte, würden sich alsdann schon Freunde finden, hat auch allerhand rationes, auf die Reputation und Glauben gegründet, mit allegiert. Vermutlich seind dem Rachelio solche Handel von denen Schwedischen in den Mund gelegt, außer dem würde er sich nicht unterstanden haben, so hoch zu sprechen und solche Dinge von der Kron Schweden versichert haben, zumaln er nicht mächtig genug, dergleichen hinauszuführen. Mancher möchte mit solchen Propositionen behutsamer umbgehen.

Wann Chf. D. zu Brandenburg mit Zuziehung der Kön. Maj. zu Dennemark des Ruhestands in Niedersachsen und der Sicherheit der Elbcommercien sich annehmen, werden verhoffentlich die der Orten entstandene Differentien oder Tätlichkeiten bald gestillt sein. Chf. D. zu Cöln dürften vermutlich mit umbtreten. Was zwischen diesen dreien Potentaten in nächstabgewichenen Jahre negotiiert worden [1]), ist unvergessen und sie können die motus der Orten schon compescieren. Hamburg muß im bisherigen Stand conserviert sein, und wann sich diese mächtige Stadt an Brand. hält, ist es beiden in einem und andern Fall sehr nützlich.

man wolle hinziehen und dabei Frankreich veranlassen könnte, sich auf eine Diskussion einzulassen. Kf. erklärt sich (d. Potsdam 10./20. März 1685) damit einverstanden und beauftragt J., wenn K. Mainz es gut finde, in beiden Kollegien auf Vornahme jener drei Punkte zu dringen. Sollte von anderer Seite die Ausarbeitung des puncti securitatis vorgebracht werden, so solle er versichern, daß auch Kf. die Wichtigkeit davon einsehe, aber der Meinung sei, daß zuerst das armistitium in Richtigkeit gebracht werden möchte, da die tranquillitas und securitas imperii großenteils darin bestehe, daß alle mit Frankreich noch übrigen Unrichtigkeiten aus dem Grunde gehoben würden. J. erwidert darauf 20./30. März, der K. Mainzische habe sich damit durchaus einverstanden erklärt, sie verkehrten miteinander unvermerkt ganz vertraulich, er habe es auch bei den Fürstlichen schon dahin gebracht, daß sie von selbst die Ausmachung des Waffenstillstandes urgierten, es stoße sich nur daran, daß die geistliche fürstliche Bank keinen weltlichen Katholischen in die Kommission wählen wollte, von ihnen aber jeder Entschuldigungen vorwendete.

[1]) Die Allianz zwischen Kf., Dänemark und K. Cöln von 16./26. Februar 1684 (v. Mörner, S. 453 ff., Urk. u. Akt. XIX, S. 888 f.).

Weiln die Zeitungen unter doppelten Siegel gehen, auch in keine frembde Post kommen, ist unnötig ermessen, eines oder andres in Ziffern zu schreiben. Es wird auch alles, wie bisher, ferner auf eine so gute Weise sicherlich menagieret werden.

Dem Ansehen nach dürften alhie in kurzen Dinge von nicht geringer Wichtigkeit wieder vorkommen. Der Bischof von Passau soll Willens sein, als Keys. Maj. Princ. Commissarius in 3 Wochen sich alhie einzufinden, wird in der bischöflichen Residenz logieren, so dem Bischof von Eichstädt nicht vergonnt werden wollen.

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Potsdam 17./[27.] Februar 1685.

[Seine vergeblichen Verhandlungen wegen der Quartiere mit den braunschweigischen Herzögen. Vergleich darüber mit dem Herzog von Mecklenburg.]

Nachdem er unlängst mit dem Fürstl. Hause Braunschweig-Lüneburg 27. Febr.
in eine nähere Zusammensetzung getreten ist[1]), ist dabei auch die Veranlassung geschehen, sich wegen der Quartiere im niedersächsischen Kreise zu vergleichen und so auch diesen Stein des Anstoßes aus dem Wege zu räumen. Er hat aber vermerkt, daß, obwohl er allerhand billigmäßige Offerten deswegen gemacht hat, diese Sache von braunschweigischer Seite verzögert und dabei solche Schwierigkeiten gemacht werden, daß fast alle Hoffnung, darin zu einem Schluß zu gelangen, erloschen ist. Da es für ihn mehr und mehr schwer, ja fast unmöglich ist, in seiner kostbaren Verfassung auf seine und seiner Untertanen Kosten ferner zu verbleiben, und es sich so gefügt hat, daß der Herzog von Mecklenburg-Güstrow sich gutwillig dahin hat disponieren lassen[2]), sein Leibregiment z. Pf. auf einige Zeit in seinem Land aufzunehmen, so ist dasselbe dorthin abmarschiert und wird dort verpflegt. Weil aber die mecklenburgischen Landstände und auch die Herzöge von Braunschweig deswegen allerhand Mecontentement bezeigen sollen und er nicht weiß, ob nicht auch bei der Reichsversammlung deswegen etwas Widriges angebracht werden möchte, so übersendet er ihnen eine Information, aus der sie alles, was etwa braunschweigischerseits dagegen angeführt werden möchte, widerlegen können. Es ist eine im Reich zulässige, durch das eigene Beispiel der Herzöge komprobierte Sache, die ihm auch von den kaiserlichen Ministern, was sie aber menagieren sollen, an die Hand gegeben worden ist.

---

[1]) S. den Vertrag vom 2. August 1684 (v. Mörner, S. 460).

[2]) S. den Vertrag vom 23. Januar 1685 (ebendas. S. 465).

G. von Jena und C. Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regensburg 20. Februar/2. März 1685.

[Erklärung des französischen Gesandten wegen der Ansprüche an Trier. Beschlüsse wegen der Türkenhilfe. Vorschläge wegen vorläufiger Übermittelung der Reichstagsbeschlüsse.]

2. März Über die Prätension der französischen Einnehmer an die Stadt Trier[1]) haben sie mit dem französischen Gesandten geredet. Derselbe antwortete, daß er die Sache bereits seinem König als seine propre fortune rekommendiert hätte und es gerne sehe, daß er so Gelegenheit erhielte, sie nochmals vorzustellen, er zweifelte nicht, daß, wenn er mit dem König selbst darüber reden könnte, dieser befehlen würde, mit der Sache einzuhalten[2]).

Die kurfürstl. und fürstl. Conclusa wegen der Türkenhilfe[3]) sind gegeneinander extradiert und darauf von beiden Seiten Projekte eines gemeinsamen Schlusses übergeben worden.

Da wegen des neuen Prinzipalkommissarius dem Reich vom Kaiser noch keine Notifikation zugegangen ist, so hat die österreichische Gesandtschaft dem K. Mainzischen vorgeschlagen, daß entweder Reichsschlüsse dem Grafen Windischgrätz ad interim übergeben und Dekrete von ihm angenommen oder solche Reichsbedenken an den Bischof von Passau mit einer Klausel und den Grafen Windischgrätz zusammen ausgefertigt und letzterem übergeben, oder ob man nicht vorläufig solche Reichsbedenken als der drei Reichskollegia Schlüsse rubrizieren könnte. Man hat darauf kurfürstlicherseits dafür gehalten, daß die beiden ersten Vorschläge simpliciter nicht angehen könnten, wegen des letzteren aber es keine großen Diffikultäten haben werde.

Der Kurfürst an die Gesandten in Regensburg. D. Potsdam 13./23. März 1685. (Conc. F. v. Meinders.)

[Mißbilligung des fränkischen Kreisabschiedes. Befehl, dagegen zu wirken.]

23. März Er hat schon früher gegen die Laxenburger Allianz Einspruch erhoben[4]), und es hat ihn sehr befremdet, daß, wie er durch den Markgrafen von Onoltzbach erfahren hat, jetzt nach Abschluß des Waffenstillstandes auf dem fränkischen Kreistag zu Nürnberg auf die Kontinuation dieser Allianz gedrungen und es dahin gebracht worden ist, daß in dem Kreisabschied deswegen nicht undeutliche Vorsehung geschehen ist. Dadurch wird nicht nur den Ständen, welche durch diese Allianz graviert worden sind, zu weiterem Nachdenken, sondern auch Frankreich zu nicht geringer Ombrage Anlaß gegeben, indem man trotz des Waffenstillstandes

[1]) S. oben S. 388.

[2]) S. das Schreiben Ludwigs XIV. an Rébenac vom 8. März 1685 (Urk. u. Akt. XX, S. 993).

[3]) S. Londorp XII, S. 264 f., das Reichsgutachten vom 26. Mai/5. Juni 1685 Pachner v. Eggestorff II, S. 554.

[4]) S. Urk. u. Akt. XIX, S. 748 f.

in den während der früheren Irrungen gegen Frankreich genommenen mesures kontinuiert. Sie sollen daher bei erster Gelegenheit dort sowohl in publico als auch bei Privatkonversationen dagegen remonstrieren und ausdrücklich kontestieren, daß, wenn man in diesem präjudizierlichen und weit aussehenden Konzert dergestalt fortfahren, ihn und seine Mitstände so hoch gefährden und auch den mit Frankreich etablierten Ruhestand in neue Ungelegenheit sollte stürzen wollen, er nicht nur an allem daraus entstehenden Übel entschuldigt sein wolle, sondern sich auch gemüßigt befinden werde, zu seiner und seines Hauses Sekurität behörige mesures zu ergreifen. Die Sicherheit des Reiches müßte durch Erörterung und Abhandlung der Garantie und der securitas publica, nicht aber durch dergleichen unzulässige und ganz widrigen Effekt bringende Mittel gesucht werden.

G. von Jena und C. Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 27. März/6 April 1685.

[Die Vollmacht des neuen kaiserlichen Prinzipalkommissars.]

Sie übersenden die Vollmacht [1]), welche der Kaiser für den Bischof von 6. April
Passau [2]) als Prinzipalkommissar ausgestellt hat. Ursprünglich hatte dessen Hofmarschall, Graf von Tettenbach, dem Kurmainzischen ein anderes Exemplar übergeben, das dieser aber, weil darin der Graf Windischgrätz auch Prinzipalkommissar tituliert war, wieder zurückgegeben hat. Auch der Vorschlag des österreichischen Gesandten Balthasar, daß Graf Windischgrätz während der Abwesenheit des Bischofs von Passau die Dekrete annehmen sollte, ist von dem K. Mainzischen als unstatthaft zurückgewiesen worden [3]).

C. Schönbeck [1]) an den Kurfürsten. D. Regenspurg 10./20. April 1685.

[Die Satisfaktionsforderung des Kf. Bestellung eines Kammergerichtsassessors. Verlangte Moderation des Anschlags des Kf. Visitation des Reichshofrats.]

In betreff der Satisfaktion des Kf. wird vorläufig, da die katholischen und 20. April
evangelischen Osterferien und bald darauf die Ankunft des Bischofs von Passau bevorsteht, nichts geschehen können. Er übersendet einen darüber gemachten Aufsatz und stellt dem Kf. anheim, was darin zu ändern sein sollte oder wie Kf. es sonst einrichten lassen wollte.

Wegen des zum Assessor am Speierer Kammergericht vorgeschlagenen

[1]) S. Londorp XII, S. 206 f., Pachner v. Eggenstorff II, S. 553 f.

[2]) Graf Sebastian v. Pötting.

[3]) Kf. erklärt sich (d. Potsdam 28. März/7. April 1685) damit durchaus einverstanden und beauftragt seine Gesandten, es dahin zu befördern, daß hierin nichts, was dem Herkommen und den Rechten der Stände zuwider sei, gestattet werde.

Vultejus hat er sich erkundigt und erfahren, daß derselbe gern bereit sein würde, ein solches Amt anzunehmen.

Bei Gelegenheit der Verlesung eines Reichskonklusums über die Moderation der Grafschaft Vierneburg hat er im Fürstenkolleg vorgebracht, was Kf. wegen der Kontinuation der Laxenburger Allianz ihm aufgetragen hatte [1]), worüber sich einige fürstliche Stände, welche sich früher bei diesem Werk interessiert befunden haben mögen, anmeldeten, so der Eichstädtische, welcher bemerkte, daß der verstorbene Bischof wie auch der ganze fränkische Kreis in dieser Allianz gewesen sei, welches Eingeständnis manchen nicht angenehm gewesen zu sein scheint. Bei Gelegenheit der Beratung des Gesuchs des Bischofs von Bamberg um Moderation hat er ausbedungen, daß Kf. auch von seinen Landen, die in zu hohem Anschlag ständen und mehr als andere im letzten Kriege gelitten hätten, nach Proportion der Moderierten das Seinige beitragen wollte.

Dem Verlaut nach soll der kaiserliche Hof beabsichtigen, die inevitable Visitation des Reichshofrats vergeblich und gar ridicul zu machen, woher man ratsam ermessen, daß die evangelischen Stände ihre Partikulargravamina gegen jenes Tribunal beitragen möchten, damit man nach reifer Überlegung insgeheim solche mesures fassen könnte, wodurch der Justiz effektiv geraten und die Finessen dissipiert werden könnten.

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Potsdam 21. April/[1. Mai] 1685. (Conc. Meinders.)

[Auf die Relation vom 10./20. April. Mahnung zu pünktlicher Zahlung der Beiträge für das Kammergericht. Notwendigkeit der Visitation des Reichshofrats, seine Forderungen.]

1. Mai Das Memorial in der Satisfaktionssache wird er einrichten lassen.

Bei Präsentierung eines Assessors zu Speier findet er die Schwierigkeit, daß die Bezahlung des Kammergerichtsunterhalts so langsam und unrichtig eingeht, daß auch die sehr wenigen dort befindlichen Assessoren nur kümmerlich ihre Zahlung erlangen können. Er hat es an richtiger Zahlung der Kammerziele nicht ermangeln lassen, sie haben daran zu erinnern, daß auch die anderen Stände es tun möchten, damit das Kammergericht mit den nötigen Personen bestellt und die Justiz im Reich besser und schleuniger als bisher administriert werde.

Von der Visitation des Reichshofrats will er nicht hoffen, daß sie länger hintertrieben oder verzögert werde. Seine Forderungen bestehen hauptsächlich darin, daß auch Reformierte zu demselben admittiert und daß soviel Evangelische, Lutherische und Reformierte bestellt werden, daß in den Streitigkeiten zwischen Katholischen und Evangelischen inter referentes et judicantes paritas religionis den Reichskonstitutionen und dem Instr. pacis gemäß observiert werde, sonst wird den Evangelischen nicht verdacht werden können, wenn sie sich der Judikatur desselben nicht unterwerfen.

---

[1]) S. oben S. 392 f.

C. Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 22. Mai/1. Juni 1685.

[Beschluß des Fürstenkollegs über die Grenzscheidung, Ankunft des Bischofs von Passau. Tod von K. Pfalz.]

Die fürstlichen Directoria haben dem kurfürstlichen Kolleg den in betreff 1. Juni
der Grenzscheidung im fürstlichen Kolleg per majora erfolgten Schluß mitgeteilt, daß man es wegen des Ortes bei dem vorhin benannten (Speyer) bewenden ließe, daß zu Deputierten von katholischer Seite Österreich und von evangelischer Hessen-Kassel ernannt seien, und daß man auch wegen des puncti securitatis die Erklärung des kurfürstlichen Kollegs erwarte.

Vorigen Dienstag hat der Bischof von Passau als kaiserlicher Prinzipalkommissar seinen Einzug hier gehalten, man hat auch schon gestern im kurfürstlichen Kolleg über das Verhalten demselben gegenüber beraten und beschlossen, beständig bei dem zu beharren, was darüber früher beschlossen und von sämtlichen Prinzipalen approbiert worden ist.

Der K. Pfälzische Gesandte hat von Pfalz-Neuburg als jetzigem Kurfürsten ein Schreiben erhalten, in welchem ihm der am 16./26. Mai erfolgte Tod des Kurfürsten angezeigt und er aufgefordert ist, seine frühere Vollmacht dem neuen Kurfürsten einzuschicken. Derselbe hat darauf ihnen und den anderen Gesandten diesen Todesfall, der sehr zu beklagen ist, anzeigen lassen.

G. v. Jena und C. Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 29. Mai/8. Juni 1685.

[Bewillkommnung des Bischofs von Passau. Übergabe der Reichsgutachten. Verwendung für die Evangelischen im Salzburgischen.]

Am 22. Mai / 1. Juni ist der Bischof von Passau in dem Bischofshof, in dem 8. Juni
er logiert, von einer Deputation des Reichstages feierlich beglückwünscht worden. Darauf sind aus den bisherigen Reichsschlüssen Reichsgutachten [1]) gemacht und diese am Dienstag auch durch eine Deputation demselben überbracht worden. Es haben auch schon Verhandlungen über die Zerimonien zwischen dem K. Mainzischen und dem Oberstallmeister des Bischofs stattgefunden [2]).

Der K. Sächsische [3]) hat vorgestern alle Evangelischen in sein Quartier zu sich bitten lassen, und man hat über die verfolgten und verjagten Evangelischen

[1]) S. Londorp XII, S. 224.

[2]) S. Londorp XII, S. 476 ff. Kf. weist (d. Potsdam 13./23. Juni 1685) die Gesandten an, dahin zu wirken, daß es in betreff der Kurialien mit dem neuen Prinzipalkommissar ebenso wie früher gehalten, daß die Gesandten der Kurfürsten, Fürsten und Stände von demselben in behörigen gradibus das frühere Traktament erhielten, besonders zwischen den Kurfürstlichen und Fürstlichen die alte Distinktion genau observiert werde, sonst dürften sie sich bei demselben weder zur Tafel noch sonst einfinden.

[3]) Schott.

im Salzburgischen geredet; doch wurde dabei auch, namentlich von dem Schwedisch-Bremischen, angebracht, daß auch auf andere bedrängte Evangelische, besonders im Elsaß und am Rhein, reflektiert werden müsse. Da man erfuhr, daß der Salzburgische wegen dieser Sache eine ausführliche Deduktion in Händen und vorgeschlagen habe, die Evangelischen möchten, ehe sie ein Schreiben an den Erzbischof abgehen ließen, mit ihm mündlich kommunizieren, so wurde beschlossen, daß der K. Sächsische dieses tun und dem Salzburgischen kurz die streitigen fundamenta vorstellen und dessen Antwort darauf vernehmen solle [1]).

G. v. Jena an den Kurfürsten. D. Regensburg 17./27. Juli 1685.

[Der k. pfälzische Erbfolgestreit. Vorbereitung eines Kurfürstentages. Der Streit zwischen dem König von Dänemark und dem Herzog von Holstein.]

27. Juli Der Herzog und die Herzogin von Orleans haben [2]) den französischen Gesandten bevollmächtigt, ihr Interesse wegen der k. pfälzischen Erbschaft hier zu beobachten. Sie prätendieren unter anderem Lautern und Simmern als ein allodium und werden beim Reichsdirektorium protestando erklären lassen, daß sie niemand sessionem et votum im Fürstenrat dieser Fürstentümer wegen zugestehen könnten. Der König von Frankreich hat erlaubt, daß Crecy in dieser Sukzessionssache negotiiere. Bisher kontestiert man in Frankreich, daß alles via juris gesucht und ausgeführt, auch Friede und Ruhe beibehalten werden solle. Die k. pfälzischen nächsten Vettern sollen auch beabsichtigen, Land und Leute zu fordern, so daß diese Session wohl Gelegenheit zu Streit und Weitläufigkeit geben wird.

Kf. hat durch seine Autorität und durch den modus negotiandi wider Erwarten erreicht, daß nicht nur die Haltung eines Kollegialtages [3]) resolviert, sondern auch ein Anfang ratione materialium im kurfürstlichen Kolleg gemacht und die praeliminaria insoweit superiert sind.

Heute sollen die Holstein-Gottorfischen Memorialia wider Dänemark [4]) im kurfürstlichen Kolleg vorgebracht werden. Er steht an, sich darüber heraus- und die Deliberation vor sich gehen zu lassen, will erst Befehl einholen, zumal 7 bis 8 Monate verstrichen sind, seit das fürstliche Kollegium darüber konsultiert hat, in welcher Zeit sich viel verändert hat. Der König von Dänemark hat seitdem K. Sachsens und K. Brandenburgs Interposition angenommen. Im niedersächsischen

[1]) Sie melden 17./27. Juli, die Interzessionsschreiben der evangelischen Stände an den Kaiser wegen der Evangelischen in Tirol und der aus dem Trefferegger Tal fortgelassenen, an der Tiroler Grenze festgehaltenen, sowie der bedrängten schlesischen Religionsverwandten (s. Londorp XII, S. 480, v. Schauroth, Sammlung aller Conclusorum des Corpus Evangelicorum III, S. 531, 694) seien dieser Tage von dem K. Sächsischen diktiert und auch schon nach Wien fortgeschickt worden, ebenso das Schreiben an den Erzbischof von Salzburg (Londorp XII, S. 478 ff., v. Schauroth III, S. 691 ff.).

[2]) S. Hirsch, Der Große Kurfürst und der pfälzische Erbfolgestreit (Forschungen z. brand. u. preuß. Geschichte XXVII, S. 62 ff.).

[3]) S. oben S. 382.

[4]) S. oben S. 380.

Kreise mögen manche nicht ungeneigt sein, Unruhe zu stiften und sich dazu eines Reichsgutachtens zu bedienen und vielleicht gar exteros ins Reich zu ziehen, und man weiß wohl, wer gerne Völker transportieren und die holsteinschen Irrungen mehr fomentieren als zur Güte raten möchte. Der König von Dänemark will in der schleswigschen Sache keines Erkenntnis leiden, das Reich muß daher hierin behutsam verfahren, und wenn gleich der Kaiser das holsteinsche petitum zur Güte generaliter rekommendierte, würde das generale doch mit auf Schleswig gezogen und expliziert werden. Man weiß auch, daß es mit den vom Kaiser angeordneten Kommissionen nicht fortgewollt und die noch übrigen Streitigkeiten in Holstein sich durch eine Interposition am füglichsten und zum besten des Herzogs am geschwindesten heben ließen, welcher aus der bisherigen Konduite seiner Ratgeber nichts als Schaden und Verdruß gehabt hat.

G. v. Jena und C. Schönbeck in den Kurfürsten. D. Regenspurg 21./31. August 1685.

[Reichsgutachten in der holsteinschen Sache. Beschwerde des Herzogs von Mecklenburg-Schwerin.]

Vorigen Sonnabend deliberierte man im kurfürstlichen Collegio von der holsteinschen Sache. Das Konklusum fiel dahin aus, daß durch ein Reichsgutachten der Kaiser ersucht werden solle, sich bei dem König von Dänemark dahin zu interponieren, daß diese Streitigkeiten gütlich beigelegt würden. Diesem Schluß konformierte sich auch das Fürstenkolleg, obwohl dessen Schluß anfangs härter gelautet hatte und darin auch der Restitution von Schleswig gedacht war, und nachher auch die Reichsstädte, und wurde ein ebenso lautendes Reichskonklusum und Reichsgutachten [1]) gemacht. 31. Aug.

Sie übersenden außer anderen Aktenstücken auch ein Memorial des Herzogs Christian Ludwig von Mecklenburg [2]) wegen der in dessen Lande verlegten Völker des Kf. [3]).

Kaiser Leopold an den Kurfürsten. D. Wien 9. November 1685.

[Beschwerde über die brandenburgische Gesandtschaft wegen Verschleppung und Hinderung der Deliberationen des Reichstages durch Zerimonialstreitigkeiten.]

Wasgestalt unsere reichsväterliche Vorsorg von Zeit unserer auge- 9. Nov.

[1]) S. Londorp XII, S. 487.

[2]) S. Londorp XII, S. 486 f.

[3]) J. meldet 16./26. Oktober 1685, es scheine, daß die Kurfürstlichen jetzt dem Bischof von Passau die Visite werden geben können, da er ihnen das verlangte Traktament zugestanden habe, sie wollten nur noch Sicherheit haben, daß es ihnen allein und nicht auch den Fürstlichen so gegeben werde, die k. brandenburgische Gesandtschaft habe dazu nicht wenig getan.

tretenen kaiserlichen Regierung einzig und allein dahin gezielet, daß der innerliche Fried und Ruhe zwischen Haupt und Gliedern im Römischen Reich befestiget, auch gute Freundschaft mit den auswärtigen Cronen und Potenzen gestiftet und unterhalten werden möge, wie Wir dann die fürwährende Reichsversammlung bis dahero zu solchem Ende fortsetzen lassen. — Wir bedauern aber, daß diese unsere intentiones fast widerlich ausschlagen und nunmehro gänzlich dem Ansehen nach zerrüttet werden wollen.

Denn in deme Wir bis anhero, wie Ew. Ld. nicht unbekannt, dem löblichen Churfürstlichen Collegio die von Alters hero wohl hergebrachte Eminentien und Praerogativen ungeschmälert zu erhalten und vielmehr zu erheben als zu kränken gemeint gewesen, müssen Wir doch zu unserm sonderbaren Mißvergnügen empfinden, daß Ew. Ld. auch die Churfürstliche übrige Abgesandte zu Regensburg mehr in den unnötigen Curialien und Competenz-Streitigkeiten sich aufhalten, unsere Kaiserliche Commission und Ministros zu verschimpfen, mithin unsere Kaiserliche Autorität durch sonst unerhörte Neuerung zu verkleinern sich bewerben, indeme sie täglich mit neuerfundenen Difficultäten die edle Zeit und große Kosten verschwenden, dem alten Reichsherkommen schnur gerade zuwider, wie dann Ew. Ld. außer Zweifel berichtet werden sein, welchergestalt berührte Gesandtschaften sich unterfangen, wider dasjenige, so vorigen Jahrs wegen unsers geheimen Rats und Principal-Mitcommissarii, des Grafen von Windischgrätz[1]), nach so vielen Disputiren endlich verglichen worden, in denen abgehenden Commissionsdecretis oder denen darauf folgenden Reichsgutachten[2]) dessen Namen nicht zu leiden, sondern wohl gar in demjenigen, so in der Fürstlich Holstein-Gottorfischen Sache vom gesamten Reich einmütig bedungen und eingegangen worden, sogar wieder expungiren und auslöschen wollen. Wir seind aber des freund-oheimlich- und gnädigen Vertrauens zu Ew. Ld., dieselbe werden ein solches zu attentieren dero Gesandtschaft nach Regensburg niemalen in Befehl gegeben haben, weder diesen Leuten, so ihres schnöden Eigennutzens halber die Reichstagsnegotia nur auf die lange Bank zu ziehen einzig beflissen zu sein scheinen, furohin gestatten. Zumalen Wir nichts Neues einzuführen, sondern nur das zu behaupten suchen, was Churfürsten, Fürsten und Stände nach so verdrießlichen langen Altercationen selbsten eingewilliget und pro norma gesetzet haben.

Nachdem nun solches gleichwohl in der höchsten Billigkeit bewendet, auch die Beförderung der allgemeinen Reichsgeschäfte und die Bestätigung

[1]) S. Urk. u. Akt. XIX, S. 773 ff.
[2]) S. oben S. 397.

des teutschen Ruhestandes hieran haftet, als ersuchen Ew. Ld. freundoheim- und gnädiglich. Sie wollen gleichwohl dies Werk also beherzigen, damit unserer kaiserlichen Autorität in der Person unserer höchstansehentlichen kaiserlichen Commission nicht zu nahe getreten, sondern Dero Gesandtschaft gemessen eingebunden werde, die handgreifliche Neuerungen auf die Seite zu setzen und deren gänzlich müßig zu gehen. Gestalten wir Ew. Ld. abermals hiermit versichern, daß Wir unsere kaiserliche Commission alhin gnädigst instruiret, dem löblichen Churfürstlichen Collegio alle Vorteile und Prärogativen, so dem uralten Reichsstylo gemäß bishero üblich, allerdings wiederfahren zu lassen. Unter dessen getrösten uns, Ew. Ld. werden gleichwohl der teutschen Nation hierin versirende Aestimation also beherzigen, daß solche bei den frembden cum ludibrio nicht prostituiret und schimpflich angehöret werden müsse, daß nunmehro auf dem Reichsconvent die Teutsche ihres Vaterlandes wichtige Notdurften fahren lassen, hingegen sich einzig auf unnötige Competenzstreitigkeiten gänzlich verlegen [1]). —

[1]) Kf. schreibt (d. Potsdam 30. November/10. Dezember 1685) an seinen Residenten in Wien v. Schmettau, indem er diesem Abschriften des kaiserlichen Schreibens an die Kurfürsten und eines an die gesamten Reichsstände gerichteten kaiserl. Kommissionsdekrets übersendet, welches letztere die weitaussehende Bedrohung enthalte, daß, wenn auf solche Weise weiter verfahren werden sollte, der Kaiser sich veranlaßt befinden würde, auf andere zulänglichere Weise die Reichsangelegenheiten beobachten zu lassen, es sei ihm dieses ganz unvermutet vorgekommen, da von dem kurfürstl. Kolleg nichts prätendiert werde, was es nicht zu Anfang dieses Reichstages genossen habe, so daß die, welche von dem alten Herkommen jetzt abweichen wollten, mit viel größerem Fug reprimandiert und taxiert werden könnten. Besonders schmerze ihn, daß man ihn, der seine Devotion gegen den Kaiser so vielfach bezeigt habe und jetzt im Begriff sei, ihm mit einem ansehnlichen Truppenkorps gegen die Türken zu Hülfe zu kommen, auf eine so ungewöhnliche Weise angegriffen habe, und daß man den kurfürstlichen Gesandten gleichsam vorschreiben wolle, wie sie ihre Konduite und vota einzurichten hätten, als ob sie nicht ihren Prinzipalen, sondern dem kaiserlichen Hof dafür responsabel wären. Er übersendet ihm, was er deswegen nach Regensburg und an seine Mitkurfürsten geschrieben, und beauftragt ihn, den kaiserlichen ministris deswegen solche Vorstellungen zu machen, daß man nicht allein andere und mildere Gedanken von dem Respekt der Kurfürsten gegen den Kaiser fassen, sondern sie auch mit so harten und ungewöhnlichen Zuschriften verschonen möge. In allen Landen, wo comitia gehalten würden, seien die vota frei, die Rechte der Reichsfürsten in dieser Beziehung seien in dem Instr. pacis ganz unzweifelhaft festgesetzt und sie müßten bei ihrer so teuer erkauften Freiheit und Befugnis gelassen werden. Unter demselben Datum richtet er ein Schreiben an K. Mainz und die anderen Kurfürsten, in dem er nachweist, daß die in dem kaiserlichen Schreiben enthaltenen Vorwürfe gegen die Kurfürsten und deren Gesandten ganz ungegründet seien, daß vielmehr die Schuld an den mit der kaiserlichen Kommission entstandenen Streitigkeiten diese selbst und die an der Hemmung der Reichsdeliberationen das österreichische Direktorium im Fürstenrat trage, dann auf die Wichtigkeit und die gefährlichen Konsequenzen dieses Vorgangs hinweist und für nötig erklärt, daß das kaiserliche Schreiben nomine Collegii Electoralis gebührend beantwortet, der Ungrund dessen, was dem Kaiser vorgebracht worden sei,

G. v. Jena und C. Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 20./30. November 1685.

[Das kaiserliche Schreiben an die kurfürstlichen Gesandten. Widerlegung der darin enthaltenen Vorwürfe. Beglückwünschungsschreiben an den Kaiser.]

30. Nov. Vorigen Samstag ist dem K. Mainzischen Direktorium ein kaiserliches Schreiben an die kurfürstlichen Gesandten nebst zwei Dekreten an das ganze Reich[1]) insinuiert worden, das nicht allein in sehr harten, ganz ungewöhnlichen terminis abgefaßt ist, sondern ganz ungegründete Verweise enthält, indem in ihm das kurfürstliche Kollegium wegen der eine Zeit her gesteckten Deliberationen und auch ungebührlicher Attentate gegen die kaiserliche Kommission und die kaiserlichen ministri, ebenso wegen Auslöschung des Grafen Windischgrätz in dem Holsteinschen Gutachten beschuldigt wird. Zu der Verzögerung hat nur der defectus instructionis bei der österreichischen Gesandtschaft Anlaß gegeben, daß in den Gratulationen der Namen des Grafen Windischgrätz nicht gesagt ist, das ist dadurch veranlaßt worden, daß er damals nicht anwesend war. In dem Holsteinschen Gutachten aber ist dessen Name ausgelassen worden, weil man den Fürstlichen die Alternative gestellt hatte, es entweder mit den schriftlichen Gratulationen zugleich auszuantworten oder, damit der Differenz wegen der schriftlichen Gratulationen nicht präjudiziert werde, seinen Namen auszulassen. Man ist daher im Werk, eine Antwort darauf zu entwerfen und darin darzutun, wie ungütlich dem kurfürstlichen Kollegium geschehen ist.

Montag ist endlich auch das Fürstenkolleg wieder ordentlich ins conclave gegangen und es ist beschlossen worden, dem Vorschlag des kurfürstlichen Kollegs gemäß die Gratulationen an den Kaiser wegen der Siege über die Türken und der Geburt des Erzherzogs schriftlich abzulegen, womit sich auch die Städtischen konformiert haben.

---

dargelegt und derselbe ersucht werde, sich dadurch zu keinen ungleichen Sentimenten gegen die getreuen Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reichs bewegen zu lassen, sondern sie in ihren Rechten und Prärogativen zu maintenieren. Er bittet sie sodann, ihm ihre Meinung wegen des Schreibens, das die Gesandten in Regensburg zu ihrer Rechtfertigung an den Kaiser zu senden gedächten, mitzuteilen. Die übrigen Kurfürsten antworten darauf zustimmend, erklären aber teils, daß sie schon an den Kaiser geschrieben hätten, teils, daß sie das Schreiben der Gesandten in Regensburg abwarten wollten. Nur Kurfürst Philipp Wilhelm von der Pfalz sucht das Schreiben des Kaisers zu rechtfertigen und bemängelt den ihm inzwischen zugekommenen Entwurf des Schreibens der kurfürstlichen Gesandten als zu weitläufig und zu wenig respektvoll. Zu einem gemeinsamen Schreiben der Kurfürsten an den Kaiser ist es so nicht gekommen.

[1]) S. Pachner v. Eggenstorff II, S. 566 f.

G. v. Jena an den Kurfürsten. D. Regensburg d. 20./30. November 1685.

[Forderungen K. Pfalzs. Nachdruck des Potsdamer Edikts. Widerlegung der Vorwürfe des Kaisers gegen die kurfürstlichen Gesandten.]

Ihm ist vertraulich mitgeteilt worden, daß bei der jüngsten Zusammenkunft 30. Nov.
zwischen K. Mainz und K. Pfalz letzterer von jenem begehrt hat, 1. den punctum securitatis publicae sofort besonders oder wenigstens zugleich mit den französischen Grenztraktaten vorzubringen, 2. zu befördern, daß als Ort zu den letzteren Speyer und nicht Regensburg benannt werde, 3. nicht auf der Rezeption und dem Traktament, welches das kurfürstliche Kolleg von dem kaiserlichen Prinzipalkommissar verlangt, zu bestehen, da durch dieses Zerimonial dem Kaiser zu nahe getreten werde. Obwohl K. Mainz dagegen besonders remonstriert hat, daß alles dreies im kurfürstlichen Kolleg schon resolviert sei und man davon nicht abweichen könne, sei K. Pfalz doch bei seiner Meinung geblieben. Es steht zu vermuten, daß in dem kurfürstlichen Kolleg in dergleichen Dingen von dem K. Pfälzischen Schwierigkeiten erregt und die Intention des kaiserlichen Hofes wird sekundiert werden.

Das Edikt des Kf. [2]) vom 29. Oktober zu Trost der aus Frankreich geflüchteten Reformierten hat er hier nachdrucken lassen, heute wird es auch in deutscher Sprache gedruckt sein.

Das Schreiben des Kaisers [3]) an das kurfürstliche Kollegium ist so hart, wie es bisher wohl nie geschehen ist. Der Kaiser ist durch einen übelaffektionierten passionierten Referenten ungleich informiert worden. Die Schuld der Aufhaltung und Versäumnis der Konsultationen kommt auf die österreichische Gesandtschaft, die etliche Monate auf Instruktion gewartet und inzwischen nichts proponieren, auch nicht in das conclave hat gehen wollen, wie sie es schon früher oft getan hat. An den Irrungen in cerimonialibus hat auch nicht das kurfürstliche Kolleg schuld, sondern die, welche dasselbe wider die Reichsgesetze von der ersten Staffel gleichsam degradieren und, man weiß nicht wem, gleichmachen wollen. Das kurfürstliche Kolleg ist ferner nicht verhört, sondern dem Delator sogleich Glauben geschenkt worden. Die kurfürstlichen Gesandten aber haben nicht des Kaisers, sondern ihres Herrn Befehl und Intention zu obtemperieren und dessen Gerechtsame auf alle Weise zu beobachten.

---

[1]) Nicht bei den Akten.

[2]) Das sogenannte Potsdamer Edikt vom 29. Oktober/8. November 1685, s. oben S. 276.

[3]) S. oben S. 397 ff.

G. v. Jena u. C. Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 27. November/7. Dezember 1685.

[Erklärung des Bischofs von Passau über das kaiserliche Schreiben. Weitere Verhandlungen über die Zerimonialfrage.]

7. Dez. Das Reichsgutachten in der Holsteinschen Sache und die beiden Gratulationen hat der K. Mainzische dem Bischof von Passau übergeben und ist dabei mit allen beanspruchten Ehren empfangen worden. Dabei ist auch von dem harten Schreiben des Kaisers an das kurfürstliche Kollegium gesprochen worden. Der Bischof sagte, ihm selbst wäre dieses Ding leid, es scheine, daß Graf Windischgrätz hier gern allein sein und, weil kein kurfürstlicher Gesandter ihn besuche, wolle, daß man es nicht auch bei ihm, dem Bischof, täte. Der K. Mainzische hat auch weiter mit dem Konkommissarius über das Traktament geredet und verlangt, daß dasselbe nur den Kurfürstlichen gewährt werde, die Erklärung desselben war aber nicht befriedigend, worauf jener wiederum erklärt hat, daß, solange ihnen dieses nicht zugesichert werde, die Kurfürstlichen den Bischof nicht besuchen könnten.

Man hat inzwischen erfahren, daß der Kaiser auch an die Kurfürsten selbst ein ähnliches Schreiben wie an die hiesigen Gesandten derselben gerichtet hat, und man hat auch hier schon ein Projekt zu einer Antwort entworfen [1]).

Der Kurfürst an die Gesandtschaft zu Regensburg. D. Potsdam 30. November/[10. Dezember] 1685. (Conc. Meinders.)

[Sein Schreiben an die anderen Kurfürsten. Befehl, die den kurfürstlichen Gesandten gemachten Vorwürfe zurückzuweisen und den Drohungen des Kaisers gegenüber die Rechte der Reichsstände zu wahren.]

10. Dez. — Nun können wir gar keine Ursach befinden, wodurch man dergleichen hartes Tractament verdienet haben sollte, und sein wir dannenher veranlasset worden, an unsere Mit Churfürsten in solchen terminis, wie Ihr aus dem bezüglichen Beischluß mit mehrerem ersehen werdet, zu schreiben [2]), befehlen Euch auch hiemit in Gnaden, aldort im Churfürstlichen Collegio die Gebühr deswegen vorzustellen und allen gehörigen Fleiß anzuwenden,

[1]) Kf. antwortet darauf (d. Potsdam 14./24. Dezember 1685), er habe gegen die projektierte Antwort auf das kaiserliche Schreiben nichts zu erinnern. Es sei ihm lieb, daß der kaiserliche Prinzipalkommissar sich jetzt entschlossen habe, den kurfürstlichen Gesandten die von ihnen beanspruchten Ehren zu bewilligen, wenn aber dieselben auch den Fürstlichen gewährt würden, so hätte dieses keinen Wert, denn dem kurfürstlichen Kolleg sei es nicht um die sammetnen Sessel und dergleichen eitle schlechte Dinge zu tun, sondern um einen Unterschied. Entweder also müßten den Kurfürsten die ihnen aufs neue bewilligten Rechte privative gelassen oder ihnen etwas anderes Mehreres zum Unterschied von den Fürstlichen gegeben werden.

[2]) S. oben S. 399.

damit man das denen Churfürsten hierunter zugefügte Ungleich und unverdiente Imputationen gebührend begreifen und dieselben dergestalt ablehnen möge, damit man dergleichen hinkünftig weiter nicht zu befahren habe. Es ist die denen Ständen zustehende libertas suffragiorum in negotiis comitialibus in dem Instrumento pacis und sonst so woll fundiret, daß man billig dem kaiserlichen Hofe nicht zu gestatten, der Stände Räten oder Ministris dergleichen unverschuldete Verweise zu geben und vorzuschreiben, wie sie ihre Conduite und suffragia einrichten sollen, maßen sie deshalb Niemanden als ihren Obern und Committenten einzig und allein Rechnung zu geben und, wann I. Kays. M. dabei etwas zu desideriren haben mochten, solches nicht wider sie, die churf. ministros und Gesandte, zu ahnen, sondern bei ihren principalibus gebührend zu erinnern sein würde. Wir zweifeln garnicht, es werden obged. unsere Mitchurfürsten uns hierunter völligen Beifall geben und allerdings nötig und diensam erachten, daß man sich hierunter geziemend in Acht nehme und die von den werten und lieben Vorfahren so teuer erworbene jura wider dergleichen Beginnen mit behörigem Ernst und Nachtruck mainteniere. —

Weiln auch — durch das den 14./24. Nov. dictirte Commissions Decret die gesambte Reichsstände in gar harten terminis bedrohet worden, daß auf ein oder andern Fall, wie die Worte lauten, I. Kays. M. die Reichsnegotia auf andere zulänglichere Wege beobachten lassen wollen, so halten wir uns gänzlich versichert, man werde an Reichs Seiten solches gleichfalls gebührend zu Herzen nehmen und bei Gelegenheit zu erkennen geben, daß man dergleichen comminationes nicht meritiert hätte, auch dergleichen hinfuro nicht ferner verhoffen, sondern sich vielmehr I. Kays. M. allergnädigsten Manutenenz und Schutzes bei denen von den Ständen wohlhergebrachten juribus und Befugnussen sich versehen wollte.

Der Kurfürst an den Kaiser. D. Potsdam 14./24. Dezember 1685. (Conc. Meinders.)

[Auf das Schreiben vom 9. November. Zurückweisung der gegen die Kurfürsten und deren Gesandte gerichteten Vorwürfe.]

Ew. Kays. M. gnädigstes Schreiben vom 9. Novembris habe ich 24. Dez.
allererst jüngstverwichener Tage mit geziemendem Respect erhalten und daraus zwar gerne und mit sonderbarem Vergnügen ersehen, daß Ew. Kays. M. die dem löblichen Churfürstl. Collegio von Alters her zustehenden Praeeminentien und Praerogativen ungeschmälert zu erhalten und solche vielmehr zu vermehren als zu kränken gemeinet sein, es bekümmert aber dabei mein Gemüt nicht wenig, daß einige solchem Churf. Collegio Übel-

wollende deroselben, wiewohl ohne allen Grund, vorzustellen und zu persuadiren sich bemühet, als wenn die Churfürstliche Gesandte zu Regensburg bisanher die Zeit mit unnötigen Curialien und Competenz-Streitigkeiten zugebracht, Ew. Kays. M. Commission beschimpfet und dero Kayserliche Autorität durch allerhand unerhörte Neuerungen zu verkleinern sich beworben, auch die edle Zeit und große Kosten mit neu-erfundenen Difficultäten verschwendet und die Reichstagsnegotia ihres schnöden Eigennutzens halber auf die lange Bank zu ziehen geflissen gewesen.

Nun gestehe ich zuforderst gar gerne, daß dieses solche harte Beschuldigungen und unverantwortliche Excessen sein, daß, wenn gedachte Churfürstl. Gesandte derselben überwiesen werden könnten, sie deshalb billig zu exemplarischer scharfer Strafe gezogen werden müßten, und werden Ew. Kays. M. nach dero allergnädigsten und gerechtesten Gemüte mir verhoffentlich wohl zutrauen, daß so wenig ich als meine gesambte HH. Mit-Churfürsten an dergleichen Dingen kein Gefallen tragen, weniger dazu einigen Befehl oder Anlaß gegeben. Dieweilen aber auch einem jeden Beklagten seine Defension zu verstatten und es nicht genug, jemand dieses oder jenes Verbrechens zu beschuldigen, sondern selbiges auch mit behorigem Beweisthumb dargetan werden muß, und dann ich genugsam versichert bin, daß meine Gesandten, als welche mir von allen ihren Verrichtungen genaue Rechenschaft zu geben und von dem, was vorkommt, umbständliche Relation abzustatten verbunden sein, an solchen harten Imputationen allerdings unschuldig, hingegen aber die vorgebliche Versehleppungen der Zeit und Kosten wie auch die verdrießliche Verzögerung, welche bei denen Reichs-Consultationen vorgehen, nebst denen unnötigen Competenz- und Rangsaltercationen von Anderen bekanntermaßen auf die Bahn gebracht und verursachet worden, so lebe ich der untertänigsten Zuversicht, ersuche auch Ew. Kays. M. desfalls gehorsambst, dieselbe geruhen meine und andere zu gedachtem Regensburg sich befindende Churfürstl. Gesandte solcher schweren Imputationen allergnädigst zu entladen, denselben Ihre Kayserliche Hulde und Gnade beständig zuzuwenden, auch ihren Delatoribus ins künftige ihrer ungehört keinen Glauben beizumessen, weniger sie mit so harten und ganz ungewöhnlichen Verweisen und ungnädigsten Vorrückungen zu belegen, gestalt ich dann nicht unterlassen würde, im Fall sie je worin fehlen sollten, desfalls von ihnen behorige Verantwortung zu fordern und sie nach Befinden desfalls gebührend anzusehen. —

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Potsdam 16./[26.] Dezember 1685.

[Befehl, über die französischen Kontraventionen Beschwerde zu führen und auf Beilegung der Streitigkeiten hinzuarbeiten.]

Der Kaiser hat an ihn wegen der französischen Kontraventionen gegen den Waffenstillstand geschrieben [1]), und auch aus ihren Berichten hat er ersehen, daß dort von verschiedenen Reichsständen Klage über solche erhoben worden ist. Er findet recht und billig, daß man von seiten des Reichs nicht dazu schweige, sondern darauf sehe, daß der Waffenstillstand genau observiert werde. Sie sollen daher, wenn diese Sache dort in Deliberation kommen sollte, es dahin befördern, daß nomine imperii der Krone Frankreich die Beschaffenheit der Sachen beweglich vorgestellt, schleunige Remedierung solcher gravamina begehrt und sonst durch baldige Entamierung der Friedenstraktaten und andere diensame Mittel die Sache mit Frankreich in völlige Richtigkeit gebracht und womöglich alle solche Differentien abgetan werden [2]). 26. Dez.

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Potsdam 9./[19.] Februar 1686.

[Befehl, auf Abstellung der französischen Kontraventionen zu dringen.]

Betreffend die Klagen der Evangelischen in der Grafschaft Saarwerden und von K. Pfalz über die ihnen von französischer Seite zugefügten Turbationen erklärt er nochmals, daß er diese attentata der französischen Beamten auf das höchste mißbillige und für notwendig halte, daß von seiten des Reichs dagegen ernstlich gesprochen und Vorkehrungen getroffen werden, daß der Waffenstillstand seinem wahren Verstande nach observiert werde. Sie sollen dieses sowohl, wenn in publico von dieser Sache geredet wird, vorstellen als auch mit dem Grafen Crecy darüber reden und von ihm verlangen, daß er es dahin befördere, daß dergleichen nicht weiter vorgenommen, und was etwa dem Waffenstillstand zuwider verhängt worden, abgestellt werde. Er hat auch Spanheim in gleicher Weise instruiert [3]), sie sollen mit demselben fleißig korrespondieren. Crecy haben sie besonders zu remonstrieren, daß Kf. um so mehr Ursache hätte, auf exakte Beobachtung des Waffenstillstandes zu dringen, da er dem Kaiser und dem Reich immer zur Annahme desselben geraten hätte und er sich verpflichtet fühle, zu solchen unrechtmäßigen Tätlichkeiten nicht still zu schweigen, sondern ihre Remedierung ernstlich und sorgfältig zu suchen. 19. Febr.

[1]) S. Urk. u. Akt. XIV, 2 S. 1222 f. und oben S. 213.

[2]) Kf. teilt (d. Potsdam 20./30. Dezember 1685) den Gesandten mit, daß er dem Kaiser für die künftige Kampagne gegen die Türken ein Hülfskorps zugesagt habe, und beauftragt sie, dessen Verlangen an die Reichsstände, ihm 50 Römermonate für diesen Türkenkrieg zu bewilligen, zu unterstützen.

[3]) S. das Schreiben vom 9./19. Februar 1686 oben S. 283.

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Potsdam 23. Februar/[5. März] 1686.

[Befehl, sich zu bemühen, daß die pfälzische Angelegenheit gütlich beigelegt werde.]

5. März Nach Spanheims Bericht[1]) gedenkt man französischerseits von der Reichsversammlung eine Deklaration zu verlangen, daß, wenn auch die Herzogin von Orleans binnen Jahr und Tag in den prätendierten pfälzischen Landen keinen actum possessorium exerzieren werde, dieses doch ihren vermeintlichen Rechten nicht präjudizierlich sein solle. Er ist sehr erfreut darüber, daß man französischerseits sich so bereit zeigt, die Sache in der Güte abzumachen, und er meint, daß man sich bemühen müsse, diese Krone bei einer so guten Intention zu erhalten und allen Anlaß zu Tätlichkeiten zu vermeiden. Wenn er daher auch nach wie vor diese französischen Prätensionen für schlecht begründet hält, so glaubt er doch, daß bei diesen gefährlichen Zeiten das Reich eine Ruptur aufs fleißigste zu vermeiden habe. Er rät daher, daß, wenn Graf Crecy sich deswegen dort angeben wird, man ihm nomine imperii in möglichst glimpflichen terminis zu antworten habe, damit einerseits dem Reich und anderen Interessenten an ihren Rechten nichts vergeben, andererseits aber der Weg zu gütlicher Handlung möglichst beibehalten werde. Es könnte ihm vorgestellt werden, daß eine solche prise de possession nach den deutschen Rechten und Gewohnheiten gar nicht requiriert werde und daß man seitens des Reiches der Herzogin ihre Rechte, soweit sie ihr nach Recht und Billigkeit und dem Herkommen im Reich und bei dem k. pfälzischen Hause kompetieren, gerne gönnen und sich bemühen werde, daß darunter solche Justiz administriert werde, daß sich niemand darüber zu beschweren Ursache haben solle. Sie haben darüber mit den anderen kurfürstlichen und fürstlichen Gesandten zu sprechen und sich zu bemühen, daß alles seiner Intention gemäß eingerichtet werde.

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Potsdam 4./[14.] März 1686. (Conc. Meinders.)

[Befehl, sich um gütliche Beilegung der pfälzischen Angelegenheit zu bemühen, an der kurfürstlichen Prärogative festzuhalten.]

14. März In der pfälzischen Sache bleibt er der Meinung, daß man zwar dem Reich und K. Pfalz nichts zu vergeben, sondern dasselbe bei seinen Rechten maintenieren, aber womöglich verhüten solle, darüber mit Frankreich in Krieg zu geraten. Es freut ihn, daß K. Pfalz so vernünftige und moderate consilia bei dieser Sache führt und sogar bereit ist[2]), der Herzogin von Orleans eine Deklaration fast in eben den terminis, wie von Frankreich verlangt wird, zu erteilen. Er hofft, daß

[1]) S. dessen Bericht vom 8./18. Februar 1686 oben S. 282.

[2]) S. Hirsch, Der Große Kurfürst und der pfälzische Erbfolgestreit S. 74 f.

auch die übrigen Agnaten und das Reich sich mit demselben konformieren werden, und auch sie haben sich darum zu bemühen [1]).

Da die Kaiserliche Kommission dem kurfürstlichen Kolleg nicht die demselben kompetierenden Prärogativen geben will, so haben sie weiter diese zu maintenieren. Das Verlangen der österreichischen Gesandtschaft, den Kurfürsten gleich traktiert zu werden, ist ganz neu und unberechtigt. Da der Kaiser selbst zwischen der kaiserlichen Dignität und dem Hause Österreich den Unterschied macht, daß er jene durch die Kaiserliche Kommission, dieses durch eine besondere Gesandtschaft repräsentieren läßt, so kann dem kurfürstlichen Kolleg nicht verdacht werden, daß es die österreichische Gesandtschaft mit den seinigen nicht parifizieren lassen will. Sollte aller Remonstrationen unerachtet die Kaiserliche Kommission auf ihren Forderungen bestehen und in dem Traktament der kurfürstlichen und fürstlichen Gesandten in genere, oder der österreichischen im besonderen, den verlangten und von alters hergebrachten Unterschied nicht machen, so sollen sie die Kaiserliche Kommission nicht weiter besuchen.

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Potsdam 19./29. März 1686.

[Auf den Bericht vom 12./22 [2]). Die in der pfälzischen Sache auszustellende Erklärung.]

Er hat gern vernommen, daß Jena mit dem kaiserlichen Konkommissar 29. März
über die pfälzische Sache vertrauliche Kommunikation gepflogen hat, und er hofft, daß es mit der Abfassung der Deklaration keine Schwierigkeit haben wird, zumal da auch K. Pfalz sich bereit erklärt hat, dieselbe so einzurichten, wie es französischerseits verlangt wird, und auch vom kaiserlichen Hof dem päpstlichen Nuntius eine schriftliche Erklärung [3]) gegeben sein soll, die als Fundament für das Reichsgutachten dienen soll. Daß dieses Reichsgutachten mit dem französischen Gesandten vorher konzertiert werden solle, das scheint dem Reich nicht wenig verkleinerlich zu sein, daraus könnte auch künftig eine bedenkliche Konsequenz entstehen, doch könnte der eine oder andere Gesandte mit Vorwissen der Kaiser-

[1]) Die Gesandten melden 12./22. März, daß sie der Kaiserlichen Kommission und den fürstlichen Gesandten von dem, was Kf. ihnen in dieser Angelegenheit anbefohlen habe, Mitteilung gemacht, daß die erstere und auch ein Teil der Fürstlichen dieses sehr wohl aufgenommen, die anderen es ad referendum genommen hätten. Zugleich berichten sie, daß in dem Reichskonklusum wegen der Römermonate (s. Pachner v. Eggenstorff II, S. 571) auf Antrag der Städte ein Monitum wegen der Quartiersache, aber in generalibus terminis, beigefügt sei und daß auch Mecklenburg-Schwerin wieder ein Memorial wegen der brandenburgischen und hannöverschen Einquartierung übergeben habe.

[2]) Darin hatte J. gemeldet, daß Mey über diese pfälzische Angelegenheit mit ihm vertraulich gesprochen und daß er auf dessen Aufforderung sich discursive darüber, wie die verlangte Deklaration stilisiert werden könnte, ausgelassen und geraten habe, bevor man zur Abfassung des Reichsgutachtens schreite, sich darüber unter der Hand mit dem französischen Gesandten zu vergleichen.

[3]) S. Immich, Zur Vorgeschichte des Orleansschen Krieges S. 74 f.

lichen Kommission und des K. Mainzischen Direktoriums mit demselben darüber gleichsam in particulari kommunizieren. Sie sollen sich bemühen, daß das Reichsgutachten und die Deklaration so eingerichtet werden, daß dadurch den dem Reich und K. Pfalz zustehenden Rechten nichts vergeben oder Frankreich das geringste eingeräumt werde, worauf es sich künftig in seinen ungegründeten Prätensionen stützen könnte, noch ein Prätext oder Anlaß zu Tätlichkeiten gegeben werde.

G. von Jena und C. Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 19./29. März 1686.

[Zerimonialstreit zwischen dem kurfürstlichen Kollegium und der Kaiserlichen Kommission. Die Bücherzensur in Frankfurt a. M.]

29. März Das wegen der bewilligten Römermonate abgefaßte Reichsgutachten hatte der K. Mainzische der Kaiserlichen Kommission übergeben sollen. Da aber bekannt wurde, was für Neuerungen diese wegen der Zerimonien gemacht hatte, so ist das commercium zwischen dem K. Mainzischen Direktorium und der Kaiserlichen Kommission wieder unterbrochen worden. Letztere hat darauf mit dem K. Mainzischen und dem K. Bayrischen bei den Karmelitern geredet, und der Bischof von Passau hat erklärt, der Kaiser verlange sehr, daß ihm dieses wichtige Reichsgutachten förderlichst extradiert werde, das, was bei der Deputation vorgegangen, sei ex inadvertentia seinerseits, nicht um die Distinktion zwischen den kurfürstlichen und fürstlichen Gesandten aufzuheben, geschehen. Darauf hat er nochmals begehrt, daß man dieses Gutachten ungesäumt extradieren möchte, das kurfürstliche Kolleg könnte ja sich durch Protestation gegen etwaiges Präjudiz verwahren. Das kurfürstliche Kolleg hat darauf gestern den K. Mainzischen beauftragt, dem Bischof anzuzeigen, es bedaure, daß die Extradierung des Reichsgutachtens verzögert werde, es wäre aber ohne Schuld, diese liege an der Kaiserlichen Kommission selbst, diese müßte Expedientia, die nicht präjudizierlich wären, vorschlagen.

In einer besonderen Zusammenkunft der Evangelischen ist über den Punkt von dem Bücherrevisor in Frankfurt a. M. [1]) beraten und beschlossen worden,

[1]) Bürgermeister und Rat von Frankfurt a. M. hatten in einem Schreiben an die Gesandten der evangelischen Reichsstände vom 30. Januar/9. Februar 1686 darüber Klage geführt, daß der dortige kaiserliche Bücherkommissarius Vollmer von ihnen die Konfiskation der auf der letzten Herbstmesse durch einen Baseler Verleger hingebrachten Schrift des Baseler Professors Joh. Zwinger: De festo corporis Christi verlangt und daß, als sie sich nicht dazu hätten verstehen wollen, der Fiskal v. Emmerich in Speier und schließlich der Kaiser selbst diesen Befehl wiederholt hätten. Sie hatten darauf hingewiesen, daß, wenn dem kaiserlichen Fiskal gestattet werde, sich die Zensur der Bücher anzumaßen, das den Reichsständen zustehende Recht, dafür Sorge zu tragen, daß nicht famose oder den Religions- und Profanfrieden störende Schriften in ihren Gebieten gedruckt und verkauft würden, verletzt werde, und hatten gebeten, in dieser alle evangelischen Reichsstände angehenden Sache sich ihrer beim Kaiser und beim Reichshofrat anzunehmen.

sich der Sache conjunctim anzunehmen [1]), damit das gefährliche Unternehmen des Bücherkommissars, eines katholischen Geistlichen, beizeiten unterbrochen und deswegen nomine Evangelicorum an den Kaiser geschrieben werde.

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Potsdam 31. März/[10. April] 1686.

[Auf die Relation vom 19./29. März. Verlangen, daß seitens K. Mainz' die kurfürstlichen Prärogativen gewahrt werden und daß alle Reichsstände sich wegen der Bücherzensur des Magistrats von Frankfurt a. M. annehmen sollen.]

Er bedauert, daß durch die fortdauernden Zerimonialstreitigkeiten die Reichs- 10. April
geschäfte wieder verzögert werden, aber das Verfahren der Kaiserlichen Kommission und daß diese sogar offen erklärt, man habe nie beabsichtigt, bei der Rezeption der Kurfürstlichen und der Fürstlichen einen Unterschied zu machen, befremdet ihn sehr, und da daraus zu verspüren ist, daß man am kaiserlichen Hofe auf eine Parifikation der Kurfürstlichen und Fürstlichen ausgeht, so wird das Kurfürstenkollegium so mehr auf seiner Hut sein und zu überlegen haben, ob unter solchen Umständen die K. Mainzische Gesandtschaft bei Extradierung der Reichsgutachten und sonst ihre Kommunikation mit der Kaiserlichen Kommission fortsetzen oder ob diese Extradition nicht künftig auf andere Weise erfolgen soll. Protestationen können die aus solchem ungebührlichen Traktament entstehenden praejudicia nicht heben.

Der Sache wegen des Büchercommercii in Frankfurt werden nicht nur die Evangelischen, sondern alle Stände sich anzunehmen haben und nicht gestatten dürfen, daß der kaiserliche Hof diesem oder jenem Stande solche Bücherkommissare, wie zu Frankfurt geschehen, ins Land setze und durch diese gebieten oder verbieten lasse, was für Bücher gedruckt werden sollen oder nicht. Das Recht der Zensurierung der Bücher steht jedem Reichsstande in seinem Territorium zu, die scripta polemica in Religionssachen sind nicht schlechterdings verboten, sondern zum Religionsunterricht nötig, sie müssen nur mit der nötigen Moderation und so eingerichtet sein, daß sie den Religionsfrieden im Reich nicht stören. Die Kognition darüber steht nach dem Instr. pacis utriusque religionis magistratui zu. Alles dieses muß dem Kaiser im Namen der Evangelischen beweglich vorgestellt werden. Es ist bekannt, wie die evangelische Religion jetzt fast aller Orten verfolgt und unterdrückt wird, und es wäre wohl die höchste Unbilligkeit, wenn man ihnen auch die Mittel benehmen wollte, ihre Dogmata der Welt vorzustellen und zu zeigen, daß sie nicht so verdammlich sind, wie man sie jetzt mehr als jemals ausrufen will.

[1]) S. das Interzessionsschreiben an den Kaiser vom 22. März/1. April 1686 (Schauroth I, S. 144 ff.).

G. von Jena und C. Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 16./26. April 1686.

[Erklärungen Crecy's auf die Beschwerden. Das Reichsgutachten über die in der pfälzischen Sache auszustellende Erklärung.]

26. April Sie haben mit Graf Crecy wegen der Beschwerden des Hoch- und Teutschmeisters und der Saarwerdenschen Sache gesprochen. Derselbe versprach darüber zu referieren, bemerkte aber, in dem ersten Punkte sei man dem gefolgt, was die Rechte ordinarie mit sich brächten, und von Saarwerden meinte man französischerseits, daß es nicht unter die reunierten Orte zu rechnen sei, sondern zu Lothringen gehöre.

Am Freitag hat man von der Limitsache zu reden anfangen wollen, da aber an demselben Tage das neue K. Pfälzische Memorial[1]) wegen der Sukzessionssache zur Diktatur gebracht worden war und periculum in mora zu sein schien, hat man von dieser Deklaration zu reden begonnen. Im Kurfürstenkolleg wurde der Beschluß gefaßt, daß dem französischen Bevollmächtigten von Reichs wegen die Deklaration mitgeteilt werden solle, daß die annua possessio weder K. Pfalz zum Vorteil noch der Herzogin von Orleans zum Präjudiz gereichen solle, womit sich auch die Fürstlichen und die Reichsstädte konformiert haben[2]).

G. von Jena und C. Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 11./21. Juni 1686.

[Beratung über das wegen der französischen Kontraventionen abzufassende Reichsgutachten.]

21. Juni Freitag ist im Fürstenrat von dem Direktorium proponiert worden, daß der Kaiser ein Gutachten wegen der wider Frankreich geklagten Kontraventionen gegen den Waffenstillstand begehre, es wurde dabei der verschiedenen gravamina gedacht und vorgeschlagen, ein Gutachten an den Kaiser abzufassen, in dem dieser aufgefordert werde, wegen Abstellung der gravamina nomine imperii an den König von Frankreich zu schreiben. In den votis des Kf. ist besonders angeführt worden, daß den gravamina am besten abgeholfen werden könne, wenn man hier die Exekution des Waffenstillstandes und die dazu gehörigen Grenztraktaten vornehme; sie haben dabei auch wieder an den punctus securitatis erinnert. Beide Kollegien haben ihre Beschlüsse[3]) zu Papier bringen und gegeneinander auswechseln lassen, vorläufig aber ist es noch nicht zu einem Vergleich zwischen ihnen gekommen.

[1]) S. Londorp XII. S. 585 ff.
[2]) S. Londorp XII, S. 591, Pachner v. Eggenstorff II, S. 573 f.
[3]) S. beide Gutachten vom 5. Juni 1686 (Londorp XII, S. 593).

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Potsdam 16./26. Juni 1686.

[Vorschrift, wie sie sich bei der Erörterung des punctus securitatis zu verhalten haben.]

Da jetzt wieder der punctus securitatis auf die Bahn gebracht worden ist, 26. Juni
so sollen sie sich gemäß seinen früheren Reskripten bemühen, daß derselbe endlich zur Richtigkeit gebracht werde. Daß dadurch bei einigen Ombrage erregt worden ist, verwundert ihn um so mehr, da es leider mit den Reichsverfassungen so schlecht bestellt ist, und es muß den Anschein erwecken, daß diejenigen, denen eine so unschuldige Konsultation mißfällt, nichts Gutes im Sinne haben. Sie haben sich nach seinen Reskripten zu richten, sich aber mit gebührender Prudenz zu betragen, damit man ihm nicht, wie an einigen Orten geschehen soll, imputieren könne, er wolle den Benachbarten durch eine große und redoutable Armatur Schrecken einjagen oder gar classicum belli anstimmen. Seine Absicht geht nur auf Erhaltung des durch den Waffenstillstand teuer erkauften Ruhestandes. Sie sollen auch darauf dringen, daß die Grenztraktaten dort je eher je lieber vorgenommen und dabei zugleich die wider das armistitium geführten gravamina abgestellt und den gravatis Satisfaktion und Hilfe geschafft werde.

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Magdeburg 24. Juni/[4. Juli] 1686.

[Befehl, den Bemühungen der Reichsritterschaft, Zutritt zum Reichstage zu erlangen, entgegenzuarbeiten.]

Er hat erfahren, daß die unmittelbare Ritterschaft in Schwaben, Franken 4. Juli
und am Rhein damit umgehe, daß sie auch für unmittelbare Stände des Reichs erklärt und ad votum et sessionem im Reichstage zugelassen werde, und daß schon einer aus ihrer Mitte, v. Aun, deswegen an den kaiserlichen Hof geschickt sei. Da, wenn sie dieses erreichen sollten, den alten kur- und fürstlichen Häusern, deren Autorität schon durch die Rezeption verschiedener neuer Fürsten merklich diminuiert worden, dadurch nicht geringer Abbruch zugefügt und die vota der alten fürstlichen Häuser nicht wenig balanciert, wo nicht gar mit der Zeit überwogen werden dürften, zu geschweigen von dem, was diese Immediatritterschaft etwa zum Vorteil der mittelbaren Edelleute wider ihre Landesherrschaft zu tun beabsichtigen möchte, sollen sie solches alles dort am behörigen Ort, doch mit gebührender Zirkumspektion und daß die Ritterschaft nicht eben erfahre, daß er sich der Sache angenommen habe, vorstellen und es dahin befördern, daß auf ein so importantes Werk seitens der alten fürstlichen Häuser geziemende Reflexion genommen und demselben beizeiten vorgebaut werde.

G. von Jena und C. Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 2/12. Juli 1686.

[Verzögerung der Beratung über die Exekution des Waffenstillstandes. Beschwerden der Evangelischen und des Kaisers über französische Bedrückungen.]

12. Juli Glückwunsch zu dem Vergleich wegen der schlesischen Fürstentümer [1]), sie haben von demselben hier an gehörigen Orten Mitteilung gemacht.

Das kurfürstliche Kolleg hat zwar wegen der Deliberation über die Exekution des Waffenstillstandes und was dazu gehört den Fürstlichen Vorstellungen machen lassen und ungesäumte Vornehmung dieser Dinge rekommendiert, man will aber dort bis zum Eintreffen der Instruktionen wegen des an den König von Frankreich zu richtenden Schreibens warten. Inzwischen hat der K. Sächsische [2]) namens der Evangelischen besonders über die ihrerseits erlittenen Bedrückungen von französischer Seite bei dem Grafen Crecy Beschwerde geführt, und man ist im Begriff, dem Verlangen des letzteren gemäß diese gravamina zu spezifizieren, man hat aber den Katholischen, damit es nicht den Ansehein habe, als wollte man sich von ihnen trennen, Anzeige davon gemacht.

Beifolgend ein kaiserliches Kommissionsdekret [3]), in welchem sowohl die alten Klagen wiederholt als auch über neue Kontraventionen gegen den Waffenstillstand Klage geführt wird.

G. von Jena und C. Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 16./26. Juli 1686.

[Beratung über die Exekutionstraktaten und die Reichsverfassung. Die Beschwerdeschrift über die französischen Kontraventionen. Memorial Crecy's.]

26. Juli Man scheint jetzt am kaiserlichen Hof zu wünschen, daß der Kaiser durch ein Reichsgutachten aufgefordert werde, wegen der Kontraventionen ein Schreiben an den König von Frankreich abgehen zu lassen. Sie werden in ihren votis wegen des modi indifferent sein, damit in der Sache etwas geschafft werde, und werden zugleich weiter auf ungesäumte Vornehmung der Exekutionstraktaten dringen. Im kurfürstlichen Kolleg ist auf ihre Veranlassung wieder von der Verfassung und besonders von dem quanto und dessen Determinierung geredet worden. Außer dem K. Cölnischen, der aber noch weitere Instruktion darüber einholen will, hielten alle Gesandte eine solche für nötig.

Die Evangelischen sind mit dem Aufsatz [4]) ihrer besonderen Beschwerden fertig geworden und haben ihn dem französischen Gesandten überreichen lassen.

---

[1]) Der Scheinvertrag mit dem Kaiser vom 7. Mai 1686 (v. Mörner S. 490 ff.). S. oben S. 190 f.

[2]) S. die Relation darüber vom 26. Juni (Londorp XII S. 595, Schauroth III, S. 670 ff.).

[3]) S. Londorp XII, S. 596, Pachner v. Eggenstorff II, S. 585.

[4]) S. Schauroth III, S. 672 ff.

Dieser hat ein neues Memorial [1]) eingegeben, in dem er die gegen Frankreich wegen Verletzung des Waffenstillstandes erhobenen Beschwerden zu diluieren sucht und das Reich beschuldigt, daß man die Exekutionstraktaten nicht vornehme.

G. v. Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 5./15. August 1686 [2]).

[Verzögerung der Beratungen durch die Verhandlungen zu Augsburg. Klagen über die Kreierung neuer Fürsten.]

Der punctus securitatis wird hier gar nicht mehr so wie vor etlichen Monaten 15. Aug.
urgiert, es mag vielleicht auf die zu Nürnberg und Augsburg gepflogenen Assoziationstraktaten [3]) reflektiert werden, allein es scheint, daß dies Werk nicht so bald den intendierten Effekt und die Maturität erlangen wird. Es ist auch partikular und kann schwerlich universal werden, weil nicht alle Kreise und Stände dareintreten und sich deshalb leicht entschuldigen können, bei der allgemeinen Reichsverfassung aber mag sich niemand eximieren.

Das Suchen der Reichsritterschaft wird jedenfalls auch jetzt ebensoviel Hindernisse finden wie früher, er wird es fleißig observieren und dagegen laborieren. Wegen der überhand nehmenden Kreiernng neuer Reichsfürsten und deren Einführung ad sessionem et votum tragen die meisten alten Fürstenhäuser große Sorge, und man ist dabei, dagegen zu negotiieren. In Österreich und Bayern sind fast keine Edelleute, sondern lauter Freiherren und Grafen, die nach noch höheren Würden streben, aber meist nur sehr geringe Einkünfte haben, sie nehmen auch solche Dienste an, die früher mit dem Grafen- und Herrenstand nicht kompatibel waren.

G. von Jena und C. Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 6./16. August 1686.

[Meinungsverschiedenheit im Kurfürstenkolleg über das an den König von Frankreich zu richtende Beschwerdeschreiben.]

Wegen des Schreibens an den König von Frankreich ist unter den Kur- 16. Aug.
fürstlichen eine Spaltung eingetreten. Die drei Geistlichen verlangen, daß in dem Schreiben auch der Ort der Exekutionstraktaten benannt werde, da sonst, wenn man nicht zugleich dieses vornehme, den Gravierten nicht geholfen werden könne. Der andere Teil, Bayern, Sachsen und Pfalz, dagegen meinen, die Exekutionstraktaten sollten zwar in alle Wege vorgenommen werden, man sollte aber doch zuvor ohne Benennung des Orts der Traktaten schreiben, zumal es die Gravierten besonders wünschten. Da es nun auch bei dem größten Teil der Fürstlichen nicht

[1]) S. Londorp XII, S. 602 f.
[2]) Vollständig abgedruckt bei Fester, Die Augsburger Allianz S. 160 ff.
[3]) S. ebendaselbst S. 13 ff., 57 ff.

dazu zu bringen ist, daß man die Exekutionstraktaten sobald wirklich angreife und den Ort in dem Schreiben an den König von Frankreich zugleich benenne, so müssen sie ohne bestimmten Befehl an sich halten, zumal ihre Abstimmung die Entscheidung im kurfürstlichen Kolleg herbeiführen wird. Sie bitten daher um Instruktion, zu welchem Teil sie sich schlagen sollen [1]).

G. von Jena und C. Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regensburg 27. August/6. September 1686.

[Beilegung des Zerimonialstreits. Fortgang der Beratungen.]

6. Sept. Der K. Mainzische, Schäffer, hat im Kurfürstenkolleg mitgeteilt, daß er bei dem Bischof von Passau gewesen und diesem, bei dem sich auch Graf Windischgrätz befunden habe, die vier Gutachten übergeben habe. In Cerimonialibus wäre es so gehalten worden wie früher, die kaiserliche Kommission hätte sich bedankt und sich erboten, die Gutachten dem Kaiser zu übersenden und die Fazilität, die das Kurfürstenkolleg darin, daß das commercium wieder eröffnet worden, gezeigt habe, zu rühmen. Da so jetzt viel besser zu den ordentlichen Reichsdeliberationen geschritten werden kann, so wird man vor allem den Punkt der Exekutionstraktaten des armistitii vornehmen, das Kurfürstenkolleg hat auch dem fürstlichen schon anzeigen lassen, daß es bereit sei, sich über dessen letzte Deklaration positiv zu erklären, wenn die Fürstlichen imstande wären, darüber zu deliberieren. Die fürstlichen Direktoren aber haben wieder erklärt, daß man in diesem Kolleg vor der Rückkehr des K. Bayrischen, Burgundischen und Schwedischen aus Nürnberg nichts vornehmen werde.

G. von Jena und C. Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regensburg 1./11. Oktober 1686.

[Erörterung im kurfürstlichen Kollegium über die Admission neuer Fürsten.]

11. Okt. Als im kurfürstlichen Kollegium die Introduktion des Fürsten von Waldeck, welche in einem Reichsgutachten empfohlen und vom Kaiser gebilligt war, von dem K. Mainzischen vorgebracht wurde, erinnerte K. Brandenburg daran, daß Oettingen, dessen Aufnahme viele Jahre zurückgestellt geblieben, auch endlich zu admittieren sei, und als ein Katholischer darauf antwortete, damit könnte nicht eher verfahren werden, bis ein neuer katholischer Fürst eingeführt und so die Parität beobachtet werde, regierte K. Brandenburg, zählte die seit 1648 admittierten neuen Fürsten auf und zeigte, daß deren 11 katholische (Hohenzollern, Eckenberg, Lobkovitz, Salm, Dietrichstein, Nassau-Hadamar, Piccolomini, Auersberg, Porcia, Fürstenberg und Schwarzenberg) und nur 3 evangelische (Nassau-

[1]) Kf. erwidert (d. Rüdersdorf 9./19. September 1686), er halte für das diensamste, daß in dem Schreiben der König von Frankreich ersucht werde, Crecy oder jemand anders zu beauftragen, darüber zu verhandeln, und zwar möglichst bald in Regensburg, wo am schleunigsten die emergentia eingeholt werden könnten.

Siegen, Ostfriesland und Waldeck) wären, und schloß daraus, daß, ehe ein Katholischer einzulassen, 8 neue evangelische Fürsten introduziert werden müßten, und bemerkte, nachdem ein kurzer Wortwechsel vorgegangen, es sei Gottlob in Deutschland noch nicht so beschaffen, daß man dort, wie in Frankreich mit dem Edikt von Nantes geschehen, den westfälischen Frieden kassieren könnte. Die Katholischen wurden dadurch stutzig und still und etwas konfundiert. Sie hoffen, daß so Oettingen seine Admission erreichen und die Katholischen von dem Verlangen, daß zugleich ein Katholischer zu introduzieren sei, abstehen werden. Wenn sonst die alten evangelischen Häuser die Zulassung neuer Fürsten sollten verhindern wollen, könnten sie aus dem Obigen Anlaß nehmen und auf Parität der Religionen bestehen.

Beifolgend ein kaiserliches Kommissionsdekret [1]) wegen des französischen Fortifikationsbaus in Hüningen [2]).

G. von Jena und C. Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regensburg 8./18. Oktober 1686.

[Beratung über ein Reichsgutachten wegen Wiederaufnahme der Exekutionstraktaten, der Grenzscheidung und der securitas imperii.]

Nachdem nicht nur das kurfürstliche Kolleg, sondern auch viele andere vor- 18. Okt.
nehme Stände die Reassumption der Exekutionstraktaten des armistitii et limitum verlangt, die K. Mainzische Gesandtschaft auch darüber mit den Österreichischen geredet und diese erklärt haben, daß sie nicht darauf antragen könnten, daß diese Traktaten hier vorgenommen werden sollten, daß der Kaiser aber, wenn ein Reichsgutachten darüber ergehen würde, dem nicht entgegen sein würde, ist im kurfürstlichen Kolleg darüber wieder geredet und beifolgender Schluß [3]) verglichen und dem fürstlichen Kolleg mitgeteilt worden. Dieses hat verlangt, daß auch zugleich der Vorschlag, diese Exekutionstraktaten hier in Regensburg zu führen, hinzugefügt werde, was wohl geschehen wird. Da des punctus securitatis in diesem Gutachten nicht wohl gedacht werden konnte, so soll darüber ein besonderes abgefaßt und beide zugleich der Kaiserlichen Kommission übergeben werden.

[1]) S. Londorp XII, S. 618, Pachner v. Eggenstorff II, S. 598 f.

[2]) Kf. erwidert darauf (d. Potsdam 23. Oktober/2. November 1686), die Errichtung des Forts bei Hüningen sei eine handgreifliche, inkontestable Verletzung des Münsterschen und des Nimweger Friedens sowie auch des Waffenstillstandes, und es sei billig, daß seitens des Reiches alle diensame Mittel, um dieses abzustellen, angewandt würden, sie sollten daher es befördern helfen, daß, wenn wegen der übrigen gravamina an Frankreich geschrieben werde, dieser Punkt besonders betont und seine Redressierung gefordert werde.

[3]) Sie übersenden 22. Oktober/1. November die beiden in diesen Angelegenheiten vereinbarten Reichsschlüsse (s. Londorp XII, S. 618 f., Pachner v. Eggenstorff II, S. 601 f.).

G. von Jena und C. Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regensburg 5./15. November 1686.

[Das Reichsgutachten in der Quartierangelegenheit. Verwendung für die Treffenegger.]

15. Nov. Sie haben die von vielen stark urgierte Vorbringung des Quartierwesens, nachdem man sie versichert, daß Kf. darin nicht genannt und sein Respekt gebührend beobachtet werden solle, vor sich gehen lassen müssen. Aus dem Reichsgutachten [1]) ist auch zu ersehen, daß der Effekt dessen, was man ihnen versprochen hatte, erfolgt und daß in demselben nichts dem Interesse des Kf. zuwider enthalten ist. Sie haben auch in beiden Kollegien die Satisfaktionssache des Kf. vorgestellt, auch mit dem cellischen Gesandten, als Interimsbevollmächtigten von Hannover, in dieser Sache fleißig kommuniziert und sich seiner Sache angenommen.

Unter den Evangelischen hat man dieser Tage von dem Memorial der Treffenegger, in dem sie hauptsächlich um Zurückgabe ihrer Kinder bitten, geredet und vorgeschlagen, deswegen abermals an den Erzbischof von Salzburg und auch an den Kaiser zu schreiben [1]). Man meint auch, daß es größeren Nachdruck haben würde, wenn die Prinzipale deswegen selbst an den Erzbischof schrieben.

Der Kurfürst an die Gesandten. D. Potsdam 6./[16.] November 1686.

[Auf die Relation vom 22. Oktober/1. November. Mißbilligung der Erwiderung Crecy's auf die Beschwerdeschrift der Evangelischen, Verlangen, daß von Reichs wegen nachdrücklich dagegen aufgetreten werde.]

— Im übrigen haben wir nicht ohne die höchste Verwunderung ersehen, was vor eine nachdenkliche und zugleich fast spöttische Antwort [2]) der französische Plenipotentiarius Comte de Crecy wider die bekannte gravamina der Evangelischen eingebracht, und ist woll hochlich zu verwundern, daß, da in dem armistitio denen Evangelischen in den reunirten Landen liberrima dispositio — über ihre Kirchen und Schulen sambt allem, was davon dependiret, ausdrücklich vorbehalten wird, gedachter Plenipotentiarius sich nicht entsehen, diesen armen Leuten es vor eine große von seinem Könige ihnen widerfahrende Obligation anzunehmen, daß ihnen noch ein Stück von solchen Kirchen gelassen und nicht mehr als nur die Chöre ihnen entzogen werden. Weiln aber hieraus genugsam zu sehen, wie es an französischer Seite gemeint, und daß, wenn man nicht wahren Ernst bei der Sache zeigte, nicht allein keine Remedirung zu hoffen, sondern an deren Statt nur Spott und Hohn zu gewarten, als habt Ihr mit denen dort anwesenden evangelischen Gesandtschaften dieserwegen zu communiciren und fleißig vorzu-

[1]) S. die Interzessionsschreiben an den Erzbischof und an den Kaiser vom 16./26. und 15./25. Dezember 1686 (Schauroth III, S. 696 ff.).

[2]) S. Londorp XII, S. 618 f., Pachner v. Eggenstorff II, S. 600 f.

stellen, wie hochnötig es sei, diese Sache woll zu Herzen zu fassen und auf solche Mittel zu gedenken, wodurch nicht alleine diesen bedrückten Glaubensgenossen Trost und Hülfe eum effectu geleistet, besonderen auch das Präjudiz, welches aus dieser dem ganzen evangelischen Wesen so höchst schädlichen Distinction zwischen Kirche und Chor, wodurch der Effect aller Religionsverträge und des Instrumenti pacis avertiret und zernichtet wird, abgekehret werden könne. Jedoch werdet Ihr darunter mit solcher Behutsamkeit zu verfahren wissen, daß gedachter Comte de Crecy davon keine Nachricht erlange und alle invidia dieserwegen nicht auf uns falle, besondern was gut gefunden wird communi nomine aller Evangelischen geschehe, zumalen man uns denn schon ohne dem am französischen Hofe imputiren wollen, als ob wir uns fast allezeit à la teste derjenigen stelleten, welche einige Klagten über selbige Cron im Reich zu haben vermeinten. Es wird auch dasjenige, was man dieser gravaminum halber weiter etwa vornehmen möchte, notwendig dergestalt eingerichtet werden müssen, daß es nicht scheine, als ob es ad instantiam dieser armen Leute geschehe, maßen dann in gedachter französischer Antwort genugsam angezeigt wird, wie man solchenfalls mit denjenigen, so einige Zuflucht beim Reiche suchen, umbspringen wolle, und ist auch das Reich als compaciscens armistitii ohne dem genugsam bemechtiget, aus eigener Bewegnus dieser Contraventionen halber zu sprechen und auf deren Abstellung zu dringen. —

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Potsdam 9./[19.] November 1686. Conc. P. v. Fuchs.

[Die Quartiersache. Mahnung zur vorsichtigen Abfassung des Beschwerdeschreibens an den König von Frankreich.]

In der Quartiersache haben sie wie bisher darauf zu sehen, daß sie entweder 19. Nov.
gar nicht zur Deliberation komme oder wenigstens in dem deshalb erfolgenden Reichsgutachten ihm nichts zum Präjudiz gereiche. Sie haben dem K. Mainzischen Direktorium vorzustellen, daß es ihm sehr sensibel fallen würde, wenn man mit dieser Quartiersache so sehr eilen, dagegen seine schon seit langer Zeit dort in Umfrage stehende Lockumsche und andere Angelegenheiten derselben nachsetzen sollte [1]).

[1]) Kf. befiehlt der Gesandtschaft 14./24. November 1686, dem K. Mainzischen Direktorium und an anderen dienlichen Orten das Unrecht, das ihm durch den Reichsschluß wegen der Quartiersache widerfahren sei, vorzustellen und zu verlangen, daß mit Zurücksetzung aller anderen Materien zuerst seine Satisfaktionssache vorgenommen werde. Er wiederholt 28. November/8. Dezember diesen Befehl und fügt hinzu, wenn diese Angelegenheit weiter trainiert werden sollte, so sollten sie öffentlich erklären, daß er dann bei den Reichsdeliberationen mit seinen votis nicht weiter konkurrieren und auf andere Weise zu seiner Befugnis zu gelangen genötigt werden würde.

Aus beiliegendem Extrakt eines Schreibens Spanheims[1]) werden sie sehen, daß man sich in Frankreich über einige Ausdrücke in dem Schreiben, welches der gravamina halber an den König abgehen soll, beschwert und droht, im Fall ein solches Schreiben einkommen sollte, werde Creey abberufen werden. Er ist leider mehr als zuviel überzeugt, daß man große Ursache habe, über Frankreich zu klagen, doch findet er nicht ratsam, jetzt, wo das Reich noch nicht in genügender Verfassung steht, Frankreich zu chokieren und ihm zu fernerer offense Ursach zu geben. Sie sollen daher dahin wirken, daß, wenn dort das Projekt eines solchen Schreibens gemacht werden sollte, es in glimpflichen terminis abgefaßt und zunächst aller Prinzipalen Approbation eingeholt und daß überhaupt bei noch währendem Türkenkriege Frankreich kein Anlaß zur Ruptur mit dem Reiche gegeben werde[2]).

Der Kurfürst an v. Jena. D: Potsdam 11./21. Januar 1687. Conc. Fuchs.

[Befehl, dahin zu wirken, daß der Waffenstillstand innegehalten und dem Reich keine neuen schweren Bedingungen auferlegt werden.]

21. Jan. Er übersendet ihm ein Schreiben des Kaisers[3]), aus dem dessen Besorgnis, daß Frankreich im bevorstehenden Frühjahr mit dem Reich in Ruptur zu treten beabsichtige, zu ersehen ist, seine Antwort[4]) darauf und ein darauf bezügliches Reskript an v. Spanheim[5]).

Gleichwie nun dem gesamten Reich zum höchsten daran gelegen, daß dasselbe bei denen in dem armistitio ausgesetzten Limit- und Friedenstractaten von der Cron Franckreich nicht übereilet oder zu Eingehung mehrerer praejudicierlicher Conditionen auf die Weise, wie es bei ermeltem armistitio practisiret worden, angestrenget werden möge, als befehlen Wir Euch hiemit in Gn., wann in dem churfürstl. collegio aldort von dieser Materie gesprochen wird, unsere desfalls führende Meinung und was Wir bereits darinnen getan zu eröffnen und alles möglichen Fleißes es dahin zu befördern, daß auch unsere sämbtliche Mitchurfürsten sich der Sache gleich und ernstlich annehmen und bei I. K. M. in Franckreich ihre officia dahin ankehren mögen,

[1]) S. die Relation Spanheims vom 29. Oktober/8. November 1686 oben S. 299.

[2]) S. auch das bei Fester, Die Augsburger Allianz, S. 163 f. abgedruckte Schreiben des Kf. von demselben Datum, in dem gegenüber dem aufreizenden Vorgehen Hohenlohe's trotz aller Mißbilligung des Verfahrens Frankreichs zur Mäßigung und Verhütung einer Ruptur gemahnt wird. Auch am 17./27. November erneuert er auf Grund neuer beunruhigender Nachrichten aus Frankreich diesen Befehl mit dem Bemerken, man müsse das erlittene tort so lange dissimulieren, bis man imstande sei, darüber nicht nur frei zu sprechen, sondern auch „zur Sache zu tun".

[3]) S. oben S. 214.

[4]) S. ebendaselbst.

[5]) S. oben S. 303 f.

damit dem Reich seine durch das armistitium so teuer erworbene Ruhe wenigstens auf die darin determinierte Zeit gegönnet und keine neue conditiones, zu deren Anmutung Franekreich durante armistitio in keine Weise berechtiget ist, abgenötiget und aufgedrungen werden mögen, welches dann umb so viele billiger ist, weil I. Kays. M. sich bereits zue Antretunge eines Limitentractats erkläret, und man ja bei demselben die Sachen, so keinen Verzug leiden, abhandeln und ausmachen kann. Im übrigen aber habt Ihr diese Sache Euren Pflichten gemäß aufs höchste zu secretiren. —

G. von Jena [1]) an den Kurfürsten. D. Regensburg 21./31. Januar 1687.

[Auf das Reskript vom 11./21. Besprechung mit dem K. Cölnischen und K. Mainzischen, gemachte Vorschläge.]

Er hat vorläufig mit dem K. Cölnischen und dem K. Mainzischen über 31. Jan.
die Sache gesprochen. Beide sind auch angewiesen, eine Brechung des Waffenstillstandes zu verhüten, der K. Cölnische erwähnte, daß sein Herr vermutlich durch den Bischof von Straßburg bei Frankreich die nötigen Remonstrationen werde tun lassen, die K. Mainzischen verwunderten sich, daß das Schreiben des Kaisers ihrem Herrn so spät zugestellt sei. Im übrigen kamen im Diskurs vornehmlich folgende Expedientia, die man zum Teil diesseits unmaßgeblich vorgeschlagen, vor: 1. daß man die Exekution des Waffenstillstandes unverzüglich vornehme, 2. die in demselben versprochene reziproke Garantie leiste, 3. dem König von Frankreich versichere, den Stillstand von seiten des Reichs unverbrüchlich zu halten, und daß, da es mit Fassung der Resolutionen, besonders im fürstlichen Kolleg, langsam und schwer zuzugehen pflege, im Notfall das Kurfürstenkolleg allein antizipieren und die Garantie schriftlich ausfertigen solle. Es wäre wohl gut, daß das österreichische Direktorium geschwind instruiert werde, solche remedia ohne Verzug mitzubelieben, denn die Verzögerungen haben bisher, besonders beim Waffenstillstand, viel Nachteil verursacht.

PS. Von Wien ist die Nachricht gekommen [2]), daß der dortige Nuntius vom Papst Befehl erhalten, dem Kaiser zu hinterbringen, daß der König von Frankreich dem Papst zu erkennen geben lassen, daß er seine Sicherheit bei dem Reich mit dem Stillstande nicht finden könne und daher mit demselben ein beständiger Friede bis Ausgang März geschlossen werden müsse.

[1]) Eigenhändig. S. Fester, Die Abberufung Gottfrieds von Jena vom Regensburger Reichstage (Forsch. XV, S. 480).

[2]) S. oben S. 212 ff.

Der Kurfürst an G. v. Jena. D. Potsdam 30. Januar/[9. Februar] 1687.

[Auf die Relation vom 21./31. Januar. Die zur Beruhigung Frankreichs gemachten Vorschläge, Mißbilligung des letzten. Verlangen einmütigen Zusammenhaltens der Reichsstände.]

9. Febr. Er soll was er mit dem K. Mainzischen und K. Cölnischen gesprochen auch an die übrigen kurfürstlichen Gesandten bringen, damit der Schein, als ob man eine Trennung beabsichtige, vermieden werde.

Von den in Vorschlag gekommenen expedientia läßt er sich das erste, das in der Exekution des Waffenstillstandes bestehen soll, wohl gefallen, er hat deshalb schon am kaiserlichen Hofe auf schleunige Vornahme der Limittraktaten gedrungen und auch J. soll dieses dort fleißig tun. Zu der 2. vorgeschlagenen Prästierung der in dem Waffenstillstand versprochenen reziproken Garantie hat er sich schon vorher besonders verbindlich gemacht und will erwarten, wie sich die Mitkurfürsten und die anderen Stände deswegen erklären und welche Vorschläge zu wirklicher Leistung solcher Garantie sie machen werden.

Was Ihr aber 3) wegen einer schriftlichen Declaration, worin das Reich die Cron Franckreich wegen unverbrüchlicher Observierung des armistitii zu versichern erinnert werden [sic!], solches gehet unsers Ermessens zu weit, gestalt dann bekannt, daß das Reich gedachtem armistitio bisher in keinem Dinge zuwieder gehandelt, auch dessen von Franckreich selbst nicht einmal beschuldiget wird, und würde man also durch solche Declaration an Reichs Seite sich ohne Notwendigkeit nur in eine neue Verbindlichkeit setzen, ohne daß man sich dadurch von Franckreich eines gleichmäßigen versicherte, [besondern[1]) demselben gleichsamb freie Hände ließe, noch fernere Eingriffe und contraventiones vorzunehmen, ohne sich von Reichs wegen etwas zu besorgen. Ebenmäßig finden wir unseres Teiles bei so gestalten Sachen nicht diensamb, daß das Churfürstl. Collegium anticipire und à part etwas schließe, denn dieses als eine Trennunge im Reiche angesehen werden dürfte, welche bei diesem höchst wichtigen Werke allerdings, wie obgedacht, zu vermeiden. Das Exempel des armistitii quadriret hieher ganz nicht und wäre nimmermehr gut, wenn ein solcher gezwungener Friede gemachet werden sollte, welches auch jetzo nicht geschehen würde, weil die Sachen in einem ganz anderen Stande sein, wie solches überall bekannt ist]. Ihr habet demnach behutsamb in dieser Sache zu gehen und keine unzeitige ombrage von Eurer Conduite zu geben. Weshalb Ihr dieses alles sowohl mit oberwähnten und allen übrigen churfürstlichen dort anwesenden ministris als auch in specie mit der österreichischen Gesandtschaft gebührend zu überlegen und es darunter zu einer solchen Resolution zu befordern, damit zwar an einer Seite Franckreich uns und anderen Ständen nicht imputiren könne, als ob

[1]) Das Folgende bis „überall bekannt ist" von Fuchs nachträglich hinzugefügt. S. Fester a. a. O. S. 481.

wir gleichsam das classicum wider Sie anstimmeten, an der anderen aber auch alle einmütige diensame mesures zu Abkehrung dieser bevorstehenden Gefahr ergriffen und absonderlich dabei eine durchgehende Zusammensetzung aller und jeder, absonderlich aber der considerabelsten und mächtigsten Stände aufs sorgfältigste befordert und erhalten werden möge.

PS. Er hofft, daß auf die Vorstellungen des Papstes Frankreich nicht auf dem Termin des März bestehen wird, und läßt deswegen dort auch alle beweglichen diensamen Remonstrationen anwenden.

G. von Jena und C. Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 4./14. Februar 1687[1]).

[Im Kurfürstenkolleg entworfenes Projekt einer dem König von Frankreich auszustellenden Versicherung.]

Da wegen der neuen französischen Propositionen noch nichts vom Kaiser an das Reich gebracht worden ist und man erfahren hat, daß deswegen auch die Kommission noch nichts bekommen hat, so hat das Kurfürstenkolleg für nötig befunden, etwas zu Beförderung des gemeinen Bestens zu versuchen, und ist endlich auf ihr Drängen ein Projekt verfaßt worden, „daß vigore armistitii art. II. die Friedenstractaten fördersamst vor die Hand zu nehmen, inmittelst aber dem König die Versicherung zu geben, daß unter dem Vorwand der Reichs Stände gravaminum man wider ihn nichts Tätliches vornehmen, sondern das armistitium ohnzerbrüchlich zu halten erbietig sei", doch wird dieser Entwurf vielleicht noch in einigen Punkten geändert werden. Der K. Mainzische, Schäffer, hat auch bei den Österreichern wegen Vornehmung dieser Dinge wieder Remonstrationen gemacht und Scherer meint, es werde wohl bald deswegen ein kaiserliches Kommissionsdekret an das Reich kommen. 14. Febr.

G. v. Jena [2]) an den Kurfürsten. D. Regenspurg 4./14. Februar 1687.

[Auf das Reskript vom 30. Januar. Rechtfertigung des gemachten Vorschlags. Versicherung, den Befehlen des Kf. genau nachkommen zu wollen.]

Da von Wien die Nachricht eingelaufen ist, daß die Sache gar nicht so pressant und gefährlich sei, und das Reich von einem Tag zum anderen auf etwas Gewisses und Legales gewartet, dem aber bisher nichts kommuniziert worden, so ist von Reichs wegen darüber nicht einmal geratschlagt, noch weniger etwas beschlossen worden. Da seitens des Reichs alles darauf hinauslief, daß der Waffenstillstand unverbrüchlich gehalten und inzwischen dem Kaiser und Reich kein neuer ver- 14. Febr.

[1]) S. Fester a. a. O. S. 482.

[2]) Eigenhändig.

fänglicher Frieden wider Willen aufgedrungen werde, so hat er mit den Kurfürstlichen darüber geredet, und da notwendigerweise etwas vorschlagsweise aufgeworfen und dadurch zu weiterem Nachdenken Anlaß gegeben werden mußte, so ist man diesseits mit den berichteten drei Vorschlägen herausgekommen. Den dritten, die Ausstellung einer schriftlichen Assekuration seitens des Reichs, hat man nicht darum auf die Bahn gebracht, als wenn das Reich ein Haar breit von dem Waffenstillstand abgewichen, sondern nur, weil Frankreich seine neuerlichen demandes hauptsächlich darauf gründet, daß nach Beendigung des Türkenkrieges man die kaiserlichen und Reichswaffen wider Frankreich kehren werde und daß man sich dagegen präkautionieren müsse. Um diese Prätexte und Scheingründe aus dem Wege zu räumen und dem Papst und allen Puissancen zu zeigen, daß man seitens des Reichs den Waffenstillstand observieren und inzwischen wegen der gravamina mit Frankreich nur gütliche Verhandlungen pflegen wolle, kam die Assekuration in Vorschlag, die auch nichts mehr Verbindliches enthielt, als wozu das Reich sich schon verpflichtet hat. Bis jetzt ist darüber weder im kurfürstlichen noch fürstlichen Kolleg förmlich konsultiert worden, noch weniger eine Resolution erfolgt.

Eine Zusammensetzung der konsiderabelsten und mächtigsten Stände wäre das beste Mittel, sich zu garantieren, auch nicht schwer zu erreichen.

Er wird mit einem und andern, besonders auch mit den Österreichischen konferieren, doch mit solcher Behutsamkeit, daß keine unzeitige Ombrage aus seiner Konduite zu schöpfen sein wird. Da er mit allen und jeden in Freundschaft lebt und keines publiquen ministri Konversation meidet, so gibt es kein Mißtrauen, wenn er mit einem und andern auch von dieser Sache gleichsam familiari modo redet. Er versichert, daß er das ihm von Kf. bezeugte Zutrauen auch ferner durch möglichste Exaktität und Fidelität zu erhalten sich bemühen wird. Wenn er aber der großen Potentaten ministrorum, welche differente oder gar konträre Meinungen führen, Willen und Inklinationen nicht ein Genüge leisten kann, so wird Kf. ihn hoffentlich entschuldigt halten, da er nur ihm verpflichtet ist und seinem Befehl und Interesse primario Obedienz leisten muß.

Der Kurfürst an G. v. Jena. D. Potsdam 7./[17.] Februar 1687.

[Vorschläge inbetreff der vom Reich zu Erhaltung des Friedens anzuwendenden Maßregeln.]

17. Febr. Da es sich zu mehrerer Weitläufigkeit anzulassen scheint, so übersendet er ihm seine Reskripte an v. Canitz[1]) und v. Spanheim[2]) und ein Schreiben an K. Sachsen. J. hat sich danach zu richten, seine Vorstellungen im kurfürstl. Collegio, bei der österreichischen Gesandtschaft und sonst dem ersteren gemäß einzurichten und es zu befördern, daß man auf Seite des Reichs in standhafter Einmütigkeit diese Sache wohl zu Herzen nehme und mit möglichster Verhütung aller schädlichen Trennungen solche mesures darunter ergreife, damit diese bevor-

[1]) S. oben S. 214.
[2]) S. oben S. 204 f.

stehende neue Friedenshandlung nicht einen so schlechten Ausgang wie die Nimwegische und die Waffenstillstandstraktaten nehme, sondern das, was damals dem Reich zum Despekt und Präjudiz vorgegangen, redressiert und wieder hereingebracht werde. Doch befiehlt er ihm auf seine Pflicht, sich solcher Behutsamkeit zu gebrauchen, daß der dortige französische Gesandte von dieser Instruktion keine Nachricht erhalte [1]).

Der Kurfürst an G. v. Jena. D. Potsdam 10.[20.] Februar 1687.

[Die neuen französischen Forderungen. Mahnung zur Vorsicht.]

Mitteilung des Berichts Spanheims [2]) über das, was wegen der von Frank- 20. Febr.
reich am päpstlichen Hofe vorgeschlagenen Friedenskonditionen, besonders bei der Audienz des Nuntius Ranucci, vorgegangen ist. Sie sollen sich dieser Information gebührend bedienen und berichten, wie dort die Sache konsideriert wird und was man besonders wegen der französischerseits von dem Reich verlangten näheren Erklärung wegen der künftig nach Beendigung des Türkenkrieges zu befahrenden Offension im kurfürstlichen und fürstlichen Kolleg für Gedanken führt.

Weshalb [3]) Ihr Euch dann allerdings in denen Euch bereits vorgeschriebenen terminis und Schranken zu halten und mit solcher Circumspection in dieser Sache zu verfahren, damit wegen unserer Conduite niemanden einige ombrage gegeben, am allerwenigsten aber des Reichs Interesse und Sicherheit einig Präjudiz zugezogen werde, wie wir dann absonderlich hiernegst zu vernehmen verlangen, wohin I. Kays. M. Meinung und Gedanken ratione der von Franckreich (wiewoll unsers Ermessens ohn einzige Not) begehrten Assecuration zielen. —

[1]) Kf. übersendet Jena 12./22. Februar den Bericht Spanheims vom 10. Februar (s. oben S. 304) über dessen Unterredung mit Croissy und sein Reskript an v. Canitz vom 12./22. Februar (oben S. 217) und befiehlt ihm, daraus dem Kurfürstenkolleg und der österreichischen Gesandtschaft mitzuteilen, worauf es jetzt ankomme, und ihnen dabei seine, des Kf., Sentimente, vorzustellen. Solche, die denselben nicht zustimmten, werde man versuchen müssen, per rationes zu gewinnen, damit eine Trennung verhütet werde.

[2]) S. die Relation Spanheims vom 31. Januar/10. Februar 1687 (oben S. 304).

[3]) Die Stelle lautete in dem ursprünglichen, nachher von Fuchs geänderten Wortlaut: „gestalt dann solche Versicherung, im Fall es dazu kommen sollte, nach dem Inhalt dessen, was wir Euch unterm 30. Jan. jüngsthin in Gn. rescribiret, billig dergestalt einzurichten, damit nicht allein der König von Franckreich wegen der vom Reich, wie woll ganz unnötiger Weise, befahrenden Offension gnugsam gesichert, sondern auch dem Reich gegen Franckreich reciproce ebenmäßige Sicherheit verschafft werde".

Der Kurfürst an G. v. Jena. D. Potsdam 15./[25.] Februar 1687 [1]).

[Auf die Relation vom 4./14. Februar. Tadel wegen dieses Berichtes und des im Kurfürstenkollegium vorgeschlagenen Projektes. Befehl, seine Fehler zu redressieren und von der erhaltenen Ordre Mitteilung zu machen.]

25. Febr. Auch haben wir — daraus ungern und mit ungnädigstem Mißfallen wahrgenommen, daß Ihr in dem bekannten wichtigen negotio pacis, armistitii et tractatuum mit Franckreich ein und andere Demarchen und Vorstellungen getan, wozu Ihr teils von uns ganz keinen und zum Teil anderen und differenten Befehl gehabt. Anfänglich und 1. hättet Ihr von demjenigen, was Eurem summarischen Berichte nach in collegio Electorali vorgangen, nicht mit solchen concisen und weinig Worten, sondern vermittelst eines extractus protocolli an uns i. U. referiren sollen, damit wir daraus eigentlich ersehen können, wohin eines jeden Churfürsten in particulari Gedanken und Meinung gegangen —.

Zweitens ist uns überaus mißfällig zu vernehmen gewesen, daß Ihr ein so präjudicierliches Project, davon Ihr die formula überschrieben, von unseretwegen ohne einzige desfalls von uns gehabte Instruction und Befehl im Churfürstl. Collegio proponiret, ja, wie Eure eigene formalia lauten, solches durch Euer bewegliches Vorstellen und Urgiren befordert.

Dann (3) wird in solchem Project erwähnet, daß die Friedenstractaten fordersambst mit Franckreich vor die Hand genommen werden sollen, welches uns zwar wie auch dem Reich endlich nach Einhalt des II. articuli armistitii nicht zuwider sein muß, man hat aber bei denen jetzigen Conjuncturen verschiedener bekannter Ursachen halber ganz keine Ursach, a parte imperii deshalb etwas in Vorschlag zu bringen, weiniger es mit solchem empressement zu urgiren.

4) Was die Versicherung betrifft, welche dem Könige in Franckreich zu geben sein möchte, desfalls haben wir Euch bereits jüngsthin ausführlich rescribiret und angezeiget, worin Ihr auch darin zu weit gegangen und was für Präjudiz dem Reich und absonderlich denen gravirten Ständen daraus erwachsen müßte. Ihr werdet (5) Euren hierunter begangenen Fehler nunmehr desto mehr erkennen, nachdem Ihr aus der Beilage des heutigen rescripti zu ersehen habt, daß von französischer Seite selbsten nicht einmal ein so präjudicierliches Project entworfen, sondern man weit bessere und fürträglichere conditiones laut special Beilage — ins Mittel gebracht —.

6) Tut Ihr auch keine Erwähnung, welche Gesandte dergleichen Project approbiret und welche es zum weitern Bedenken genommen, so Ihr doch billig u. berichten sollen.

[1]) S. Fester a. a. O. S. 486. Pagès, Le Grand Electeur et Louis XIV. S. 594.

7) finden wir garnicht diensamb und weder ex utilitate noch ex dignitate Imperii, daß man dem frantzösischen Gesandten hievon unter der Hand Nachricht gegeben, als welcher sich dessen zum Präjudiz und Nachteil des Reichs außer Zweifel gebrauchen und die Handlung dadurch noch schwerer machen wird.

8) Muß uns auch notwendig aus sotaner Conduite eine sehr nachteilige Reputation entstehen, daß wir de fatis imperii auf eine so schädliche und präjudicierliche Weise gleichsamb zu disponieren uns unterstehen, da wir doch anjetzo mehr als jemalen Ursach haben, unsern Credit beim Reich und das gute Vernehmen mit I. Keys. M. und unsern Mitchurfürsten und Ständen aufs allersorgfältigste zu menagieren.

Wir besorgen hieraus allerhand schädliche Effecten und Sequelen, welche Ihr allenfalls schwer zu verantworten haben werdet, sonderlich wofern das Werk nicht bald redressiret und in einen andern Stand gesetzet werden sollte, wohin Ihr dann Euch äußersten Vermögens zu bemühen und die bisherige Fehler und Übereilung zu redressiren Euch angelegen sein lassen werdet. —

PS. Er soll aus dieser importanten Sache mit allen kurfürstlichen, besonders dem k. trierschen, k. bayrischen und k. sächsischen Gesandten und auch mit den kaiserlichen ministris ausführlich reden und ihnen alle Nachricht, was dabei vorgegangen und was für Ordre er jetzt erhalten hat, mitteilen, damit sie allerseits von der Sinzerität der Konduite des Kf. desto mehr persuadiert werden.

G. v. Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 17./27. Februar 1687 [1]).

[Bitte um seine Abberufung.]

Kf. hat früher [2]), als er um seine Erlassung von hier gebeten, darauf die Reso- 27. Febr.
lution erteilt, daß sein Dienst und die Konjunkturen seine Gegenwart hier höchstnötig erforderten, wodurch ihm gleichsam ein silentium und Obedienz auferlegt worden ist.

Nachdem sich aber mit der Zeit alle Dinge zu verändern pflegen, also erkühne mich, wenn ich zuvor umb gnädigste Vergönstigung mit tiefster Reverenz gebeten, hiemit gleichsam von ferne und mit ersinnlicher Modestie anzuklopfen und meine gnädigste Dimission von hinnen anderwärtig zu suchen. Solche zu erlangen trage Bedenken mit An- und Ausführung der sich ereigenden Ursachen beschwerlich zu fallen, bevorab ich mich nicht so sehr darauf als auf E. Chf. D. mir und meinem sel. Bruder von 30 bis 40

---

[1]) S. Fester a. a. O. S. 486, 488.

[2]) S. oben S. 384.

Jahr großmütiglich ununterbrochene Gnade, Milde und Güte mich untertänigst gründe. —

G. von Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 21. Februar/3. März 1687.

[Zurückweisung der gegen ihn von kaiserlicher Seite her erhobenen Beschuldigungen.]

3. März Von Wien her hat er erfahren, daß der kaiserliche Hof sich über ihn beschwert habe [1]), er ließe in seinen votis eine große Zuneigung zu Frankreich spüren und er habe den Vorschlag gemacht, man möchte zur Versicherung, daß man seitens des Reichs während des Waffenstillstandes nichts gegen Frankreich vornehmen wolle, einige Plätze an dasselbe abtreten. Dies ist eine boshafte Verleumdung, wie das beifolgende Attest [2]) des kurfürstlichen Kollegs beweisen wird. Er stellt Kf. anheim, ob dieser durch seinen in Wien befindlichen Minister Erkundigungen anstellen wolle, woher diese Behauptung stamme. Seit 1679 haben sich beständig Leute gefunden, die ihm nicht vergessen und vergeben können, daß er damals die Wahrheit gesagt und die Unbilligkeit des Verfahrens gegen Kf. vorgestellt hat, die ihn daher in Verdacht und in Ungnade und von Regensburg fort zu bringen suchen, obwohl die kaiserlichen Minister ihm immer höflich begegnet sind. Er bittet daher Kf., die Sache zu remedieren und zu dispensieren, daß er die kurze Zeit, die er noch hier sein muß, mit allen Frankreich betreffenden Dingen nichts zu tun habe und, wenn davon gehandelt wird, sich der collegia enthalte.

Der Kurfürst an G. v. Jena. D. Potsdam 22. Februar/[4. März] 1687 [3]).

[Tadel seines Verhaltens, Abberufung.]

4. März Wir haben aus Eurer Relation vom 11/21. huius mit nicht wenigerm Mißfallen als aus Eurer vorigen die Continuation Eurer irregularen und sowoll unserer Reputation und Interesse als auch unserer Intention zuwider lauffenden und mit denen Euch erteilten Instructionen zumaln nicht übereinstimmenden Conduite mit mehrem wargenommen. Ihr wisset, mit

[1]) S. Fester a. a. O. S. 474 ff.

[2]) In diesem von der K. Mainzischen Kanzlei 1. März 1687 ausgestellten Attest wird ihm bezeugt, daß er „obige Reden, daß nemblich dem König in Franckreich einige Plätze abzutreten, weder in seinen votis noch außer denselben in collegio geführet oder dergleichen vorgeschlagen habe", daß man in der Sache noch garnicht so weit vorgeschritten sei, keine Konsultation darüber gehalten, noch weniger eine Resolution gefaßt habe, und daß diese Beschuldigung „von einem frechen, unverschämten und boshaften Kalumnianten erdacht und verbreitet sein müsse".

[3]) S. Fester a. a. O. S. 486.

was für schweren Pflichten wir wegen unsers tragenden hohen Churf. Amts und Würde dem Reich verbunden und mit was Eifer und Sorgfalt Wir für dessen Dignität und Sicherheit Zeit unserer geführten Churf. Regierung, auch absonderlich so lang der aldortige Reichstag gewähret hat, gesorget und wie hoch Wir solches alles gebührend zu befordern und zu vindiciren uns angelegen sein lassen, deswegen Wir denn fast nicht begreifen können, auf was Art und Weise Ihr auf so schädliche consilia und gefährliche Irrunge gebracht worden, finden dannenhero auch desto nötiger, wegen Fortsetzung einer so wichtigen Negotiation, davon des ganzen Römischen Reichs Respect, und Wohlfahrt dependiret, andere Vorsehung zu tun, und haben solchem nach zuforderst resolviret, Euch von dannen zu avociren. Wir befehlen Euch deswegen hiermit ernstlich, Euch hinfüro aller Negotiation von unsertwegen aldorten zu enthalten und Euren Abschied forderlichst zu nehmen, Eure Sachen auch darnach anzustellen, damit Ihr ohngesäumt Eure Abreise antreten und werkstellig machen möget. Euren Weg habt Ihr auf Halle zu nehmen und daselbst unsres ferneren Befehls gewärtig zu sein. —

Der Kurfürst an G. v. Jena und Schönbeck conjunctim. D. Potsdam 22. Februar/[4. März] 1687.

[Auf die Relation vom 11./21. Februar. Tadel ihres Verhaltens. Abberufung Jena's.]

Die Sache ist von solcher Wichtigkeit, daß sie darüber hätten umständlicher 4. März
berichten und wenigstens das Protokoll des kurfürstlichen Kollegs einschicken sollen. Er erwartet dieses und Jena's Verantwortung, wie und warum er sich unterstanden, ohne Instruktion und Befehl ein so schlimmes und dem Reiche so nachteiliges Projekt aufs Tapet zu bringen und dessen Approbierung in des Kf. Namen so eifrig zu urgieren. Aus seinem früheren Reskript wird J. die Ursachen seines Mißfallens ersehen haben, dasselbe ist durch seine jetzige Relation nur noch vergrößert worden, da er daraus wahrgenommen, daß er das von dem französischen Gesandten zu Rom übergebene Memorial zum Fundament seines Projekts gemacht und dessen Inhalt noch mehr exasperiert und odieuser gemacht hat, während doch französischerseits [1]) dieses Memorial nicht avouiert, sondern weit mildere und zuträglichere Formalia vorgeschlagen sind. Er hat daher gut gefunden, Jena von dort abzuberufen, vorläufig soll Schönbeck seine vota in beiden Kollegien führen und sich dabei, so viel es sich schicken will, v. Metternichs [2]) gebrauchen.

[1]) S. Spanheims Bericht vom 25. Februar/7. März 1687 oben S. 308 f.

[2]) S. oben S. 383.

Der Kurfürst an G. v. Jena und Schönbeck. D. Potsdam 23. Februar/[5. März] 1687 [1]).

[Auf Jena's Relation vom 14./24. Februar. Nichtanerkennung seiner Rechtfertigung. Abberufung vom Reichstage.]

5. März —Wir lassen solches zwar an seinem Ort gestellet sein, können aber dabei nichts Solides noch Beständiges finden, welches Eure in dieser wichtigen und des ganzen Reichs Wohlfahrt wie auch unsere hohe Reputation und Interesse concernierenden Sache geführte Conduite genugsam excusieren, weiniger justificieren könnte, sondern daß Ihr Euch unsers hohen Namens und Caracters ohne einzige von uns gehabte Ordre und Befehl bei Formierung einer so nachteiligen und schimpflichen Proposition mißbrauchet und uns in einen so beschwerlichen unverdienten Verdacht in dem Reich gebracht, ja, welches das allerschlimmste und unverantwortlichste ist, zum Fundament Eurer Proposition die vom französischen Ambassadeur zu Rom übergebene Memorialia geleget und deren Inhalt noch schärfer und odieuser vorgestellet, als sie selbst gewesen. —

Ihr könnet hieraus wie auch aus anderen Umständen selbsten leicht urteilen, wie viele wichtige und erhebliche Ursachen wir hätten, Euch dieserwegen zu schuldiger Verantwortung zu ziehen, und wie schwer es Euch fallen würde, dergleichen Dinge zu justificieren — Wir wollen aber unserer angeborenen Clemenz nach die Milde und Güte vorziehen und uns damit vergnügen, daß Ihr von dorten förderlichst Euren Abscheid nehmet und Euch nacher Halle zu Respicierung Eurer daselbst habenden Function und Charge begebet. —

G. von Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 25. Februar/7. März 1687.

[Hinweis darauf, daß er das Projekt nicht gemacht und den Bericht nicht konzipiert hat, Verzicht auf weitere Rechtfertigung, Bitte um Verzeihung.]

7. März Wiewohl er nicht der Konzipient der Relation vom 4./14. Februar ist und daher die Verantwortung des Inhalts nicht ihm allein obliegen wird, hat er doch die expressiones in dem ungnädigen PS. vom 15./25. Februar als gehorsamer Diener mit gebührendem Respekt aufgenommen und er submittiert sich dem Kf. schlechterdings, statt zu versuchen, sich zu justifizieren, und er bittet nur in Konsideration zu ziehen, daß er jene Relation nicht konzipiert, im Negotiieren innocenter und bona fide verfahren, was daraus erhellt, daß er, was er im Diskurs vorgeschlagen, von selbst ohne Scheu berichtet hat. Da er überzeugt gewesen ist, daß es nichts enthalte, was nicht schon im Waffenstillstand stipuliert ist, zum Ruhestand des

[1]) S. Fester a. a. O. S. 486.

Reiches gereichet und daher der Intention des Kf. nicht ungemäß ist. Er und sein Kollege, der immer im Kurfürsteurat mit gegenwärtig ist, haben eine kurze Erläuterung über den Gesamtbericht vom 4./14. Februar aufgesetzt, auf den sie sich beziehen. Er hofft, daß Kf. mit Rücksicht auf seine früheren treuen Dienste diesen wider seinen Vorsatz mit anderen Gesandten begangenen Fehler (welcher aber intra nuda verba narrativa oder colloquia und Diskurse geblieben und aus denen nichts als ein non ens geworden ist) ihm verzeihen wird. Dieser unvermutete rigoroso colpo hat ihn so kommoviert, daß er die Resolution gefaßt hat, in publicis nicht weiter zu negotiieren und lieber 1000 Meilen von Regensburg entfernt als bei Kf. in Argwohn zu sein.

G. von Jena an den Kurfürsten. D. 4./14. März 1687.

[Beteuerung seiner Unschuld.]

Er übersendet ein Schreiben des Reichstagsdirektors Schäffer, in dem 14. März
dieser kontestiert, daß er und alle kurfürstlichen Gesandten ihm das Zeugnis geben können, daß er das Projekt gar nicht vorgeschlagen hat.

Wie nun der gerechte Gott meine Innocenz und Ehrlichkeit je länger je mehr aus Licht kommen lassen wird, wiewohl ich in mittelst an Seel und Leib affligiret sein muß, als ich Zeit meines Lebens nie gewesen, und es mir meine bisher beständige Gesundheit und einen Teil von meinem Leben kosten wird, als werden E. Chf. D. solchem nach und da ich wegen des Projects und dessen Consequentien ohne Schuld und excusirt bin, meine Innocenz gnädigst protegiren und nicht verhängen, daß ich ungehört verdammet sein müsse [1]).

Der Kurfürst an G. v. Jena. D. Potstam 14./24. März 1687 [2]).

[Ankündigung seiner Gnade. Befehl, sich nach Halle zu begeben.]

Wir haben Eure letztere Relationes wohl erhalten und in specie aus der 24. März
vom 4/14. Martii ersehen, was Ihr zue Eurer ferneren Justification beigebracht, und insonderheit, wie daß nicht Ihr sondern der Churmainzische Gesandter Schäffer, als welcher sich auch öffentlich dazue bekennet, Autor des so oft gedachten Projects gewesen. Gleichwie wir nun aus keiner anderen Ursache Euch unseren ungnädigen Mißfallen spüren lassen, als weil wir in den Gedanken gestanden, Ihr würdet durch Eure Conduite Anlaß geben,

[1]) Auf einem beiliegenden Zettel schreibt Meinders (nicht Fuchs, wie Fester angiebt): J'ai certes pitié de cet homme et je scais que vous n'estes pas moins touché, cher frere. J'espere qu'il sera un peu soulagé par le dernier rescript et crois qu'on luy en pouvoit par quelque peu de mots de douceur reiterer la dose. S. Fester S. 493.

[2]) S. Fester a. a. O. S. 492. Pagès a. a. O. S. 595.

daß der Friede und die nachbarliche Freundschaft zwischen dem Reiche und der Crone Franckreich unterbrochen werden und es wohl gar zur Ruptur kommen möchte, welches uns dann umb so viele mehr zue Herzen gangen, weil wir, wie Euch bekannt, nichtes höher wündschen noch verlangen, als daß sotaner Friede und nachbarliche Freundschaft von beiden Teilen unzerbrüchlich unterhalten und cultiviret werden möge, wie dann auch Franckreich selber solches zu wündschen von einer Zeit zur anderen contestiret hat, so wird uns lieb sein, wann Ihr Euch dessen, wie Ihr zu tun angefangen, entschüttet. Der beste Beweis aber, so Ihr deshalb führen könnet, wird Eure jetzige Conduite sein, ist selbige also beschaffen, daß wir damit gnädigst vergnüget sein können und keinen Unwillen daraus zu empfinden haben, so habet Ihr Euch unserer beharrlichen Gnade zu versichern, gestalt wir dann in solchem gnädigstem Vertrauen alle gefaßte Ungnade schwinden lassen werden. Im übrigen, weil Ihr so ofte Ansuchunge getan, daß wir Euch erlauben möchten, nacher Halle zu gehen, umb das Euch aufgetragene Cancellariat im Herzogtumb Magdeburgk zu bekleiden, so seind wir anjetzo umb so viele mehr Euch darunter zu erhören geneiget, weil sich Gott Lob alles zue fernerer Ruhe anlässet und in publicis die deliberationes dem Ansehen nach so wichtig oder gefährlich nicht sein werden. Ihr habet Euch demnach, so balde Ihr könnet fertig werden, nacher Halle zu begeben und die Function des Kanzlers alda zu beobachten. —

G. von Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 18./28. März 1687.

[Auf das Reskript vom 28. Februar/10. März. Bitte, ihn noch eine Zeitlang dort zu lassen und seine Ehre wiederherzustellen.]

28. März Er bittet, ihm seiner alterierten Gesundheit und abzuwickelnden Geschäfte wegen zu gestatten, noch einige Zeit hier zu bleiben. Er dankt dem Kf. dafür, daß er ihm verziehen hat, würde es auch dabei vorläufig bewenden lassen, wenn nicht, wie er erfahren hat, der hiesige kaiserliche Prinzipalmitrepräsentant Graf Windischgrätz ein kopeiliches, von Kf. an ihn (J.) abgelassenes Reskript, in dem acht Punkte von Konsequenz sein sollen, hier vorgezeigt hätte, wodurch er von neuem über die Maßen mortifiziert ist. Da die Sache so weiter extra terminos geht, die Korrespondenz von hier in ganz Europa läuft und ihn beschreit, muß er zu Kf. seine Zuflucht nehmen und ihn bitten, ihn nicht zu abandonnieren, sondern solange in die vorige Gnade und Stand vor seinem Abzug von hier zu restituieren, bis die Sache etwas ordentlicher untersucht und er umständlich gehört worden ist. Kf. weiß mehr als hundert zureichende Mittel, seinen ehrlichen Namen zu konservieren, es erfordert weder Geld noch Mühe und kann leicht mit wenigen gnädigen Worten geschehen, damit er, wie er vor etlichen 30 Jahren aus K. Pfalz mit Ehren

und stattlichen schriftlichen Zeugnissen in des Kf. Lande und Dienste gekommen, so auch mit Ehren daraus scheiden könne[1]).

G. von Jena und C. Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regensburg 13./23. Mai 1687.

[Nicht in der sonst üblichen Weise erfolgte Anzeige der Abreise des Bischofs von Passau. Für Windischgrätz geforderter Titel „Exzellenz."]

Der Bischof von Passau hat Montag, den 9./19., dem K. Mainzischen Direk- 23. Mai
torium anzeigen lassen, daß er vom Kaiser Urlaub erhalten habe, nach seiner Residenz zu reisen, und ist darauf dabei vorgekommen, ob ihm nicht, wie bei den früheren Prinzipalkommissaren geschehen, von Reichs wegen gratuliert werden solle. Da aber diese Notifikation dem K. Mainzischen nicht als Reichsdirektorio geschehen, sondern eine ebensolche Anzeige auch den fürstlichen Direktoren und den Städtischen gemacht, und also die Collegia insoweit gleich traktiert worden sind, auch nicht, wie früher, den kurfürstlichen Gesandten diese Notifikation specifice durch einen Kavalier getan ist, hat man kurfürstlicherseits davon abgestanden, zumal da in einem am folgenden Tage bei K. Mainz eingegebene Dekret dem Grafen Windischgrätz der Titel Exzellenz beigelegt worden ist, von dem er auch verlangt, daß er ihm in dem Reichsgutachten gegeben werde. Nachdem aber schon 1683 wegen dieses Titels „Exzellenz" es zwischen dem kurfürstlichen und dem fürstlichen Kolleg zum Streit gekommen, schließlich aber die Titulatur mit der Kaiserlichen Kommission ordentlich verglichen, auch bisher observiert worden ist, wobei Windischgrätz der Titel Exzellenz nicht zugestanden worden ist, wird seitens der Kurfürstlichen diese Sache noch weiter beredet und überlegt werden, was mit diesem Dekret zu tun sei. Inzwischen ist der Bischof vorgestern abgereist.

Der Kurfürst an Schönbeck. D. Potsdam 18./28. Juni 1687.

[Beschwerde des Grafen von Nassau-Saarbrücken über Konfiszierung seiner Grafschaft.]

Der Graf Ludwig Craft von Nassau-Saarbrücken hat sich bei ihm 28. Juni
über die Konfiszierung seiner Grafschaft Saarbrücken beklagt. Da er wünscht, daß der Waffenstillstand auf das genaueste beobachtet werde, so befiehlt er ihm,

[1]) Kf. versichert ihn in seiner Antwort darauf (d. Potsdam 22. März/1. April 1687) unter Hinweis auf sein früheres Reskript nochmals seiner Gnade, verlangt aber, daß damit die Sache gänzlich assoupiert sein solle, gewährt ihm zum Besuch seiner Tochter in Brescia einen dreimonatlichen Urlaub und weist ihn an, sich nachher zur Beobachtung seiner Funktion im Herzogtum Magdeburg einzufinden. Jena zeigt (d. Regensburg 17./27. Juni 1687) dem Kf. an, daß er wieder gesund sei und in der nächsten Woche nach Halle abzureisen gedenke, 2./12. Juli teilt er von Halle aus seine dortige Ankunft am vorhergehenden Abend an.

wenn dort wegen dieser Sache etwas vorkommen sollte, sich danach zu richten, indessen aber sich zu erkundigen, welche Ursache oder welchen Vorwand der König von Frankreich zu der gänzlichen Konfiszierung der Grafschaft zu haben vermeint. Durch den Waffenstillstand sind demselben nur die jura Caesaris et Imperii über die reunierten Lande, keineswegs aber die plena proprietas dort übertragen worden. Er soll darüber mit Spanheim korrespondieren, dem er auch befohlen hat, deswegen am französischen Hofe Vorstellungen zu machen[1]).

C. Schönbeck an den Kurfürsten. D. Regenspurg 1./11. Juli 1687.

[Streit zwischen dem kurfürstlichen und dem fürstlichen Kolleg wegen der Diktatur des kaiserlichen Notifikationsdekrets.]

11. Juli Samstag hat sich das fürstliche Kollegium darüber beredet, was wegen der Diktatur des kaiserlichen Notifikationsdekrets[2]) zu tun sei, und hat darauf durch sein Direktorium dem k. mainzischen Direktor Schäffer mitteilen lassen, daß, wenn auch die Gratulation wegen der Abreise des Bischofs nicht habe geschehen können, dennoch das Dekret diktiert werden müsse; mit dem kurfürstlichen Kollegium hätte man in dieser Sache nichts zu tun, sondern nur mit dem k. mainzischen Direktorium, dieses möchte die Diktatur bewerkstelligen lassen. Der K. Mainzische hat darauf erwidert, er werde es den Kurfürstlichen referieren, und hinzugefügt, man werde kurfürstlicherseits vielleicht die Diktatur vor sich gehen lassen, aber mit einer glimpflichen Reservation. Montag hat dann der K. Mainzische den Kurfürstlichen mitgeteilt, der Österreichische, Scherer, sei bei ihm gewesen und habe ihm angezeigt, er hätte dem Grafen Windischgrätz Mitteilung von dieser Erklärung gemacht, derselbe hätte geantwortet, die Diktatur müßte geschehen, da es eine Sache sei, die sämtliche Stände anginge, eine Reservation werde der kaiserliche Hof gewiß nicht wohl aufnehmen, sie sei auch gar nicht nötig, da man ihm kurfürstlicherseits das Prädikat Exzellenz nicht gebe, sie sollten sich mit der Reservation nicht beladen lassen. Scherer hätte noch à part zu ihm gesagt, es wäre ein scharfes kaiserliches Dekret unter der Hand, in dem einige Gesandte in specie benannt worden seien. Wenn es nicht gleich diktiert werden sollte, werde der Kaiser es selbst den Prinzipalen kommunizieren, denn er könnte nicht gestatten, daß sein Respekt in der Person seiner hiesigen Kommission leiden sollte. Der K. Mainzische hat darauf erwidert, man müßte dieses dahingestellt sein lassen, er täte nur, was sein Herr ihm befehle, es sei alles der hohen Herren Prinzipalen Sache. Man hat darauf beschlossen, an diese zu berichten und von ihnen Befehl einzuholen, in betreff der Reservation meint man, daß sie ganz glimpflich nach dem Muster der früher 1684 eingelegten eingerichtet werden könne. Man hat

[1]) Sch. erwidert darauf 8./18. Juli, nach der Angabe des Bevollmächtigten des Grafen sei die Konfiskation erfolgt, weil derselbe in holländische Kriegsdienste getreten sei und diese nicht habe aufgeben wollen.

[2]) S. oben S. 431.

darauf den Fürstlichen anzeigen lassen, daß man, da das österreichische Direktorium sich mit einer Reservation nicht beladen lassen wolle und die Sache dadurch in einen anderen Stand geraten sei, nochmals an die Prinzipalen berichtet habe, worauf die Fürstlichen geantwortet haben, sie verlangten von dem k. mainzischen Direktorium die Diktatur, eine Reservation würden sie nicht annehmen.

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Potsdam 31. Juli/[10. August] 1687.

[Billigung ihres Verhaltens in dem Zerimonialstreit. Verlangen, daß der Prinzipalkommissar ein Reichsfürst sein müsse.]

Das, was wegen des Notifikationsdekrets im kurfürstlichen Kollegium bisher 10. Aug.
vorgekommen, ist seiner Intention gemäß, damit wird fortzufahren und es dahin zu dirigieren sein, daß in diesem passu nichts dem alten Reichsstylo und den Prärogativen des kurfürstlichen Kollegs zuwider zugestanden, sondern dieses alles durch eine glimpfliche münd- oder schriftliche Reservation vorbehalten werde.

Sollte die Frage, was für eines Subjecti der Kaiser sich als Prinzipalkommissars zu bedienen habe, wieder vorkommen, so hofft er, daß man nicht nur im kurfürstlichen, sondern auch im fürstlichen Kolleg darauf bestehen wird, daß dieses nur ein Reichsfürst sein dürfe, da, abgesehen von der bisherigen unverrückten Observanz, allem Vermuten nach ein solcher sich zu nichts, was den Rechten und der Freiheit der Stände zuwider sein könnte, gebrauchen lassen, sondern diese seines eigenen Interesses halber mit gebührender Sorgfalt maintenieren wird.

C. Schönbeck und v. Metternich[1]) an den Kurfürsten. D. Regenspurg 12./22. August 1687.

[Beilegung des Streits zwischen dem kurfürstlichen und fürstlichen Kolleg.]

Der Streit zwischen dem kurfürstlichen und dem fürstlichen Kolleg wegen 22. Aug.
der Diktatur des Notifikationsdekrets von der Abreise des Bischofs von Passau ist endlich, und zwar so beigelegt worden, daß das kurfürstliche seine Forderung, eine Reservation hinzuzufügen, durchgesetzt hat.

Vorigen Sonnabend hat er, Metternich, sich zum erstenmal auf dem Rathaus eingefunden, nachdem er tags zuvor den Fürstlichen seine Bevollmächtigung durch den Kanzlisten Stiebler anzeigen lassen und darauf von ihnen die gewöhnlichen Komplimente empfangen hat.

[1]) Dieses ist das erste von M. mitunterzeichnete Schreiben.

Der Kurfürst an die Gesandtschaft in Regensburg. D. Neuhaus 22. September/2. Oktober 1687.

[Befehl, mit dem k. sächsischen Gesandten wegen des Trarbacher Festungsbaus zu kommunizieren und dahin zu wirken, daß ein Abmahnungsschreiben an den König von Frankreich gerichtet werde.]

2. Okt. Er übersendet ihnen seine Antwort an den Kaiser [1]) wegen des französischen Festungsbaus bei Trarbach und sein deswegen heute an K. Sachsen abgelassenes Schreiben [2]). Sie sollen mit dem dortigen k. sächsischen Gesandten aus dieser Sache vertraulich kommunizieren und, wenn es darüber zur Umfrage kommt, ihre vota in beiden Kollegien so einrichten, daß zuförderst das rechtmäßige gravamen, so man an Reichsseite hierunter hat, gründlich vorgestellt und der König von Frankreich in glimpflichen und beweglichen terminis ersucht werde, solchen unbefugten Festungsbau samt den übrigen bekannten contraventionibus fordersamst abzustellen, auch zu solchem Ende die vorlängst vorgewesenen Limittraktaten mit dem Reich ehestens vorzunehmen und sich dabei allenthalben so equitable zu erweisen, daß das gute nachbarliche Vernehmen mit dem Reich, wozu man dieserseits ganz geneigt ist, unverbrüchlich unterhalten und kontinuiert werde.

C. Schönbeck und v. Metternich an den Kurfürsten. D. Regenspurg 30. September/10. Oktober 1687.

[Streit mit Windischgrätz wegen Aushändigung der Reichsgutachten.]

10. Okt. Wegen Insinuation und Extradition der Gutachten während der Abwesenheit des Bischofs von Passau haben sie den kurfürstlichen Gesandten, was Kf. ihnen deswegen reskribiert hat, mitgeteilt. Sie wollen darüber referieren, der K. Cölnische sagte, sein Herr hielte dafür, daß es bei dem Schreiben an den Kaiser, daß der Prinzipalkommissar ein Reichsfürst sein müsse, und den Resolutionen des kurfürstlichen Kollegs zu lassen und dem Grafen Windischgrätz die Gutachten nicht zu extradieren seien. Auch K. Mainz ist derselben Meinung [3]).

---

[1]) S. das Schreiben vom 27. Juli/8. August 1687 oben S. 223 f.

[2]) In demselben (d. Neuhaus 22. September/2. Oktober 1687) setzt er die Unrechtmäßigkeit des Verfahrens Frankreichs in dieser Angelegenheit auseinander, widerlegt er die von K. Cöln in der Antwort auf sein an denselben in dieser Angelegenheit gerichtetes Schreiben angeführten Rechtfertigungsgründe, erklärt, daß man in einer so wichtigen Angelegenheit nicht stillschweigen dürfte, und ersucht K. Sachsen, ihn dabei zu unterstützen und auch seiner Gesandtschaft in Regensburg dem entsprechende Befehle zu erteilen.

[3]) Kf. erwidert darauf 25. Oktober/4. November, auch er würde es gerne sehen, wenn wegen Extradierung der Reichsgutachten die Reichsnegotia nicht gehemmt würden. Wenn dieselbe aber durch das Reichsdirektorium geschehen sollte, müßte diesem von der kaiserlichen Kommission ein den kurfürstlichen Prärogativen gemäßes Traktament gegeben werden. Die Gesandten berichten darauf 11./21. November, es werde wohl eines Tem-

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Potstam 22. Oktober/[1. November] 1687.

[Zuziehung von Evangelischen zu der von dem Reiche für das Kammergericht eingesetzten Kommission. Wegen des französischen Festungsbaus zu erhebende Beschwerde.]

Betreffend die zu Speyer angeordnete kaiserliche Kommission [1]), so hat er 1. Nov.
schon längst eine ordinäre Visitation des Kammergerichts angeraten, da es aber lange dauern dürfte, bis man mit dieser Sache, die etliche siebzig Jahre nicht geschehen, zur Richtigkeit kommen, auch eine ordinäre Visitation und Revision nicht ein suffizientes Mittel sein würde, die beim Kammergericht eingerissenen Mißstände abzustellen, so findet er nötig, daß interim bei der bereits verordneten Kommission den beiden katholischen Kommissaren zwei evangelische zugeordnet werden und deswegen bei dem Kaiser von den Evangelischen mittels eines Gesamtschreibens Ansuchung geschehe.

Betreffend den französischen Festungsbau so hat er aus dem, was Frischmann [2]) abermals ausgestreut hat, und aus den Äußerungen Rébenacs [3]) ersehen, daß man abermals beflissen ist, seine patriotische und aufrichtige Meinung zu mißdeuten. Er findet nötig, daß, wenn deshalb etwas entweder mündlich an Graf Crecy, was er für das beste hält, oder schriftlich an den König selbst gebracht werden sollte, worunter sie sich der Majorität im kurfürstlichen Kollegium zu konformieren haben, solches in möglichst glimpflichen terminis geschehe und insonderheit verhütet werde, daß man dadurch nicht in weitläufige Dispute gerate. Sollte ein Schreiben an den König beliebt werden, so haben sie zu urgieren, daß das Konzept vorher kommuniziert werde. Ob auch jetziger Zeit die Kommission wegen der Limitscheidung von Reichs wegen zu urgieren sei, bezweifelt er, weil jetzt daraus mehr Ungelegenheit als Vorteil zu befürchten ist. Sie sollen darüber mit den Reichs- und Wohlgesinnten kommunizieren. Sollte französischerseits diese Kommission gesucht werden, so könnte man sich derselben, da sie expresse im armistitio fundiert ist, nicht entbrechen.

---

peraments in der Zerimonialsache nicht bedürfen, da ein neuer Prinzipalkommissar herkommen solle, K. Mainz halte daher auch für unnötig, das kaiserliche Schreiben wegen Auslieferung der Reichsgutachten an Windischgrätz (s. Londorp XIII, S. 228 f.) zu beantworten.

[1]) S. darüber Schauroth I, S. 270 ff.

[2]) Johann Frischmann, der Sohn des gleichnamigen im Dienste Frankreichs tätig gewesenen Diplomaten und Publizisten, damals Sekretär der französischen Gesandtschaft in Regensburg, s. Wentzcke, Joh. Frischmann, ein Publizist des 17. Jahrhunderts (Straßburger Dissertation 1904 S. 140), Prutz, Gottfried v. Jena (Forsch. z. brand. u. preuß. Geschichte XVIII, S. 406 f.).

[3]) S. Rébenacs Bericht vom 28. Oktober 1687 (Urk. u. Akt. XX, S. 1253).

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Potsdam 25. Oktober/[4. November] 1687. (Conc. Meinders.)

[Verhinderung von Übergriffen des Reichshofrats gegen das Kammergericht. Zerimonialstreit mit Graf Windischgrätz.]

4. Nov. Die von dem Reichshofrat auf K. Mainz und K. Trier wider den Juden Lofschich und Komplizen erkannte Kommission erscheint ihm sehr bedenklich nicht allein, weil diese wider das Reichskammergericht vorgenommene Untersuchung zwei römisch-katholischen Kurfürsten aufgetragen und keine evangelischen Stände mit hinzugezogen sind, sondern weil durch Erteilung einer solchen Kommission der Reichshofrat oder der kaiserliche Hof sich eine Superiorität und Jurisdiktion über das Kammergericht anmaßt, die nur dem ganzen Reiche zusteht. Es wundert ihn sehr, daß K. Trier, der als Kammerrichter über die Rechte und Prärogativen des Kammergerichts zu wachen hat, sich einer solchen Kommission unterzogen hat, am wenigsten aber wird den evangelischen Ständen, die soviele gravamina gegen den Reichshofrat haben, zu raten sein, daß jetzt demselben das Kammergericht gleichsam unterwürfig gemacht werde. Das Beste wäre, wenn bei dem Kammergericht eine förmliche, dem Reichsherkommen und jüngstem Reichsabschied gemäße Visitation vorgenommen würde, da solches aber sich nicht sobald schicken wird und die bei dem Kammergericht seit einiger Zeit eingerissenen Mißbräuche schleuniger Remedur bedürfen, so müßte seitens der evangelischen Reichsstände auf Adjunktion einer gleichen Zahl Evangelischer zu jener Kommission angetragen und bei K. Mainz und K. Trier Remonstrationen angewandt werden, daß sie bis zu Einlangung einer kaiserlichen Resolution in solcher Kommission wenigstens respectu der Mitglieder des Kammergerichts nicht fortfahren. Sie sollen darüber mit dem Assessor zu Speyer, Dankelmann, kommunizieren. Es handelt sich nicht nur um einige Juden, sondern die Sache ist schon viel weiter gegangen, es sollen schon verschiedene Mitglieder des Kammergerichts suspendiert und mit Arrest belegt sein.

Wegen des Trarbachschen Festungsbaus hat er v. Schmettau ausführlich instruiert [1]). In betreff des Zerimonialstreits mit Graf Windischgrätz [2]) wünscht er Genaueres über das Verhalten der Fürstlichen zu erfahren. In dieser Angelegenheit können sie mit der K. Sächsischen Gesandtschaft de concert gehen. Er wünscht, daß durch dieses incidens die Reichsgeschäfte nicht gehemmt werden, sollte aber die Extradition wie früher von dem K. Mainzischen Direktorium geschehen, so müßte diesem auch ein den kurfürstlichen Prärogativen gemäßes Traktament gegeben werden.

---

[1]) S. die Instruktion für denselben vom 28. Oktober/7. November 1687 unten S. 437 f.

[2]) S. darüber das Schreiben des Kaisers an K. Mainz vom 27. Oktober 1687 (Pachner v. Eggenstorff II, S. 619 f., Londorp XIII, S. 240 f.) und die bei Londorp S. 272 ff. abgedruckten: „Des churf. Collegii rationes, warum in Abwesenheit des Principalcommissars die Reichsgutachten dem Grafen Windischgrätz per Deputationem sollemnem oder durch das kurmainzische Directorium auszuhändigen bedenklich fiele“ und „Gegenrationes gegen

Instruction, wornach sich unser — Wolfgang von Schmettau bei der ihm aufgetragenen Gesandtschaft nacher Regenspurg zu achten. D. Potsdam 28. Oktober/7. November 1687.

[Anzuwendende Bemühungen wegen der Satisfaktion des Kf. Das gegen Frankreich zu beobachtende Verhalten. Die Lockumsche Angelegenheit. Verhalten gegen die anderen Gesandten. Beförderung des Friedens mit den Türken.]

Die vornehmste Ursache seiner Schickung ist die von Kf. vom Reich zu be- 7. Nov.
ansprueheude Satisfaktion. Diese hat er sich auf das sorgfältigste angelegen sein zu lassen. Er hat, nachdem er gebührend Session genommen, beigehendes Memorial [1]) der k. mainzischen Gesandtschaft zur Diktatur zu überreichen und dieser die Beförderung der Sache zu rekommendieren, darauf bei der Kaiserlichen Kommission und bei den k. fürstlichen, fürstlichen und reichsstädtischen Gesandtschaften das Werk bestens zu inkaminieren.

Die zwischen dem Reich und Frankreich obschwebenden negotia betreffend, wünscht Kf., daß der Waffenstillstand, besonders bei noch währendem Türkenkriege, unterhalten und eine Ruptur verhütet werde, und da dazu aller Anlaß zu neuen Disputen und Kollisionen mit Frankreich möglichst zu vermeiden ist, solche aber bei jetziger Vornahme der Exekutions- oder Grenztraktaten nicht ausbleiben dürften, so meint er, daß jetzt auf die Vornehmung solcher von seiten des Reichs nicht zu dringen sei. Sollte Frankreich dieses tun, können solche Traktaten nicht ausgeschlagen werden. Ebenso steht es mit den Beschwerden des Reichs über die contraventiones gegen den Waffenstillstand, auch auf deren Abstellung ist seitens des Reichs, solange der Türkenkrieg währt, nicht zu urgieren. Betreffend die Festungsbauten am Rhein und an der Mosel, besonders zu Trarbach und dem sogenannten Mont Royal, hat er die Intention des Kf. aus dessen Schreiben [2]) an den Kaiser und verschiedene Kurfürsten zu ersehen und danach zu verfahren, jedoch mit der Behutsamkeit, daß dem Kf. bei dieser und anderen das Reichsinteresse angehenden Sachen bei dem Kaiser und dem Reich das meritum bleibe, aber bei Frankreich der Unglimpf und die Klage verhütet werde, als ob er sich immer à la teste der Klagenden stellte. Sollte Frankreich wieder auf Vornehmung der im Waffenstillstandstraktat ausgesetzten Friedenshandlung bestehen, so kann man dieses zwar nicht verweigern, es wird aber darauf zu sehen sein, daß diese Traktaten so, wie es unter souveränen Mächten gebräuchlich ist, geführt, nicht zu Endigung derselben eine bestimmte Frist gesetzt und keine das Hauptnegotium angehende Bedingungen im voraus gestellt werden. Vor allem hat er sich zu bemühen, daß in diesen mit Frankreich obschwebenden negotiis alles fein einmütig abgehandelt werde.

---

das Churf. Collegium in puncto extraditionis der Reichsgutachten". Von letzteren bemerkt v. Schmettau, daß sie allerdings nicht von dem Grafen Windischgrätz selbst herrühren, daß dieser aber die materialia dazu geliefert habe.

[1]) S. Londorp XIII, S. 228 f.

[2]) S. das Schreiben des Kf. an den Kaiser vom 27. Juli/6. August 1687 oben S. 223 f.

Unter den übrigen Kf. betreffenden Angelegenheiten ist eine der wichtigsten die Lockumsche wider das Haus Braunschweig-Calenberg, er hat die Intention des Kf. aus dem jetzt an K. Mainz abgelassenen Schreiben [1]) zu ersehen und bei dessen Gesandtschaft förderliche Proposition dieser Sache zu urgieren.

Mit allen anwesenden Gesandten hat er sich honnêtement zu begehen, vertraulicher mit denen, die mit Kf. einerlei Sentimente führen. Da Kf. noch mit Frankreich in Allianz steht, so hat er dem dortigen französischen Bevollmächtigten mit aller Zivilität zu begegnen, aber sowohl zu vermeiden, daß dieser unzeitige Ombrage wider ihn schöpfe, als auch daß die kaiserliche Kommission und andere Stände durch eine gar zu große Familiarität zu Argwohn veranlaßt werden.

Neben-Instruction. Da Kf. einen baldigen Friedensschluß mit den Türken für dem Reiche sehr dienlich hält, so hat er der Kaiserlichen Kommission und anderen Gesandten bei Gelegenheit zu eröffnen, daß Kf. über die glücklichen Erfolge des Kaisers gegen die Türken sehr erfreut sei und wünsche, daß man von diesen profitieren möge, um einen vorteilhaften Frieden mit dem Erbfeind zu schließen. Das Kriegsglück sei veränderlich und es könnten andere nicht so favorable Konjunkturen kommen, vor allem aber müsse man den gegenwärtigen Zustand des Römischen Reichs und die anderweitigen demselben drohenden Gefahren, denen Widerstand zu leisten man bei währendem Türkenkriege nicht bastant sein würde, berücksichtigen.

C. Schönbeck und v. Metternich an den Kurfürsten. D. Regenspurg 28. Oktober/7. November 1687.

[Äußerungen des K. Pfälzischen über eine Reichsverfassung, das Münzunwesen und das Gesuch der Reichsritterschaft.]

7. Nov. Der K. Pfälzische hat ihnen mitgeteilt, daß sein Herr, veranlaßt durch die neuliche Äußerung des Schwedisch-Bremischen, sein König möchte gern wissen, ob man nicht im Reich an eine Verfassung denken wolle, damit man nicht, sobald eine Potenz redete, sich alsobald intimidieren lassen dürfe, ihm befohlen hätte, daraus in specie mit der brandenburgischen Gesandtschaft zu kommunizieren. K. Pfalz meine, man könne sich wohl darüber unterreden, aber so, daß man keine Ombrage gebe. Sie haben erwidert, sie hätten von der Äußerung des Bremischen nichts gewußt und daher auch dem Kf. nicht davon referieren können, Kf. aber hätte vielfältig die Limittraktaten rekommendieren lassen, worauf jener erwidert hat, ehe man mit dem Grafen Crecy in Traktaten trete, müsse man doch wissen, wie man reden solle. Ferner wollte sein Herr dem Münzunwesen gesteuert sehen. Er las ihnen auch dessen Antwort auf ein Schreiben von K. Mainz in favorem der unmittelbaren Reichsritterschaft vor und bemerkte, daß derselbe das Gesuch der Ritterschaft um Sitz und Stimme auf dem Reichstage nicht unterstützen werde.

[1]) S. Londorp XIII S. 228 f.

Es verlautet, daß Markgraf Hermann von Baden kaiserlicher Prinzipalkommissar werden solle und daß Graf Windischgrätz von hier weg wolle. Es könnte dabei in Frage kommen und soll auch schon auf die Bahn gebracht worden sein, ob ein Cadet aus einem Fürstlichen Hause Prinzipalkommissar sein könne.

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Potsdam 6./16. November 1687.

[Auf die Relation vom 28. Oktober/7. November. Beratungen über die Reichsverfassung auf dem Reichstage sind nicht ratsam. Der Reichsritterschaft ist die Session nicht zu gestatten, deswegen an den Kaiser zu schreiben.]

Auch er hält für gut, daß man sich im Reich in Positur halte, damit man 16. Nov.
die Macht und die gefährlichen Desseins der Nachbaren desto weniger zu fürchten habe, da aber die seit so langen Jahren darüber auf dem Reichstag gehaltenen deliberationes fast gar keinen Erfolg gehabt haben, so würde wohl zuträglicher sein, daß ein jeder Stand für sich selbst sich so gut wie möglich in Armatur stellte, wie er und andere Stände sich dessen schon beflissen haben. Besonders aber könnte über eine solche Reichsverfassung dort nicht mit der nötigen secretesse verhandelt werden, er hält daher für ratsam, es vorläufig noch bei dem bewenden zu lassen, was sowohl einzelne Stände für sich als auch die ohnedem miteinander korrespondierenden Stände und Kreise deshalb unter der Hand verfügt haben oder noch verfügen werden.

Es verwundert ihn, daß K. Mainz mit so großem Eifer das Verlangen der Reichsritterschaft wegen des juris voti et sessionis in comitiis urgiert, sie sollen mit dem K. Sächsischen, K. Pfälzischen und den Ministern anderer wohlintentionierter Stände darüber vertraulich kommunizieren und es dahin befördern, daß man den Beschluß fasse, solche Session der Ritterschaft nicht zu gestatten. Besonders die Evangelischen haben darauf zu vigilieren. Es würde auch nicht undienlich sein, daß die gesamten bei dieser Sache interessierten Stände bei dem Kaiser schriftlich deswegen einkämen und ihn bäten, der Reichsritterschaft hierunter weiter kein Gehör zu geben, auch Vorstellungen wegen des vom Kaiser der Ritterschaft in puncto exemtionis erteilten Dekrets machten.

C. Schönbeck und v. Metternich an den Kurfürsten. D. Regensburg 11./21. November 1687.

[Mitteilung Crecy's, daß sein König sich ein Schreiben wegen des Festungsbaues verbitte.]

Graf Crecy hat das K. Mainzische Direktorium benachrichtigt, er habe von 21. Nov.
seinem König die Mitteilung [1]), derselbe würde lieber sehen, wenn das beabsichtigte

[1]) Vgl. das Schreiben Ludwigs XIV. an Rébenac vom 27. November 1687 (Urk. u. Akt. XX, S. 1260).

Schreiben an ihn wegen des Trarbacher Festungsbaues, das ohne Erfolg sein würde, unterbliebe. Der König hielte sich an das ihm durch den Waffenstillstand überlassene jus superioritatis in locis cessis, zu dem der Festungsbau auch gehörte. Der König scheine zu glauben, daß man solchergestalt seitens des Kaisers und des Reiches von den Waffenstillstandstraktaten abweichen wolle, in solchem Falle werde er seine mesures danach nehmen und seine früheren Prätensionen fortsetzen. Man könnte sich in dieser Sache niemals der Dijudikatur des Kaisers und des Reiches unterwerfen, Louvois habe einen arrest gefunden, aus dem klar zu ersehen sei, daß die Reunion des Landes, auf dem die Festung Mont Royal angelegt werde, im April 1681 geschehen sei, derselbe solle dem Memorial, das Crecy deswegen eingeben wolle, beigelegt werden.

Eines Temperaments in der Zerimonialsache wird es vielleicht nicht bedürfen, da [1]) ein neuer Prinzipalkommissar herkommen soll. K. Mainz hält daher für unnötig. das kaiserliche Schreiben wegen Auslieferung der Reichsgutachten an Windischgrätz zu beantworten.

C. Schönbeck und v. Metternich an den Kurfürsten. D. Regenspurg 18./28. November 1687.

[Günstige Erklärungen des österreichischen Gesandten in der Satisfaktions- und Lockumer Angelegenheit. Das Schreiben Cramprichts an K. Mainz.]

28. Nov. Sie haben wegen der Satisfaktion und der Lockumschen Sache sowohl mit dem K. Mainzischen Direktor als auch mit dem österreichischen Gesandten v. Scherer gesprochen. Ersterer sagte nur, man müßte die Instruktion abwarten, der Österreichische aber ließ sich ganz willig finden. beide Materien demnächst in Proposition zu bringen. er meinte. wenn Kf. nicht auf der Extinguierung der Kanonikate bestände. dürfte es sich mit der Satisfaktionssache wohl geben. Die Lockumsche Sache würde von hannoverscher Seite in ungebührlicher Weise verzögert, man müßte bei fernerem Säumen den Ständen zuspreehen, und er hat selbst dem Hannoverschen Vorstellungen deswegen gemacht.

Beifolgend ein Schreiben des kaiserlichen Ministers im Haag, Cramprieht, an K. Mainz [2]) wegen der vermeintlichen Verfolgung der Katholischen in Holland; dieser Bericht soll dem Papst und vielen katholischen Potenzen zugeschickt sein und der Papst bald darauf verschiedene Kuriere abgefertigt haben.

v. Schmettau ist vorgestern hier angelangt.

---

[1]) S. oben S. 439.

[2]) S. oben S. 130 und 228 ff.

W. v. Schmettau an den Kurfürsten. D. Regenspurg 25. November/5. Dezember 1687.

[Sein Eintritt in das kurfürstliche Kolleg. Äußerungen des K. Mainzischen über die Satisfaktionsforderung des Kf. und die Lockumsche Angelegenheit. Besuche Crecy's und Valckeniers.]

Er hat am 19. dem K. Mainzischen Direktorium seine Ankunft anzeigen 5. Dez.
lassen und seine Vollmacht eingeschickt, darauf dem Grafen Windischgrätz, dem französischen und allen kurfürstlichen Gesandten seine Ankunft anzeigen lassen und am 21. ist er in das kurfürstliche Kolleg eingetreten. Am 22. hat der K. Mainzische erste Gesandte ihm die Visite gegeben und ist dabei auch auf die Satisfaktion des Kf. zu sprechen gekommen, er sagte, die jetzigen Forderungen seien noch härter als die früheren, besonders werde das reichsstädtische Kollegium sein äußerstes dagegen tun, auch der kaiserliche Hof werde, da von diesem Kollegium jetzt der beträchtlichste Beitrag zur Kasse geschehe, schwerlich dazu kondeszendieren. Mit der einen Million Taler werde es auch große Schwierigkeiten haben, zumal da auch viele andere Stände beim Reich um Satisfaktion einkämen, doch wolle er erwarten, was deswegen per memoriale an das Reich gebracht werden würde. Er hat dagegen justitiam causae nachgewiesen und vorgestellt, daß die Vorschläge des Kf. sehr moderat wären, daß durch Abtretung der drei Reichsstädte dem Reiche nichts abgehen und daß dieselbe für diese selbst vorteilhaft sein würde, die geforderte eine Million sei ein Geringes im Verhältnis zu dem, was Kf. zum Besten des Reiches aufgewendet hätte. Sie haben dann auch von der Lockumschen Sache gesprochen. Der K. Mainzische improbierte die Verzögerung des braunschweigischen Hauses, sagte, Kf. hätte stattliche fundamenta, man müßte nun sehen, was von braunschweigischer Seite dagegen werde eingewendet werden, und meinte vertraulich, es werde den Ständen bedenklich fallen, in der Sache zu sprechen und das Instrumentum pacis zu deklarieren, die Majorität werde wohl dafür stimmen, die Sache ans Kammergericht zu verweisen.

Vorgestern hat ihm der französische Bevollmächtigte die Visite gegeben, derselbe erbot sich zu guter Korrespondenz, klagte über die lenteur der hiesigen consilia und sprach von dem letzten kaiserlichen Kommissionsdekret wegen der Trarbachschen Fortifikation und der Antwort darauf, die er demnächst einreichen werde. Er hat mit Gegenkontestationen geantwortet und gesagt, er hätte Befehl, dahin zu arbeiten, daß der Waffenstillstand aufrecht bliebe und daß über die gravamina mit Glimpf und Moderation verhandelt werde. Auch der holländische Minister Valckenier hat ihn besucht und sich zu guter Korrespondenz erboten. Gestern hat er dem K. Mainzischen seinen Gegenbesuch gemacht und ihm das Memorial [1]) in der Satisfaktionssache überreicht.

[1]) S. Londorp XIII, S. 231 ff., Schm. meldet 5./15. Dezember, sein Memorial sei am 2. 12. diktiert worden, nach der Meinung des K. Mainzischen würden mit Einholung der Instruktionen wohl 6 Wochen verfließen.

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Potsdam 6./16. Dezember 1687.

[Auf die Relation vom 18./28. November. Mißbilligung des Schreibens Cramprichts.]

16. Dez. — So viel aber das von dem kaiserlichen Minister im Haag, dem von Crampricht, an K. Mainz abgelassene, die vermeintlichte Verfolgunge der Catholischen in Holland betreffende Schreiben sambt der dabei gefügten Deduction anbetrifft, da werdet Ihr aus beiliegenden Abschriften ersehen, was wir deshalb sowohl an unsern Dankelmann[1]) als auch an unsern den von Diest[2]) in Gn. rescribiret. Wir müssen auch bekennen, daß, gleichwie der Zweck ged. Deduction hauptsächlich dahin gerichtet ist, die in Frankreich bisher vorgangene Religions-Verfolgungen zu justificiren und zu erweisen, daß dieselbe dem Staat keine genugsame Ursache an Hand geben, einige denen Römisch-Catholischen unangenehme Verordnungen hergegen vorzunehmen, also es uns billig nicht wenig Nachdenken verursachet, daß I. Kays. M. Minister auf die Weise sich gleichsam zu patronis et advocatis der französischen Religions-Verfolgungen machen und also in denen zu Supprimierung der evangelischen Religion abzielenden principiis mit den Franzosen in so guter Harmonie sich befinden, allermaßen Ihr denn auch Gelegenheit zu nehmen, nicht allein mit denen dort anwesenden evangelischen Gesandtschaften aus der Sache vertraulich zu reden, sondern auch denen österreichischen ministris selbst deswegen behörige Vorstellungen zu tun. —

W. v. Schmettau und v. Metternich an den Kurfürsten. D. Regensburg 9./19. Dezember 1687.

[Beratung der Evangelischen über die Kommission zur Untersuchung der Mißbräuche des Kammergerichts.]

19. Dez. In letzter Zeit ist in publicis nichts vorgenommen worden und sie tragen auch Bedenken, deshalb besondere Anregung zu tun, weil sie fürchten, daß dadurch die Satisfaktionssache des Kf. verzögert werden dürfte.

Wegen der Speyrischen Kommission sind vorgestern die evangelischen Stände zusammengewesen, wobei wegen Abwesenseit des k. sächsischen Gesandten trotz der Gegenvorstellungen des k. sächsischen Sekretärs K. Brandenburg dirigierte. Nachdem sie die anderen Gesandten über diese Sache näher informiert hatten, wurde beschlossen, evangelischerseits allein deswegen an den Kaiser die Notdurft zu bringen, aber dabei auch die jura sämtlicher Stände zu reservieren und sich gegen die Katholischen zu erbieten, mit ihnen wegen der Anmaßung des Reichs-

[1]) S. oben S. 228 f.
[2]) S. oben S. 130.

hofrats gemeinsame Sache zu machen, zugleich aber zu fordern, daß der zur Untersuchung der Mißbräuche beim Reichskammergericht eingesetzten Kommission eine gleiche Zahl von Evangelischen beigefügt werde. Doch kam es in der Frage, ob diese Sache durch ein Gesamtschreiben aller Evangelischen an den Kaiser oder durch einen Vortrag an die österreichische Gesandtschaft angebracht werden solle, noch zu keinem Beschluß, die anderen Evangelischen wollen damit bis zur Rückkehr des K. Sächsischen warten [1]). Der Schwedisch-Bremische hat bei dieser Gelegenheit auch die Entführung des jungen v. Rosse durch den französischen Gesandten Bidal in Hamburg vorgebracht.

W. v. Schmettau an den Kurfürsten. D. Regenspurg 9./19. Dezember 1687.

[Äußerungen der kurfürstlichen Gesandten über die Satisfaktionsforderung des Kf. Bemühungen Crecy's, ein Schreiben an seinen König wegen des Festungsbaues zu verhüten. Äußerungen des K. Bayrischen über die Cölner Koadjutorwahl.]

Er hat die Satisfaktionsforderung des Kf. den kurfürstlichen Gesandten bei 19. Dez.
ihren Revisiten umständlich rekommendiert. Der k. cölnische und k. triersche gaben generale Vertröstung. Der k. bayrische erklärte, sein Herr hätte ihn früher dahin instruiert, sich, da er an dem letzten Reichskriege nicht teilgenommen, der davon dependierenden Dinge nicht anzunehmen, er hätte jetzt aber auf Befehl das Memorial des Kf. eingeschickt und erwartete weitere Instruktion. Es wird hohe Zeit sein, die Sache am kaiserlichen Hofe zu unterbauen. Der französische Gesandte bemüht sich, ein Schreiben an seinen König wegen des Trarbachschen Festungsbaues zu verhüten, ist deswegen auch bei ihm gewesen und hat bei ihm angefragt, welche Order ihm Kf. darin erteilt hätte. Er hat erwidert, nichts wäre gewöhnlicher und innozenter, als daß man bei Differentien über den Verstand eines Traktats sich darüber glimpflich aufkläre, jedenfalls werde Kf. raten, daß, wenn das Reich in dieser Sache sollte Vorstellungen machen wollen, es in den glimpflichsten und moderatesten terminis geschehe. Es scheint, daß Crecy durch das votum K. Bayerns oder des Kf. sich der Majorität im kurfürstlichen Kolleg wegen Unterlassung des Schreibens versichern will.

Der K. Bayrische hat mit ihm auch über die Koadjutorwahl in Cöln [2]), deren der Kardinal Fürstenberg schon versichert zu sein scheine, gesprochen. K. Cöln hätte früher immer eine Aversion gegen eine solche gezeigt, jetzt werde sie so unvermutet rege gemacht, der Kaiser und K. Bayern hätten zwar Gesandte dorthin geschickt, es würde aber wohl alles zu spät sein, auch die Mahnung des Papstes, sich mit der Wahl nicht zu übereilen, wenig fruchten. Ultimum remedium würde sein, wenn der Papst die Konfirmation verweigerte, daraus aber sei ein

[1]) Kf. teilt (d. Potsdam 10./20. Dezember 1687) der Gesandtschaft mit, daß er auf Veranlassung K. Sachsens ebenso wie dieser in der Speirischen Angelegenheit an den Kaiser geschrieben habe. S. Londorp XIII, S. 246 ff.

[2]) S. oben S. 230.

Schisma zu befürchten. K. Bayern scheint mit K. Pfalz wenig zufrieden zu sein, da es dessen eifrigem Dringen auf die Wahl zuzuschreiben sein werde, wenn diese jetzt auf Fürstenberg fallen sollte.

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Potsdam 12./22. Dezember 1687.

[Befehl, dahin zu wirken, daß auch die Katholischen zur Teilnahme an dem Vorgehen der Evangelischen in der Angelegenheit des Kammergerichts herangezogen würden. Der künftige Prinzipalkommissar. Billigung von Vorstellungen gegen den französischen Festungsbau.]

22. Dez. Betreffend die für das Reichskammergericht eingesetzte Inquisitionskommission hält er für nötig, daß daraus womöglich ein Universalwerk gemacht werde, da auch die katholischen Stände daran interessiert sind, daß das Kammergericht nicht dem Reichshofrat unterwürfig gemacht werde. Sie haben daher darauf zu dringen, daß die Evangelischen sich in dieser Sache nicht von den Katholischen trennen, sondern sie mit zu engagieren suchen sollen. Sollten diese aber mehr Reflexion auf K. Mainz und den Reichshofrat machen, so haben sich trotzdem die Evangelischen zusammenzutun und sich zu bemühen, das drohende Präjudiz abzuwenden. Es würde auch dienlich sein, bei dieser Gelegenheit, wie der Landgraf von Hessen-Kassel geraten hat, auf eine Extraordinarvisitation des Kammergerichts zu dringen.

Wegen der Person des künftigen kaiserlichen Prinzipalkommissars [1]) und ob derselbe eben ein regierender Fürst sein müsse, will er sich zwar nicht von den anderen Kurfürsten separieren, er verlangt aber genaue Nachricht, ob sich Beispiele davon finden, daß Cadets von fürstlichen Häusern früher dieses Amt verwaltet haben.

Wegen des Memorials Creey's [2]) bleibt er zwar dabei, daß Frankreich zu einem solchen Festungsbau nicht berechtigt ist, daß es aber vorläufig nicht ratsam ist, es darüber zu Extremitäten kommen zu lassen. Er ist daher nicht dagegen, daß das Reich deswegen mit behörigem Glimpf bei Frankreich Vorstellungen mache und um Abstellung solcher nachteiligen Dinge nachsuche.

W. v. Schmettau und v. Metternich an den Kurfürsten. D. Regensburg 6./16. Januar 1688.

[Beschluß der Evangelischen in betreff der Angelegenheit des Kammergerichts. Äußerungen Lambergs über das Schreiben Cramprichts.]

16. Jan. Sie haben es dahin gebracht [3]), daß in der Speyrischen Inquisitionssache

[1]) S. oben S. 439.

[2]) S. Londorp XIII, S. 223.

[3]) S. die Vorstellung an den Kaiser vom 22. Januar und den Bericht des Verlaufs,

von den Evangelischen der Beschluß gefaßt worden ist, bei den Katholischen anzufragen, ob sie in dieser Angelegenheit mit ihnen gemeinsame Sachemachen wollten, und wenn sie sich defectu instructionis entschuldigen sollten, ihnen anzuzeigen, daß man zwar wegen ihres besonderen Interesses und da Gefahr im Verzuge wäre, ihrerseits das Gesamtschreiben nicht länger zurückhalten könnte, aber erbötig wäre, wenn sie später auch ein Schreiben an den Kaiser abgehen lassen wollten, demselben, soviel die gemeinsamen gravamina betrifft, beizutreten. Die Ingredientien des an den Kaiser zu richtenden Schreibens sollen gleich zu Papier gebracht, die Abfassung desselben in forma aber dem K. Sächsischen, der in wenigen Tagen hier wieder erwartet wird, überlassen werden.

Der Braunschweig-Lüneburgische hat Order erhalten, die schon früher zur Sprache gekommene Translokation des Kammergerichts an einen sichereren Ort (früher sind Hanau, Rotenburg a. d. Tauber, Wetzlar und Gelnhausen vorgeschlagen worden) zu urgieren.

Schm. hat wegen des Schreibens Crampriehts[1]) dem Grafen Lamberg und Scherer Vorstellungen gemacht. L. antwortete. es seien Privatmeinungen eines ministri, die der Hof nicht eben approbiere und die von keiner Konsequenz seien. Er hat erwidert, Cr. debitiere sie an Kurfürsten und Fürsten des Reichs in einer den Evangelischen sehr nachteiligen Weise und verdiene daher, daß ihm der Hof seine Displizenz darüber bezeuge, worauf jener bemerkte, dieses werde auch vermutlich erfolgen.

W. v. Schmettau an den Kurfürsten. D. Regenspurg 30. Januar/9. Februar 1688.

[Gegen die Satisfaktionsforderung des Kf. gerichtete Schriften. Seine Erklärungen darauf, Rat, sich darüber mit dem Kaiser zu verständigen.]

Gegen des Kf. Satisfaktionsforderung beginnen nun die Kontradizenten sich 9. Febr.
öffentlich hervorzutun[2]). Beifolgendes Memorial der Stadt Mühlhausen[3]) ist diktiert und auch beifolgende Rationes in contrarium des reichsstädtischen Kollegiums sind unter der Hand veröffentlicht worden. Wegen Ostfrieslands ist ein Abgesandter Aveman hier angekommen, ebenso einer der Stadt Dortmund. Er hat im kurfürstlichen Kollegium und gegen einige fürstliche und städtische Gesandten die publik gemachten rationes in contrarium widerlegt, eine baldige schriftliche Widerlegung angekündigt und erklärt, daß Kf. eben nicht beabsichtige, auf seinen Vorschlägen unbedingt zu bestehen, sondern daß, wenn andere zugäng-

---

was vor Abfassung desselben unter den evangelischen Gesandten deswegen vorgefallen, vom 31. Januar 1688 (Schauroth I, S. 270 ff.).

[1]) S. oben S. 440.

[2]) Schon 5./15. Januar hatte v. Schm. eine Schrift: „Rationes gegen die von Churbrandenburg vom Reich gesuchte Satisfaktion" eingesandt und dazu bemerkt, den Autor hätte er noch nicht erfahren können, vermutlich aber hätten der cellische und der schwedisch-bremische Minister sowie das städtische Kollegium daran Teil.

[3]) S. Londorp XIII, S. 476 ff.

lichere und dem Reich und den einzelnen Ständen weniger beschwerliche gefunden werden könnten. er sie gern admittieren würde. Solche Erklärungen werden gern gehört, doch wird es schwer sein, zu solchen anderweitigen Vorschlägen zu gelangen, er glaubt daher, daß dieses Werk sich am besten werde durchtreiben lassen, wenn Kf. mit dem Kaiser darüber gewisse Mesuren nehmen und es so dahin bringen könnte, daß dieser die Reichsstände, besonders die Geistlichen, aus Furcht, daß die Stifter als Satisfaktion möchten eingezogen werden, dahin disponierte, in diese Vorschläge zu willigen oder andere raisonnable vorzubringen.

Der Kurfürst an v. Schmettau. D. Potsdam 29. Februar/10. März 1688.

[Befehl, die Zerimonialsache im kurfürstlichen Kolleg vorzunehmen. Die wichtigsten Punkte, Geheimhaltung, Verhandlungen mit dem Markgrafen von Baden.]

10. März Er teilt ihm die Antworten K. Mainzs, K. Triers, K. Cölns und K. Sachsens auf sein Schreiben [1]) wegen Beilegung der Zerimonialstreitigkeiten mit und beauftragt ihn, sobald die dortigen kurfürstlichen Gesandten Instruktion darüber erlangt hätten, zu veranlassen, daß die Sache im Collegio vorgenommen werde. Der Hauptzweck dabei sei, daß die kurfürstlichen Gesandten künftig von der kaiserlichen Kommission ein solches Traktament erhielten, welches vor dem der Fürstlichen einen notablen Vorzug und Unterschied habe. Am besten wäre, wenn alles auf den früheren Fuß gerichtet werden könnte, da dieses aber nicht ohne große Schwierigkeiten werde geschehen können, so werde man sich mit dem begnügen können, was mit dem Bischof von Passau verabredet worden war, und daß eine solche Distinktion eingerichtet werde, die bei anderen Nationen für einen merklichen Vorzug gehalten wird. Der goldenen Becher und Messer bei der Tafel des Prinzipalkommissars könnte man sich begeben, aber die Differenz der Sitze auf dem Re- und Korrelationssaal und der chaises à dos et à bras beibehalten. Doch will er sich darin der Meinung der anderen Kurfürsten konformieren.

Das Werk wird mit möglichster Stille und Geschwindigkeit geführt werden müssen, damit die Fürstlichen keine Zeit und Gelegenheit, sich zu opponieren,

[1]) Kf. hatte 24. Januar/3. Februar an v. Schm. ein Schreiben (d. Potsdam 21./31. Januar 1688) gesandt, das er an die anderen Kurfürsten wegen Wiedereröffnung des Commercium zwischen dem kaiserlichen Prinzipalkommissar und dem kurfürstlichen Kollegium, wozu die bevorstehende Veränderung bei der kaiserlichen Kommission gute Gelegenheit biete, gerichtet hatte. Darin hatte er ausgeführt, daß es hauptsächlich darauf ankomme, daß zwischen dem Traktament der kurfürstlichen und der fürstlichen Gesandten ein „notabler Unterschied" gemacht werde, was der Billigkeit, dem Herkommen und der kaiserlichen Wahlkapitulation gemäß sein werde. Es sei nicht zu begreifen, was den Kaiser zu einer Parifikation bestimmen könne, da doch der Re- und Korrelationssaal in der verschiedenen Einrichtung der Bänke und aller Zerimonien einen kundbaren Unterschied aufweise und auch am kaiserlichen Hofe das Zerimonial der Kurfürsten und Fürsten und ihrer Gesandten ein verschiedenes sei, so daß der Kaiser sich selbst konträr fallen würde, wenn er es in Regensburg anders einrichten wollte.

erhalten. Da die Erfahrung lehrt, daß auf die Schreiben der dortigen Gesandtschaften am kaiserlichen Hofe schlechte Reflexion genommen wird, so ist er mit K. Cöln der Meinung, daß zwar dort im kurfürstlichen Kolleg ein Gesamtschreiben an den Kaiser konzertiert, daß dieses aber von den Kurfürsten eigenhändig unterschrieben und die Sache durch deren Gesandte in Wien weiter betrieben werde. Es würde auch nicht undienlich sein, bei dem Markgrafen von Baden selbst deswegen unter der Hand Vorstellungen zu machen und ihn zu bewegen, selbst darunter gute officia mit anzuwenden. Besonders mit dem K. Sächsischen soll er diese Sache vertraulich überlegen.

W. v. Schmettau an den Kurfürsten. D. Regenspurg 2./12. März 1688.

[Die Satisfaktionssache. Vorschläge über Beilegung des Zerimonialstreits. Bedenken K. Mainz' gegen Vornahme der von dem Kaiser gewünschten Gegenstände.]

In der Satisfaktionssache des Kf. wartet jedermann hier auf die Widerlegung 12. März
der sogenannten rationes. Die österreichische Gesandtschaft behauptet, noch keine Instruktion in dieser Sache erhalten zu haben. Er übersendet ein Memorial der Fürstin von Ostfriesland[1]) gegen die von Kf. verlangte Expektanz auf diese Provinz, das ihm im Vertrauen mitgeteilt ist.

Die K. Mainzischen Gesandten zeigten jüngst im kurfürstlichen Kolleg an, daß sie eine Abschrift des Schreibens des Kf. an K. Mainz betreffend das commercium mit der Kaiserlichen Kommission und den Befehl erhalten hätten, zu veranlassen, daß diese Sache kollegialiter überlegt werde, was nächster Tage geschehen wird. Der K. Bayrische hat sich auch auf des Kf. Vorschläge zustimmend erklärt, stimmt aber mehr auf ein gemeinsames Schreiben des kurfürstlichen Kollegs, da man darin deutlicher und ex uno ore sprechen könnte. Es wird wohl ein solches gemeinsames Schreiben projektiert, aber erst den Prinzipalen zur Ratifikation zugeschickt werden[2]).

Der Kaiser hat durch den Grafen Lamberg das K. Mainzische Direktorium auffordern lassen, damit die Zeit nicht so vergebens hingebracht werde, die vorhandenen so wichtigen Sachen, besonders die Exekution des Waffenstillstandes, die securitas und den Trarbachschen Festungsbau, vorzubringen, es sei gar nicht die Meinung, daß man darüber mit Frankreich kollidieren sollte, es könnte dem Reich nicht verdacht werden, über so wichtige Dinge zu beraten. K. Mainz scheint es aber für bedenklich zu halten, diese Materien in Deliberation zu bringen, um nicht Frankreich bei jetzigen Konjunkturen zu offendieren.

[1]) S. Londorp XIII, S. 476 ff.

[2]) v. Schm. berichtet 16./26. März, der K. Mainzische habe ein Schreiben an den Kaiser entworfen, dieses sei aber nicht allerseits gebilligt, und er sei aufgefordert worden, ein solches abzufassen. Das habe er getan und auf Grund seines Entwurfs sei ein Schreiben verglichen worden, das er übersendet und das auch erst an die anderen Prinzipalen geschickt werden solle.

Der Kurfürst an die Regensburgische Gesandtschaft. D. Potsdam 11./21. März 1688.

[Widerlegung der Gegenschriften. Translokation des Kammergerichts. Edikt gegen das Duellieren.]

21. März Von der Widerlegung [1]) der dort wider seine Satisfaktionssache publizierten Rationen haben sie schon einige Exemplare erhalten und werden noch mehr empfangen. Er wird erwarten, wie weit durch dieselbe die bisher dort gefundenen Diffikultäten aus dem Wege geräumt sind, und ob sie meinen, daß die Sache nun mit Aussicht auf guten Erfolg in den Kollegien proponiert werden könne oder was sonst noch ferner dabei zu tun sei [2]).

Die dort aufs Tapet gebrachte Translokation des Kammergerichts sollen sie sekundieren und wegen des Ortes der Majorität beistimmen [3]). Wegen des längst vorgesehenen Verbots wider das Duellieren wird mit der Kaiserlichen Kommission und der österreichischen Gesandtschaft zu sprechen und der Kaiser von Reichs wegen zu ersuchen sein, das früher dort gemachte Reglement zu publizieren. Doch bleibt jedem Reichsstande das Recht, in seinen Landen Partikularverfügungen darüber zu treffen, auch er ist im Begriff, darüber ein Edikt in seinen Landen zu publicieren [4]).

Der Kurfürst an v. Schmettau. D. Potsdam 23. März/2. April 1688.

[Bemerkungen zu dem an den Kaiser zu richtenden Schreiben. Die Satisfaktionsangelegenheit.]

2. April Mit dem von Schm. projektierten Schreiben an den Kaiser ist er sonst einverstanden, nur könnte hinzugefügt werden, daß das kurfürstliche Kollegium schon längst gern das commercium in Gang gebracht und auch Vorschläge dazu

[1]) Druckschrift: „Anmerkungen über die vermeinte rationes gegen die churbrandenburgische per conclusa imperii für diesem versprochene und anjetzo bei dem Reich gesuchte Satisfaction“ (wieder abgedruckt Londorp XIII, S. 494 ff.).

[2]) Kf. schreibt an v. Schm. 19./29. März: Falls keine Aussicht sein sollte, daß man bei der Umfrage und Formierung des Reichsgutachtens die von ihm gemachten Vorschläge zugestehen sollte, dann werde zu erwägen sein, was weiter zu tun sein sollte und ob es nicht dahin zu bringen sein werde, daß seitens des Reiches ein anderer Modus zu seiner Befriedigung in Vorschlag gebracht oder wenigstens deutlich deklariert werde, daß ihm eine solche Satisfaktion gebühre und auf zureichende Weise vom Reich prästiert werden solle, da einige behaupteten, daß er deswegen vom Reich nichts zu prätendieren habe.

[3]) Kf. schreibt 1./11. April 1688, Ulm halte er für wenig geeignet dazu, Wetzlar für besser, doch wolle er sich wegen des Ortes, wenn er nur einigermaßen wohl gelegen sei, der Majorität fügen.

[4]) Kf. hatte schon zu Anfang seiner Regierung (d. Cleve 17. September 1652) ein Mandat wider Schlägereien, Duelle usw. veröffentlicht (s. Mylius II, 3, S. 14 f.), ein neues hat erst sein Nachfolger d. Cölln a. d. Spree 6./16. August 1688 erlassen (a. a. O. S. 19 ff.)

gemacht habe, und daß die von den Kurfürsten geforderte notable Distinktion am kaiserlichen Hof füglich um so weniger Schwierigkeit hätte finden sollen, da der Kaiser in der Wahlkapitulation denselben den Rang über die Fürsten in Person erteilt hätte, ferner würde der Ausdruck „Kurfürstl. Präeminenzen" zu gebrauchen sein [1]).

Er hält für das beste, daß dieses Schreiben von den Kurfürsten selbst vollzogen und daß damit so viel wie möglich geeilt werde. Daß sein Resident in Wien Danckelmann mit zu diesem negotio gebraucht werde, damit ist er einverstanden, und er wird ihn demgemäß instruieren.

Er teilt ihm einige bei ihm eingelaufene Schreiben in der Satisfaktionsangelegenheit und den Bericht Danckelmanns [2]) über seine Audienz bei dem Kaiser mit. Da man sich am kaiserlichen Hofe darauf beruft, daß fast alle anderen Stände dem Kf. in dieser Sache zuwider wären und der Kaiser daher Bedenken trüge, allein sich mit diesem Werk und der daraus entspringenden Ombrage zu beladen, so hat er dem hiesigen kaiserlichen Gesandten von den ziemlich favorablen Schreiben und Erklärungen verschiedener Reichsstände Nachricht geben lassen, damit man am kaiserlichen Hofe sehe, daß, wenn nur der Kaiser und dessen Zugewandte mit herbeitreten wollten, hoffentlich gar bald zu den majoribus zu gelangen sein werde. Sollte das jüngst von dem Herzog von Celle an ihn in dieser Angelegenheit abgelassene Schreiben [3]) dort kommuniziert werden, so hat Schm. es mit der Antwort des Kf. [4]) darauf ebenso zu machen.

W. v. Schmettau an den Kurfürsten. D. Regenspurg 16./26. April 1688.

[Mitteilungen des K. Bayrischen über die Verhandlungen v. Leydels in Wien wegen Beilegung des Zerimonialstreits.]

Der K. Bayrische [5]) hat ihm im Vertrauen Mitteilung von einem Reskript 26. April
seines Herrn, in welchem ihn dieser von dem Ergebnis der Verhandlungen seines Vizekanzlers v. Leydel mit den kaiserlichen Ministern über die Zerimonialstreitigkeiten berichtet hat, gemacht und einen Auszug daraus und zu einzelnen Punkten weitere Erläuterungen mitgeteilt. Er übersendet dem Kf. dieses Schriftstück; seine Gedanken darüber wird er das nächste Mal mitteilen [6]).

---

[1]) Kf. fügt 14./24. April hinzu, den kurfürstlichen Gesandten allein müßte das Prädikat „Exzellenz" vorbehalten werden.

[2]) Nicht bei den Akten, doch s. das Schreiben des Kaisers an Fridag vom 22. April 1688 (Urk. u. Akt. XIV, S. 1403).

[3]) S. Londorp XIII, S. 482 ff.

[4]) S. Londorp XIII, S. 486 f.

[5]) Dr. Johann Rudolf Wämpel.

[6]) In einem „Ohnmaßgeblichen Project, wie des Churfürstl. Collegii Gegenerklärung auf die Kayserliche durch Chur Bayern geschehene Erklärung und oblata in puncto Cere-

Der Kurfürst an v. Schmettau. D. Potsdam 25. April/[5. Mai] 1688.

[Auf die Relation vom 16./26. April. Zustimmung zu der kaiserlichen Resolution wegen der Zerimonien. Bemerkungen dazu.]

5. Mai Aus dem ihm zugeschickten Extrakt aus dem Reskript K. Bayerns ersieht er, daß der im kurfürstlichen Kolleg in Vorschlag gebrachte modus tractandi dem kaiserlichen Hof nicht angenehm gewesen ist und auch jetzt nicht nötig sein dürfte,

---

monialis einzurichten", führt er aus: Der Kaiser hätte sich erboten, daß der neu ernannte Prinzipalkommissar, der Markgraf Hermann von Baden, um einen notablen Unterschied in dem Traktament der kurfürstlichen von den fürstlichen Gesandten zu bezeugen, nach seiner Ankunft zu Regensburg gleich bei der ersten Gelegenheit die kurfürstlichen Gesandten, wenn sie auch separatim zu ihm kämen, durch seinen vornehmsten Bedienten mit einem größeren Gefolge von Aufwärtern und Laqueyen gleich beim Aussteigen bei der Kutsche, dagegen die Fürstlichen etliche Schritte von der Kutsche zurück durch Bediente de secundo vel tertio genere und mit geringerem Gefolge rezipieren solle. Hierbei sei nur zu erinnern, daß, wenn künftig der Markgraf oder ein anderer Prinzipalkommissar vornehmere Offiziere, wie einen Obristmarschall, unterhalten sollte, jederzeit dieser erste derselben allein zur Rezeption der kurfürstlichen Gesandten gebraucht werden, daß er einen entsprechenden Charakter erhalten und, wenn der Markgraf, der jetzt keine Leibgarde halten will, oder ein anderer Prinzipalkommissar künftig eine solche halten sollte, diese dem Herkommen gemäß den kurfürstlichen Gesandten im Gewehr stehen solle. Der Markgraf selbst solle diese kurfürstlichen Gesandten bei der ersten Tür gegen die Stiege, die Fürstlichen aber einige Schritte weiter ab empfangen, kurfürstlicherseits aber bitte man, damit nicht Anlaß zu neuen Irrungen gegeben werde, daß davon abstrahiert werde und der Markgraf die Fürstlichen in der Mitte des Zimmers empfange. Auch akzeptiere man, daß derselbe den Kurfürstlichen in seinem Zimmer einen vornehmeren Platz einräume als den Fürstlichen und daß dieselben mit gleichem Unterschied auch beim Abschied von ihm traktiert würden, daß bei mündlichen Ausrichtungen zu den kurfürstlichen Gesandten immer ein vornehmerer Bedienter geschickt und daß denselben von allen Bedienten des Markgrafen das Prädikat Exzellenz erteilt werde.

Da man kurfürstlicherseits immer einen Unterschied des Zerimonials bei Visiten und Gastmählern gemacht habe, so wolle man von ihrer Seite in betreff des letzteren alle Fazilität beitragen, um sich auch darüber zu vergleichen. Die minutiae in betreff der vergoldeten Löffel, Messer, Gabeln und Becher, sowie der roten und grünen Sessel und der Stühle (abgesehen auf dem Re- und Korrelationssaal) wolle man fahren lassen, wenn dagegen die sonstige bisher übliche Distinktion beibehalten werde, daß nämlich die kurfürstlichen Gesandten von Cavalieren, die fürstlichen von Pagen bedient würden.

Die von dem Kaiser verlangten Artikel anbetreffend, so seien die kurfürstlichen Prinzipale erbötig, dem Concommissarius, so oft er später ankomme, die erste Visite, bei allen Zusammenkünften, außer in seinem eigenen Hause, die Vorhand und den Titel Exzellenz zu geben, wenn der Kaiser erkläre, daß der neue Concommissarius den nach ihm ankommenden kurfürstlichen Gesandten ebenfalls die erste Visite und den Titel Exzellenz geben solle. Wegen der Reichsdeputationen wolle man kurfürstlicherseits von dem bisher Geschehenen abstrahieren und bei Annahme und Entlassung derselben den früheren Unterschied aufgehoben sein lassen.

Das Ansinnen des Kaisers anbetreffend, daß dem Grafen Windischgrätz vor seiner

da in der kaiserlichen Resolution fast alles enthalten und eingewilligt ist, was man kurfürstlicherseits desideriert hat. Sollten die übrigen Kurfürsten damit zufrieden sein, so kann er sich darin den majoribus wohl konformieren. Doch müßte, wenn Prinz Hermann von Baden dort ankommen wird, zuförderst mit ihm über die kaiserlichen Anerbietungen nähere Abrede genommen und von ihm eine positive Erklärung abgegeben werden, daß er die darin enthaltene Distinktion zwischen den Kurfürstlichen und Fürstlichen immer genau observieren wolle, und dürfte ihm nicht eher, bevor er eine solche Deklaration abgegeben, von den Kurfürstlichen die Visite gegeben werden.

Er findet die kaiserlichen oblata so beschaffen, daß man kurfürstlicherseits dabei wohl meist wird akquieszieren können, besonders wenn das in Schmettau's Relation Erinnerte noch auszubedingen sein wird. Besonders hätte man utiliter zu akzeptieren, daß das Prädikat Exzellenz nur den kurfürstlichen, nicht den fürstlichen Gesandten gegeben werden soll, und man könnte versuchen, es dahin zu bringen, daß bei den Visiten im Zimmer des Prinzipalkommissars den Kurfürstlichen ein vornehmerer Ort angewiesen werden soll, daß die Sessel derselben dem Prinzipalkommissar seitwärts gegenüber, die der Fürstlichen aber ganz unten mit dem Rücken nach der Tür gestellt würden. Auch die Bestimmungen über den Konkommissar geben zu keinen sonderlichen Bedenken Anlaß, nur muß fest darauf bestanden werden, daß er den Kurfürstlichen die erste Visite und das Prädikat Exzellenz zu geben habe, da letztere unstreitig den Charakter von Formalgesandten führen, während der Konkommissar eigentlich keinen characterem repraesentativum hat.

Abreise die verlangte Deferenz geschehen möge, seien sie der Zuversicht, daß der Kaiser die Ausmachung der bisherigen Zerimonialstreitigkeiten an diesen Punkt nicht binden werde, da sie von den Motiven, weshalb sie ihren Gesandten dieses bisher untersagt haben, nicht abgehen könnten, ohne sich das torto wegen der passierten Sachen zu geben und für die Zukunft ein großes Präjudiz, besonders bei auswärtigen Kronen, auf sich zu laden. Man habe seitens der Kurfürsten um so mehr Ursache, auf diesem gemeinsam gefaßten Beschlusse zu bestehen, da durch das unter der Hand verbreitete Scriptum „Unumbstößliche rationes" das kurfürstliche Kollegium so anzüglich angegriffen worden ist, weshalb sie sich auch gegen den Autor desselben nachdrückliche Ahndung vorbehielten.

In einem Schreiben vom 20./30. April 1688 bemerkt er noch in betreff der kaiserlichen Gegenforderungen, der Verzicht auf einen Unterschied des Empfanges bei Reichsdeputationen erscheine daher gerechtfertigt, weil von den früheren Prinzipalkommissaren ein solcher Unterschied nicht gemacht und der 1686 gemachte von der kaiserlichen Kommission retraktiert worden sei. Dagegen habe man sich zu der Deferenz gegen den Grafen Windischgrätz nicht verstehen können, um sich nicht das torto von dem vorher Vorgefallenen zu geben und ein Präjudiz zuzuziehen. Die Kurfürstlichen hätten sich Abschriften des Reskripts K. Bayerns erbeten, hätten aber schon discursive über den Inhalt des kaiserlichen Erbietens gesprochen und meinten, daß man kurfürstlicherseits damit wohl zufrieden sein könnte, wenn nur noch einige Punkte deutlicher erklärt würden.

Personenverzeichnis.

Ackenhausen, brandenburgischer Resident 186.
Adolphi, klevischer Sekretär 370.
Aglionby, brandenburgischer Korrespondent 333. 337.
Albeville, Herzog v., englischer Gesandter 123.
Amerongen, Godert Adrian, niederländischer Gesandter 3. 5. 11—25. 27. 29. 30. 35—38. 41. 44. 45. 55. 60. 65. 74. 75. 81. 82. 83. 85. 86. 89. 93. 95. 97. 98. 101. 116. 134. 137. 149. 152. 333.
d'Anché, hugenottischer Edelmann 274.
Anhalt, Fürst v., s. Johann Georg.
Anhalt Fürstin v., Henriette 81.
Anselm Franz (v. Ingelheim), Kurfürst v. Mainz 217. 229. 233. 234. 379. 384. 389. 399. 401. 434. 435. 436. 438. 439. 440. 446.
Anspach (Onolzbach), Markgraf v., Johann Friedrich 94. 392.
v. Appel, ostfriesischer Deputierter 210. 211.
Argile, Graf 363. 368.
Arlington, Graf, Oberkämmerer 264.
Armstrong, englischer Rebell 349—353.
d'Arcy, Marquis, französischer Gesandter 251.
v. Aun, Reichsritter 411.
d'Avaux, Jean Antoine, Graf, französischer Gesandter 4. 34. 38. 42. 43. 44. 49—52. 54. 58. 60. 69. 70. 72. 74. 75. 77. 81. 88. 93. 94. 100. 103. 104. 112. 116. 259. 262. 287. 366.
Avemann, ostfriesischer Gesandter 445.

Bąkowski, Woiwode von Marienburg 254.
Ballati, hannöverscher Gesandter 248. 330.
Balthasar, österreichischer Gesandter 393.
v. Barfuß, Generalmajor 233.
Barillon, französischer Gesandter 47. 337. 338. 350. 353. 354. 355.
Bastiansen, Bürgermeister von Rotterdam 99.
Bandissin, Graf, dänischer General 120.
Beck, Jean, brandenburgischer Resident 300. 301.
v. Benting 123.
v. Bernstorff, hannöverscher Minister 246. 247.
Bergius, Geheimer Kanzlist 233.
Berry, Herzog v. 297.
Bertu, Lord, englischer Gesandter 30.
Besser, Johann, Hof- und Legationsrat 343—391.
Béthune, Marquis de, französischer Gesandter 250.
v. Beuningen, Conrad, Bürgermeister von Amsterdam 42. 51. 67. 69. 70. 71. 73. 75—77. 81. 82. 88. 89. 92. 94. 95. 103.
v. Beverning, Hieronymus, niederländischer Deputierter 33.
de Bever, klevischer Regierungsrat 383.
Bidal, französischer Resident 295. 443.
Bilssein, Kölner Bürgermeister 236.
Blaspeil, Werner Wilhelm, Geheimer und Clevischer Regierungsrat 3. 5. 8. 11. 22. 25. 29. 33. 36.
—, Frau 191. 193.
Bonnet de St. Germain, Friedrich, brandenburgischer Korrespondent 87. 344. 345. 361. 363.
Bonnoeil, Introducteur des ambassadeurs, 273.
Bonzy, Kardinal 255.
Borsel, Bürgermeister von Amsterdam 103.
Bourgonville, französischer Gesandter 317. 318.

v. Brandt, Wilhelm, Oberst, Generaladjutant 199. 200. 341.
Breton, kurpfälzischer, nachher französischer Agent 255.
Briquemault, Generalmajor 274. 281.
Buonvisi, Kardinal 305. 419.
Burchardt, dänischer Gesandter 58.
Burchart, kaiserlicher Hofrat 387.
Burgomanero, spanischer Gesandter 157. 158. 224. 235. 236.
Burmann, kurkölnischer Geheimer Rat 129.
Buys, Anton, brandenburgischer Hauptmann 369. 370.

v. Canitz, Fr. Ludwig Rudolf, brandenburgischer Gesandter 141. 205—222. 303. 422. 423.
Canon, lothringischer Gesandter 213.
Capliers, kaiserlicher General 190.
Caprara, kaiserlicher Gesandter 150. 168.
Castel, kurpfälzischer Minister 255.
Chardin, Sir. 355. 357. 358.
Chartres, Philipp, Herzog v. 254.
Chiverney, französischer Gesandter 295.
Christian V., König von Dänemark 4. 105. 117. 141. 144. 154. 188. 204. 221. 237. 238. 244. 246. 247. 248. 250. 251. 258. 267. 272. 295. 296. 322. 324. 325. 326. 389. 396. 397.
Christian Albrecht, Herzog von Holstein-Gottorp 221. 246—248. 250. 322. 324. 325. 387. 389.
Christian Eberhard, Fürst von Ostfriesland 200. 201. 203. 204. 236.
Christian Ludwig, Herzog von Mecklenburg-Schwerin 295. 397.
Christine Charlotte, Fürstin von Ostfriesland 42. 44. 120. 121. 122. 126. 127. 138. 141. 153. 178. 200. 201. 203. 204. 208. 209. 211. 216. 219. 221. 222. 226. 227. 238. 381. 447.
Chudley, englischer Gesandter 47. 54. 55. 69. 73. 347.
Citters, niederländischer Gesandter 366.
Colbert, französischer Minister 258.
Colbert-Croissy, Marquis, französischer Minister 217. 219. 242. 248—330.
Cölsch, Sekretär 316.
Conspruch, Oberkommissar 194. 196.
Cörver, Bürgermeister von Amsterdam 95.
Cotterel, englischer Zerimonienmeister 348. 363.
Crampricht, kaiserlicher Gesandter 69. 72. 74. 94. 100. 101. 130. 228. 229. 230. 231. 234. 440. 442. 445.
Crécy, Graf (Verjus), französischer Gesandter 159. 220. 295. 299. 305. 310. 313. 320. 382. 385—390. 396. 405. 406. 409. 412. 414. 416. 417. 418. 423. 435. 438. 439. 441. 443. 444.
v. Crockow, Lorenz Georg, brandenburgischer Geheimer Rat 137. 141. 151.
Croy, Moritz, Prinz v. 166.

Danby, englischer Minister 338.
Danckelmann, Eberhard 87. 345.
Danckelmann, Kammergerichtsassessor 436.
Danckelmann, Nikolaus, brandenburgischer Resident 141. 221—238. 442. 449.
v. Derfflinger, Georg, Feldmarschall 162.
v. Diest, Friedrich Wilhelm, Clevischer Regierungsrat 5. 6. 32—48. 49—61. 74. 75. 76—84. 85. 86. 95. 103—105. 108. 109. 115. 117—119. 122. 123. 125—134. 327. 347. 442.
v. Diest, Jakob, 34.
Dietrichstein, Fürst, kaiserlicher Oberkämmerer 190. 192. 198. 200. 207.
Dünwald, kaiserlicher General 198. 199.
Dupuis, Ingenieur 281.
van Dyckfeldt, niederländischer Deputierter 65. 82. 131. 366. 369.

Ehlert, Major 197.
Eleonore, Kaiserin 157. 166. 192.
Ellemett, niederländischer Schatzmeister 238.
v. Emmerich, Fiskal 408.
Ernst August, Bischof von Osnabrück, Herzog von Hannover 16. 55. 244. 246. 247. 248. 284. 318. 320. 326. 330.
d'Espence, Graf, 274.
d'Estrées, Kardinal 214. 218. 305. 310.

Fagel, Gaspar, Ratspensionar von Holland 9. 18. 25. 26. 27. 29. 33. 35. 38. 45. 52.

53—55. 60—65. 67. 69. 72. 73. 74. 76. 77. 78. 79. 80—89. 91. 93—95. 99—105. 108. 110—112. 118. 120. 122. 126. 130—134.
Fagel, Hendrik. Greffier der Gen.-Staaten 34.
Falaiseau, Pierre, brandenburgischer Gesandter 73. 118. 337—339. 341. 342. 349. 350. 352. 353.
Ferdinand v. Fürstenberg, Bischof von Paderborn und Münster 56. 57. 138. 153. 178.
Feuquières, Marquis de, französischer Gesandter 87.
v. Fleming, Generalleutnant 143.
Fletcher, englischer Rebell 370.
Fox, englischer Schatzsekretär 348.
Freytag, brandenburgischer Kommissar 83. 120—122.
Fridag, Freiherr von Gödens, Franz Heinrich, kaiserlicher Gesandter 140. 178—182. 184. 185. 188. 191. 193. 201. 206. 207. 208—214. 217. 220. 222. 224. 228. 232. 233. 383.
—, —, Haro Burchardt, Reichshofrat 146. 201. 238.
Friedrich IV., Kurfürst v. Pfalz 287.
Frischmann, französischer Diplomat 316. 317. 318. 435.
v. Fuchs, Paul, Geheimer Rat 5. 11. 20. 67—76. 84—103. 108. 117. 122. 124. 161. 165. 182. 255. 256. 258. 261. 265. 266. 267. 325. 336. 337. 349. 350. 352. 353. 363. 368. 383. 423. 429.
Fuen-Major, spanischer Gesandter 25. 26. 27. 32. 41.
Fürstenberg, Ferdinand v., kurcöln. Minister 128. 129.
Fürstenberg, Wilhelm v., Bischof von Straßburg, Kardinal 120. 127. 128. 222. 229. 230. 231. 236. 245. 246. 282. 283. 284. 320—322. 325. 327—330. 419. 443. 444.
v. Fürstenberg, kaiserlicher Oberst 231.

Gachon, brandenburgischer Korrespondent 339. 340. 352. 354.
Gaultier, Prediger 83.
Georg, dänischer Prinz 345. 348.
Georg Wilhelm, Herzog von Celle 29. 38. 50. 189. 244. 247. 248. 250. 313. 316. 318. 326. 359. 360.
v. Gersdorf, kursächsischer Geheimer Rat 142—145.
Gex, brandenburgischer Rechenmeister 34. 67. 70.
Giraud, Introducteur des ambassadeurs 273.
Gödens f. Fridag.
Godolphin, englischer Minister 354.
Goes, niederländischer Kommissar 105.
v. d. Goltz, Gen. Feldmarschall 143. 144. 167.
v. Görtz, sächsischer Gesandter 73.
Grana, Marquis de, Statthalter der spanischen Niederlande 66. 87. 244.
Gravel, Jules de, französischer Gesandter 326. 327.
v. Graventhal, schwedischer Gesandter 108. 109. 245.
Grey, Lord 349. 351. 353. 363. 369.
v. Grote, cellischer Minister 247. 248. 259. 260.
v. Grumbkow, General-Kriegskommissar 140. 141. 186—193. 195. 232.
Güldenstolp, schwedischer Gesandter 33. 108.
Gustav Adolf, Herzog von Mecklenburg-Güstrow 391.

Halifax, Lord, englischer Minister 337. 338. 365.
Hamm, niederländischer Kommissar 93.
van Haren, Wilhelm, niederländischer Gesandter 52.
Harenberg, niederländischer Gesandter 123.
Hartmann, ostfriesischer Kommissar 126. 236.
v. Haugwitz, kursächsischer Obermarschall 142—194.
van Heckern, niederländischer Deputierter 64. 65.
Heemskerck, niederländischer Gesandter 29.
Hermann, Markgraf von Baden, kaiserlicher Hofkriegsratspräsident 158. 160. 166. 378. 439. 447. 450. 451.

Herward, Reichshofrat 201.
Heteren, niederländischer Kommissar 112.
Heydekampf, Geheimer Kämmerer 58.
v. Heyden, Oberst 114. 327.
Hippolyt, Pater 140. 172—174. 178. 179. 192.
Hocher, kaiserlicher Hofkanzler 149.
Hohenlohe, Graf 418.
Hontum, Bürgermeister von Cöln a. Rh. 128.
Hoop, Jakob, Pensionarius von Amsterdam, niederländischer Gesandter 6. 75. 77. 83. 104. 123. 124. 132. 318.
d'Hostel, spanischer Gesandter 37.

Jakob I., König von England 222.
Jakob II., Herzog von York, König von England 81. 82. 86. 90. 92. 94. 96. 108. 118. 133. 230. 266. 315. 341. 344. 345. 347—353. 356. 359—371.
v. Jena, Friedrich, Geheimer Rat 12. 19—21. 35. 36. 159.
v. Jena, Gottfried, Magdeburg. Kanzler, Gesandter in Regensburg 217. 218. 219. 289. 306—311. 313. 380—431.
Innocenz XI., Papst 214. 217. 271. 272. 305. 419. 443.
Johann III., König von Polen 157. 161. 166—168. 250. 319.
Johann Franz, Fürst von Nassau 125. 127. 129. 130.
Johann Friedrich, Markgraf von Anspach 392.
Johann Georg III., Kurfürst von Sachsen 157. 167. 169. 261. 327. 328. 422. 434. 443. 446.
Johann Georg, Fürst von Anhalt 139. 140. 154—169.
Johann Hugo (v. Orbeck), Kurfürst von Trier 224. 250. 379. 436. 446.
Johann Wilhelm, Kurprinz von Pfalz 127. 128. 129. 178. 321.
Joseph, Erzherzog 192. 319.
Jurieux, Prediger 83. 85. 111.
Juvigny, französischer Gesandter 230. 231.

Kara Mustapha, Großvesir 168.
Karig, kurbayrischer Gesandter 321.
Karl II., König von England 18. 26. 28. 29. 41. 47. 54. 84. 333—359. 361.
Karl XI., König von Schweden 108.
Karl II., König von Spanien 27. 29. 60. 82. 92. 252.
Karl, Landgraf von Hessen-Cassel 224. 444.
Karl, Herzog von Lothringen 133. 160. 166—168. 186. 190. 192. 193. 196. 197. 202. 205. 213. 319. 322. 356. 375. 385.
Karl, Kurfürst von der Pfalz 91. 94. 141. 245. 254. 287. 395.
Kaunitz, Graf, kaiserlicher Gesandter 321.
Kerke, englischer Oberst 356.
Kinski, Franz Ulrich, Graf, böhmischer Kanzler 176. 190. 198. 199. 200.
v. Knyphausen, Freiherr, Geheimer Rat 56. 57. 242. 346.
Kollonitsch, Leopold, Bischof von Wiener Neustadt 203.
Königseck, Graf, Reichsvizekanzler 149. 150—152. 157. 179. 180. 192. 198. 200. 202—204. 207. 209. 210. 212. 213. 219. 220. 221. 223. 225. 226. 230. 231. 233. 234—236.

Lamberg, Graf, kaiserlicher Gesandter 60. 137—139. 145. 150. 155. 162. 181. 335. 445. 447.
Lente, dänischer Gesandter 34. 117. 325. 348—350. 353.
Leopold I., Kaiser 44. 92. 96. 118. 132. 138—238. 246. 248. 268. 284. 303. 305. 308. 309. 321. 325. 375—384. 397—399. 401—405. 408. 410. 412. 416. 418. 419. 434. 439. 446. 447. 449—451.
Leopold Ludwig, Pfalzgraf von Veldenz 254.
Leopold Wilhelm, Markgraf von Baden-Baden 378.
Leuwen, niederländischer Gesandter 28.
v. d. Ley, kaiserlicher Oberstleutnant 228.
Leydel, kurbayrischer Geheimer Rat 378. 449.
Liechtenstein, Hartmann, Fürst 208. 209. 221.
Lobkowitz, Graf, kaiserlicher Gesandter 214. 215. 217. 282. 297. 306. 308. 309.
Lothar Franz (v. Schönborn), Bischof von Bamberg 394.

Louvois, Marquis de, französischer Minister 242. 274. 297. 307. 309. 314. 315. 321. 330. 440.
Lubomirski, Fürst 168.
Ludwig XIV., König von Frankreich 4. 5. 6. 34. 41. 43. 46. 92. 105. 106. 123. 141. 154. 158. 160. 212. 214. 215. 219. 220. 229. 232. 241—330. 335. 348. 413. 414. 419. 434. 440.
Ludwig, Markgraf von Baden 167.
Ludwig, brandenburgischer Prinz 38. 47. 151.

v. Mandelslohe, Philipp Ernst, Hofrat 286. 290. 293.
Maria Kasimira, Königin von Polen 250.
Marquard (Schenk v. Castell), Bischof von Eichstädt, kaiserlicher Prinzipalkommissar 377. 391. 394.
Marseven, Bürgermeister von Amsterdam 56.
Max Emanuel, Kurfürst von Bayern 149. 159. 170. 190. 204. 205. 321. 334. 443. 444. 449. 450.
Maximilian Gandolf (v. Künenburg), Erzbischof von Salzburg 416.
Maximilian Heinrich, Kurfürst von Cöln 84. 87. 125—128. 131. 167. 170. 196. 197. 231. 269. 284. 321. 322. 328. 329. 434. 443. 446. 447.
v. Meinders, Franz, Geheimer Rat 11. 19. 20. 23. 24. 35. 36. 124. 182—184. 191. 232. 261. 265. 266. 267. 334. 429.
Metternich, Ernst v., Hof- und Legationsrat, Reichstagsgesandter 383. 433—450.
Mey, kurmainzischer Gesandter 407.
Meyerernohn, dänischer Gesandter 250. 251. 259. 267. 270. 297—300. 310. 311. 313. 316. 318. 320. 326. 330.
Middleton, englischer Staatssekretär 356. 360. 363. 364. 366. 369.
Mignon, Kommis 271. 297. 300. 301. 315. 320.
Moering, niederländischer Kommissar 105.
Monmouth, Herzog v. 254. 338. 347. 349. 353. 354. 362. 363. 365. 369.
Montague, englischer Gesandter 337. 350.
Montgelas, französischer General 94.
Moravas, Präsident des Metzer Parlaments 285. 286. 288. 293.
Morel, Abbé 281.
Morstyn, polnischer K. Schatzmeister 250.
Mortemar, Duc de, französischer Admiral 115.
Du Moulin, brandenburgischer Major 83.
zur Mühlen, münsterscher Geheimer Rat 57.

Nassau, Heinrich Kasimir, Fürst v., Statthalter von Friesland und Gröningen 49. 51. 52. 54. 57. 69. 76. 77. 81. 89. 90. 91.
Nassau-Saarbrücken, Ludwig Craft, Graf v. 431.
Norff, kurcölnischer Resident 100. 229.
Nostitz, Graf, kaiserlicher Minister 150.

v. Oberg, hannöverscher Gesandter 247. 256.
Oranien, Wilhelm, Prinz v. 4—10. 18. 19. 21. 22. 25. 28. 29. 33—41. 45—48. 49—64. 65—78. 81—91. 93—97. 99—101 103. 105—127. 130—134. 259. 262. 268. 287. 292. 294. 325. 329. 334. 336. 355. 364. 365. 366.
Orléans, Philipp, Herzog v. 141. 254. 255. 282. 293. 396.
—, Elisabeth Charlotte, Herzogin v. 218. 254. 255. 257. 281. 282. 283. 286. 288. 290. 293. 308. 396. 406. 409.
Ormond, Vizekönig von Irland 356.
Öttingen, Graf, Reichshofratspräsident 129. 192. 201. 211. 223. 414. 415.
Oudyck, niederländischer Deputierter 53.

Palfy, kaiserlicher General 205.
Parma, Herzog v., Statthalter der spanischen Niederlande 26. 37.
Le Peletier, französischer Minister 258.
Pels, Präsident der Gen.-Staaten 37.
v. Pettecum, dänischer Gesandter 43. 50. 51—54. 115.
Philipp Wilhelm, Pfalzgraf von Neuburg, Kurfürst von der Pfalz 84. 138. 141. 187. 191. 192. 193. 201. 213. 254. 284. 286. 308. 310. 321. 322. 325. 329. 379. 395. 400. 401. 405. 407. 408. 409. 430. 438. 444.

Philipp Wilhelm, brandenburgischer Prinz 329.
v. Plettenberg, münsterscher Gesandter 146.
Pohlemann, Hamburger Syndikus 237.
Portsmouth, Herzogin von 338.
Poussin, französischer Sekretär 327.
Proskau, Graf v., kaiserlicher Geheimer Rat 194.

Quentel, kurcölnischer Kammerpräsident 129.

Rabatta, General, kaiserlicher General-Kriegskommissarius 185. 186. 195. 196. 199. 205.
Radulius (Rachelius), holsteinscher Gesandter 390.
Ranuzzi, päpstlicher Nuntius 212. 213. 215. 304. 423.
Raule. Benjamin, Marinedirektor 6. 41. 118. 119. 123. 132. 342.
Rébenac, Marquis de, französischer Gesandter 44. 72. 93. 100. 105. 106. 112. 120. 124. 141. 161. 220. 222. 241. 244. 246—248. 251. 253. 257. 259. 260. 261. 264—266. 270—272. 274. 277. 296—298. 300. 301. 304. 305. 310. 313. 314. 319. 322. 324—328. 330. 334. 335. 350. 387. 425.
v. Rheden, ostfriesischer Deputierter 210.
v. Rhetz, Geheimer Rat 182.
Rhode, Kaufmann in Minden 57.
Rickart, Zollinspektor 58.
Rochester, Lord, Großschatzmeister 356. 365.
Romswinckel, Mathias, Clevischer Vizekanzler 3. 5. 8. 9. 11. 19. 22. 25. 26. 27. 29. 32. 33. 34. 37. 75.
Romswinckel, Kommissar 108.
Ronquillo, Don Pedro, spanischer Gesandter 349.
Rosemahl, Bürgermeister von Rotterdam 99.
Rosenberg, Graf 200.
v. Rosse 443.
v. Ruck, Melchior, Hof- und Legationsrat 5. 61—66. 261.
Rumpf, niederländischer Gesandter 89.
Ruprecht, pfälzischer Prinz 337.

Sapieha, Kasimir, littauischer G. Feldherr 341.
Savoyen, Herzog v. 112.
Schaffgotsch, Graf 198.
Scheffer, kurmainzischer Gesandter 309. 402. 408. 414. 419. 420. 421. 429. 431. 432. 440. 441.
Schellart, Reichshofrat 192. 202.
Scheltinga, niederländischer Deputierter 91.
Scherer, österreichischer Gesandter 421. 432. 440. 445.
Schindel, kaiserlicher Kommissar 203.
v. Schmettau, brandenburgischer Resident 140. 141. 170. 172. 175. 176—181. 185. 186. 194—208. 209. 399.
v. Schmettau, Wolfgang, brandenburgischer Geheimer Rat 380. 383. 436.
Schmiels, cölner Syndikus 128.
v. Schmising, münsterscher Domherr und Geheimer Rat 57.
Schomberg, französischer Marschall 314. 315.
—, Graf, der Jüngere 255.
Schönbeck, neumärkischer Regierungsrat, Reichstagsgesandter 381. 383—440.
v. Schöning, Hans Adam, Generalleutnant 141. 197—200. 202. 204. 205—207. 209.
Schott, kursächsischer Gesandter 160. 445. 447.
Schütz, cellischer Geheimer Rat 311.
v. Schwerin, Freiherr Otto, Oberpräsident 9. 11.
—, Freiherr Otto, der Jüngere, Geheimer Rat 137. 138. 140—153. 180. 333. 334. 347.
Sebastian (v. Pötting), Bischof von Passau, kaiserlicher Prinzipalkommissar 377. 378. 391. 392. 393. 395. 397. 402. 408. 414. 431. 433. 434. 446.
Sebbeville, Marquis de, französischer Gesandter 146. 148. 197.
Seignelay, Marquis, französischer Minister 303.
Sevenaer, Amsterdamer Ratsherr 75. 76.

Shelton, englischer Gesandter 347.
Sidney, englischer Gesandter 18.
Simmermann, kurcölnischer Hofrat 129
Sinelli, Emmerich, Bischof von Wien 158. 172.
Sinzendorf, Graf, kaiserlicher Oberst-hofmeister 157. 158.
Skelton, englischer Gesandter 94. 314. 360.
Sobieski, Jakob, Sohn König Johanns III. von Polen 318. 322. 323.
Sohr, Proviantmeister 190.
Southwell, englischer Gesandter 18. 30. 334—336. 338.
v. Spaen, Alexander, Generalleutnant 3. 8. 10. 19. 33. 46. 106. 107. 110. 111. 113. 114. 327. 329.
v. Spanheim, Ezechiel, Geheimer Rat und Gesandter 49. 54. 72. 75. 87. 88. 197. 215. 217. 219. 241—330. 333. 337. 339. 341. 342. 344. 361—368. 382. 405. 418. 422. 423. 432.
Spee, pfalzneuburgischer Marschall 129.
Stahremberg, Rüdiger, Graf, kaiserlicher General 167.
Stamler, ostfriesischer Vizekanzler 201. 203. 219.
v. Stein-Callenfels, kurpfälzischer Obermarschall 245.
Stiebler, Kanzlist 433.
Stille, Hofrat 109.
Stirum, Graf v., holländischer Admiral 115. 116.
Stoschius, Syndikus von Emden 210.
Straetman, Theodor, kaiserlicher Hofkanzler 18. 157. 175. 176. 185—192. 193. 196. 198. 200. 204. 207. 210. 214. 217. 219. 221. 222. 223. 226. 230. 231. 238. 297.
Sunderland, englischer Minister 338. 345. 354. 355. 364. 365.
Suys, Bürgermeister von Dortrecht 79.
Tambonneau, französischer Gesandter 75.
de Terat, Sekretär des Herzogs von Orléans 284. 286. 290. 293.
Tettenbach, Graf, passauischer Hofmarschall 393.
Thun, Graf, kaiserlicher Gesandter 356.
van der Tocht, Jakob, niederländischer Gesandter 8. 19. 33. 40.
Tököly, Emmerich, ungarischer Magnat 158.
Trautmannsdorf, Graf 166.

Valckenier, niederländischer Gesandter 89. 441.
Verjus, Graf von Crécy, s. Crécy.
Villa Hermosa, Herzog, Statthalter der spanischen Niederlande 15. 25.
Vultejus, Kammergerichts-Assessor 394.

v. Wachtendonck, brandenburgischer Gesandter 321. 322. 327.
Waldeck, Georg Friedrich, Fürst v. 69. 72. 88. 89. 167. 224. 414.
Wallenstein, Graf, kaiserlicher Gesandter 151.
Waller, William, Oberst 341—343. 360.
Wämpel, Joh. Rudolf, D., kurbayrischer Gesandter 443. 447. 449.
Wielopolski, polnischer K. G. Kanzler 254.
Wilhelm Moritz, Fürst v. Nassau-Siegen 125. 127—130.
Windischgrätz, Graf, kaiserlicher Gesandter 299. 310. 317. 377. 378. 392. 393. 400. 402. 414. 430—432. 434. 435. 436. 439. 440. 441. 450. 451.
Witsen, Bürgermeister von Amsterdam 103.
Witzendorff, lüneburgischer Gesandter 69. 72. 74.

Zwinger, Theolog 408.

JUL 13 1964

DD
390
U75
Bd.21

Urkunden und Actenstücke

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY